J. germ. 95 12 (23,4



<36620938760012

<36620938760012

Bayer. Staatsbibliothek

Unnalen

ber

Preußischen

innern Staats-Verwaltung.

herausgegeben

n o o

R. A. von Rampt.

23,4

Drei und zwanzigster Band. Jahrgang 1839. Biertes heft. Oktober bis Dezember.

Berlin, 1839.

In ber Expedition ber Annalen, beim hofrath Schmidt, im Ronigl. Minifterium bes Innern und ber Polizei. J. Jem 95 13/23,4

Bayerische Staatsbibliothek MUNCHEN

In halt

Erfter Abichnitt. Ginheimifche Befeggebung.

			100		Seite
1. Allgemeine Berwaltungs. So	achen.		•		773 — 787
II. Berhaltniffe gu auswartigen	Staaten				787 — 789
III. Staats-Einfunfte.					
A. Domainen . Berwaltung.	.÷ .				790 — 801
B. Forst . Verwaltung		-			802 — 808
C. Jagd . Bermaltung				•	808 — 811
D. Steuern			•		811 — 818
E. Poft Bermaltung.					818 — 821
IV. Gutsherrl. und bauerliche Re	gulirun	gen, (Bemei	in:	
beitetheilungen und Ablofu	ngen.				821 - 831
V. Rultus.					831 — 837
VI Stantlidan Butamite			'		838 — 846
VII. Kommunalwefen):			846 — 873
VIII. Polizei.		7			
A. Im Allgemeinen		-			873 — 875

				Geite
B. Cenfurmefen und Budhandel	•			876 87
C. Polizei ber erften Lebensbedurfniff				877 — 87
D. Ordnungs : und Sitten : Polizei.				878 — 88
E. Pag Polizei				882 — 88
F. Sicherheits . Polizei	٠.			886 — 89
G. Strafe und Befferunge-Unftalten.				895 — 89
H. Polizei gegen Ungludefalle				898 — 90
1. Feuer : Polizei und Feuer : Sozieta	towesen.			900 — 90
K. Gewerbes und Sandels : Polizei.				908 — 91
L. Lanbftragen und Chauffeen				914 - 92
NT Chan Watter	•	•		921 — 92
M. Bau Polizei				
N. Milbe Stiftungen				922 92
N. Milbe Stiftungen	Beterin	air:P	olizei.	922 - 92 924 - 93 931 - 93

3meiter Abichnitt.

Musmartige	Befetgebung.		1			936 - 940
- automotiving	Ctitagrama	<u> </u>	<u> </u>	<u> </u>	 <u> </u>	

Unbang.

Aftenmäßige Darfiellung ber Preuf. Gefes : Revifion. G. 1 - 240.

Erster Abschnitt.

Einheimische

e feßgebun

I. Allgemeine Verwaltungs - Sachen.

Cirkular : Reffript an fammtliche Ronigl. Regierungs: Prafibien, Die Bermaltung von Rebendienften feitens ber Regierungsbeamten betreffend.

-inem Konigl. Regierungs Prafibio theilen wir in ber abichrift. lichen Unlage (a.) basjenige mit, was auf die Ungeige bes Serrn Regierungs Prafibenten N. ju N., über die von Beamten ber bortigen Regierung verwalteten Rebendienfte beute verfügt worden ift.

Da über Die Berwaltung von Rebendienften burch Regies rungsbeamte auch bei Organisation, refp. Umformung ber andern Regierungen gleichartige, und meift gleichlautende Beftimmungen wie an bas Regierungs Prafidjum ju - N. ergangen find; fo er. warten wir von Ginem Konigl. Regierungs Prafidio ebenfalls eine Unzeige über die von dortigen Regierungsbeamten verwalteten Rebendienfie, und über bas mit letteren verbundene Gintommen, nebft gutachtlicher Außerung über bie Bulaffigfeit ober Ungulaffig. feit beren ferneren Beibehaltung, abseiten ber bermaligen Inhaber.

Imgleichen ift die Borichrift wegen einzuholender Genehmis gung jur Beibehaltung bes Debenpoffens bei veranbertem Dienfi-Unnalen, Seft IV, 1839.

verhaltniß ber Inhaber burch Übertritt in eine andere Dienftfates gorie auch bon bort aus gleichmäßig zu beachten.

Berlin, ben 25. November 1839.

Minifterium bes Innern. v. Rochow.

Finangminifterium. Graf v. Allvensleben.

Die bei ber erften Organisation ber Ronigl. Regierung ju N. an den Staatstangler Furften v. Bard en berg ergangene, und feitens des Lettern dem derzeitigen bortigen Regierungs : Drafibenten N. mitgeiheilte Allerbochffe Kabinete-Orbre vom 13. Marg 1816. enthalt mort-

"Die im Etat bestimmten Gehalter find vollig hinreichend ausges meffen, und mit Rucflicht barauf bewilligt worden, bag die Besamten bafur der Regierung ausschließlich angehoren und berpflichtet find, berfelben ihre Zeit und Rrafte gang zu widmen. Die Un= nahme von Rebenpoften mit Befoldungen aus andern Raffen barf baber feinem Regierungsbeamten verftattet merden, auch ift ben fammtlichen Beamten, bei Befanntmachung bes Befoldungs . Etats ju eroffnen, daß Gesuche um Bulagen nicht weiter murben ange-nommen, fondern ohne Ausnahme gurudgemiefen werden."

Die Allerbochste Rabinets Drore vom 13. Juli d. J. enthalf bas - mas die Genehmigung der Centralbeborde zu der übertragung von Rebenamtern an Regierungebeamte anbetrifft - gar feine neue, fondern nur die Biederholung felbft Milberung einer alteren Bor-

Da auch, nach dem vorliegenden Berichte, die darin genannten Ne-benpoffen ibren jesigen Inhabern zu einer Zeit, wo Lettere noch als Regierunge-Sefrefarien angesiellt waren, verlieben, ihnen dann aber auch bei ihrer anderweiten Unftellung, refp. Beforberung zu Raffen . Poften obne Beiteres belaffen worden find, fo nehmen wir bieraus Beranlaffung, ju bestimmen, bag fur die Folge auch bei den mit unferer Genebe migung (widerruflich) fattgefundenen Berleibungen von Rebenpoften es jedesmal einer anderweiten Unfrage und Benehmigung gur Beibebaltung bes Debendienftes in ben Fallen bedarf, mo der Inhaber bes lettern in eine andere Dienft-Rategorie verfest wird.

Berlin, den 25. November 1839. Ministerium nes Innern.

Finangministerium. Graf v. Mivensleben.

v. Rochow. den Konigl. Regierungs Prafidenten, herrn N. ju N.

Reffript an ben Ronigl. Regierungs-Prafibenten in N., die Unstellung und weitere Beforderung ausgedienter Unteroffiziere in Civilaintern betreffend.

In dem bon Em. Sochw. unterm 11. v. M. in Abschrift eingereichten, ben bortigen Bureaugehulfen N. N. an bemfelben Sage ertheilten Beicheibe ift unter Unbern bie Unficht aufgeffellt worden, daß die ausgebienten Unteroffiziere ju allen benjenigen Stellen im Departement, fur welche nicht bie ausschließliche Befetung burch Militair : Invaliden ober fonflige Militairberechtigte porgefdrieben ift, nur bann gelangen tonnen, wenn weber Civile Supernumerarien, noch andere Berforgungeberechtigte borhanden Diefe Unficht entspricht ben fur bie Berforgung ber ausgedienten Unteroffiziere bestehenden Borfdriften nicht. ba vielmehr Der Grundfat festgehalten werden muß, daß, fowie in ben Regierunas : Bureque felbit bie ausgebienten Unteroffiziere, bei bemiefener Euchtigfeit, aus ber zweiten Rlaffe ber Gubalternen in bie erfte Rlaffe berfelben binaufzuruden berechtigt find, ihnen eben fo alle Stellen im Departement übertragen werben tonnen, fur welche fie die erforderliche Qualififation besiten, in soweit nicht beren ausschließliche Befetung burch Militair-Invaliden oder irgend eine befondere Rlaffe von Militair : Berforgungeberechtigten ausbrudlich porgefdrieben ift. Bon einem, ben Civil-Supernumerarien biebei auftebenben Borgugerecht tann hiebei nicht Die Rebe fein, vielmehr amifchen ihnen und ben Unteroffizieren nur bie Tuchtigfeit ent. icheiben und nur die Bartegelberbeamten muffen bem einen wie bem anbern vorangeben.

Em. Sochw. veranlaffen wir, Diefen Grundfat ftete aufrecht' ju erhalten, und vorfommenden Falles banach zu verfahren, sowie benn auch bei fich barbietender Gelegenheit ber obige Befcheid bem

gemaß zu mobifigiren ift.

Berlin, ben 8. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern. v. Roch ow. Der Finangminifter. Graf v. 21bensleben.

3.

Reffript an bie Konigl. Regierung zu Pofen, bestreffend die Tragung der Militairs Uniform neben der Civil-Uniform feitens ber Civilbeamten, und die Anles gung militairischer Abzeichen zur letztern.

Den vormaligen Offizieren, welche die Armee Unisorm zu tragen berechtigt sind, ift, wie ich der Königl. Regierung auf Ihren Bericht vom 26. v. M. erwiedere, deren Tragung auch dann erlaubt, wenn sie eine Civil-Unisorm zu tragen berechtigt sind. Auch durfen sie in der Militair-Unisorm bei amtlichen Berrichtungen erscheinen. Dies ist daher auch den Distrikts-Kommissarien zu gestatten, wobei um so weniger ein Bedenken entstehen Gee 2

tann, ale fie ohnehin in ihren Diftriften allgemein befannt find, und fich auch in der Armee : Uniform ale Diftrifte : Rommiffarien leicht fenntlich und geltend machen fonnen.

Das dagegen die Tragung militairifder Abzeichen gur Civil-

Uniform anlangt, fo haben bee Ronige Majeftat beftimmt:

1) Daß das Offiziers Portepee und die Offiziers Sutfordons zur Civil Uniform nur dann angelegt werden können, wenn der betreffende Bcamte entweder Landwehr Dfizier ift, oder bei seinem Austritt aus dem Militair die Erlaubniß zu Tragung der Armee-Uniform erhalten hat.

2) Daß ben ehemaligen Stabsoffizieren erlaubt fein foll, Achfelftude mit Frangen zu tragen, wenn fie eine Civilftelle mit Uniform erhalten, welche nur Uchfelftude ohne Frangen mit

fich führt.

3) Daß die ehemaligen Unteroffiziere, welchen in Folge der allerbochsten Rabinets Drdre vom 17. März 1809. die darin angegebene Cäbeltroddel als besondere Auszeichnung verliehen worden, diese auch zur Civil-Unisorm tragen dürfen.

Beiter ergibt fich aus ben Alten meines Minifterii über ben Gegenstand nichts, baber es auch hinsichtlich ber Diftrifts Rom-

miffarien gunadhit hierbei bewenden muß. Berlin, ben 14. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

14.

Reffript an die Konigl. Regierung zu Posen, in eben berselben Angelegenheit.

Ich habe Beranlassung genommen, hinsichtlich ber im Bericht vom 26. Oktober vi J. enthaltenen Anfrage ber Königl. Resgierung, wegen ber Dienstunisorm der Distrikts Kommissarien, alerhöchste Entscheidung einzuholen. Danach haben des Königs Massiestät Allerhöchst Sich nicht bewogen gesunden, den Distrikts Kommissarien, welche als Kapitaine oder Premier Lieutenants im Militair gedient haben, auf den Achselstücken ihrer Sivil-Unisorm die zur Bezeichnung ihres früheren Militair Ranges dieneuden Sterne beizulegen, und mir dabei hinsichtlich der Grenz und Steuer Aufschauften, auf welche die Königl. Regierung in Ihrem Berichte Bezug genommen, zu eröffnen geruhet, daß denselben von Ansang an, wenn sie vorher Offiziere gewesen, die Abzeichen ihres früheren Militair Ranges bewilligt worden seien, weil sie ausnahmsweise mehr, als die übrigen Eivildiener, militairisch unisormirt wären, welches Motiv bei den Distrikts Kommissarien nicht zutreffe.

Die Königl. Regierung setze ich, im Berfolg meines Erlasses vom 14. November v. J. von dieser Allerhöchsten Willensmeinung in Kenntniß, um nach Maßgabe derfelben die bei Ihr vorgekommenen und kunftig vorkommenden Spezialfälle zu erledigen.

Berlin, ben 10. Februar 1840.

Der Minifter des Junren und ber Polizei. b. Rochom.

5.

Reffript an die Konigl. Regierung ju N., das Disgis plinar Berfahren gegen Berwaltungsbeamte betreffend.

Die Königl. Regierung erhält anliegend Abschrift bes heute bem Bürgermeister N. ertheilten Bescheides, mit bem Bemerken, baß es nicht einleuchtet, auf welche gesetzliche Borschrift die in Ihrer Berfügung vom 3. v. M. an den Landrath enthaltene Bemerkung, daß dem N. das Rechtsmittel des Milberungsgesuchs binnen einer Frist von zehn Tagen zustehe, sich stügen könne. Gegen eine in Disziplinar-Untersuchungssachen wider einen Beamten verhängte Strafe sindet zwar, wie gegen jede Regierungs-Berfügung, eine Beschwerde, aber kein Milderungsgesuch, als ein an eine Einlegungsfrist gebundenes Rechtsmittel, statt.

Auch muß es auffallen, bag bem Denungiaten, ungeachtet bes allgemeinen Grundfages, daß Disziplinar Untersuchungen foftenfrei zu fuhren, fo erhebliche Roften gemacht worden find.

Berlin, ben 25. Oftober 1839.

Ministerium bes Innern. Polizei-Abtheilung. v. Debing.

6.

Reffript an die Konigl. Regierung zu N., die Unwens bung von Ordnungsstrafen betreffend.

Auf ben Bericht ber Königl. Regierung vom 14. d. M. auf torifire ich Dieselbe, die dem Magistrat zu N. in der Angelegens heit wegen Regulirung des städtischen Weichbildes auserlegte Ordnungestrafe von fünf Thalern niederzuschlagen. Ich sinde mich hierzu insbesondere auch durch die Erwägung bewogen, das Ordnungsstrafen überhaupt ein Dieziplinarmittel sind; welches nur mit großer Borsicht gegen höher gestellte Beamte angewendet werden darf, indem solche kleine Geldstrafen sehr leicht zu Abstumpfung bes Ehrgefühls führen, bessen Belebung doch vielmehr das haupts augenmerk seber Dienstdieziplin sein muß. Ich wunsche baher, daß

bie Ronigl. Regierung biefen Gefichtspunkt bei funftigen ahnlichen Fallen beachten mag.

Berlin, ben 31. Dezember 1838.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

7

Cirkular : Restript an sammtliche Konigl. Regieruns gen, sowie an die Konigl. Ministerial : Baukommiffion hieselbst, die Unkaufe von Privatgebauben fur offents liche Zwecke betreffend.

Ein neuerdings vorgekommener Fall, in welchem nach bem Ankaufe eines Privatgebaudes für öffentliche Zwecke der bauliche Buftand beffelben sich als sehr ichlecht erwiesen hat, und den vor dem Ankaufe zugezogenen Baubeamten, von denen hierauf nicht aufmerksam gemacht worden, ein sorgloses und oberflächliches Berfahren Schuld gegeben wird, gibt Beranlassung, den Baubeamten die größte Sorgfältigkeit und Borsicht bei Behandlung ähnlicher Angelegenheiten zu empfehlen. Es wird daher, um demgemäß die Baubeamten zu instruiren, auf folgende Punkte, welche sie bei ihrer Juziehung zu den Berhandlungen über den Ankauf von Privatgebäuden für öffentliche Zwecke besonders zu beachten haben wetzben, aufmerksam gemacht.

1. Gehr oft erfolgt die Aufforderung gur fachfundigen Beantwortung einer Frage, ober gur Abgabe eines Gutachtens von Seiten bes Borftandes einer Behörde ober eines Kommiffarius

nur mündlich.

Wird auch nur eine mundliche Außerung verlangt, so muß bie richtige Auffassung einer folden und die angemessene Besnutzung auch bem überlassen bleiben, ber die Frage gestellt hat; ber Baubeamte kann bafür nicht verantwortlich gemacht werden.

Soll aber ein schriftliches Gutachten abgegeben werben, so ift bie genaue Angabe beffen, was bem Baubeamten über ben Zweck ber Konsultation angegeben worben, unerläftlich, weil später nur hiernach bie Angemeffenheit feines Urtheils geprüft werben kann.

Diefe Angabe wird im Eingange bes Gutachtens ihre Stelle finden und als anerkannt anzusehen fein, wenn vor weiterem Berfahren in der Sache von der betheiligten Behörde dagegen nichts erinnert worden ift.

2. Schriftliche Aufforberungen und Mittheilungen find nicht nur in bem Gutachten ausbrudlich in Bezug ju nehmen, sondern auch forgfältig aufzubewahren.

3. Jebe, auch bie forgfältigfte Unterfuchung bes Bu:

ft an bes eines Gebäudes lagt über bie Beschaffenheit einzelner, selbst fehr wichtiger Theile Unsicherheiten zurud. Damit man von solchen -Untersuchungen sich nicht mehr verspreche, als ber Natur ber Sache, oder ben besondern -Umständen nach zu erreichen ist, ohne wesentliche Zerstörungen zu veranlassen, -ist nothig, daß in dem Gutachten bestimmt ausgesprochen werde,

wie die Untersuchung vorgenommen, auf welche Theile fie fich erftredt habe, aus welchen Grunden eine weitere Erforichung fur entbehrlich gehalten, ober weshalb bie fur nothig

erachtete nicht zu bewirfen gemefen fei.

4. Die Tuchtigfeit und Brauchbarteit eines Gebaubes ift relativ, und von der Beibehaltung in seiner bisherigen Einrichtung und zu der bisherigen Bestimmung, oder von den mehr oder weniger bedeutenden Abanderungen und Bergrößerungen zu einem andern Zwecke abhängig. Ein treffendes Urtheil kann also, auch bei der genauesten Kenntniß von dem Zustande, nicht anders, als mit Rucksicht auf das, was in dieser Beziehung beabsichtigt wird, gefällt werden, und wird folglich nie ohne allen Borbehalt hinzustellen fein.

5. Die überichlägliche ober fpezielle Ermittelung ber Roften gur Reparatur und Ginrichtung bleibt ichon unter ben ju 3. angeführten Umftanden mehr ober weniger unsicher; fie entbehrt aber jedes Fundaments, wenn, wie fehr oft, noch gar nicht feststeht, welche Raumbedurfniffe befriedigt und wie die Lofalien

ausgestattet werben follen.

Der Überschlag ober Anschlag muß also entweder auf beftimmte Forderungen sich beziehen, ober, wie ausdrücklich zu bemerken sein wird, in Ermangelung solcher nach bem Ermessen
bes Baubeamten bearbeitet werden, der im lettern Falle, und
wenn gegen die Dispositionen nichts erinnett worden ift, auch nur
zu vertreten haben wird, daß die zur Er halt ung des Gebaudes
nothigen Arbeiten nicht außer Acht gelassen werden.

6. Die richtige Abichathung bes Berthe eines Gebanbes fest eigentlich die unter 3. gedachte genaue Untersuchung voraus, zu welcher Zeit und Roften felten gegeben find, noch feltener

aber Die Ginwilligung bes Befiters ju beschaffen ift.

Auch fann die richtigste Ermittelung des Werthes anpaffend werben, wenn bas Gebaube nach 4. eine andere Bestimmung und Ginrichtung erhalten foll, wobei die Zerfforung vieler noch brauch-barer Theile unvermeiblich wird.

Siernach wird auch eine Sare nicht anders als unter Ungabe bes 3wedes, zu welchem fie verlangt worden, und unter Beobachtung ber unter 3. und 4. gedachten Kautelen aufzustellen fein.

Bibt unter gemiffen ortlichen Berhaltniffen nach ber Rennt:

niß bes Baubeamten ber Banwerth feinen Mafftab fur ben üb-

lichen Raufpreis, fo ift auch bies gu bemerten.

Es bedarf wohl nicht ber Erinnerung, daß alles Borfiehende teine Anwendung findet, wenn bloß der Information wegen eine Abschäugung fistalischer Bebaude verlangt wird, welche jum Bergauf aeffellt werden follen.

Übrigens ift bafür Sorge zu tragen, bag Gefchäfte biefer Art nur burch erfahrene, mit ber Ortlichkeit bekannte Baubeamte, nicht burch Baukondukteurs betrieben werben, weil babei Gefchick-lichkeit und Kenntniffe einen gewiffen praktischen Sakt, ber nur burch Erfahrung zu erwerben ift, nicht entbehrlich machen.

Berlin, ben 18. Dezember 1839.

Der Finangminifter. In beffen Abmefenheit. Beuth.

8

Eirkular Reffript an sammtliche Ronigl. Regierungen, ausschließlich der Rheinischen und derjenigen zu Stralfund, die Berichtserstattungen über beabsichtigte Jurisdiktions Beranderungen betreffend.

Es find in neuerer Zeit mehrere Fälle vorgekommen, in benen ich nur zufällig und so spät, daß meinerseits eine Einwirkung
auf die Sache nicht mehr möglich war, Kenntniß von Beränderungen in der Organisation der Untergerichte erhalten habe. Beränderungen solcher Art berühren in allen Fällen, insbesondere aber
wenn von Einzel- Nichtern respizirte Gerichte aufgelöft und ihre
Bezirke größeren Gerichtsbezirken einverleibt werden sollen, das
Berwaltungs- Interesse sehr nahe. Wenn ich mich in dieser Beziehung auch auf die eigene Erfahrung der Königl. Negierung
selbst beziehen kann, so muß ich doch hervorheben, daß wenn die
Autorität des zu den Gerichts-Einzesessen in persönlichem Berhältnisse stehenden Einzel- Nichters wegfällt, auch das Ansehn und
die Wirksamkeit der Polizeis-Obrigkeit darunter leidet und die Geschäfte der Polizeiverwaltung sich vervielsachen.

Ich verantasse, die Königl. Regierung beshalb, unter Bezugnahme auf die in der neueren Zeit minder beachtete Cirkular-Berfügung vom 21. April 1823. (Anl. a.) in jedem Falle, in welchem Sie Nachricht davon erhält, daß eine Jurisdiftions-Beränderung in Ihrem Bezirfe von der Justigbehörde insbesondere bei den
Justigämtern und den Patrimonialgerichten projestirt wird, von
der Sache vollständig Kenntniß zu nehmen, und in allen solchen
Källen unter genauer Darlegung der obwaltenden Umstände an

^{*)} Bergl. Jufig. Minift. Blatt, Jahrg. 1840. S. 115. und Minift. Bl. der innern Berwaltung Jahrg. 1841. S. 220.

mich autachtlich ju berichten. Ift in folden Fallen bie Ronigl. Regierung ber Unficht, bag eine Beranberung ber Jurisdiftion ungeeignet fei, fo hat bie Ronigl. Regierung Gich, ber angeorbnes ten Berichteerstattung ungeachtet, fofort und bestimmt in folder Beife gegen bie betreffenbe Landes-Juftigbehorbe auszusprechen.

Berlin, ben 30. Dezember 1839.

Der Minifter bes Junern und ber Polizei. v. Rochow.

Da mabrzunehmen gemefen ift, baf mehrere Suffigbeborben mit Inhabern ber Patrimonial : Burisdiftion megen beren Ubernabme pon Geiten bes Staats Bertrage abgeschloffen haben, ohne dabei mein in Beziehung auf bas ju berudfichtigende flaaterechtliche Berhaltnif burch bie allerbochften Berordnungen vom 27. Oftober 1810. und 3. Juni 1814. begrundetes Reffort gu beachten, noch auf mein Intereffe als Polizeiminifter Rudficht zu nehmen; fo bin ich mit bem herrn Just flieminiffer barin übereingetommen, daß funftig bergleichen Bertrage von den Juftigbeborden nicht abgeschloffen werden follen, bevor nicht von ben Ronigl. Regierungen Ihre Zustimmung ertheilt worden ift.

Damit aber in allen Landestheilen, mo Patrimonialgerichtebarfeit beffebt, nach gleichen Grundfaten verfahren und ich in den Stand ges fest merbe, bie Entwickelung Diefes Berbaltniffes im Gangen im Muge au behalten, weise ich die Konigl. Regierung hiermit an, jedes Mal vor Ertheilung Ihrer Einwilligung gu bergleichen freiwilligen übernahmen an mich zu berichten, und meine Entschließung zu erwarten.

Bevor aber Untrage barauf an mich gemacht werben, muß die Ronigt. Regierung ben Inhaber ber Juriebiftion gur Erflarung auf-

forbern:

ob er nicht nur bie Polizeiaufficht in bem Gerichtssprengel entweder perfonlich fubren, ober ju beren gubrung auf feine Roften. ein von der Konigl. Negierung für qualifigirt ju erachtendes Sub-jeft ftellen, sondern auch, in soweit zeither vom Justitiar die Po-ligeig erichtebarkeit mit besorgt worden, dafür auf eine legale, aufreichende und die Unterthanen nicht (burch meitere Bege, größere Unfoffen ic.) gegen bie zeitberige Ginrichtung mehr beldfti-gende Urt forgen zu wollen, und welche Einrichtungen er beshalb gu treffen beablichtige?

Bierbei muß überall barauf Rudficht genommen werden, bag bie Beichafte ber gandrathe, beren Gulfemittel nach bem übereinstimmenben Urtheile der Ronigl. Regierungen dem Umfange ihres Birfungefreifes

ohnebin nicht entfprechen, baburch nicht vermehrt werden. Damit auch die Guteberren von der Lage der Sache unterrichtet fein mogen, bat die Ronigl. Regierung ihnen burch die Landrathe befannt ju machen, bag ich die Galtigfeit ber obne meine nach ben an: gezogenen Berordnungen erforderliche Ginwilligung mit den Juffigbeborden abgefchloffenen Bertrage nicht anerkennen, und jedenfalls fie gu legaler Erfullung aller in hinficht ber Polizeiaufficht und Polizeigerichtsbarfeit obliegenden Berbindlichkeiten nach wie vor anhalten laffen merbe. Berlin, den 21. April 1823.

Der Minifter bes Innern. v. Schudmann.

fammtliche Ronigt. Regierungen in ben Marten, Preugen, Pommern, Schiefien, Sachfen -und Weftphalen.

0

Restript an die Konigl. Regierungen zu Posen und Bromberg, ber Preis fur das in beren Bezirk in beutscher und polnischer Sprache erscheinende Umtsblatt betreffend.

Der Königl. Regierung wird in ber Anlage (a,) eine vibimirte Abschrift ber allerhöchsten Kabinets. Ordre vom 7. d. M., wonach ber Preis des für die Regierungsbezirke Posen und Bromberg in deutscher und polnischer Sprache erscheinenden Amtsblatts auf Einen Thaler für den Jahrgang festgestellt wird, mit dem Auftrage übersandt, die Publikation dieser Ordre durch bas Amtsblatt zu bewirken.

Berlin, ben 18. Dezember 1839.

Minifterium des Innern. Erfte Abtheilung. . b. Mebing.

Auf Ihren Bericht vom 28. v. M. will Ich die von dem Staatskantler Fürsten v. hardenberg unterm 29. November 1817. erlaffene Berfügung, wodurch für die Regierungsbezirke Posen und Bromberg der Preis des in deutscher und in polnischer Sprache erscheinenden Amtsblattes auf einen Thaler für den Jahrgang festgestellt worden ift,
für die Bergangenheit und Zukunft bestätigen, und Sibnen die Publikation dieser Ordre durch die betreffenden Amtsblatter überlassen. Berlin, den 7. Dezember 1839.

Friedrich Wilhelm.

ben Staatsminifter v. Rochow.

10.

Cirkular-Reskript an sammtliche Konigl. Regierungen, die Verminderung des Porto's bei portopflichtiger amtlicher Korrespondenz betreffend.

Durch eine an sammtliche Gerichtsbehörben erlaffene, burch bas Juftiz-Miniferial-Blatt Nr. 24. vom laufenden Jahre S. 198. zur öffentlichen Kenntniß gebrachte Verfügung des herrn Jufiz-minifters Muhler Ercellenz, vom 23. Mai d. J. (Unnal. S. 541.) sind Anordnungen zur Vermeidung der Übelftände und Beschwerden, namentlich in Beziehung auf die unnöthige Erhöhung des Postporto's getroffen worden, welche durch den zeither nicht selten stattgefundenen Gebrauch unverhaltnismäßig großen und starten Papiers zu den amtlichen Korrespondenzen hervorgerufen wurden. Es erscheint wünschenswerth, durch ahnliche Maßregeln auch

einer unnöthigen Erhöhung bes Postporto's für die amtliche Rorrespondenz der Provinzial Berwaltungsbehörden und ihrer Unterbehörden mit dem Publifum vorzubeugen, und wird die Königl.
Regierung daher unter Bezugnahme auf jenen Erlaß angewicsen,
die erforderlichen Berfügungen zu treffen, daß sowohl bei Ihrer
als der amtlichen Korrespondenz Ihrer Unterbehörden unnöthige
Papierverwendung vermieden, insbesondere aber das Publifum
nicht durch Gebrauch unnöthigen zu großen und zu dicken Papiers,
sowie durch zu dick ausgetragenen Siegellack, mit höheren als benunumgänglich nöthigen Portososten belästigt werde.

Berlin, ben 15. Rovember 1839.

Minifterium-

bes Innern. bes Königl. Saufes, zweiter Abthl. ber Finanzen. v. Rochow. b. Labenberg. Gr. v. Alvensleben.

11.

Eirfular-Reffript an sammeliche Konigl. Regierunsgen, ausschließlich ber Rheinischen zu Ebln, Coblenz, Achen und Trier, betreffend die Stition von Urkunden aus ben Urchiven und Registraturen ber Verwaltungssbehörben in streitigen Rechtssachen.

Die unterzeichneten Ministerien eröffnen ber Konigl. Regies rung auf ben Bericht vom 22. Juli b. 3.,

betreffend die Stition von Urfunden aus ben Archiven und Registraturen ber Bermaltungsbehörden in ftreitigen Rechtsfachen,

baß die Grundsage, welche in der Cirkular: Berfügung des herrn Geheimen Staatsministers v. Labenberg Erc. vom 10. Juni d. J. ") wegen des eben bezeichneten Gegenstandes aufgestellt worden sind, auch in den übrigen Berwaltungs Resorts im Bessentlichen zur Richtschnur dienen muffen. Namentlich unterliegt es nach der bestehenden Gesetzgebung keinem Bedenken, daß ein auf Edition ganzer Aktenstücke und Rechnungen gerichteter Antrag unzulässig ist, einmal, weil ein Editionsgesuch überhaupt nur auf bestimmt zu bezeichnende einzelne Urkunden, nicht aber genezrell auf Aktenkonvolute u. s. w. gerichtet werden kann, (§. 92. b. Tit. 10. der Prozes Ordnung) sadann aber, weil Berichte der Unterbehörden an die Obern und Berfügungen der letzteren, Gutsachten und sonstige Rotizen, dergleichen alle Akten enthalten, der Privat-Korrespondenz einer Partei gleich zu achten sind, deren Edi-

[&]quot;) im 2ten Befte, G. 285.

tion nach §. 92. a. a. a. D. nur verlangt werden kann, wenn folche unter den Parteien selbst über das Geschäft geführt worden ist. Eben so stehen alle Rechnungen der Kassen den Pris vat-Rechnungs Notizen gleich, deren Stition, mit Ausnahme der Handlungsbücher, nicht verlangt werden kann, und Fiskus wäre übel daran, wenn er alle Verhandlungen der Behörden unter sich, und alle Nechnungen, welche einen Oritten nichts angehen, vorlegen müßte, damit eine Partei daraus einen Anspruch gegen ihn begründen könnte. Auch der §. 159. 1. c. redet nur von Urbarien, Jins- und Steuer-Registern, Kirchen-Matrifeln und ähnlichen Verzeichnissen, die den Dokumenten gleich zu achten sind, nicht aber allgemein von Rechnungen und Alten.

An diesen seitens der Berwaltungsbehörden auch immer schon angenommenen Grundsagen hat die Königl. Regierung mit Strenge zu halten, und in Fällen, wo ein Konflift mit den Gerichtsbehörs den eintreten sollte, oder die Gewährung eines Editionsgesuchs zweiselhaft erscheinen möchte, jedesmal erst bei dem betreffenden Ministerium anzufragen. Festere Bestimmungen über diesen Gest genstand sind erst von der Revision der Gerichts Ordnung zu ers

marten.

Berlin, ben 18. November 1839. Minifferium

ber geiftlichen, Unterrichts. des Innern und der Finanzen.
2c. Angelegenheiten. der Polizei. Gr. v. Alvensleben.
v. Altenfiein.

die Königl. Regierung in Potebam und Abschrift an sammtliche übrige Königl. Regierungen, mit Ausschluß ber Rheinischen zu Coblenz, Coln, Trier und Achen, zur Kenntniffnahme und Nachachtung.

12.

Restript an die Königl. Regierung zu Uchen, betrefs fend die Bernehmung von Zeugen in administrativen Untersuchungen, ohne Gewährung von Reisekosten.

Die Königl. Regierung erhalt die mittelst Berichts vom 22. v. M. eingereichten Liquidationen über die Reisetossen der in der administrativen Untersuchung wider den Bürgermeister N. zu N., vernommenen Zeugen anliegend mit dem Eröffnen zu-ruck, daß, da nach dem, was in der Berfügung an die Rheisnischen Regierungen vom 26. August b. J. *) bemerkt worden, in Gemäsheit der dort noch geltenden fremdherrlichen Gesetzges

") im 3ten Befte, G. 537.

bung ben auf abministrativem Bege abgehörten Zeugen feine Entsichäbigung gebührt, bas Ministerium sich um so weniger veranlaßt, ober auch nur autorisirt finden kann, im vorliegenden Falle eine Bewilligung eintreten zu lassen, als daraus für alle kunftige Falle Exemplistationen gezogen werden könnten.
Auf den Antrag ist daher nicht einzugehen. In kunftigen

Auf den Antrag ift daher nicht einzugehen. In kunftigen Fallen ift dafür zu forgen, daß die Zeugen nicht zu weiten Wesgen in das landräthliche Bureau veranlaßt, sondern die Burgers

meifter mit ber Bernehmung beauftragt werben.

Berlin, ben 19. November 1839.

Ministerium bes Innern. Erfte Abtheilung. v. Mebing.

13.

Eirkular-Reskript an sammtliche Konigl. Regierungen, Provinzial-Schulkollegien zc., die jahrlichen Nachweis fungen von den zur Erledigung gekommenen Orden und Ehrenzeichen betreffend.

Das Ministerium eröffnet der Königl. Regierung auf die Aufrage in dem Berichte vom 9. v. M., daß die, durch die Berstügung vom 13. Februar 1837. (Annal. S. 300. f.) erforderten jährlichen Nachweisungen von den, durch das Ableben von Geistlichen, Lehrern und Medizinalpersonen in dem Zeitraume von Mischaeli dur Erledigung gekommenen Orden und Ehrenzeichen nicht gleich nach Eintritt eines jeden Falles einzureichen sind, sondern nur einmal im Jahre, und zwar so, daß solche spätestens bis zum 20. Oktober hier eintressen. Die Insignien der Berstorbenen sind aber nach wie vor sofort an die Königl. Genes roleOrdens-Kommission zurück zu senden.

Der vorgenannte Termin ist jedoch aus ben, in ber Bersite gung vom 13. Februar 1837. angegebenen Gründen auf bas punktichste einzuhalten und von der Königl. Regierung solche Einzleitung zu treffen, daß entweder die fragliche, den Zeitraum eines Jahres umfassende Nachweisung, oder, wenn keine Erledigungen vorkommen, eine Bakat-Anzeige hinführo jedesmal bis zu dem be-

ftimmten Termine bier eingeht.

Berlin, ben 9. Dezember 4839.

Minifterium ber geiftlichen, Unterrichts und Mediginal-Angel.

Un die Konigl. Regierung zu Potsdam und Albschrift zur Kenntniffnahme und gleichmäßigen Nachachtung an sammtliche übrige Königl. Regierungen, sammtliche Königl. Provinzial = Schulkollegien, und an sammtliche Königl. und sellvertretende augerordentliche Negierungsbevollmächtigte bei den Universitäten.

Restript an die Konigl. Regierung zu Frankfurt, die Belohnungen bei Gelegenheit der Feier goldener Hochszeiten betreffend.

Des Königs Majestät haben, wie ber Königs. Regierung auf ben Bericht vom 1. v. M. zur Nachricht eröffnet wird, ben Anstrag bes unterzeichneten Ministeriums auf Verleihung bes allgemeinen Schrenzeichens an ben Schuhmachermeister N. bei Gelegensheit ber Feier seiner goldenen Hochzeit, mit der allerhöchsten Berstimmung abgelehnt, daß bergleichen Feste wohl Veranlassung zu Geschenken an die Inbel-Chepaare aus dem dazu geeigneten Fonds, nicht aber zu Dekorations Verleihungen geben könnten, und daß, wenn der zc. N. überhaupt eine Auszeichnung verdiene, solche bei Gelegenheit des Ordenssestes in Antrag gebracht werden solle.

Berlin, ben 12. Auguft 1839.

Minifterium bes Innern. Erfte Abtheilung. v. Debing.

15.

Auszug aus bem Berichte der Konigl. Regierung zu Frankfurt, bas Stimmrecht der Mitbesiger von Ritztergutern bei Landrathswahlen und die Wählbarkeit dersfelben betreffend.

-. Der Besit eines in ber Matrikel anerkannten Ritterguts befindet sich jur Zeit in dem gemeinschaftlichen Gigenthume mehererer Geschwister und anderer Personen als Miterben. Der Kommissarius zur Abhaltung ber Landrathswahl in dem N. N.schen Kreise wunscht nun darüber belehrt zu fein:

1. ob biefe Miterben fimmberechtigt find, und, wenn bies ber Rall fein follte, wie fie ihr Stimmrecht ausüben burfen ?

Unferm unmaßgeblichen Dafürhalten nach, durfte ben zeitigen Mitbesigern unbedenklich das Bahlrecht zustehen, und sie ermächtigt fein, entweder einen qualifizirten Bevollmächtigten zu mahlen, oder einen gemeinschaftlich abgefaßten Bahlzettel, von einigen Mitsgliedern ber Bahlversammlung als richtig auerkannt, einzureichen.

2. Ber von ben Mitbefigern mahlbar fei?

In diefer Sinsicht halten wir unvorgreiflich dafür, daß es ber Bahlversammlung überlaffen sei, benjenigen ber Mitbesitzer auf die Liste der Bahlbaren bringen zu laffen, den sie für qualifizirt erachten, als Landrathsamts. Kandidat prafentirt zu werden, wenn etwa die Bahl auf denselben fallen sollte.

Guer Ercelleng bitten wir gang gehorfamft, uns bochgeneigtft

befcheiben zu wollen, ob unsere gutachtliche Außerung richtig sei, und wir hiernach den Wahltommissarius mit Resolution versehen burfen, oder wie wir sonst denselben anzuweisen haben, zu verfahren. Krantfurt, ben 22. Oftober 1839.

Die Regierung. Abtheilung bes Innern.

ben Konigl. wirklichen Gehrimen Staats, und Minifter bes Innern und ber Polizei, herrn v. Rochow, Ercellenz, zu Berlin.

16.

Restript an die Konigl. Regierung zu Frankfurt, in eben berfelben Angelegenheit.

Da das Stimmrecht der Mitbesißer von Rittergütern bei Landrathswahlen und die Wählbarkeit derfelben grundsäßlich nicht zu bezweiseln sind, und die für die Geltendmachung beider von der Königl. Regierung in Ihrem Berichte vom 22. v. M. vorges schlagene Form derjenigen Praxis, welche sich anderweitig ausgebildet hat, entspricht, so kann bei der im Nichen Kreise abzuhaltenden Landrathswahl nach jenem Borschlage versahren werden. Ich überlasse daher der Königl. Regierung, den Wahlkommissarius demgemäß mit Justruftion zu versehen.

Berlin, ben 6. Dobember 1839.

Der Minifter des Innern und ber Polizei. v. Rochow.

II. Berhaltnisse zu auswärtigen Staaten.

17.

Eirkular : Reffript an sammtliche Konigl. Regierunsgen, sowie an bas Konigl. Polizei : Prasidium hieselbst, bas Berfahren mit heimathscheinen aus ben beutschen Bundesstaaten betreffenb.

Es ift zu meiner Kenntniß gelangt, daß Seimathicheine, welche von Behörden auswärtiger deutscher Bundesstaaten, mit denen wes gen gegenseitiger Aufnahme bon Bagabunden und Ausgewiesenen Berträge bestehen, ihren Nationalen zum Aufenthalte in den Kösniglichen Staaten ausgesertigt sind, nach ihrem ausbrucklichen Inshalt nur so lange für gultig erklart werden: "als nicht die Inshaber dieser Urkunden, zufolge der zwischen dem diesseitigen Gou-

"vernement und jenen Staate: Regierungen beffehenden' gedachten "Bertrage, die dieffeitige Staatsangehörigfeit erlangt haben murden."

Da nach ber innern Gefetgebung der meiften biefer Staa:

ten bie Bestimmung jener Ronventionen:

wonach burch gehnfährigen Aufenthalt ober Berbeirathung unter Unlegung einer eigenen Birthichaft bie Berpflichtung jur Beibehaltung ber betreffenden Individuen begrundet mird. burch bas Begehren von Beimathicheinen ober zeitige Ausweifung in ber Regel außer Wirkfamfeit gefett wird, Die Dieffeitigen Beis mathicheine aber bie Fortbauer ber Preufifchen Unterthanen:Qua-litat mahrend bes barin gedachten Beitraums ohne Rudficht auf bie bestehenden Konventionen unbedingt aussprechen, und, um ben Inhabern ben bezweckten Aufenthalt im Auslande moglich zu maden, aussprechen muffen, fo konnen Seimathicheine auswartiger Behörben, welche eine Berpflichtung gur Wiederaufnahme beren Inhaber nur fo lange begrunden, ale Die Bestimmungen ber Ronventionen ber bieffeitigen Regierung ohnehin ein Recht gur Musweifung beilegen, nicht als genügend angenommen werben. Ronigl. Regierung hat baber die betreffenden Behörden Ihres Departements' anzuweisen, berartige Seimathicheine, falls fie funftig produzirt werden mochten, ben Inhabern gurudzugeben, und an deren Stelle, bevor fie die Genehmigung jum langeren Dieffeitigen Aufenthalte ertheilten, Die Beibringung folder Scheine gu verlangen, welche fur bie barin gedachte Beit die Berpflichtung ber ausstellenden Behorde gur Wiederaufnahme bes Inhabers in berfelben Art unbedingt begrunden, wie bies nach bem Inhalte der Dieffeitig vorgeschriebenen Beimathscheine ber Fall ift.

Berlin, ben 29. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und bet Poligei. b. Rochow.

18.

Cirkular Berfügung ber Konigl. Regierung ju Erier an fainmiliche Landrathe, wegen Berluftes bes Beis matherechts nach erfolgter Auswanderung.

Der Königl. Abeinische Appellationshof zu Goln hat auf besfalls eingelegten Refure den in einem Spezialfalle von ber Rathskammier eines der Königl. Landgerichte ausgesprochenen Grundfan,
daß ein nittelst ertheilten Auswanderungskonsenses aus dem
diesseitigen Unterthanenverbande ausgeschiedener Inlander um
dewillen, weil es ihm nicht gelungen, im Auslande Schutz
und Aufnahme zu finden, nach wie vor, der erfolgten Auswanderung ungeachtet, als Inlander zu betrachten sei,

Da end & Google

einestheils aus materiellen in der Sache selbst liegenden Grunden, anderntheils und vorzugsweise aber darum gemisbilligt, weil nach Barschrift der Allerhöchsten Kabinets. Ordre vom 10. März 1839. et der Berwaltungsbehörde allein zugestanden habe, die zweisels haft gewordene Frage, ob die in Rede siehende Person als diesseitiger Unterthan, oder aber als Ausländer zu betrachten sei, ausschließlich, und für das richterliche Urtheil in dem Falle maßges bend, zu entscheiden, wo es sich bei Bestrafung der Bagabundage von der Qualität des Weiederbetroffenen handelt.

Bir theilen Em. Bohlgeb. Diefe Entscheibung gur Renntnife

nahme mit.

Trier, ben 12. Juli 1839.

Ronigl. Preuß. Regierung. Abtheilung bes Innern.

19.

Reffript an die Ronigl. Regierungen zu Merfeburg und Erfurt, die Auswanderungen nach Serbien betreffend.

Es liegt zwar, wie ich ber Konigl. Regierung auf die Anfrage in dem Berichte vom 25. v. M. eröffne, tein Grund vor, um zu bezweifeln, daß den nach Serbien auswandernden Individuen, dafern sie nur das nöthige Reisegeld besigen, die Durchreise durch die Raiserlich Ofterreichischen Staaten werde verstattet wers den. Um jedoch hierin ganz sicher zu geben, erscheint es im eiges nen Interesse der Auswandernden angemessen, ihre Reisepoffe mitdem Bisa der hiesigen Ofterreichischen Gesandtschaft versehen zu lassen.

Die Ronigl. Regierung mag baber anordnen, baf biefe Reis fepaffe von ber ausfertigenden Behorbe zu bem gebachten 3mede

hieher eingereicht werben.

Übrigens versteht es sich von felbst, baß benfenigen Inbivibuen, welche bas für erforderlich ju achtende Reisegeld nicht befigen, weder Auswanderungskonsense noch Reiseraffe ju bewilligen sind, und baß ben Urfachen, welche diese Auswanderungen veranlassen, ferner sorgfältig nachgespurt, und etwaigen besfalligen Aufreizungen entgegengewirft werden muß.

Berlin, ben 4. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

Un die Konigl. Regierung zu Merseburg und Abschrift an die Konigl. Regierung in Ersurt zur Nachricht und gleichmäßigen Beachtung.

III. Staats-Einfunfte.

A. Domainen : Berwaltung.

20.

Cirkular Reffript an sammeliche Konigl. Regierungen, ausschließlich berjenigen in Westphalen und am Rhein, bas Diensteinkommen ber Domainen Rentbesamten betreffend.

In der Allerhöchsten Rabinets Ordre vom 12. Januar 1832, mittelft welcher des Königs Majestät die von dem Königl. Fisnanzminisserio geschehenen generellen Borschläge, zur anderweiten Einrichtung des Besoldungswesens für die Domainen Renteien in den öftlichen Provinzen, im Allgemeinen zu genehmigen geruhet haben, ift ausdrücklich bestimmt, daß bei Feststellung des Diensteinsommens der Rentbeamten und Unterbedienten die Borschläge der ehemaligen Immediat-Kommission zur Regulirung des Staatshaushalts und der deshalb durch die Allerhöchste Kabinets Ordre vom 8. Dezember 1824. erlassenen naheren Bestimmungen berückssichtigt werden sollen.

Da nun, nach ben vorermahnten Bestimmungen, als allgemei:

ner Grundfat fejtgehalten werden foll,

daß Domainen Rentbeamte und Forstgeld Erheber, soweit die örtlichen Berhältnisse es nur irgend gestatten, stets in einer Person vereinigt, und fur beide Geschäfte nur die fur die Rentbeamten bestimmten Normalfage, wobei 900 Thaler unsabanderlich als Maximum gelten sollen, gewährt werden durfen;

fo wird die Königl. Regierung angewiesen, als Grundsatz zu beachten, daß das reine Gesammt Diensteinkommen eines mit der Berwaltung einer Forftkasse beauftragten Rentbeamten, also incl. Tantieme von der Forstkasse, die Summe von 900 Thalern jahr-

lich als Maximum nicht überfteigen barf.

Ift in den Normal Befoldungsplanen für die DomainenRentamter und in den Forst-Geldetats für die mit einer ForstassengenenBerwaltung beauftragten Rentbeamten, von der ForsthebungsTantieme ein bestimmter Betrag jum Dienstaufwande abgesondert,
so ift, wenn die etatsmäßige Tantiemen: Einnahme in der Wirflichfeit überstiegen wird, der Mehrbetrag ganz als reines Diensteinfommen zu behandeln. 3. B. das ganze Tantieme: Einfommen eines Rentbeamten, als Forstassen: Rendanten, ware auf 300
Thaler jährlich, unter Zugrundelegung der-etatsmäßigen Bruttoeinnahme, ermittelt, und davon waren 130 Thaler auf den Dienst-

aufwand gerechnet; in der Wirklichkeit aber beliefe sich in dem einen Jahre die desfallsige Tantieme auf 400 Thaler. Gesett nun, der Rentbeamte bezoge, als solcher, ein reines Gehalt von 700 Thir., in diesem Falle wurde er von den 400 Thirn. Forststantieme nur 330 Thir., und zwar 200 Thir. als reines Gehalt, innerhalb des Maximi von 900 Thir. für die sombinirten Stellen, und die übrigen 130 Thir. zum Dienstauswande beziehen können, wogegen der Tantieme: Mehrbetrag von 70 Thir. bei der

Forfitaffe ale erfpart zu verrechnen fein murbe.

2Bo aber folde bestimmte Quanta, wie vorftebend ermahnt, bei den mit Forftaffen beauftragten Rentbeamten fur die von ber Forfthebungs . Santieme auf ben Dienftaufwand ju rechnenden Betrage, burch bie Rormal . Ctate ober Ministerialbestimmungen nicht regulirt find, ift, ohne Unterfchied & biefer Cantieme auf ben Dienstaufwand ju rechnen, und funftig auch in biefem Betrage in den Etats jum Unfat ju bringen, wenn auch bisher nur i ber Santieme ober eine andere Quote auf ben Dienstaufwand gereche net fein follte. 3. B. ein Rentbeamter bezoge ale folder ein reines Gehalt von 800 Thaler. Die ihm zugleich übertragene Forftaffe ergabe aber nach bem fur ihn beftimmten Prozentfage, in bem einen Jahre eine Santieme von 200 Thir. Benn nun abavon mit 66 Thir. 20 Ggr. auf den Dienstaufwand ju reche nen ift, fo verbleiben ale reines Dienfteinkommen 133 Thir. 10 Davon fann jedoch der Rendant nur 100 Thir., oder, wenn er auch ale Forfitaffen-Rentant Penfionebeitrage zu entriche ten bat, nur 98 Ehlr. 15 Ggr. erhalten, mogegen Die übrigen 33 Thir. 10 Ggr. ober, incl. Penfionsbeitrage, 34 Thir. 25 Ggr. ber Forftaffe verbleiben muffen.

Das Diensteinkommen der Domainen Rentbeamten als Forff, taffen - Rendanten, unterliegt, nach bisheriger Ginrichtung, nicht

überall ben Penfionsbeitragen.

Diefer Umftand ift aber ohne Ginfluß auf bie Berechnung bes Gehaltsmaximi von 900 Thir., indem auch biejenigen Domainen Rentbeamten, welche als Forstaffen Rendanten feine Penfions, beiträge zu entrichten haben, doch nur 900 Rthir., als Gehalts, maximum, incl. der reinen Diensteinnahme von der Forsterhebungs. Santieme, beziehen durfen.

Berlin, ben 28. Oftober 1839.

Der Geheime Staatsminifter und Chef ber zweiten Abeilung bes.

v. Labenberg.

Cirkular : Restript an sammtliche Konigl. Regierungen in ben offlichen Provinzen, die Bureautosten der Domainen : Rentbeamten betreffend.

In der an die Königl. Regierung zu Stettin erlassenen, unterm 19. Februar 1832. den übrigen Königl. Regierungen in dem öfflichen Provinzen auszugsweise mitgetheilten Berfügung vom 3. desielben Mts. u. J., ist zwar bereits unter Nr. 7. f. im Allgesmeinen bestimmt worden, welche Ausgaben die auf seste Besoldung angestellten Rentbeamten außer den in den Normal Besoldungs Etats besonders bemerkten Ausgaben aus der ihnen unter dem Namen "Bureausosten" bewilligten Entschädigung fur den Dienstauswand zu bestreiten haben.

Da jedoch Diefe Borfchrift hinfichtlich einiger Gegenftande einer Bervollständigung bedarf, fo finde ich mich veranlaßt, die für bie Folge hierunter in Anwendung ju bringenden Bestimmungen

in Rachftebenbem befannt ju machen.

• 1. In ben von ben Rentbeamten aus der ihnen ausgesetzten Entschädigung zum Dienstaufwande zu bestreitenden Ausgasben gehören zunächst die in ten meisten Normal-Besoldungs-Plasnen auch schon durch besondere Ansase berucksichtigten Koften der Beschaffung und gehörigen Sicherstellung des Geschäfts. und Rassen-Lotals an benjenigen Orten, wo nicht Königl. Umtslofale vorshanden sind, ferner die Rosten der Erleuchtung und Heigeng dies ges Lotals, nicht minder die Fuhrs und Reiseloften bei sammtlis

chen Reifen in Ungelegenheiten bes Rentamts.

Die Dienstreifen ber Rentbeamten werben fich in ber Regel nicht über die Grengen bes geographischen Begirts bes Rentamts hinaus, b. h. nicht auf Ortschaften erftreden, in welchen feine Domainen : Praftationspflichtige, oder der Umte : Polizei unterwor-fene Ginfaffen fich befinden. Jedoch find die Rentbeamten auch außerhalb jenes Begirte ohne befondere Entichabigung Reifen gu verrichten berpflichtet, wenn bie ihnen anbertraute Bermaltung Reifen ber Urt im gewöhnlichen Gefchäftegange erforderlich macht, wie folches g. B. vorfommt, wenn die Umtsortschaften ober ein Theil berfelben ber Jurisdiftion eines Gerichts unterworfen ift, welches fich in einer nicht jum Rentamtebegirte geborigen Stadt befindet, und die Rentbeamten perfonlich bor biefem Berichte erfcheinen muffen, ober wenn bas Binsgetreibe bes beffern Abfates wegen an einem nicht im Bereiche bes Rentamtebegirfe gelegenen Orte aufgeschüttet und verfauft wird, ober wenn Beftandtheile bes Rentamtebezirfe, burch bazwischen liegende andere, nicht zu bemfelben gehörende Ortichaften getrennt find. In folchen Fallen find auch die Amtsbiener Auftrage außerhalb des Rentamtsbezirks ausguführen verpflichtet, ohne bafür eine Entschädigung fordern zu durfen, in sofern nicht mit Rucksicht auf ihr geringes Gehalt und die bei nothwendigem längern Anfenthalte außerhalb ihres Wohnorts ihnen erwachsenden Kosten besondere Ausnahmen entweder schon nachgegeben sind, oder etwa noch, auf Antrag der betreffenben Regierung, hier nachgegeben werden sollten.

Die Rentbeamten haben ferner auf Die ihnen ausgefette Ent-

ichabigung fur ben Dienftaufwand ju übernehmen

2. die Saltung der etwa nöthigen Erpeditions, Rechnungs, Registratur und Schreibe: Behülfen, die Remunerirung besonderer Sülfeboten und Sulfserekutoren, wenn das Amtediener: Personal bei-zeitweise überhäuften Geschäften zur Besorgung aller diebfälligen Berrichtungen nicht ausreicht, oder bei unverschuldeten, die Einleitung einer Stellvertretung nicht motivirenden Behinderungen der Amtediener, imgleichen das Botenlohn in Fällen, wo die Ersstatung von den verpflichteten Privatpersonen nicht zu erlangen ift.

3. Die Anschaffung ber Schreibmaterfalien, mit Ginichluß ber nöthigen Drud. Formulare, imgleichen bas Aftenheften, ferner bie Anschaffung ber erforberlichen Gelbfaffer und Gelbbeutel.

4. Die Anschaffung und Unterhaltung sammtlicher Geschäfts-Utenfilien, mit alleiniger Ausnahme ber Alten-Repositorien, ferner ber Gelbkaffen, imgleichen ber Geldwagen nebst Gewichten und ber Dienststegel, welche ausgenommene Gegenstände aus bem Domainen-Extraordinario anzuschaffen, und baber bei jedem Rentamte zu inventaristren sind.

5. Die Anschaffung und bas Einbinden ber Befete Cammlung und ber Amteblatter, welche mahrend ihrer Dienstzeit erscheinen, und welche fie bei ihrem Abgange vollständig und gut eingebunden, nebst ben ihnen bei ihrem Dienstantritte übergebenen frubern Jahraangen als Anventarienstücke ohne Bergutigung zuruck-

julaffen haben, und endlich

6. bei benjenigen Rentamtern, bei welchen noch Zinsgetreibe erhoben und für Rechnung ber Domainen: Berwaltung aufgeschütztet und verkauft wird, die Anschaffung und Unterhaltung sammtslicher zu den Schüttböben gehörigen Geräthschaften, mit alleiniger Ausnahme der ersorberlichen Scheffelgemäße, der Windeseile und der Sade zum Getreibe-Empfang, imgleichen der Getreibe-Reinisgungs: Maschinen, in sofern deren Auschaffung überhaupt in einzelsnen Fällen für nothwendig erachtet wird. Die bemerkten Gegenstände sind aus dem Domainen-Extraordinario anzuschaffen, jesdoch von den Nentbeamten aus ihren Mitteln in brauchbarem Stande zu erhalten. Ferner haben die Rentbeamten die Kossen der etwa nöthigen Bewachung der Schüttböden während der Ges

treibe. Lagerung, fowie bes Umidippens und Abmeffens bes Getreibes, in soweit bie lettern Berrichtungen nicht burch bie Umts.

biener beforgt merben fonnen, ju gablen.

Dagegen find bie Ausgaben ber Beschaffung und Unterhale tung ber Getreide. Schüttboden, imgleichen alle bis zur geschehenen Ausschaftung des Getreides auf diese Boden entstehenden Rosten, als Transportsosten, die etwa üblichen Mahlzeitgelder oder Proven bei Ablieferung des Zinsgetreides, und Chaussee, Brüdenund Pflassergeld, sowie die beim Getreide. Bertauf entstehenden Publisationstosten, in soweit bei dem Getreide. Empfang und der Publisation der Bertaufstermine die Amtediener nicht mitwirfen konnen, auf die geeigneten Fonds der Domainen. Berwaltung zu übernehmen: Aus denselben ersolgen auch die Kossen der durch die Eichungsämter zu bewirkenden Eichung und Revision der Scheffelgemäße.

Berlin, ben 3. November 1839.

Der Geheime Staatsminister und Chef ber zweiten Abtheilung bes Königl. Sausministerii.

v. Labenberg.

22.

Eirkular Reffript an fammtliche Ronigl. Regierungen dieffeits der Wefer, außer derjenigen in Stralfund, die Ausweise über die Kontrakte-Verbindlichkeiten der Domainenpuchter betreffend.

Es ift in Erwägung gezogen worden, in wiefern bie Angeles genheit wegen ber Ausweise über bie Kontrafteverbindlichkeiten ber Domainenpachter ohne Benachtheitigung bes fisfalischen Insteresses zur Bermeibung ber mit bem bisherigen Berfahren versbundenen Weiterungen anderweit regulirt werden fonne.

In Diefer Beziehung fellt fich:

1. um den Departementsräthen die Aussiellung gewissenhafster Altteste zu den Rechnungen nach der bei ihren Amter-Bereissungen bewirkten Prüfung möglich zu machen, als angemessen dar, den Ausweis über die Kontraktsverdindlichkeiten im Allgemeinen ferner nicht mehr, wie bisher, nach den Pacht: und den Kalender-Jahren zugleich, sondern lediglich nach den Pachtjahren liefern zu lassen. Hiernach wird also z. B. ein zur Rechnung des Jahres 1839. beizubringender Ausweis über die Kontraktsverbindlichkeiten im Allgemeinen nur die Zeit die zu Trinitatis oder Johannis des Jahres 1839. zu umfassen haben, je nachdem das Pachtverhältnis

nach einem ober bem andern Termine regulirt ift; Die ührige Beit biefes Jahres bis ultimo Dezember bleibt babei gufer. Berude

fichtigung. Demnachft wirb.

2. nachgegeben, daß kunftig dergleichen sich auf alle vorjoristsmäßig darin aufzunehmende Kontraktsverbindlichkeiten erstreckenden Ausweise nicht wie bisher alijährlich, sondern nur von
brei zu drei Jahren zu den betreffenden Rechnungen beigebracht
werden. Bon diesem dreijährigen Nachweise bleiben jedoch, in
soweit darüber nicht für einzelne Regierungsbezirke besondere Bezitimmungen ergangen sind, sämmtliche Bauverpsichtungen in dem
Betracht ausgenommen, daß lettere bei dem bedeutenden Umfange,
welchen die jeht zur Anwendung kommenden allgemeinen Pachtbedingungen ihnen ertheilen, die strengste unausgesetzte Kontrolle
erfordern; und es muß daher rücksichtlich derselben bei dem bishez
rigen Bersahren und mithin bei dem alljährlich zu sührenden Nachweise über ihre Erfüllung, jedoch mit der all 1. nachgegebenen
Robisstation, bewenden.

Bur Erleichterung ber Rechnungs-Revifion find bie volle. ftandigen Ausweise über alle babin gehörige Rontraftsverbindlich: feiten, fo lange bie Ctateperiobe noch einen breifahrigen Beitraum umfaßt, fets ber fur bas britte Ctatsjahr ju legenden Rechnung; nach Berlangerung der Etatsperiode auf feche Jahre find Die Musweife aber fets ber fur bas britte und fur bas fechete Ctatejahr ju legenden Rechnung beignfugen. Sort ein Nachtverhaltniß entweber in bemjenigen Sahre, welches bem gewöhnlichen Ausweisjahre junachft vorangeht, ober in bemjenigen Jahre auf, welches dem gewöhnlichen Ausweisjahre folgt, fo ift mit Rudficht darauf, daß bei Beendigung einer jeden Pacht die Erfullung fammtlicher Rontrafteverbindlichfeiten ohne Unterfchied in ber burch bie Cirfular : Berfügung bom 12. Geptember 1834. unter I. c. borgezeichneten Beife von ben Departemente Rathen zu befcheinigen. ift, auch Die laufende Musmeisperiode refp. ju verfurgen ober ju berlangern. Sinfichtlich ber neuen Dachtperiode aber ift ber erffe vollständige Musweis in ber Art zu ber betreffenden Rechnung beis jubringen, bag die bezügliche Pachtung bann wieder in ben für bie übrigen Domainen beffelben Regierungebegirte vorgefchriebenen Surnns eintritt.

Im Übrigen versieht es sich von selbst, bag burch biese Dage gabe die Obliegenheit der Departementerathe, bei ihren jahrlichen Bereisungen ber Umter, die Erfüllung der Berbindlichfeiten der Pachter auf das sorgfältigste zu kontrolliren und dafür zu sorgen, daß in dieser Beziehung von ihnen nichts versaumt wird, nicht vermindert wird, sowie es denn auch keiner weitern Erwähnung-bedarf, daß, wenn in einzelnen Kontrakten den Pächtern noch be-

fonbere, nicht gewöhnliche Leiftungen binnen einer gemiffen Rrift auferlegt fein follten, auf Berlangen ber Konigl. Dber: Rechnunge. fammer barüber bas Altteft bes Departementerathe gu ber betref. fenden Rechnung beizubringen ift. Auch haben Die Departements. rathe nach wie bor bei ihren alljährlichen Dienftbereifungen bie Befcafteführung ber Bachter, in fofern biefelben gleichzeitig einer Renteiverwaltung vorfiehen, rudfichtlich einer punttlichen Gingiebung ber Gefalle, ordnungemäßigen Fuhrung ber Raffenbucher und prompter Abführung ber Uberichuffe, imgleichen bei etwa be-beutenden Gefällereften, die Richtigfeit ber besfallfigen Nachweifungen burch Ginficht ber Quittungebucher einiger Reffanten, ober fonft auf geeignete Beife einer nahern Prufung gu unterwerfen. und alljährlich auch noch barüber, bag und mann bie vorschrifts. magiae Raffenrevifion abgehalten worben, und zwar mit allgemei. ner Angabe bes Refultate und beffen, mas bei etma mangelhaft gefundener Ruhrung jur Abbulfe ber Dangel veranlagt worden, Die Bescheinigung beigubringen, ober boch, wenn in bem einen ober bem anbern Jahre biefe Prufung von ihrer Geite nicht follte ha. ben erfolgen fonnen, Die Grunde, welche fie baran verhindert baben, anguzeigen.

Rach Maggabe biefer Bestimmungen, die im Einverständniffe mit der Ronigl. Ober Rechnungekammer gegeben find, hat die Ro-

nigl. Regierung hinführo zu verfahren. Berlin, ben 20. Dezember 1839.

Der Geheime Staatsminifter und Chef ber zweiten Abtheilung bes Ronigl. Sausminifterii.

v. Labenberg.

23.

Cirfular Reffript an sammtliche Ronigl. Regieruns gen, ausschließlich ber westphalischen, rheinischen und berjenigen zu Stralfund, die Unterhaltung von Obsts baumen seitens der Domainenpachter begreffend.

Es kommen bei ben, vor Emanirung der allgemeinen Berpachtungsbedingungen vom 23. April 1837. abgeschlossenen Borwerkspachtungen öfter die Falle vor, daß bei Revision der konstractsmäßig zu unterhaltenden und neu anzupflanzenden Obsibaume, von der einen Sorte mehr, von der andern weniger vorgesunden werden, als nach den Inventarien und Kontraften vorhanden seinfollen, ohne daß lettere darüber, wie das Mehr und Weniger mit einander auszugleichen sei, eine Bestimmung enthalten. Damit

nun hierbei möglichst gleichmäßig versahren werbe, autoriffre ich die Rönigl. Regierung hiermit, in allen solchen Fällen, in soweit als die Pächter ihrerseits damit einverstanden sind und nicht etwa begründete Einwendungen dagegen andringen, jene Ausgleichung nach den Bestimmungen Lit. D. § 16. der allgemeinen Berpachstungsbedingungen vom 23. April 1837. und nach den daselst in Bezug genommenen Gähen zu bewirken.

Wollen die betreffenden Pachter fich bem nicht fügen, und nehmen sie andere, ihnen gunstigere Ausgleichungsfäße in Anspruch, so ift gutachtlich barüber zu berichten. Wenn aber die früheren Rontrafte besfallsige besondere Bestimmungen enthalten, so hat es bei biesen natürlich sein Bewenden. Eine Ausgleichung mehrerer Obstbäume mit wenigeren wilden Bäumen, oder umgekehrt nachzugeben, wo die Pachter sie nicht schon nach ausbrücklicher Bestimmung ihres Kontrafts zu fordern berechtigt sind, ist unzuläffig.

Ericheint folde in einzelnen Fallen bennoch zweckmagig, fo ift auch barüber in jedem besondern Sall gutachtlich zu berichten.

Berlin, ben 26. Oftober 1839.

Der Gebeime Staatsminister und Chef ber zweiten Abtheilung bes Konigl. Sausministerii.

b. Labenberg.

24.

Eirfular Restript an sammtliche Konigl. Regierungen, ausschließlich ber westphalischen und rheinischen, ben Beitritt ber Domainenpachter zu hagelschaben Bersiches rungen betreffenb.

Da die Berwaltung wesentlich babei intereffirt, bag bie Domainenpachter sich überall gegen Sagelschaben versichern, und es zugleich barauf antommt, die hierans entstehenden Beiterungen vorweg zu beseltigen, so hat die Königl. Regierung bei neuen Berpachtungen zum §. 29. der allgemeinen Berpachtungsbedingungen eine diesfällige Zusathebingung zu machen und barin zu bestimmen:

daß für jedes Jahr, in welchem der Pachter die Bersicherung nicht bewirkt haben follte, berselbe in eine Konventionalstrase versalle, deren Normirung, nach Maggabe des anschlagsmäßigen Erbaues und der Bersicherungsbeiträge bei derjenigen iniändischen Sozietät erfolgen werde, bei welcher die Bersicherung nach dem Dafürhalten der Königl. Regierung hatte geschehen sollen.

Berlin, ben 14. November 1839.

Der Beheime Staatsminister und Chef ber zweiten Abtheilung bes Konigl. Sausministerii.

v. Ladenberg.

Cirkular-Restript an sammtliche Konigl. Regierungen, ausschließlich ber westphalischen und rheinischen, sowie bersenigen zu Stralsund, bie Bevollmächtigung und Information ber Stellvertreter des Fiskus in Separations, Servitut- und Zehntabfindungs-Ungelegenheiten betreffend.

Es sind Kalle vorgekommen, in welchen bie in Separations, Scrvitut: und Zehntabfindungs: Angelegenheiten, bei welchen Fistus intereffirt, von Seiten bes Letztern bestellten Bertreter, auf Grund ihrer unbedingt ausgestellten Bollmachten und in Ermangelung vollständiger Instruktionen, vor den Spezial: Kommissionen Erklärungen abgegeben haben, welche für das siekalische Interesse von sehr nachtheiligen Folgen gewesen sind. Um dies für die Folge zu vermeiden, empsehle ich der Königl. Negierung, nicht nur bei her Auswahl der Stellvertreter des Fissus in jenen Angelezgenheiten mit aller Borsicht zu versahen, sondern jene auch für die abzugebenden Erklärungen mit vollständiger Information zu versehen, und in den Bollmachten selbst, für alle von dieser Instruction abweichenden Erklärungen, sowie für Erklärungen, welche in derselben nicht schon näher bestimmte Fälle betressen, die Genehmigung ausbrücklich vorzubehalten.

Berlin, ben 31. Dezember 1839.

Der Geheime Staatsminister und Chef ber zweiten Abtheilung bes Konigl. Sausministerii.

v. Ladenberg.

26.

Cirkular : Reskript an sammtliche Königl. Regieruns gen, ausschließlich ber westphalischen und rheinischen, bie Beschleunigung der Retablissementsbauten auf vers pachteten Königl. Domainen betreffend.

Jur Abwendung ber von einem Domainenbeamten fürzlich in Auspruch genommenen Berantwortlichfeit, welche dem Domainen-Fielus gegen seine Pächter, nach der in den §§. 524. u. 525. Tit. 21. Thl. I. des Allgemeinen Landrechts enthaltenen Bestimmung, bei etwaniger Berzögerung der in Folge eines Brandes nothwendigen Retablissementsbauten obliegt, ist stets die ganz bestondere Beschleunigung der letztern erforderlich.

Indem ich ber Königl. Regierung biese Beschleunigung hiermit zur Pflicht mache, weise ich dieselbe zugleich an, in solchen Fallen ganz besonders auch bei der Bahl der Bau-Entrepreneurs und Abfaffung der auf solide Ausführung innerhalb möglichst furzer Frist zu richtenden Entreprise Kontrafte, mit Umsicht und Borsicht zu verfahren.

Berlin, ben' 17. November 1839.

Der Beheime Staatsminister und Chef ber zweiten Abtheilung bes Ronigl. Sausministerii.

b. Ladenberg.

27.

Eirfular : Reffript an sammtliche Königl. Regierungen, den Beitritt der Domainen: Einsaffen zu hagelschas bens und Feuerversicherungen betreffend.

Die Königl. Reglerung wird angewiesen, den fammtlichen Amtegemeinden Ihres Bezirks zum Protokoll bekannt machen zu lassen, daß diesenigen Domainen Ginsaffen, welche Gelegenheit haben, sich durch den Beitritt zu einer Hagelschaden Gozietät gegen Berluste durch Hagelschlag zu sichern, in soweit nach den Einrichtungen der Gozietät folche Bersicherung zulässig ift, auf irgend einen Erlaß in ihren Domainen Prästationen wegen dergleichen Berluste nicht rechnen durfen, wenn ihnen nicht etwa geset; oder reglementsmäßige Remissionsansprüche ohnehin zustehen sollten.

Bei ben aus Peranloffung von Sagelichaben feitens ber Ronigl. Regierung zu machenden Antragen auf Remissionsbewilligungen im Wege ber Gnabe ift jedesmal anzuzeigen, ab die Beschäbigten einer berartigen Bersicherungs-Unstalt beigetreten sind, und wenn dies nicht ber Fall ift, ob etwa fur die betreffende Gegend

eine Sagelichaben-Sozietat überhaupt nicht befteht.

Ferner find auch die Domainen Ginfaffen wegen ber Feuersichaben auf ein gleiches Berfahren aufmerkfam zu machen, unter Bezugnahme auf die Allhrhöchste Kabinets Ordre vom 23. Januar 1836., wonach die Einfaffen zu einer genügenden Bersicherung ihrer Haufer gegen Feuersgefahr mit dem Bemerken aufgefordert werden follen, daß sie sich auf extraordinaire Unterstützung aus Staatsfonds zum Retablissement von eingeascherten Gebäuden keine hoffnung machen durfen.

Berlin, ben 12. Oftober 1839.

Der Geheime Staatsminister und Chef ber zweiten Abtheilung bes Konigl. Sausministeriums.

v. Labenberg.

Cirkular-Reskript an sammtliche Konigl. Regierungen biesseits des Rheins, die Parzelirungen abgabenpflichtiger oder grunds und forstberechtigter Grundstücke betreffend.

Aus ben von mehreren Königl. Regierungen erhaltenen Anzeigen ift entnommen, daß bei der Parzelirung von Grundflücken, welche dem Domainen. Fielus abgabenpflichtig find, und welchen Grund. und Forsiberechtigungen auf fistalischen Grundflücken zuftehen, die Vertheilung der dem Sauptgute zusommenden Berechtigungen in der Sauptsache den Interessenten überlassen worden, und der Umstand, daß dadurch die Belästigung der verpflichteten Domainen und Forsigrundsflücke unzweiselhaft erschwert wird, aus ber Achtieben ift.

Um die hieraus zu beforgenden Nachtheile für die Zukunft zu beseitigen, hat die Königl. Regierung darauf forgfältig zu halten, daß die Belastung siskalischer Grundflucke durch Parzelirung berechtigter Privatgrundflucke feinenfalls ferner erschwert werde.

Bei ber großen Berichiedenheit ber vorkommenden einzelnen Arten ber Belaftung und ben mannigfaltigen Intereffen, welche der Eigenthümer bes belafteten Grundstud's mit Audsicht auf die bestehenden gesetzlichen Borschriften hierbei wahrzunehmen hat, konnen der Königl. Regierung zwar spezielle Bestimmungen über das in den einzelnen Fallen zu beobachtende Verfahren nicht ertheilt werden; es wird indessen berfelben Folgendes bemerklich gemacht:

1. Im Allgemeinen muß ber im §. 25. Sit. 19. Thl. I. bes Allgemeinen Landrechts ausgesprochene Grundsah, wonach durch bloß willführliche, in dem vorhergehenden Justande nicht gegründete Beränderungen der personlichen Umstände des Berechtigten, die Last des Berpflichteten nicht erschwert werden dars, auch bei Dismembrationen überall geltend gemacht werden, um so mehr, als schon durch die Bermehrung der Jahl der Theisnehmer an dem Rechte, welches dem Besiger des ungetheilten Guts früher allein zustand, die Last des Berpflichteten erschwert werden mürde, und es wird sich diese Annahme, wenn auch dagegen in einzelnen Fällen Zweisel von dem Berechtigten erhoben werden sollten, überzall geltend machen lassen, da selbst beim Sütungsrechte die Erfahrung gelehrt hat, daß beispielsweise von einem in zehn Theile diemembrirten Grundstücke die zehn Besiger zusammen in der Negel mehr Wieh auftreiben, als der Besiger zusammen in der Negel mehr Wieh auftreiben, als der Besiger des ganzen ungetheilten Grundstücks vor der Dismembration ausgetrieben hat. Nur in

ber Rücksicht, daß im Artikel 96. der Deklaration vom 29. Mai 1816. die Bertheilung der Waldweide zwischen dem Besiher des Hauptguts und des Trennstücks nachgelassen ist, mag diese Besims mung, obgleich sie nur auf die ediktmäßig regulirten Bauerwirthe Anwendung sindet, analog auch auf andere hütungsberechtigte Bezsißer angewendet werden, indem badurch die Absicht gesetlich auszgesprochen ist, die Parzelbesißer von der Waldweide nicht auszusschließen. In diesen Fällen muß aber die Zahl, sowie die Gatztung des Biehes, welche vor der Dismembration vom ganzen Gute und die Zeit im Jahre, in welcher solche aufgetrieben ist, sessgessellt und dergestalt zwischen dem Besiher des Hauptguts und des Trennsstücks vertheilt werden, daß beide zusammen nicht mehr auftreiben dürsen, als vor der Dismembration ausgetrieben wers den durste.

2. Der gleiche Grundfat ift bei den Rechten jum Gras.

fcnitt und Pultenhieb in Anwendung ju bringen.

In bem vorbezogenen Art. 96. ber Deflaration vom Jahre 1816. ift ausbrudlich bestimmt, baf bei ber Bereinzelung eines Bauerhofs die Solzberechtigung auf die guteberrliche Forft bei bem alten Sofe bleiben und ber neu abgezweigte Theil baran feinen Theil haben foll. Diefe Bestimmung ift in Übereinftims mung mit ber Borfcbrift bes 6. 212. Tit. 22. Thl. I. bes Allae: meinen Sandrechte erlaffen, welche anordnet, daß die Bahl ber ans gefeffenen Grundbefiter im Gangen genommen gum Rachtheil bes belafteten Balbeigenthumers über bie jur Beit ber Berleihung porhanden gemefene Bahl nicht vermehrt werben barf. Ge ift alfo feine Rrage, baf Diefe Borichrift auf alle ahnlichen, alfo auch auf alle Solzberechtigungen ohne Ausnahme Auwendung findet. Der Solzberechtigung find aber alle die Berechtigungen, welche auf fonflige Erzeugniffe ber Baume verlieben ober erworben find, in Diefer Beziehung gleich zu behandeln, und es ift banach bie Bertheilung des Rechts jum Streu- und Laubsammeln, jum Stockro. ben und Riengraben, auch jum Bargicharren nicht ju gefatten.

Die Königl. Regierung hat fich bet vorfommenden Diemems brationen hiernach zu achten, und wenn wider Erwarten in einzelnen Fallen Reflamationen bagegen erhoben werben follten, bars

über gur Enticheidung gu berichten.

Berlin, ben 15. Dezember 1839.

Ministerium bes Ronigl. Saufes, zweite Abtheilung.

v. Ladenberg.

B. Forst : Verwaltung.

29.

Cirkular Reffript an fammeliche Konigl. Regierungen, Die Umgugokoften fur Forft Sulfvauffeher betreffend.

Auf Die in bem Berichte vom 7. August b. 3. enthaltene Aufrage, wegen ber Umgugefoften Bergutungen fur bie Forft. Bulfequffeber bei Dienftverfetjungen, wird ber Ronigl. Regierung eröffnet, bag ben ambulanten Sulfeanffchern, welche temporair beim Forfifchut befchaftigt und fur bie Beit Diefer Befchaftis gung aus bem, bei ber Regierungs : Saupttaffe bagu bestimmten befondern Ronde remunerirt werden, bei Abordnungen aus einer Rorft in die andere, feine Umgugofoften bewilligt werben fonnen, ba bas Dienftverhaltniß biefer Individuen als Sulfeauffeber bloß vorübergebend und gemiffermaßen nur eine fommiffarifche Befchaf. tigung ift. Es fonnen aber, wie bie Cirfular . Berfugung vom 25. April b. 3. bestimmt, bei ben abzugebenden Unterftupungs. porfdlagen fur Forfibeamte, auch bie ambulanten Sulfeauffeber. behufe ber ihnen ju bewilligenden Beihulfen, berudfichtigt merben. wenn felbige wegen öftern Bechfels bes Aufenthaltsorts und ber bamit verbundenen Reifen, ungewöhnliche Ausgaben zu befireiten gehabt haben.

Anlangend aber die in bestimmten etatsmäßigen Stellen ans gestellten stationairen Sulfsausseher; so können für selbige, wenn gleich ihre Unstellung vorschriftsmäßig nur mit Borbehalt der Kundigung erfolgt, doch bei Diensversetzungen, wenn sonst die Unsstände dazu angethan sind, die auf die Waldwärter Unwendung
sindenden Bergütungsfäße von 15 Thaler auf allgemeine Rosten,
und 4 Thir. auf Transportkosten für jede 10 Meilen, unter Berücksichtigung der sonstigen in der Cirkular-Berfügung vom 26.
Kebruar 1830: enthaltenen Bestimmungen, bei mir in Antrag ge-

bracht werben.

Sierdurch wird solchergestalt bie unterm 3. Januar 1835. erlassene Girkular. Berfügung, worin ber erft später naher festiges stellte Unterschied zwischen ben ambulanten und flationairen Sulfsaufsehern noch nicht berücksichtigt ift, modifiziert.

Berlin, ben 23. Oftober 1839.

Der Geheime Staatsminister und Chef ber zweiten Abtheilung bes Ronigl. Sausministeriums.

v. Ladenberg.

bie Ronigt. Regierung in Duffelborf und Abfchrift gur Nachricht und gleichmäßigen Beachtung an fammtliche abrige Ronigt. Regierungen.

Cirfular , Reffript an fammeliche Ronigl. Regierungen, bie Aufftellung von Forstfarten betreffenb.

Bei ber Prüfung ber jum Abbrud hieher gelangten Birth. ichaftstarten hat fich ergeben, baß folche haufig febr unrichtig rebugirt find. Wenn auch nicht verlangt wird, daß die nach weiter vergungtem Dafftabe von den Spezial-Forfifarten fopirten Birthichaftetarten eine mathematifche Benauigfeit haben, fo barf die 216. weichung bavon boch nicht fo weit geben, baf fich bie Unrichtigfeit ber Reduftion bei ber Bergleichung ber redugirten Rarte mit ber Spezialfarte ichon nach bem Augenmaße ergibt, ba bei einem folden Dangel an Ahnlichfeit Die Drientirung nach ber Birth. Schaftetarte erichwert und beren Gebrauch überhaupt beeintrachtigt wirb. Ich veranlaffe bie Ronigl. Regierung baber, wenn bort Forfifarten auf ben borgefchriebenen fleinern Mafftab gebracht werden, barauf zu halten, bag bie Reduftion richtig erfolat. Den Geometern ober Beichnern, welchen bie Reduftion übertragen wird. ift zu eröffnen, daß funftig, wenn die reduzirten Rarten fo unrich. tig gefertigt find, bag ber Dangel an Abnlichfeit gwifden ihnen und ben Spezialfarten fich icon nach bem Mugenmaße ergibt, Die Rarten gang verworfen und Die Beichengebuhren, welche ju bem Swede auch nicht vor erfolgter Prufung ber redugirten Rarte geaablt werben burfen, borenthalten werben muffen.

Bei biefer Gelegenheit mache ich zugleich wieberholt barauf aufmertfam, bag ju allen Forfifarten bauerhaftes, auf haltbare Leinemand gezogenes Papier verwendet werben muß, und baf biefe Blatter langere Beit bor ber Bermendung ju einer Forfifarte von dem Rahmen abgefchnitten worden fein muffen, damit fie fich nicht.

nachdem die Beichnung barauf gebracht ift, noch verziehen.

Bur Berhutung Diefes Rachtheils find in ber hiefigen Plantammer auf Leinewand gezogene Rartenblatter vorrathig, und wird der Ronigl. Regierung überlaffen, eintretendenfalls folche fur bie mit Forftfartenzeichnung beichaftigten Geometer von bem Minifierio ju erbitten. Add to the H

Berlin, ben 14. Dezember 1839.

Der Beheime Staatsminifter und Chef ber zweiten Abtheilung bes Ronigl. Sausminifteriums. v. Ladenberg.

Cirfular-Reffript an fammtliche Konigl. Regierungen, Die Borfchlage ju neuen holztaren betreffenb.

Bei ber Revisson ber Borschläge zu neuen Solztaren ift es nothwendig, auf die bisherigen Preise zurückzugehen. Es sind dazu auch von manchen Regierungen theils die früheren Taren, theils die Mehr- oder Minder-Beträge, welche sich aus den neuern Tarbestimmungen ergeben, mit nachgewiesen worden. Von den meisten Königl. Regierungen wird diese Übersicht indessen nicht, oder nur unvollständig geliesert, so daß die Bergleichung mit den pisherigen Taren hier immer sehr zeitraubend ist. Ich veranlasse die Königl. Regierung daher, fünstig bei den Worschlägen zu den neuen Holztaren, sowie bei den Nachweisungen von den, im Laufe des Jahres vorgesommenen Tarveränderungen, immer das Plus und Minus, welches gegen die bisherigen Taren entsteht, mit nachweisen zu lassen.

Ferner werden bei ben Borichlagen zu ben Solztaren, felbst wenn biefe betrachtlich von ben bieferigen Saren abweichen, oft bie Beweggrunde bazu gar nicht ober nur unvollftanbig angezeigt.

Da fich ohne eine folche Erlauterung die vorgeschlagenen Beranderungen nicht immer genügend beurtheilen laffen, so hat die Königl. Regierung funftig die neuen Borschläge zu ben Solztaren, soweit dieselben von den bisherigen Taren abweichen, immer in dem Begleitungsberichte speziell zu begrunden.

Berlin, den 12. Dezember 1839.

Der Beheime Staatsminister und Chef ber zweiten Abtheilung bes Ronigl. Sausministeriums.

v. Ladenberg.

32.

Cirkular-Restript an sammtliche Konigl. Regierungen, bie Berabfolgung von Bauholz aus Ronigl. Forsten ju Rirchen-, Pfarrs oder Schulbauten betreffend.

Es haben bieher verschiedene Ansichten barüber obgewaltet, ob in benjenigen Fallen, wo der Staat, vermöge seiner Qualität als Patron oder Gruntbesiger, das Bauholz zu den vorsommenden Kirchen., Pfarr. oder Schulbauten herzugeben hat, dieses holz aber aus den Königl. Forften nicht in natura verabreicht, oder zu dem vorseienden Bau in natura nicht verwendet werden kann,

(jei dies nun, weil daffelbe in den Forsten in den veranschlagten Dimenstonen überhaupt nicht vorhanden ift, oder weil es, wenn auch vorhanden, doch nach den Regeln einer geordneten Forstwirthssiches incht abgegeben, oder weil die Forsten zu weit von der Bausstelle entsernt sind, wegen des unverhältnismäßigen Rosten und Arbeitsaufwandes der Ansuhre zur Banstelle nicht füglich hingesichasst werden kann) die Forstverwaltung verpflichtet sei, dieses Solz anderweit zu beschaffen, oder den Werth desselben aus ihren Fonds zu bezahlen, oder zu gestatten, daß das nur in weiter Entsernung anzuweisende Bauholz von den Bauverpflichteten für ihre Nechnung verfaust werde, um sich aus dem Erlös anderes Baumates rial in der Nähe der Baustelle zu beschaffen. Diese Differenz ist durch die Allerhöchsie Kabinets. Ordre vom 11. Juni d. 3. dahin entschieden und ausgeglichen worden,

daß in allen Fallen, wo dem Fistus fraft des Patronatrechts ober des Domainenbesities die Beschaffung des zu Kirchens Pfarreis, Küstereis und Schulbauten und Reparaturen ersors derlichen Bauholzes obliegt, dessen Naturals Verabreichung aber unstatthaft ist, die Bezahlung desselben nicht den Fonds der Forstverwaltung, sondern dem Patronats Bausonds zur Last fallen soll, ohne Unterschied, ob die Natural Verabreichung deshalb unterbleibt, weil das erforderliche Bauholz nur in zu weit entsernten Staatswaldungen vorsommt, oder deshalb, weil dasselbe zwar in der Nähe vorhanden ist, aber nach forstwirthschaftlichen Grundsähen nicht geschlagen werden darf.

Die Tendenz dieses Allerhöchst festgestellten Berwaltungsgrund, sase geht keinesweges bahin, daß die Forstverwaltung sich der ihr obliegenden Berpflichtung zur freien Berabreichung des zu Kirchen, Pfarreis, Küstereis und Schulbauten herzugebenden Bauholszeb durch unbegründete Behauptung des ganzlichen Mangels oder der Unwirthschaftlicheit der Natural. Berabreichung entziehen, und daburch dem Patronatse Bausonds durch die demselben alsdann zur Last sallende anderweite Beschaffung des Baumaterials mehrere Rosten ausbürden darf. Vielmehr fordere ich die Königl. Regierung hierdurch auf, in jedem vorsommenden Falle sorgsättig prüfen zu lassen, ob das zu dem betreffenden Bau veranschlagte Bauholz in den in der Umgegend belegenen Königl. Forsten überhaupt vorhanden ist, und nach den für die Königl. Forsten überhaupt vorhanden ist, und nach den für die Königl. Forsten bestehenden Beweithschaftungsgrundsäsen in natura verabreicht werden kann, in welchem Falle dann auch diese Berabreichung ohne alle desfallsige Beiterungen unbedingt zu veranlassen ist.

Sierbei fann in allen benjenigen Fallen, wo in den umliegens den Staatsforften das erforderliche Solz in den veranschlagten Dis-Unnalen. heft IV. 1839. menfionen gar nicht borbanben ift, ober wo biefe Forften fo weit von ber Bauftelle entfernt find, baf ben Unfuhrpflichtigen ber Transport ber Solger gur Bauftelle fich nicht gumuthen lagt, eine Beiterung nicht füglich entstehen; wohl aber bann, wenn bas Sols qu. gwar vorhanden ift, aber nach bem Ermeffen ber Forfis vermaltung forftwirthichaftlich nicht verabreicht werben fann. Diefem Falle fonnte leicht ber Berbacht entfleben, als ob bie Berwaltung bie forfiliche Unwirthichaftlichfeit ber Berabreichung nur vorschüte, um fich baburch ber Natural Berabreichung zu entzie-ten. Es ift aber mein bestimmter Wille, bag bie Forftvermaltung bie ihr obliegende Berpflichtung jur Solzverabreichung unperbruchlich in allen Rallen und in foweit erfulle, ale bies ohne Benachtheiligung eines geordneten Forftbetriebes möglich ift, und ich murbe es auf bas Strengfte ahnben, wenn aus einer ungegrundeten Bermeigerung ber Solzverabreichung Befchwerben entftanben, bei beren naberer Drufung, welche ich auf bas Grundlichfte veranlaffen murbe, fich ergeben follte, baß bas Solg hatte perabreicht werben fonnen.

Die forftwirthichaftliche Bulaffigfeit ber Sclaverabreichung muß nun gwar von ber Konigl. Regierung in jedem einzelnen Falle fachgemäß geprüft werben; im Allgemeinen will ich aber, gur Bermeibung gegrundeter Befchwerben, genehmigen, daß in ben Kallen, wo bas veranschlagte Solg gwar in ben Schlägen bes laufenben Jahres nicht borhanden, jedoch in ben Jahresichlagen ber nachftfolgenden vier Sahre befindlich ift, foldes baraus entnommen merben barf, fofern badurch nicht ein unverhaltnifmäßiger Rachtheil in forftwirthschaftlicher Sinficht verurfacht wird. Dies murbe 3. B. ber Fall fein, wenn bie innerhalb funf Jahren gur 21bnugung fommenden Schuts und Saamenbaume weggenommen murden, um folche Bedürfniffe ju befriedigen, bevor fie ihren Brece erfullt hatten; wenn burch ben Aushieb des erforderlichen holges aus ben binnen funf Jahren anzuhauenden Beftanden große gutten entständen, welche ben Sturmen Gingang verschaffen, ober bie Berjungung fpater fdwierig machen, wenn ein vorllegenber Befand gur Ungeit angegriffen werben mußte, und bergleichen mehr. Sauungen aus ber Totalitat ber Reviere über ben nach bem laus fenden Birthichaftejahre folgenden vierten Jahresichlag binaus, burfen nicht gestattet werben. Gollte bies ausnahmsweise in eis nem einzelnen Falle gulaffig erscheinen, fo ift barüber an mich ausführlich zu berichten.

Endlich liegt es auch in ber Natur ber Sache und wird ber Königl. Regierung noch befonders bemerklich gemacht, bag wenn bie veranschlagten holzer zwar nicht zum ganzen veranschlagten

Betrage, aber boch theilweise vorhanden ober forstwirthschaftlich verabreichbar sind, alebann die Berabreichung auch in soweit unweigerlich geschehen und dies die auf einzelne Stämme ausgedehnt werden muß. Der Fall, daß Baubolz, dessen unentgelbliche Bergabe zu den gedachten Zwecken gefordert und verweigert, bessenungeachtet aber nachher verkauft oder sonst abgegeben worden, kann und darf hiernach nicht vorkommen. Jede solche Ungehörigkeit wurde auf das Strengste bestraft werden.

Berlin, ben 20. November 1839.

Der Geheime Staatsminister und Chef ber zweiten Abtheilung bes Konigl. Sausministeriums.

b. Labenberg.

33.

Reffript an bie Ronigl. Regierung ju Urnsberg, wegen Bestrafung bes eigenmächtigen Fallens und Abfahrens von Berechtigungsholz.

Der Berfügung des Ministerii des Innern vom 25. Festuar c. hat keinesweges, wie die Königl. Regierung nach Inhalt Ihres Berichts vom 23. März c. angenommen zu haben scheint, die Absicht zum Grunde gelegen, Dieselbe zu Vorschlägen wegen einer speziell für den dortigen Regierungsbezirk zu erlassenden Forst. Polizei. Ordnung zu veranlassen; es handelt sich vielmehr bloß um Rormirung einer Strafe für eine in den Gesetzen zwar verbotene, aber mit keiner namhaften Strafe belegte Handlung, zur Abhülfe eines für den Augenblick besonders hervorgetretenen Mißstandes.

Nach wiederholter Erwägung, weisen wir nunmehr bie Ronigl. Regierung, mit Bezug auf Ihren Bericht vom 23. Marz c. hierdurch an, eine burch Ihr Amteblatt zu publizirende Berords

nung babin ju erlaffen:

daß das nach §. 214. Tit. 22. Thl. I. bes Allgemeinen Landrechts verbotene eigenmächtige und ohne Vorwissen des Baldauffehers unternommene Fällen und Abfahren bes Berechtig gungsholzes seitens des Berechtigten, sowohl in Königl. Forften, als in Kommunal- und Privat-Baldungen, mit einer polizeilich festzusehenden Geldbuße von dem doppelten Betrage bes betreffenden Holzwerths, oder mit einer für den Unvermögensfall zu substituirenden verhältnismäßigen Gefängnißstrafe geahndet werden solle.

Die Ermachtigung ber Ronigl. Regierung ju biefer Beftim-

mung fieht burch ben §. 11. ber Regierungs Inftruftion vom 23. Oftober 1817. feft.

Berlin, ben 14 .- Oftober 1839.

Der Minister des Innern und Ministerium des Königl. Saufes, ber Polizei. meite Abtheilung.

v. Rochow.

v. Labenberg.

34.

Reffript an bie Konigl. Regierung ju Breslau, bie Bestrafung des unbefugten Barzscharrens betreffend.

Der Königl. Regierung wird auf ben Bericht vom 3. Juli b. J. eröffnet, daß ber Allerhöchst genehmigten polizeilichen Berordnung vom 9. Juni 1836. wegen bes unbesugten Harzfchars rens durch die Allerhöchsten Kabinets: Ordres vom 5. August v. J. und 4. Mai d. J. nicht derogirt worden ist, sondern jene Berordnung ihren unveränderten Fortbestand behalten hat, da einem speziellen Gesehe, wie die Berordnung vom 9. Juni 1836., durch allgemeine Gesehe, wie die über die Untersinchung und Bestrafung der Entwendung von Baldprodusten ergangenen Allerhöchsten Kadinets: Ordres vom 5. August v. J. und 4. Mai c. ohne ausbrückliche und spezielle Aussehung des erstern nicht derogirt werden fann, überdem aber auch die gedachte Berordnung vom 9. Juni 1836. nicht bloß für die Entwendung des Harzes, sondern auch sür das Berletzen der Bäume zum Zweck der Bordes reitung des Aussließens des Harzes Strasbestimmungen enthält.

Sollte etwas von einem ober bem andern Gerichte von biefer, auch von bes berrn Juftigminifters Dubler Exc. als richtig
angenommenen Anficht abweichend erfannt werden, fo wird weitere

Unzeige barüber gewärtigt.

Berlin, ben 3. Dezember 1839.

Der Minister bes Innern und Ministerium des Konigl. Saufes, der Polizei. zweite Abtheilung.

v. Rodow.

v. Labenberg.

C. Jagd : Verwaltung.

35.

Restript an die Königl. Regierung zu Uchen, betreffend ben Stempel zu den landrathlichen Bestätigungen von Jagdverpachtungs Berträgen.

Die von der Konigl. Regierung in Ihrem Berichte vom 27.

September c. geäußerten Zweifel über die Stempelpflichtigkeit der vorschriftsmäßig zu Jagdverpachtungen auf Privatgrundstücken zu extrahirenden landräthlichen Bestätigungen können nicht als begründet angesehen werden. Denn das Stempelgeset vom 7. März 1822. enthält keine Bestimmung, woraus die Stempelgreiheit von Berhandlungen, welche Privatpersonen des polizeilichen Interesse wegen nachsuchen mussen, abzuleiten wäre. Überdies ist es aber auch nicht richtig, daß die Bestätigung bloß das polizeiliche Interesse bezweckt, vielmehr geschieht sie — wie die von der Königl. Regierung allegirte Instruktion vom 10. August 1831. dies aussspricht — um die Beobachtung der Borschriften des Gesesse bei dieser Art von Berpachtungen zu sichern.

Dhue Zweifel erhalten die Berpachtungsvertrage durch die landrathliche Bestätigung erft ihre rechtliche Perfestion, und es muffen baher auch zu diesen Bestätigungen die Stempel nach ber Borschrift des Stempeltarifs bei der Position "Bestätigungen" ver-

wendet werben.

Berlin, ben 13. Dezember 1839.

Der Minister bes Innern und ber Polizei. Der Finanzminister.
v. Rochow. Gr. v. Alvensleben.

36.

Resolution an den Burger N. zu Menhaldensleben, und Abschrift an die Konigl. Regierung zu Magdeburg, die Ausübung der gepachteten Jagd durch Stellvertreter betreffend.

Die von bem Burger N. an bas Ministerium bes Innern gerichtete Beschwerbe vom 27. August b. J. muß als unbegrun bet zuruckgewiesen werden. Denn die Königl. Regierung zu Mag beburg ist ganz in den Grenzen ihrer amtlichen Besingnisse geblie ben, wenn sie, wie hinsichtlich des Justizsommissarius N. geschehen einem ihrer Jagdpachter auf Grund des mit ihm abgeschlossenen Kontrakts verbietet, sich zum Beschießen des betressenden Jagdreviers einer zur Ausübung der Jagd nicht qualifizieren Person zu bedienen, vielmehr darauf besteht, daß ersterer, soweit er die Jagd nicht selbst ausübt, sich eines gelernten Jägers bediene.

Berlin, ben 18. November 1839.

Ministerium bes Innern. Erfte Abtheilung. v. Mebing.

Resolution an die Ackerleute N. N. ju N., in ber Alts mark, bag auf die Ablofung gutsherrschaftlicher Jagb= berechtigung gegen ben Willen bes Berechtigten nicht propogirt werben tonne.

Den Aderleuten N. N. gereicht auf Ihre Befdwerbe bom 5. b. DR., Die Ausübung ber guteherrichaftlichen Sagbberechtigung betreffend, bierburch jur Refolution, daß ber ihnen ertheilte Beicheid ber Ronigl. General : Rommiffion gu Stendal vom 2. Dos bember c., ben befiehenden Borfchriften gang entfprechend ift. inbem tein Gefet befteht, wonach bie Jagbberechtigung im Bege ber Provofation gegen ben Billen bes Berechtigten abgelofet merben fonnte. 'Gegen Beichabigung Ihrer Felbfruchte burch Erceffe bei Ausübung ber Jagb, haben bie Reflamanten Gich im Bege Rechtens ju fchuten; Ihre Behauptung aber, baf ein wirflich angerichteter Schaben gleichwohl oftere ber Schatung nicht fabig fei. ift unbegrundet.

Berlin, ben 19. Dezember 1839.

Minifterium des Innern. Erfte Abtheilung. v. Debin a.

38.

Cirfular, Reffript an bie Ronigl. Dberprafibenten ber Provingen Preufen, Brandenburg, Dommern, Schlefien und Pofen, bie Unordnung und Ausführung von Wolfsjagben betreffenb.

Auf die von ben Ronigl. Oberprafibien ber betreffenden Drovingen erftatteten Berichte, finden wir uns veranlagt, binfichtlich ber Magregeln gur Bertilgung ber Bolfe, folgende Beffimmungen au erlaffen :

Die Anordnung von Bolfsjagten und Ausschreibung ber bagu nothigen Mannichaften geht vom Canbrath aus; inbef bat berfelbe bie besfallfigen Unzeigen und Untrage ber Ronigl. Ober-

forfter ju berücksichtigen. 2. Die Leitung b

Die Leitung ber Jagb felbft ift jedesmal einem Ronigt. Dberforfter, jeboch in Rreifen, wo fich feine Dberforfterei befindet, einem fonftigen erfahrenen Forft : und Jagd : Offigianten ju über: tragen.

Den Konigl. Regierungen wird in einzelnen Kallen überlaffen, die Ronigl. Oberforfter auf beren Antrag, behufs ber ra:

fchen Benugung augenblicklicher gunftiger Umftande, im Boraus ju Unordnung bon Bolfejagben ju ermachtigen, und ihnen beftimmte Drifchaften jum Aufbieten ber bagu erforberlichen Danns

ichaften zu überweisen.

Die Pramien für erlegte alte Bolfe fowohl, als fur ausgenommene Deftwolfe, follen nur auf ein Altteft des nachften Ronigl. Dberforftere und in Rreifen, wo fich ein folder nicht befinbet, eines fonftigen zuverläffigen Gachverftandigen, vor beffen Unsftellung aber bie Bolfe im gangen Rorper vorgezeigt werden muffen, ausgezählt werden.

(Bufat an die Konigl. Dberprafibenten der Provingen Preugen u. Pofen:)

In ben an bas Rönigreich Polen grenzenden Kreifen wird es indef jur Begrundung des Unfpruche auf die Pramie erforderlich fein, Daß bei Ablieferung von Reftwolfen auch ber Kundort in alaubhafter Urt nachgewiesen merbe.

Em. zc. wollen hiernach bas Beitere an die Ronigl. Regie-

rungen ber bortigen Proving gefälligft veranlaffen.

Berlin, ben 30. Dezember 1839.

ber Polizei. v. Rodow.

Ministerium bes Junern und Ministerium bes Ronigl. Saufes, zweite Abtheilung.

v. Ladenberg.

D. Steuern.

39.

Reffript an die Ronigl. Regierung ju Coslin, betreffend die Aufbringung ber Diaten und Reifekoften ber Rreistags : Abgeordneten fur bie Prufung und Begut achtung ber Rlaffenfteuer : Reflamationen.

Die Beschwerde bes Magistrate ju Volgin, in Betreff ber Berichtigung ber von bem Burgermeifter N. bafelbft liquidirten Diaten und Reifekoften fur feine Theilnahme an ber Prufung und Begutachtung ber Rlaffenfteuer-Reflamationen im Belgarber Kreife, ift, wie wir ber Ronigl. Regierung in Erwiederung auf Ihren Bericht vom 9. v. DR. eröffnen, in fofern unbegrundet, als folche gegen ben Befchluß ber Kreisftanbe, wonach bie beantragte Ubernahme biefer Roften auf ben Rreis. Rommunalfonde abgelehnt morben, gerichtet gewesen ift. Denn die Diaten ac. ber jur Brufuna und Begutachtung ber Rlaffensteuer:Reflamationen gewählten Rreis: tags.Abgeordneten find lediglich von bemjenigen Stande aufzubrin.

gen, aus bem fie gemahlt worben.

Wenn nun hiernach ben beiden Städten Belgard und Pols zin die Berpflichtung obliegt, die fraglichen Diaten und Reifetosften zu berichtigen, fo hat die Königl. Regierung ben Magiftrat zu Belgard zur Bezahlung der, nach dem in Ihrem Bericht ans gegebenen Repartitions. Mafftabe auf die dortige Kommune treffenden Koffenrate anzuhalten.

Berlin, ben 17. Dezember 1839:

Der Minister bes Innern und ber Polizei. Der Finanzminister. p. Rochow. Gr. v. Alven eleben.

40.

Cirkular-Restript an sammtliche Konigl. Provinzial, Steuerdirektoren ic., die Bollziehung der Quittungen und Zahlungs-Unweisungen bei ben Haupt-Zoll- und Steueramtern betreffend.

Bereits in ber Cirfular. Berfugung vom 4. Juni 1827. ift mit Rudficht auf die biesfälligen Borfchriften in ben &. 64. 188. und 202. ber Beschäfts. Instruftion fur die Saupt-Bollamter vom 28. Mai 1818. allgemein bestimmt worben, bag bie ben untern Bebeftellen von ben Sauptamtern ju ertheilenden Quittungen ohne Ausnahme von bem Sauptamte : Rendanten und bem Sauptamte. Rontrolleur gemeinschaftlich unterzeichnet, und bei bem Mangel ber Unterschrift eines Diefer Beamten als gultig nicht angenommen werden follen. Diefe Bestimmung ift bemnadift im Alinea 4. bes §. 37. ber Unweifung gur Raffen: und Buchführung fur bie Saupt Boll. und Steueramter vom 29. November 1834. mit ber Bermarnung fur bie untern Sebeftellen erneuert morten, bag, menn Diefelben mit unvollständigen Unterschriften verfebene Quittungen ober Bahlunge-Auweisnngen bes betreffenten Sauptamte ale gultig annehmen, fie fich baburch ber Befahr ber fubfibiarifchen Berhaftung für eine etwaige Beruntreuung, welche burch Unnahme mangelhafter Quittungen begunftigt worben ift, ausseten; auch fdreibt ber §. 36. ber gebachten Anweisung vor, bag bie bei ben untern Sebestellen fur Rechnung bes Sauptamte vortommenden Zahlungen von benfelben nur auf fdriftliche, von bem Sauptamte . Renbanten und Sauptamte Kontrolleur gemeinschaftlich vollzogene Un- weifungen geleiftet werben follen. Benn hiernach auch angenommen werden fann, bag bei ben monatlichen und ertraorbingiren Raffen Revisionen feitens bes jedesmaligen Raffen Revifors auf Die Befolaung ber in Rebe ftebenben Borfdriften gefehen worden fei. fo find boch hieruber, weil biefer Borfchriften in ben mehrften ber von ben Provingial-Steuerbehorden in neuerer Beit erlaffenen In: fruftionen für die Raffen : Reviforen gur Ausführung ber Raffen-Revisionen nicht ausdrudlich gedacht worden, Zweifel entstanden. Deshalb werden Guer Sodym. ic. veranlagt, Die mit ben Raffen-Revifienen bei ben Sauptamtern und ben untern Sebefiellen 36: res Bermaltungsbereiche beauftragten Beamten, in fofern bies nicht bereits anderweit geschehen fein follte, auf die vorgedachten Borfchriften ausbrudlich aufmertfam ju machen, und biefelben angumeifen, bei ben jedesmaligen Raffen-Revisionen babin ju feben und freng barauf zu halten, baß folchen überall nachgefommen werbe. Berlin, ben 2. Oftober 1839.

Der General Direftor ber Steuern. Ruhlmener.

41.

Cirfular : Reffript an fammeliche Ronigl. Provingials Steuerbireftoren ic., fowie an fammtliche Bereins Bevollmachtigte, Die Unwendung des Bollgewichts betreffend.

Die mit bem 1. Januar f. J. eintretende Anwendung bes Bollgewichts bei ber Erhebung und Kontrollirung ber Gins, Ansund Durchgangs-Albgaben macht folgende Unordnungen nothig.

1. Beim Baren Eingange vom Auslande ber find Die Des flaranten bon ben Greng : Bollamtern in ber erften Beit jedesmal befondere barauf aufmertfam ju machen, daß die Gewichteangabe

in ben Deflarationen überall auf Bollgewicht lauten muffe.

Ereffen bei ben Umtern nach bem 1. Januar 1840. Baaren unter Begleitschein : Rontrolle ein, worüber bie Begleit: fcheine noch im laufenden Sahre ausgefertigt find und baber bie Gewichtsgrößen noch in Preugischem Gewichte enthalten, fo ift, wenn die Baaren jur Berzollung ober zur Niederlage gelangen, bas Preufische Gewicht auf Bollgewicht zu reduziren und letteres ber Bergollung jum Grunde ju legen, refp. im Rieberlage Regis fter jur Unfdreibung ju bringen. Bei Baaren, welche ben Grenge Rollamtern behufe ber Ausgangs-Abfertigung (Boll-Dronung 6. 36.) geffellt werben, wird bie fur nothig erachtete Prufung ber in ben Begleitscheinen angegebenen Baarenmenge noch burch Berwiegung nach Dreufischem Gemichte bewirft.

Die Unfchreibung in ben Rommergial : Regiftern erfolgt aber

ebenfalls nach Bollgewicht.

Sinficts ber am 31. Dezember b. 3. in ben Dadhofs: Dieberlagen, Boll-Lagern und Drivat-Lagern vorhandenen Bagren ift bas Bollgewicht berfelben,

a) so weit sich die Waaren noch in unangebrochenen Rolli befinden, burch Reduktion des Preußischen Gewichts auf Bollgewicht, und zwar fur jedes Kollo besonders,

b) fonft aber burch Berwiegung

festzustellen, und mit letterm find die Bestande in die Riederlage-

4. In Betreff ber Bein-Rreditläger ift in ahnlicher Art zu verfahren, und bas Preufische Gewicht ber Bein Quantitaten, für welche ber Eingangezoll, nach ben Bestimmungen bes Regulative vom 24. Dezember 1824. fortlaufend ober zeitweise gestundet ift,

am 31. Dezember b. 3. auf Bollgewicht ju reduziren.

5. Bei Berechnung und Erhebung bes gur Staatefaffe fliefenden Lagergeldes find bie gegemartig für Preififches Gewicht bestehenden Sate vom 1. Januar 1840. ab auf das Bollgewicht zu übertragen. Es wird demnach berjenige Betrag an Lagergeld, welcher bisher von Ginem Zentner Preußischen Gewichts zu entrichten gewesen ift, funftig von Ginem Bentner Bollgewicht erhoben.

6. Auf die ermäßigten Eingangs Abgaben, welche von Erzeugnissen der Staaten Hannover, Oldenburg und Braunschweig, nach Inhalt des, der Übereinkunft vom 1. November 1837. wegen Erleichterung des gegenseitigen Berkehrs beigefügten Berzeichnisses zu erheben sind, findet das Zollgewicht ebenfalls und zwar in der Art Anwendung, daß die nach jenem Berzeichnisse festgeseiteten Abgabensaße vom 1. Januar 1840. ab auf Einen Zentner Zollgewicht zu beziehen sind.

7. Die Erhebung ber Ausgleichungs Abgaben von Bier, Taback, Traubenmoft und Bein findet auch fernerhin nach dem bissherigen Maßstabe statt, und es ist bem zu Folge die Berwiegung biefer Gegenstände nach Preußischem Gewichte zu bewirken.

Siernach sind die Jolls und Steueramter alebald mit der nöthigen Infruktion zu versehen und anzuweisen, von den Bestimmungen unter Nr. 3. und 4. den Sandelsstand in den Pachofssstäden ze., sowie die Inhaber von Bein-Areditlägern, in Kenntsniß zu sehen.

Berlin, ben 20. November 1839.

Der Finangminifter. Graf v. Alvensleben.

42.

Cirkular Berfügung an fammtliche Gerichtes und Bers waltungsbehörden, den Mißbrauch stempelfrei ertheilter Utteste zc. und deffen Bestrafung betreffend.

Es ift der Fall vorgefommen, daß Ighaber folder amtlichen Atteffe, beglaubigten Abschriften ober Auszuge aus Alten und Ber-

handlungen, welche zu einem ber Stempelpflichtigkeit nicht unterworfenen Geschäfte ober Zwede stempelfrei ertheilt worden find, von diesen Urfunden zu andern ftempelpflichtigen Geschäften Gebrauch gemacht haben. Die von den Behörden barüber erhobenen Zweifel:

wie bei der Bestrafung der durch Diefen Difbrauch verübten

Stempel-Rontraventionen ju verfahren fei,

haben Die unterzeichneten Minifter veranlaßt, fich über nachftebenbe

Grundfage ju bereinigen:

1) Alle Behörden und einzelne Beamten sind verpflichtet, bei der Ausstellung von Atteften und bei der Ertheilung von beglaubigten Abschriften oder Aussertigungen, welche, um ihres besonderen Zweckes wegen, dem sonst eintretenden tarifmäßigen Stempel nicht unterliegen, in dem Atteste, in dem Beglaubigungsvermerke oder in der Aussertigung selbst den Zwecke Abschrift oder die Aussertigung ertheilt wird. Unterlassen sie dies, so werden sie für jeden Migbrauch verantwortlich, der mit einer solchen Urbunde gemacht wird.

2) Ift eine Urkunde ohne Angabe ihres Zwecks stempolfrei ausgestellt, beglaubigt ober ausgefertigt worden, und wird dieselbe demnächst bei einer Behörde in einer stempelpflichtigen Angelegenheit zur Begrundung irgend eines Antrages produzirt, so hat die Behörde den fehlenden Stempelbetrag von dem Produzenten einzuziehen, und nach §. 30. des Stempolgesesses den Fall der vorgesetzen Behörde des Ausstellers zur Fest, setzung der Strafe nach den Bestimmungen der Allerhöchsten

Rabinets Drbre vom 28. Oftober 1836. anguiteigen.

3) Ift aber in der flempelfrei ertheilten Urkunde ber, die Stempelfreiheit rechtfertigende Zwed bestimmt bezeichnet worden, und wird dieselbe bennoch zu einer stempelpflichtigen Angeles genheit zur Begründung irgend eines Antrages produzitt, ohne daß der Inhaber die Beifügung des tarismäßigen Stempels vorher bewirkt hat, so haftet berselbe nach §§. 21. u. 22. des Stempelgesetes nicht bloß für den Stempel, sondern verfällt auch in den viersachen Betrag bestelben als Strafe.

Es ift von bemfelben baber, außer bem fofort ju entrich; tenben tarifmäßigen Stempelbetrage, auch bie festgufegenbe Strafe, fobalb bas Strafrefolut vollstrectbar ift, einzuziehen.

Rach ben vorstehenden Bestimmungen haben sich fammtliche Gerichts, und Berwaltungebehörden und einzelne Beamte genau zu achten.

Berlin, ben 19. Oftober 1839.

Der Juftigminifter. Muhler.

Der Finangminister. - Graf v. Alven sleben.

Cirkular Reffript an sammtliche Konigl. Provinzials Steuerdirektoren, Regierungen, Ober Bergamter zc., bes treffend die Stempelfreiheit der über unfirirte Diaten ausgestellten Quittungen.

Bur Erlauterung ber bieber nicht gleichformig angewendeten Stempels Sarif. Position "Quittungen lit. c.," wonach Quite tungen über unfirirte Diaten fur ftempelfrei erffart find, wird bar-

auf aufmertfam gemacht:

daß unter unfirirten Diaten folde, die auf Grund einer Liquidation ber Arbeites oder Reisetage in einem fommissarischen Geschäft nach allgemeinen Diaten: Reglements zur Anweisung gelangen, dagegen unter fixirten Diaten solche, die nach Masgabe einer vorherigen speziellen Bewilligung für bergleichen Geschäfte von langerer Dauer, gegen monatliche, viertels oder ganzsährige Quittungen gezahlt werden, zu versstehen sind.

hiernach ift zu verfahren, und an die Unterbehörden das Rothige zu verfügen.

Berlin, ben 18. Oftober 1839.

Der Finangminifter. Graf v. Alvensleben.

44.

Cirkular-Restript an fammtliche Konigl. Regierungen, in eben derfelben Angelegenheit

Mit Bezug auf Die ber Königl. Regierung zur Erläuterung ber Stempel Carif Position "Quittungen lit. c." in Betreff ber Stempelfreiheit ber über unfrirte Diaten ausgestellten Quittungen unterm 18. v. M. zugefertigte Circular Verfügung bes Königl Finanzministerii an Die Provinzial Steuerdireftoren,

wonach unter un fixirten Diäten folche, die auf Grund einer Liquidation der Arbeites und Reisetage in einem kommissarisschen Geschäfte nach dem allgemeinen Diäten Reglement zur Anweisung gelangen, dagegen unter fixirten Diäten solche, die nach Maßgabe einer vorherigen speziellen Bewilligung für dergleichen Geschäfte von längerer Dauer, gegen monatliche, vierteljährige oder ganziährige Quittungen gezahlt werden, zu verstehen sind,

verantaffe ich die Ronigt. Regierung, bemgemaß auch in Angeles

genheiten meines Refforts zu verfahren und ben betreffenden Unterbehorden bas Rothige befannt ju machen.

Sinfichtlich der Unwendung obiger Borfchrift auf die Forft. verwaltung, bei welcher der Fall der Diatenbewilligung haufig

vorfommt, bemerfe ich noch Machfiebenbes.

Jum Beispiel einem Regierungs-Forst-Referendarius wird die Berwaltung einer Oberförsterei interimistisch gegen ben Genuß von 1 Thlr. 10 Sgr. Diaten täglich übertragen. Da in diesem Falle die Diatenzahlung nach der Zahl der Tage, mahrend welcher das kommissarische Geschäst dauert, einschließlich etwaniger Reisetage, berechnet wird; so sind die desfallsigen Quittungen, wenn auch die Zahlung im Ganzen die Summe von 50 Thlr. erreicht oder überssteigt, doch stempelfrei. Dasselbe ist anch der Fall bei den ambulanten Husselsern, wenn selbige durch Diaten remunerirt were den, bei welchen eine Berechnung nach den einzelnen Tagen der Beschäftigung (z. B. 10 Sgr. für den Tag) stattsindet.

Werben diefelben aber auf langere Zeit ununterbrochen beschäftigt, und find ihnen bafür fortlaufende, in monatlichen Beträgen bestimmte Remunerationen, z. B. 10 Ehlr. für den Monat, ohne Rücksicht auf die Tagezahl des Monats, bewilligt; so ift, sobald die desfallsige Zahlung in dem betreffenden Kalenderjahre im Ganzen die Summe von 50 Ehlr. erreicht oder übersteigt, der geordenete Stempel zu der Quittung über die in dem Jahre erfolgende

lette Bahlung zu bermenden.

Berlin, ben 17. November 1839.

Der Geheime Staatsminifter und Chef ber zweiten Abtheilung bes Konigl. Sausminifteriums.

v. Ladenberg.

45.

Cirkular : Restript an sammtliche Ronigs. Regierungen, bie Stempelpflichtigkeit bes Werths ber von den Dos mainen : Pachtern übernommenen Bauverbindlichkeiten betreffend.

Der Königl. Regierung wird auf ben Bericht vom 29. April b. J., betreffend die Stempelpflichtigfeit des Werths ber von ben Domainenpachtern übernommenen Bauverbindlichfeiten, erwiedert, daß diejenigen Bauverpflichtungen, welche die Domainenpachter, nach ben neuerdings getroffenen Anordnungen, über das im Gerfes, und zwar in den §§. 440—448. Tit. 21. Thl. I. des Allg.

Landrechts, bestimmte Maß hinaus übernehmen mussen, bei Berrechnung des Pachtvertrags. Stempels mit in Betracht zu ziehen sind, und dabei in der Art zu versahren ist, daß dem Betrage des stempelpslichtigen Pachtwerthes für jene Mehrleistungen in jedem Falle so viel hinzugerechnet wird, als für die baulichen Leistungen in den Anschlägen von dem ermittelten Pachtzinse abgesetzt ist, so daß z. E. wenn bei einer Pacht von jährlich 2000 Ehlr. 5 Prozent, also 100 Ehlr. für die baulichen Leistungen abgesetzt werden, der Stempel à $\frac{1}{3}$ Prozent mit 10 Sgr., und wegen der Konkurrenz des Fiscus à $\frac{1}{6}$ Prozent mit 5 Sgr. jährlich und für 24 Pachtjahre mit 4 Ehlr., außer dem übrigen für den Vertrag fälligen Stempel, verwendet werden muß.

Run gehen zwar diejenigen baulichen Leistungen ber Domais nenpachter, wofür ihnen in den Anschlägen nichts abgesett wird, zum Theil gleichfalls über das Maß bessenigen, was sie nach dem Gest zu leisten haben, hinaus, namentlich der fünftheil Beitrag zu den Neubauten, die Dachdeckungen bei letteren u. f. w. Da es jedoch ungewiß ift, in wieweit gerade diese Verpflichtungen während der Pachtzeit in Anwendung kommen werden, so soll daraus kein Anlaß zur besonderen Stempelverwendung genommen

merben.

Die Ronigl. Regierung hat hiernach in vortommenten Fallen zu verfahren.

Berlin, ben 13. Oftober 1839.

Ministerium des Königl. Saufes, Baweite Abtheilung. Graf

Finanzminifferium. Graf v. Alvensleben.

v. Labenberg.

die Konigl. Regierung zu Magdeburg und Abschrift zur Nachricht und gleichmäßigen Beachtung an sammtliche übrige Konigl. Regierungen.

E. poft , Bermaltung.

46.

Cirkulare an sammtliche Postamter (erkl. ber im Ausslande belegenen), die Kombinirung von Posts Expeditios nen mit Steuer Bebestellen betreffend.

Bei Besetung fombinirter ober noch zu kombinirender Pofts Erpeditionen mit Steuer Sebestellen find, wegen der Unstellung, Kautionsleiftung und wegen Sicherstellung des Kaffen Interesse bei etwanigen Kaffendefetten, die nachstehenden Festsetzungen zu beachten. Die Einleitungen ju ben vorgebachten Stellen Rombinationen, jur Unftellung und zur Nautioneleiftung ber Post-Expediteure, geschehen vom General Postamte, an welches etwanige beefallsige Requisitionen ber Steuerbehörden zu verweisen sind.

Die Kautionebestellung bet Beamten, welche entweder nach bem Gesammtbetrage ihres Diensteinkommens, oder nach bem Gesammt. Ginnahmebetrage ihrer Stelle erfolgt, ift von ber Steuer-

behorde ju beforgen.

Die Pofiamter haben in den betreffenden Rautions . Nachwei- fungen zu bemerten, daß und wie folches bei ber Steuerftelle ge-

fcheben fet.

Bei ben borgebachten Stellen Kombinationen findet die Einziehung einer besondern Kaution für die Post-Erpedition nicht weister statt; die noch vorhandenen separaten Kautionen für die Post-Erpeditionen sind jedoch in der bisherigen Art in den betreffenden Kautions-Nachweisungen zu führen. Lettere Fälle sind übrigens zu ermitteln, und es sind diesenigen Post-Erpediteurs, welche für die Steners und für die Postverwaltung besondere Kautionen gesleistet haben, zu ber Erklärung aufzusordern, beide Kautionen sür beide Berwaltungen gemeinschaftlich haften zu lassen. Die darzüber aufzunehmenden besonderen Berhandlungen, sind, unter Beissugung der betreffenden Kautions Empfangscheine, denen der diesserhalb ersorderliche Bermerk hinzugefügt werden soll, binnen vier Bochen einzureichen, oder wo dergleichen Fälle nicht vorhanden sind, ist solches binnen gleicher Frist anzuzeigen.

Sind bagegen bergleichen fur jede Berwaltung besonders besftellte Rautionen etwa noch anderweit verpfändet oder cedirt, so ift der Konsens des Pfandinhabers oder Ceffionairs zur gemeinschaftlichen Berhaftung fur beide Berwaltungen zu erwirfen und

mit einzureichen.

Bei Entdeckung von groben Unordnungen und Defekten in der Posts oder Steuerkasse, hat diejenige Behörde, von welcher die Bahrnehmung ausgegangen ift, die andere Verwaltung von den geschehenen Ermittelungen sogleich zu benachrichtigen und wo Gesfahr im Verzuge ift, für das beiderseitige Verwaltungs und Rassen. Interesse, nach Maßgabe der desfallsigen Borschriften, zu sorgen.

Die Pofiamter haben hiernach bas Erforderliche gehörig mahr-

Berlin, den 24. November 1839.

Der General : Poftmeifter. v. Ragler.

Eirkulare an sammtliche Poftanftalten, die Abholung ber Korrespondenzen und Geldsendungen fur Sands lungshäuser von der Post betreffend.

Es ift fürglich ber Fall vorgekommen, bag ein Unbefugter bie eingegangene Korrespondenz eines Sandlungshauses von ber Post abgeholt, mit berselben auch zwei Geldauslieferungsscheine ershalten, die letzteren mit nachgemachter Unterschrift und einem falsschen Siegel versehen, und auf diese Weise die an das Sandlungsshaus eingegangenen Geldsendungen betrüglicherweise an sich gesbracht hat.

Die Wiederholung folder Betrugereien muß vereitelt werben, ohne jedoch die Befugnif ber Korrespondenten, ihre Korrespon-

beng u. f. m. abholen zu laffen, zu befchranten.

Die Postanstalten werben demzusolge angewiesen, diejenigen Korrespondenten, welche schriftlich erklart haben, ihre Briefe u. s. w. abholen zu lassen, mit Bezugnahme auf §. 58. des Tar:Regulativs — namentlich auf den dritten San besselben — auf den Nachtheil ausmerksam zu machen, der ihnen erwachsen kann, wenn ihre Korrespondeuz, und insbesondere die Geldauslieferungsscheine, in unrechte Hände gerathen sollten. Jeder derselben ist schriftlich (in größeren Orten mittelst eines Cirkular Schreibens) zu ersuchen, ein Notizbuch über die empfangenen Schauslieferungsscheine anzulegen, in dasselbe jeden empfangenen Schein einzutragen und das Buch, bei Abholung der Geldsendung, mit dem durch Unterschrift und Siegel vollzogenen Scheine, jedesmal mit zur Post zu senden, woselbst der die Geldsendung ausliefernde Beamte seinen Ramen bei der Eintragung beizusesen hat.

Das Buch muß auf ber inneren Seite bes oberen Dedels ben Namenszug bes betreffenden Korrespondenten, oder Desjenisgen, der von ihm beauftragt worden ift, die Geldscheine zu vollziehen, und auch einen Abdruck des Siegels enthalten, mit welchem die Scheine untersiegelt werden. Der Beamte hat alsdann das Mittel in Sanden, die Richtigkeit der Bollziehung eines jeden Geldscheins ohne Aufenthalt zu prüfen. Die Blättet des Buches sind zu paginiren und mussen fünf Nubriken enthalten,

namlich:

Monat und Datum, Nr. des Geldauslieferungsscheins, Geldbetrag, Boher, Name des Ausgabe:Expedienten.

Um

Um feber fünftigen Reflamation folder Rorrefpondenten vorzubeugen, welche fich weigern follten, ein Rotigbuch ber bezeichneten Urt angulegen und foreguführen, find biefelben ju erfuchen, bas besfalle fige demnachft ju ben Aften ju nehmende Aufforderungs. Schreis

ben mit bem Prafentations Bermert ju verfeben.

3ch mache ben Umtevorfiehern gur befonderen Pflicht, auf bie genaue und vollftandige Ausführung ber obigen Beffimmung gu achten. Die Poft: Infpettoren werden jeden fall, in welchem eine Doftanftalt die Ausführung der gegenwartigen Anordnung perabfaumt haben follte, jur Ungeige bringen.

Berlin, ben 21. Oftober 1839.

Der General : Pofimeifter. v. Ragler.

IV. Gutsherrliche und bauerliche Reguliruns gen, Gemeinheitstheilungen und Ablofungen.

18

Cirkular-Reffript an fammtliche Ronigl. General Roms miffionen, sowie an die Ronigl. Regierungen ber Dros ving Preußen, Die Diaten Bergutigung fur Die von den Regierungen und andern Beborben temporair benuften Deonomie Rommiffarien betreffend.

Die bon ber Ronigl. General Kommiffion in Ihrem Berichte vom 16. Oftober b. 3. als zweifelhaft angeregten Grundfage, nach welchen bie Diaten für bie von ben Regierungen und anderen Behorden temporair benutten Ofonomie: Rommiffarien au verguten find, ericheinen gwar, wie ich Derfelben hierdurch gu erfennen gebe, für jest von geringer Bichtigfeit fur bas Raffenwe-fen, ba ber Umfang und der Drang der eigenen Geschäfte ber Konigl. General : Rommiffion es Ihr taum gestatten werden, Die Urbeitefrafte ber Kommiffarien anderen Behorden behufe Musfuh. rung der bei diefen anhangigen Gefchafte oft ju überlaffen. Go. fern jedoch jene Grundfage bei veranderten Umftanden einen gro-Beren Ginfluß erhalten fonnen, finde ich mich veranlaßt, der Ro. nial. General-Rommiffion fcon jest auf Ihre Anfragen Folgendes ju eröffnen.

Rach ber Borfchrift bes §. 10. bes Roffen: Regulative vom 25. April 1836. hat, wie bie Ronigl. General Rominiffion gang richtig annimmt, in Fallen, mo Ihre Kommiffarien von ben Re-

gierungen in Auseinanderfegungs Saden befdaftigt werben, bie Beneral-Rommiffionstaffe auf Diaten . U berfchuffe,

ober eigentlich Bufat. Diaten, feinen Unfpruch.

Daffelbe gilt in benjenigen Fallen, wo die Rommistarien von anderen Behörden, 3. B. ben Gerichten, ober auch von ben Regierungen, aber nicht in Auseinandersetzungs- Sachen, Auftrage erhalten und ausrichten, und zwar um so mehr, als Auftrage dieser Art immer nur Angelegenheiten betreffen konnen, welche nicht zum Resort der Konigl. General Kommission ges horen, und hinsichtlich welcher baher eine Berpflichtung der Interessenten zur Entrichtung des Gebulhrensates von 3 Thalern nicht ftattsindet.

Dagegen muß in den eben bezeichneten Fallen die an fich inicht zweifelhafte Bergutigung der firirten Diaten allerdings fur bie General Rommiffionstaffe in Anfpruch genommen werden.

Aus biefem unbedenklichen Grundfaße folgt bann aber auch, baß bie Arbeiten folder Kommissarien, welche an firirten und temporairen Diaten im Ganzen niehr als 3 Thir. täglich beziehen, von berjenigen Behörde, bie einen bergleichen höher remunerirten Rommissarius beschäftigt, gleichfalls mit mehr als 3 Thir. für ben Tag vergutet werden muffen.

Das bie Frage betrifft:

ob bie Bergutigung ber firirten Diaten blog fur bie Ralen. Dertage, ober überhaupt fur jeden Arbeitetag à 7 Stunden unausgefetter und angeftrengter Arbeit gefordert merden durfe? fo ift es unbedenflich, daß ber Raffe ber General Rommiffion Die firirten Diaten nach Daggabe ber Ur beitezeit erftattet werben muffen. Die Dehrarbeiten an ben Sagen, wo mit Anftrengung gearbeitet worben, muffen nämlich bie an anderen Ralendertagen ausfallenden Arbeiten erfeten, und bie Anrechnung fegenannter-Mehrarbeiten ift nothig, Damit Die Roften auf Die verschiedenen Sachen angemeffen vertheilt werben, mas bei ungleicher Unftren= gung und bei ber Abmeffung ber Diaten nach ben Ralenbertagen nicht zu erreichen fein wurde. Die General Rommiffionetaffe bu-Bet mithin badurch, daß ber Kommiffarius feine Auftrengung ei-nem, bei einer anderen Behorbe anhangigen Geschäfte widmet, wirflich mehr firirte Diaten ein, als nach ber Bahl ber Ralenber= tage nur ju berechnen fein murbe, und hat mithin Unfpruche auch auf ben Erfat ber firirten Diaten im Berhaltniffe ber fogenann= ten Debrarbeiten.

Db übrigens die Königl. General-Kommiffion die Einrichtung 'treffen will, daß in den obigen Fallen die Kommiffarien aus der Raffe ber andern Behörbe das Ganze beziehen, und den die firiraten Diaten ersegenden Antheil durch gelegentliche Abrechnung an

bie General Kommissionskasse abzugeben haben, ober daß bie Reggierungen und andern Behörden von jedem Arbeitstage, für welchen sie den Spezial-Kommissarien Gebühren anweisen, den strieten Diatensat an die General-Kommissionskasse abzuführen haben, überlasse ich für jest Ihrer eigenen Beurtheilung, bemerke jedoch, daß das erftere Berfahren in den Fällen durfte eintreten mussen, wo es einem Kommissarius, welcher sirirte Diaten bezieht, gestattet wird, einer Partei zu assissionen oder solche zu vertreten.

Dasjenige Berfahren aber, für welches die Ronigl. General. Rommiffion Sich hiernach in Ansehung ber von den Regierungen durch Ihre Rommiffarien bewirften Auseinandersetzungen entschlies fen wird, muß allerdings auch für die bei anderen Behörden durch Ihre Rommiffarien ausgeführten fonfligen Geschäfte maßgebend fein.

Berlin, ben 16. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

die Königl. General-Kommission in Posen und Abschrift zur Nachricht und Nachachtung an sammtliche übrige General-Kommissionen, sowie . an die Königl. Regierungen der Provinz Preußen.

49.

Eirkular-Reskript an sammeliche Konigl. Regierungen, ausschließlich berjenigen in ber Provinz Preußen und ber Rheinprovinz, in eben berfelben Angelegenheit.

Da Zweifel über bie Grunblage wegen ber Diaten. Vergutigung für bie von ben Königl. Regierungen und anderen Behörben temporair benutten Ofonomie. Kommissarien entstanden sind, so habe ich behufs beren Erledigung den Auseinandersetzungebehörben heute Folgendes eröffnet.

Rach ber Borfchrift bes §. 10. bes Roffen Regulativs vom 25. April 1836. Haben in Fallen, wo Kommiffarien ber Generals Rommiffionen von den Königl. Regierungen in Auseinanderfetunges Sachen beschäftigt worden, die General Kommiffions Raffen auf Diaten Überschuffe oder eigentliche Zusap Diaten feinen Anspruch.

Dagegen muß die Bergutigung ber firirten Diaten allerdings fur die Raffe ber General Rommiffionen in Anfpruch genommen werden.

Gine Folge biefes Grundsages ift nun aber auch bie, baß bie Arbeiten solcher Kommissarien, welche an firirten und temporairen Diaten im Ganzen mehr als 3 Thir. taglich beziehen, von ben Konigl. Regierungen gleichfalls mit mehr als 3 Thir. fur ben Arbeitstag remunerirt werden mussen.

Shh 2

Db übrigens die Auseinandersetzungsbehörden hinsichtlich ihres Raffenwesens die Einrichtung, daß die Königl. Regierungen von jedem Arbeitstage, für welchen sie den Kommissarien Gebühren anweisen, den fixirten Diatenfat an die General-Kommissions-kaffen selbst abzuführen haben, treffen, oder anordnen wollen, daß der Kommissar aus den Regierungskassen das Ganze beziehe, und den die fixirten Diaten ersetzenden Antheil durch gelegentliche Abrechnung an die Kasse der General-Kommission abzugeben habe, habe ich für jetzt der eigenen Beurtheilung derselben überlassen.

Inbem ich bie Ronigl. Regierung hiervon benachrichtige, weise ich Sie zugleich an, Sich auch Ihrerfeits hiernach zu achten.

Berlin, ben 16. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. b. Rochow.

50

Reffript an die Konigl. General-Kommission in Solobin, die Bereidung der Kreisverordneten für Auseinanbersesungs-Angelegenheiten betreffend.

Auf ben Bericht vom 2. v. M. fertige ich ber Konigl. General- Kommiffion hierneben Abschrift ber heute bem Landrath N. gu N. über bie erforderliche Bereidung bes Kreisverordneten N.

Ju N. ertheilten Befcheidung gu. (Unl. a.)

Sie wird daraus entnehmen, zu welchen, von den verschiedes nen, den Kreisverordneten anzuvertrauenden Verrichtungen es übershaupt einer Vereidung bedarf, und daß es der Sachverständigenseid ist, mit welchem die Kreisverordneten, und zwar am besten generell zu belegen sind, damit die Vervielsältigung der Side vermieden werde. Mur in dem Falle des h. 19. der Verordnung vom 30. Juni 1834, wenn nämlich der Kreisverordnete als Spezialkommissand die Leitung ganzer Auseinandersetzungen übernehmen soll, hat er außer dem Sachverständigen Sid auch noch den Sid als Staatsdiener zu leisten. Zur Übernahme bloßer gütlicher Versmittelungen wurde es, wie ich hiermit wiederhole, keiner Vereidung bedürfen.

Die Ronigl. General: Rommiffion hat hiernach nicht nur in ahnlichen Fallen funftig zu verfahren, fonbern auch ben gedachten Landrath anderweit mit der Bereidung des Amtmanns N. zu besauftragen, und dabei ben fruheren Auftrag naher zu bestimmen.

und begiehungsweise gu berichtigen.

Berlin, ben 8. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

2:

Auf die Borffellung vom 19. Juli b. I., über welche ich zuvor ben Bericht ber Konigl. General. Kommission zu Solbin eingefordert babe, eröffne ich Ew. 2c. nunmehr, daß Sie geirrt haben, wenn Sie es für genügend halten, den Umtmann N., nachdem berselbe jum Reise verordneten erwählt worden, auf den Diensteld zu verweisen, welchen derselbe als Dorfschulze geleistet bat. Jedenfalls batten Sie die entgegenstebende Ansicht der Königl. General Kommission zu Solbin nicht unbeachtet lassen, und den Gegenstand, so lange er noch unerledigt war,

nicht fur erlebigt balten follen.

Die Kreisverordneten sollen bet verschiedenen ihnen anzuvertrauenden Berrichtungen als Sachverständige auftreten. Alls solche baben sie nach & 32. und folgende der Berordnung vom 30. Juni 1834, das Amt von Schiederschtern zu übernehmen; nur als solchen kann ihnen, zufolge des §. 29. a. a. D. die Revision der von den Speziale Kommissarien erstatteten Gutachten übertragen werden, und als solche haben sie gleichfalls Gutachten abzugeben, wenn ihnen selbst, als Speziale Kommissarien, in Gemässbeit des §. 19. a. a. D. die Leitung ganzter Ausseinandersesungen eiwa übertragen wird. Zur Glaubwürdigkeit des Sachverständigen in seinen Gutachten genügt aber dessen Sientlicher Beamte nach §. 84. des Anhangs zur Allgem. Gerichts-Ordnung nicht. Soll es nicht notdig werden, daß er jedes einzelne Gutachten beschwört, so muß er allgemein mit dem Sachverständigenseide belegt werden. Als ein solcher Eid kann nun aber der von dem N. am 27. Oktober 1814. abgelegte nicht betrachtet werden, vielmehr ist derselbe nach Anleitung des §. 202. des 10. Litels I. Theils der Allgemeinen Gerichts-Ordnung zu normiren, und erstellung eines Kreissperiordneten verknüpsten Psiideten zu verbinden.

Db es für den speziellen Fall, in welchem Ew. 2c. Sich den Amtsmann N. substituirt haben, der nachträglichen Bereidung desselben barf, hangt unter der Boraussekung, daß der Bestätigung des ic. N. in seiner Stellung als Kreisderordneter keine weiteren hindernisse entsgegentreten, davon ab, in welcher Verrichtung die Substitution stattsgefunden hat. Haben Sie dem z. N. die Direktion der Kreisders mittelungsBebehorde in einem Falle übertragen, wo diese in Genässeit des §. 2 u. s. der Verordnung vom 30. Juni 1834. allein in dieser Sigenschaft, also vermittelnd, eintrat, so bedurfte es der Vereidung überall-nicht, da die Wirsfamseit diese Instituts von dem Vertrauen abhängig gemacht ist, welches die Interessenten der Sache demselben aus freiem Untriede schenken. Hat die Substitution aber in Folge des §. 33. der Verordnung vom 30. Juni 1834. dahin stattgefunden, daß der z. N. dei einem schiedkrichterlichen Versahren als Obmann eingertreten ist, so war nach §. 9. der Instruction vom 12. Oktober 1835. seine Vereidung erforderlich, und muß nachzeholt werden, wenn die Lage

ber Sache bies noch gestattet.

Die Konigl. General Rommiffion zu Solbin ift heute angewiesen, Sie anderweit mit ber Bereidung bes ac. N. zu beauftragen.

Berlin, ben 8. Oftober 1839.

Der Minifter des Innern und ber Polizei. v. Rochow.

ben Ronigl. Banbrath N. N. ju N.

Cirkular Reffript an fammtliche Ronigl. General Roms miffionen, fowie an die Ronigl. Regierungen ber Pros ving Preugen, Die Autorisation ber Bormunber in Auseinandersetzungs. Sachen betreffend.

In Befcheibung auf ben Bericht vom 24. August b. 3. wird ber Ronial. General:Rommiffion Abidrift ber von bem Berrn Tus ftizminifter auf bieffeitige Beranlaffung an bas bortige Konigl. Dberlandesgericht unterm 5. b. M. erlaffenen Berfügung, wonach auf die, Die Autorisation ber Bormunder in Auseinanderfetjunge. Gachen betreffenben Untrage auch bann eingegangen werben foll, wenn fie von der Konigl, General Kommiffion oder Ihren Roms miffgrien folleftip angebracht merben, jur Rachricht mitgetheilt.

Berlin, ben 23. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

Die Konigl. General : Rommiffion in Breelau und Abfchrift gur Dache richt an fammtliche übrige Konigl. General-Rommiffionen, fowie an Die Ronigl. Megierungen ber Proving Dreugen.

Nach Inbalt bes abschriftlich anliegenden, von dem Berrn Gebei; men Staatsminifler v. Rochow bierber mitgetheilten Berichts ber dortigen General Rommission vom 24. August a, hat es das Konigl. Oberlandesgericht in Abereinstimmung mit dem Land- und Stadtgericht gu Creugburg in der Dber= Rungendorfer Ablofungefache fur ungulaffig erachtet, daß die Untrage ber Ablofungebeborde wegen Ertheilung ber obervormundschaftlichen Autorifation fur bie bei ber Abldfung tonturris renden Bormunder in einem Rolleftiv-Schreiben angebracht merden, viele mehr verlangt, daß zu den einzelnen Bormunbichafte. Aften besondere Unträge deshalb gemacht murben.

Der Juftigminifter tann dies nicht billigen. Das von ben Regulie

runge-Rommiffarien bisber beobachtete Berfabren :

wonach in den gallen, in welchen bei Auseinanderfegungen mebe rere unter ber Aufficht Gines Berichts ftebende Bormunder betheis ligt maren, bies Bericht in einem Rolleftive Schreiben unter Beifus gung des Regef:Entwurfe, oder ber die Ruranden betreffenten Beftimmungen beffelben, um Ertheilung ber obervormundschaftlichen Autorifation erfucht morben find,

erfcheint zwedmaßig, gereicht gur Berminberung ber Roften und ber Schreiberei, und macht ben Gefchaftegang einfacher.

Eine Bermirrung in ben einzelnen Bormundschafts. Alten tann ba-burch nicht entsteben. Eben so wenig ift damit eine irgend erhebliche Belästigung der Gerichte verbunden, vielmehr ift es furzer und einfa-der, die Autorisationen in einer Berfägung zu ertheiten, als wenn ju jedem Aftenftud eine besondere Requisition ergeben und burch befonbere Berfugung erledigt merden follte.

Das allgemeine Requisitioneschreiben muß auf Grund der ju adbibirenden Bormunbichafts Alten gepruft und beantwortet, die etwa in einzelnen Sachen fich ergebenden Unftande und Bedenten muffen in bas Antwortschreiben aufgenommen, und davon abidriftliche Extratte ju den betreffenden Aften gebracht werden. Ift Die Ertheilung der nachgesuch. ten Autorisation unbedentlich, so genugt es, wenn in den einzelnen At-ten der die Ruranden betreffende wesentlichste Inhalt der Requisition allenfalls unter Beifugung von Extracten aus dem Rezes. Entwurfe, fowie die erfolgte Erledigung berfelben unter Bezugnahme auf die diebfdlige allgemeine Berfugung vermerft wird, In abnlicher Urt wird bereits in Genaffheit des Reffripts vom

19. Juni 1837. (Sabrbucher Bb. 49. G. 520.) bei Untragen der Beneral-Kommissionen in Spotheken Sachen verfahren, ohne daß dadurch Infonvenienzen entstanden sind. Das in biefer Beziehung neuerdings — unterm 5. Juni d. S. — an das Oberlandesgericht zu Naumburg erlassene Refkript wird dem Konigl. Oberlandesgericht in anliegender

Abschrift jur Achtung mitgetheilt,

Das Rollegium bat bemnach bas Lande und Stadtgericht zu Creuge burg fowohl fur ben vorliegenden Fall, als auch fur die Bufunft, mit ber erforderlichen Unweifung zu verfeben, auch fich felbft nach den vorfebend entwidelten Grundfagen zu achten.

Berlin, ben 5. Oftober 1839. Der Juftigminiffer. Dubler.

Das Rönigl, Oberlanbesgericht gu Breslau,

52.

Eirfular-Reffript an fammtliche Ronial. Beneral-Rommiffionen, fowie an bie Regierungen ber Proping Preus gen, betreffend bie Bewirkung von Bermerten in ben Sprothekeubuchern aus Rezeffen in Ablofungs-Sachen.

Unter Rudgabe ber, mittelft Berichts vom 21. August b. 3. eingereichten Reges. Ausfertigungen in ber Ablofungsfache

a) bes Amts N. N., und ber Familie N. N. gu N. N., de conf.

b) ber Universitat N. N. und ber Gebruber N. N. ju N. N., de conf. ben 25. Januar c,,

eröffne ich der Ronigl. General . Rommiffion auf die Unfrage bom 3. Juni b. J., daß beibe Falle in fofern gwar gleichartig find, ale bie burch bas Berfahren abgelofeten Berpflichtungen im Sppothetenbuche nicht verzeichnet, und eben fo wenig bon ben Parteien Untrage auf Bermertung ber Resultate bes refp. Gefchafts in foldem formirt find; es maltet ingmifchen bennoch eine mefente liche Berichiebenheit in ben ursprunglichen Rechtsverhaltniffen beis ber Bertrage ob, welche bei ben Requisitionen um Regulirung bes Sypothetenbuche nicht genau genug beachtet zu fein fcheint.

Das nämlich bas N. N.fche Ablöfungsgefchaft anlangt, so hatte baffelbe eine Leiftung jum Gegenstande, welche zur Katesgorie ber, im §. 49. Sit. I. ber Sypotheken Ordnung bezeichneten, gehörig, erst durch die Eintragung felbst ein Realrecht erhalten haben wurde, bis zu diesem Zeitpunkte aber nur als eine mit einem Titel zum Pfandrechte versehene personliche Forderung bestrachtet werden mußte, und eben deshalb so wenig den hypothekarischen Gläubigern, als einem kunftigen Erwerber des Umts prästydizirlith war.

Durch Abschluß bes Reluitions : Bertrages fällt baber auch nur jener Titel inm Pfanbrechte meg, und es ift beshalb um so weniger Grund vorhanden, hierüber noch etwas Weiteres im Sybothefenbuche ju vermerten, als ber Neges vollfommen hinreicht.

ben Butsbesiter gegen etwaige Unfpruche ju fichern.

Es können auch weber die Reffripte vom 28. Januar 1833, und 8. Marz v. J., noch der §. 61. der Berordnung vom 30. Juni 1834. auf Fälle vorgedachter Art bezogen werden, so daß die Königl. General Kommission in Ermangelung einer Beranlaffung zu Offizialschritten sich unter gleichartigen Berbaltniffen aller Antrage auf Regulirung des Spothekenbuchs von Amtswegen enthalten, und es den Parteien überlassen kann, etwa wunschens werth erachtete Bermerke im Spothekenbuche selbst zu ertrahiren.

Anders verhalt es fich jedoch mit bem zweiten von der Ronigl. General-Rommiffion zur Sprache gebrachten Falle; — bas hier abgelofete, von dem Sofe der Gebruder N. N. in N. N. zu zahlen gewesene Laudemium gehört namlich zu den jenigen gemeinen Laften und Pflichten, welche nach der Berfassing der Provinz allen Grundstüden derselben Art gegen die Gutoherrichaft obliegen.

cf. §. 325. bes Altm. Provinzialrechts,

Motive deffelben, zweite Abtheilung, S. 57. und beshalb, gleich ben Naturaldiensten ober bem Zehenten, nach §. 48. Dit. I. der Spothekene Ordnung keiner Eintragung bedurfen, vielmehr auch ohne eine solche auf jeden Besiger übergeben und die Priorität vor ingroffirten Schulden behalten.

So lange also feine Ausnahme von dieser allgemeinen Berpflichtung im Sypothekenbuche vermerft ist, bleibt die rechtliche Bermuthung bestehen, daß auch der betreffende Sof sich noch in dem Berhältnisse aller übrigen ihm bieber gleichgestandenen bestinde, und daraus folgt für den Eigenthumer und jeden kunftigen Erwerber das, namentlich nach Berlauf einer längeren Zeitperiode vielleicht sehr prajudizielle und immer noch unbequeme Onus einer Beweisführung des Gegentheils, welche durch Aushandigung des Plbissungs Bertrags nicht vollständig verdürgt wird, so lange des

fen Bihalt auf die Lage bes Spothefenbuche noch nicht guruckgewirft hat, indem biefes gerabe burch ben fehlenben Bermert ber erfolgten Ablofung bes Laubemii zc., alfo ber Ausnahme von einem provinziellen allgemeinen Rechteverhaltniffe, fur Die Regel und eine Beschaffenheit bes Sofes zeugt, welche mit beffen mahrer Lage nicht mehr übereinstimmt. Wenn baber auf ben Grund eis nes folden Ablofungs : Bertrages auch feine eigentliche Lofdung im Ginne bes 5ten Abschnitte Th. II. ber Spotheten : Dronung erfolgen fann, fo bleibt es boch im Intereffe ber Parteien burch: aus munfchenewerth, ja nothwendig, daß die burch jenen bewirfte Beranderung ber ursprunglichen Qualitat des Sofes im Supothefenbuche notirt werbe, und bies um fo mehr, als bas Gefchaft nicht bloß die bisherigen Berhaltniffe ber Kontrabenten unter fich lofet, fondern auch ben Reluenten in einen gang neuen rechtlichen Befitftand bringt, wie bies noch beutlicher bann hervortritt, menn 3. G. Raturaldienfte oder Lehneverbindungen aufgehoben merden. beren Erifteng burch feinen Bermert sub Rubro II, bes Sppothekenbuche angebeutet worden ift. - Auch fcheint bas Titelblatt Des Supothefen-Folii Die gang geeignete Stelle ju Bermerfen Dies fer Art ju fein, ba nach &. 33. Dit. I. ber Spothefen Dronung hier gerade die Qualitat bes Grunbftude: ob es eine Dienftbare ober Freiffelle, ob Lehn oder Erbe fei ic., verzeichnet werden foll, und wie mir befannt, banach auch die Berpflichtungen ber Sofe in vielen Rallen bezeichnet worden find.

Duf nun hiernach allerdings angenommen werden, daß bie General Rommiffion verpflichtet fei, auch ohne Untrag ber Intereffenten ichon von Umtemegen für die Gintragung eines Bers merte über bie burch Rapital erfolgte Ablöfung folder auf allges meinen Obfervangen oder provinziellen Rechteverhaltniffen berubenben, aus bem Sppothetenbuche nicht unmittelbar hervorgehenden Leiftungen ober Berpflichtungen ber Grundflude ju forgen, fo fann es boch auf ber andern Geite wenigftens einigermaßen zweis felhaft fein, ob nicht auch noch ein besonderer desfallsiger Untrag ber Parteien hingutreten muffe, und wird baber Die Ronigl. General: Rommiffion jur ganglichen Befeitigung etwaiger bieraus gu entnehmender Bebenfen angewiesen, in Fallen ber lettgebachten Urt zu veranlaffen, daß die Intereffenten bei Aufnahme ber Regeffe felbft noch die Gintragung eines, bem Inhalte beffelben ents fprechenben Bermerts im Sprothefenbuche ausbrudlich nachfuchen, welchemnachft die Berichte fich nicht weigern werben, ben folder. geffalt fubftantiirten Requifitionen ber Auseinanderfetungsbeborbe ju genügen, womit ber Berr Juftigminifter Dubler Ercelleng

einverftanden ift.

Die Ronigl. General Rommiffion hat hiernach zu verfahren und Ihre Spezial Rommiffarien bemgemaß zu inftruiren.

Berlin, ben 10. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und der Polizei. v. Rochow.

bie Konigl. General. Kommission ju Stendal und Abschrift zur Nachs richt und gleichmäßigen Beachtung an sammttiche übrige General-Koms missionen, sowie an die Konigl. Regierungen der Proving Preugen.

53.

Restript an die Konigl. Regierungen der Provinz Westsphalen, sowie an die Konigl. General- Kommission zu Munster, die Regulirung des Ziegenhütens durch ortsliche Regulative.

Die Ronigl. Regierung wird mit Bezug auf ben Bericht vom 25. Juni v. J.,

Die von einigen Ginwohnern ber Stadt Brilon nachgesuchte Mobififation ber Kur- Colnifchen Berordnung vom 12. 34.

nuar 1795. wegen bes Austreibens ber Ziegen betreffend, hierburch benachtichtigt, daß der Erlaß einer neuen, allgemeinen Berordnung wegen des Gegenstandes nicht für angemessen erachtet worden, da zwar auch in einigen andern Theilen der Provinz Bestphalen, namentlich im Paderbornschen, ähnliche altere Borsschriften wegen bes Ziegenhütens bestehen, jedoch noch keine Klasgen über deren Unangemessenheit laut geworden, in andern Gegenden der Provinz dagegen das Bedursniß der Beschänfung des Ziegenhütens nie gefühlt zu sein scheint, indem keine Berordnungen dawider hervorgerusen worden sind, daß des Königs Majestät aber, auf den Borschlag des unterzeichneten Ministeris, mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 28. v. M. zu genehmigen gerus het hat:

daß auf das Ansuchen ber Betheiligten, nach vorhergeganges ner Erörterung durch die Regierungen, oder, was die bei der General Kommission zu Münster anhängigen Auseinanders segungen betrifft, durch diese, örtliche Regulative fostgesetht werden, durch welche die gegen das hüten der Ziegen bestes henden gesetzlichen Borschriften unter angemessenen Modalistäten gemildert werden.

Der Königl. Regierung wird baher aufgegeben, nach Mafigabe biefer Allerhöchsten Ordre die zu Brilon obwaltenden Lokal. Bersbältniffe naher zu erörtern, und bemnachst durch ein Regulativ festzusegen, wie es kunftig mit bem Biegenhuten dafelbst gehalten

werben foll, auch in andern ähnlichen Fällen eben so zu verfahren, wobei Ihr bemerklich gemacht wird, daß die Zahl der Ziegen, welche ohne Nachtheil auf die Hutungen gebracht werden darf, aus der Größe, Beschaffenheit und Lage der Hutungspläße zu besstimmen, folglich hierbei die Lokalität hauptsächlich maßgebend ist, und das Bedürfniß der Biehhaltenden an und für sich eine allz gemeine Norm dafür nicht abgeben kann.

Berlin, ben 14. Oftober 1839.

Ministerium bes Innern. Landwirthschaftl. Abthl. v. Mebing,

die Konigl. Regierung zu Arnsberg, sowie mut. mutand. an bie Kd. nigl. Regierungen zu Munfter und Minden und an die Konigl. Generral-Kommission in Munfter.

V. Rultus.

54.

Reffript an bie Ronigl. Regierung ju Urneberg, bie Emeritirung evangelischer Pfarrer betreffend.

Das Ministerium eröffnet ber Königl. Regierung auf ben über die Amteniederlegung des Pfarrers N. zu N. unter dem 11. v. M. erstatteten Bericht hierdurch, daß die sechs Wochen, welche hindurch der sein Amt niederlegende Prediger dasselbe nach §. 54. Rr. 2. der Kirchen Ordnung für die Provinz Westphalen vom 5. März 1835. fortzusühren hat, erst von dem Tage ab zu reche nen find, wo die Niederlegungs Erklärung angenommen und somit

in Rraft getreten ift.

Das Ministerium theilt auch die Ansicht der Königl. Regiesrung, das die Beurtheilung, ob die Emeritirung eines Pfarrers ausges sprochen werden könne, nicht der Gemeinde zusiehe, sondern Sache der vorgesesten Behörde sei. Da aber im vorliegenden Falle die Gemeinde das zur Ergänzung des Einkommens für den neu anzustellenden Pfarrer ersorderliche Quantum aufzubringen hat; so mußte, wie geschehen, dem Presbyterium Gelegenheit gegeben werden, sich gegen die Königl. Regierung über die angebliche Unfähigkeit des Pfarrers, seinem Amte vorzustehen, zu äußern. Daß die Gemeinde sich mit der ferneren Amtsverwaltung des N. bei den Unsterstützungen, die er durch Kandidaten oder auf andere Weise erhält, zufrieden erklärt, kommt nicht in Betrachtung, sobald die geistlichen Oberen, wosur in diesem Falle die Königl. Regierung

und das Königk. Konfistorium in Gemeinschaft anzusehen sind, die Bedienung der Gemeinde, wie der Pfarrer sie leisten kann, ungenusend sinden. Bei unheitbarer Krankheit, wie sie hier den Pfarrer verhindert, sein Umt gehörig zu verwalten, muß nach den Berstimmungen der Kirchen Ordnung vom 5. März 1835. die Emerritrung eintreten. Bo die Kirchen Ordnung kom 5. März 1835. die Emerritrung eintreten. Bo die Kirchen Ordnung feine Bestimmungen enthält, fommt das Allgemeine Landrecht substdarisch in Anwendung. Die von der Königl. Regierung allegirten §§. 516—522. Tit. 11. Th. II. des Allgemeinen Landrechts handeln übrigens nicht von der Emeritirung, wie sie der N. beantragt, und welche der §. 528. im Auge hat, sondern von der Beiordnung eines bestsändigen Sichstituten zum spe succedendi. Hätte der N. einen solchen beständigen Gehülfen verlangt, so würde, da die Kirchen Ordnung einem solchen Falle nicht vorgesehen hat, diesem nach § 518. l. c. ein aussömmlicher Unterhalt aus den Einkünften der Pfarre zu hestimmen sein.

Berlin, ben 22. Oftober 1839.

Ministerium der geistlichen, Unterrichtes und Medizinal Angel.
v. Labenberg.

5 9 9 9 9 9 9 9 55.

Restript an ben Konigl. Oberprasibenten ber Rheinproving, wegen Bestätigung berjenigen Land Dechanten, welche bereits als solche sungirten und wieder erwählt worben.

Bei ben bon Ew. Sochw. in bem gefälligen Bericht bom 12. b. M. angezeigten Umfianden finde ich gegen die fernerweite Bahl bes Pfarrers N. ju N. jum Land Dechanten bes Dekanats N. bon Staatswegen nichts zu erinnern, und stelle Ew. Sochw. die weitere Beranlassung mit bem ergebensten Beisügen anheim, daß ich Ihnen in allen fünftigen Fällen, wie der vorliezgende, wo der bisherige Dechant von Neuem wieder erwählt ist, die Ertheilung der Genehmigung wegen der erfolgten Biedererwählung lediglich überlasse, so daß es beshalb nur der Erstattung einer nachrichtlichen Anzeige hieher bedarf.

Berlin, den 4. November 1839. Der Minister der geistlichen, Unterrichte, und Medizinal Angel. v. Alten fein. Eirkular-Berfügung an sammtliche Konigl. Regierungen und Konsistorien, betreffend bie Mittheilung ber Cirkulare über kirchliche und pfarramtliche Bestimmungen an die Militair-Prediger.

Das Ministerium findet sich veranlaßt, der Königl. Regierung (dem Königl. Konsistorio) aufzugeben, auch den Militair-Oberpredigern von solchen Sirkular-Berfügungen, welche kirchengesetzliche Bestimmungen und die Berwaltung des Pfarrames im Allsgemeinen betreffen, in gleicher Weise, wie den evangelischen Superintendenten, die erforderliche Anzahl von Exemplaren behufs der Mittheilung an die Divisions-Prediger zugehen zu lassen. Berlin, den 5. Dezember 1839.

Minifierium ber geiftlichen, Unterrichte. und Mediginal Angel.

. b. Altenftein.

57.

Auszug aus dem Refkripte an bas Konigl. Konsistos rium zu Munfter, die Verrichtung pfarramtlicher Geschäfte mahrend ber Vakanz betreffend.

Dem Ronigl. Ronfistorio wird auf ben Bericht vom 7. v. M., Die Verrichtung ber pfarramtlichen Geschäfte bei entstandernen Pfarr.Batangen betreffend, hierdurch eröffnet, bag -

ad b. für die Falle, wo kein Inabenjahr ftatifindet, das Ministerium mit dem Königl. Konsistorio hinsichtlich der Zweckmäßigkeit des von dem Superintendenten der Mindenschen Kreissinode gemachten Borschlages, daß nämlich die Afzidenzien für verrichtete Amtshandlungen, nebst den firen Revenüen der erledigten Stelle, besonders zu vereinnahmen seien, und hieraus denjenigen, welche die Geschäfte besorgt haben, eine von den Superintendenten zu normirende, verhältnismäßige Bergütung gezahlt werde, vollfommen einverstanden ist, und genehmigt, daß nach demsselben verfahren werde.

Berlin, ben 16. Dezember 1839.

Ministerium der geiftlichen, Unterrichte. und Mediginal . Angel.

Eirkular-Reffript an sammtliche Konigl. Ronsistorien, betreffend die Prufung ausländischer Kandidaten der Theologie zur Erlangung eines inlandischen Pfarramts.

Dem Königl. Konsistorio wird hierburch bekannt gemacht, baß bes Königs Majestät die frühere Allerhöchste Bestimmung vom 4. Juli 1826., (Unnal. S. 740.) in Betreff ber Bulassung auss ländischer Kandidaten zu ben Prüfungen wegen Erlangung eines evangelischen Pfarramts im Inlande, burch ben Befehl vom 7. d. M. aufzuheben Allerhöchst Sich bewogen gefunden haben. Das Königl. Konsistorium hat sich hiernach zu achten, und das Erforeberliche bemgemäß durch die Amteblätter zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, ben 18. Dezember 1839.

Ministerium ber geiftlichen, Unterrichtes und Mebizinal. Angel. b. Labenberg.

59.

Cirkular Reskript an sammtliche Konigl. Regierungen, bie Beschaffung bes von bem Fiskus zu Kirchens, Pfarrs, Schuls und Kusterhausbauten zu verabreichens ben Holzes.

Des Königs Majestät haben mittelst einer an das Staatss ministerium unterm 11. Juni c. Allerhochst erlassenen Rabinets. Ordre zu bestimmen geruht, daß in allen Fällen, in denen dem Fissus, fraft des Patronats oder Domainen Besites, die Gewährung des zu Kirchens, Pfarrs, Schuls und Küsterhausbauten und Reparaturen erforderlichen Holzes obliegt, wenn die Natural. Bersabiechung unstatthaft ift, die Bezahlung desselben nicht dem Fonds der Forsverwaltung, sondern dem Patronats Bausonds der Regies rung zur Last fallen soll, ohne Unterschied, ob die Natural Holze verabreichung beshalb unterbleibt, weil das erforderliche Bauholz nur in zu weit von der Baustelle entsernten Staatswaldungen vorsommt, oder beshalb, weil solches in der Nähe der Bauplätezwar vorhanden ist, aber nach forstwirthschaftlichen Grundsäten nicht geschlagen werden darf. Hiernach hat sich die Königl. Resgierung von nun an zu achten, sedoch Ihrerseits dafür zu sorgen, daß das zu geistlichen und Schulbauten nöthige Freiholz zeitig vors

her angemelbet werbe, bamit ber Bebarf im Sauungsplane bes

rudfichtigt werben tann.

Da bei einem unlangft borgetommenen Spezialfall bon bes herrn Bebeimen Staatsminifters v. Laben berg Erzelleng bes merft worben ift, baf jum Bau auch Solger von geringeren Dimenstonen ausgereicht haben wurden, als anschlagemäßig erfordert worden find, so hat die Ronigl: Regierung die Baubeamten anguweisen, geeigneten Falls vor ber Mufftellung ber Unfchlage mit ben Korftbeamten über Die Gemahrbarteit ber erforderlichen Bauholger Rudfprache gu nehmen und ihnen überhaupt bei bem Berlangen ftarferer Baubolger bie größte Gparfamleit anguempfehlen.

Berlin, ben 21: Rovember 1839.

Minifterium ber geiftlichen, Unterrichts und Debiginal : Angel. v. Altenftein.

60.

Publikandum ber Ronigl. Regierung ju Marienwerber, bie Bekanntmachung ber Berpachtungen zc. firchlicher Grundflude von ber Rangel betreffenb.

Es find neuerdings barüber Zweifel entftanden, ob bie Borfchriften ber § 670. u. 672. Dit. 11. Eh. II. bes Allgemeinen Landrechts.

baß bie Bermiethungen und Berpachtungen firchlicher Grund. flude brei Sonntage bintereinauder von ben Rangeln befannt gemacht werben muffen,

burch bie Allerhochfte Rabinets : Orbre vom 9. Geptember 1811. und bas mit Bezugnahme auf Diefelbe erlaffene Cirfular : Reffript

bom 1. Oftober 1811. fur aufgehoben ju erachten find.

Auf eine beshalb ergangene Anfrage bat bas Konigl. Miniffe. rium ber geiftlichen zc. Angelegenheiten babin entichieben, bag bie fingulare Borfdrift bes Allgemeinen Canbrechts in Beziehung auf Bermiethung und Berpachtung bon Rirchen, Grundfluden burch bas in neuerer Beit angenommene generelle Pringip bes Cirfular. Reffripts bom 1. Oftober 1811. nicht aufgehoben ift, mithin in ben Fallen ber &. 670. u. 672. Sit. 11. Eh. II. Des Allgemeinen Landrechts bie Befanntmachungen von ben Rangeln noch jest juläffig find.

Borftebenbe Entscheibung wird baber gur Renntnifnahme fammtlicher herren Beiftlichen unfere Departemente gebracht, um

hiernach in vorfommenden Fallen zu verfahren. Marienwerber, ben 2. Oftober 1839.

Ronigl. Preuß. Regierung. Abtheilung bes Innern.

Reffript an die Konigl. Regierung zu Munfter und abschriftlich an die Konigl. Regierung zu Urnsberg, bestreffend die Berhaltniffe ber jubischen Rabbiner in Bestiehung auf Aufgebote und Trauungen.

Der Ronial: Regierung überfende ich anliegend einen Bericht ber Ronigl. Regierung ju Urneberg, welche fich barüber beichwert. baß Gie ben Land Rabbiner N., welcher ungehöriger Beife gur Trauung eines auslandischen judischen Chepaars Auftrag gegeben. beshalb in Strafe zu nehmen fich weigere. Die Befdwetbe fcheint wohl begrundet ju fein. Durch die Allerhochfte Rabinets : Ordre bom 29. Marg 1836. und die Cirfular Berfugung b. 12. Sant. 1837. (Unn. G. 86.) ift vorgefdrieben, mas biejenigen Juben, melde eine Trauung vornehmen, ju beobachten baben, und welche Strafen fie treffen follen, wenn fie biefe Borichriften vernachläffigen. Much muß vorausgesett werben, bag bie Borfchriften, welche megen ber Trauung von Auslandern unterm 4. Mai b. 3. *) ertheilt worden, fie ben judifchen Gynagogen Beamten ebenfalls mitgetheilt worden find. Gegen biefe Borfchriften nun fcheint ber N. burchaus verftoffen ju haben, obwohl er, ba er burch bas ertheilte Commissorium fich ale benjenigen, welcher bie Trauung gu berrichten allein berechtigt mar, gerirte, hauptfachlich ju Befolgung derfelben verpflichtet mar, und ben Beauftragten ju bem Glauben verführte, bag, ba ber Borgefeste ibm jur Erduung ben Auftrag ertheile. Alles, mas berfelben vorausgeben muffe, erfolgt fei.

Die Konigl. Regierung hat baber bie Bernehmung bes N. anguordnen, ihm, wenn er fich etwas zu Schulben gebracht, die

perdiente Strafe aufzulegen und ben Erfolg anzuzeigen.

Die Die Ronigl. Regierung Sich ju Begrundung Ihrer Beisgerung auf Die Berfugung vom 3. Oftober 1831. hat beziehen

fonnen, ift nicht einzusehen.

Die Königl. Regierung hatte jebe jüdische Seirath, auch in ben Landestheilen, in welchen die Juden im Allgemeinen mit den Christen gleiche Rechte haben, von Ihrer Genehmigung abhängig gemacht. Sierzu hatte die Königl. Regierung keine Befugnist, die Verfügung mußte daher ausgehoben, und der N. konnte, weil die Verfügung ungefestlich war, wegen beren Übertretung nicht gesstraft werden. Dies kann ihn aber nicht von der Verantwortung und der Strafe bestelen, welcher nach der Verfügung vom 12. Januar 1837. selbst jeder jüdische Hausvater unterliegt, wenn er eine Trauung vornimmt, ohne daß vorher das Ausgebot ersolgt und sonst den erforderlichen Requisitgn genügt ift. Die Ausgebung

^{*)} Bergl. 2tes Seft . C. 290. u. 357.

bung ber gedachten Regierunge , Berordnung hebt aber, wie ber flare Inhalt ber Berfugung bom 3. Oftober 1831. ergibt, Die Rothwendigkeit bes Regierungs Ronfenses in benjenigen Landes, theilen nicht auf, wo biefer Ronfens nach ben Gesetzen ober ber sonst begrundeten Juben-Berfassung erforderlich ift.
Ubrigens fann bem 2c. N., wenn er sich etwa in Folge ber

unbefugter Beife vollzogenen Trauung in einem Preufischen Orte niederlaffen wollte, fein Recht dazu jugeftanden werden, baber er eventuell mit feiner Frau in feine Beimath gurudgumeifen ift. Db bort feine Che als gefehlich anzuerkennen fei, bleibt lediglich ber Beurtheilung ber bortigen Behorben anbeimgeftellt.

Berlin, ben 14. November 1839.

Der Minifter des Innern und ber Polizei. v. Rochow.

62.

Reffript an bie Ronigl. Regierung ju Oppeln, bie Unordnungen fur bas jubifche Begrabnifmefen betreffenb.

Auf ben Bericht ber Ronigl. Regierung vom 7. Dezember c., bie Regulirung bes Begrabniffmefens ber Judenichaft ju N. ber treffend, muß ich es billigen, bag bie Ronigl. Regierung ber bei Beerdigung bes N. N.fchen Rindes von ber bortigen Jubenschaft gezeigten Tenbeng, ben Todesfall in einer ber Begrabnifigefellicaft nicht beigetretenen Familie ju einer Gelberpreffung ju benugen, entgegengewirft und beshalb bie Aufftellung eines Sarifs verlangt hat. Much muß es fernerhin babei bewenden, baß bie Judenichaft jetes Orts, ohne auf bie ihr nicht gustehenden Rechte einer Rore poration Anfpruch machen gu fonnen, für einen Begrabnifplat forgen und auf biefen jeden judifchen Codten aufnehmen muß, ohne bie Aufnahme von andern Gelbleiftungen abhangig gu machen, ale von folchen, welche bie Landes Polizeibehorde genehmigt hat, indem fie Die Anfpruche, Die fie wegen eines Mehrbetrages an Die binterlaffene Familie etwa machen gu fonnen glaubt, lebiglich beim Richter geltend machen muß. Richt minder ift es gang richtig, daß derjenige Sarif, welcher fur folche Falle feftgeftellt wird, fich nur auf eine billige Entichabigung berjenigen beichranten muff, welche ben Begrabnifplat angeschafft haben und fur beffen Unterhaltung forgen, fowie auf eine maßige Remuneration fur Diejeni. gen Perfonen, welche nach bem judifchen Ritual beim Begrabnif mitzumirten haben.

Berlin, ben 30. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

VI. Offentlicher Unterricht.

Cirkular Berfügung an bie Konigl. außerorbentlichen Regierungs Bevollmachtigten bei ben Universitäten, betreffend die quartaliter einzureichenden Liften über bie Schuld-Prozeffachen ber Studirenden.

Die bisherige Form ber von ben afabemifden Behörben quartaliter bem unterzeichneten Minifterium einzureichenden Sabellen über Die bei ben Universitats Gerichten anhangig gemefenen Schulb. Progeffachen verurfacht eine bem Zwede ber Gache nicht entfprechende Schreiberei. Das Ministerium will beshalb vom 1. 3anuar f. 3. an nur eine fummarifche Uberficht ber Prozeffe nach folgenden Rubrifen erwarten.

1) wie viel Rechtsfachen im Quartal anhangig gewefen;

2) wie viel bavon aus ben fruheren Quartalen übernommen;

3) wie viel neu hinzugefommen ;

4) wie viel abgemacht, und zwar: a) burch Anerfenntniß ober Rontumazial-Berfahren, b) burch Bergleich, c) burch Entfa-

gung, d) burch Erfenntniß;

5) wie viel unerledigt geblieben find. Namentlich find in bem Begleitungeberichte nur biejenigen Studirenden aufzuführen, welche entweber ichon mehrmals vertlagt worden find, ober überhaupt unter Umfianden Schulden gemacht haben, Die ein vorzugeweife nachtheiliges Licht auf ihren Charat. ter merfen.

Berlin, ben 8. Oftober 1839. Minifterium der geifflichen, Unterrichte : und Mediginal : Angel.

v. Labenberg.

64.

Cirkular Berfügung an sammtliche Konigl. Provinzials Schulkollegien, wegen Bewilligung ber Reises und Umszugskosten sur die Direktoren und Lehrer ber Symnassien, ber hoheren Burgers und Realschulen und ber Elementar Schullehrer Seminarien.

Des Ronigs Majeftat haben auf ben Bortrag des unterzeich. neten Minifteriums mittelft Allerhöchfter Rabinete. Orbre bom 24. September b. J. ju genehmigen geruhet, bag bie von Allerhöchst. Denenselben unter bem 8. Marz 1826. und 28. April 1827. an das Königl. Staatsministerium erlassenen Bestimmungen über bie den Staatsbeamten bei Bersetzungen ju gewährenden Umzugs, und Reisetosten von jetzt an auch auf die Direktoren und Lehrer der Gymnasien, der höheren Burger: und Realschulen und der Elementar. Schullehrer. Seminarien angewendet werden durfen.

Dem Königl. Provinzial Schulfollegium wird beigebend Absichrift Diefer Allerhöchsten Rabinets Orbre vom 24. September c. (Unl. a.), sowie Abschrift ber barin in Bezug genommenen Allers höchsten Bestimmungen vom 8. Marz 1826. (Annal. S. 582.) und

28. April 1827. (Unl. b.) jur Rachachtung fommunigirt.

Berlin, ben 12. November 1839.

Ministerium ber geiftlichen, Unterrichts und Medizinal Angel.

a.

Ich genehmige auf Ihren Bericht vom 3. b. M., dag die von Mir unterm 8. Marz 1926. und 28. April 1827. an das Staatsminissterium erlassenen Bestimmungen über die den Staatsbeamten bei Versseungen zu gewährenden Umzugs- und Reisekossen von jest an auch die Direktoren und Lebrer der Symnassen, der höheren Burger- und Realschulen und der Elementar-Schullehrer-Seminarien angewendet, und dabei die Direktoren nach den in Meiner Ordre vom 8. Marz 1826. für die Rathe, die Lebrer aber nach den sin Meiner Ordre vom 8. Marz 1826. für die Rathe, die Lebrer aber nach den sin Weiner Dirbre vom 8. Marz 1826. für die Rathe, die Lebrer aber nach den sisponiblen Fonds der Anstalten Zu entnehmen, an welche ein Beamter der gedachten Kategorien versett worden ist. In sofern Ihnen, jedoch dei einzelnen Anstaten die Befugnist über die vorhandenen Konds zu disponiren nicht zussteht, sehe Ich voraus, daß diese Anstalten zu den hiernach anzuweisenden Entschlödigungen ihre Zustimmung ertheilen, indem die Frage: ob derzleichen Anstalten auch wider ihren Willen zur Bewilligung solcher Umzugs. und Reisesossen Bestimmungen und der Sbservanz besonders zu erdrern und zu entscheiden bleibt.

Berlin, ben 24. Geptember 1839.

Friedrich Wilhelm.

ben Staatsminifter Freiherrn v. Altenftein.

21n

b.

Nach bem Antrage bee Staatsministeriums in bessen Bericht vom 31. v. M. genehmige Ich, daß die Ministerien und oberften Berwaltungebehorden in einzelnen Kallen ju ben burch Meine Orbre vom 8. Marg v. J. festgestellten Entschädbigungsfaten bei bem Umzuge ber Beamten einen Zuschuß, der jedoch ben Betrag biefer Sabe felbe nicht

aberfdreiten muß, auf den Antrag der Beamten und ihrer vorgefesten Beborben, bewilligen barfen. Berlin, den 28. Upril 1827.

Friedrich Wilhelm.

Mn bas Staatsminifferium.

65.

Reffript an bas Ronigl. Provinzial Schulfollegium ber Rheinproving, betreffend die Bedeutung ber Progyms nafien.

Das Ministerium eröffnet bem Ronigl. Provinzial : Chulfollegium auf bie Unfrage im Bericht vom 28. v. Dt., daß daffelbe unter Progpmnafium alle Diejenigen öffentlichen Schulen ber Rheinproving verftanden wiffen will, welche, fie mogen nun hobere Stadtfculen ober Burgerfculen ober Progymnaffen genannt werben, Denselben Lehrplan, welcher in ben bier untern Rlaffen ber Gymnafien vorgefdrieben, im Befentlichen gleichfalls ju verwirklichen fuchen, und fomit im Stande find, ihre Schuler jur Aufnahme in Die Quarta und refp. Tertia eines vollftanbigen, que feche gefon: berten Rlaffen beftebenden Gymnafiums genugend vorzubereiten.

Berlin, ben 23. November 1839.

Minifterium ber geifilichen, Unterrichte. und Medizingl : Ungel. b. Labenberg.

66.

Cirkular: Berfugung an fammiliche Ronigl. Provinzial= Schulfollegien, betreffend ben propabeutischen Unterricht in ber Philosophie auf ben Somnafien.

In bem Juni Sefte ber Central Bibliothet fur Literatur, Statistif und Geschichte ber Padagogif und bes Schulunterrichts im In. und Auslande vom Dr. S. G. Brzoefa ift ein Auffat bes Oberlehrere Dr. Deinhardt in Bittenberg über bie Berechtigung ber philosophischen Propadeutit im Gymnafial : Unterrichte enthalten. Da bie Rothwendigfeit eines propadeutischen Unterrichts in ber Philosophie auf Gnmnasien, und bas Berhaltniß Diefes Unterrichts jum gangen Symnafial : Unterrichte noch immer verkannt wird, fo beauftragt bas Minifterium bas Ronigl. Provingial . Schulfollegium, ben Direftoren und Lehrern ber Gymna. fien feines Begirts ben gedachten Auffat bes ic. Deinhardt,

welcher ben Begriff und die Stellung des propadeutischen Unterrichts in der Philosophie auf Gymnassen richtig entwickelt, zur
Beachtung zu empsehlen, und zugleich den Lehrern bemerklich zu
machen, wie das Ministerium vertrauensvoll von ihnen erwarte,
daß sie neben und außer einer gründlichen Erkenntniß der besonderen Lehrsächer, für welche sie sich vorzugsweise bestimmt und
ausgebildet hatten, auch die Idee des Gymnassal- Unterrichts im Allgemeinen und die methodische Entwickelung desselben zum Ges
genstande eines umfassenden Studiums machen, und hierzu auch
in dem mehrgedachten Aufsage des zc. De in hardt eine geeignete Beranlassung sinden würden.

Berlin, ben 25. November 1839.

Ministerium ber geifilichen, Unterrichts und Medizinal Angel.

67.

Restript an die Konigl. Regierung zu Coslin, betreffend die Regulirung des Interimistici bei Schulbauten.

Die Königl. Regierung erhalt auf Ihren an bas unterzeichnete und das Königl. Ministerium des Allerhöchsten Sauses zweite
Abtheilung unter dem 25. Oktober c. erstatteten Bericht, betreffend die Solzverabreichung zu Schulbauten, hierneben Abschrift
des in dieser Angelegenheit an die Regierung zu Stettin am 28.
Dezember 1827. erlassen diesseitigen Verfügung (Anl. b.) zu
ihrer Nachachtung und mit dem Eröffnen, daß das Ministerium
im Allgemeinen bei der an die gedachte Regierung ergangenen
Berfügung vom 11. August desselben Jahres (Anl. a.) stehen bleiben muß.

Nach bem Inhalte biefer Verfügungen bleibt es bem pflichts maßigen Ermeffen ber Regierung überlassen, wie sie bei Baustreistigkeiten bas Interimisticum zu reguliren hat. Da ber Königl. Regierung dieselben Gesetzur Richtschnur vorliegen, nach welchen auch bas Ministerium in der Rekurs:Instanz zu resolviren hat, so kann basselbe ber Königl. Regierung für ihr Ermessen feine näheren Vorschriften ertheilen, ba die Entscheidung der Rechtsfragen in abstracto zur Kompetenz des Gesetzgebers gehört; muß vielmehr abwarten, ob gegen die Resolute der Königl. Regierung in Spezialfällen Rekurs ergriffen wird, um sodann über diesen seinerseits nach Besinden der Umstände zu entscheiden.

Wenn jedoch die Königl. Regierung Jubikate von den Jah-

Wenn jedoch die Konigl. Regierung Jubikate von ben Jahren 1793. und 1794. zu generalistren gebenkt; fo befindet diefelbe

fich augenscheiplich im Irrthume, ba Jubikate überhaupt nur jus inter partes sprechen, mithin Gemeinden, die damals nicht mit geklagt, an dem Inhalte der Judikate keinen Theil haben konnen. Die Frage aber, ob die Grunde dieser Judikate auch auf andere, bei der Königl. Regierung anhängig werdende Streitsälle paffen, gehört zunächst zu ihrer Kompetenz.

Berlin, ben 31. Dezember 1839.

Ministerium ber geiftlichen, Unterrichte, und Medizinal Angel.

a.

Comie aus den von der Monigl. Regierung unterm 16. Juni d. 3. abschriftlich eingereichten beiben Rabinete-Ordres vom 15. Februar 1714. und 27. August 1717., bas Berhaltniß wegen Verabreichung des Bauholges gu Kirchen, und Schulbauten in ben Domainen. Dorfern, Baubolges zu Kirchen, und Schulbauten in den Domainen. Vorfern, sich jest ergibt, kann sich das Ministerium zu der im Bericht vom 31. Matz d. K. nachgesuchten Verwendung bei dem Konigl. Finanzministerium nicht veranlaßt sinden. Einmal namlich wurde im Streitfalle rücksichtlich derjenigen Schulen, die nicht zur Zeit des früheren Prozesses bereits erstlierten und an demselben Apeil nahmen, allerdings noch nicht res judicata inter partes vorliegen, vielmehr auf die dem Erstenntnisse von 1793. zum Grunde gelegten Kadinets. Ordres zurückzegangen werden mussen, und deren Fassung seiner Burgschaft für ein kebe slehenden Schulen eine so unzweiselbafte Burgschaft für ein jenem fruheren gleichlautendes Erfenntniß, daß man der entgegengefetsten Ansicht des Konigl. Finanzminifteriums einen rechtlichen Grund geradehin absprechen könnte. Rachstem ift auch der praktische Bortheil des von der Ronigl. Regierung versochtenen Grundsates für die Schulenfebr problematifch, ba uberall, mo auf dem Domainengute Baubolg gewonnen wird, die allemal das Dominium zu ganz unentgeldlicher Lie-ferung verpflichtende Bestimmung des §. 36. Ab. 11. Tit 12. des Alls gemeinen Landrechts, jumal sie auch noch alle andere Baumaterialien mit einschlieft, bei weitem die gunfligere ift, und im Gangen genommen bieser Vortheil ben nur auf solchen Gutern, die gar tein Baumaterial bervorbringen, gegen den Inhalt des allegirten Judikats entstehenden Nachtheil mahrscheinlich reichlich beden wird. Da nun auch überdies die von der Ronigl. Regierung gewunschte übereinfunft der beiden Die nifterien immer den einzelnen Gemeinden nicht die Befugnif fchmalern tann, fich ihrerfeite auch nach Befinden fur den diefem Abereintommen entgegengefesten Grundfat zu ertidren, und dieferbalb den Rechtemeg einguschlagen; fo bleibt bas Ungemeffenfte, bag bie Regierunge-Abtbei-lung fur Die Rirchen. und Schul. Berwaltung fich ihrerfeits lediglich auf bem vom Gefete ihr angewiesenen Standpuntte balt, namlich bei portommendem Streite in Baufallen querft nach dem befannten Berfahren bei fruberen Bauten, eventualiter aber nach bemjenigen Rechte. grundfate, fur beffen Anwendung nach ihrem pflichtmäßigen Ermeffen bie Lokalverhaltniffe mit dem meiften Gewichte fprechen, das Bau-Interimisticum regulire, bem fich ber Domainen-Fistus jundchst unstreitig is ebenfalls fugen muß, und bann alle weiteren Ausfuhrungen ben Intereffenten unter fich im Rechtswege überlaffe. Bei ber Streitfrage : ob unter bem Ausbrude "Gut" gefeslich auch ein Complexus mehrerer, g. B. ju einem und bemfelben Domainenamte geboriger Ortichaften verftanben werden tonne, muß das Die niferium ber Unficht bes Ronigl. Finangminifteriums babin beitreten, daß nur die Feldmark einer jeden einzelnen Ortichaft, jedoch die mit ibr im Rommunal-Berbande flebenden Borwerke mit gerechnet, fur ein Gut, und das Dominium nur die in diefer Feldmark auf feinen Brunbfinden gewonnenen Baumaterialien an die Schule im Orte ju liefern fur verpflichtet ju achten; und es bat die Ronigl. Regierung im Interimifico hiernach zu verfahren, wiewohl auch hierin den Interef-fenten eventualiter der Rechtsweg frei bleibt.

Berlin, ben 11. Muguft 1827. Minifierium der geiftlichen, Unterrichts, und Medizinal-Angelegenbeiten.

Unterrichte Abtheilung. v. Ramps.

Die burch ben Bericht vom 31. Mary b. J., bie Berabreichung bes Bauboljes ju Schulbauten in den Domainen von Seiten des Fistus betreffend, veranlafte Berfugung vom 11. August d. I., verwies die Konigl. Regierung aus dem Grunde auf den derfelben vom Gefethe in Bau : Streitigfeiten vorgefchriebenen Standpunkt der Festftellung eines Interimiflicums, weil nach reiflicher Erwagung ber aus ben Berbands lungen zwifchen bem Konigl. Finanzministerium und ber Konigl. Regierung über diefen Gegenstand hervorgebenben Resultaten unter Ruck-ficht auf die, das eingereichte Sudikat vom Sabre 1793. begrundenden Allerhochsten Rabinets Ordres von den Jahren 1714. u. 1717. (Unl. c. u. d.) jener gefetliche Beg ale der einzige in jeder Sinficht alle Schwies rigfeiten befeitigende erfcheinen mußte, und das Minifterium findet die in bem Berichte vom 17. v. Dl. bagegen gedugerten Bedenten feinesmes ges fattbaft.

Bundrderst unterliegt das Recht der Konigl. Regierung, auch behufs ber Errichtung neuer Schulen die erforderlichen Baubeitrage mittelft gestehung eines Interimissicums zu beschaffen und nothigen Kalls zu erzwingen, keiner Frage, da nicht mur die Regierungs-Instruktion vom 23. Oktober 1817. §. 18. lie. K.

ber Rirchen- und Schul-Kommiffion bie Umtebefugnif gibt:

"Schul-Sozietaten zu vertheilen und einzurichten, mo bie Drtfchaf-

ten es munichen, ober Lotal:Umftanbe es nothig machen," fondern auch die desfallfigen, nach der Allerhochften Rabinets. Orbre vom 18. Februar 1805. und bem Reffript bes Dber : Konfiftoriums vom 4. April 1805.

(Nov. Corp. Const. S. 2933. No. 25. de 1805.)

auch fur Schulgebaude geltenben Borfdriften

bes Milgem. Landrechts Ebl. II. Eit. 11. §. 708. ff. wiederholentlich "Bau" und "Reparatur" neben einander ftellen, und in diefer Zusammenftellung unter Die ersteren "Neubau" verfanden werben muß, wogu noch fommt, daß in den

§§. 706. 707. a. a. D. ber oberauffebenden Bermaltungsbeborde ausdrudlich bas Recht beige. legt wird, über die Nothwendigfeit und Art auch eines folchen Reubaues zu entscheiden.

Bas aber bie wiederum gur Sprache gebrachten, von bem Minis fterium in ber obengedachten Berfugung nach ber Gesammtberechnung

beiweifelten Bortheile des Jubikats vom Jahre 1793. betrifft, derents wegen es zur einzigen Grundlage jedes ju regulirenden Interimisticums gemacht werden soll, so ist durch sich selbst klar, daß folche Unwendung des Judikats, da felbst eine Allerbochste, bei dem gegenwärtigen Standeder Forst-Okonomie übrigens wenig wahrscheinliche Entscheidung für die Ausbehnung besselben auch auf die Bauten seit dem Jahre 1793, nicht hindern konnte, daß Schulgemeinden, welche etwa die Bestimmungen des § 36. Schl. II. Sit. 12. des Allgem. Landrechts

vortheilhafter fanden, auf Anwendung Diefer gegen bas Juditat klagbar murden, nichts mehr zu erzielen vermochte, ale burch die Festsehung bes Interimisticums nach irgend anderen, ben besonderen jedesmaligen Ber-

baltniffen entnommenen rechtlichen Grundfagen gefchiebt.

Wie aber die Konigl. Regierung sich ruchfichtlich der fur das Interimissicum anzunchmenden rechtlichen Grundsate durch die Berfügung vom 11. August d. S. in irgend einer Weise hat eingeengt sinden können, ist nicht wohl abzusehen, da diese Berfügung wörtlich sagt, das da, wo sich, wie bei den in Rede stehenden Fallen, von Neubauten kein Bestistand vorsindet, das Interimisticum nach demjenigen Nechtsgrundssate fesigestellt werden soll, fur dessen und demmendung nach psichtmäßigem Ermessen der Königl. Regierung die Lokalumstände mit dem meisten Sewichte sprechen, und mithin namentlich auch das Verfahren nach dem mehr erwähnten Judikate, dessen im Nechtswege durchzusesnde Ausdehnung auf die Neubauten das Ministerium zwar nicht fur zweisellos halt, aber gar keine eigene Entscheidung darüber gegeben hat, keinesweges ausgeschlossen ist, wo die Königl. Regierung sich dafür glaubt bestimmen zu mussen.

Das Miniferium tann biefe überall ohne Ausnahme gureichende Borfcbrift nur wiederholen, und bat die Konigl. Regierung hiernach in

den portommenden Fallen gu verfahren. Berlin, den 28. Dezember 1827.

Ministerium der geiftlichen, Unterrichts, und Mediginal-Angelegenheiten. v. Alten fie in.

c.

Friedrich Bilhelm, König in Preußen 2c. 2c. Unfern 2c. Nachdem Wir resolviret, nach dem Exempel Unsers in Gott ruhenden herrn und Baters Majestädt, denen Kirchen, wie auch zu denen Pfarre und Schulsgebäuden, an denen Orten, worüber Uns das jus patronatus zustedt, und welche wegen eigener und der Eingepfarrten Urmuth sich selbst nicht belfen können, die zum Bau ersorderte Materialien an Holz, Steinen und derzleichen ohne Entgelt hergeben, auch wo kein Holz vors danden, das Geld dazu aus Unsern Kammer-Gefällen zullesn, Ausen, auch nach in der was Ander an der Bratz und Schulgebaude binzugethan und allergndoigt verordnet; als befehen Wir Euch hiermit in Gnaden, in dergleichen vorsommenden Källen Euch danach allergehorsamst zu achten, auch Unsern Ober-Jägermeister und Forstamte davon Nachricht zu geben.

In denen Dorfern aber, wo Wir das jus patronatus mit Andern in communione haben, oder auch wenn in andern, Unfern Bafallen guffehenden Dorfern Une das jus patronatus gugehret, wollen Wir Une desselben begeben, und denen Gerichts-Obrigkeiten und Unfern Bafallen felbiges abtreten; jedoch daß folche hingegen, gleich Andern, die

das jus patronatus vorbin gehabt, jur Erbauung der Rirchen, wie auch der Pfarr . und Schulgebaude und derenfelben Unterhaltung geborigen Beitrag thun muffen. Wie 3hr benn auch von Diefer Unferer Refolustion Unferen Regierungen, Konfiftoriis und Kammern in allen Provingen Notifitation ju geben, damit fie fich danach alleruntertbanigft ach: ten, und foldes benen dabei Intereffirenden benachrichtigen fonnen.

Geun ic. Berlin, den 15. Februar 1714.

Friedrich Wilhelm.

bas General Sinang Direftorium.

d.

Bon Gottes Onaben Briebrich Wilbelm Ronig in Preugen 2c. 2c. 11nfern 2c. Euch ift allerunterthanigft bekannt, masmagen Wir unterm 15. Februar 1714. allergnabigft verordnet haben, daß benen Rirchen, wie auch ju benen Pfart, und Schulgebauden an denen Orfen, worde ber Une bas jus patronatus guftebet, und welche megen eigener und ber Eingepfarrten Armuth fich felbst nicht helfen tonnen, die gum Bau erfordernde Materialien an holz, Steinen und bergleichen ohne Entsgelt bergegeben, auch mo tein holz vorhanden, das Geld dazu aus Unsfern Rammer: Gefallen gezahlet werden folle. Benn Bir nun in Ersfahrung gekommen, daß viele Rirchen, so noch guten Theils bemittelt, fich beffen migbrauchet; als wollen, fegen und ordnen Bir hiermit und fraft Diefes, daß die bemittelten Rirchen das benothigte Solg jur Balfte begablen, benen armen aber, bei welchen feine Mittel vorhanden, folches fernerbin frei abgefolget werden folle; und befehlen Guch folchemnach biermit in Gnaden Euch hiernach geborfamft ju achten, und jedesmal in bergleichen Fallen nach bem Buftande ber Rirchen und beren Bermogen Euch juvorderft genau zu erfundigen, auch bemnachft zu fernerer Unferer gnädigsten Berordnung davon allerunterthanigst ju berichten; daran geschiebet Unfer Wille, und Wir find Guch in Gnaden gewogen. Gegeben Berlin, ben 27. August 1717.

Friedrich Wilhelm.

9112 bie Dommeriche Rammer.

68.

Cirkular : Reffript an fammtliche Ronigl. Regierungen, betreffend die Stempelfreiheit fur bie Zeugniffe ber Cles mentar : Schulamts : Randidaten und Ufpiranten.

Durch die Cirfular: Berfügung vom 30. Juli 1831. (Annal. 3. 562.) ift ad 1. a-d. festgefest worden, daß bie von den gur Prufung fich melbenden Glementar, Schulamte, Randidaten geforder. ten Beugniffe, nämlich:

a) ber von ihnen felbft verfaßte Lebenslauf,

b) bas arytliche Beugnist über ihren Gefundheite Buffand und über bie geschehene Impfung ber Ruhpoden,

c) das Zeugnif über die genoffene Erziehung und Bilbung überhaupt und über die Borbereitung jum Schulamte inebesonbere,

d) bas Zeugniß ber Ortsbehorde und bes Pfarrers über ben bisherigen unbescholtenen Lebenswandel und über bie religiöfe und moralische Qualifikation jum Schulamte, sowie über bas Lebensalter bes Randidaten,

ftempelfrei fein follen.

Um die Zweifel zu beseitigen, welche bei Unwendung diefer Bestimmungen auf die von den Schulamts Afpiranten mit ihren Gesuchen um Aufnahme in die Schullehrer. Seminarien beizubringenden Zeugniffe besselben Inhalts entstanden sind, wird hierdurch festgesett:

daß die vorermahnten Bestimmungen ber Cirfular. Berfügung vom 30. Juli 1831. ad 1. a-d. auch fur diejenigen Zeugeniffe gelten follen, welche von ben gur Aufnahme in die Schullehrer. Seminarien sich melbenden Schulamte: Afpiranten

geforbert merben.

Die Königl. Regierung hat Diese Bestimmung gur öffentlichen Renntnis zu bringen und barauf zu halten, daß überall bemgemaß verfahren werde.

Berlin, den 15. November 1839. Minifterium ber geiftlichen, Unterrichtsund Mediginal-Angelegenheiten.

n der geistlichen, Unterrichts Finanzministerium. Redizinal-Angelegenheiten. v. Alvensleben. v. Altenflein.

VII. Rommunalwesen.

69.

Reffript an die Ronigl. Regierung zu Liegnig, die Bahl ber Magistratspersonen nach Stimmenzahl in ben Stadtverordneten. Versammlungen und die Bestätigung derselben betreffend.

Auf ben Bericht ber Königl. Regierung vom 10. v. M. fieht bas Ministerium bes Junern nicht an, bie von ben Stadtverordneten zu N. getroffene Bahl bes basigen zeitherigen Rathsherrn N. auf Lebenszeit hiermit zu bestätigen.

Bas aber bie Bahl bes Stadtfammerers N. ebendafelbft auf awolf Jahre anlangt, fo pflegt bas Minifterium Bahlen auf lan-

gere, ale bie gesetliche Zeit, nur bann ju beftatigen, wenn fich burch überwiegende Stimmenmehrheit bie Meinung ber Stabtver-

orbneten unzweideutig ausgesprochen bat.

Da nun ber ic. N. erft nur gleiche Stimmen für fich gehabt, und bloß burch bie entscheidenbe Stimme bes Borftehers bie Mehrs heit erhalten hat, so bleibt ber Konigl. Regierung die Bestätigung deffelben auf feche Jahre, wofür zwei Drittheile der Stadtverord.

neten fich ausgesprochen haben, überlaffen.

Übrigens gibt die Königl. Regierung bem §. 122. ber Stabtee-Ordnung eine irrige, durch bas Geset micht gerechtsertigte Deutung, wenn sie dem Borsteher bei dem Beschlusse über eine Bahl, und bei stattsindender Stimmengleichheit die entscheidende Stimme behufs der Bildung einer Majorität abspricht. Der Fall, daß we i Randidaten bei zwei verschiedenen Ballottements die Stimme men mehrheit, jedoch mit gleicher Jahl, für sich gehabt haben — in welchem Falle die Königl. Regierung zu entscheiden hat — ist hier nicht anzuziehen. Denn in diesem Falle hat sich bei jeder einzelnen Absimmung Stimmenmehrheit bereits ergeben, daher die Abgabe ber entscheidenden Stimme des Borstehers zur Bildung einer solchen weder zulässig noch nothwendig, vielmehr in einem solchen Falle, wo die Stadtverordneten-Versammlung bewiesen hat, daß ihr zwei Kandidaten gleich erwünscht seien, die Entscheidung der Königl. Regierung überwiesen ist.

Berlin, ben 7. Oftober 1839.

Ministerium bes Innern. Erfte Abtheilung. v. Meding.

70.

Restript an die Konigl. Regierung zu Marienwerder, die lebenslängliche Wahl und Bestätigung der Magis stratspersonen betreffend.

Die allgemeinen Bebenken, welche bie Königl. Regierung in Ihrem Berichte vom 7. b. M. gegen bie lebenstängliche Bahl ber Magistratspersonen aufstellt, find nicht bagu geeignet, ber auf ben jest fungirenden Burgermeister N. ju N. gefallenen Bahl auf

Lebenszeit bie Beftatigung ju verfagen.

Die Borausfehungen, von welchen bei Erlaß der alteren Stadte. Ordnung ausgegangen worden, haben fich in Betreff bes erwarteten Rugens von bem periodifchen Bechfel ber Magifrats. Dirigenten burch bie Erfahrung nicht bestätigt. Gerade der Umsstand, daß nach ben wechselnden Ansichten der Stadtverordneten, oder überhaupt nach bloßen Ansichten und Meinungen berselben

Die erfte obrigfeitliche Berfon ber Stadt ihre Amtewirffamfeit nach furger Dauer wieber verlieren tann, ift eine Sauptflippe, an welder erfahrungemäßig ber Erfolg ber Stabte : Ordnung im Allgemeinen und inebefondere ber praftifche Rugen ber aus ben popus laren Glementen, Die Dies Gefeg enthalt, und beren Werth nicht perfannt wird, fur bas mahre Bedeiben bes ftabtifchen Gemeines mefens erwachsen follte, fo oft fcheitert. Die Bahlen auf langere Berioben und auf Lebenezeit find baher auf alle Beife ju begunfligen, und wenn nicht befonbere, aus ber zeitherigen Dienstfubrung und ber Berfonlichfeit bes zc. N. ju entnehmenbe Grunde borhanden find, welche bie Konigl. Regierung eventuell vorher noch anzuzeigen hat, fo wird bie lebenslängliche Bahl beffelben gum Burgermeifter hiermit bestätigt, auch jugleich bie Rombination ber Stellen bes Burgermeifters und Rammerers auf feche Jahre genehmigt, Die Ronigl. Regierung moge aber bem Landrath Auftrag ertheilen, bie Raffenführung mahrend ber Berbindung beiber Stel. len mit besonderer Aufmertfamfeit zu foutrolliren.

Berlin, ben 12. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

71.

Reffript an die Konigl. Regierung zu Oppeln, in gleis cher Ungelegenheit.

Auf ben Bericht bom 4. b. D., über bie Geitens ber Stadt. verordneten ju N. getroffene Bahl bes zeitigen Burgermeifters bafelbft auf anderweite feche Jahre nach funftigem Ablauf ber gegenwartigen Dienftzeit beffelben, wird ber Ronigl. Regierung bemertlich gemacht, bag bas Minifterium Bahlen ber Magiftrateversonen auf langere ale bie gefetliche Zeit, fo febr folche im Allgemeinen auch Begunftigung verbienen, boch nur bann beftatigen tann, wenn fie mit überwiegender Stimmenmehrheit getroffen merben, und fich bas öffentliche Bertrauen baburch auf eine ungweibeutige Art ausspricht. Da nun im vorliegenden Ralle ber ic. N. wegen Berlangerung feiner Dienstzeit von feche auf gwolf Jahre eben fo viel Stimmen wider als fur fich gehabt, und baber nur Die entscheidende Stimme bes Borftehers ben Ausschlag ertheilt bat, auch ber Magiftrat, wie es fcheint, einstimmig gegen bie Berlangerung ber Dienftzeit eingefommen ift, und bies auf Difverhaltniffe zwischen bem Dirigenten und bem Magiftrats Rollegium

hindeutet, fo muß zunächst, und bis etwa funftig diese Bedenken beseitigt werben, die Bestätigung versagt werben.

Berlin, ben 19. November 1839 .-

Minifterium bes Innern. Erfte Abtheilung. v. Mebing.

72.

Restript an die Konigl. Regierung zu Potsbam, die Berzichtleistung auf Pension seitens gewählter Magie stratspersonen betreffend.

Auf ben Bericht vom 9. v. M., über die Auslegung des Gefetes vom 11. Mai c., wegen ber Pensionsberechtigung der nach ber Städte Ordnung vom 19. Rovember 1808. angestellten Burgermeister, finde ich mich veranlaft, der Königl. Regierung Fol-

genbes ju eröffnen.

Es ist allgemeiner Grundsat, daß ein Geset rudwirkende Kraft nur dann hat, wenn sie demfelben ausdrücklich beigelegt worden ift. Dies ift im §. 5. des Gesetes vom 11. Mai d. 3. hinssichtlich der schon langer als seche Jahr fungirenden Bürgermeister geschehen. Sier ift also dem Gesete nachzugehen, ohne daß es deshalb einer besonderen früheren Verabredung bedarf, die nach §. 6. nur dann in Betrachtung kommt, wenn sie andere, als die gesetlichen Bestimmungen enthält.

Bas dagegen die vor dem Erscheinen des Gesetes gewählten, jedoch noch nicht bestätigten Bürgermeister betrifft, so hat das Gesets hinsichtlich solcher keine ruckwirkende Kraft, da sie ihm nicht ausdrücklich beigelegt ist. In sofern daher die Stadtverordneten vor Erlassung des Gesets mit den Gewählten rechtsgultige Berträge abgeschlossen haben, mussen solche auch nach dem Erscheinen desselben beachtet werden, wie bereits in den Spezialfällen von Brandenburg und Spandau entschieden worden ist. Die Königl. Regierung hat in solchen Källen entweder die Bahl, wenn sie Ihr nicht geeignet scheint, ganz zu verwerfen, oder sie mit dem Bertrage, sosen berselbe sonst an keinen Mängeln leidet, zu bestätigen.

Anlangend aber die Frage: ob Bertrage, welche nach Erlaffung des Gesetzes vom 11. Mai c. abgeschlossen worden, von der Königl. Regierung bestätigt werden können, wenn sie eine ganzliche Berzichtleistung auf Ponsson enthalten? so muß dieselbe verneint werden. Das Gesetz hat den Bürgermeistern zur mehreren Begründung ihrer Autorität, wie zum Besten des Dienstes und zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung, durch die Ponssonsbe-

rechtigung eine größere Gelbftftanbigfeit verleihen wollen. Da fic nun aber, nach ben zeitherigen Erfahrungen, befonders in fleinen Stabten, immer Personen finden wurden, welche, um auf einige Sabre ein Unterfommen ju finden, auf Die Denfioneberechtigung pergichten und baburch ihre Bewerbung ben Stadtverordneten annehmlicher ju machen fuchen murben, und bie Ronigl. Regierung außer Stande mare, in allen gallen mit Gicherheit zu ermitteln, ob bie außere Lage und ber Charafter ber Randidaten fo beschaf: fen feien, bag felbige auch ohne Denfionsberechtigung ihre Gelbft. ftanbigfeit, ben Stadtverordneten gegenüber, aufrecht erhalten fonnten, fo murbe, wenn bie gangliche Bergichtleiftung genehmigt murbe, ber 3med bes Gefetes in vielen Sallen vereitelt uub Unlag ju Behelligungen und Taufdungen ber Behörben gegeben merben. Die Benehmigung folder Bertrage ift baber immer ju verfagen. Rur folche Bertrage find jur Beftatigung geeignet, in welchen entweder ein hoberer ober ein niedrigerer Benfionsbetrag, als ber im §. 1. borgeschriebene, flipulirt worben ift; im erfteren Falle, wenn fich überfeben laßt, baß bie Stadt die bobere Denfion ohne Beeintrachtigung in ber Ordnung ihres Saushalts bestreiten fann; im letteren Falle, wenn ber verabrebete Dinberbetrag nach bem gefammten Berhaltniffe immer noch boch genug ift, um ben Unterhalt bes Randibaten und mit felbigem feine Unabhangigfeit von ben Stabtverordneten ju fichern.

Sirrnach moge bie Ronigl. Regierung in funftigen Fallen

bei Beurtheilung folder Bertrage verfahren. Berlin, den 30. Rovember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

73.

Cirkular Reffript an die Konigl. Oberprafidenten ber Provingen Preufien, Brandenburg, Pommern und Schlesfien, in berfelben Angelegenheit.

Ew. Erzellenz theile ich im abschriftlichen Unschlusse bie Berfügung mit, welche ich unterm heutigen Datum an die Regierung zu Potsdam auf eine Anfrage berselben, über die Auslegung bes Gesetes vom 11. Mai c. wegen der Pensionsberechtigung der nach der Städte: Ordnung vom 19. November 1808. angestellten Bürgermeister, erlassen habe, und ersuche Sie, die Regierungen Ihres Ober- Pröstdial: Bezirks (resp. auch die Regierung zu Franksurt) danach anzuweisen, und den Inhalt gefälligst Selbst zu beachten. Berlin, den 30. November 1839.

Der Minifter bes Innern and ber Polizei. v. Rochow.

Reffript an den Konigl. Oberprafibenten der Proving Sachfen, in berfelben Angelegenheit.

Es ist zwar früher in dem Schreiben meines herrn Amts. vorgängers an den herrn Geheimen Staatsminister v. Klewit vom 13. Januar 1834. hinsichtlich der von den allgemeinen Bestimmungen des h. 99. der revidirten Städte: Ordnung abweichenden Berträge nachgelassen worden, auch Verträge, welche eine gänzliche Verzichtleistung auf Pension enthalten, unter den dort angegedenen Umständen zu bestätigen. Nachdem sich aber durch das Geset vom 11. Mai d. 3. die Abstadt Gr. Majestät des Königs, die Selbstständigkeit der Bürgermeister durch Pensionsberechtigung zu sichern, bestimmter kund gethan hat, habe ich mich bewogen gefunden, unterm heutigen Jatum sämmtliche Regierung gen der alten Provinzen mit der im Auszuge hier beisolgenung Berfügung zu versehen. Ew. Hochgeb. ersuche ich nun in Bezug hierauf, die Regierungen Ihres Oberprästidial-Bereichs gefälligst anzuweisen, sich in vorkommenden Fällen dei Handhabung des h. 99. der revidirten Städte-Ordnung ebenfalls nach jener Berfügung zu achten.

Berlin, ben 30. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

75.

Reffript an ben Konigl. Oberprafibenten ber Proving Westphalen, in berfelben Ungelegenheit.

Nach bem Inhalte bes Em. Erzellenz unterm 5. Oftober 1836. mitgetheilten Ministerial Bescheides an die Stadtverordnesten zu Stadtlohn do eod. ift zwar hinsichtlich ber von den alle gemeinen Bestimmungen des §. 99. der revidirten Städte: Ordenung abweichenden Berträge ten Regierungen nachgelassen, auch Berträge, welche zc. (wie an den Oberprasidenten der Provinz Sachsen).

Em. Erg. erfuche ich nun in zc. (wie in jener Berfugung, bis ju Ende.)

Berlin, ben 30. November 1839.

Der Minifter des Innern und ber Polizei. v. Rochow.

Reffript an ben Konigl. Oberprafidenten ber Proving Pofen, in berfelben Ungelegenheit.

Es ift zwar früher hinsichtlich ber von ben allgemeinen Bestimmungen bes §. 99. ber revidirten Stäbte: Ordnung abweichens ben Verträge ben Regierungen nachgelassen worben, auch Berträge, welche zc. (wie an ben Oberprasidenten ber Proving Sachsen).

Em. Sochw. ersuche ich nun, ten Regierungen Ihres zc. (wie

in jener Berfügung, bis ju Enbe.)

Berlin, ben 30. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

77.

Reffript an ben Konigl. Oberprafibenten ber Rheinpros ving, in eben berfelben Ungelegenheit.

Da in Berfolg ber Allerhöchsten Rabinets. Orbre vom 22. Juli d. J. die revidirte Städte Drdnung in Beglar eingeführt wird, so theile ich Em. Hochw. anliegend eine an den Herrn Obers präsidenten ber Proving Sachsen unterm 30. v. M. erlassen Bersfügung und beren Beilage abschriftlich mit, um daraus zu entnehmen, welchen Grundsat ich über die Frage aufgestellt habe: ob auch Berträge, in welchen ein Kandidat zum Bürgermeisteramt auf Pension gänzlich Berzicht leistet, von der Regierung zu bestätigen seien? Ich ersuche Sie, das Erforderliche zu verfügen, damit eintretenden Falls auch in Wehlar hiernach verfahren werde.

Berlin, ben 20. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

78.

Restript an die Konigl. Regierung zu Liegnig, betreffend ben Stempelgebrauch zu Bestätigungen von Magistratsbeamten.

Der Königl. Negierung wird auf ben Bericht vom 23. v. M. erwiebert, daß Bestätigungen unbefolbeter Magistratebeamten, nach Analogie ber ben Bestallungen unbesolbeter Beamten im Stem=

Stempel Zarif zugestandenen Stempelfreiheit, stempelfrei ertheilt werden können, dagegen in Ansehung ber Bestätigungen be fol bester Magistratsbeamten ein Anspruch auf Stempelfreiheit aus den Bestimmungen des Stempelgesetes nicht herzuleiten ift, und baher zu diesen Bestätigungen die Stempel nach Borschrift ber Stempeltarif Positionen: "Bestätigungen" und "Ausfertigungen" zu verwenden sind.

Berlin, ben 31. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern. Der Finangminifter. Braf v. Alvensleben.

79.

Resolution an ben Magistrat zu N., die Dienstverhalt niffe ber Magistrate zu ben Regierungen betreffenb.

Es kann mich, wie ich bem Magistrat auf Seine Beschwerbe bom 29: Oktober b. I., über die Anordnung ber dortigen Königl. Regierung wegen Bezeichnung der Referenten ber an selbige von dem Magistrat zu erstattenden Berichte, eröffne, nur befremden, das Derselbe, obwohl Ihm meine Berfügung v. 19. Juli d. J. ") mitgetheilt worden, und Er daraus ersieht, daß die Anordnung ber Königl. Regierung von mir ausdrücklich gebilligt worden ist, benend aus nichtigen Gründen Sich fortwährend der Folgeleistung zu entziehen sucht. Nichtig sind die von dem Magistrat angeführeten Gründe, weil

ad 1. in bem Geschäfte Regulativ v. 25. Mai 1835. (Unnal. S. 733. ff.) keinesweges bie Disziplinar Befugniffe ber Ro-

nigl. Regierung haben ausgedrudt werben follen; weil

ad 2. basjenige, mas die eine Regierung thut ober unterläßt, ber andern durchaus nicht als Mafftab deffen bienen darf, was sie felbst zu thun und zu unterlassen hat, und es nur darauf ankommt, daß jede sich innerhalb der geseslichen Grenzen bewege; und weil

ad 3. bie Grenzen bes im §. 189. ber Stabte Drbnung vorgeschriebenen Aufsichtsrechts überall nicht überschritten werden, wenn bie Königl. Regierung bei jedem Magistratsberichte Austunft barüber verlangt, wer Referent in ber Sache sei, indem hierbei bie ber Stadt burch bas Gesey verliehenen Rechte gar nicht in Frage kommen, und bie Beziehung auf §. 2. ber Stabtes Ordnung baher völlig unpassend ift.

Da nun auch irgend eine Beschwerde oder Bebenflichfeit bei Rennung bes Referenten auf ben Berichten nicht flattfinden fann;

*) im 3ten Befte, S. 634. Dr. 85.

da es dem Magistrat nicht ziemt, darüber abzusprechen, ob eine von der vorgesetzten Behörde getroffene, jedenfalls leicht zu erfüllende und ganz unschädliche Borschrift dem Zwecke entspreche oder nicht; und da unter diesen Umständen keine andere Quelle des Widerspruchs, als eigensinnige Widerstrebung erkennbar ift, so habe ich die Königl. Regierung, unter Mittheilung der gegenwärtigen Berfügung, angewiesen, fernere Unterlassung unnachsichtlich durch Ordnungsfrasen zu rugen.

Berlin, ben 2. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

80.

Resolution an die Stadtverordneten zu N. und abschriftslich an die Königl. Regierung zu Königsberg, das Restursverfahren in Strafsachen gegen Stadtverordnete betreffend.

Rachbem ber auf bie Beschwerbe ber Stabtverorbneten bom 8. v. M. von ber Königl. Regierung erforderte Bericht eingegans gen ift, wird benfelben nunmehr Folgendes zu erkennen gegeben.

Es unterliegt keinem Zweifel, baß wenn die Stadtverordnesten-Berfammlungen eine Strafe gegen eines ihrer Mitglieder fests feten, ein Refurs bagegen an die vorgesetzte Behörde statthaft ift, welche zu untersuchen hat, ob der Fall, welchen bas Gesetz verspönt, wirklich vorhanden, und die Thatsache gehörig erwiesen sei-

Bas nun die Erklusion des Stadtverordneten, Affessor N., aus der Bersammlung anlangt, so sind Amtsgeschäfte für einen Stadtverordneten, welcher zugleich Staatsbeamter ift, allerdings eine der dringenden Beranlassungen, welche nach §. 129. der Städte: Ordnung das Bersamen des Besuches der Bersammlung rechtsetigen. Auch muß dieser Entschuldigung so lange geglaubt werden, als nicht ihre Unrichtigseit erwiesen ift. Siernach ist der Beschluß der Stadtverordneten wegen Erklusson des z.c. N. nicht zu rechtsertigen, daher aber die Berfügung der Königl. Regierung, welche denselben ausseht, zu bestätigen. Bon der Bürgerschaft hängt es dagegen ab, ob sie den zc. N., obwohl er sehr selted die Bersammlung besucht, nach Ablauf seiner Bahlperiode wieder wählen will. Bis dahin muß der Stellvertreter einberusen werden, wenn der zc. N. nicht erscheinen kann.

Berlin, den 25. November 1839.

Ministerium des Innern. Erfte Abtheilung. b. Bernuth.

Auszug aus dem Restripte an die Konigl. Regierung zu Minden, die Genehmigung zur Anstrengung von Prozessen Namens ber Gemeinden betreffend.

-. Nur bann, wenn fich flar ergabe, bag ber Prozest fur bie Semeinde ohne allen Grund und zur Chifane angestellt ware, wurde es fich rechtfertigen laffen, bem Gemeinderath bie Bedingung eventueller Roften. Übernahme zu fellen.

Berlin, ben 24. Oftober 1839. Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

82.

Restript an bie Ronigl. Regierung zu Potebam, und abschriftlich an bas Ronigl. Polizeiprafibium hieselbst, die Besegung statischer Tobtengraber-Stellen burch vers forgungsberechtigte Militair-Invaliden betreffend.

Die in dem Berichte der Königl. Regierung vom 28. v. M. vorgetragenen Umstände können die von Seiten des hiefigen Mas giftrats erfolgte einstweilige Anstellung des nicht versorgungsberechtigten Webermeisters N. als Todtengraber des Koppeschen Armenstirchhoses nicht rechtsertigen. Dieselbe läuft dem von des Königs Majestät ausdrücklich bestätigten Staatsministerial. Beschlusse vom 12. Oktober 1837., *) welchem alle von dem Magistrate, auch als Kirchenpatron, zu besehende Stellen unterliegen, durchaus zuwider, da nach §. 3. jenes Beschlusses die Stellen der Todtengräber zu denen gehören, welche nur versorgungsberechtigten Militair. Invasliben verliehen werden sollen, und es nach §. 6. keinen Unterschied macht, ob die Annahme auf Lebenszeit, auf Kündigung oder nur mit Borbehalt beliebiger Entlassung stattsindet.

Berlin, ben 21. Oftober 1839.

Minifferium bes Innern. Polizei-Abtheilung. b. Mebing. *) Unnal. Sabrg. 1838. G. 4.

83.

Refolution an ben Magistrat hiesiger Resibenz und abs schriftlich an bie Konigl. Regierung zu Potsbam, bie Berhangung ber Amts Suspension gegen Kommunals beamte betreffenb.

In Erwiederung auf ben Bericht bes Magistrats hiefelbft Rft2

vom 15. Oftober c. hinfichtlich Geiner Befugnif, bei Bergehungen Geiner Gubalternbeamten bie Umtefuspenfion gu berfugen, bemerte ich, daß fruber baruber Zweifel entftanden war, ob bie Borfdriften megen bes bei Ginleitung ber Untersuchung gegen Staatebeamte au beobachtenben Berfahrens auch in Abficht ber Rommunalbeamten anzuwenden feien. Unter Bernehmung mit bem herrn Juftigminifter und mit Beziehung auf f. 68. u. 69. Dit. 10. Th. II. bes Allgemeinen Landrechts, ift hierauf fefigefest morden, daß bei Ginleitung der Untersuchung gegen Rommunalbeams te und bei Guspenfion berfelben eben fo, wie gegen unmittelbare Staatebeamte, verfahren werben muffe, wie dies auch in ber revis Dirten Stabte : Debnung f. 103. ausbrudlich vorgefdrieben ift. Sierin ift burch bas Gefchafts Regulativ vom 14. Juli 1834. *) nichts geandert, ba burch foldes bem Magiftrat bas Recht ber Suspension nicht beigelegt worben ift, und die etwa megen ber Befaht im Berguge erforderlichen Borfehrungen burch einftweilige . Entbindung von den Geschäften getroffen werben tonnen. Die Allerhöchfte Rabinets Orbre vom 25. Dai 1828. (Gefet: Samml. für bas Jahr 1829. G. 41.) beffehlt übrigens ausbrudlich, baß felbft bie auf Rundigung angenommenen Dagiftrate. Unterbeamten nur unter ben formen wieder entlaffen werden burfen, welche bie Befchafte Unweifung fur bie Regierungen vom 31. Dezbr. 1825. vorschreibt, baber fein Zweifel obwalten fann, bag auch bei Unterfuchungen und Guspensionen ber auf Lebenszeit angestellten Gub: alternen nach ben allgemeinen wegen ber unmittelbaren Staatebies ner vorgeschriebenen Formen berfahren werben muß. Da nun auch Die Gerechtigfeit erforbert, bag nicht biejenige Beborbe, welche tie Anflage beschließt, jugleich Richterin über Die Rothwentigfeit ber Suspenfion, fondern bie Entichließung ber vorgefetten Behorte au überlaffen fei, weshalb benn auch bie Regierungen nach ber Beicafteanweifung vom 31. Dezember 1825. Die Genehmigung Des Minifterit biergu einholen muffen, und nur in bringenden Kallen Die Prafibenten nach bem Befchluffe bes Pleni fie unter Borbebalt biefer Genehmigung berfugen burfen; ba ber Magiftrat, inbem er bie Guspenfion felbft berfugen will, fogar mehr verlangt. als ben Regierungen gufteht; und ba auch feine Beranlaffung vorhanden ift, bei bes Ronige Majeftat fur ben Magiftrat ein Dris vilegium gu erbitten, burch welches berfelbe allein und vor allen Magistraten ben Regierungen in Diefer Beziehung gleichgestellt merben murbe, fo fann bem Gefuche beffelben, 3hm bie fragliche Befugniß jugufprechen, eventuell ju erwirten, von mir feine Rolae Berlin, ben 5. Dezember 1839. gegeben merben.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

⁹ Annal. Jahrg. 1834. G. 756. ff.

Restript an die Konigl. Regierung zu Danzig, die Benugung städtischer Lokale zur Erhebung und Kontrollis rung ber Mahls und Schlachtsteuer betreffend.

Es unterliegt, wie ber Ronigl. Regierung auf ben Bericht bom 20. Juni b. 3. erwiebert wird, feinem 3weifel, baf in Folge ber Allerhochften Rabinete. Orbre vom 6. Novbr. 1837., *) von ber Steuerverwaltung auch folche Kommunalgebaube in mahle und Schlachtsteuerpflichtigen Stadten, welche ben Rommunen bisher abs gemiethet worden, nach Ablauf ober Aufhebung ber besfallfigen Miethevertrage, in fofern biefe Stabte einen Bufchlag auf Die Dahl: und Schlachtsteuer beziehen, jum unentgelblichen Gebrauche in Unfpruch genommen werben tonnen, wenn fie ohne Beeintrach. tigung nothwendiger Rommunal Brede ju entbehren find. Denn Die Berbindlichfeit ber Stadte gur unentgelblichen Ginraumung folder Lotale ift, foweit fie nicht icon fruber beftanden hat, burch Die gebachte Allerhochfte Rabinete-Orbre neu überfommen, und bie landesherrliche Steuerverwaltung ift burch ben Umftand, baß fie bor ber Frififiellung Diefer Berpflichtung fur folche, gur Erhebung und Rontrollirung ber Dable und Schlachtfteuer benutte ftabtifche Lotale eine Diethe gezahlt hat, nicht gehindert, die Erfullung ber eventuell neu eingetretenen Berbindlichfeit ju forbern.

Richts befto weniger ift bie nabere Entscheibung über bergleischen Anspruche von ben jedesmal babei portommenden besonderen

Berhaltniffen abhangig.

Berlin, ben 31. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei.
v. Rochow.

Der Finanzminifter. (Graf v. Alveneleben,

*) Gef. Sammi, 1837. S. 159.

85.

Restript an ben Konigl. Oberprasibenten ber Proving Sachsen, Die Regulirung ber Burger, und Ginkauses gelber betreffend.

Em. Sochgeboren erwiedere ich auf Ihren Bericht vom 20. Septbr. b. I., die Regulirung ber Burger, und Gintaufegelber in N. betreffend, im Allgemeinen,

1) bag wenn es fich barum handelt, ein Gintaufegelb fur bie perfonliche Theilnahme an ben Gemeinde-Rugungen neu eins ufu fren, ich immer barauf halten werde, bag man es nur

benjenigen anfinne, welche an biefen Rugungen Theil nehmen wollen. Denn bie Stabte. Ordnung gestattet &. 32. nur bie fernere Erhebung nach bem Serfommen, verbietet baher indireft bie neue Einführung, wenn bie Abgabe gwangs weife von

allen Demangiebenden erhoben werden foll;

2) daß ich aber in Orten, in welchen zeither schon jeder Reusanziehende sosort durch den Einzug selbst das Recht erlangt hat, an den Ruhungen Theil zn nehmen, dafür aber auch ein Einkaussegeld hat entrichten muffen, tein Bedenken sinden kann, wenn die Umstände sonst dazu angethan sind, es fernerhin bestehen zu lassen, da die Städte-Ordnung am angeführten Orte von dem von den Renanziehenden zu entrichtenden Einkausseselde spricht, ohne es der Willsche der ju überlassen, ob sie an den Rugungen Theil nehmen und dadurch dem herkommlichen Einkaussgelde sich unterwerfen wollen oder nicht;

3) baß ein Einzugsgelb, b. h. eine Abgabe fur Die bloße Niederlassung, ohne Rucficht guf personliche Theilnahme an den Ruchungen, von der StädterOrdnung gar nicht erwähnt wird, die neue Einführung eines solchen daher auch nur unter Allere höchster Genehmigung wurde erfolgen konnen, wenn die Umflände sich besonders dazu eigneten. Da wo ein solches herkommlich berreits bestanden hat, wird besonders erwogen werden muffen, ob es

ferner befteben fonne.

Mun hat, wenn man biefe allgemeinen Gate auf Die Stadt N. an. wendet, bort feder Meuangiehende burch ben Gingug felbft die Theilnahme an ben Rugungen erlangt, bafur aber ein Gintaufegelb , entrichten muffen. Gin Gingugegeld ift alfo bort niemals erhoben worden, und fann auch nicht neu eingeführt merben. Durch bas bebeutenbe Gintaufsgeld, welches nach obigen allgemeinen Grundfagen unbebenflich beibehalten werben fann, ift Die Stadt ohnehin gegen ben Undrang mittellofer Perfonen von außen ber gefichert, Dun hat aber bie Regierung, ohne eine Befugniß bagu, Die Erhobung bes berfommlichen Ginzugegelbes gestattet, und befondere eis nen nicht herkommlichen Unterschied zwischen benen Die aus N. geburtig find, und andern Inlandern genehmigt, was nicht zu bile ligen ift, und woraus die Stadt fein Recht herleiten fann. Da nun besmegen und megen bes nach ber Stadtes Ordnung bejonbers ju entrichtenden Burgerrechtsgeldes eine neue Regulirung erforberlich ift, fo bestimme ich, mas bie Burgerrechtegelber anlangt, die Gage babin, bag jebe in N. geburtige, ober bem Preufischen Staate angehorige Person, Behn Thaler, jeder Aus-lander bagegen Biergig Thaler, incl. 30 Thaler Gold, ju entrichten hat, wodurch zugleich bie perfonliche Theilnahme an ben Rommunal-Rutungen erworben wird.

Dagegen find an Gintaufsgelbern von denjenigen, welche fich als Schutverwandte dort niederlaffen, fur die herkommliche Theilnahme an den Nugungen zu entrichten: von einem in N. geburtigen, oder einem andern Inlander 6 Thl. 20 Sg.

von einem Auslander 26 Thir. 20 Sgr. incl. 20 Thir. Gold.

Denn funftig ein Schutvermandter bas Burgerrecht gewinnt, fo ift ihm basjenige, mas er an Ginfaufsgelbern entrichtet hat, auf bas Burgerrechtsgelb ju Gute ju rechnen.

Der gange Betrag ift übrigens an die Rammereitaffe ju ents richten, welcher es überlaffen bleibt, ben Untheil ber Schultaffe

an Diefe abzugeben.

In einzelnen Fallen bleibt ben Stadtbehörden fowohl, als ber Regierung, die Befugniß vorbehalten, Stundung zu ertheilen, oder auch die Cape zu ermäßigen.

Em. Sochgeboren erfuche ich nun, hiernach megen Aufftellung

bes Staruts bas Beitere gefälligst einzuleiten.

Berlin, ben 11. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. b. Rochow.

86.

Restript an den Konigl. Oberprasidenten der Rheinpros vinz, wegen allgemeiner Gestattung von Einkaufogels dern in den noch nach fremdherrlicher Gesetzgebung verwalteten Gemeinden.

Auf Em. Sochw. Bericht vom 29. August d. J. habe ich wegen allgemeiner Gestattung ber Einkaufegelber in ben noch nach fremdherrlicher Geseigebung verwalteten Gemeinden an des Konigs Majestät berichtet, und darauf die in beglaubigter Abschrift beige-

bende Allerhochfte Rabinets: Orbre (Anl. a.) erhalten.

Ich ersuche Sie wegen schleuniger Bekanntmachung derselben burch die Amtsblätter der Regierungen das Nöthige zu verfügen, diesen selbst aber dabei Auweisung zu ertheiten, daß sie die Entsschließungen auf die wegen Ausführung dieser Allerhöchsten Kabinets. Ordre an sie gelangenden Anträge auf alle Beise selbst zu beschleunigen, die Landräthe deshalb mit gemeffener Anweisung zu versehen, auch den Anträgen der Gemeinden nur aus sehr entscheis benden Gründen Schwierigkeiten entgegen zu setzen haben. Ich darf dabei auf Ew. Sochw. vertrauen, daß Sie selbst eine Berskummerung deffen, was den Gemeinden hierdurch zugestanden ist, auf keine Meise gestatten, und alle nicht durch die Sache selbst gebotenen Schwierigkeiten und Beitläuftigkeiten beseitigen werden.

Berlin, ben 4. November 1839.

Der Minifter des Innern und ber Polizei. v. Rochow.

Da fich nach Ihrem Berichte vom 12. b. M. bie Musbehnung Meiner Orbre vom 18. Oftober 1836, wegen Erbebung eines Ginfaufsgeldes fur bie Theilnahme an den Kommunal-Mugungen, auf alle diejenigen Gemeinden, in welchen die frangofische oder bergifche Rommus nal. Werfassung noch gilt, als febr rathsam darftellt, so bestimme Ich in Genehmigung Ihrer Borfchlage vorlaufig und mit Borbehalt bessen, was die kinftige Kommunal. Ordnung fur die Rheinproving über Diesfen Gegenstand enthalten wird, biermit Folgendes:

1) Jede Gemeinde der Rheinproving, in welcher die gedachte fremde berrliche Kommunal:Ordnung noch gilt, foll, wenn nach ber Beflimmung berfelben an die Ginwohner Rugungen bes Kommunal:Bermogens vertheilt werden, berechtigt fein, von benjenigen Reuanziehenden, welche auf einen Untheil an ben Rugungen Unspruch machen wollen, ein verbalts

nifmäßiges Einfaufegeld gu erheben, denjenigen aber, welche fich ber Bezahlung beffelben weigern, die Theilnahme zu verfagen.
2) Das Einfaufegeld ift nach ben Umftanben bochftens auf den achte bis jehnfachen Betrag bes Gelbwerthe festjufegen, welchen bie an Die Einwohner vertheilten Rugungen nach bem Durchschnitte ber letten 6 Sabre, 1833 - 1838., gehabt haben. Ginen boberen Betrag gu fors bern, ift feine Gemeinde berechtigt. Dagegen foll feine gehindert werden,

einen geringeren Sat festzuftellen.
3) Das Eintaufsgelb ift fur einen Antheil nur einmal zu erheben und daber aus bem Grunde, weil eine neu anziehende Perfon verbeiras thet ift, ober Rinder bat, nicht zu erhoben, dafern nicht etwa auch fur bie Rrau ober bie Rinder besondere Untheile verabfolgt merben, in melchem Falle ber einfache Gat bes Einfaufsgelbes fur jeden einzelnen Une

theil gefordert merden barf.

4) Dasjenige, mas an Einfaufsgelbern auffommt, foll gleich andes ren Gemeinde . Einnahmen verrechnet, jedoch vorzugeweise gu Bezahlung ber etwa auf bem Bemeinde. Bermogen haftenden Schulden ober ju Bermehrung und Berbefferung bes Bermogens felbft verwandt werben.

5) Sebe Gemeinde bat baruber, ob fie ein Einfaufsgeld einfubren, und auf welchen Betrag fie baffelbe feftfeben will, einen Befchluß gu faffen und folchen mit ben nothigen Beweisftuden uber ben Geldwerth ber Rugunge-Antheile, bem Landrath vorzulegen. Der Lettere bat den Befchlug mit den erforderlichen Berhandlungen ber Regierung gur Beflatigung ober weiteren Berfugung einzureichen. Die Regierung ift bas im §. 2. fefigefeste Maximum, wenn es fich nach ben Umflanben, nas mentlich megen ber Unficherheit ber Nugungen, als ju boch ergeben follte,

ju ermäßigen befügt.

6) Bas die gegenwärtigen Mitglieber anlangt, fo follen biejenis gen, welche fich, ohne ein Eintaufsgeld, ober auch ohne den kunftig fests zustellenden Betrag erlegt zu haben, bereits im Besits des Genusses von Nugungsenntbeilen besinden, ohne weitere Une und Nachforderung barin belaffen merden. Diejenigen bagegen, welche geither noch von ber Bemeinde davon ausgefchloffen worden find, follen biefen Befit nur durch Bezahlung bes nach obigen Bestimmungen festzusegenben Gintaufss gelbes erlangen. Eine Ruchablung von icon bezahltem Eintaufsgelbe, aus bem Grunde, weil die Erhebung durch die fremdherrliche Gefetiges bung verboten gewesen, barf nicht gefordert werden. 7) Eine Abgabe beim Einzuge in eine Gemeinde, in welcher der-

gleichen Rugungs-Untheile an Die Ginzelnen nicht vertheilt merben, foll

bis auf weitere Berordnung nicht fattfinden.

Diefer Befebl, nach welchem fich bis ju weiterer gefehlichen Befiime mung alle Beborden, Gemeinden und Unterthanen ju achten haben, ift burch bie Umteblatter ber Rheinischen Regierungen befannt ju machen. Berlin, ben 27. Oftober 1839.

Friebrich Wilhelm.

ben Staatsminifter bes Junern und ber Polizei p. Rocom.

87.

Reffript an die Konigl. Regierung zu Breslau, betrefs fend die Befreiung der mit Pension verabschiedeten, aber zur Disposition gestellten Offiziere von Kommus-nale Beitragen.

Det Ronigl. Regierung wird auf Ihre Anfrage vom 26. Oftober b. J., wegen Beranziehung mit Pension verabichiebeter, aber zur Dieposition gestellter Offiziere ju Rommunal Beitragen, nach geschehener diesfälliger Bernehmung mit dem Königl. Krieges ministerium und im Einverständnisse mit demfelben, Folgendes er- wiedert.

Die Allerhöchste Kabinets Orbre bom 29. Mai 1834. (Ge. sebiSamml. S. 74.) bestimmt :

baf auf Inaftivitate Gehalt gefette Offiziere und Militaire beamte von allen Beitragen ju ben Gemeindelaffen, fowie von allen perfonlichen Diensten frei fein follen.

Die Ronigl. Orbre vom 4. Mai 1837. (Gefet . Samml. G.

98.) fest im Allgemeinen feft :

daß die mit Penfion jur Disposition gefiellten-Offiziere ben früher mit Inaftivitate Gehalt ausgeschiedenen Offizieren gleich behandelt werden follen.

Siernach unterliegt es feinem Zweifel, bag bie erfteren, gleich jenen, von ben Gemeinbe Beitragen ganglich befreit find.

Berlin, ben 8. Dezember 1839,

Minifterium bes Innern. Erfte Abtheilung. p. Debing.

88.

Restript an die Konigl. Regierung zu Gumbinnen, bes treffend die Kommunal Besteuerung des Reinertrages der Haltung von Pensionairs in Gymnasialstädten betreffend.

Aus ber beifolgenden Borfiellung bes Gymnafial Direftors

in N. vom 6. August b. 3. wird bie Ronigl. Regferung erfeben, welche Befdmerbe von bemfelben wegen ber Rommunalbestenerung. ber Deben . Ginnahme, Die mehrere Lehrer bes Gymnafiums burch Die Aufnahme von Gumnafiaften als Benfionaire beziehen, erhoben worden. Wiewohl nun ber Befuch bes Gymnafiums, welcher, bei geffeigerter Frequenz, ber Stadt nur nuglich werben fann, auf alle Beife ju befordern und ju erleichtern, und es beshalb muns fchenswerth mare, Die Roftgelber auswartiger Gymnafiaften bei ber Beffenerung unberudfichtigt ju laffen, fo tann doch bem Dagifirat bie Befugnif nicht abgefprochen werben, von bem aus bem Salten bon Rofigangern fich ergebenben reinen Gewinne, ber boch allein bas wirfliche Ginfommen aus biefem Befchafte bilbet, eine Steuer zu erheben. Benn aber Die Lehrer zu folcher angejogen werben, fo fest bies voraus, bag auch andere Ginwohner, welche Spmnaftaften in Denfion nehmen, berfelben Steuer unterworfen werden, indem fonft Die Lehrer fich über eine Pragravation gegen Unbere, welche ex officio abjuffellen, ju befdweren Urfache haben. Da auch, wie obgedacht, nur ber reine Gewinn als fleuerpflichtiges Gintommen betrachtet werden fann, fo ift, wenn überhaupt ber Magiftrat biefes mohl jedenfalls febr geringfügige Db. feft berudfichtigen will, guborberft zu bersuchen, ob nicht über ben Betrag gmifchen ben Stadtbehörden und ben fleuerpflichtigen Derfonen, ein Übereintommen ju treffen iff. Bare bies nicht thunlich, fo hat die Ronigl. Regierung ju entscheiben, wie viel bie Auslagen aller Art für einen Benfionair nach ben befonderen Bebingungen ber Berpflegung betragen mochten, und burch Abzug des fich ergebenden Betrages von ber. Denfion bas feuerpflichtige Dbieft feftguftellen.

Siernach moge bie Konigl. Regierung entweder bie Gache erledigen, ober, wenn befondere Umftande eintreten, über Die Be-

fchwerde berichten. Berlin, ben 25. Oftober 1839. Der Minifter ber geiftlichen, Unter. Der Minifter bes Innern richte . und Medizinal Angel. und ber Polizei.

v. Rochow. b. Altenftein.

and analytic and any 89. 16 light to the an entering

Reffript an bie Ronigl. Regierung ju Potebam, bie Bertheilung ber Rommunallaften bei Parzelirungen von Bauergutern betreffend.

Es ift, wie ber Ronigl. Regierung auf ben Bericht bom 3.

b. M. bie Befchwerde ber Gemeinde N. über bie Art der Bertheilung ber Kommungllaften bes pargelirten N. N. fcben Roffatens guts bafelbft betreffend, bemerflich gemacht wird, nirgende beftimmt, Daß bei Beraugerung eines landlichen Guts an einen Rusmarti. gen Diejenigen Remmunalleiftungen, welche bem Befiger bes Guts perfonlich obliegen, erlofchen follen, vielmehr hat ber Raufer einen Stellvertreter im Orte ju bestellen und durch biefen feinen Pflich. ten ju genugen. Das beim Berfaufe im Gangen fattfinbet. muß aber auch beim Bertaufe in Pargelen gelten, Daber es die Pflicht Der bei ber Bereinzelung Die Laften repartirenben Behorde iff, bas Rothige feftzuseben. Dies ift im borliegenden Salle nicht gefche. ben. Die Gemeinde, obwohl fie von der Bereinzelung bes N. N. ichen Guts unterrichtet fein mußte, bat ihre Rechte nicht mahraenommen; Die Dorfgerichte, obwohl ju folder Erflarung nicht legitimirt, baben fogar die bom Rentamte N.; getroffene Repartition als richtig anerfannt. Der Untrag ber Gemeinde, ben 20, N. ale Beliter Des Sofes, als verpflichtet für alle Leiftungen anquere fennen, tann baber eben fo menig berudfichtigt, ale ben gefamme ten Afquirenten nachtraglich eine folibarifche Berpflichtung guferleat, und ihnen bie Bestellung eines gemeinschaftlichen Stellvertreters aufgegeben merben. Bohl aber find fie fur berpflichtet gu halten, jeber nach feinem Untheile nicht nur bie auf ben Grunde fruden baftenben Leiftungen ju profffren, fondern auch Die bem Befiter bes gangen Guts obgelegenen perfonlichen Berpflichtungen ju erfüllen Dig Ronigl. Regierung wird baber angewiesen, biers nach eine neue Repartition angulegen, und Diefelbe fo eingurichten, baf fie möglichft leicht in Ausführung gebracht werben fonne, mas 3. B. bewirft werben fonnte, wenn jeder einzelne Afquirent nach einer gemiffen, nach bem Umfange ber erworbenen Grundflude ju bestimmenden Reihefolge, wenn bie Reihe an ibn tommt, bas Gange ber perfonlichen Leiftungen übernehmen mußte. Gine Bereinigung wegen gemeinschaftlicher Erfüllung biefet Berpflichtungen mußte ihrem · Drivatabtommen überlaffen bleiben.

Was das am Schlusse des Berichts ermachnte Erkenntnis vom 2. Oktober 1834, betrifft, durch welches die Büdner in N. von den Kommunalleistungen freigasprochen worden sind, son kann dasselbe, ungeachtet das Sinschreiten der Gerichte mit den jest vom Sexen Justigminister anerkannten Grundsähen nicht im Einklangskeht, das es einwal xechtskräftig ist, doch jest wegen Inkompetenz nicht mehr angesochten werden. Indessen wird die Königl. Regierung bei Entstehung neuer Büdnerstellen daburch nicht gehindert sein, die Theilnahme derselben an den Kommunallasten zu regulizen und überhaupt nach dem Eirkular Restript vom 20. Juli ce

.0:352 1 2 20 100

gu verfahren, ba bas Erfenntnif nur ben bamals vorhandenen Bubnern Rechte hat verleihen fonnen.

Berlin, ben 26. Ofteber 1839.

Minifterium bes Innern. Erfte Abtheilung. b. Mebing.

....90.

Reffript an ben Konigl. Oberprafibenten ber Proving Preugen, bag von flabtischen Behorden keine Ubgabens freiheit bewilligt werden konne,

Die Stabte Drbnung vom 19. November 1808. laft, wie ich Em. Erzelleng auf ben Bericht bom 24. August b. 3. erges benft erwiebere, nicht ben geringften Zweifel barüber übrig, baß fein Dagiftrat befugt ift, gangen Rlaffen von Ginwohnern Abgabenfreiheit ju bewilligen, und baß er auch mit Ginwilligung ber Stadtverordneten eine folde Befugnif nicht anguben fann. Das §. 32. Des Gefetes enthaltene Berbot folder Befreiungen ift im erften Abfage unbedingt ausgesprochen, wie auch 5. 33. Die Auf-hebung ber zeither bestandenen unbedingt erfolgt ift. Diefe Beffimmung ift 6. 44. auch auf Die Schuppermanbten quebrudlich bezogen. Gleich beftimmt ift 6. 58. Die Bewilligung von Real. befreiungen verboten. Die ftreng aber ber Gefengeber biefe gleich. mafige Steuerpflicht ohne alle Gremtion aufrecht erhalten wiffen will, ift baburch noch florer erwiesen, baf in ber Deflaration vom 3. Juli 1832. ad 6. 58. eine gefetliche Borfchrift bat ertheilt werben muffen, um gur Beforberung bes Ausbaues ber Stabte eine nur vorübergehende Befreiung ber Neubauenden gulaffig gu machen. Gegen Diefe gang klaren Beflimmungen fann ber lette Sat bes &. 32. feine 3meifel erregen. Un fich felbft überfluffig. ift er nur bestimmt, Difverftandniffen ber Stadtverordneten uber ibre Befugniffe vorzubeugen, burch welche fie fich berfucht finden mochten, jum Rachtheile ber übrigen Burger, b. h. ju größerer Belaftung fammtlicher Steuerpflichtigen, einzelnen Derfonen ober gangen Rlaffen Steuerfreiheiten ju bewilligen. Deshalb ift auch fein Magiftrat und feine Stadtverordneten : Berfammlung berechs. tiat, ben fich barin nieberlaffenben Penfionaire im Borque Steuers freiheit jugufagen, weil beren Riederlaffung ber Stadt im Allige. meinen Bortheil bringen foll. Abgefehen bavon, bag biefer Bortheil feinesweges Allen gu Gute fommt, fonbern auch Manche burch die Bertheuerung ber Bedurfniffe bei Bermehrung ber Ginwohner leiben, wurden auch viele andere Rlaffen aus gleichem Grunde jum Bortheile ber Stadt fur fleuerfrei erflart werben

können, 3. B. ble Rapitaliften und Fabrikanten, um fie zur Ries berlaffung anzureizen, die Stadtverordneten, um fie zur Unnahme dieser Amter williger und zur Erfüllung ihrer Pflichten eifriger zu machen 2c. Raum wurde irgend eine Klaffe übrig bleiben, bei welcher man nicht zum Bortheile der Stadt eine Steuerbefreiung für nothwendig halten kounte. Das Geset wurde dann in dieser Beziehung völlig hinterzogen und jede Art alter Steuerbefreiung aufgehoben sein, um eine Menge neuer Plat zu machen.

Em. Erg. erfuche ich ergebenft, hiernach bas Weitere gefal.

ligft ju berfügen.

Berlin, ben 9. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

91.

Reffript an ben Konigl. Oberprafibenten ber Proving Pommern, betreffend bie Abgabe ber Wahlstimmen seistens ber Rittergutsbesigerinnen und Vormunder von Minorennen in Kommunals Landtags, Angelegenheiten.

Bas Ew. Sochw. Anfrage betrifft, ob Rittergutsbesigerinnen und Bormunder von Minorennen besugt sind, auf Grund der Bestimmung sub b. §. 5. ber Kreis Ordnung andere Rittergutsbesiger zur Abgabe ihrer Wahlstimmen zu bevollmächtigen, so kann kein Zweifel darüber obwalten, daß eine solche Besugniß nicht bessieht, da der in Beziehung auf das Wahlrecht im §. 17. des Gessehes vom 1. Inli 1823. gegebenen speziellen Borschrift, daß es nur in Person ausgeübt werden könne, durch die angeführte allgesmeine Bestimmung der Kreis Ordnung nicht derogirt werden kann.

Berlin, ben 1. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. b. Rochom.

92.

Restript an den Konigl. Oberprasidenten der Proving Pommern, betreffend die Bewilligung von Diaten und Reisekosten für die Bezirkswähler bei Bahlen der Landstags: Abgeordneten.

Mit Em. Sochw. bin ich auf ben Bericht vom 25. b. M. vollfommen barin einverftanben, bag ben Bezirfemaflern ber Landsgemeinden bei Bahl ber Landtage. Abgeordneten ein Anspruch auf

Diaten und Reisekosten nicht zusieht, und baher bas in einigen Kreisen ber bortigen Provinz bisher stattgefundene Berfahren, wonach ben Bezirkswählern solche aus den Kreis Kommunal Fonds vorschußweise gezahlt und demnächst auf die betreffenden Gemeinen veranlagt sind, nicht gerechtsertigt ist. Sofern indes in einzelnen Fällen die betreffenden Kommunen aus freier Entschließung sich veranlaßt finden sollten, ihren Bezirkswählern Diaten und Reisestosten zu bewilligen, so ist kein Grund vorhanden, dies seitens der Behörden zu verbindern.

Berlin, ben 16. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

93.

Refeript an ben Konigl. Oberprafibenten ber Proving Pommern, daß judische Stadtverordnete an ben Bahlen ber Landtags-Deputirten nicht Theil nehmen burfen.

Ew. hochw. eröffne ich auf Ihren Bericht vom 6. Juni c., unter Bezugnahme auf meine Berfügung vom 26. ejd. m., daß ich bie in ersterem angeregte Frage:

ob jubifche Stadtverordnete an ben Bahlen ber Landtags.

Deputirten Theil nehmen burfen?

in der unter Borsit Sr. Königl. Soheit des Kronprinzen angeordeneten hohen Immediat. Kommission für die Stände: Angelegenheiten zum Bortrag habe bringen lassen. Gedachte hohe Kommission hat hierauf diese Frage dahin entschieden, daß die auf einen früheren Beschlinß derselben begründete Berfügung meines Amtsvorgängers, des verstorbenen Herrn Staatsministers v. Schuckmann an den gleichfalls verstorbenen Herrn Wirklichen Geheimen Rath und Oberpräsidenten Sack vom 23. September 1823., wonach die in den Stadtverordneten Versammlungen befindlichen judischen Mitzglieder an dem Wahlgeschäft keinen Theil nehmen können, aufrecht zu erhalten sei, da das christliche Bekenntniß ein wesentliches und unerläßliches Erforderniß der Ausübung ständischer Rechte ist, und davon um so weniger abgegangen werden kann, als dies auch mit der bisherigen Praxis übereinstimmt.

Berlin, ben 31. Oftober 1839.

Der Minister bes Innern und ber Polizei, v. Rochow.

Reffript an ben Konigl. Oberprafibenten ber Proving Brandenburg, die Aufftellung von Gtate über bie Rreis Rommunal Fonte betreffenb.

Em. Erg. erwiedere ich auf Ihren Bericht bom 11. Geptems ber c., wie ich mit Ihnen vollfommen barin einverftanben bin, baß in Betreff berjenigen Rreis Rommunal Ronds, welche nicht aus Rontributions. Uberichuffen ermachfen find, ba bei biefen bie Dispositions. Befugniffe, aus ben bon Em. Erz. angeführten Grunben, fich andere gestalten, als bei benjenigen Fonds, beren Ber-haltniffe burch bas Regulativ bes Konigl. Staatsministerii vom 20. Juni 1838. (Unnal. G. 702.) geordnet worden find, befone bere Gtate aufzuftellen fejen.

3m f. 8. Des gedachten Regulative ift bie Aufftellung von Etats über die Rreis. Rommunal. Fonds eines jeden Rreifes anges ordnet, und follen biefe ben Regierungen gur Genehmigung vorgelegt werben; ich behalte mir indeg vor, die gegenwärtig aufzuftels lenden erften Ctate felbft revidiren gu laffen und gu genehmigen, weshalb ich ju feiner Beit beren Ginfendung, mit ber bann jugleich auch biejenige ber besonderen Ctats über bie nicht aus Rontribus tione: Überichuffen ermachfenen Ronde ju verbinden fein wird, entgegen febe.

Berlin, ben 16. November 1839.

Der Minifter bes Innern und der Polizei. v. Rochom.

95.

Reffript an bie Ronigl. Regierung ju Merfeburg, betreffent bie Bollziehung amtlicher Ausfertigungen tens ber Dominien ober Gutoberrichaften.

Die Ronigl. Regierung erhalt in ber Unlage Abidrift bes beute an bas Dominium ju N. ergangenen Befcheibes, Die Trans. portfoffen fur ben Rorbmacher N. betreffend, gur Nachricht und mit Bergnlaffung, barauf ju halten, baß bie Guteberrichaften ober beren Bertreter fich bei ihren amtlichen Ausfertigungen fets ber richtigen Bezeichnung bebienen. Die obrigfeitlichen Funktionen, welche ben Guteberrichaften berfaffungemäßig guffeben, find feines. meges blos polizeilicher Datur, fonbern viel mannigfaltiger, und aus benfelben Grunden, aus welchen es angeordnet ift, baß bie Magiftrate in ben Stadten bei Ausubung ihrer polizeilichen Funt. tionen nicht als Doligeibehorbe, - fondern mit ihrer allgemeis

nen Amtsbezeichnung unterschreiben, muß auch barauf gehalten werben, daß die Dominien, sofern nicht ber Name bes Gutsherrn
felbst die amtliche Bezeichnung gibt, bei allen ihren obrigkeitlichen Kunktionen sich jener allgemeinen Bezeichnung und nicht der unrichtigen als Polizeibehorde, wie hier von dem N. geschehen, bes dienen.

Berlin, ben 21. November 1839. Ministerium bes Innern. Polizei-Abtheilung. v. Debing.

96.

Reffript an die Konigl. Regierung zu Magdeburg, die Legung ber Gemeindes Rechnung Seitens ber Dorfs schulzen betreffenb.

Die Königl. Regierung erhalt in ber Anlage (a.) Abfchrift bes heute bem Udermann N. ju N. ertheilten Bescheides zur Nachricht auf ben Bericht vom 13. August c. unter bem Eröffnen, bas die Entscheidung der Königl. Regierung um so mehr bestätigt worben, als es im Allgemeinen hochst wunschenswerth ift, daß für die einsachen Berhaltnisse der Landgemeinben auch der einsachste Geschäftsgang beibehalten wird, wozu die mundliche Rechenungslegung vor versammelter Gemeinde wesentlich gehört, die bei nungslegung vor versammelter Gemeinde wesentlich gehört, die bei neböriger Ausmerksamkeit von Seiten der Gemeindeglieder auch eine völlige Sicherheit für die pekuniairen Interessen der Gemeinzben darbietet.

Berlin, ben 10. Oftober 1839. Minifterjum bes Innern. Erfte Abtheilung. b. Mebing.

Dem Adermann N. wird auf die Namens der Gemeine N. eingereichte Beschwerde vom 14. Juni c., nachdem darüber juvor Bericht von der Regierung zu Magdehurg erfordert worden, zum Bescheide erdssiene, daß es bei der von dem Landrath getrossena Anordnung, wonach der Schulze N. verpflichtet worden ist, vom 1. Januar d. J. ab, schriftlich über Einnahme und Ausgabe bei der Gemeindekasse Rechnung zu legen, lediglich zu belassen, der Ansorderung aber, daß der Schulze auch für die vergangenen Jahre, vom Antritte seines Schulzenamtes an, nachträglich schriftliche Nechnung abzulegen habe, keine weitere Holge zu geben ist, da durch die landräthlichen Ermittelungen festlieht, daß der Schulze N., wie dies auch schon sein Amtsvorganger gethan bat, über die bei der Gemeindekasse vorgekommenen Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde in ihren Versammlungen, wenn auch nur mundtlich, Neschenschaft gegeben hat, Erinnerungen dagegen aber von der Gemeinde nicht ausgestellt sind, und der Schulze damit um so mehr seiner Pssicht aendat

genugt hat, ale ihm weder bei feiner Unftellung die fchriftliche Reche nungslegung gur Pflicht gemacht worden ift, noch die vorgefeste Diensts beborbe, noch endlich die Gemeinde fetbit, eine folche von ihm bisber geforbert bat.

Berlin, den 10. Oftober 1839."

Minifterium des Innern. Erfte Abtheilung. v. Debing.

ben Acfermann N. au N.

97.

Reffript an die Konigl. Regierung zu Danzig, betreffend die Berhaltniffe ber Dorffculzen in Beziehung auf Erekutionsvollstreckungen.

Das Berlangen ber Konigl. Regierung, baf ber Oberfculge N. ju Dliva Die Bollftredung von Erefutionen ale Amtepflicht übernahme, ift im §. 9. ber mit bem Berichte ber Ronigl. Regie: rung vom 25. Januar b. J. eingereichten Instruftion fur Die Oberfculgen und Schulgen bes ehemaligen Gebiets ber Stadt Dangig, auf welche ber 2c. N. verpflichtet worden ift, nicht begrun-Den Schulgen ift darin vielmehr nur die Pflicht auferlegt, den Landreitern bei Gintreibung der Rammerei Befalle Uffifteng au leiften, ein Dehreres ift nicht gu fordern, und gwar fann auch Dies bon bem 2c. N. nur in feinem unmittelbaren Schulgengebiete, nicht aber in bem geforbert werben, fur welches er lediglich Oberichulge ift. Auch wenn biefe Inftruftion nicht ausschließlich als maggebend betrachtet werben mußte, murbe nach ben Beftimmungen bes Allgemeinen Landrechts bie Exefutionsvollstredung gur Beitreibung ber ber Rammerei, jest bem Rentamte gebuhrenden Gefälle und ber landesherrlichen Abgaben bem ic. N nicht aufgeburdet werden fonnen. Rach §. 54. Eit. 7. Eh. II. Des Allgemeinen Landrechts muß ber Schulge auf Berlangen ber Gemeinbe die Abgaben einfammeln; außerdem fann fich nach §. 86. ibid. der Gerichtehalter ber Dorfgerichte gur Bollftredung ber Grefutionen bedienen; es bezieht fich bies alfo lediglich auf Erefutionen in gerichtlichen Ungelegenheiten. Bur Unfrechthaltung geordneter Rommunal . Berhaltniffe ift es überdem bringend erforberlich, bag ein Mehreres in diefer Beziehung ben Schulgen nicht aufgeburdet werbe, weil fie baburch ihren eigentlichen Funftionen wurden ents jogen merben.

Berlin, ben 5. Oftober 1839.

Ministerium des Junern und der Ministerium des Königl. Saufes, Doligei. Zweite Abtheilung.

v. Rochow.

v. Labenberg.

Bekanntmachung bes Konigl. Oberprasibenten ber Provinz Wesiphalen, betreffend die Beschränkung neuer Unsiedelungen auf dem Lande in derselben.

Die jur Ausführung ber Allerhöchsten Bestimmung megen Beschränfung neuer Unsiedelungen auf dem Landtage im vierten Landtage. Abschiede vom 30. Dezbr. 1834. (Annal. 1836. S. 765.) von mir durch das Umteblatt veröffentlichte nähere Anweisung v. 31. Mai 1835. hat wiederholte Zweiselweranlaßt, welche durch die erläuternden Berfügungen vom 25. Februar 1837. und v. 28. Janr. 1839. nicht völlig beseitigt werden sind. Unter Aussehung dieser Berfügungen, habe ich zur leichtern Übersicht die darin enthaltenen Borschriften zusammengesiellt, und empfehle solche zur genauesten Beachtung mit dem Bemerken, daß dieselben vorzugsweise bezwecken, die neuen Ansiedelungen un sich erer und under mögen der Versonen an und affenden Stellen zu verhindern, daher dieser Zweck im Zweiselsale zur Masnahme dienen muß.

1) Auf dem platten Lande, und in den jum Stadtgebiete geshörigen Feldmarken (auferhalb der Stadte), barf keine neue Feuersfelle, ohne die betreffende Gemeinde vorher barüber zu horen, er-

richtet merden.

2) Sofern bie neue Unlage in unmittelbarer Rahe von Grunde flucen einer angrangenden Gemeinde errichtet werden foll, muß

auch bie angrangende Gemeinde barüber gehört werden.

3) Ber eine dergleichen Anlage in einer Gemeinde zu untersnehmen beabsichtigt, und zwar ohne Unterschied, ob derselbe bezreits in der Gemeinde wohnhaft ift, oder nicht, hat ein glaubhaftets Zeugniß über sein Wohlverhalten, sowie den Nachweis über den eigenthümlichen oder erbpachtlichen Besit des Bauplages, und eines sowohl zur Aussührung des Baues, als zur Einrichtung der Birthschaft hinlänglichen Bermögens, der betreffenden Orts Polizielbehörde (Magistrat, Bürgermeister, Schultheis 20:) vorzulegen.

4) Die Orts Polizeibehorte legt ben betreffenden Gemeindes Bertretern (Stadtverordneten, Gemeinde: Rathe 2c.) biefes Zeugeniß, sowie bie nach ben ortsublichen Erforderniffen zu beurtheilen:

ben Rachmeife, jur Prufung vor.

5) Finden die Gemeinde: Bertreter hiernach gegen die neue-Unlage nichts zu erinnern, so hat die Orte Polizeibehörde ihrerseits zu prufen, ob nach der Ortlichkeit, ben sonstigen Berhaltniffen, und ber Persönlichkeit des Unternehmers Gefahr von seiner Anlage zu besorgen steht. Hierbei ist insbesondere darauf zu sehen, daß ein offener Weg, bessen Gebrauch dem Anbauenden nicht willeuhrlich berfaat ober gefperrt werben fann, bie neue Unlage berührt, und biefelbe jederzeit fur bie polizeiliche Aufficht juganglich iff.

6) Rinden weber die Gemeinde. Bertreter, noch bie Orte. Polizeibehorde, einen Unftand, fo wird die Erlaubniß zur Aussuh-

7) Gegen ben Biberfpruch ber Gemeinde: Bertreter, ober ber Dets- Doligeibehorde, fieht der Refurs in dem geordneten Gange offen.

8) Borftehende Borfdriften find fowohl fur bie Behorben. ale fur bas betheiligte Publifum bergeftalt mafigebend, bag mer eine bergleichen neue Unlage ohne Beachtung Diefer Borfdriften unternimmt, beren Dieberreifung burch bie Polizeibehorde ju ge-

wärtigen hat.

9) Im Ubrigen werben bierdurch bie Bestimmungen in §§. 69. u. f. Tit. 8. Th. I. des 21. 2. R. und die von ben Ronigl. Regierungen ben Landrathen belegirte Ertheilung ber nach Diefen Beflimmungen erforderlichen Erlaubniß jur Errichtung neuer Feuer. fiellen, nicht ausgeschloffen; vielmehr ift in allen Fallen, wo eine neue Reuerstelle auf dem platten Lande und in ben jum Ctabts gebiete gehörigen Feldmarten errichtet wird, die Genehmigung bes -Landrathe einzuholen.

10) Chen fo bleiben bie bestehenden Grundfage über bie freie Bahl des Aufenthaltsorts bis zu ber zu erwartenden allgemeinen Berordnung über die Aufnahme ober Burudweisung neu angieben-

ber Derfonen unverandert. *)

Munfter, ben 13. Dezember 1839.

Der Dberprafident ber Proving Weftphalen. v. Binde.

*) Bergl. Gefes v. 31. Dez. 1842. (Gef. Samml. Jahrg. 1843. S. 5.)

99.

Reffript an ben Ronigl. Oberprafibenten ber Proving Brandenburg, die Berhaltniffe ber Privat : Sparkaffens Bereine betreffenb.

Em. Erzelleng Bericht vom 27. v. M. hat mid bon bem Beffehen einer im Jahre 1821, bon einem Bereine von Gutebefigern fur bie Eingefeffenen des Templiner Rreifes errichteten Spartaffe unterrich. tet. Diewohl ich nun der Rutlichfeit und Berbienftlichfeit bes Unternehmens meine Unerfennung nicht berfagen fann, fo ift boch bie Stellung eines Privatvereins nicht baju geeignet, Die Genehmigung tes von bemfelben aufgeftellten Statuts von Geiten bes Staats ju motiviren. Bielmehr ift die Gefellichaft nur ale eine Privat: Befellichaft zu betrachten, welche unter ben festgefesten Bedinguns 2112

gen Gelber angunehmen, ju verginfen und gurud ju gahlen erbos tig, und bei etwa gwiften berfelben und ben Glaubigern ber Raffe porfommenden Streitigfeiten nur nach ben gewöhnlichen civilrecht. lichen Borfdriften ju behandeln ift. Die Abminifrationebehorbe bat von ber Gache nur bann amtliche Kenntnig ju nehmen und einzumirten, wenn fich ergeben follte, baf bie Operationen bes Bereins für bas Dublifum Gefahr brohen. Jedenfalls murbe, wenn ausnahmsweife ber Staat bas Statut beffatigen follte, bie Konstituirung bes Bereins ju einer öffentlichen Rorporation vorausgeben muffen. Diefe fann aber bei Gr. Majefiat tem Ronige foon um deehalb gegenwartig noch nicht in Untrag gebracht merben, weil ber Berein felbft noch feinen Untrag barauf gemacht hat. Aber auch wenn ein folder Untrag gefchehen follte, muffen bemfelben noch weitere Ermittelungen vorausgeben; über ben geits berigen Umfang bes Betriebes ber Raffe und über bie Brangen Deffelben; über bie von den Mitgliedern übernommenen Berpflich. tungen; uber die Frage: ob die übernommene Garantie auch tann fortdauert, wenn ein Mitglied fein Gut verfauft, oder freiwillig gurüdtritt?

Em. Erg. ersuche ich baber, vor ber Sand die Grangen ber administrativen Ginwirfung auf ebengetachte Art zu beschranken, und ben eingereichten, hier wieder beigefügten Statute Entwurf

bem Bereine jurud gu geben.

Berlin, ben 15. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

100.

Auszug aus bem Refkripte an bie Konigl. Regierung ju Minden, die Aufenihalts Gestattung für ausländis sche Judenburschen als Lehrlinge im Inlande betreffend.

-. Übrigens hat die Konigl. Regierung wegen Zulaffung auslandifder Judenburichen gur Erlernung eines Sandwerfs im Inlande junachft, wie zeither, hieher zu berichten.

Berlin, ben 16. Oftober 1839.

Ministerium bes Innern. Erfte Abtheilung. v. Debing.

101.

Restript an die Königl. Regierung zu Liegnis, die Nies berlassung Sachsischer Juden in den ehemals Sachsis schen Landestheilen betreffend.

Das Ministerium fann ben Unsichten, welche bie Ronigl. Res

gierung in Ihrem Berichte vom 2. b. M. in Beziehung auf die von dem judischen Kausmann N. in Hoperswerda beabsichtigte Riesderlassung in Wittickenau aufgestellt hat, und nach denen den Sachssischen Juden die Befugnif zustehen soll, sich aller Orten in den ehemals sächsischen Landestheilen niederzulassen, nicht beipflichten. Rach §. 1. des Gesetzes vom 16. August 1746. können sich die konzessionirten Juden nur an den ihnen angewiesenen Orten aufhalten, keinesweges aber willkührlich ihren Wohnort verandern. Die Konzession zu errheisen, war aber nur der Landesherr oder das ehemalige Kammer-Kollegium besugt. An die Stelle des letzteren ist gegenwärtig das Ministerium des Innern getreten, welches jedoch die Niederlassung von Juden an solchen Orten, sur welche sied dazu einer besonderen Konzession-bedürfen, nur dann zu gestatten pflegt, wenn die Kommunalbehörden nichts gegen selbige-erinnern.

Da auch bas Ministerium gegen ben Bunfch der Stadt gur Riederlaffung bes ic. N. bafelbit bie Konzession zu ertheilen nicht gemeint ift, so hat die Königl Regierung bas Gesuch beffelben

jurud ju meifen.

Berlin, ben 24. Oftober 1839.

Ministerium des Innern. Erfte Abtheilung. v. Mebing.

VIII. Polizei.

A. Im Allgemeinen.

102.

Eirkular, Restript an sammtliche Konigl. Regierungen, ausschließlich berjenigen zu Stralsund, Coln und Erier, betreffend die Bollziehung amtlicher Aussertigungen zc. in Polizeis Sachen seitens ber Magistrate, als solcher.

Jeber Magiftrat verwaltet die Orts Polizei, fo lange diefe nicht einer besondern Behörde übertragen ift, vermöge bes ihm als Magiftrat durch das Geseth ertheilten allgemeinen Auftrags, und muß sich beshalb auch in Polizeisachen als Magistrat unterzeichnen und des Stadtsiegels bedienen.

Der von einigen Magistraten in Polizeisachen gebrauchte Sietel: "Königl. Polizeibehörde" führt nicht allein zu der Meinung, es fei noch eine besondere zur Berwaltung der Polizei bestellte Berhörde im Orte, und macht die Betheiligten zweiselhaft, ob sie die

betreffenden Beamten blos als Berwalter, ober wirflich als öffentliche Polizeibeamte anzufehen haben, fondern ift auch geeignet, noch

andere Difverftandniffe herbeiguführen.

Um allen weiteren Zweifeln und Anfragen zu begegnen und einen burchaus gleichmäßigen Bustand herzustellen, veranlaffe ich bie Königl. Regierung, dies den betreffenden Mlagistraten bekannt zu machen.

Berlin, ben 19. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

103.

Refolution an ben Magistrat zu Königsberg i. Pr., Die Polizeiverwaltung in den zur dortigen Stadt geborigen Kammereidorfern betreffend.

Die in bem Berichte bes Magistrats vom 19. August b. I., wegen ber Berwaltung ber Polizei in ber zur bortigen Stadt gehörigen Kammereidörfern, angesührten Grunde, aus welchen ber Magistrat Sich zur Übernahme biefer Polizeis Berwaltung nicht verpflichtet halt, entsprechen ben bestehenden gesetzlichen Borschrifsten nicht.

Die Polizeiverwaltung folgt aus ber Gutsherrlichkeit, so als Berpflichtung, wie als Recht. Der Übergang ber Justigverwaltung in ben Städten und ben bazu gehörigen Kammereibörfern von ben Magistraten auf Königl. Gerichtsbehörden hat in ben übrigen gutscherrlichen Rechten und Pflichten ber Magistrate, mithin auch in Ansehung ber Berwaltung ber Polizei und Polizeigerichtsbarkeit nicht geanbert, wo nicht in einzelnen Fällen bestimmte besondere Abanderungen getroffen worden sind. Da nun ber Magistrat, Seiner eigenen Angabe zufolge, eine solche abandernte Bestimmung in Ansehung ber bortigen Kammereibörfer nicht nachzuweisen vermag, so zerfällt ber in bem Berichte zu 1. angegebene Grund in sich.

Eben so ungenügend ist der zu 2. aus der bisherigen Lage ber Sache hergeleitete Grund. Wenn der Magistrat seit langer Beit die Erfüllung der Ihm als Gutsherrn obliegenden Pflichten unterlassen hat, so hat dies nur dahin führen können, daß derselbe jeht dazu angehalten werden muß, in keinem Falle kann aber dem Magistrat aus jener Versäumniß eine Befreiung von einer gesetzlichen Verbindlichkeit erwachsen.

Der Magistrat kann baber — indem Ihm schlichlich noch bemerklich gemacht wird, bag bie Landrathe mit ber Orte: Polizei felbst nichts zu thun haben, sondern nur mit ber Aufficht auf bie-

felbe beauftragt find .-. von ber Polizeiverwaltung in ben jum Bandfreise geborigen Kammereiborfern nicht entbunden werden.

Berlin, ben 18. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

104.

Cirkular Reffript an fammtliche Konigl. Regierungen, sowie an bas Konigl. Polizeiprafidium hiefelbst, betrefs fend die Unstellung gedienter Unteroffiziere bei ber Lands Genbarmerie.

Des Konigs Majefiat haben behufs bes zureichenden Erfates des Abganges bei der Land. Gendarmerie, mittelft Allerhöchster an das Konigl. Kriegeministerium ergangener Rabinets-Ordre vom 12. v. M. zu bestimmen geruhet,

baß forthin jur Unstellung bei ber Land. Gendarmerie wieber biejenigen geeigneten Unteroffiziere berechtigt fein sollen, welche überhaupt neun Jahre, und barunter funf Jahre als Unter-

offiziere, im febenden Seere gut gedient haben.

Der Konigl. Regierung (bem Konigl. Polizeiprafibio) wird foldes bierburch nachrichtlich befannt gemacht.

Berlin, den 7. Movember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

105.

Restript an die Königl. Regierung zu Magdeburg, die Bollstreckung von Polizeistrafen auf Requisition aus, sandischer Behörden betreffend.

Der Königl. Regierung erwiedere ich auf die Anfrage bom 18. v. M., wegen der Bollftredung von Polizeistrafen auf Requisition ausländischer Behörden, daß Diefelbe Sich nach den in dem Restripte v. 5. März 1837. (Annal. S. 21. Nr. 22.) der Königl. Regierung zu Minden eröffneten Grundsäpen zu richten hat und Ihr überlassen bleiben muß, tanach sowohl tie herzoglich Anhaltsiche Regierung mit Antwort, als auch den Magistrat zu Gr. Salze mit Anweisung zu versehen.

Berlin, ben 16. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

B. Cenfurmefen und Buchhandel.

106.

Restript an die Konigl. Regierung zu Uchen, den Berstehr der Schriftseller mit ihren eigenen Schriften betreffend.

Bei dem Berkehr der Schriftsteller mit ihren eigenen Schriften ift, wie auf den Bericht vom 29. Oftober b. 3. erwiedert wird, ein Unterschied zu machen, je nachdem berfelbe als stehendes Gewerbe, oder im Umberziehen ausgeübt wird.

Was ben Berkehr innerhalb der Granzen des stehenden Gewerbebetriebs anlangt, so ist dagegen, wenn der betreffenden Schrift
die Censur Erlaubnis ertheilt ist, polizeilich nichts einzuwenden.
Auch kann ein Schriftseller, welcher ein einzelnes von ihm vers
fastes Wert selbst verlegt und verkauft, von der Gewerbesteuer
frei gelassen werden. Wer jedoch periodisch erscheinende Schriften,
als Zeitungen, Journale, überhaupt Zeitschriften, wenn auch von
ihm selbst redigirt, herausgibt und verkauft, unterliegt der Steuer
vom Sandel.

Dagegen ist ben Schriftsellern niemals zu gestatten," mit ih: ren eigenen Schriften einen Sausirhandel zu betreiben. Wollen bieselben ferner außerhalb des Polizeibezirks ihres Wohnorts Substriptionen auf ihre eigenen Schriften im Umherziehen suchen, so barf dies nur auf Grund eines mit 12 Athlie. einzulösenden Gewerbescheins geschehen. Sinsichtlich der Ertheilung eines solchen Gewerbescheins kommen die Bestimmungen des Cirkulars vom 10. Marz 1838. (Unnal. S. 155. Nr. 142.) zur Anwendung.

Berlin, ben 28. Dezember 1839. Der Minifter bes Innern und ber Polizei. Der Finanzminiffer. v. Roch ow. Graf v. Alvensleben.

107.

Reffript an ben Konigl. Oberprafibenten ber Provinz Brandenburg, die Fortlassung unstitlicher Schriften aus ben Bucher-Auktionskatalogen betreffend.

In bem mir vorliegenden Bergeichniffe ber von bem verftorbenen Professor N. und Andern hinterlassenen Bucher 2c., welche hier bei bem Auftionskommissarius N. versteigert werden follen, sind unter andern folgende Schriften aufgeführt. 2c. Diefelben gehören, wenn gleich nicht ju ben ausbrudlich verbotenen, doch jedenfalls wegen ihres unfittlichen Inhalts ju benjenigen Schriften, welche nach bem Cirfular: Erlaß vom 28. Dai 1837. (Annal. S. 135.) nicht öffentlich angefündigt werben burfen.

Guer Erzelleng wollen daher behufs der funftigen Berhutung folcher Mifgriffe das Erforderliche fowohl an den Auftionetommif-

farius N., als auch an ben betreffenden Cenfor erlaffen.

Berlin, ben 22. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

C. Polizei der ersten Lebensbedurfnisse.

108.

Eirkular. Schreiben bes Konigl. Dberprasidenten der Rheinproving an die Konigl. Regierungen in berfelben, ben Berkauf von Brennmaterialien für die armere Bolksklasse betreffend.

Der umfiehend abschriftlich mitgetheilte Auffat (Anl. a.) über bie Errichtung öffentlicher Anftalten für Brennmaterialien-Berfauf an die durftige Rlaffe im Rönigreich Sachsen nach Grundfagen, welche meines Erachtens sehr zwedmäßig erscheinen, veranlaßt mich, Eine Königl. 2c. Regierung auf biesen, für die Armenpflege so wichtigen Gegenstand unter dem Bunsche ausmerksam zu machen, daß auch in hiesiger Provinz, wo die Berhältniffe dazu auffordern, ahnsliche Anstalten ins Leben gerufen werden möchten.

Die Erfahrung bes laufenden Jahres, wo burch die Bemmung ber Schifffahrt die Brennmaterialien an vielen Orten ju ungewöhnlicher Sohe gesteigert sind, und in dieser Beziehung große Berlegenheit zu beforgen ift, wenn ohne vorherige Fluth anhaltende Ralte eintreten sollte, lagt das Bedurfniß solder Unstalten lebhaft empfinden, so daß gerade jest die Gemeindebehörden am meisten

barauf einzugeben geneigt fein mochten.

Die Bereitwilligkeit des Geheimen Staatsminiffers, Serrn v. Ladenberg Erzellenz, solchen, der Wohlthätigkeit gewidmesten Anstalten durch Solzabgabe aus Königl. Forsten nach der Sare, zu Sulfe zu kommen, durfte um so weniger zu bezweisfeln sein, als alijährlich nicht unbedeutende Quantitäten von Brennsholz zu sehr ermäßigten Preisen aus Königl. Forsten an die Durfstigen abgegeben werden.

Cobleng, ben 9. Dezember 1839.

Der Oberprafibent ber Rheinproving. A. M. v. Schleinit.

Breinmaterial Derkauf fur Urmere in Sachfen.

Schon feit einigen Jahren hat man fich in Sachsen, nach bem Borsgang einiger größeren Stadte, die Errichtung öffentlicher Bertaufe-Uns statten fur Brennmaterial angelegen sein lassen, durch welche der unbemittelten Wolfstafie Gelegenheit geboten werden soll, sich mit diesem unentbebrlichen Lebensbedurfniß auch in den fleinsten Quantitaten, ohne

Steigerung bes Preifes, gu verforgen.

Umtlichen Nachrichten jufolge, war gegen Ende des Jahres 1838., einige schon seit langerer Zeit beniehende Holzverkaufkanstalten mit eingerechnet, bereits in 30 — 40 Städten und 70 — 80 Dorfern ein solcher Brennmaterial. Berkauf, fast ausschließend für Nechnung der Kommusnen, ziemlich zwecknistig eingerichtet. Abgesehen von der Wohltbätigteit dieser Anstalten für die armere Klasse, gewähren dieselben zugleich das wirksamste Schukmittel für die öffentlichen und Privatwaldungen, was bei der fast allerwärts steigenden Theuerung des Brennmaterials von der höchsten Wichtigkeit ist. Der Wunsch des Ministeriums ist:

1) bag nur biefenigen Einwohner, die fich ihren Bedarf an Brenns material nicht in größeren Quantitaten anzuschaffen vermogend find, bergleichen in ber Berkaufsanstalt erhalten;

2) bag in feinem Fall unentgelbliche Berabfolgung von Brennmate.

rial fattfinde;

3) bag bie Berkaufspreise alliabrlich bergestalt bestimmt werden, dag, mit Einrechnung ber unvermeidlichen Regietopten, die Ausgaben gebeckt find; und

4) daß an jedem Ort ein bestimmtes Maximum fur jede Sorte des vertäuslichen Brenumaterials feitgesett werde, über welches hinaus dieselbe theils im einzelnen Falle, theils an einen und denselben Einwohner im Laufe des Winters nicht abgelassen wird.

Das Finangministerium bat feine Bereitwilligfeit erflart, feitens ber Staatsforstverwaltung ben holzverkaufsanstalten, sobald fie zwede mäßig eingerichtet find, auf angemessene Beise Borfcub ju leiften.

D. Ordnunges und Sitten : Polizei.

109.

Refolution an ben Prediger N., daß nachgesuchte und allerhochst gestattete Namenveranderungen auf amtlischem Wege nicht publigirt werden.

Ew. ic. erwiedert bas unterzeichnete Ministerium auf die Gingabe vom 15. d. M., baß diesseits keine Beranlassung besteht, es burch öffentliche Blätter zu publiziren, daß bes Konigs Majestat ben aus ber She Ihrer Tochter mit dem Prediger K. herstammenben brei Enkeln allergnädigst gestattet haben, den Familiennamen

B. ju führen. Guer zc. bleibt es hiernach lediglich überlaffen, Diefe Rameneveranderung Gelbft auf Die gerignete Beife gur Publigitat ju bringen, wenn Gie bies fur munichenewerth erachten.

Berlin, ben 23. November 1839.

Ministerium des Innern. Erfte Abtheilung. v. Debing.

110.

Reffript an die Ronigl. Regierung gu Erfurt, betrefe fend ben Nachweis ber rechtmäßigen Berlaffung bes bisherigen Gefinbebienftes.

Auf Die unterm 18. v. M. eingereichten Berhandlungen bes polizeilichen Berfahrens gegen ben Begebaumeifter N., wegen Miethung einer Dienstmagt ohne ein fchriftliches Dienstzeugniß, betreffend, eröffnet bas Ministerium bes Innern und ber Polizei ber Ronigl. Regierung auf bie in Betreff ber Gefinde Dienstents

laffungefcheine gemachte allgemeine Anfrage, Folgendes. Rach §. 9. ber Gefinde. Ordnung vom 28. Rovember 1810. muffen Dienftboten, welche ale folde icon vermiethet gemefen, bei bem Antritte eines neuen Dienftes bie rechtmäßige Berlaffung ber vorigen Berrichaft nachweifen, und nach ben &g. 11. und 12. haben Serrichaften, welche ein Gefinde annehmen, ohne fic Diefen Nachweis fuhren gu laffen, nicht allein nach ben Umftanben bie Bieberaufhebung bes Miethevertrages ju ermarten, fondern in jebem Ralle auch eine Gelbftrafe von 1 bis 10 . Thalern verwirft.

Auf welche Urt die rechtmäßige Berlaffung bes früheren Dienftes von bem anziehenden Gefinde ber neuen Berrichaft nachgewiesen werden foll, ift burch die Gefinde Dronung nicht aus. brudlich vorgeschrieben. Da foldes jedoch fur die neue Berrichaft am ficherften und zugleich fur alle Theile am bequemften burch ein fdriftliches Zeugniß erfolgt, fo verpflichtet §. 171. Die Berrichafs ten, bem abziehenden Gefinde einen ber Dahrheit gemäß ausgeftellten Dienstentlaffungeschein zu ertheilen. Dag biefe Berpflich. tung inbeffen nur bann eintrete, wenn bas abziehenbe Befinde eis nen folden Schein verlangt und bie Berrichaft gur Ausstellung beffelben in ben Stand fest, geht unzweifelhaft baraus bervor, bag bie Berrichaft nicht gehalten ift, bas vorschriftemäßig baju erforderliche Stempelpapier anguschaffen, ohne beffen Gebrauch fie Stempelftrafe verwirten wurde. Deshalb ift auch ber Berrichaft fur Unterlaffung ber Ausstellung eines Dienftentlaffungsicheines feine Strafe angebrobet, fondern nur Die mahrheitswidrige Ques ftellung verpont morben.

Die Berfflichtung bes abziehenden Gefindes, unter allen Um fianden fich die rechtmäßige Berlaffung des bisherigen Dienfies durch ein schriftliches Abschiebszeugniff bescheinigen zu laffen, kann aus dem Gesetze nicht gefolgert werden; nach der Fassung des §. 9. muß vielmehr den Dienstboten die Art des Nachweises der rechtmäßigen Dienstverlaffung überlaffen, und der neuen herrschaft anheimgestellt bleiben, ob sie den gewählten Nachweis zu ihrer Sicherheit für genügend, oder einen schriftlichen Entlassungsschein für erforderlich halt.

Siernach bat bie Ronigl. Regierung in bem vorliegenden

Einzelfalle und kunftig zu verfahren. : Berlin, den 7. November 1839.

Minifterium bes Innern. Polizei: Abtheilung. v. De bing.

111.

Reffript an bie Konigl. Regierung zu Arnsberg, und Abschrift an' die Konigl. Regierung zu Trier, die erlaubsten Ausspielungen in Privatzirkeln betreffend.

Auf ben Bericht vom 22. v. M. wird ber Ronigl. Regie-

rung Folgendes eröffnet.

Die Allerhöchfie Rabinets Orbre v. 20. Marg 1827. (Gef. Samml. S. 29.) bestimmt gang beutlich, bag nur diejenigen Privatausspielungen, welche in Privatzirkeln jum Zwed eines geselligen Bergnügensoder ber Milbthätigkeit veranstaltet werben, erlaubt find.

Siernach konnen zwar Ausspielungen in geselligen Rreisen, auch in sogenannten Resourcen, Glubs zo vorgenommen werden, wenn sie wirklich nichts weiter als Erhöhung des geselligen Bergnügens oder einen reinen Alt der Mildthätigkeit bezwecken; das gegen ift nicht zu gestatten, daß außerhalb solcher geselligen Kreise Unterschriften zu bergleichen Ausspielungen gesammelt werden.

Eben so wenig ift nachzugeben, daß Effetten hülfsbedurftiger Personen zu beren Unterstügung andere als in den oben angezeigzten geselligen Kreisen ausgespielt werden, und soll eine dergleichen Ausspielung mit einer gewissen Offentlichkeit, b. h. außerhalb der Granzen einer geschlossenen Privatgesellschaft, erfolgen, so ist dazu allerdings höhere Genehmigung nothwendig, wie die Königl. Resgierung selbige in Fällen dieser Urt mit Recht eingeholt hat.

Bas das fogenannte Ausspielen beweglicher Gegenftande (auf Regelbahnen, Schiefftatten 2c.) betrifft, fo ift diese Art des gefelligen Bergnugens in fo weit als erlaubt zu betrachten, als das Ausspielen Diefer Art in ben Grangen bleibt, in welchen Spiele um Gelb nach ben Befegen nicht ju ben verbotenen gehoren.

Obwohl nicht angenommen werden fann, daß die Konigl. Regierung zu Trier durch die in dem Berichte erwähnte Bekannts machung vom 10. Dezember 1837. die hierin bezeichneten Granzen der erlaubten Ausspielungen hat überschreiten wollen, so ift derfelben dennoch eine Abschrift gegenwärtiger Verfügung zur gleichs mäßigen Beachtung zugefertigt worden.

Berlin, ben 28. Dezember 1839.

Der Minister des Innern und der Polizei. Der Finangminiffer. v. Rochow. Gr. v. Alven eleben.

112.

Cirkular : Restript an sammtliche Konigl. Regieruns gen, sowie an bas Konigl. Polizei : Prafidium hieselbst, die Beaufsichtigung bestrafter jugendlicher Berbrecher betreffend.

Das Ministerium seht zwar voraus, daß die Königl. Regierung darauf bedacht sein werde, den Ocrselben untergeordneten Bes börden die unausgeseste Ausmerksamkeit auf die bestraften jugends lichen Berbrecher zu empfehlen, und, da die polizeiliche Aussicht allein nicht ausreichen kann, dazu auch die Hilfe der Geistlichen und anderer für den Zweck sich interessirenden Personen in Anspruch zu nehmen. — Dasselbe sieht sich aber, weil die eingereicheten Listen über die zur Besseung der bestraften Kinder getrossen Waßregeln oft gar nichts, oder bloß die Bemerkung: "unter polizeiliche Aussicht gestellt" enthalten, veranlaßt, die Königl. Rezgierung hierauf besonders ausmerksam zu- machen, und erwartet, daß in dieser Beziedung die bestimmten Notizen in die einzureis chenden Nachweisungen ausgenommen werden.

Berlin, den 28. Oftober 1839.

Ministerinm der geiftlichen, Unterrichtes und Mediginal : Angel. b. Altenftein.

113.

Cirkular-Reskript an sammeliche Königl. Konsistorien, ausschließlich desjenigen der Provinz Sachsen, die Zussammenkunfte junger Leute beiderlei Geschlechts in den sogenannten Spinnstuben betreffend.

Das Konigl. Ronfistorium der Proving Sachfen hat fich, um

ben fittenverberblichen Ginfluß, ben bie Bufammenfunfte junger Leute beiberlei Befchlechts in ben fogenannten Spinnfluben haben, möglichft entgegen gu mirten, ju einer allgemeinen Berfugung veranlaßt gefeben. Das Minifterium halt Diefen Erlaß fur grede magig, und fommunigirt bem Ronigl. Ronfiftorium eine Abichrift bavon bierneben gur Renntnifnahme. (Unl. a.)

Berlin, ben 3. Dezember 1839.

Miniflerium ber geiftlichen, Unterrichtes und Dediginal: Ungel. v. Labenberg.

Es ift bei und ber fittenverberbliche Ginflug, ben bie Bufammen, funfte junger Leute beiberlei Gefdlechte in ben fogenannten Spinnftus ben haben, in ernste Berudsichtigung genommen, und haben die Ro-nigl. Regierungen der Proving nicht nur aus allen Kreisen ihres Be-girfs genaue Nachrichten über das in den Spinnfluben berrschende Uns mefen eingezogen und uns mitgetheilt, fondern auch megen Entfernung ber fittliden Rachtheile, welche jene Busanmentunfte baben tonnen, und gur Borbeugung berfelben an die Landrathe ibres Departements mit Rudficht auf die allgemeinen polizeilichen Gefete und die in ben ver-Schiedenen Rreifen noch geltenden provinziellen Bestimmungen bas Erforderliche erlaffen.

Em. zc. werden die Bichtigfeit diefer Ungelegenheit gewiß geborig murdigen, und es nicht verfennen, daß es in der Ratur ber Sade felbit Betrogen, daß wenn die der Sittlichkeit in jeuen Zusammenkunften brobende Gefahr wirklich entfernt werden foll, polizeiliche Borfchriften und Ansftalten allein nicht ausreichen, sondern daß bier durchaus eine treue und umfichtige Geelforge ber Beiftlichen fich wirkfam erweisen und bem

übel entgegen arbeiten muß.

Bir tragen Ihnen daber auf, die Beiftlichen Ihrer Ephorie brinwill iragen Innen buper auf, Die Sciplingen Iprer Ephorie brin-gend aufzufordern, jenem Unwefen durch eine weise und gemuthliche Einwirtung auf die Schuljugend, auf die ber Schule entwachsenen Junglinge und Madden, und besonders auf die hausvater und haus-mutter nach Araften zu fleuern, und ba, wo sich Unfittlichkeiten bemerklich machen, die eine weitere Einwirfung erfordern, uber fpes gielle Falle burch Sie an und zu berichten.

Magbeburg, ben 23. Oktober 1839.

Ronigl. Ronfisiorium der Proving Sachsen. v. Stolberg.

fammtliche Superintenbenten ber Proving Sachfen.

E. Pag , Polizei.

Restript an die Ronial. Regierung ju Erier, die Ers theilung Preuß. Paffe an fremde Unterthanen betreffend.

Der Ronigl. Regierung wird auf die Anfrage vom 10. v.

M. über bie Ihr zweifelhaft erscheinenben Bestimmungen bee Cirfular. Restripts vom 10. Oftober d. J., ") in Betreff ber Ertheis lung Preußischer Paffe an fremde Unterthanen Folgendes eröffnet.

Bu 1. Unter den diesseitigen Polizeibehörden, welche nach der im §. 1. dieses Restripts enthaltenen Festsegung nicht für befugt zu achten sind, fremden Unterthanen zum Eingange in die Königl. Staaten, zu Reisen oder zum Aufenthalte innerhalb Landes, oder zur Reise in das Ausland, Preußische Passe zu ertheiten, sind nicht die Regierungen, sondern nur die zur Berwaltung der Paspolizei berufenen Losal: und Kreisbehörden verstanden worden. Dies ist um so weniger zweiselhaft, als die Regierungen, wie die Königl. Regierung selbst anführt, nach §. 5. des Restripts autorisirt sind, von jener Regel auch außer den auserücklich angegebenen Ausnahmen, in jedem einzelnen Falle eine Abweichung zu gestatten.

Dagegen ift es

au 2. nicht wohl thunlich, die Falle, in benen folde Albweischungen von ben Regierungen gestattet werden durfen, speziell zu bezeichnen. Es muß vielmehr bem umsichtigen Ermessen derselben überlassen bleiben, ob und in welchen Fällen wegen Dringlichseit ber Reise ober aus sonstigen erheblichen Ursachen bei ganz unversdächtigen Aueländern von obiger Regel abgewichen und die Aussstellung Prensischer Passe für dieselben, sei es nun zu Reisen im Inlande ober nach dem Auslande, genehmigt werden können.

Wenn endlich

ju 3. unter Mr. 7. angeordnet ift, daß in ben, in bem Resffripte felbst aufgeführten Fällen, in welchen Ausländern Paffe zur Reife innerhalb Landes ertheilt werden durfen, biese nur von denjenigen Behörden, welche Eingangspässe ausstellen, bewilligt werden sollen, so können unter diesen Behörden keineswegs blos die Regicrungen verstanden werden, da die Ausstellung von Eingangspässen nicht bloß von ihnen, sondern mehrentheils von den damit beauftragten Unterbehörden erfolgt.

Berlin, ben 6. Dezember 1839.

Der Minifter des Innern und ber Polizei. v. Rochow.

*) im 1ten Befte, G. 179.

115.

Reffript an die Konigl. Regierung zu Gumbinnen, die Legitimation der mit Gewerbescheinen versehenen Reis senden betreffend.

Die Konigl. Regierung erhalt auf ben Bericht bom 25. Geps

tember b. 3., in Betreff ber Legitimation ber mit Gewerbeicheis nen versehenen Reisenden anliegend Abschrift eines Restripts an die Regierung zu Erier vom 28. Januar 1831. (Unl. a.), um baraus zu erfeben, daß bas von Derfelben allegirte Girfular , Reffript vom 21. Dezember 1830. (Unnal. G. 803.) nur auf Mues lander hat bezogen und in' ben Borfdriften über bie von Inlanbern ju führende Legitimation nichts hat geandert werben follen.

Berlin, ben 2. November 1839.

Minifterium bes Innern. Polizei-Abtheilung. b. Debina.

Das Berfahren, welches bie Ronigl. Regierung nach Ihrem Bestichte vom 6. d. M. bei Ertheilung der Gewerbescheine bieber hat bes obachten laffen; ift gang angemeffen. Auch ift die Berffigung vom 21. Dezember v. 3., wegen Benutung der Gewerbescheine als Legitimas tions-Dofumente fur Reisende, wie fich schon aus dem Eingange berfeltione neue Berbindlichkeit auferlegt worden, vielmehr bewendet es in Anfebung derfelben bei der Borichrift des bort angejogenen Baffebifts.

Berlin, den 28. Januar 1831. Der Minifter des Innern und der Polizei. v. Brenn.

bie Ronigl. Regierung ju Erier.

116.

Refolution an ben Ronigl. Polizeibireftor ju Uchen und abschriftlich an die Ronigl. Regierung bafelbft, betrefs fend die Ertheilung von Wanderpaffen über bas 30fte Lebensjahr hinaus.

In ber Auslegung ber Borichrift bes Banber : Regulativs pom 24. April 1833. §. 1. lit. c., welche babin lautet,

daß Banderpaffe nur folden Inlandern ertheilt merden follen, welche bas 30fte Lebensjahr noch nicht über-Schritten, auch nicht ichon vorher 5 Jahre auf ber Bans berfchaft jugebracht haben,

muß ich, wie Em. Sochw. auf die Anfrage vom 7. Geptember b. . 3. eröffnet wird, der Unficht ber bortigen Konigl. Regierung bei. treten, und für julaffig erachten, daß bem Ertrahenten eines Wans berpaffes, welcher noch nicht 30 Jahr alt ift, in Ermanges lung befonderer entgegenftehenden Bedenten, ein folder Daß auch bann ertheilt werde, wenn beffen Dauer fich über Diefes Alter bes Extrabenten binaus erftreden follte.

Diefe Auslegung entfpricht nicht nur bem Bortfinn jener Bor. Borschrift, sondern auch dem Zwede berselben, welcher dabin geht, zu verhüten, daß Bersonen, welche: über 30 Jahre alt sind, sich noch auf die Banderschaft begeben und sich dadurch an eine umberschweisende Lebensweise gewöhnen, nicht aber diesenigen, welche eine früher angettetene Banderschaft fortsehen, an dieser Fortsehung zu hindern und an den Zeitpunkt des erreichten 30sten Lesbensjahres die Berpflichtung zur Nücksehr in die Heimath zu knupfen. Berlin, den 12. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Poligei. v. Rochow.

117

Restript an dir Konigl. Regierung zu Marienwerder, baß Taubstumme vom Wandern als Handwerkogefellen nicht auszuschließen seien.

Der Ronigl. Regierung wird auf die Anfrage bom 22. Juli b. J. eröffnet, daß die allegirte Bestimmung des g. 1. b. bes Regulative vom 24. April 1833. in Betreff Des Banderne ber Bewerbegehülfen ben Zwed hat, ju berhuten, baf Sandwertegefellen fich frant auf bie Banderschaft begeben und durch die fich bemnachft ergebende Rothwendigfeit ihrer argtlichen Behandlung andes ren Kommunen laftig werben. Dazu fommt, baf in ben Stabten bie Rurfoften fur einen frant eingewanderten Gefellen ben Bewerbes und event. ben Rammereitaffen ohne Unfpruch auf Erfat gegen deffen Seimatheort gur Laft fallen, und es Daber ordnunge. mibrig und ungulaffig fein murbe, ju geffatten, baf Sandwerteges fellen ihre Banderichaft frant antreten. Sieraus folgt aber, daß jene Borfdrift nicht auf folche Individuen bezogen werden fann, welche, wie Saubstumme, an einem organischen Tehler leiben, ber ein Beilverfahren überhaupt nicht erfordert. In biefer Beziehung fonnen feine generellen Borichriften ertheilt, fondern es muß in jedem ipeziellen Falle ber Beurtheilung ber Behörde überlaffen werden, ob die Ausstellung eines Wanderpaffes fur ben mit einem folden Fehler behafteten Gefellen für julaffig ju erachten fei.

Da nun der taubstumme Geselle N. sich schriftlich sehr gut und mundlich nothdurftig verständiger kann, so scheint ein triftiger Grund, ihm die Ertheilung eines Wanderpasses zu versagen, nicht vorhanden zu fein. Das Bedenken, daß ihm Berlegenheiten auf der Reise entstehen konnten, und daß es ihm vielleicht an Gelez genheit zu einem Unterkommen mangeln werde, ist aus seinem eigenen Interesse hergenommen, und fällt weg, wenn er und sein Bormund dessenungeachtet die Erlaubniß zum Antritt seiner Wans

Unnalen. heft IV. 1839. DR m m

berfchaft nachsuchen. Die Ronigl. Regierung hat nur barauf zu achten, bag hierzu ber Besit ber erforberlichen Reifemittel nachge-wiefen werbe.

Berlin, ben 23. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. b. Rochom.

118.

Reffript an bie Ronigl. Regierung zu Magbeburg, bas Wanbern ausländischer judischer Sandwerksgesellen betreffenb.

Auf ben Bericht vom 17. b. M. wird ber Königl. Regies rung erwiedert, daß dem judischen Schmiedegesellen N. aus Jutiland ber Aufenthalt in Salberstadt und das Wandern in dem Lande jenseits der Elbe gestattet werden kann. Das Mandern biebseits der Elbe aber ift, da der ic. N. nicht zu den Sandwerksegesellen aus den beutschen Bundesstaaten gehört, nach §. 34. des Geses vom 11. März 1812. nicht zu gestatten.

Berlin, ben 30. Oftober 1839.

Minifterium bes Innern. Erfte Abtheilung. v. Debing.

F. Sicherheits , Polizei.

,119.

Restript an die Konigs. Regierungen zu Breslau, Liegniß und Oppeln, die Aufbringung der polizeilichen Detentionskosten für aufgegriffene Bagabunden und Bettler betreffend.

Der fünfte ichlefische Provinzial Landtag hat auf eine Erlauterung der Allerhöchften Kabinets Drbre vom 28. Juli 1836. (Gef. Samml. S. 218.), welcher zufolge in Polizei Untersuchungen die baaren Auslagen von Seiten des fori domiciki nicht erflattet werden sollen, dahin angetragen, daß dieselbe auf die Transport, und Haftosten für Bettler und Bagabunden feine Unwenbung finde.

Da bie, biefem Antrage jum Grunde liegende Annahme, baß jene Allerhochfte Bestimmung fich auch auf die Verbindlichfeit zur Erstattung ber lettgebachten Roften beziehe, auch bei ben Provinzialbehörben Eingang gefunden hat, so wird in Folge eines Staats-

minifterial-Befchluffes ber Ronigl. Regierung hierburch eröffnet, bas

Diefe Unficht nicht die richtige ift.

Denn, obgleich die erwähnte Allerhöchste Ordre von ihrer allgemeinen Bestimmung, daß die Erstattung der Rosten polizeilis cher Untersuchungen und Bestrasungen durch das forum domicilii nach wie vor nicht stattsinden solle, die durch Aufgreifung und Ginfperrung ze. ber Bettler und Bagabunden entfiehenden Roften nicht ausdrudlich ausnimmt, fo ift boch, wie ber biesfällige, jener Orbre vorangegangene Bericht bes Konigl. Staatsminifteriums ergibt, feinesweges beabsichtigt worden, hinsichtlich ber lettgebachten Roffen eine Abanderung ber beftebenden allgemeinen und befondern Borfchriften bei Gr. Majestat in Antrag ju bringen. Der Bes fchluß der Mehrheit ift vielmehr geradeju bahin gegangen, baf bie Bestimmung wegen Richterflattung polizeilicher Untersuchungs: und Straffoften burch bas forum domicilii, auf Die Roften ber Huf. greifung und Ginfperrung ber Bettler und Bagabunden feine Anwendung finde.

Es unterliegt baber teinem Zweifel, baf bie burch bie Allerhochfte Orbre vom 28. Juli 1836. ergangene Feftfegung nur in biefer von dem Konigl. Staatsministerio befürworteten Befchrantung ju verfteben, mithin nicht anzunehmen ift, bag burch biefelbe bie in Betreff ber Berpflichtung gur Tragung ber Aufgreifungs: und haft: 20. Roften fur Bettler und Bagabunden beftehenden allgemeinen und befondern Bestimmungen fur aufgehoben gu erachten find. Lettere muffen vielmehr auch in der dortigen Pro-ving nach wie vor zur Anwendung fommen, und bemgemäß hat die Königl. Regierung in Zufunft nicht allein Gelbft zu verfahren, fondern auch durch die untergeordneten betreffenden Behorden ber-

fahren zu laffen.

Berlin, ben 13. Dezember 1838.

Der Minifter bes Innern und ber Boligei. b. Rochom.

120.

Reftript an bie Konigl. Regierung zu Breslau, bie Auf-bringung der polizeilichen Detentionstoften fur aufgegriffene Bagabunden und Bettler betreffend.

Die Ronigl. Regierung hat in bem Berichte vom 1. Mai b. 3., in welchem Diefelbe in Betreff ber Muslegung bes 6. 9. bes fünften Ochlefischen Provinzial. Landtagsabichiebs und des Refripts vom 13. Dezember v. J. anfragt, richtig angenommen, baß burch die barin enthaltenen Bestimmungen eine neue Anord. Mmm 2

nung in Bezug auf die Berpflichtung jur Tragung ber polizeitle den Detentionefoften fur aufgegriffene Bettler und Bagabunden nicht beabsichtigt worben fei.

Schon in bem Cirfular Reffripte bom 8. Februar 1832.

(Annal. G. 150.), welches feftfett,

baß ber eine Erstattungsverbindlichkeit bes fori domieilil bes grundende § 623. ber Kriminals Ordnung auf polizeiliche

Unterfuchungsfoffen nicht ausgebehnt werben tonne,

war vorbehalten worden, daß dadurch die Borschriften in Betreff ber Erstattung der Kosten, welche aus der Detention und dem Transport der Bettler und Bagabunden entstehen, überall nicht berührt worden, b. h. — wie in dem Restripte vom 25. März 1832. (Unnal. S. 151.) näher ersäutert worden ist — daß durch diese Anordnung in den auf derartige Kosten bezüglichen Borsschriften nichts geändert werden solle. Es konnte daher eine Berspssichtung des fori domicilii zur Erstattung jener Rosten, wenn sie nicht in den bestehenden Gesetzen gegründet war, aus dem Sirkular-Restripte vom 8. Februar 1832. nicht hergeleitet werden.

Die Allerhöchste Rabinets Drbre vom 28. Juli 1836. hat nun ben Grundsat dieses Reftripts wegen der Nicht anwendbarskeit des § 623. der Rriminal-Ordnung auf polizeiliche Untersuchungskosten bestätigt, und ist in sofern noch weiter gegangen, als sie nicht bleß hinsichtlich der Rosten der Untersuchung, sondern auch der Bestrasung bei Polizei Kontraventionen die Erstatung ausschließt. Diese Disposition der gedachten Ordre war ganz allgemein, und ließ baher die Folgerung zu, daß dieselbe auch auf die Rosten der Detention oder Einsperrung der Bettler anzuwenden sei, mithin in dieser Beziehung die bestehenden prooinziellen und allgemeinen Borschriften, in sofern durch dieselben eine Erstattung vorgeschrieben sei, abge andert habe.

Diese burch ben Wortinhalt ber Allerhöchsten Ordre gerechtsertigte Folgerung ist aber ber Absicht berselben entgegen, benn in dem Berichte des Königl. Staatsministerii, auf bessen Antrag sie erlassen worden ist, war ausdrücklich vorbehalten, daß die vorgeschlagene Bestimmung auf die Kosten der Ausgreisung und Einsperrung der Bettler und Bagabunden feine Anweidung sinden solle, und es unterliegt feinem Bedenken, daß, wenn gleich dieser Borbehalt in die Ordre nicht ausdrücklich ausgenommen worden, lettere doch nur in der dadurch gegebenen Beschränsung anzuwenden sei. Dieses ist den auf dem letten Landtage versammelt gewesenen Ständen der dortigen Provinz durch den §. 9. des Landtagsabschiedes eröffnet worden, nachdem ihr Antrag, die Allerhöchste Ordre dahin ab zu an dern, daß sie auf die in Rede stehenden Kosten keine Anwendung fände, ergeben hatte, daß dieses

Gefct von benfelben in der obgedachten Beife unrichtig: ansgelegt worden mar. Diefelbe Eröffnung ift in dem Reffeipte vom 13. Dezember v. J. enthalten, welches an die brei Schlefischen Regierungen um beswillen erlaffen worden ift, weil jene irrige Auslegung auch von Seiten mehrerer Berwaltungsbehörben der bortis

gen Proving festgehalten worben mar.

Mus bem Borftehenden folgt nun, baf, wenn es fich um bie Roffen einet polizeilichen Untersuchung und Beftrafung von Bettlern und Bagabunden handelt, junachft gepruft werden muß, ob und mas wegen biefer Roften burch provingielle ober allgemeine Borfdriften feftgefest worben ift, weil biefe burch bie Allerhochfte Rabinets . Debre vom 28. Juli 1836. nicht haben mobifigiet werben follen und auch nicht mobifigirt worben find. In Ermangelung propinzieller Bestimmungen, murbe in Unsehung ber Bettler Die Borichrift Des Allgemeinen Landrechte Th. II. Dit. 19. §. 23. u. 24. Unwendung finden, wonach biefelben aufgegriffen und an ben Angehörigfeiteort auf beffen Roften abgeliefert merben follen, welcher mithin auch die Beftrafung, wo fie eintreten muß, ju voll: ftreden, ober, wenn vermoge befonderer Unordnung Die Ginfperrung in bem Begirte, in welchem bie Aufgreifung erfolgt ift, ftatt. findet, die badurch verurfachten Roften erfeten muß, wobei ich binfichtlich ber einem andern Landarmen-Berbande gur Laft fallenden Bettler auf bas Reffript vom 14. August 1817. (Unnal. 4. Seft G. 197.) verweife, burch welches, lediglich jur Bermeibung von Schreibereien und gegenseitigen Berechnungen, Die bis bahin erfolgte Erffottung berartiger. Roften von einer Proving an bie ans bere beseitigt worden ift.

In Ansehung aller andern Polizei-Kontraventionen und polizeilicher Untersuchungen kann aber in Ermangelung anderer diesfälligen Borschriften, da, wo keine Erstattung vorgeschrieben ist,
eine solche auch nicht gefordert werden, da eine analogische Auwendung ber Kriminal-Ordnung nach der mehrgedachten Ordre
vom 28. Juli 1836. nicht Plat greift und das in dieser Ordre
ausgesprochene Prinzip bei polizeilichen Untersuchungen überall Anwendung sinden muß, da eine solche Erstattung nicht ausdrücklich

porgefdrieben ift.

In Betreff ber Rosten bes Transports, hinsichtlich beren biefe Orbre teine Festsehung enthält, muffen lediglich bie Borschriften ber Transport Instruktion, wie die Königl. Regierung mit Recht

angenommen hat, maßgebend fein.

Bas nun aber bas von Derfelben in Bezug genommene Jubifat betrifft, welches in bem Prozesse bes Fissus wider ben bortigen Magistrat in Ansehung ber Transports und Detentionstoften ber in Breslau festgehaltenen oder borthin zu bringenden muthwils

ligen Bettler und Bagabunden jum Nachtheil des Fissus ergangen ift, so bin ich damit einverstanden, daß die dadurch herbeiges
führte unbillige Bevorzugung der dortigen Kommune gegen andere
Polizei-Jurisdiktionen im legislativen Wege auszugleichen sei. Wie dies zu bewirken, und durch welche anderweite Bestimmungen die nach der Ansicht der Königl. Regierung nicht anwendbaren, in jesem Judikate aber für anwendbar erklärten älteren Edikte, in so weit sie zene Kosten dem Fissus zur Last legen, zu modisiziren sein werden, darüber schweben bereits Verhandlungen ob, deren Resultate die Königl. Regierung abzuwarten hat.

Übrigens eröffne ich ber Ronigl. Regierung auf Ihre Anfrage in Betreff ber Auslegung biefes Urtels, bag auch bie Roften bes Transports ber ber Stadt Breslau angehörigen, borthin abgelieferten Bettler von bem Fistus getragen werden muffen, ba bie

allgemeine Reftfetung bes Urtels, .

wonach alle Roften, welche durch bas Aufgreifen und Transportiren ber in Breslau festgehaltenen oder dorthin zu bringenden Bettler und Bagabunden verursacht worden, vom Fistus bezahlt und refp. erstattet werden sollen,

eine Ausnahme überall nicht gestattet. Bas dagegen die berartigen, in der Bergangenheit aufgelaufenen Kosten betrifft, so geht aus dem Urtel erster Inianz bervor, daß die Alage auf Erstattung dieser Kosten vom Magistrat zurückgenommen und der Prozes nur über die Berpflichtung des Fissus an sich fortgesetzt worz den ist. Mit Rücksicht hieraus, und da überhaupt das Urtel wes gen der Kosten für die Bergangenheit nichts sessgeicht hat, ist hinssichtlich dieser res integra vorhanden, weshalb die Königl. Regies rung den vom Magistrat geltend gemachten Anspruch besondere zu prüfen haben wird. Sollte dieselde demachten Kosten ganz oder theils lung der vom Magistrat zu spezisienden Kosten ganz oder theils weise verpflichtet halten, so kann Sie alebann die Autorisation zu deren Anweisung mittelst zutachtlichen Berichts in Antrag bringen. Hiernach hat die Königl. Regierung auch den Magistrat dorläusig zu bescheiden.

Berlin, ben 4. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

121.

Restript an die Konigl. Regierung zu Konigsberg, Die Aufbringung ber Detentions, und Transportkosten für unvermögende Berbrecher betreffend.

Nachbem bas unterzeichnete Minifterium auf ben Bericht

ber Ronigl. Regierung vom 23. September b. 3. Beranlaffung genommen, mit bem Beren Juftigminifter über Die gwifden ber Ronial. Regierung und bem bortigen Oberlandesgerichte megen Auslegung ber Cirfular. Berfügung vom 8. Juli o.,

bie Berpflichtung jur Dedung berjenigen Roffen betreffenb, melde burch bie Bollftredung ber gegen unvermögenbe Berbrecher bis jum Rachweise bes ehrlichen Erwerbes erfannten

Detention entfteben.

obmaltenbe Meinungsverschiebenbeit in Rommunifation zu treten, wird ber Ronigl. Regierung die in Rolge beffen an ben bortigen Reimingli Genat feitens bes Beren Juftigminifters ergangene, bon Demfelben bieber mitgetheilte Berfugung vom 22. v. DR, im abe fdriftlichen Unichluß (a.) augefertigt, um baraus zu erfeben, baß jene Differeng im Ginne ber von ber Konial. Regierung gemache ten Untrage nunmehr befeitigt ift.

Berlin, ben 13. Dezember 1839.

Ministerium bes Innern. Erfte Abtheilung. b. Debing.

Der herr Minister v. Rochow bat mir mitgetheilt, bag ber Rri-minal . Genat des Ronigl. Oberlandesgerichts mit ber bortigen Konigl. Regierung über bie Austegung ber allgemeinen Berfchyung vom 4. Buli b. J. (Juflig-Ministerial-Blatt G. 261.) verschiedener Anficht fei, indem ber Rriminal-Genat jene Berfugung erftens auch auf vergane gene Folle beziebe, und zweitens auch bann gur Anwendung bringen wolle, wenn die durch die Detention und den Transport nach ber Polisgeie Gefangenanstalt erwachsenben Koften sonft nicht vom Kriminalfonds, fondern von ben Rommunen und Dominien ju tragen gewefen fein murben.

Diefe Unfichten bedurfen ber Berichtigung.

Bei der porangegangenen Korrespondeng mit bem Geren Minister v. Rochow ift auebrucklich jur Sprache gebracht worden, bag die Po-lizeisonds bergleichen Koften erst fur die Kolge zu übernehmen haben werden. In Betreff der bis zur Bekanntmachung der Berfügung vom Juli d. J. erwachsenen Detentions und Transportkoften verbleibt es bei bem fraberen Berfahren.

Eben fo wenig haben die Kommunen und Dominien, vielmehr nur der Rriminalfonds von der Erfiattung ber fraglichen Roften befreit wers

den follen.

Diernach hat fich ber Reiminal-Senat zu achten und ben Antragen ber bortigen Konigl. Regierung wegen Ginziehung folder Koften, Die por ber Bekanntmachung ber Berfigung vom 1. Juli b. 3. entitanben find, fowie unbefchrantt, wenn Privatgerichte. Berrichaften Die Unterfuchungefoften ju tragen haben, Statt ju geben. Berlin, den 22. November 1839.

Der Jufligminifter. Dabler.

ben RriminaleSenat bes Ronigl. Oberlandesgerichts ju Ronigsberg.

Reffript an bie Ronigl. Regierung zu Liegnis, die Reis nigung ber Transportaten betreffend.

Das unterzeichnete Ministerium muß sich, wie ber Konigl. Regierung auf ben Bericht vom 3. Dezember v. J. eröffnet wird in Betreff ber Reinigungstoften fur Transportaten im Allgemeinen, mit ber Ansicht einverstanden erklaren, welche bie Regierung zu Breslau in dem hier wieder beigehenden Schreiben vom 25. September v. J. (Unl. a.) entwickelt hat und welche auch mit dem Untrage der Königl. Regierung,

nach bem Grundfate, welcher wegen Erstattung bicfer Roffen in bem unterm 30. November 1827. (Annal. S. 998.) an bie Regierung zu Merschurg ergangenen Reffripte aufgestellt

ift, bort ebenfalls verfahren ju burfen.

feinesweges im Biberfpruche fleht.

Es unterliegt keinem Bedenken, daß das ebengedachte Resskript noch gegenwartig gur Anwendung komme, indessen rechtferstigt dasselbe nicht das Berfahren, welches die Königl. Regierung, im Widerspruche mit ber Ansicht der Regierung zu Breslau, besabachtet zu sehen wunscht.

Bunachft versteht es fich von felbst, bag bie fich als nothig ergebenbe Reinigung eines Transportaten, in fo weit es geschehen

fann, von biefem felbft zu bewirfen ift.

Cobann, aber muß bas unterzeichnete Ministerium auch bie Unficht ber lettgebachten Regierung fur Die richtige ertennen, baß unter ben von der Rommune bes Beimathsorts ober aus bem fonft verpflichteten Fonds ju gahlenben Transportfoffen nur bie Roffen einer einmaligen Reinigung, in fofern burch Diefelbe überhaupt Roften entfteben, aufgeführt werden burfen. Denn bas Bedurf. nif einer zweiten Reinigung fann, wenn es fich nicht etwa um eine Rur' handeln follte, aus bem Buftande bes Transportaten vor Ginleitung bes Transports nicht hergeleitet werben, fondern muß in bem Buftanbe bes Gefängniffes ober andern Mangeln mahrend bes Transports feinen Grund haben, fur beren nachtheilige Folgen ber jur Bezahlung ber Transportfoffen verpflichtete Konds aufzutommen feine Berbindlichfeit bat. Diefe Roften ning vielmehr-Diejenige Polizeibehorbe tragen, burch beren Schuld Diefelben erwachsen find. Kerner ift es auch von ber Regierung ju Bress lau mit Recht für bedenflich erachtet worden, der Polizeibehorde eines jeden Stationsorts, welche eine zweite Reinigung für nothig erachtet und bewirfen läßt, Die Befugniß einzuraumen, Die Roften berfelben bon bem ber hinterliegenden Station ju restitulrenben Betrage ber Transportfoften abzugiehen, und ihr foldergeftalt be-

finitiv jur Laft gu legen.

Wenn einem willführlichen Berfahren, wechfelfeitigen Animos fitaten und den fonfligen von der Regierung gu Breslau ermahn-ten Rachtheilen vorgebeugt werden foll, fo tann ein Diesfalliges. Berfeben und die daraus hervorgehende Bertretungsverbindlichfeit nur bon ber vorgefetten Behorde feftgeftellt merben.

Es ericheint baber angemeffen, baf jebe, auf einem Erans. porte begangene berartige Rachlaffigfeit von ber Polizeibehorbe bes folgenden Stationsorts feftgefiellt, ber borgefegten Behorde ange-

zeigt und burch eine Ordnungeftrafe gerügt werbe.

Die Ronigl. Regierung, welche jenes Berfahren fur wirffamer erachtet, wendet gegen Diefes ein, bag die Ginrede, Die Berunreinigung fei mahrend bes Eransports felbft erfolgt, ber Reftfetjung einer Ordnungeffrafe in der Regel entgegentreten werbe, Indeffen wird biefelbe nicht vertennen, daß Diefer, aus ber Schwies rigfeit ber Fesistellung einer ju vertretenben Rachlaffigfeit hergenommene Ginwand in noch hoherem Dage gegen ben Borichlag fpricht, nach welchem die Reftftellung eines folden Berfebens einer

Polizeibehorde gegen bie andere zuffehen foll.

Dagegen tritt bas unterzeichnete Ministerium ber Unficht ter Ronigl. Regierung barin bei, bag wenn der Bormurf ber Unreinlichfeit bee Boligeigefangniffes ober auch nur ber ber unterlafe fenen Reinigung eines im unreinlichen Buffanbe angetommenen und weiter beforderten Eransportaten Die Beborbe eines Stations. orts mit Recht treffen follte, biefe, außer ber gegen fie fefigefetten Ordnungeftrafe, auch die von ber vorliegenden Station verausgab. ten Reinigungefoften gu tragen angehalten werben muffe, biefe Roften alfo nicht, wie bie Regierung ju Breslau will, berjenigen Behorde, welche bie ber andern obgelegene Reinigung nachgeholt hat, jur Baft fallen. Wenn auch jene Behorde barthun fonnte, baf ber Eransportat ichon verunreinigt bei ihr angefommen fei, fo hatte ihr doch obgelegen, bas Berfeben ber hinterliegenden Ctappe, wie es pon ber vorliegenden geschehen, ju heben und event. ju rugen, nicht aber ben Eransportaten in bem Buffande, in welchem er gefommen, weiter ju fenden.

Ubrigens icheint ber Ginwand, bag bie Berunreinigung eines Eransportaten auf bem Bege gwifchen zwei Exansportstationen erfolgt fei, überhaupt feine Rudficht ju verbienen. Der Ronigl. Regierung wird überlaffen, Gich hiernach mit den beiben anbern Regierungen ber bortigen Proving ju einem bem Borfiebenden entsprechenden Berfahren und ben erforderlichen generellen Unweis

fungen zu einigen.

Berlin, ben 9. Oftober 1839.

Minifterium des Innern. Polizei Abtheilung. v. Debing'

Auf bas geehrte Schreiben Einer Ronigl. sc. Regierung vom 13, b. D. über die Reinigung ber Transportaten erwiedern mir Boblberfelben, wie wir gang bamit einverftanden find, daß nach ben Borichrif. ten der allgemeinen Transport, Infiruftibn vom 16. Geptember 1816. und bem Minifterial=Reffripte vom 30. November 1827, (v. Ramps Annalen G. 998.) die Roften der Reinigung eines Eransportaten, welche bei feiner erften Aufgreifung am Abfendungsorte entfteben, fofern ber Eransportat fich nicht ohne Roften felbft reinigen fonnte, mit auf bem Transportzettel ju vermerten, und nebft ben übrigen Transportfoften pon ber Ungeborigfeite Rommune, ober bei Ginlieferung in bas Schweide niper Rorreftionshaus von diefem nach ben Bestimmungen des Regles mente fur baffelbe, ju berichtigen feien.

Benn es aber Pflicht ber Beborden ift, ihre Gefangniffe von Unge= giefer rein ju balten, fo tann obne eine Bernachlaffigung Diefer Pflicht, ber Unfangs gereinigt abgefendet ift, nicht mieder verunreinigt merben, und geschiebt es, fo tann ber Angehörigfeite - Rommune, ober ber Rorrettionsbaus Raffe nicht gugemutbet werden, bie Roften ber wiederholten, nur durch die Nachlaffigfeit einer Beborde auf einem Sta-

tionsorte nothwendig gewordenen Reinigung ju tragen. Siernach murden wir jur Bereininung uber ein gleichmäßiges Berfabren vorschlagen, daß, wie bemett, die Roften ber am Abfendungeorte erforderlichen Reinigung, jofern bie Reinigung nicht obne Roften ju bewirfen ift, auf dem Transportzettel ju bemerten, und am Bestimmungse orte mit den andern Eransporttoften gu bezahlen feien, — bag bagegen bie unumganglich nothwendigen Roften, einer auf ben Zwifchen-Stationen erforderlichen Reinigung von ber Stationsbeborde felbit ju tragen. und die Beborben, welche biefe Reinigung aus Nachlaffigfeit, ober um die bochft unbedeutenden Roften von 1 bis 2 Ggr. gu fparen, unterlaffen follten, in eine angemeffene Dronungeftrafe gu nehmen feien. Die Grunde, weehalb wir uns gegen ben Erstattunge-Unfpruch bei

diefen geringfagigen Roffen erflaren muffen, baben wir bereits ausführ: lich Einer Ronigl. ic. Regierung vorgelegt, und fonnen und mit bem, mas Boblbiefelbe bagegen anfubrt, aus ben ebenfalls icon bemerften

Rudfichten nicht einversignden erflaren.

Sollte Gine Ronigl, ge. Regierung Gich nicht veranlaft finden tone bem jegigen Borfchlage beigutreten, fo muffen wir Boblderfelben bas Beitere überlaffen, mabrend wir mit ber Konigl. Regierung ju Dp. peln, welche unferer Unficht ift, die Unordnungen fur unfere Departe. mente nach den obigen Ungaben erlaffen merden. Giner gefälligen Mit; Breelan, ben 25. September 1838. theilung feben wir entgegen,

Ronigl. Regierung. Abtheilung des Innern. v. Rottwig,

Un Gine Ronigl. sc. Regierung Erfte Abtheilung ju Liegnis.

123.

Refolution an ben Dberburgermeister zu Salle, betrefe fend bie Beaufsichtigung bestrafter Berbrecher, Bagas bunden und arbeitsscheuer Personen, bei noch nicht eins geführter Deportation *) berfelben.

Auf ben fur ben Monat Oftober b. J. erftatteten Polizei. *) Bergl. Annal. Jahrg. 1838. S. 242. 507. und 1046.

bericht vom 1. November b. J. erdfine ich Ero. 1c., daß ber daringur Sprache gebrachte Punkt wegen Übersiedelung aller rückfälligen Berbrecher in entfernte Kolonien, Gegenstand reislicher und wiederholter Berathungen gewesen, und erst kürzlich in einem vom Königl. Staatsministerio an Gr. Majestät erstatteten Berichte einer umfassenden Prüsung unterworfen worden ist. Es hat sich aber ergeben und ist Allerhöchsten: Orts Selbst anerkannt worden, daß, wie erhebliche Gründe der Aweidaßigseit einer solchen Maßregel auch zur Seite stehen, dieselbe doch, da sie die Mitwirfung eines überseischen Staates ersordert, wenigstens zur Zeit nicht aussühebar erscheint. Es bleibt daher nur übrig, bestrafte Berbrecher, Bagabunden und arbeitsfähige aber dürftige Müßiggänger einer strengen polizeilichen Aussischänge aber dürftige Müßiggänger einer strengen polizeilichen Aussischt zu unterwersen, und diesenigen Waßregeln gegen sie zur Anwendung zu bringen, welche die besstehenden Gesetze und sonstigen Borschriften zu ihrer Korrektion angeordnet haben.

Je richtiger Guer ic. Die Nothwendigkeit murbigen, Die burgerliche Gesellschaft gegen die von solchen Leuten ihr drohenden Gefahren zu schulgen, und bem Umsichgreifen des moralischen Berberbens unter ihnen vorzubeugen, um so sicherer darf ich die Erwartung begen, daß Sie dieser Aufgabe in Ihrem Birkungefreise mit umsichtigem Eifer und mit gunftigem Erfolge Genuge zu

leiften bemüht fein werben.

Berlin, ben 26. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. b. Rochom.

G. Strafs und Befferunge : Unftalten.

124.

Eirkular : Reffript an bie unten verzeichneten Regieruns gen, die Unstellung ber Sausvater in den Straf und Befferungs Unstalten betreffend.

Bieber find bie Sausvater in ben Straf, und Befferungs, Unstalten, forveit fie nicht etwa ichon aus früheren Berhaltniffen befondere Aufpruche gehabt haben, bloß auf Rund ig ung ange, ftellt und nicht als zu einer fünftigen Pension berechtigt angese, mithin auch nicht zu Beitragen zu dem Pensionsfonds herangezogen worden.

Wenn nun auch bie Sausvater zu ben Unterbeamten ber Anstalten zu gablen find, so gehören fie boch mit Rucficht auf ben ihnen burch bas neue Reglement vom 4. November 1835.,

namentlich butch & 18: und 44. bestelben zugetheilten bienftlichen: Wirfungstreis nicht zur Rategorie bersenigen Unterdiener, berem Dienst feine Ausbildung ersordert, sondern größten Sheils nur mechanisch ift, und deren im § 12. der Regierungs Instruktion vom 23. Oftober 1817., auf welche die neue Geschäftsanweisung für die Königl. Regierungen vom 31. Dezember 1825. hinweiset, mit dem Bemerken erwähnt worden ift daß sie möglichst auf Run-

bigung angeftellt merben follen.

In Betracht der Wichtigkeit und Erheblichkeit der ben Sausvätern überwiesenen dienstlichen Funktionen, habe ich daher beschlossen, daß kunftig die Sausväter zwar zu nächst auf Probezeit,
beren Dauer mindestens auf 6 Monate zu bestimmen ist, angenommen, nach bewährter Qualisistation aber ohne Borbehalt der Kundigung befinitiv angestellt und zu den gewöhnlichen regulativmäßigen Beiträgen zum Pensionssonds, wobei auch der Abzugvon ittel von neuen Besoldungen und Zulagen zu berücksichtigen
ift, herangezogen werden sollen.

Der Ronigl. Regierung mache ich bies bierburch ju Ihrer

Rachricht und Achtung befannt.

Berlin, ben 10. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

bie Konigl. Regierungen ju Konigeberg, Gumbinnen, Marienwerder, Stettin, Potedam, Frankfurt, Bromberg, Pofen, Brestau; Liegnit, Merfeburg, Minden, Munfter, Duffelborf, Coln, Coblenz, Erier u. Uchen.

125.

Cirkular Reskript an die Königl. Regierungen in Königsberg, Gumbinnen, Marienwerder, Posen, Stettin, Potsdam, Breslau, Liegniß, Frankfurt, Merseburg, Minden, Munster und Duffeldorf, betreffend die Trennung ber Straflinge in Beziehung auf Geschlechter und Alter.

Nach §. 32. des Reglements für die Berwaltung der Strafanstalten bom 4. November 1835. sollen in benselben nicht nur die Geschlechter, sondern auch die jugendlichen Sträflinge von den Erwachsenen getrennt und die Rlassen der Sträflinge, so weit die Lokalität es irgend gestattet, sowohl bei Nacht, als bei Tage mahrend der Arbeit, sowie während des Essen und der Erholungsftunden, gänzlich abgesondert von einander gehalten werden.

Diefer Bestimmung ungeachtet, und obgleich banach bie erwahnte Abfonderung ber Buchthausgefangenen die Grundlage ber Behandlung berfelben bilden foll, ift bennoch bei ben Revisionen ber Strafanftalten mahrgenommen worben, baß mehrere Direftoren fich burd Rudfichten auf ben Arbeitebetrieb ju Abweichungen von fener Borfchrift bes Reglements verleiten laffen, ohne bag folche Abweichungen burch bie Ortlichfeit wirflich geboten merben.

Ginem fo willfürlichen, mit bem Onftem über bie Behand. lung ber Buchtlinge im Biberfpruch ftebenben Berfahren fann

und barf jeboch nicht langer nachgesehen werben.

Inbem ich baber bie Ronigl. Regierung anweife, Die Beffinimung bes 6. 32. bes Reglements ben Strafanftalte Direftoren Thres Bereiches gur genaueften Befolgung bei Bermeibung einet fonft unnachfichtlich ju gewartigenben ftrengen Ruge in Grinnerung gu bringen, finde ich mich zugleich veranlaßt, biefes Gegenftantes wegen noch Folgendes fpeziell festzufenen :

1) Die Berbrecher jugenblichen Alters, wozu alle Individuen bis jum jurudgelegten 18ten Lebensjahre ju rechnen find, muffen unbedingt und fortwährend, fowohl bei Sage als bei Dacht, von alteren Berbrechern abgefondert bleiben und fets, namentlich auch bes Rachts in ben Schlaflofalien, beren Erleuchtung ju bem Enbe

erfolgen muß, möglichft genau beauffichtigt werben.

Bon biefer Bestimmung ift nur in fofern eine Ausnahme gu geftatten, ale einem alteren Strafgefangenen, bei beffen Auswahl aber mit besonderer Borficht ju berfahren ift, Die Unlernung ber fügendlichen Straffinge ju einem Sandwerte, fowie bie fortmahrenbe fpezielle Beauffichtigung berfelben bei ber Arbeit und gur Racht. geit, unter genauer Kontrolle ber Auffichtebeamten übertragen merben fann. Riemals durfen aber Straffinge, Die megen Diebftable, Raubes ober megen unnaturlicher Gunden verurtheilt morben find. au folden Gaalauffebern gewählt werben.

2) Der pflichtmäßigen Beurtheilung ber Unftalte Direftoren bleibt es überlaffen, Diejenigen jugenblichen Straffinge, binfichts beren nach ihrer Individuolitat eine geitweise gangliche Ifolirung bon andern jugendlichen Straffingen fich als zwedmäßig ober noth-

wendig ergeben mochte, einfam betiniren gu laffen.

3) Sowohl in ben Fallen ju 1. wie ju 2. muß fur einen orbentlichen Schule und Religions . Unterricht geforgt und bie bes fondere Aufmerkfamfeit und Ginwirfung ber Anftalte , Beiftlichen

auf jugenbliche Berbrecher in Unfpruch genommen werben.

4) Die zu berichiebenen Rlaffen geborigen Straffinge muffen burchweg bei Sage und bei Racht von einander getrennt, folglich in abgefonderten Lotalien beschäftigt werben und ichlafen. Gine Abweichung barf nur bann fattfinden, wenn fie burch bie Lofalitat ale unabweislich bedingt werben mochte.

Der Arbeitebetrieb barf niemals jum Bormanbe bie-

nen, bie Rlaffen ju mifchen-

5) Alle Schreiber, Ralfaftoren und Berfführer muffen aus

ber erften Rlaffe genommen werben.

6) Die wegen eines Berbrechens aus Leibenschaft zur Buchehausstrafe verurtheilten Individuen find ganglich von den wegen Berletung des Eigenthums verurtheilten Strafflingen zu trennen und sowohl bei Tage als bei Nacht abgesondert zu halten.

Den vorstehenden Anordnungen gemäß, hat die Königl. Dies gierung die Strafanstalte Direktoren Ihres Resorts zu instruiren und sie anzuweisen, mit den hiernach zu treffenden anderweiten Einrichtungen unverweilt dergestalt vorzuschreiten, daß die Ausführung, so weit dies nach der Lokalität möglich ift, bis zum Frühe jahr kunftigen Jahres gesichert werde.

Berlin, ben 17. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

H. Polizei gegen Unglucksfälle.

126.

Reffript an die Ronigl. Regierung zu Potsbam und Abschrift an die Konigl. Regierung zu Frankfurt und Marienwerder, betreffend die Aufhebung des Denunziansten-Antheils der Gendarmen an den für das Umherlausfen ungeknüttelter Hunde auf dem Lande eingezogenen Strafgelbern.

Die unterm 2. April 1761. bon ber bamaligen Rurmarfifden Rrieges. und Domainen Rammer, bei Erneuerung ihres fruheren Sirknlars wegen Berbotes bes freien herumlaufens ber hunde, getroffene Anordnung:

daß die von ben Gigenthumern ber verbotwibrig herumlausfenden Sunde einzuziehende Strafe von refp. 1 oder 2 Thas lern, ben anzeigenden Beamten aans belaffen werden foll.

lern, den anzeigenden Beamten ganz belassen werden soll, beren Anwendung zu Gunsten der Gendarmen, mit Rücksicht auf die Borschrift des §. 17. der Instruktion für die Gendarmerie, hinsichtlich des platten Landes mittelst des diesseitigen Reskripts an das diesige Polizei. Prässdum vom 24. April 1824. (Annalen 1834. S. 1068.) genehmigt worden, wird hierdurch, als den berstehnden Berhältnissen nicht mehr entsprechend, mit dem Bemerken ausgehoben, daß nach wie vor die gedachten Strafen gegen die Kontravenienten festzusesen und einzuziehen sind, und nur die unangemossen Überlassung derselben an die anzeigenden Beamten als Denunziantenlohn wegfallen soll.

Die Ronigl. Regierung bat hiernach bas Erforderliche ju ver-fügen.

Das hiesige Polizeiprasibium ist in gleicher Weise angewiefen, und die Regierung zu Frankfurt a. b. D. behufs der weitern Beranlaffung wegen der mit ihrem Bezirke vereinigten Theile der ehemaligen Aurmark Brandenburg davon in Kenntniß gesetht worden. Berlin, den 23. Oktober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

127.

Eirkular-Reskript an sammtliche Königl. Regierungen, ausschließlich ber Rheinischen, sowie an das Königl. Polizeis Prasidium hieselbst, die Berrechnung der Strasfen für das sreie Umherlaufen ungeknuttelter Hunde betreffend. *)

Es ist bemerkt worben, daß hinsichtlich ber Verrechnung ber Strafen, welche durch Übertretungen des Verbotes, Sunde ungernüttelt frei umberlaufen ju lassen, verwirkt worden, in den versichiedenen Regierungsbezirken nicht nach gleichen Grundsätzen versfahren wird, indem dieselben theils zur Orts Armenkasse eingezogen, theils den Denunzianten ganz überlassen werden, theils nach Abzug des Denunzianten-Antheils dem Inhaber der Polizeigerichtsbarkeit zufallen.

Da es jedenfalls wünschenswerth ist, daß in dieser hinsicht ein gleichmäßiges Berfahren stattfinde, so wird, indem das mits unterzeichnete Ministerium des Innern und der Polizei die des halb von ihm an einzelne Königl. Regierungen erlassenen besondezen Bestimmungen hierdurch aushebt, mit hinweisung auf die don demselben in Folge Allerhöchster Genehmigung unterm 9. Juni 1828. erlassene Eirfular Berfügung, wonach überhaupt alle Polizeistrassen, in sofern das Gesetz sie nicht als sistalische bezeichnet, oder ausbrücklich irgend einem bestimmten Konds zuweiset, demjernigen zusommen, welchem die Last der Polizeigerichtsbarteit obsliegt, auf den Antrag der Königl. Ober Rechnungskammer und mit dem Bemerken, daß ein Denunzianten Antheil von diesen Strafen überhaupt nicht zu zahlen ist, hiermit angeordnet,

baß in Butunft auch die fur das verbotwidrige freie Umberlaufen ungefnuttelter Sunde auf dem Lande auffommenden Strafen ben betreffenden Inhabern ber Polizeigerichtsbarfeit

^{*)} Bergl. Minifterial-Blatt Jahrg. 1840, S. 162.

gu überweisen, und bag bemgemäß auf ben Domainenguterur, wo ber Fiefus Polizei. Berichtsherr ift, bie fraglichen Strafen bei ben Domainen Revenuen zu verrechnen find.

Die Ronigl. Regierung hat hiernach ju verfahren und bas Bei-

tere zu veranlaffen.

Berlin, Den 31. Dezember 1839.

Ministerium bes Innern und Ministerium bes Ronigl. Saufes, ber Polizei. zweite Abtheilung.

v. Rodom.

v. Labenberg.

128.

Reffript an bas Konigl, Polizelprafiblum hiefelbst, wes gen ber Denunzianten Untheile an ben Strafen für verbotenes Labadrauchen.

Es ist zur Kenntnis bes Ministerii bes Innern und ber Polizei gefommen, daß hier von den Strafen, nicht allein des feuergefährlichen, sondern auch des nur als belästigend für das Publikum verbotenen Tabackrauchens, Denunzianten Untheile gewährt
werden. Da jedoch solche nur in Ansehung des feuergefährlichen
Tabackrauchens durch die Allerhöchste Ordre vom 31. August 1815.
vorgeschrieben, bei den Strafen für das außerdem verbotwidrige
Tabackrauchen aber nicht zu begründen sind, indem weder die Allerhöchste Ordre vom 9. Dezember 1832., welche ausdrücklich das
feuergefährliche von bem nicht feuergefährlichen Tabackrauchen unterscheidet und besondere Bestimmungen wegen des lestren enthält,
noch sonst eine andere gesetzliche Norschrift sie gestattet, so dürsen
dieselben von den Strafen des nicht feuergefährlichen Tabackrauchens, als der gesetzlichen Begründung ermangelnd, nicht weiter
aewährt werden.

Berlin, ben 23. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

I. Feuer , Polizei und Feuer , Sozietatswesen.

129.

Restript an den Königl: Oberpräsidenten der Proving Brandenburg, wegen der seitens der Kirchen zu leistens den Beiträge zur Anschaffung und Unterhaltung von Sprigen und Feuerlöschgerathschaften.

Auf Em. Erzelleng Bericht bom 23. Oftober c. und aus ben

ben angeführten Grunden erflare ich mich mit Gw. Erzelleng vollkommen dabin einverstanden, daß die Auslegung, welche die Res gierung ju Frankfurt a. b. D. dem §. 80. Des Rurmarfifchen und bem 6. 88. Des Reumarfifchen Land. Feuer Cogietate Reglements gibt.

wonach bie vermogenden Rirchen nur gur Anschaffung, nicht aber gur Unterhaltung ber Sprigen und Feuer. lofchgerathichaften Beitrage ju leiften verpflichtet feien.

fur bie richtige nicht gelten fann, bag vielmehr, wenn in ben gebachten ff. gwar nur von ben Beitragen gu ben Unichaffungeto: ffen bie Rete ift, bierunter boch gang ungweifelhaft auch die Reparaturtoften mit begriffen find. Gine Reparatur ift im Befentlichen allerdings nichts Underes, als Die Wiederauschaffung eines eingelnen ichabhaft gewordenen Theils ber Gache, und ba basjenige, was bom Gangen gilt, auch auf bie integrirenden Theile beffelben überall Anmendung findet, wo bie Gefete nicht ein Befonderes auebrudlich bestimmen, fo folgt aus ben oben allegirten §§. gang bon felbft, daß bie vermogenden Rirchen ju ben Reparaturfoften ber Sprigen und Feuerlofchgerathichaften in eben bemfelben Berbaltniß, wie zu ben Unschaffungetoften felbft, beigutragen haben.

Diernach ftelle ich Gw. Erzellen; die weitere Beranlaffung und bie Erledigung der Beschwerbe des Domainen : Rentamts N.

anbeim.

Berlin, ben 5. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

130.

Reffript an bie Ronigl. Regierung ju Potebam, bie Rriterien bes feuergefahrlichen Zabacfrauchens betreffend.

Bei Überfendung bes abichriftlich beifolgenden Berichte bes hiefigen Dagiffrats, bas Sabadrauchen auf bem Bebbing und in Deu-Moabit betreffend, findet bas Minifterium bes Junern und ber Polizei fich veranlaßt, ber Ronigl. Regierung bemerflich gu machen, daß allgemeine Rriterien ber Feuergefahrlichfeit bes Sa. badrauchens nach ber Ortlichfeit burchgreifend nicht aufgufiellem find. Sowie in Dorfern, beren Saufer maffin gebaut und feuers feft gededt find, boch das Sabadrauchen für fenergefahrlich ju balten fein wird, weil in ber Regel bort viel mit leicht feuerfangen. ben Gegenftanden, ale Seu, Stroh, Getreibe zc. umgegangen wird, bergleichen fich auch wohl mehr ober weniger außerhalb ber Bes baude befinden, fo murbe in Statten, mo bies auch ber Sall ift, Minnalen, Beft IV. 1839.

bas Sabadrauchen nicht minber feuergefahrlich fein. Ge lagt fic Daber auch nicht ale Grundfat aufftellen, bag in ben Stadten bas Tabadrauchen nicht, wohl aber in ben Dorfern ale feuergefahrlich ju betrachten fei. Es wird vielmehr in jedem einzelnen Kalle auf Beurtheilung ber obwaltenden Umftanbe anfommen, und wenngleich Dabei Die Borfdriften Thl. II. Dit. 20. 6. 1538. ff. des Allgem. Landrechts jum Unhalte Dienen muffen, Die Entscheibung boch immer nur mit Rudfict auf die feit Ginführung bes Landrechte febr wefentlich veranderten Berhaltniffe, namentlich die jetige Bauart ber Saufer ic., erfolgen burfen. Das ju ftrenge Fefthalten an ben Borten bes Befeges führt nur ju Biberfpruchen, wovon ber vorliegende Fall ein Beifpiel gibt, indem man bas Sabadrauchen, welches innerhalb bes engern Polizeibegirts von Berlin, namentlich in beffen Borftabten, nicht fur feuergefahrlich gilt, in benjenigen Theilen tiefer Borftabte, welche, als außerhalb bee Beichbildes ber Stadt liegend, jum platten Lande gerechnet werben, bloß biefes Umftandes megen als fenergefahrlich anfieht und beftraft, ungeachtet biefe Theile ber Borftatte fich von ben andern weder in ber Bauart, noch in ber Beschäftigung und Lebensart ihrer Bewohner. mefentlich unterfcheiben.

Die Königl. Regierung hat baher nach ben vorstehenden Ans beutungen auf die Antrage des hiesigen Magistrats wegen des Sabackrauchens in Neu-Moabit und auf dem Webbing, das Weitere zu verfügen und benfelben anderweit zu bescheiden, auch anzuzeigen, wie dies geschehen, oder über diese Angelegenheit zu berichten.

Berlin, ben 30. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochom.

131.

Restript an die Königl. Regierung zu Gumbinnen, wes gen Strafbarkeit des feuergefährlichen Labackrauchens in Forsten und haiden.

Die ber Allerhöchsten Rabinets Orbre vom 31. August 1815, wegen Bestrafung des feuergefährlichen Tabackrauchens, voranges gangenen Berhandlungen lassen, wie der Königl. Regierung auf den Bericht vom 28. September c. erwiedert wird, keinen Zweifel darüber zu, daß dieselbe die Strafe des seuergefährlichen Tabackrauchens ganz allgemein auf zwei Thaler zu ermäßigen, und gerade die davon abweichenden Bestimmungen des Edikts vom 19. Januar 1764., worauf das Publikandum vom 7. Juli 1804. sich bezieht, auszuheben beabsichtigt hat. Die dem entsprechende

Anficht, daß jene Allerhöchste Bestimmung auch auf das feuerges gefährliche Sabackrauchen in Forften und Haiden Anwendung finden, kann baher nur gebilligt, und die Strafandrohung des Publiskandums vom 7. Juli 1804. muß als durch dieselbe aufgehoben erachtet werden.

Was nun die Anfrage der Königl. Regierung betrifft, ob auch bas nicht feuergefährliche Tabackrauchen in Forsten und haiten nach der Allerhöchsten Ordre vom 31. August 1815. zu bestrafen sei, so muß dieselbe mit der Königl. Regierung verneint, und der Königl. Regierung auch darin beigestimmt werden, daß namentlich auf den die Haiben und Forsten durchschneidenden Landstraßen und Chaussen, welche als für sich abgegränzte Gebiete zu betrachten, das Tabackrauchen, selbst bei trockener Witterung, nicht als seuersgefährlich angesehen werden kann.

Berlin, ben 6. November 1839.

Der Minister bes Innern und ber Polizei. Der Geheime Staatsminister u. Chef ber zweiten Abtheilung bes Minister riums bes Königl. Hauses.

v. Labenberg.

132.

Resolution an den Burgermeister N. zu Barmen und Abschrift an die Konigl. Regierung zu Duffeldorf, die Ausübung des Schornsteinfegergewerbes in der Rheinsprovinz betreffend.

Auf Ihren Bericht vom 12. September d. I., wegen ber von Ihnen beabsichtigten Einführung von Zwangskehr: Bezirken für die Kaminfeger in der Stadt und Sammtgemeinde zu Barmen, muß es bei den diesfälligen Berfügungen der Regierung vom 23. Oktober v. und vom 30. Juli d. J. verbleiben, da der darin ans geführte Ministerial Erlaß, welcher in Erwartung näherer gesehlischen Besimmungen über die Ausübung des Schornsteinsegerges werbes in Folge Allerhöchsten Beschle, unterm 24. Juni 1835. ergangen, und am 17. Oktober 1835. (Anl. a.) dem Königl. Oberpräsidio für die Aheinprovinz mitgetheilt ist, neben andern Anordnungen, wegen der Anstellung neuer Kaminfeger und der Berhältnisse der älern, ausdrücklich sessense felbes Orts bestehende saktische Zustand nicht ohne Noth geändert werden solle, eine dringende Beranlassung zu der von Ihnen besürworteten Bersung 2000 eine der Wennellung zu der von Ihnen besürworteten Bersung 2000 eine der Von Benen besürworteten Bersung 2000 eine der Von Benen besürworteten Bersung 2000 eine der Von Ihnen besürworteten Bersung 2000 eine der Von Ihnen besürworteten Bersung 2000 eine der Von Ihnen besürworteten Bersung 2000 eine Von Ihnen Bersung 2000 eine Von Ihnen besürworteten Bersung 2000 eine Von Ihnen Bersung 2000 eine Von Ihnen Bersung 2000 eine Von Ihnen Besung 2000 eine Von Ihnen Ihnen Ihnen Ihnen Ihnen Ihnen Ihnen Ihnen Ihne

anderung ber feit 16 Jahren bort bestehenden Ginrichtung aber nach ber Außerung ber Regierung nicht vorliegt.

Berlin, ben 6. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

Guer hochwohlgeboren baben auf Ihren Bericht vom 5. Hug. pr. wegen ber Ausubung bes Schornfteinfegergewerbes bis jest noch nicht mit definitiver Borbefcheidung verfeben werden fonnen, weil von bes Ronigs Majefidt, bei Belegenheit eines Spezialfalles, bestimmt worden, daß die Frage, unter welchen Modalitaten die Ausübung des Schorn-fleinfegergemerbes im ganzen Umfange der Monarchie flattfinden foll? bei den Berhandlungen uber das neue Gewerbe-Polizeigefes ein Gegen: fand besonderer Berathungen merde, und weil es nicht angemeffen fein nand betoneerer Berathungen werce, und weit es nicht angemeisen feit mochte, in dem jesigen, faktisch bestehenden Zustande Erhebliches zu ansbern. Die Ministerien baben jedoch für die in der beifolgenden Eirkuslar Berordnung vom 24. Juni d. J. (Annal. 1835. S. 472.) ausges sprochenen Grundsatz für die einstweilige Behandlung der Angelegensbeit die Genehmigung Sr. Majestät erbalten, und können daber kein Bedenken tragen, auch den Regierungen zu empfehlen, nach benfelben, soweit die Berichiedenheit ber Befetgebungen diese Unmendung gefattet, die bort gur Sprache gefommenen Zweifel zu erledigen. Guer hochw. wollen banach die Regierungen mit Bescheibe verseben.

Berlin, ten 17. Oftober 1835.

Ministerium bes Innern ibeiten. und der Polizei. In Bertretung. für Bemerbe:Ungelegenheiten. v. Brenn. Roebler.

ben Ronigl. Oberprafibenten ber Rheinproving ju Coblens.

133.

Refolution an ben General Direftor ber Feuer-Sozietat für bas platte Land des Berjogthums Sachsen, die Berbaltniffe ber Beamten bei ben Rreis Direftionen ber Land : Reuer : Sozietaten betreffend.

Em. Sodiw. erwiedere ich auf Ihren, die Bewalt ber Beamten bei ber Keuer: Sozietat fur bas platte Land bes Bergogthums Sach. fen betreffenden Bericht vom 4. d. DR., daß ich nach reiflicher Gra magung ber Gache Ihrem, auf die Aufhebung ber von dem Berrn Dberprafidenten an Gie erlaffenen Berfügungen vom 15. Oftober und 12. November b. 3. gerichteten Antrage nicht willfahren fann.

Dag ben Feuer : Sozietate : Beborden die Befugnif gufteht, rudftandige Beitrage von ben Affogiirten burch Grefution beitreis ben ju laffen, ift von bem Beren Dberprafibenten nicht beftritten

worden, und als festftebend anzunehmen.

Es nnterliegt ferner keinem Bebenken, bag bie Rreis Direktoren berechtigt find, den Orts Polizeibehörden in den Granzen der Bestimmungen des Feuer Sozietate Reglements vom 18. Februar v. J. Anweisungen und Auftrage zu ertheilen und deren Erles bigung zu kontrolliren.

Es fommt aber bier nur auf bie Frage an:

1) ob ben Rreis-Direktoren und bem General Direktor ein Disziplinar. Strafrecht gegen bie Orts Polizeibehorden guftebt, und

2) ob und in wie weit die von dem Grafficen Polizeirath N. ju Stolberg über das gegen ihn beobachtete Berfahren bes Rreis-Reuer-Sozietats-Direftors erhobene Befchwerde fur be-

grundet ju achten?

Bu 1. bemerte ich juvorderft, baf ben Tener . Gogietats . Dis reftoren, wenn ihnen die Befugniß juftande, Ordnungeffrafen ge: gen Orts Polizeibehorben feft ufeten, unbetenflich auch bas Recht einguraumen fein wurde, Die von ihnen feftgefetten Ord. nungeftrafen nothigen Falles exekutivijch einziehen gu laffen. foldes Recht fteht aber nur ben, unmittelbar ben Orte. Polizeibe: borben borgefetten Landrathen und Regierungen gu, und fann baber, in Ermangelung einer biesfälligen befonderen gefetlichen Borfdrift, ben Reuer : Sogietatebehorben, wie bies auch nirgenbe gefchehen, um fo weniger überwiefen werben, als baffelbe mit Rud: ficht barauf, baf bie Disziplinar : Gewalt über bie Orte: Polizeibes horden in einer Sand vereinigt bleiben muß, nicht einmal andern Roniglichen Behörden jugeftanden worden ift, ein ahnliches Berhaltniß auch bei ber Ronfurreng anderer Ronigl. Behorben unter einander ebenfalls eintritt. Go find 3. B. Die Landrathe fculs big, bon ben Oberlandesgerichten und General Rommiffionen Auf. trage anzunehmen und auszurichten, konnen aber; wenn fie fich bierbei faumig erweisen sollten, nicht von biefen Behorben felbft in disziplinarifche Strafen genommen werben, woju bas Recht vielmehr nur ben eigentlichen Dieziplinarbehorden ber Landrathe. ben Ronial. Regierungen guftebt.

Sobald die Landrathe, wie dies beinah überall der Fall ift, gleichzeitig Kreis. Feuer: Soziefats. Direktoren find, macht sich die Sache, mit Ausnahme der Gräflich Stolbergschen Polizeirathe, der ren dienstliche Stellung durch die Allerhochke Konzessions. Urkunde vom 28. März 1836. besonders bestimmt worden ift, ganz von selbst. Die Landrathe konnen dann als solche einschreiten, Ordnungsstrasen gegen Orts. Polizeibehörden androhen und einziehen. Die Resursgesuche der letteren gelangen aber nicht an Ew. Hochw., sondern an die Regierungen, und werden in dem verzfassungsmäßigen Dieziplinarwege erledigt. Wie es in Betreff der

Graflich Stolbergichen Polizeirathe ju halten, wird unten ad 2.

feftgefett werben.

Wo die Rreis-Feuer. Sozietäts. Direktoren nicht gleichzeitig Landrathe sind, mussen erstere, wenn ihren Anforderungen von den Orts : Polizeibehörden nicht punktlich genügt werden möchte, die Landrathe wegen disziplinarischer Einschreitung requiriren und sich resp. nöthigen Falles an die Regierung wenden. Bon einem solschen Gange ist, bei der Seltenheit der Fälle dieser Art, ein wirklicher Nachtheil für die Feuer: Sozietäts. Berwaltung um so weniger mit Grunde zu besorgen, als dieserhald noch keine Beschwert den von Feuer. Sozietäte. Direktionen anderer Provinzen angeregt worden sind.

Bas bemnachst bie Frage zu 2. anlangt, so geht aus bemjenigen, mas zu 1. ermahnt worden ift, schon hervor, daß bem Feuer-Gozietats:Direktor des N. N. schen Kreises als solchem kein Disziplinar-Strafrecht gegen die Orts Polizeibehörde zu Stolberg

jugeftanden hat.

Em. Hochw. überlaffe ich übrigens, nach dem Inhalte des gegenwartigen Erlaffes sowohl den zc. Direftor N., als die übrigen Kreis-Feuer-Sozictats-Direftoren, ju instruiren, um ahnlichen Dißverständniffen fur die Folge vorzubeugen.

Berlin, ben 31. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

134.

Restript an die Konigl. Regierung zu N., betreffend bas polizeiliche Berfahren wegen augeblicher Brandversluste bei versicherten Mobilien.

Der Polizei-Dirigent zu N. hat mir über die Berschiebenheit ber Ansichten, welche zwischen der Königl. Regierung und ihm über die Anwendung des h. 18. des Gesetzes vom 8. Mai 1837. obwaltet, sowie über die Berhandlungen Bortrag gehalten, zu denen diese Meinungs-Differenz hinsichtlich ber von dem Kausmann N. reklamirten Bergütigung, für seinen durch eine Feuersbrunst erlittenen Berlust an Mobilien, Anlaß gegeben, gleichzeitig aber auch, bei dem Umstande, daß die Königl. Regierung die motivirte Einssprache des Polizeidirigenten gegen die Auszahlung jener Bergütigung gänzlich unbeachtet gelassen, darauf angetragen, ihm Berhaltungs-Regeln für künftige ähnliche Fälle zu ertheilen.

In Folge beffen eröffne ich ber Konigl. Regierung, baß ich mich nach Lage ber Berhandlungen mit Ihren in ber Sache ges

troffenen Berfügungen, und namentlich mit bem Inhalte Thres an ben Polizeidirigenten gerichteten Erlaffes vom 27. Rai anicht einverftanden ertlaren fann. Cobald Die Dolizeibehorde genugene ben Grund ju ber Bermuthung hat, daß ein Brandentschabigungs: Anspruch ten mahren Schaben überfleigt, ift es ihre Pflicht, ges gen bie Auszahlung ber Bergutigung nach Maggabe eines folchen Unfpruches einzuschreiten, menn auch feine Beranloffung porliegt; Die Sache fogleich an Die Gerichte ju verweifen. Denn ein Berbrechen wird vorläufig nur prafumirt und bie objeftive Refiftellung beffelben gehort noch ju ben Attributionen ber Poligei. Die moglicher Beife auf blogen Kombinationen beruhenbe Bermuchung eis ner faliden Angabe bes Berluftes ju miderlegen, ift nichts beflo weniger Gache bes Abgebrannten, und ein auf biesfällige nabere Ermittelung gerichtetes Berfahren ber Dolizeibehorbe verftoft feinesweges - wie bie Ronigl. Regierung in der allegirten Berfür gung vom 27. Dai c. ongenommen - gegen alle Rechtsgrunds, Denn Die begrundete Bermuthung, daß ein Berficherter fäße. einen feinen wirflichen Schaben überfteigenben Entichabigungeanipruch erhoben, ichließt bie allgemeine Drafumtion ber Rechtlichfeit aus, und vervflichtet ben betheiligten Liquidanten jum Nachweife Des effettiv erlittenen Berluftes, ber in bem Radmeife bes wirts lichen Borhandenfeine und Befiges der jum Erfone liquidirten Gegenfande meniaftens bis babin leicht geführt merben fann, daß gwischen ten Grunden tes Berbachte und ber Starfe bes Beweifes abgumagen ift, ob fich bie Gache gur Ginleitung einer gerichtlichen Unterfuchung ober jur Burudnahme bes Ginfpruchs qualifigire.

In bem vorliegenden Spezialfalle handelte daher die bortige Polizeibehörde ganz recht, wenn sie von dem Kaufmann N. einen genügenden Rachweis der ihm bei dem erwähnten Brande abhänden gekommenen Sfelten forderte, als solcher aus dem Inhalte der Police zu entnehmen war, denn die Gründe, welche die Bermuthung gewinnsüchtiger Absicht gegen den zie. N. hervorriesen, erschienen durchans beachtungswerth. Die Königl. Regierung hat dagegen diese Angelegenheit eben so wenig gründlich behandelt und erschöft, als eine andere Brandentschädigungssache, werüber unsterm 19. Inli c. restribirt worden. Ich kann daher nicht umbin, auch bei der gegenwärtigen Beranlassung die Aussorberung auszusprechen, daß die Königl. Regierung Sich mit dem Geiste des Gelekes vom 8. Mai 1837. mehr vertraut machen möge.

Außerdem bleibt es, ganz abgesehen von der immer möglich bleibenden verschiedenartigen Auffassung eines Einzelfalles und der darüber zu treffenden Berfügung, sehr zu rügen, daß die Königl. Regierung der Polizeibehörde laut der mehrbezogenen Berfügung vom 27. Mai d. J. aufgegeben, Ihrer Anweisung zur Zurud: nahme des Ginfpruchs gegen die Anszahlung der in Rede stehenden Bergütigung selbst dann unverzüglich nachzusommen, wenn die Polizeibehörde beabsichtigen sollte, die Sache der höheren Entscheidung zu unterwersen. — Den untergebenen Behörden steht, gleich den Eingesessen, der Beg des Rekurses und der Reklamation offen, und voo dies der Fall ist, solgt daraus von selbst; daß vor der Finals Entscheidung die Sachlage nur da geändert werden darf, wo ihre Fortdauer mit irgend einer Gesahr verbunden ist. Daß aber die Königl. Regierung Sich in concreto bewogen gesunden, jene Anweisung zu ertheilen, muß um so mehr auffallen, als es sich hier nur hatte rechtsertigen lassen, die Polizeibehörde zur Anstrage höheren Orts binnen einer bestimmten kurzen Krist anzu-

Was übrigens bie Anwendung bes §. 18. des allegirten Gesfetes anlangt, fo verweise ich die Königl. Regierung auf den hierauf bezüglichen Passus des Sirkular-Erlages vom 10 Juni 1837.

(Unnal. S. 503.)

Die Ronigl. Regierung hat in Gemafheit ber vorfiehenben Eröffnungen ben bortigen Polizeidirigenten mit Borbefcheidung zu verfeben, und Abichrift ber erlaffenen Berfügung hieher einzureichen.

Berlin, ben 21. Oftober 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

K. Gewerbes und Handels Polizei.

135.

Eirkular-Reskript an die Konigl. Regierungen zu Pots, bam, Frankfurt, Stettin, Ebelin, Danzig, Marienwers ber, Posen, Bromberg, Breslau, Liegnis, Oppeln, Mags beburg, Merseburg, Erfurt, Munster, Minden, Arnsberg und Duffelborf, betreffend die Erörterung ber Bedurfs nißfrage bei neuen Muhlen-Unlagen im Umkreise einer halben Meile.

Des Königs Majeftat haben Sich bei Gelegenheit eines Spezialfalles mit dem von den Ministerien auch schon fruher angenommenen Grundsage,

baß bei ber in Gemäßheit ber Borschriften bes g. 242. Sh. II. Sit. 15. bes Allgemeinen Landrechts und ber Berordnung vom 23. Oktober 1826. ju veranlassenden Erörterung ber Bedürfniffrage bei neuen Mühlen-Anlagen, der Umkreis

on nur einer halben Melle um bie neue Anlage jumt Grunde ju legen fei,

einverftanden zu erflaren geruht.

Demgemäß wird die Ronigl. Regierung hierburch angewiefen, biefen Grundfat funftig in allen Fallen gu befolgen.

Berlin, ben 3. November 1839.

Ministerium bes Innern und ber Polizel. Finangministerium. b. Rochow. Gr. v. Alvensleben.

136.

Referipe an die Konigl. Regierung zu Erfurt, in eben berfelben Angelegenheit.

Unter dem Umfreise von einer halben Meile, welcher der Ersörterung der Bedürsnißfrage bet neuen Mühlenanlagen nach der Berfügung vom 3. November v. J. jum Grunde gelegt werden soll, ift, wie der Königl. Regierung auf den Bericht vom 12. v. M. eräffnet; wird, dersenige Kreis zu verstehen, welcher mit einem Radius von der Länge einer halben Meile um die neue Anlage besschwieben wird. Dabei mnß die Königl. Regierung aber darauf ausmerksam gemacht werden, daß hierbei nicht die direkte Entsernung, sondern diesenige entscheidend ist, welche auf den Berbins dungswegen zurückgelegt werden muß.

Berlin, den 12. April 1840.

Der Minister bes Innern und ber Polizei. Der Finangminister. v. Rochow. Graf v. Albeneleben.

137.

Reffript an die Konigl. Regierung ju Erfurt, ben Bes trieb des Erobelhandels betreffend.

Der Konigl. Regierung wird auf ben über die Beschwerbe ber bortigen Wittwe N. wegen verweigerter Konzession zum Trösbelhandel erstatteten Bericht vom 1. d. M. eröffnet, daß die von berselben auerkannte Maßregel des bortigen Magistrats, die Trödeler in Erfurt auf eine be stimmte Jahl zu beschränken, nicht gebilligt werden kann, weil eine solche Beschränkung des Gewerbesbetriebes nirgends gesehlich vorgeschrieben ist, und dem Übelstande, welcher mit der gegen die dortige Bevolkerung zu großen Jahl berartiger Gewerbetreibenden verbunden ift, durch strenge Prüfung

ber Perfonlichfeit und Sahigfeit gu ber bei foldem Gewerbe nothis gen Gefcafte, und Buchführung vorzubeugen möglich bleibt.

Siernach hat bie Konigl. Regierung ben bortigen Magiftrat mit Anweisung zu verschen, in bem verliegenben Spezialfalle inbeffen bleibt Derfelben bie weitere Berfugung vorbehalten.

Berlin, ben 15. Oftober 1839.

Ministerium des Innern. Polizei Abtheilung. v. Mebing.

138.

Reffript an das Konigl. Polizeiprafidium hiefelbst, die Unlagen von Seifensiedereien und Lichtziehereien betreffend.

Dem Königl. Polizeiprafibium wird auf ben anderweiten Bericht vom 10. b. M. in der Anlage (a.) Abschrift des heute den Sigenthumern N. N. hiefelbst ertheilten Bescheides mit dem Bemerken zur Nachricht zugefertigt, daß im Allgemeinen zwar das Restript vom 25. Oktober 1833. (Annal. S. 1051.) auf für Seisensiedereien und Lichtziehereien als maßgebend zu betrachten, jedoch von der Bedingung ihrer Lage am Abstusse des stießenden Wassers dann abzustehen ift, wenn der Gewerbebetrieb so eingerichtet wird, daß auch ohne die Nahe des Wassers die übeln Gerüche möglichst vermieden werden.

Berlin, den 18. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. b. Rochow.

a,

Auf Ihre Borstellung vom 23. Juli d. J. wegen des dem Seifenfiedermeister N. hieselbit polizeilich gestatteten Betriedes seines Gewerbes
als Seifenssteder und Lichtzieder auf dem Grundstude der Linienstraße
Nr. 89., wird Ihnen zworderst im Allgemeinen eröffnet, daß der Betried dieser Gewerbe, wegen der damit verdundenen unangenehmen, jedoch nicht gesundheitsgefährlichen Gerücke, welche übrigens durch chemiiche Mittel und zwecknäßige Borkehrungen, wenn nicht ganz zu entfernen, doch sehr zu mildern find, immer nur da nachgelassen wird, wo der freie Luftzug die unvermeiblich sich verbreitenden Dunste leicht wegzuführen vermag. Da nun die Niche Unlage, nach den beshalb veranlaßten Ermittelungen, den in dieser hinlicht zu machenden gesestlichen Unforderungen vollkommen entspricht, indem cas dazu bestimmte Gebaude
nicht allein der Stadtmauer ganz nabe, und zwischen Gärten und unbebauten Grundstäden liegt, sondern auch von dem in der Linienstraße
stehenden Borberhause durch einen hof getrennt ist, so fehlt es an zureichendem Grunde, die dem N. von dem hiesigen Polizeiprassein haufe
fedendem Grunde, die dem N. von dem biesigen Polizeiprassein, als der
kompetenten Behörde, zu seinem Gewerbebetriede in dem gedachten haufe bereits ertheilte Erlaubnis jurud ju nehmen. Ihrem Antrage finn das ber nicht gewillfabrt werben.

Berlin, den 18. Dovember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

bie Saufeigenthumer N. N. biefelbft.

139.

Restript an bie Konigl. Regierung zu Coln, wegen Bes schränfung bes Gewerbebetriebes im Umherziehen in Besgleitung von Kindern und gang jungen Leuten.

Es liegt am Tage, baß es nicht wunschenswerth ift, Performen, welche ein Gewerbe im Umherziehen betreiben, von Rindern begleitet zu sehen, und daß besonders dem Umherziehen ganz junger Leute als Mustauten entgegengemirft werden muß. Auch ist den Königl. Regierungen neuerlich wiederholt bemerklich gemacht, daß sie besugt seien, umherziehenden Mustanten die Ausdehnung des Gewerbescheins zu versagen. Es wurde daher angemessen gewesen sein, wenn die Königl. Regierung, statt aus den unterm 21. Okstober d. J. angezeigten Gründen, von dem Muster N. die Steuer von 12 Rihle. nachzusordern und den für ihn und drei Kinder unter 14 Jahren ausgesertigten Gewerbeschein auf Ihren Bezirf auszubehnen, die Ausdehnung versagt und dadurch den N. genothigt hatte, sein Umherziehen auf den Bezirk der Königl. Resgierung zu Eoblenz zu beschrähen und muthmaßlich um so eher das diesseitige Gebiet zu verlassen.

Berlin, ben 21. November 1839.

Der Minifter des Innern und der Polizei. Der Finangminifter. v. Rochow. Graf v. Alvensleben.

140.

Restript an die Königl. Regierung zu Stettin, und Absichrift an die Königl. Regierung zu Coslin, ben Betrieb von Speditions und Rommissions Geschäften im Umsherziehen betreffend.

Benn auch mitunter bisher Gewerbescheine jum umberziehenben Betriebe von Kommissions. und Speditionsgeschäften ausgesertigt find, so verdiept boch ein folder Betrieb bieser Geschäfte, wie bie Königl. Regierung mit Recht außert, keine Begunftigung, baher Dieselbe auf ben Bericht vom 18. September b. I., nach welchem von der Konigl. Regierung ju Coelin am 15. April b. 3., für den N. ein Gewerbeschein jum umberziehenden Betriebe von Speditions und Kommissions Geschäften ausgesertigt ist, vers anlast wird, die Gewerbescheine jum umberziehenden Betriebe von Speditions und Kommissions Geschäften in der Regel zu verfagen. Berlin, den 31. Oftober 1839.

Ministerium des Innern und der Polizei. Finanzministerium. v. Rochow. Gr. v. Alvensleben.

141. ...

Reffript an die Konigl. Regierung ju Erier, ben Betrieb bes Schneiberhandwerks im Umberziehen betreffend.

Wer umherzieht, um Kunden, für welche er Kleidungöffücke nach dem von ihm zu nehmenden Maße verfertigen könne, zu suchen, übt, wie auf den Bericht vom 1. Dezember d. J. erwiedert wird, das Schneiderhandwerk aus. Hierzu kann ein Freigewerdes schein nicht ertheilt werden. Die von der Königl. Regierung in Bezug genommene Allerhöchste Kabinets Ordre vom 12. Februar 1831. (Annal. S. 273.) findet auf den bezeichneten Sandwerks, betrieb keine Anwendung, indem dieselbe nur von einem solchen umherziehenden Gewerbebetriebe spricht, der als ein zu einem kaufmännischen Gewerbe oder einer Waarensabrikation gehörendes Nebengeschäft anzusehen ist.

Berlin, ben 31. Dezember 1839.

Der Minister bes Innern und ber Polizei. Der Finangminister.
v. Rochow. Gr. v. Alvensleben.

142.

Eirkular-Reskript an sammtliche Konigl. Regierungen, fowie an das Konigl. Polizeiprasidium hiefelbst, die Ausfertigung der polizeilichen Legitimationsscheine für Mussiker in dem zweimeiligen Umkreise ihres Wohnorts betreffend.

Rach ber Allerhöchsten Rabinets Drbre vom 14. Oftober 1833. (Gef. Samml. S. 126.) bedürfen diejenigen Musiter, welche in einer Entfernung von nicht mehr als zwei Meilen von ihrem Wohnorte für Geld Musit machen, teines Gewerbescheins, sondern nur einer polizeilichen Legitimation.

Da jeboch in Unfehung ber Frage, welche Polizeibehörde gur Ertheilung ber Legitimation tompetent fei? nicht überall gleichmasfig verfahren worden ift, so fete ich bieferhalb Rachftebendes fest.

Die polizeiliche Legitimation jum ftenerfreien Musikmachen innerhalb des in der Allerhöchsten Rabinets. Ordre bezeichneten Bezirks ist für diesenigen Städte, in denen selbstständige, nicht mit der Rommunal Berwaltung verbundene Polizei. Berwaltung statistindet, von der Stadt-Polizeibehörde, in allen sonstigen Fällen von dem Landrathe zu ertheilen. Im letteren Falle muß, wenn der zweimeilige Umfreis von dem Bohnorte der Musiker den betreffenden landrathlichen Kreis überschreitet, der Landrath des benachbarten Kreises die Legitimation auf die betreffenden, in seinem Kreise liegenden Orte ausbehnen.

Dies findet auch im ersteren Falle burch ben betreffenden Landrath fur bas platte Land fatt, ba die ftabtische Polizeibehorde bie Legitimation nur fur ihren Polizeibegirt ertheilen fann.

Die Ronigl. Regierung hat hiernach bas Erforderliche in 36-

rem Umteblatte befannt ju machen.

Berlin, ben 17. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

143.

Eirkular : Refkript an sammtliche Konigl. Regierungen, sowie an das Konigl. Polizeiprafibium hiefelbst, bie Geswerbescheine fur umberziehende Thierfuhrer betreffend.

Nach ben gemachten Wahrnehmungen scheint bei Beurtheis lung der Gesuche von Thierführern um Ertheilung von Geswerbescheinen nicht überall mit der nöthigen Borsicht verfahren, und die Bestimmung des § 18. im Saustr. Regulative vom 28. April 1824., nicht gehörig beachtet zu werden, nach welcher der Gewerbeschein solchen Personen nur ausnahmsweise, aus besondern, von ihrer Personlichseit hergenommenen Gründen, und nach voraufgegangener strenger Prüfung ihrer Nechtlichseit und Sittlichseit, allemal aber nur in mäßiger Zahl und mit besonderer Auswahl bewilligt werden soll. Es wird daher die gewissenhafte Besolgung der erwähnten Bestimmung dringend empsoblen.

Berlin, ben 31. Dezember 1839.

Dinifterium des Innern. Finanzminifterium. v. Rochow. Graf v. Alvensleben.

L. Landftragen und Chauffeen.

144.

Cirkular Refkript an sammtliche Ronigl. Regierungen, betreffend die Verwaltung und ben Verwendungs-Nachweis ber Chausses-Pensionen betreffend.

In Gemäßheit ber, mit diesseitiger Zustimmung, von der Königl. Ober : Nechnungekammer unterm 19. August 1837. angeordneten Nachweisung der aus dem Chausses Fonds fließenden Venfionen in der allgemeinen Civil-Pensions und Wartegelder : Nechnung, wird es für nothwendig erachtet, binsichtlich der Verwaltung
und des Verwendungs : Nachweises der Chausses Pensionen, genau
dasselbe Versahren eintreten zu lassen, wie solches bei allen übrigen Civil-Pensionssonds der zum Finanzministerium gehörigen Abtheilungen stattfindet.

Unter Aufhebung aller bieferhalb fur bas Chauffee Denfions-Befen bisher bestandenen befonderen Borschriften, wird bie Königl. Regierung baber angewiesen, vom 1. Januar 1840. ab:

1) die Chaussee Pensions Nachweisung nicht mehr zum 1. Ausgust, sondern bald nach dem Jahrebschluß, spätestens zum 1. Februar jeden Jahreb, zur Festsehung hierher einzureichen. — Da jedoch die Soll-Ausgabe für das kommende Jahr bereits festgestellt ist, so bedarf es pro 1840. der Einreichung jener Nachweisung nicht mehr;

2) zur Deckung der zahlbaren Chaussee Pensionen von der bortigen Hauptlasse kunftig nur den wirflichen Bedarf von der General-Staatstasse, welche dieserhald mit Anweisung versehen ist, abheben zu lassen, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch die Summe der festgesetzten Soll-Ausgabe erreicht wird oder nicht. — Es versteht sich daher von selbst, daß auch die im Laufe des Jahres außer dem Etat bewilligten neuen Pensions-Raten, der General-Staatstasse in Aufrechnung gebracht werden, ohne daß es dazu besonderer Zahlungs-Ordres bedarf;

3) nach bem ben Cirkular. Berfügungen vom 9. November 1826. und 23. Juli 1828. beigefügten Schema quartaliter refp. 3um 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November, Jus und Abgangs Nachweisungen ober eine Vacat-Anzeige, mit einem summarischen Abschlusse von dem Zustande des Chausses Venstonsfonds einzureichen. — Der bisher in dem Abschluß von den Chausses Aussicht unschweis, ift dagegen von 1840. ab fort zu lassen;

4) bie Untrage auf Gnaben : Penfionen auch ferner nur ein-

mal im Sabre, zum 1. Juni, einzureichen. - Beluche um Bewilligung ber auf Grund bes Denfions Reglements jugugefiebene ben Benfionen, ober Wiebergemahrung von Rompetengen aus frus heren Militair . Berhaltniffen berruhrent, fonnen bagegen ju jeder

Beit angebracht werden;

angebracht werben; 5) wenn Benftonaire ber Chauffee Bermaltung ihren Bohnfit aus bem bortigen Begirf nach ber Stadt Berlin berlegen, folche ferner nicht ber Regierung ju Potsbam, fondern bem Borfleber ber biefigen Minifterial : Baufommiffion ju überweifen, ba bergleichen Individuen ihre Denfionsraten fünftig aus ber hiefigen Civil-Penfionstaffe beziehen werben.

Die Ronigl. Regierung wird noch barauf aufmertfam gemacht, babin gu feben, bag ber Chauffee Penfionsfonds nicht mit bem Penfionsfonds fur Sandel, Gewerbe und Bauwefen vermifcht,

vielmehr als gang fur fich bestehend behandelt wird.

Berlin, ben 9. November 1839.

Der Finanzminifter. Graf v. Alvensleben.

145.

Eirkular Reffript an fammtliche Ronigl. Regierungen, bie forgfaltige Unterhaltung und Inftanbfegung ber Runttftrafen betreffend.

Die Anweisung jum Bau und jur Unterhaltung ber Runfi-ftraffen bom Jahre 1834 seht, indem fie §. 112. f. rucksichtlich ber Unterhaltung und §§. 153. f. für die Instandsetung nahere Bor-ichriften ertheilt, voraus, daß es zur Ausführung berfelben an ben erforderlichen Beldmitteln nicht fehle. Diefe haben indeß feit einiger Beit, bei ftete gefteigerten Unfpruchen an ben Chanffee. Un. terhaltungsfonds, welcher biefelben vollständig ju befriedigen außer Stande war, mehreren Regierungebegirten bem Bedarfe entfpres chend nicht gemahrt werden fonnen, und es ift, in Folge beffen, bei der Unterhaltung ber Runftftragen jum Theil ein Berfahren in Anmendung gefommen, welches mit ben Grundfagen jener Unweifung nicht in Ubereinstimmung zu bringen und als unwirth. icaftlich zu bezeichnen ift.

Es ift, mo bie in ber Runfiftrage entftandenen Beleife ober Bertiefungen nach Anleitung bes &. 131. ber Anweisung nicht mehr befeitigt werden tounten, Die Steinbahn vielmehr nach §. 160. bafelbft, einen neuen Auftrag erforderte; andererfeits bie Materia: lien nicht in bem Dage vorhanden maren, um babei nach biefen Borichriften zu verfahren und ben Auftrag in ber gangen Ausbeh-

nuna ber berauftellenden Babn in folder Starfe ju machen, baß bas aufgebrachte, wenn auch vorschriftemaßig verarbeitete Materiale fich mit ber Steinbahn angemeffen hatte verbinden fonnen, in Diefem Ralle von ber Beforgniß ausgegangen, bag bas auf bie lets tere zu bringende unaulangliche Materiale vorzeitig werde germalmt werden, ohne fur ben Bertehr ober fur bie Erhaltung ber noch vorhandenen, wenn auch abgenutten Steinbahn wefentliche Dienfte zu leiften, und aus biefem Grunde vorgezogen, bie vor-handenen Bestande nicht zu bermenten, vielmehr, in Erwartung ihrer Bermehrung burch bie fur die nachfte Unterhaltungs. Deriode au überweisenden Geldmittel, ju fvaren, bis binreichendes Dateriale borhanten fein werde, etwas Birtfames fur bie Berftellung ber Strafe ju thun. Dies Berfahren bat burch ben Inhalt ber an einige Ronigt. Regierungen erlaffenen Berfugung bes Berrn Staatsminifters Rother Erzelleng vom 11. Rovember 1834. gerechtfertigt werben follen, in welcher allgemeine Borichriften fur Die gewöhnliche Unterhaltung ber Staateftragen gegeben worben Diefelbe fest indef nur bas bis babin jur Unmenbung gebrachte Berfahren, wonach zu feber 1. Ruthe 8-12 Rubiffuß Materiale angeschafft und fehr haufig, ohne baß es unbedingt nothe wendig gemefen mare, auch verwendet murbe, außer Unwendung, ober migbilliget vielmehr ein folches mit ben Borfdriften ber Unweisung jum Runfiftragenbau vom Jahre 1834, nicht übereinstimmentes Berfahren, mo baffelbe etma bis babin angementet murbe. und beabsichtigt bemnachft nach Bollendung ber nothwendigen Berftellungsbauten, fur biefe einen Turnus einzuführen, indem fie im Ubrigen fur bas bei ber Unterhaltung zu beobachtenbe Berfahren feine Borfdriften ertheilt, welche von ber "Unweifung" abweis chen. Wenn barin gesagt ift, baß gang neu gebaute ober beschütstete, abgewalzte, und somit vollig hergestellte Strecken, nur mit wenigem und zwar nur mit fo viel Materiale unterhalten werben follen, ale erforderlich ift, um Geleife und Bertiefungen gu befeitigen, fo follte bamit nur ber Materialien . Berfdmenbung borges beugt werben; im Ubrigen gibt biefe Undeutung nur ben Inhalt bes §. 131. ber "Unweifung" wieber. Benn ferner gefagt wird, baß bamit fortgefahren werben folle, bis bie Stein: ober Riesbahn bergeftalt abgenutt fei, bag eine neue Dedlage von 3 - 4 Boll erforderlich merbe, fo entspricht auch biefe Borfdrift bem Inhalte ber 66. 159. f. 162. ber Unweifung. Denn fie fchließt nicht aus, baß bie Inftanbfetung ber Chauffeen auch mit fcmacheren Lagen bewirft werden fonne, wie bies namentlich in bem Ralle gefchehen fann, wenn ein Theil ber Oberschüttung noch auf ber Vadlage vorhanden, rauh gemacht und mit ber neuen Schuttung bergeftalt verbunden werden fann, bag biefe nur als eine Berfiartung ber noch

noch borhandenen, wenn gleich fcon theilmeife abgenutten, alfo ge-

fchmachten Dber: ober Mittel-Lage ju betrachten ift.

Wenn es daher die vorhandenen Mittel irgend gestatten, ift mit der Aufbringung schwächerer Schüttungen nach Maßgabe des Bedarfs und in der Boraussehung, daß sich noch die vorgedachte Berbindung mit der vorhandenen Decklage erreichen lasse, sobald als möglich vorzugehen und nicht abzuwarten, die bie ftartere Abenuhung die Nothwendigkeit einer neuen Schüttung von 3-4 Zoll Starke herbeigeführt haben wird.

Jebenfalls ift es aber unzuläffig, in Erwartung auskömmlicher Mittel, die vorhandenen unzureichenden Materialien zu sparen und anzusammeln, und die Straße, bis zu einer ganz normalen Hersstellung geschritten werden kann, der zerstörenden Einwirkung des Berkehrs und der Witterung Preis zu geben, indem die Bortheile einer solchen in ihren Folgen höchst unwirthschaftlichen Maßregel von den damit verbundenen Nachtheilen weit überwogen werden. Sollten aber die vorhandenen Materialien auch nur für die nothbürstige Unterhaltung einer Strecke des ganzen, der Herstellung bedürstigen Straßen: Abschnitts zureichen, so wäre es immer besser, sie auf jene zu verwenden, und wenigstens einen Theil des Ganzen vor den Folgen ganz vernachlässigter Unterhaltung zu bewahren, statt in Erwartung günstigerer Berhältnisse das Materiale auszusparen.

Die Königl. Regierung wird Ihre Baubeamten mit entipredender Unweisung versehen und darauf halten, daß danach verfah-

ren merde.

Berlin, ben 1. Dezember 1839.

Der Finangminifter. Ju beffen Auftrage: Beuth.

146

Eirkular Refkript an fammtliche Ronigl. Regierungen, sowie abschriftlich an sammtliche Ronigl Provinzials Steuerdirektoren, betreffend ben Gebrauch von Rabfelgen Meffern zur Erleichterung ber Kontrolle über die Rabfelgenbreite der Frachts zc. Fuhrwerke auf Chaussen.

Bur Erleichterung ber Kontrolle über die Rabfelgenbreite der auf den Chaussen verkehrenden Fracht: resp. Kohlen: und Getreis de:Fuhrwerke ist es zweckmäßig befunden worden, diejenigen Beamten, von denen jene Kontrolle vorzugsweise zu führen sein wird, mit geeichten Radfelgen. Messern zu versehen, welche die in der Munglen, best IV. 1839. Berordnung vom 17. Mary b. 3. (Gefet Camml. G. 80.) ber rudfichtigten Abftufungen von 4. 5. und 6 Boll enthalten.

Buvorderst werden baher die Chaussee: Aufseher und refp. die Chaussee. Barter, wo deren noch vorhanden sind, mit solchen Radsfelgen: Messern zu versehen sein. Außerdem find aber auch die Beggegeld: Einnehmer und Pachter, sowie diejenigen Boll: und Steuerbeamten, welche bei Gelegenheit ihrer Amtsverrichtungen die Kontrolle führen können, wozu besonders die Bollbeamten an den Granz-Eingangspunkten und bei den Sauptamtern und die Thor.

fontrolleurs gehoren, bamit auszuruften.

Die Königl. Regierung erhält bemnach hierbei Eremplare solscher Rabfelgen: Messer, mit ber Anweisung, die Chausseausseher Ihres Bezirks resp. die Chaussewärter je mit einem Eremplar zu versehen, und sich mit dem Herrn Provinzial: Steuerdirektor, der hiervon in Kenntniß geseht wird, über den Bedarf für die Chaussegeld: Einnehmer und Vächter, sowie für die Joll: und Steuerdesamten, die nach ihrer Stationirung sich zur Mitwirkung bei der Kontrolle eignen, zu benehmen, und sodann auch diesen je ein Eremplar zuzustellen. Außerdem bleibt der Königl. Regierung überlassen, auch die sonstigen nach §. 14. der Berordnung zur Kontrolle berusenen Beamten nach Ihrem Ermessen mit solchen Rabselgens Messern zu versehen. Sollte eine größere Zahl von Eremplaren erforderlich werden, so werden Anträge wegen deren Überweisung gewärtigt.

Berlin, ben 25. Movember 1839.

Der Finangminifter. Graf v. Alven ble ben.

147.

Cirkular-Refkript an sammtliche Konigl. Regierungen und abschriftlich an sammtliche Konigl. Provinzial Steuers birektoren, in eben berfelben Ungelegenheit.

Es ist nachträglich in Anregung gekommen, biejenigen Rabfelgenmesser, mit benen bereits mehrere Chaussegeld-Sebestellen behufs Kontrollirung ber im Chaussegeld-Tarif vom 28. April 1828.
über bie Rabselgenbreite enthaltenen Borschriften versehen sind,
auch zur Kontrolle ber in ber Berordnung vom 17. März b. J.
gegebenen Bestimmungen zu verwenden. Dieselben sind zwar für
bie Messung ber in ber lettern vorgeschriebenen Abstusungen von
4, 5 und 6 Zoll nicht so bequem, wie die neuerdings angeschafften und ber Königl. Regierung unterm 25. v. M. mitgetheilten
Rabselgenmesser; indessen werden sie doch auch den Zweck erfüllen
und baher ausgebraucht werden können.

Die Ronigl. Regierung wird baher in Berfolg ber Berfügung vom 25. v. M. barauf aufmerkfam gemacht, bag biejenigen Bebeftellen, welche fich bereits im Befige von bergleichen Rabfelgenmeffern befinden, vorläufig mit ben neuen Rabfelgenmeffern nicht verfeben zu werden brauchen.

Berlin, ben 31. Dezember 1839.

Der Finangminifter. Graf v. Alben bleben.

148.

Reffript an die Ronigl. Regierung zu Coln, wegen Besftrafung der unbefugten Schmalerung offentlicher Bege.

Wir haben ben Bericht ber Ronigl. Regierung vom 25. Gep. tember b. 3., die Bestrafung ber unbefugten Schmalerung öffents licher Wege betreffent, Gr. Erzelleng bem Beren Juftigminifter Dubler unter bem Unbeimftellen mitgetheilt, Die Raffirung bes Erfenntniffes bes bortigen Landgerichts in Gachen wiber ben Dach. ter N. einzuleiten, indem es allerdings von einer Unvollftanbigfeit in ber Befetgebung jeugen murbe, wenn es bem Schulbigen gelingen fonnte, fich ber in ben meiften Rallen wohlverbienten Strafe burch einen - vorgeblichen · Gigenthumsanfpruch ju entziehen. Ronigl. Regierung muß jeboch barauf aufmertfam gemacht werben, baß Die Polizeibehorden eben fo befugt als verpflichtet find, bas of. fentliche Gigenthum, ba baffelbe fur 3mede bes Gemeinwohls unter bem Schute ber Polizeigefete befteht, ungefchmalert ju erhal. ten, folglich in jedem ber von Ihr bezeichneten galle ben Urheber ber Befchabigung jur Bieberherftellung bes fruheren Buftanbes ohne Biberrebe anguhalten, allenfalls biefe auf feine Roften gu bewirfen und lettere exefutivifch von ibm beigutreiben. Benn bie Ronial. Regierung in biefer Beife ju Berte geht, wird bas Beburfniß ber Beftrafung weniger fuhlbar fein. Es icheint, baß Gie bei Ihrem bisherigen Benehmen gang ben mefentlichen Unterfchied amifchen Drivat. und öffentlichem Gigenthume unbeachtet gelaf. len bat.

Berlin, ben 30. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. Der Finangminifter.
v. Rochow. Graf v. Alvensleben.

Reffript an die Konigl. Regierung zu Merfeburg, bestreffend die Beibehaltung von Fußsteigen im offentlislichen Interesse.

Die Königl. Regierung geht in Ihrem Berichte vom 10. v. M. von einer richtigen Ansicht aus, wenn sie annimmt, daß auch ein Fußsteig ein öffentlicher Weg sein könne, und daß, wenn es sich um einen solchen öffentlichen Weg handle, die Wegebau-Polizeibehörde so befugt als verpflichtet sei, die Hersellung besselben, event, im Interimissico, herbeizusühren, in sofern von der Unzugänglichkeit des Weges eine Störung des öffentlichen Berkehrs zu befürchten ist, in derselben Art auch für dessen Unterhaltung zu sorgen.

Die unter bem 10. November 1837. (Annal. S. 1085.) an die Regierung ju Stettin erlaffene Berfügung fieht, als auf and beren Boraussegungen beruhend, dem nicht entgegen, indem die Eigenschaft bes Beges als eines öffentlichen Beges nicht unftrei-

tie war.

Berlin, ben 30. November 1839. Ministerium des Innern und der Polizei. Finanzministerium. v. Rochow. Graf v. Alvensleben.

150.

Auszug aus bem Reffripte an die Königl. Regierung ju Bromberg, betreffend die Abtretung von Grund und Boben zur Erweiterung von Strafen.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

Dermoge bes ber Polizeibehorbe zustehenden Rechtes zur Bestimmung ber Baufluchten, wurde nur zu fordern sein, daß der in die Straße einspringende Theil des gedachten Grundstüdes von Gebäuden frei bleibe; die Abtretung dieses Theiles zur Erweiterung der Straße aber immer nur gegen Entschädigung verlangt werden konnen. Findet hierüber, wenngleich der Magistrat nach der vorliegenden Beschwerde zu einer Entschädigung bereit sein soll, eine gutliche Einigung nicht statt, so wurde, nach Festsellung der polizeilichen Nothwendigseit der Abtretung zur Straße, das vorsschriftsmäßige Expropriations Berfahren eingeleitet werden muffen. Berlin, den 26. November 1839.

1,dis.

M. Bau : Polizei.

151.

Auszug aus bem Reffripte an die Ronigl. Regierung Au Sumbinnen, betreffend bie Abschaffung von Binben und abnlichen Borrichtungen an ben Baufern nach ber Strafe binaus.

Diefer Fall gibt feboch Beranlaffung, barauf aufmert: fam ju machen, bag bie an ber Strafe befindlichen Binben und ähnliche Borrichtungen immer Die Paffage mehr ober weniger beforanten, theile durch ihren Gebrauch, theile burch bie bamit ju befeitigenden Gegenstände und endlich durch die Fuhrmerte, auf welche bie letten beran ober fortgeschafft werben, bag baber bergleichen Anlagen fur Die Bufunft an ber Strafe überhaupt nicht geftattet werden burfen und bie vorbandenen nach und nach, wenn fie verfallen, fortgeschafft werben muffen.

Berlin, ben 17. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern-und ber Polizei. v. Rochow.

152.

Reffript an die Ronigl. Regierung ju Duffelborf, bie Unlegung von Feld-Biegelofen betreffend.

Gegen ben von ber Ronigl. Regierung mit Ihrem Berichte vom 19. Auguft b. 3. vorgelegten Entwurf einer Befanntmachuna in Betreff der Erlaubnif jur Unlegung von Feld: Biegelofen, findet bas unterzeichnete Minifterium nichts zu erinnern, und genehmigt baber ben Erlag berfelben (Unl. a.) burch bas bortige Umteblatt auf Die Begrundung, welche bie in Rede-ftehende Berordnung in den Gefeten vom 24. August 1790. und vom 22. Juli 1791. finbet.

Berlin, ben 13. Oftober 1839.

Minifterium bes Innern. Polizei-Abtheilung. v. Debing.

Auf Grund der Genehmigung des Konigl. hoben Ministerii des Innern und der Polizei werden hiermit fur denjenigen Theil unferes Berwaltungsbezirfe, in welchem das burgerliche Gesebuch Geltung bat, nachftebende Borichriften wegen Unlage von Feld-Ziegelofen ertheilt und bebufs genauester Beachtung gur allgemeinen Kenntnig gebracht. Urt. 1. Die Anlegung refp. Das Abbrennen ber Feld-Ziegelbfen

ift in der Regel und vorbehaltlich der allgemeinen Kontrolle der Orts. Polizeibeborde ohne vorgangige Erlaubniß gestattet. Art. 2. Das Erfordernis einer besonderen Bewilligung der Beborde ift vorhanden, wenn die Unlegung von Biegelofen in geringerer Entfernung als dreibundert Fug von Bobn- oder anderen Gebaulichteis ten ober von offentlichen Strafen, einschlieflich der Aftien. Strafen und

chauffirten Gemeindewege, beabsichtigt wird.

Urt. 3. Die Gefuche um Bewilligung ber in dem Falle bes por= flebendert Urt. 2. erforderlichen Erlaubnig find an den betreffenden Landrath zu richten, welcher, foweit ein ftragenpolizeiliche Intereffe nicht vorwaltet, die Ortsbeborde mit der erforderlichen Lofalprufung beaufetragt und je nach Ergebniß diefer Prufung die nachgefuchte Bewilligung ertheilt, oder vorbebaltlich des dem Impetranten verbleibenden Refurfes an die unterzeichnete Beborbe verfagt.

Mrt. 4. In den Fallen, wo bei ber projettirten Unlage eine offents liche Strafe mit ober ausschlieglich betroffen wird, foll bie Prufung ber Qulaffigfeit der Unlage in dem erfleren Falle der Ortsbeborde und dem Begirte = Begebaumeifter gemeinschaftlich, in dem letteren Falle dem Begebaumeifter allein übertragen werden.

Den über die bewirkte Untersuchung abgegebenen Bericht bat die landrathliche Beborbe, unter Beifugung Des veranlaffenden Gefuchs und ihres Gutachtens, jur weiteren Beranlaffung bier einzureichen

Art. 5 Benn mit hintanfegung der vorfiebend in den Urt. 2. 3. ertheilten Bestimmungen die Anlage von Ziegelofen obne vorgangige Erlaubnif ber Beborbe unternommen wird, foll beren Riederreifung auf Koften bes Kontravenienten fofort verfügt, fodann auch ber Kontraven nient, unter Borlegung ber bie Kontravention konftatirenben Berbandelung, bem betreffenben Konigl. Polizeigerichte zur Bestrafung angezeigt und mit einer Polizeistrafe von 1 bis 5 Thalern belegt merben.

Duffeldorf, ben 29. Oftober 1839.

Ronigl. Regierung.

N. Milbe Stiftungen.

153.

Ausjug aus dem Reffripte an die Ronigl. Regierung au Magdeburg, betreffend bie lanbesherrliche Genehmis gung ju Bermachtniffen an milbe Unftalten über 1000 Rthlr.

^{-.} Bur Befeitigung ber von ber Ronigl. Regierung geaußerten Zweifel wird noch bemertt, bag unter ber im §. 2. bes Gefetes vom 13. Mai 1833. benannten Gumme von Gintaufend Thalern nur Rourant verffanden werden fann, fo bag, wenn eine ben Bestimmungen biefes Gefeges unterliegende Buwendung gang ober theilweise in Golbe ausgesett ift, ber Betrag berfelben bie

Summe bon Gintausend Thalern überfteigt, und alfo die landes. berrliche Genehmigung erforderlich macht.

Berlin, ben 16. Dezember 1839.

Minifterium bes Innern. Erfte Abtheilung. v. Debing.

154. -

Auszug aus bem Reffripte an die Konigl. Regierung zu Liegnig, daß es zu Familien-Stipendien der Allerhochs ften Genehmigung nicht bedurfe.

—. Bur Gultigfeit bes in bem Berichte ber Königl. Regierung vom 24. Mai c. ad 1. aufgeführten Familien: Stipenbiums von 4000 Athle. nach bem Geset vom 13. Mai 1833. bebarf es ber Allerhöchsten Genehmigung nicht, ba beren Einholung bei Stiftungen solcher Art nirgends vorgeschrieben ift.

Berlin, ben 19. Oftober 1839.

ber geiftlichen, Unterrichte ic. Angel. bes Innern u. b. Polizei. v. Rochow.

155.

Restript an die Konigl. Regierung zu Uchen, wegen ber zu allen, die Wohlthätigkeits-Anstalten betreffenden Ubministrations - Akten erforderlichen Ministerial - Genehmigung.

Der Königl. Regierung erwiedere ich auf den Bericht vom 6. September d. J., die Beräußerung eines zur N. N. schen Urmen: Stiftung gehörigen Sauses betreffend, daß durch die bei der Berfügung vom 16. Juni d. J. unbeachtet gebliebene Allerhöchste Kabinets. Ordre vom 17. Februar 1820. die Bestimmungen des französischen Rechts, wonach zu allen Administrationsakten, welche eine Beräußerung, Erwerbung oder Beränderung des Jmmobiliar. Bermögens der Wohlthätigkeitsanstalten enthalten, die landesherriliche Genehmigung gehört, zwar allerdings ausgehoben sind.

Benn aber bie Konigl. Regierung bisher angenommen hat, bag an bie Stelle biefer landesherrlichen Genehmigung bie ber Regierung getreten fei, so entspricht biese Auslegung weber bem Bortlaute, noch ber Absicht ber allegirten Ordre. Der eigentliche Sinn biefer Orbre findet vielmehr feine Erklarung burch ben in ber Allerhöchsten Kabinets. Orbre vom 4. Dezember 1826. (Gefetz. Samml. 1827. S. 7) publigirten Grundsat, daß in allen
neuen und wieder erworbenen Provinzen, in welchen die fremdherrliche Gesetzebung gegolten hat und noch gilt, sich in Beziehung auf das Resortverhältniß der Berwaltungsbehörden nur nach
ihren allgemeinen Instruktionen gerichtet werden, und jede, mit
solcher nicht zu vereinbarende Bestimmung der fremden Gesetzebung außer Kraft gesetzt sein solle. Hiernach wird die Königl.
Regierung bei allen, die Wohlthätigkeitsanstalten betreffenden Administrationsakten die ministerielle Genehmigung für die Zukunst
in den Fällen einholen mussen, in welchen diese durch das Allgemeine Landrecht vorgeschrieben ist.

Berlin, ben 11. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

1X. Medizinals und Sanitats Wesen und Beterinair Polizei.

156.

Bericht der Konigl. Regierung ju Munster, die Prasmien für Rettungsversuche an Berunglucten seitens der Medizinalpersonen betreffend.

Der Doctor medicinae N. hierfelbst hat sich burch angestellte Rettungsversuche an einem im Wasser Berunglückten Anspruch auf bie Pramie von funf Thalern erworben, wurde jedoch mit seinem besfallsigen Antrage auf Zahlung berselben aus ber Staatetasse von uns ab. und zunächst an ben Nachlaß bes Berunglückten event. an die betreffende Gemeindekasse verwiesen. Der zc. N. remonstrirt gegen diese Entscheidung und slütt seine Ansicht,

bag bie fragliche Pramie lediglich aus Staatstaffen zu zahlen fei, wenn nicht eine provinztalrechtliche Bestimmung bie Berpflichtung bes Berunglückten resp. bessen Rachlasses und in subsidium ber Gemeindefasse bes Orts, welcher ber Ber-

unglückte angehörte, speziell ausspreche, auf bas in ben Annalen ber innern Staatsverwaltung enthaltene, an eine nicht genannte Regierung erlaffene Restript Em. Erzellenz vom 10. November 1835. (Unnalen 1835. S. 1116.)

Da uns biefes verchrliche Reffript gur Beachtung nicht jugefertigt ift, wir aber fur ahnliche, nicht felten vortommenbe Galle eine fefte Richtschnur fur unfer Berfaffren zu haben munichen muffen, fo erlauben wir uns nachftebenben ehrerbietigen Bortrag.

Das Cirkular Refkript ber hoben Ministerien ber geistlichen 2c. Angelegenheiten und bes Innern vom 20. Oktober 1820. bes stimmt, daß die Chirurgen für ihre Mühwaltung zur Wiederbeles bung eines Berunglückten eine Prämie von 10 resp. 5 Athlr. ershalten sollen, welche im Fall des Unvermögens der Berunglückten oder ihres Nachlasses, und wo verfassungsmäßig die Berbindlichseit dazu der Gemeindekasse nicht obliegt, oder von derselben beshalb Widersprüche erhoben werden, vor behaltlich des Anspruches an dieselbe, unverzüglich aus Staatskassen bezahlt werden solle. Diese Bestimmung wurde späterhin per rescriptum vom 10. Februar 1821. dahin erläutert:

daß die aus Staatstaffen ben Mebiginalpersonen zugeficherten Pramien, falls nicht besondere Provinzialgesete bas Gegentheil bestimmen möchten, nicht noch neben ben Gebuhren von den Privatpersonen, b. h. also von dem Scheintodten ober den Erben des Berunglücken, gesordert werben fonnten.

In Folge der hier ermähnten verehrlichen Reftripte, und da nach der hier bestehenden Berfassung den Gemeinden die Polizeigerichtsbarfeit zusteht, die Gemeindesselfen mithin gegen Ginnahme der Polizeis Trasgelber auch die Lasten und Kosten ber Polizeiserichtsbarfeit tragen muffen, ist im hiesigen Berwaltungsbezirfe siets der Grundsatz als Regel festgehalten worden, daß die Prämie für Medizinalpersonen aus den Gemeindes und nicht aus Staatstassen zu zahlen seien. Es ward also angenommen, daß die Worte im Restripte vom 10. Februar 1821.:

.... bie ihnen zugeficherten Pramien aus Staatstaffen nicht ausgeschloffen werben zc.

und:

.... folche nicht noch außer ber Pramie gegen bie Staats-

fich nur auf die Landertheile beziehen konnten und follten, wo verfaffungsmäßig eine berartige Berbindlichkeit der Gemeindekaffe nicht bestehe. Ferner wurde vorausgesett, daß das Restript vom 10. Februar 1821. das frühere vom 20. Oktober 1820. in Betreff ber Berpflichtung der Gemeinder Raffen über-

haupt nicht habe abanbern wollen.

Bei dieser Ansicht von der Sache konnte auch das in den Annalen der innern Staatsverwaltung erschienene, mahrscheinlich an eine Regierung in den öftlichen Provinzen, in deren Bezirke ber Staatskasse allein die Zahlung derartiger Prämien obliegt, gerichtete Restript vom 10. November 1835. das gehorsamst unter-

zeichnete Rollegium nicht veranlassen, die Richtigkeit seines bischerigen Berfahrens in zweisel zu ziehen. Indeß legt ber zc. N. ein besonderes Gewicht auf das Wort "provinzialrechtlich" und wünscht, daß ihm das Provinzialrecht nachgewiesen werde, welches die Gemeinde-Kassen zur Zahlung berartiger Prämien verpsichtet. Wir sind zweiselhaft geworden, in wiesern das verehrliche Restript vom 10. November 1835. auch für uns als verbindlich zu betrachten, und ob event. burch den Ausbruck "provinzialrechtlich" der in dem Restripte vom 20. Oktober 1820. gebrauchtellich" verfassung smäßig" in hinsicht auf die Berpslichtung der Gemeinden hat erweitert werden sollen. Wäre dies beabsichtigt worden, so würden wir künstig, da wir ein derartiges Provinzialgeset nicht nachzuweisen vermögen, alle dergleichen Prämien auf die Staatskasse anweisen müssen. Ew. Erzellenz bitten wir um hochgeneigte Entscheidung hierüber ganz gehorsamste

Munfter, ben 11. Auguft 1838.

Ronigl. Regierung. Abtheilung Des Innern. (Unterschriften.)

bes Ronigl. Birtlichen Gebeimen Staats. und Minifters bes Innern und ber Polizei, herrn v. Nochow, Erzellenz, in Berlin.

157.

Reffript an bie Konigl. Regierung zu Munfter, in eben berfelben Angelegenheit. *)

Der Ronigl. Regierung wird auf Ihren (Erinnerungs.) Bericht vom 1. b. M., die Jahlung von Pramien an Medizinalperfonen für Rettungeversuche an Verunglückten betreffend, hiermit
eröffnet, daß die Ansichten, welche Dieselbe über diesen Gegenftand in Ihrem Berichte vom 11. August pr. vorgetragen hat,
vollkommen richtig sind und danach in den vorliegenden Fallen zu
versahren ift.

Unter bem Ausbruck "provinzialrechtlich" in bem Reffripte vom 10. November 1835. (Annal. S. 1116.) ift ein Mehreres nicht zu verstehen, als was in bein Restripte vom 20. Oftober 1820. (Annal. 1821. S. 147.) mit bem Worte "verfassungsmäßig" bezeichnet ist. Da nach ber bortigen Berfassung ber

Gemeinden die Gemeinde. Kaffen die Polizei: Strafgelder einneh, men und dagegen Lasten und Kosten der Polizeigerichtsbarkeit tragen muffen, so ist gegen den Grundsap nichts zu erinnern, daß die Pramien für Medizinalversonen wegen Nettungsversuche an

*) Bergl. Miniferial Bl. Sabrg. 1841. S. 233, und 1842. S. 216. f.

Berungludten aus ben Gemeinde und nicht aus ben Staatstaffen zu zahlen find. Es ift bies eine, mit innerer Rothwendigfeit aus bem bortigen verfaffungemäßigen Justande hervorgehende Folge, und bas Berlangen bes Dr. med. N., daß ihm ein spezielles Gefet nachgewiesen werbe, ungegrundet.

Berlin, ben 27. Auguft 1839.

Minifterium bee Innern. Erfte Abtheilung. v. Debing.

158.

Eirkular-Restript an sammtliche Königl. Regierungen, sowie an das Königl. Polizeiprasidium hieselbst, betreffend die Fuhrkosten für die zu Apotheken Bistationen zugezogenen Apotheker.

Bei bem Erlasse ber Ciekular. Berfügung vom 10. Februar 1836., (Annal. S. 235.) welcher die Absicht zum Grunde liegt, ben zu Apotheken Bisitationen zugezogenen Apothekern in den Fallen, in welchen dieselben nicht gemeinschaftlich mit dem Kreisphyssitus reisen können, die Besugniß zuzugestehen, sich der Extrapost, gleich diesem, bedienen zu durfen, ist es nicht ausgesprochen worden, daß die Physiker, statt der ihnen durch die Bestimmung sub V. 12. der Medizinalpersonen, Tape bewilligten freien Fuhre und 10 Sgr. Wagenmiethe täglich, in Folge der Berordnung vom 28. Juni 1825., betreffend die Bergütigung der Diäten und Reissetosten, §. 11. a. und b., gegenwärtig täglich 20 Sgr. Was gen mie the und 10 Sgr. Stations. und Trinkgelber für jede Reile erhalten.

Das Ministerium beklarirt baher die Cirkular Berfügung bom 10. Februar 1836. hierdurch bahin, baß die Apotheker, wenn biefelben bei Apotheken Bistationen nicht gemeinschaftlich mit bem Kreisphpstus reisen können, sich der Ertrapost unter gang gleichen Bedingungen, wie jene Beamten, bedienen, und demnach vom 1.

Januar fut. an. an,

a) die Ertrapostgebühren für 2 Pferde,

b) 10 Ggr. Stations: und Erinfgelber pro Dleile,

c) 20 Ggr. Dagenmiethe taglich und

d) die baaren fleineren Auelagen fur Bruden., Chauffees und

Fährgelb ic., auf die Bescheinigung der Königl. Regierung über die Nothwendigkeit und Aussührung des Auftrages liquidiren durfen, und daß jene Sätze auch in dem Falle gewährt werden sollen, wenn der wirkliche Gebrauch der Extrapost, oder einer Miethesuhre vom Liquidanten nicht nachgewiesen werden kann. Sinsichtlich ber Liquidationen für die bis jest in der in Rede fiehenden Angelegenheit unternommenen und resp. bis zum lesten Dezember d. J. noch auszuführenden Reisen, muß es bei den Bestimmungen der Cirkular-Berfügung vom 10. Febr. 1836. fein Bewenden behalten.

Berlin, ben 12. Oftober 1839.

Minifierium ber geiftlichen, Unterrichtes und Mediginal Ungel. b. Alten fiein.

159.

Eirkular-Restript an sammtliche Königl. Regierungen, sowie an das Königl. Polizeiprasibium hieselbst, mit dem Reglement über die Eintheilung des thierarzelichen Versonals.

Bei ben unterm 24. Auguft 1825. mit Allerhöchfter Geneb: migung Gr. Majeftat bes Konigs erlaffenen Bestimmungen über Die Gintheilung und die Prufung bes arztlichen und mundarztlichen Perfonale, mußte einer gleichen Anordnung in Begug auf bas Thierheil Dersonal noch Unftand gegeben werben, theile wegen bes Damale noch besiehenden Mangels an Thierarzten, theile weil es rathfam erichien, jur Feftftellung ber bierbei jum Grunde ju le: genden leitenden Pringipien noch weitere Erfahrungen zu fammeln. Die in ber Zwischenzeit fortgeschrittene Entwidelung bes Thier: beilmefens, Die erfolgte Ausbildung einer großeren Bahl mohl un: terrichteter Thierargte, sowie bie reicheren, in Bezug bierauf ge-fammelten Erfahrungen haben es möglich gemacht, bas Berbaltniß ber Thierargte hinfichtlich ber von ihnen in ihren verschiedenen Birfungefreisen ju erwartenden Leiftungen ju dem barunter ob. maltenden Bedürfniffe bes Staats, ber Armee und ber babei betheiligten Privatperfonen in feinem gangen Umfange ju überfeben und richtig zu murdigen. Es hat fich hierbei herausgeftellt, baß bie Armee und das Land eben fo nothwendig der bloß praftifch gebilbeten Thierargte bedurfen, ale bem Staate fur bie Bermaltung bes Thierheilmefens die zugleich hoher miffenschaftlich ausgebilbeten, und gur Unftellung in einem Diefem 3mede entfprechen. ben Birfungefreife geeigneten Beteringirargte unentbehrlich find, augleich aber auch, baß bie hierdurch angebeuteten beiben Rategorien bes Thierheilpersonals gur Befriedigung jedes hierunter obmaltenden Bedürfniffes volltommen ausreichen.

Uber die ber neuen Rlaffiftfation bes Thierheilperfonals jum

Grunde zu legenden Pringipien tonnte biernach tein Zweifel mehr obwalten.

Rachbem nun ferner durch den im vorigen Jahre in das Leben eingetretenen neuen Organisationsplan der Königl. Thierarzeneischule, welcher bereits auf eine, nach den vorerwähnten Prinzipien festzustellende Eintheilung des Thierheilpersonals berechnet
ist, für Einführung der letteren die erforderlichen Borbereitungen
getroffen waren, hat das Ministerium Gr. Majestät dem Könige
hierüber Bortrag gehalten, und Allerhöchstdieselben haben in Folge
besselben das vorgelegte Reglement in Betreff der neuen Klassiste
kation des thierärztlichen Personals vom 25. Mai d. 3. mittelst
Allerhöchster Kabinets Drdre vom 4. d. M. Allergnädigst zu genehmigen geruhet.

Die Königl. Regierung erhalt baber in ber Anlage *) ein Eremplar bes vorgedachten Reglements mit bem Auftrage, baffelbe burch bie öffentlichen Blatter gur allgemeinen Renntniß zu brin-

gen und bon nun an überall hiernach gu verfahren.

Berlin, ben 17. Juli 1839.

Ministerium ber geiftlichen, Unterrichte. und Mediginal Angel.

*) im 3ten Befte, G. 724.

160.

Reffript an die Konigl. Regierung zu Bromberg, die Maßregeln gegen die Schafpocken-Seuche betreffend.

Auf ben Bericht vom 27. September b. J., die allgemeine Berbreitung der Schafpocken im dortigen Departement und die dabei zu beobachtenden Maßregeln betreffend, wird der Königl. Regierung hierdurch eröffnet, daß ohne Zweifel die örtliche Unters suchung durch Sachverständige, mithin durch ärztliche und thiersärztliche Beamte zur Konstatirung ausgebrochener Seuchen, zur Revision der angeordneten Maßregeln und so auch ganz besonders zur Feststellung der gänzlich beendigten Seuche, als eine Maßregel von großer polizeilicher Michtigkeit, und daher in der Regel sur nothwendig erachtet werden muß, da durch die frühzeitige Ersenntniß einer Seuche und durch die sosonigen Geinleitung zweckdienlicher Maßnahmen zur Tilgung des Contagii, in vielen Källen eine sich über ganze Provinzen verbreitende Kalamität glücklich abz gewendet werden kann, was bei allen späteren Unstrengungen nicht mehr möglich ist, sobald man der Seuche Zeit und Gelegenheit gegönnt hat, eine gewisse Ausbreitung zu gewinnen.

Undererseits ift nicht in Abrede zu ftellen, daß unter gewisfen Umflanden, deren Beurtheilung und richtige Burdigung jeboch lediglich den betreffenden Behörden überlaffen bleiben muß,
wie z. B. bei allgemein verbreiteten Seuchen, insbesondere bei
folchen, welche miasmatischen Ursprunges sind, die Gegenwart ber
Sachverständigen an Ort und Stelle nicht in allen Fällen für
unbedinat nothwendig gehalten werden kann.

Bas nun die Unfrage ber Ronigl. Regierung in bem borliegenden fpeziellen Falle betrifft, fo ericheint es nicht nothwendig, baf bie Revifion der infizirten Schafherben, behufe der Ermittelung, ob die Rrantheit getilgt fei, und behufe ber Desinfeftions-Magregeln in allen Fallen burch Rreisphpfifer ober Chierargte ausgeführt werde, und zwar aus folgenden Grunden. Benn bie Schafporten bereits eine allgemeine Berbreitung unter mabricheinlicher Begunftigung von Bitterunge. Ginfluffen gewonnen haben, wie es im borliegenden Falle fattfinbet, fo ift eine Unterbruckung ber Seuche burch polizeiliche Dagregeln nicht mehr ausführbar. vielmehr tann alebann bie fruhere Beendigung ber Geuche nur baburch herbeigeführt werben, baß bie Rranfheit möglichft zeitig bei allen Schafen, die bis bahin noch nicht von ben Docken ergriffen find, burch Ginimpfung erzeugt wirb. Es fann ferner nicht bezweifelt werben, bag bie Doden, jumal wenn biefelben als allaemein verbreitete Seude vorkommen, von jedem Schafer und Berben Befiter, bei nur einiger Aufmertfamfeit febr bald erfannt Es burfte baber bem Urtheile ber Schafer und Gigen. thumer, jeboch felbftrebend jebenfalls unter Rontrolle ber Drte-Polizei, mohl Glauben beigumeffen und hiernach zu verfahren fein. jumal in bem Regulativ vom 27. August 1806. ad 7. bestimmt iff:

baß wenn auch die Podenfrantheit aufgehört hat, die gefund gebliebenen Serden von den Eriften und Beiden der frank gewesenen Berden, wenigstens noch 6 Bochen nach völlig

gehobener Rrantheit gurudbleiben follen.

Ein Zeitraum, ber baher nach bem Ermessen ber Behörde in ben baju geeigneten Fällen, nach Maßgabe ber Umftände verlängert werben kann. Gin anderes Desinfektions Berfahren als das genannte, burch die Zeit, findet bei Schafpocken gesetzlich nicht statt, und burfte auch schwerlich von einem anderen ein zuverlässiger Erfolg zu erwarten sein, da z. B. das Reinigen der durchgeseuchten Berden durch Maschen und Schwemmen schon im Sommer aus gerst schwierig und im Winter gar nicht ausführbar ist. Anderrerseits ist nicht zu bezweifeln, daß in der Regel alle Reste des Contagii, welche einer durchgeseuchten Serde noch ankleben, in ber Zeit von 6 Wochen durch die Luft völlig zerstört sein werden. Die Revision durchgeseuchter Schafherben, durch Sachverständige

durfte hiernach nur auf die Falle beschränft bleiben, wo die Ausssührung von Schafen aus infizirten Serben von den Eigenthumern zu einer Zeit nachgesucht wird, wo die Behörden noch nicht die Gewisheit von der polizeilichen Unschällichkeit derfelben erlangt haben, oder wo besondere Lokalverhaltniffe eine Modifikation der allgemein gegebenen Borschriften nothwendig machen.

Rach Diefen Andeutungen hat Die Rouigl. Regierung in bem porliegenden Falle, wie in allen abnlichen Fallen, zu verfahren.

Berlin, ben 9. Rovember 1839.

Ministerium ber geiftlichen, Unterrichte und Medizinal Angel.

X. Militair : Sachen.

161.

Eirkular Refkript an sammtliche Konigl. Oberpräsibien, bie amtliche Korrespondenz mit der Preußischen Milistairbehorde in Mainz betreffend.

Nach einem Schreiben bes herrn Kriegsministers sollen in Gemäßheit einer bereits im Jahre 1830. ausgesprochenen Allers höchsten Willensmeinung alle Verfügungen, Mittheilungen und sonstige an die Königl. Preußische Militairbehörde in Mainz zu richtende Diensischreiben nicht an das dortige Gouvernement oder die Kommandantur, sondern an die Person des Preußischen Gouverneurs (resp. Vice-Gouverneurs) oder Kommandanten adressist werden, je nachdem der Posten des Gouverneurs oder des Kome mandanten von Preußen besett ift.

Demzufolge find bei Gelegenheit des jest stattgehabten Beche fels des Gouverneurs und des Rommandanten in Mainz seitens des Herrn Kriegsministers sammtliche Königl. General Kommandos veranlaßt worden, die etwa vorkommende dienstliche Korres spondenz nach jener Bundesfestung gegenwärtig an die Person des diesfeitigen Rommandanten, zu richten, auch die Truppen-Befehlschaber und Behörden in ihrem Bereiche, welche etwa in den Fallder direkten Rommunifation mit der diesseitigen Militairbehörde in Mainz kommen könnten, mit gleicher Unweisung zu versehen.

Das Ronigl. Oberprafidium fete ich hiervon jur weiteren ge-

fälligen Beranlaffung nadrichtlich in Kenntnis. Berlin, ben 25. November 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

Erlaß an ben kommandirenden General des 7ten Urmeekorps, sowie an den Ronigl. Oberprafidenten ber Proving Westphalen, die nachträgliche Einstellung frus her breimal zuruchgestellter Militairpflichtigen betreffend.

Em. Erzellengen erwiedern wir auf bie geehrte Bufchrift vom 3. v. M.,

bie nachträgliche Einftellung bes früher bereits breimal vom Militairdienste zuruchgestellten ehemaligen Korrespondenten in einem Sandlungshause, jetigen Studiosus ber Theologie N. betreffend,

Rolgendes ergebenft.

Die Minifterial : Bestimmung bom 11. Marg 1828. autoris

firt bie Erfat Rommiffionen,

einen Militairpflichtigen, welcher als Ernahrer feiner Eltern mehrmals jurudgestellt und in Berudstätigung dieses Berbaltniffes bereits ber Landwehr überwiesen worden war, nachträglich jum Dienst im stehenden Seere auszuheben, wenn er die ber Burudstellung jum Grunde liegenden Bedingungen durch eigenes Berschulden unerfüllt läßt.

Dagegen aber fest die fpater unterm 3. Rovember 1833. ergan-

gene Allerhochfte Rabinete Drbre ad 4. feft,

baß Dienstpflichtige, die ale Ernahrer ihrer Familien zurudgestellt worden, nach breimaliger Zurudfellung im Frieden nicht mehr zur Aushebung herangezogen werden sollen.

Die obengebachte Ministerial Bestimmung vom 11. Mary 1828. fann sonach nur unter ben in Folge ber Allerhöchsten Orbre vom 3. November 1833. nothwendig werdenden Beschränkungen gur Ausführung kommen, da nach breimaliger Juruchtellung jedenfalls eine befinitive Bestimmung über ben Militairpflichtigen stattfinden muß.

Bon biefem Gefichtspunfte ausgehend, und ba überdies ber 2c. N. feine Eltern, wie er bargethan, nach wie vor unterfluft, halten wir die Biederaufhebung ber im Jahre 1838. von ber Departements Erfah : Rommiffion über ihn getroffene Entscheidung und somit feine nachträgliche Ginftellung jum Dienst fur unzulaffig.

Em. Erzellengen ersuchen wir, beingemaß bas Beitere gefal-

ligft ju verfügen.

Berlin, ben 10. Rovember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. Der Rriegeminifter. v. Rauch.

Allerhochste RabinetsDrbre, betreffend die Erfüllung ber Militairdienstpflicht seitens der anstellungsfahigen Schulamts Randidaten.

Ich genehmige auf Ihren Bericht vom 21. v. M., daß bie burch Meine Ordre vom 29. Oktober 1827. (Annal. S. 1028. f.) ben in Seminarien gebildeten Schullehrern bei der Erfüllung iherer Militairdienstpflicht zugestandene Begunstigung auch auf die zwar nicht in Seminarien vorbereiteten, jedoch vor dem Eintreten ihrer Militairdienstpflicht für anstellungsfähig erklärten Schulamts. Randidaten der Provinz Preußen ausgedehnt werden fann.

Berlin, ben 27. Oftober 1839.

Friedrich Wilhelm.

bie Staatsminifter, Freiherrn v. Altenflein, v. Rochom und General ber Infanterie, v. Rauch.

164.

Reffript an ben Konigl. Oberprassibenten zu N., Die Bollzichung von Dieziplinarstrafen gegen Landwehrs manner betreffend.

Nachbem ich über ben von Em. 2c. in Ihrem Bericht bom 12. September d. J. vorgetragenen Kompeteng Konflift, wegen Beftrafung eines Landwehrmanns, mit bem herrn Kriegsminister fommunizirt habe, gebe ich Ihnen, im Einverständniffe bes Letter ren, Kolgendes zu erkennen.

Ju ber Allerhöchsten Rabinets: Orbre vom 21. Dezember 1825. (Annal. S. 1131.) ist von einer auf die Angeige der Landwehr: Bataillons: Kommandeurs durch die Civilbehörde fest gufettenden und sofort zu vollziehenden Disziplinarstrafe die Rede.

Aus ber Bestimmung, wodurch die Fest fet ung ber Strafe ben Civilbehörden (Landrathen) überwiesen worden, folgt, daß die Landrathe auch zu prufen und barüber zu besinden haben:

ob die Strafe festzuseten, ober ob der Antrag des Lands wehr-Bataillone: Kommandeurs auf Bestrafung des Landwehr.

manns abzulehnen fei? dem Landwehr. Bataillons. Kommandeur bleibt jedoch unbenommen, bei feiner vorgesetten Behörde gegen die vom Landrath ausgesprochene Ansicht zu reklamiren und auf höhere Entscheidung anzutras Annalen. Sest 1V. 1839. gen. Benn also ber Lantrath bes N. N. schen Kreises die von ber Militairbehörde wider ben im Landwehr-Berhältniß flehenden Järger N. in Antrag gebrachte Bestrafung abgelehnt hatte, so würde formell nichts mit Grunde bagegen erinnert werden können. Gin solcher Fall liegt aber hier nicht vor. Der Landrath hat vielmehr die Strafe festgesetzt, der Bestrafte aber den Rekurs an die Regierung ergriffen, und diese hat in Folge bessen die Strafe niedergeschlagen.

Sierin hat indeffen die Regierung gefehlt, weil durch die gedachte Allerhöchste Ordre der Refurs nicht zu Gunften des beftraften Landwehrmannes nachgegeben, sondern vielmehr durch die Bestimmung, daß die von der Civilbehörde festgesetzte Strafe sofort zu vollziehen, als speziell ausgeschlossen zu betrachten ift. Glaubte die Regierung, nachträglich zu Gunften des N. einschreiten zu muffen, so konnte die Erledigung der Sache nur durch eine Rommunisation mit der Missitatiebehörde, event, durch höhere Ent-

fcheidung herbeigeführt werben.

Ew. 2c. haben in bem Erlaffe an die Regierung vom 13. August b. 3. bemerkt, baß in ber Allerhöchsten Ordre vom 21. Dezember 1825. nirgends von einer Einmischung der Civilbehörde bei der Berurtheilung des Straffälligen die Rede sei. Hierin fann ich indes Ew. 2c. nicht beistimmen. Wenn die Eivilbehörde eine Strafe festguseben hat, so hat sie auch zu prufen, ob der Denunziat straffällig sei. Wäre dies nicht der Fall, so wurde der Landwehr: Bataillons: Rommandeur die Strafe bestimmen und der Landrath bloß vollstreck en. In der erwähnten Konigl. Ordre ist aber nichts enthalten, was hierauf hindeutete.

Ew. 2c. nehmen ferner, jur Unterstützung Ihrer Ansicht auf die Allerhe Rabinetse Ordre v. 14. Juli 1824. (Annal. S. 939.) Bezug, worin ausdrücklich nur der Landwehre Bataillonse Kommandeur genannt werde, welcher die Strafe zu verhängen und durch Nequisition der landräthlichen Behörde zu vollstrecken habe. Aus dieser Ordre, welche übrigens einen anderen Gegenstand betrifft, durfte indessen eher das Gegentheil von demjenigen, was Em. 2c. daraus herleiten, in sofern folgen, als in den darin bezeichneten Källen nicht der Landrath, sondern der Bataillonse Kommandeur die Strafe fest zu sehn und die Eivilbehörde ihrerseits die von der Militairbehörde festgesette Strafe bloß zu vollstrecken hat.

Em. ac. fielle ich anheim, hiernach bas Erforderliche an Die Regierung gefälligft ju erlaffen, und Gid, über Die Erledigung bes Spezialfalles wegen Bestrafung bes N. mit bem Ronigl. General-

Kommando ju vereinigen.

Berlin, den 7. Dezember 1839.

Der Minifter bes Innern und ber Polizei. v. Rochow.

Reffript an die Konigl. Regierung zu Liegnis, betreffend die Ermittelung von Entschädigungen für die temporair eingeraumten Militair - Übungsplase.

Das Königl. General-Rommando bes 5ten Urmeeforps hat bem Rriegsminifterium bie Rorrespondenz, welche zwischen bemfelben und ber Konigl. Regierung in ber Ungelegenheit wegen Entichadigung bes Befitere ber N. N.fchen Feldmart für bie feitens bes 4ten Ruraffier. Regiments in Diefem Jahre gefchehene Benutung feines Terrains ju ben Regimente: Ubungen frattgehabt, jur Entscheidung hinfichtlich ber entftandenen Deinungeverschiedenheit vorgelegt. Danach hat bie Ros nigl. Regierung Anftand genommen, bei der Auswahl nicht permanen. ter Grergierplate burch bie Landrathe auf Die Abichatungs . Untrage ber Militairbehorben einzugehen, indem diefelbe vielmehr es fur genue gend halt, daß die bem Gigenthumer bes von bem 4ten Ruraffier-Regiment benutten Grundflucts ju leiftende Entschädigung burch ben Landrath, ohne vorherige Ginigung mit ber Militairbehorbe, mittelft Reftstellung eines Paufchquantums erfolgt ift. Diefe Unficht konnen wir nicht theilen. Denn die Allerhochfie Rabinets. Orbre vom 1. Dai 1820., von welcher ber Konigl. Regierung burch ben Cirfular: Erlaß vom 10. Janr. 1832. *) ju Ihrer Richtschnur Mittheilung gemacht worben ift, bestimmt ausbrudlich, bag jur Musmittelung bes burch Die Truppen bei ben Ubungen verursachten Schadens auf ben Fluren ein Civil: Rommiffarius, bei Bauernfeldern in ber Perfon des Land: rathe, und bei ftadtischen Kluren in ber Derfon eines Mitgliedes bes Magiftrats, beftellt, der Militair-Rommiffarius aber bon Geiten bes Beneral-Rommandos ernannt werben foll. Bur Berbeiführung Diefer Allerhöchften Beffimmung haben nun zwar zunächst nur bie mahrend ber größeren Truppen : Ubungen vorgefommenen Flurbeichabigungen Beranlaffung gegeben; es unterliegt indeffen feinem Zweifel, baf felbige auch auf ben vorliegenden Kall in Anwendung zu bringen gewesen fein murbe, ba bas bezügliche Terrain nicht zu ber Rategorie ber permanenten Garnifon : Erergierplate, fondern gu benjenigen Ubungs: platen gehort hat, für welche die Bergutung im Bege ber Abicanung nach Maggabe ber Befchäbigung ju gewähren mar.

Berlin, ben 15. Dezember 1839. Der Minister bes Innern und ber Polizei. Der Kriegsminister. v. Rochow. v. Rauch.

^{*)} Unnal, Jahrg. 1832. G. 283. ff.

3weiter Abschnitt.

Auswartige

Gesetzgebung.

1.

Großherzoglich Babensche Berordnung, ben Schulunterricht für die in den Fabriken beschäftigten Kinder betreffend, vom 4. Marz 1840.

In neuerer Zeit find im Großherzogthum mehrere Fabrifen enteftanden, in welchen schulpflichtige Rinder beschäftigt werden. Da durch die Berbindlichkeit dieser Rinder zum Besuch der gewöhnslichen Bolfsschulen in den geordneten Stunden ber Fabrisebetried zu sehr gehindert wurde, so haben mehrere Fabrisbesitier sich entsichlossen, auf ihre Rosten eigene Schulen zu errichten.

Damit auf ber einen Seite ber Unterricht ber Kinder in dies fen Schulen nicht vernachläffigt werde, und fie nicht durch allzus große Anstrengung geistig und förperlich verkummern, und damit auf der andern Seite durftigen Familien der Erwerd in Fabriken so wenig als möglich entzogen werde, wird in Gemäßbeit höchster Entschließung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 28. Februar 1840. Nr. 362. und 363. verordnet, wie folgt:

1. Schulpflichtige Rinder tonnen von bem ordentlichen Befuche ber Bolfeschule nicht befreit werben, um in Fabriten zu arbeiten, es ware benn, bag fie besondere Fabrificulen besuchten. 2. Fabrificulen konnen nur mit Genehmigung ber Obers Schulbehorde (f. 11. ber Berordnung vom 15. Mai 1834., bas Bollsichulmesen betreffend) und nur unter nachstebenden Bebin-

gungen errichtet werben.

3. Kinder, welche bas eilfte Lebensjahr noch nicht gurudgelegt haben, können nicht in die Fabrikschule aufgenommen werden.
Die Aufnahme findet auch dann nicht flatt, wenn das Kind die beiden untern Unterrichtsstufen, welche der §. 31. und foigende des Lehrplans vom 30. Mai 1834. Regierungsblatt No. XXV. bezeichnet, noch nicht gurudgelegt hat.

4. Bon einem und bemfelben Lehrer burfen nie mehr als

70 Rinder in gleicher Stunde Unterricht erhalten.

5. Der Unterricht ift in ber Weise zu ertheilen, wie es burch ben allgemeinen Lelyplan vom 30. Mai 1834. für bie lette Stufe bes Boltsschulunterrichts vorgeschrieben ift.

6. Der Unterricht fann nur von einem Lehrer ertheilt werben, welcher nach f. 26. ber landesherrlichen Berordnung vom 15. Mai 1834. auch an einer Boltsschule angestellt werben fann, oder an einer solchen angestellt ift.

7. Es muffen taglich wenigstens zwei Stunden fur ben Un-

terricht einer jeben Abtheilung bestimmt werben.

Jedoch fann mit Buftimmung der Oberfchulbehörde für eingelne Bochentage der schematismusmäßige Unterricht auf eine Stunde beschränkt oder ganz ausgesetht bleiben, in sofern die Bahl ber regelmäßigen Unterrichtsftunden für audere Bochentage in aleichem Berhältniß vermehrt wird.

8. Die Unterrichtsstunden muffen, wo immer thunlich, Bormittags und Nachmittags ben Arbeitsstunden vorausgeben; wo bieß nicht ausführbar fein follte, muß wenigstens eine Ruhestunde

ber Unterrichtsftunde vorangeben.

9. Die Arbeits: und Unterrichtsflunden zusammen durfen bei Kindern, die das Schulentlassungsalter (Regierungsblatt No. XXV. Seite 179. von 1834.) noch nicht erreicht haben, nicht mehr als täglich zwölf Stunden betragen. Nur wo eine Beschäftigung ber Kinder im Freien stattsindet, darf mit Justimmung des Physitats die Arbeitszeit auf zwölf Stunden erholt werden.

Das Bezirksamt ist befugt, eine vorübergehende Berlangerung dieser Arbeitszeit zu gestatten, wenn durch Naturereignisse ober Unglücksfälle ber regelmäßige Geschäftsbetrieb in den Fabriten unterbrochen und ein vermehrtes Arbeitebedurfniß dadurch herbeigeführt worden ist. Die Berlangerung darf täglich nur eine Stunde betragen, und höchstens auf die Dauer von vier Wochen gestattet werden.

10. 3wifden ben im vorigen Paragraphen bestimmten Ur-

beiteffunden ift ben Rindern Bor. und Nachmittags eine Ruhe von einer Biertelftunde und Mittags eine ganze Freiftunde, und zwar jedesmal auch Bewegung in freier Luft zu gewähren.

11. Die Befchäftigung folder jungen Leute por 5 Uhr Morgens und nach 9 Uhr Abende, fowie an ben Soun- und

Feiertagen, ift ganglich unterfaat.

12. Die Fabritherren, welche junge Lente beschäftigen, find verpflichtet, eine genaue und vollständige Lifte, beren Namen, Altter, Bohnort, Eltern und Eintritt enthaltend, ju fuhren, biefelbe in bem Arbeitelokal aufzubewahren und ben Polizei- und Schulzbehörben auf Berlangen vorzulegen.

13. Zuwiderhandlungen gegen biefe Berordnung werben gegen ben Fabrifheren ober beffen Stellvertreter burch Strafen von 1 bis 5 Kl. für jedes vorschriftswidrig beschäftigte Rind geabnbet.

Die unterlaffene Anfertigung ober Fortführung ber in §. 12. borgeschriebenen tabellarischen Liffe wird zum erstenmale mit einer Strafe von 1 bis 5 Fl. geahndet. Die zweite Berletung biefer Borfchrift wird mit einer Strafe von 5 bis 25 Fl. belegt. Auch ift das Bezirksamt befugt, die Liste zu jeder Zeit auf Rosten der Kontravenienten anfertigen und vervollständigen zu laffen.

14. Die Aufficht über die Fabriffchulen führen die in bem funften Titel ber Beroednung vom 14. Mai 1834. bezeichneten

Behorben nach ben bafelbft enthaltenen Beftimmungen.

15. Die Bestimmungen ber erwähnten Berordnung vom 30. Dai 1834. über Schulzucht und Beforderungsmittel bes Fleißes und über bie Ginrichtung ber Schulzimmer in den §§. 19. bis 26. finden auf die Fabrifschulen Anwendung.

16. Alle burch Ginrichtung einer Fabriffchule erwachfenen

Roften haben bie Fabrifbefiger ju tragen.

17. Die ertheilte Erlaubniß gur Errichtung einer Fabrif.

fcule ift jebergeit wiberruflich.

18. Nur das Ministerium des Innern ift ermächtigt, für einzelne Fabriken die dem Zweck der Verordnung nicht entgegen: stehenden Modifikationen eintreten ju laffen.

Carleruhe, ben 4. Marg 1840.

Minifterium des Innern. Frhr. o. Rubt.

Vdt. P. Meier.

2.

Fürstlich Schwarzburg. Sondershausensche Berordnung gegen Thierqualerei, vom 6. Marg 1840.

Gunther Friedrich Carl von Gottes Gnaden Fürst gu Schwarzburg, Sonderehausen. So unbezweifelt es ift, daß ein

großer Theil der Thierwelt auf mannigfache Weise dem Menschen jum Rugen bestimmt ift, und dieser sich ihrer daher erlaubter Weise zu seinen Zwecken bedienen darf, so unverantwortslich und empörend für das Gefühl des sittlich guten Menschen ist es, wenn in unsern Zeiten nicht selten hier und da noch eine graussame Behandlung der Thiere stattsindet, welche sowohl den Menschen entwürdigt, als auch die Grenzen seiner Eigenthumsrechte überschreitet, und daher nicht geduldet, soudern vielmehr verboten

und beftraft zu merben verbient.

Das mirtfamffe Mittel, folden Sandlungen vorzubengen, liegt unftreitig auch in ber Erziehung ber Jugend und bem öffentlichen Unterrichte, und 3ch fordere baber Meine Konfistorien auf, bafur beforgt gu fein, daß in den Schulen Meines Landes eifrig babin gewirft werbe, die Begriffe ber Jugend über Diefen Gegenftand geborig ju lautern und ju berichtigen, und ihr namentlich burch angemeffene Belehrung recht aufchaulich ju machen und einzupragen, daß ber Menich zwar die Thiere und ihre Rrafte fur fich benuten und fie auch felbft ju biefen 3meden, ober in fofern fie ihm Gefahr und Schaden bringen, tobten burfe, bag er aber fein Recht habe, ihren Tod burch unnöthige Qualen ju verbittetn, ober fie aus Muthwillen des Lebens zu berauben, und bag es eine von der Menfchs lichfeit beionders gebotene Pflicht fei, Die Sausthiere mit Corgfalt und Schonung ju behandeln und fie nicht - bielleicht gar in halb verhungertem Buftande - burch Difhandlung ju übermäßis ger Arbeit über ihre Rrafte bingus anguftrengen.

Es erscheint um so nöthiger und heilsamer, bem Gemuthe ber Jugend frühzeitig hierüber die richtigen Empfindungen beizubringen, damit sie abgehalten werde, durch muthwilliges Martern und Peinigen ber Thiere ihr Ser; zu verhätten und dadurch selbst ihr Gefühl gegen die Leiden ber Menschheit abzustumpfen. Auch den Eltern, Bornundern und Lehrherren finde Ich Mich daher bewogen, hierdurch zur unerläßlichen Pflicht zu machen, nach allen ihren Kräften dahin zu wirken, daß jener Zweck bei der ihrer Leitung und Aussuch anvertrauten Jugend gewissenhaft ins Auge gefaßt und möglichst erreicht werde.

In mehreren Landern haben fich Bereine gebildet, um jener unfer Beitalter entehrenden Behandlung der Thiere auf mancherlei Art entsgegen zu wirken, und mit Wohlgefallen wurde Ich es vernehmen, wenn auch in Meinem Lande ein folcher Verein zu Stande fame, bem ich gern Schutz und möglichste Förderung gewähren wurde.

Um indeß ber Thierqualerei auch im Bege ber Strafgefetgebung balb entgegen zu treten, finde Ich Mich bewogen, hierburch zu verordnen:

I. baß Jeder, der abstichtlich ein Thier, fei es in feinem Gigenthum oder nicht,

1) auf eine ungewöhnliche und jugleich mehr als nothig ichmerg-

2) ihm, ohne einen herfommlicher Magen ale erlaubt geltenden 3med babei ju verfolgen, Schmergen ober Qualen jufugt,

3) ober boch, felbft bei vorliegenbem erlaubten 3mede, Die Schmer.

gen unnöthiger Beife erhöht,

4) ber ein Thier burch Entzieljung ber zu feiner Erifteng erfor-

5) der ein Thier gegen deffen Natur oder über beffen Reafte durch graufame Behandlung zu Erreichung feiner Zwede anftrengt, ber Thierqualerei fur schuldig erachtet und mit Gefangnif bis zu feche Wochen, oder nach Befinden mit einer verhaltnifmaßigen Gelbbuffe bestraft werden foll.

II. Der Grad der bei Berübung ber That jum Grunde gelegenen Bosheit ober moralischen Berberbtheit und die Große ber dem Thiere jugefügten Qual sollen bei Bestimmung der Strafe

ben hauptfächlichften Dafftab abgeben.

IH. In Biederholungefallen find hinfichtlich ber Straf. erhöhung die in biefer Beziehung allgemein angenommenen Grund.

fage in Unwendung ju bringen.

IV. Die Eltern, Bormunder ober Lehrherren Derer, welche fich ber Thierqualerei ichulbig machen, sollen, wenn fie um ben Frevel gewußt, und biefen nicht zu verhindern gesucht haben, als Theilnehmer an ber Bergehung zur Strafe gezogen werben.

V. Die eingehenden Strafgelder follen in ben Baifenber-

pflegungefonde bes betreffenden Landestheiles fliegen.

Bon Meinen Regierungen erwarte Ich, bag fie bie nothigen Berfügungen treffen, bamit die in Obigem als ftrafbar bezeichneten Sandlungen zeitig zur Anzeige und Untersuchung gelangen, daß fie über die Befolgung dieser Berordnung wachen und selbige auf ges wöhnlichem Bege zur öffentlichen Kenntniß bringen werden.

Conberehausen, am 5. Marg 1840.

Bunther Friedrich Carl.

An Farfiliche Regierung und Farfil. Ronfiftorium bier.

Borflebende landesherrliche Berordnung in Betreff ber Thierqualeret wird andurch jur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Conterebaufen, am 9. Marg 1840.

Fürfil. Schwarzb. Regierung. G. v. Biegeler.

Anhang.

Aftenmäßige Darstellung

ber

Prensischen Gesetz-Revision.

28 0 m

Staats: Minifter von Rampt.

Mnnalen. Seft IV. 1839.

von des Königs Friedrich Wilhelm des Dritten Majestät angeordnete Revision der Gefengebung und Abfaffung der Provinzial= Gefet= bucher hat die Aufmertsamteit, sowohl des Inlandes, als des Auslandes erregt. Die des Inlandes um fo mehr, als ein bedeutender Theil des Allge= meinen Gefetbuchs durch neuere Gefete veran= dert und unanwendbar, und in einem eben fo bedeutenden Theile zweifelhaft geworden war, und als das, in demfelben enthaltene Strafrecht weder gegenwärtigen Buftande ber Nation, den wiffenschaftlichen Anforderungen, noch den prat= tifchen Bedürfniffen entsprach, und als endlich die Provinzialrechte durch die fpatere Gefetgebung in den erheblichsten Bestimmungen wefentlich verändert und ungewiß geworden waren, und daher das Bedurfniß der feit hundert und mehreren Jahren ver= beißenen Revision und schriftlichen Abfassung derfel= ben fich dringend erneuert hatte. Gin zweifelhafter und schwankender Rechtszustand war in dem Lande eingetreten, in welchem ein festes unzweifelhaftes Recht ftets zu den vorzüglichsten Regierungs=Maxi= men feiner Fürsten gebort batte. Die Befestigung diefes sicheren gesetlichen Bustandes im Innern des

Reichs war daher nach dem so glorreich wieder hergestellten äußeren Rechtszustande eine der ersten Sorgen des verewigten Monarchen und von der

Nation bantbar anerkannt.

Die Grundfate, nach welchen hierbei der Ro= nigliche Wille ausgeführt werden follte, ergeben fich aus der ausdrücklich ausgesprochenen Absicht fo von felbft, daß es deren naberen Entwidelung nicht be= darf. "Die Gefetbücher follen den feit ib= "rer Publitation eingetretenen Berande= "rungen angepaßt werden." Es follte baber bei biefer Revision weder das, mit diefen Beran= berungen nicht mehr vereinbarliche alte Rechte bei= behalten, noch das, mit jenen Beranderungen ber= einbare bestehende Recht aufgehoben und ohne prat= tifches Bedürfniß ein neues Recht berbeigeführt. fondern das noch wirtlich bestehende Recht festge= ftellt und durch eine neue Abfaffung befestigt wer= ben (§§. 4. und 10.). Es ward nicht eine neue Befetgebung, fondern eine, von jenem zwiefachen Besichtspunkte ausgehende Revision der vorbandenen angeordnet.

Die näheren Bestimmungen sowohl über diesen Grundsat als dessen Anwendung sind eben so wenig, wie das Bersahren und die Fortschritte, und übershaupt die Geschichte der Gesetz-Revision, selbst nicht einmal ihre gedruckten Entwürse, Motive und andere Arbeiten zur öffentlichen Kenntniß gekommen. Densnoch sind die näheren Verhältnisse der Geschichte und die Fortschritte der, die Gesetzebung betressen Anordnungen in rechtsgeschichtlicher Veziehung nicht unwichtig, wie noch neuerdings das allgemeine Interesse bestätigt hat, mit welchem die, in den letzten Jahren meiner Leitung des Gesetz-Revisions-Ministeriums vom Geheimen Ober = Justigrath

v. Möller entworfenen aktenmäßigen Darstellungen der beiden Justizreformen Friedrichs des Großen

aufgenommen find.

Die attenmäßige Darftellung ber, von bes Böchstfeligen Ronigs Majestät angeordneten Gefeb-Revision erschien daber um fo mehr ein intereffanter Beitrag jur Geschichte der Preußischen Gesetzebung, als bei dem großen Umfange, der bedeutenden Menge und den rafden Fortschritten der Gefeb=Revisions = Arbeiten, und infonderheit der Provinzial= rechte, felbst die Uebersicht derfelben nur durch eine nabere Darftellung erhalten werden tann. Much für die Rechtswissenschaft, nicht bloß für die Preu-Bifche, fondern auch fur die des germanischen Rechts überhaupt ist die nähere Kenntniß von der wiederbolten und gründlichen, nicht bloß wiffenschaftlichen, fondern auch öffentlichen Untersuchung und Erörte= rung der Vartitularrechte von fast bundert früber befonderen deutschen Gebieten um fo mehr von Intereffe, als aus diefer Erörterung bervorgeht, wie ebemals berühmte und weit verbreitete Rechte im Laufe von Sahrhunderten in prattifcher Beziehung fich gestaltet haben.

Die Aufforderung zu einer solchen Darstellung schien zunächst an denjenigen gerichtet, welchem das Allerhöchste Bertrauen des Königs Friedrich Wilshelm des Dritten Majestät nicht allein bei der Anordnung der Gesets-Revision eine besondere Mitwirtung zu derselben anwies, sondern auch bald nacheher das sür die Gesets-Revision eigends errichtete Ministerium übertrug, und der seit siedzehn Jahre nicht allein als Direktor im Justiz-Ministerium an der Geset-Revision Theil genommen, sondern auch dieselbe in dem solgenden zehnjährigen Zeitraume iherer ununterbrochenen Thätigkeit als Minister gelei-

tet, und länger und näher, als fonft Jemand, gu

derfelben mitgewirft bat.

Der angemeffene Zeitpuntt für eine folche Dar= ftellung ichien der der Bollendung der Gefet= Revifion in dem, dem Ministerium über= tragenen erften Stadium. Diefer Zeitpuntt würde, nach der Lage der Gefet = Revision und nach bem, für das gegenwärtige Jahr entworfenen Ar= beitsplane, mit Ausnahme etwa von zwei oder drei weniger bedeutenden Provinzialrechten, am Schluffe Diefes Jahres eingetreten, und dann über die Bollen= dung der Gefet-Revision, fo weit fie mir übertragen war, ein ausführlicher Beneral-Bericht erftattet worden fein. Bei der, bereits im Gebruar Diefes Jahres, mithin vor diefem Zeitpuntte, erfolgten Amts= veränderung haben zwar bis dabin weder die un= tergeordneten Revisions = Beborden die eben gedach= ten noch ruckständigen Provinzialrechte in das mi= nifterielle Stadium beforbern, noch die für Lauf des Jahres bestimmten letten Berathungen über einige Gegenstände des burgerlichen Rechts (§§. 106. und 108.) Statt baben fonnen; ich babe aber dennoch geglaubt, diese Darstellung um so we= niger darnach aussehen zu durfen, als die erwähn= ten Theile des burgerlichen Rechts bereits im Gefeb= Revisions-Ministerium fehr grundlich und ausführlich bearbeitet, in neue Gefet = Entwürfe abgefaßt find, und zur Prüfung in den ferneren legislativen Stadien borliegen, und die Schlußberathung über dieselbe mabrend der Berathung über die ganglich abgeschloffenen Theile in ben ferneren Stadien längft wurde vollendet worden sein und als eben diefes in Ansehung jener wenigen Provinzialrechte der Fall ift, es aber für mich und meine Mitarbeiter winfcenswerth fein mußte, die Refultate der Gefeb=

Revision am Schlusse meiner, im Monat Februar 1832 angefangenen und in eben dem Monat Februar 1842 beendigten, mithin zehnjährigen Berwaltung des Justis = Ministeriums für die Geseh = Revision darzus

legen.

Die vorliegende Darftellung ber Befeb = Revision ift daber auf das, dem Ge= fet = Revisions = Minifterium überwiesene, erfte oder juftig-minifterielle Stadium und auf dasjenige beidrantt, was daffelbe bat leiften follen und was daffelbe geleistet hat; der Fortgang der Gefet = Revision in den ferneren Stadien tann erft nach deren Schluß dargestellt werden. Bier ift baber nur von dem ersteren, mithin von demjenigen Stadium die Rede, welches nur bestimmt ift, die bestehenden Gefete gu revidiren und die revidirten Befetbücher abgufaffen und ber Prüfung und Berathung ber weiteren legislativen Stadien vorzule= gen. Diefes Stadium ift mithin teinesweges beru= die revidirten Gefetbucher unmittelbar ins fen. Leben ju rufen, zwifchen bem erften Stadium und dem Leben und der Ginführung in daffelbe liegen vielmehr die ferneren legislativen Stadien, deren Beruf es ift, die Gutwurfe des erften Stadiums dagu zu beforbern. Es ergiebt fich daber, auf welcher Untunde die bin und wieder geaußerte Bebauptung beruht, daß der Zeitraum, in welchem die Revision besieht, fo geräumig fei, daß die revidirten Gefebbucher langft in bas Leben hatte treten konnen, und wie wenig diese Behauptung das Ministerium treffen tonne, da deffen Funttion mit der Abfaffung und mit der Beforderung der Entwürfe der Gefetbucher pollendet ift. Der Umfang des, ju diesem Zwede bem Ministerium überwiesenen Gebiets, und ber ihm geftellten Aufgabe war eben fo groß, als die außeren und

inneren Schwierigkeiten der Revision. Die Prüfung ber ganzen allgemeinen materiellen und formellen Befeb= gebung der Monarchie und der Partitular=Gefetge= bung von beinabe hundert vormaligen besonderen Lan= dern, deren Rechtegustand häufig um fo schwieriger positiv zu ermitteln war, je fleiner sie felbst waren, die Bereinigung der älteren allgemeinen und der befon= beren mit der späteren Gesetgebung und mit dem heu= tigen gefehlichen Buftande, die Entwerfung der bier= nach veränderten neuen allgemeinen, so wie die Ab= fassung der Gesetbücher für alle diese Landestheile, und die Darlegung der Motive sowohl für jene, als für diefe, war die dem Gefet-Revisions-Ministerium gestellte Aufgabe. Aus der gegenwärtigen Darftellung ergiebt fich, daß diefe Aufgabe in einem Beit= raume von zehn Jahren, zum Theil schon in der ersten Sälfte derfelben erfüllt worden. In anderen Landern hat man fogar angeführt, daß alle diefe Ar= beiten in febr wenigen Jahren vollendet worden feien. Welche möchten aber wohl diefe Länder fein? Co viel erftlich die Provingialrechte betrifft, fo wurde es eine bantenswerthe Bereicherung ber Gefdichte ber Gesetgebung fein, wenn auch nur ein Staat nachgewiesen werden tonnte, in welchem, ne= ben der allgemeinen Gefetgebnng, auch die besonderen Rechte aller — und dazu so zahlreicher — Landes= theile im Allgemeinen zwar aufrecht erhalten, aber nach den veränderten Berhältniffen abgeändert und schriftlich abgefaßt worden. Wollte man den Preu-Bischen Staat felbst und die von Friedrich dem Großen angeordnete Abfaffung der Provinzialrechte anführen; fo wurde fich ergeben, daß damals nur bon einigen wenigen, bergeit taum bezweifelten, durch teine neuere Gesetzebung veranderten Dro= vinzialrechten die Rede war, und daß dennoch die

Bufammenstellung berfelben eine fast zwanzigjäh= rige und eine nicht vollendete Arbeit war. Selbst der Feststellung der Provinzialrechte einzelner beutscher Länder und einzelner Provingen bes Preußischen Staats ift seit Jahrhunderten i) gear= beitet, fie aber, Oftbreugen abgerechnet, noch niraend zu Stande getommen. Wenn von allgemei= nen Befetbuchern die Rede fein follte; fo burfte man gleichfalls wohl nach bem Staate fragen, beffen allgemeine Gesetzebung, auch wenn gleichzeitig nicht eine folche Maffe von Provinzialrechten fefigestellt werden mußte, in einigen wenigen Jahren revidirt und umgearbeitet worden? wer der Fürst war, der eine folche Uebereilung eines der wichtigsten Angelegenheiten geduldet, und welches Bolt eine folche Gefetgebung bantbar aufgenommen hatte? Die Geschichte tennt einen folden Staat nicht. Sollte bie frangofische Gesetzebung, welche überhaupt von mehreren Seiten der deutschen als Mufter vorgehalten wird. auch hier gemeint fein: fo macht fie allerdings eine Ausnahme, und man muß insonderheit der, von Rapoleon zur Entwerfung seines Code niedergeset= ten Kommission ben Ruhm lassen, den Entwurf dieses Gefetbuchs in einigen Monaten abgefaßt zu ba= ben, und dem Staatsrath jugestehen, dag er Beit und Rrafte auf Berathungen Dieses Projet du Code civil nicht verwandt habe, man muß bagegen aber auch zuge= ben, daß das Wert felbft dafür allenthalben den Cha= ratter einer folden Uebereilung und Unvollständigteit es wird deshalb auf das im §. 33. G. 138. anaeführte, ebenfo tompetente, als treffende Ur=

^{1) 3.} B. in ber Mart Brandenburg, meehalb auf bie geschichtliche Ginleitung in bae revibirte Provingialrecht ber Mart Branbenburg Bezug genommen wirb.

theil 2) Bezug genommen — an sich trägt. Wenn dies allerdings in dem damaligen Zustande Frankreichs einige Entschuldigung sinden mag; so giebt es doch keine Entschuldigung für diejenigen, welche einen solchen Vorgang uns nicht zur Warnung, sondern

jum Mufter anführen.

Grundlichteit und Bielfeitigteit der Ermittelung und Prüfung der Materialien und ihrer Resultate, die Mitwirtung und Theilnahme an der Berathung von Seiten derjenigen, deren Rechte diefe Befete betreffen, tonnen zwar nicht das Wert einiger Jahre fein, geben aber dagegen auch die ficherfte Gewähr für gerechte Gefete. - Wer erwägt, daß die in einer fo großen Angahl verschiedener Landestheile vorhandenen Provinzialrechte, gefchriebene und un= gefdriebene, erft von Geiten der Gefet=Revision ge= fammelt und zusammengefleut, mit Abgeordneten Provinzialstände berathen und in Entwürfe abgefaßt, diese Arbeiten aber demnächst von dem Ministerium aus dem vorgeschriebenen Standpuntte geprüft, begutachtet und in Entwürfe der Gefeb= bucher abgefaßt und barauf ben, in diefem Zeitraum alle drei Jahre Statt gefundenen Provinzial=Land= tagen jur Begutachtung vorgelegt werden mußten, diese aber, wie dies bei einem großen Theile dieser Rechte der Kall war, bis jum nächsten Landtage ausgesett worden, wer endlich die Schwierigkeiten der sicheren Ermittelung eines großen Theils diefer Rechte und der, auch die Wiffenschaft berücksichti= genden Bearbeitung derfelben, fo wie der Bereini= gung fo vieler Manner ju gemeinschaftlichen Bera= thungen tennt, der wird sich überzeugen, daß bas

²⁾ v. Cavigno, Bom Beruf unferer Beit fur Gefete gebung und Rechtsmiffenfchaft. (Beibeiberg 1813.) G. 135 ff.

Gefet=Revisions=Ministerium der ibm gestellten Auf= gabe nicht früher hat genügen konnen, und ift barum in der gegenwärtigen Darstellung bei jedem einzelnen Theile diefer Aufgabe der auf denfelben vers wendete Beitraum angeführt. Man bat wohl ae= äußert, das Gefet=Revisions=Ministerium babe auf die Ermittelung nicht bloß des bestehenden, fondern auch des früheren Rechtszustandes der verschiede= nen Provinzen viele Zeit und Rrafte verwandt. Da die Begenwart aus der Bergangenheit fich ent= widelt hat; fo ift schwer einzusehn, wie der Rechts= auftand ber ersteren, ohne Rudficht auf ben ber letteren, ermittelt und aufgefaßt werden tonne. Es fehlt zwar nicht an Bertheidigern berjenigen Gefetgebungen, die weder auf Vergangenheit, noch auf Gegenwart Ruchsicht nehmen, und dann bald wieder eine Gegenwart erhalten, welche durch eine abermalige neue Tages = Gefetgebung wiederum in Bergangenheit verwandelt werden muß. Gine folche Gefetgebung ift indeffen in Deutschland und insonderheit in Dreu-Ben unbekannt, und hoffentlich wird die Beit, welche fich au derfelben berufen finden tonnte, nie erscheinen, fonbern uns eine Befetgebung ungefdwächt erhalten bleiben, die, gleich entfernt von übertriebener Anbanglichkeit am Alten und von Neuerungs = und Rachahmungssucht, auf historischem Boden aus der Berfaffung und aus den Berhaltniffen und Bedürfniffen des Bolts und des Landes, denfelben nicht vorgreifend, in allmähliger Entwidelung ber= vorgebt 3).

³⁾ Siemit flimmt auch bie, oben (Anmert. 2.) bemertte Schrift überein, welche migberfanben ift, wenn aus ben, wiber bie übertriebene, bie Rechtswiffenschaft paralifirenbe, und bie Buftanbe weber bes Bolts, noch bes Lanbes und ber Jurisprubenz beruchichzigenbe Gesetzebungefucht angeführten treffenben, Grunden, bie Ans

Dies ist der Gesichtspuntt, welcher der Geset= Revision vorgeschrieben (§§. 4. und 8.) und in dem ersten Stadium derselben gewissenhaft festge= halten ist.

Berlin, ben 24. November 1842.

v. Rampt.

ficht, bag unfere Beit fur jebe Gefetgebung ungeeignet fei, gefolgert wirb. Gben fo murbe ich migverstanden werden, wenn man die, vor einigen funfgig Jahren von einem Freunde, dem Professor Seiben- fi ic er, und mir gemeinschaftlich übernommene Berthelbigung ') bes, aus Beranlassung der Abfassung bes Allgemeinen Landrechts der das maligen Zeit von einigen Schriftselleru abgesprochenen, Berufe zur Gesetgebung nicht auf zweckmäßige Gesetgebungen beschränken wollte.

^{7) 3}n ber kleinen afabemischen Schrift: Observationes quaedam de legum retractandarum studio nostris temporibus haud inopportuno; defendit J. A. L. Seidensticker, adsumto socio C. A. H. de Kamptz. Göttingen 1790. 8.

Inhalts-Uebersicht.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Grundfate über die Preußische Geset : Nevision.

Erfte Abtheil.: Beranlaffung und Zweck derfelben.

1. Beranlaffung (§§. 1 - 3.)

2. 3weck (§. 4.)

Bweite Abtheil.: Borfdriften für die Gefet=Revifion.

1. Umfang berfelben (§. 6.)

2. Beibehaltung bes subsidiairen Charaftere bes - allgemeinen Gesethuchs (§. 7.)

3. Rein neues Gefetbuch (§. 8.)

4. Abfassung formlicher Gesethucher:
a) Allgemeine Gesethucher (§. 9.)

b) Provinzial-Gefegbucher (§. 10.)
5. Grundliche Bearbeitung (§. 11.)

6. Vorschriften über bas Verfahren bei ber Gefet Revision (§§. 12. und 13.)

Zweiter Abschnitt.

Geschichte der Gefet : Revision.

I. Erfte Periode von 1817—1825 (§. 15.)

II. Zweite Periode von 1825—1830 (§§. 16. und 17.)

III. Dritte Periode von 1831-1842.

Erste Abtheilung: Im Allgemeinen (§. 18 bis 20.) Zweite Abtheilung: Geschichte der Revision der einzelnen Rechte.

I. Allgemeine Rechte:

A. das bürgerliche Recht:

AA) das materielle Recht:

A. das allgemeine bürgerliche Recht:

Erster Theil: Die allgemeinen Rechtsgrundfate (§. 22.)

2. 3meiter Theil: Das Sachenrecht (§. 23.)

3. Dritter Theil: Das Obligatios nenrecht (§. 24.)

4. Bierter Theil: Das Personen = und Familienrecht (§. 25.)

5. Funfter Theil: Das Erbrecht (§. 26.)

6. Bereinigung dieser funf Theile als Revidirter Entwurf des burgerlichen Gesethuchs für die Preußischen Staaten. Erstes Buch (§. 27.).

B. Befondere Gefetbücher:

1. Das Kirchen und Schulrecht (§. 28.)

2. Das Lehnrecht (§. 29.) 3. Das Wechselrecht (§. 30.)

4. Das Sanbelsrecht (§. 31.)

5. Das Bergrecht (§. 32.).

BB) Das formelle Recht. — Prozefgefetgebung (§. 33.).

B. Die Strafgesetgebung:

AA) Das materielle Recht:

A. Das allgemeine Strafrecht (§. 34.)

B. Strafrecht für öffentliche Beamte (§. 35.)

C. Militair=Strafgefetbuch (§. 36.)

BB) Das formelle Strafrecht. — Die Straf=Prozeß=Ordnungen:

A. die allgemeine Straf=Prozeß=Ord= nung (§. 37.)

B. die Militair=Straf=Prozeß=Ordnung (§. 38.).

II. Provinzialrechte:

- A. Im Allgemeinen (§§. 39 42.)
- B. Die einzelnen Provinzialrechte:

1. Mart Brandenburg (§. 43.)

2. Off: Preußen (§. 44.)

Beft: Preußen (§. 45.)

4. Stadt und Gebiet Dangig (§. 46.)

5. Bergogthum Alt. Bors und hinter: Dom: mern (§. 47.) 6. Bergogthum Neus Borpommern und Rurs ftenthum Rugen (§. 48.) Bergogthum Magbeburg und Graffchaft 7. Mansfelb (5. 49.) Fürftenthum Dalberftabt (§. 50.) Graffchaft Bernigerobe (§. 51.) Fürstenthum Eich sfelb (§. 52.) 9. 10. Rurftenthum Erfurt (6. 53.) 11. 12. Bergogthum Gachfen (§. 54.) Markgrafthum Dieberlaufis (§. 55.) 13. Markgrafthum Oberlaufis (§. 56.) 14. Bergogthum Schlefien (§. 57.) 15. 16. Großbergogthum Dofen (§. 58.) Propingialrechte ber Proving Beftphalen überhaupt (§. 59.) 17. Rurftenthum Minden (§. 60.) 18. Grafschaft Mark (§. 61.) 19 Bergogthum Cleve (§. 62.) 20. Bergogthum Beftphalen (§. 63.) 21. Fürstenthum Giegen (§. 64.) 22. Fürftenthum Dunfter (§. 65.) 23. Fürftenthum Paberborn (§. 66.) 24. Fürstenthum Corven (§. 67.) Graffchaft Raven Bberg (§. 68.) 25. 26. Graffchaft Tedlenburg (§. 69.) 27. Obergrafschaft Lingen (§. 70.) Graffchaften Effen, Berdenund Elten (6.71.) 28. Stadt und Grafichaft Dortmund und Stabte 29. Soeft und Lippstadt (§. 72.) Graffchaft und Befte Redlinghaufen (§. 73.) 30. 31. Graffchaften Wittgenstein und Berles burg (§. 74.) 32. Graffchaft Steinfurt (§. 75.) 33. Grafschaft Sohen-Limburg (§. 76.) Berrichaft Rheba (§. 77.) 34. 35. Berrichaft Unbolt (§. 78.) 36. Herrschaften Uhaus und Bocholt (§. 79.) 37. Graffchaft horftmar (§. 80.)

Stanbesherrichaft Dulmen (§. 81.)

38.

- Stanbesherrichaft Rheina . Bollbeck (§. 82.) 39.
- Graffchaft Rietberg (§. 83.) 40.
- Berrichaft Gehmen (§. 84.) 41.
- Umt Reckenberg (§. 85.) 42. Rheinproving (§. 86.)
- 43.
- herzogthum Berg (§. 87.) Dftwarts bes Rheins liegende Landestheile bes Regierungs Begirte Cobleng (6.88.)
- Grafichaften Sann : Alten firchen und 44. Sann . Sachenburg (§. 89.)
- Bormals Churtolnifche Gebiete (§. 90.) 45.
- Bormals Churtrier iche Gebiete (§. 91.) 46.
 - Bormale Bergogl. Daffauifche Gebiete (§. 92.) 47. Grafichaft Colms Braunfels (§. 93.) 48.
 - Graffchaft Golms: Lich (§. 94.) 49.
 - Graffchaft Bieb (§. 95.) 50.
 - Graffchaft Runtel (§ 96.) 51.
 - herrschaft Schonftein (§. 97.) 52.
- Bormalige Reichsstadt Beblar mit ihrem 53. Gebiete (§. 98.)
- Rreife Rees und Duisburg (§. 99.) 54.
- 55. Beftrheinische Landestheile (§. 100.)
 - Berrichaft Gimborn : Deuftabt (§. 101.) 56.
 - herrschaft homburg an ber March (§. 102.) 57.
 - Berrichaft Bilbenburg (§. 103.) 58.
 - Bormale Churkolnifche Landestheile (§. 104.) 59.

Dritter Abschnitt.

Resultate der Geset : Revision in ihrem ersten Stadium und gegenwärtige Lage derfelben.

- Im Allgemeinen (§. 105.) I.
- Infonderheit in Rudficht auf: II.
 - bas burgerliche Recht:
 - a) bas allgemeine burgerliche Recht (§. 106.) b) die Provingialrechte (§. 107.)
 - die burgerliche Prozeg-Gefetgebung (§. 108.)
 - bas materielle Strafrecht (§. 109.) bie Straf : Prozeß : Gefeggebung (§. 110.)
- Resumé (§. 111.). III.
 - Anlagen I. II. und III.

Erfter Abfdnitt.

Allgemeine Grundsäße über die Preu-Bische Gesetz-Revision.

Erfte Abtheilung. Veranlassung und Zwed derselben.

§. 1.

1. Beranlaffung.

Die, bon bes Ronigs Friedrich Wilhelm bes Dritten Majeftat angeordnete, Revifion ber Preu-Bifchen Gefege ift nicht burch bie Unvollftanbigfeit ober Mangelhaftigfeit ber lettern in abstracto, fondern burch bie Beranderungen veranlaft, welche fie und ber Rechts. juftand überhaupt burch fpatere Gefetgebung in ben wichtigften inneren Berhaltniffen erhalten hatten. fesbucher Ronig Friedrich's II. waren zwar fo menig, wie irgend ein Gefegbuch, von einzelnen Mangeln frei, allein ju beren Abhelfung murbe es ihrer allgemeinen Revifion nicht bedurft haben. Sie waren ohne Reuerungssucht und Nachahmung fremder Gefegbucher, befto mehr aber mit forgfältiger Rucfficht auf ben, in allmähliger Ents wickelung auf hiftorischem Boben im Lande vorhandenen, Rechtszustand abgefaßt, und entsprachen baber bemfelben. Je mehr bies ein glangender Borgug biefer Gefegbucher war, befto fuhlbarer mußte bie Lucte fein, bie entftanb, Annalen. Seft IV. 1839.

als im erften Jahrzebend biefes Jahrhunderts biefer Rechts. guftand in ben wichtigften Theilen burch eine neue Gefetgebung und burch andere Berhaltniffe mehr oder minder burchgreifend verandert und erschuttert worden, und biefe neue Gefetgebung fich immer vollstanbiger ausbilbete. Die Grunbfage biefer neuen Gefengebung maren von benen bes Gefetbuches Friedrich's II. jo abmeichend, bag letteres, in foweit es von ber neuen Gefeggebung berührt mard, in berfelben unterging, und lettere von fo erheblichem Umfange, daß fie ihre Wirkungen faft burch bas gange Gefetsbuch außerte. Des großen Ronigs 3wech, feinem Bolte in bem Allgemeinen Landrecht ein festes gewisses, unzweifelhaftes Gefenbuch zu geben, fonnte baber nicht mehr erreicht merben, ba ein bebeutender Theil bes Inhalts beffelben und ber Provinzialgesete nicht mehr galt und über andere Theile Zweifel und Ungewißbeit entftanden maren, bies bie Erfahrung, bie zweifelhaften Rechtsanfichten und bie schwankenben, fich wibersprechenben richterlichen Er-

Diesen Nachtheilen konnte nur baburch abgeholfen und ben Gesethüchern ihre bieherige Festigkeit und Gewisseheit wiedergegeben werden, daß sie in Einklang mit der späteren Gesetzebung gebracht, nach der letteren umgearbeitet, die neuere in die alte verwedt und die Bestimmungen der letzteren anstatt der Vorschriften der Gesethücher in dieselben aufgenommen wurden. Jener schwankender Rechtszustand erregte schon bald nach der neuen Gesetzgebung sowohl den allgemeinen Wunsch nach einer solchen Revision der allgemeinen Gesethücher, als die Aufmerksamkeit der Regierung. Die damaligen Verhältnisse erslaubten indessen der der alls gemeinen Gesethücher, als die Aufgemeinen Gesethücher vorzunebmen, sondern nur die der

Provinzialrechte vorzubereiten.

§. 2.

Die Nothwenbigkeit ber lettern mar burch bie Lage, worin bie Provinzialgesetzgebung sich befand, in zwiesascher Rucksicht bestätigt. Es war nicht allein ein besbeutender Theil berselben burch die neuere Gesetzgebung abgeandert, und baher eine Revision berselben eben so norhs

wendig, als bie ber allgemeinen Gefesbucher. Demnachft war aber Friedrichs des Zweiten Gefetgebung in ihrem ganzen Umfange noch nicht vollendet, und infonderheit die vorgeschriebene Abfassung ber Provinzial - Gefetbucher noch nicht erfolgt. Das in ber Preugischen Monarchie geltende Privatrecht beftebt, wie aus ber allmaligen Ent ftehung ber Monarchie fich von felbft ergiebt, aus zwei Theilen, namlich and bem allgemeinen Rechte und aus bem in jeder einzelnen Proving geltenden befons bern Rechte (Provingialrecht). Nach ben Grundfagen bes civilifirten Europa's, und insbefondere Deutschland's, geben bie einem ganbe eigenthumlichen Privatrechte, wenn baffelbe vermoge Succeffionerechte, Fries bensichluffe ober aus anderen Grunden unter eine andere Sobeit übergeht, feinesweges unter, fonbern werben ben Unterthanen erhalten; bas republikanische und bas kaiferliche Frankreich allein verlette biefen Grundfat. Die Branbenburgischen Regenten insonderheit erhielten und bestatigten feit ben alteften Zeiten ben nach und nach ter ihrem Scepter vereinigten einzelnen ganbern ihre Drovingialrechte, welche fich baber in benfelben fortwährend in gefeglicher Rraft erhalten haben, und wefentlich zu bem gangen Gefetgebungs : Spftem geboren und mit bem allgemeinen Gefetbuch ein Ganges bilben 1).

Die Provinzialrechte beruhen, ihrem Ursprunge nach, theils auf alteren beutschen Bolksrechten, theils auf ben altesten Stadtrechten, theils aber auf Landesgewohnsheiten, burch welche auch die wenigen schriftlich abgefaßten Quellen weiter ausgebildet wurden. Auch in den jetzigen Preußischen Staaten war schon im zwolften und breizehnten Jahrhundert die schriftliche Abfassung der Gewohnheitsrechte durch einzelne Rechtsbucher, Statuten, Schöffenbucher u. s. w. zur Aufrechthaltung der Landeserechte und Gewohnheiten hin und wieder nothwendig geworden, da damals weder die Landesboheit, noch die landesen, da damals weder die Landesboheit, noch die landesen,

¹⁾ Königliches Publifanbum vom 22. Auguft 1798: "bie Probingial Landrechte muffen mit bem Allgemeinen Landrechte "ein Ganges ausmachen". Ebiften : Sammlung 26. X. S. 1689. und b. Rabe Sammi. 28b. V. S. 188.

besherrliche Gesethangsmacht ausgebilbet genug war, Gefete zu fichern. Allein auch biefe um sie burch schriftlichen autonomischen Rechte vermochten bei ben nach und nach veränderten Berhaltniffen ichon nach einigen Sahrhunderten nicht mehr einen fichern und gemiffen Rechtes auftand zu erhalten, und mard baber ichon im funfzehnten, noch mehr aber im fechstebnten Sabrbundert anerkannt, baß bie Berfaffung und bas Berfahren bes Mittelaltere für bie bamaligen Berhaltniffe feinesweges mehr genügten, fondern bag jur Erhaltung ber Landesgewohnheiten und bes Rechtszuftanbes bie lanbesherrliche Befetgebungemacht und die schriftliche Abfaffung in ein Gefetbuch (Landesordnung) und beffen Dublifation unter landesherrlicher Autoritat erforberlich fei. Fast in gang Deutschland, und infonberbeit in ben jest zur Preußischen Monarchie geborigen Provingen, ward im fechszehnten und fiebengehnten Jahrbunbert biefe Berbefferung bes Gefetzustandes von ben Landständen in Untrag gebracht und von den ganbesherren jugefichert. In mehreren biefer Provingen ift fie erfolgt, in anderen aber versucht, jeboch burch Umstande verbindert, in diefem Falle aber bon ben Landstanden fortwahrend in Erinnerung gebracht 2) und von ben Regenten wiederholentlich zugefichert und porgeichrie: Inbeffen maren biefe erften Cobififationen ber Provinzialrechte nicht allenthalben mit geboriger Gorafalt erfolgt, ober bedurften bei ber weiteren Ausbildung bes Rechtszustandes einer Revision, ober, wo fie fruber nicht su Stande gekommen war, biefer Revision und ber fcbrifts lichen Abfaffung eines Provingialrechts. Go wie bies in ben mehrsten beutschen gandern im siebengehnten und achtgehnten Jahrhunderte ber Fall mar, fo fand bies auch in ber Preußischen Monarchie Statt.

Es ift bekannt, baß sowohl ber Ronig Friedrich Wilhelm I., als ber Ronig Friedrich II. bei ben Berbefferungen ber Gesetzgebung in ihren Staaten auf die Samms lung ber Provinzialrechte und auf beren schriftliche Resbaktion in ein-Provinzialrecht Bedacht nahmen, baß ies

^{2) 3.} B. in ber Marf Brandenburg. Bergl. bie Unmert. 5.

boch biese Aufgabe unter ihrer Negierung nicht gelöset werben konnte: Als Konig Friedrich der Zweite die Abfassung eines festen und bestimmten allgemeinen Gesetzbuches beschloß, ergad es sich von selbst, daß der Nechtsungewiß, beit weder vollständig, noch konsequent abgeholsen werden könne, wenn nur daß gemeine Necht flar und bestimmt abgefaßt, das Provinzialrecht aber in seiner bisherigen Lage gelassen, und nicht auch redibjert und schriftlich in ein Gesetzbuch abgefaßt und letzteres promulgirt werde, sondern bessen Existenz, Gultigkeit und Umfang erst in jedem einzelnen Falle durch kostdare Prozesse ermittelt und dasselbe von den Gerichtshösen bald für vorhanden, bald

für nicht vorhanden angenommen werbe.

Diefe Rothwendigfeit lag fo offen vor, daß ber Großfangler b. Carmer in ben bem Ronige vorgelegten Plan ber Gefengebung die Feststellung und Codifitation ber Dros vingialrechte aufnahm, und ber Ronig Friedrich II. fie in ber Rabinets Orbre vom 6. April 1780 an ben Juftigminifter v. Carmer eine "admirable Idee" nannte und geneb. migte: "Dabei aber muß 3ch fagen", bemerfte ber Ronig in berfelben, "daß gemiffe Gebrauche in ben bifferenten Dros "bingien find, wo alfo tein General-Gefet ju machen ftebet; man muß baber immer mit auf bie uralten Gebrauche in "ben Provingien feben, daß folche nicht übern Saufen geben, "benn gum Erempel in Schleffen, wie Euch felbft befannt "ift, differirt es mit andern Provingien wegen ber Erb-"schaften, im Cleveschen bifferirt es, weile bie Bauern "borten nur eigentliche Pachter find: In Pommern und "Weftpreußen wegen ber Leibeigenschaft und in Dberfchle-"fien eben fo mohl, und fo hatt eine jede Proving ibre "alten Gebrauche; alfo ift nicht möglich, bag ein Ge-"neral : Gefen fein fann, fondern bei allen Provingien, mo "bifferente Gebrauche find, muß ein Unterschied gemacht "werden. - Ueberhaupt ift Eure Ibee hieruber ad-"mirable und fommt es nur barauf an, wie bas jum "Beften anzufangen und auszuführen, um die bifferente "Weitlauftigfeiten in allen Sachen gu foupiren, -und um "ben Endzweck recht ju erreichen, mochte es mobl no. "thig fein, nach ben bifferenten Gebrauchen in "ben Provingien fur jebe ein befonderes Ge"fet ju machen, nehmlich vor Schlefien, vor "Preußen, vor Pommern und bie Reumart, vor "bie Rurmart, vor bas Dagbeburgiche unb "Salberftabtiche, vor Minben und Ravens. "berg, vor Cleve und bie Graffchaft Mart und "vor Dftfriesland wieber ein anderes: wie ge-"faget, Eure Ibee bieruber ift admirable und "Ibr werbet Euch einen unfterblichen Rahmen "machen, wenn 3hr bie Gachen wegen Berbef. "ferung ber Gefete recht in Ordnung bringet. "- 3ch überlaffe Euch alfo bas Beitere barunter borgu-"nehmen, wie Ihr es gur Erreichung ber Abficht am be-"fien finbet" 3).

Es warb baber vorgeschrieben, bag in jeber Pro-ving bie Provingialrechte spatestens bis jum 1. Januar 1796 revidirt, in besondere Provingial Gefetbucher verfaßt und als "besonderes Gefegbuch ber Proving" publigirt werden follten '); in ben verschiebenen Provingen murben bie Provingial- Gefegbucher von ben ganbes Juftigkollegien mit ben Deputirten ber Stanbe aus. gearbeitet, obwohl in einigen, g. B. in ber Mart Branbenburg, nicht vollenbet b). Durch ben Rrieg von 1,806 gerieth biefe gange Ungelegenheit in Stillftand und nur bas Provinzialrecht in Oftpreußen ift vollendet und pu-

bligirt.

Kriebrich's Gefetgebung ift baber nur in Unfebung bes gemeinen Rechts beendigt, rucffichtlich ber Provingials

rechte aber noch nicht zur Ausführung gekommen.

Die nach wiederhergestelltem Frieden eingetretene Gefengebung hatte nicht bloß bie Borfchriften ber allgemeinen Gefetbucher, sondern auch die Provinzialrechte verandert

In ben Jahrbuchern fur bie Preug. Gefengebung 28t. XLVI. G. 225.)

⁴⁾ Berord. vom 20. Mary 1791. Publiifations = Pas tent bom 5. Febr. 1794. S. 3. ff.

⁵⁾ Die Geschichte biefer Antrage und Buficherungen ift in Anfebung ber Mart Brandenburg in ber Borrebe jum : Revibirten Entwurf bes Provingialrechts ber Mart Brandenburg Theil I. Abth. 1. (Berlin 1841) entwidelt.

und beschränkt, lettere bedurften baher dringend einer Revision und einer gesetzlichen Feststellung der durch die neuere Gesetzebung erfolgten Veranderungen. Das Bedursniss ward allgemein und auch von der Regierung gefühlt; das Justigministerium wies baher, um dies vorzubereiten, schon durch das Reskript vom 3. Januar 1810 die Oberlandesgerichte an:

bie in den Provinzen aus den neueren Verordnungen, befonders aus dem Edikt vom 9. Oktor. 1807 und der Städteordnung, entstandenen Veränderungen der Provinzialgesetze als einen Nachtrag (zu dem bereits vor 1806 vorgelegten Entwurfe) zusammen zu fassen und im Entwurfe zur Prüfung und

Genehmigung einzusenben, und wiederholte diese Unweisung burch inehrere spatere Restripte 6). Bon mehreren gandes Juftigtollegien ift ber Entwurf ber Beranderungen bes Provingialrechts burch Die feit bem Tilfiter Frieden ergangenen neuen Berordnungen abgefaßt und bem Juftigminifterium eingereicht 7). Die Revifion, sowohl bes gemeinen, als bes Provingials rechts, mußte indeffen unter ben balb folgenden politischen Berhaltniffen auf fich bernhen bleiben, und find bie aus biefer Ungewigheit ber Provingialrechte hervorgebenben Rachtheile eben fo bekannt, als burch die zahllosen gerichts lichen und außergerichtlichen Beiterungen, in wieweit fle burch die neuere Gefetgebung veranbert worden, binreis chend bestätigt. Die Abstellung biefer Bermirrung burch gefetliche Bestimmungen mar um fo mehr bringendes Beburfniß, als die Gerichtshöfe selbst in ihren Urtheilen dars über die verschiedenartigsten, oft geradezu entgegengefesten Grundfage annahmen 8), und fogar die Unficht auffam und felbft von Juftigmannern vertheibigt warb, baf bie Provingialrechte untergegangen und es ein Berbienft ber Berichtshofe fei, bies burch ihre Ertenntniffe bewirft und

⁶⁾ Jahrbucher für bie Preufifche Gejetgebung ic. 28b. XVIII. G. 114,

^{7) 3}ahrbucher ic. a. a. D. G. 146. 154. 164. 189 ff.

⁸⁾ Mertwurdige Beifpiele geben bie Brogeffe über bas f. g. Schutgelb. Bergl. Jahrbuder Bb. LV. G. 1. ff.

bas Allgemeine Lanbrecht aus einem fubfibiaren Gefets

buch in ein pringipales umgeschaffen zu haben. ").

Go unficher, schwankend und erschuttert war ber provinzielle Rechtszustand, als die glorreiche Entwickelung ber außeren Berhaltniffe Preugens die Sinderniffe befeitigte, welche in ben junachft voraufgegangenen Sabren ben Berken bes Friedens entgegengestanden und insonderbeit bes Konigs Friedrich Wilhelm bes Dritten Majestat, beffen Sorgfalt mabrend feiner von Gott gefegneten langen Regierung unablagig barauf gerichtet war, feinem Bolte ein flares, feftes Recht ju fichern, bis babin nicht geftattet hatten, die durch ungluckliche Ereigniffe unterbrochenen Urbeiten der Sicherstellung ber Provinzialrechte wieder aufnehmen zu laffen. Das Bedurfnig war von allen Geiten, insonderheit in Beziehung auf die Provinzialrechte gefühlt, und felbst biejenigen, welche in der Abschaffung aller Drovingiglrechte feine Ungerechtigkeit, sondern das Seil ber Rechtspflege fanden, mußten jugeben, bag fie in ber gegenwartigen Lage nicht bleiben fonnten, fondern entweber abgeschafft ober gesetlich naber bestimmt werben mußten.

§. 3.

Aus dieser Darstellung ergiebt sich die Beranlassung ber Revision, sowohl ber allgemeinen, als der Provinzialrechte, und daß sie in dem schwankenden und zweisels haft gewordenen Zustand ber allgemeinen Gesethücher und der Provinzialrechte und in dem dringenden Bedürfniß lag, den sichern Rechtszustand wieder herzustellen, bessen Erreichung seit Jahrhunderten das Ziel der Gesetzebung der Chursusteln und Konige aus dem hause Brandenburg gewesen war.

§. 4.

2. Awect ber Gefetreviffon.

Der Zweck ber Gefehrevifion geht aus ihrer Beranlaffung hervor und ward burch bie berfelben jur Richts schnur gegebenen Vorschriften bestätigt.

⁹⁾ Der Huffat in ben Jahrbudhern St. XXXIII G. 169 ff.

Michtzein anbres, nicht ein neues Decht. und Gefenbuch, nicht bie Heberpflangung neue. rer: Gefengebungen aus fremben Rlimaten, fonbern bie Befeftigung bes auf beimatblichem Grund und Boden unter ber vereinigten forg. famen Dflege unferer weifen Regenten unb. unferer eigenen Boreltern berporgegangenen. burch Bieberberftellung bes burch neuere Ereigniffe bedeutenb geftorten Gins Elangs beffelben mit bem burch biefe Ereigs niffe bearundeten mirtlichen Rechtszuftanbe, war ber 3med ber Gefetrevifion. Rein neues, fonbern ein feftes, bestimmtes Recht und Ges fesbuch follte burch fie ermirtt werben, baber follten bie beftebenden Gefegbucher und ubri. gen Gefete mit ber neueren Gefengebung und bem baraus hervorgegangenen neueren Rechts auftande in Mebereinstimmung gebrachtgibnen angepagt und fo umgearbeitet und in einanber bermebt als Befesbucher abgefaßt unb promulgirt merben.

Diefer Zweck ergiebt fich nicht allein auf bas Unsverkennbarfte aus ber Geschichte und Beranlaffung ber Geservifion, sonbern ift auch von bes Ronigs Majes flat bei beren Unordnung ausbrücklich ausgesprochen:

"Das Allgemeine Landrecht und die Ge"richtsordnung erfordern eine Revi"fion, um beibe ben Beranberungen ans
"jupassen, bie seit ihrer Publikation vor"gefallen sind 10).

"Es ift nicht Mein Wille — erflatte Se. Masjestat in ber Allerhöchsten Rabinets-Orbre vom 24. Juli 1826'') — ein neues Gesegbuch in bie Stelle "bes gegenwärtigen tretenzulassen. — Reine "Absichtist vielmehr, bag bie jest bestehenbe "Gesegebung zum Grunde gelegt und auf-

¹⁰⁾ Königliche Rabinete : Orbre bom 3. Robbr. 1817. (Gef. Camml. C. 289.)

¹¹⁾ In ber Unlage I. abgebruckt.

grecht erhalten merbie, bag aber in bas Banb. "recht; und bie Gerichtsordnung nicht bloß "eingeschaltet werbe, mas feit ihrer Emana. stion neu bingugefommen ober abgeanbert "ift, fonbern bag basjenige, mas fich nach ben "bon ben Gerichtes und Bermaltungebehors "ben aus mehrjahriger Erfahrung gefchopf» sten Bemertungen in ber Musführung unb "Unwendung entweber an fich als unrichtig, "mangelhaft, unbeftimmt ober auch fur bas "Bedürfniß ber gegenwärtigen Berhaltniffe "ungureichend ermiefen hat, einer grundlis "den Drufung unterworfen und nach bem Refultat berfelben berichtigt, ergangt, erlau-

"tert und vervollkomnet werbe".

Diefer Gefichtspunkt ift im gangen laufe ber Revifion genau festgehalten und die lette von einer Gefengebung geschieden, die weber an bestimmte, aufrecht gu erhaltende Gefegen, noch an bestimmte, ihnen ju fubstis tuirende Grundfage gebunden ift. Mit Recht außerte baber ber Juftigminifter, Graf v. Dantelmann in bem, bem Staatsminifterium vorgelegten Botum vom 1. Dezember 1825: "Es follen nicht neue Gefete entworfen, fondern "bie bestehenden revidirt werden. Die Grundlagen "muffen baher die bestehenden Gefegbucher geben, und es "wird nur barauf ankommen, fie ju ergangen und ab-"uanbern. Ergangungen find in fo fern noth-"wendig, als feit ber Publikation ber Gefetbucher man, "nigfaltige neue Befete erschienen find, welche bei ber ge-"genwartigen Bearbeitung aufzunehmen find. Schwieri: ger ift allerdings ber Punkt bes Abanberns. "in ber That nothwendig, fich gleich frei von Reuerungs. "fucht und blinder Liebe jum Reuen und von Borurtheis "len gegen alles Reue, bloß weil es neu ift, frei zu hal-"ten. 3ch fann indeg nicht laugnen, bag jedes bestehende "Gefet ichon beshalb einen Werth fur mich hat, weil es "besteht, und daß daher nach meiner vorläufigen Unficht "nur bann ju Abanderungen ju fchreiten mare, wenn eine "langjahrige Erfahrung ergiebt, bag bas bestehenbe man-"gelhaft fei und einer Berbefferung bedurfe". Diefe Uns

ficht eröffnete ber Graf Dantelmann burch bas Circus lar bom 3. beffelben Monats ber Gefegrevifions Rommife fion und burch bas Reffript vom 26. eben beffelben Dos nate ben fammtlichen Oberlandesgerichten, fo wie er auch in bem über ben in ber Gefet Revifion im Staatsminiftes rium und im Staaterath anguordnenben Gefchaftegang unterm 17. Februar 1830 bem erftern borgelegten Guts achten außerte: "es fommt nicht barauf an, meue Befegbucher ju entwerfen, fonbern bie "beftebenben Gefete vom praftifden Stands "puntte aus ju revidiren; nur bei benjenigen "Begenftanben foll von ben bisherigen Ge-"fegen abgewichen merben, bei melden bie Er-"fahrung Mangel gezeigt hat und ein unzwei-"felhaftes Bedurfniß fur eine Abanberung ers "fannt morden". Siermit übereinstimmend bemertte bas Staatsministerium in bem über biefen Gegenstand an bes Ronias Majeftat erstatteten Bericht vom 30. April 1833: "benn bie gegenwartige Gefes Revifion foll nach Gr. Ronigl. Majeftat wieberholtem ausbrudlichen Befehl feine neue Gefenge. "bung, fondern nur eine Revifion ber jest bes "ftebenben fein; es liege berfelben mithin "bas Pringip jum Grunde, bei ben Grunbfagen "ber jegigen Gefeggebung fteben ju bleiben und Menberungen berfelben nur bann borgue "nehmen, wenn prattifches Bedurfniß folche "erheische. Es werben baher bie revibirten "Gefete meiftens nur biejenigen Grunbfage menthalten, welche fich in ber bisherigen Ges "fengebung icon fanden". - Daher marb, wie meiter unten naber angeführt werben wird, die Berathung uber bie neuen Gefegbucher in ben weiteren Stabien les biglich auf bie neuen Bestimmungen beschrantt, und aus eben bem Grunde bedurfte es, als es fich ergeben hatte, bag bas in bem Allgemeinen Lanbrechte enthaltene Strafrecht burch eine bloße Revision die erforderliche Bollstans bigfeit nicht erhalten tonne, fondern die Aufstellung eines neuen Strafgefegbuchs erforberlich fei, baju ber befonberen

Roniglichen Genehmigung 12). Daber bat auch bas Gefesrevifions : Minifterium, wenn bei befonderen Berhaltniffen in Revisionsarbeiten Bestimmungen, welche bie Grenzen ber Revision überschreiten, nothwendig wurden, fie nicht als Revisionsbeschluffe aufgenommen, fonbern nur als Borfchlag bingegeben. Go ift mabrend ber gangen Gefetrevision von berfelben ber legislative Weg ftets febr fcharf getrennt geblieben und burch bie erftere überall nicht veranbert, fondern in feiner bisherigen Organisation geblieben, vermoge beren er jundchft zum Reffort bes betreffenben Ministeriums gehort 13). Vor ben Minister ber Gefengebung gehort baber nur bie Revifion, Berichtigung und Bervollftandigung ber beftebenben Gefete nach bem oben angebenteten Standpuntt, bagegen aber bie forts lau fende neue Gefeggebung vor bie, welchen fie burch Die organischen Bermaltungsgesete überwiesen ift. Ungeachtet biefe Grengen flar und bestimmt genug felbft fcon aus ben Begriffen hervorgeben; fo find fie boch baufig bon bem mit ben mahren Berhaltniffen unbefannten Theil bes Bublitums überfeben, und baber Unfpruche an bas Minifterium ber Gefegrevifion gemacht und von bemfelben Erwartungen, und insonderheit die der Scho-pfung einer über alles fich verbreitenden neuen Gefetgebung gehegt, bie zu beffen Geschaftsfreise und Beruf überall nicht gehoren und von ihm ohne Ueberschreitung feis ner Befugniffe überall nicht erfüllt werden fonnten' 1).

¹²⁾ Anlage II.

¹³⁾ Diefer legislative Weg marb nach diefem Grunbfat burch ben Staats : Minifterialbefchlug vom 18. Dezbr. 1832 naher beftimmt.

¹⁴⁾ Merkwürdig genug ward bas Gesetzevisions Ministerium oft als Rachsolger ber ehematigen Gesetzemmisson, und diese dabei irrthümlicherweise als eine selbsitdatige, gesetzebende Behörde angessehen, odwohl sie lediglich eine dem Justigminister und dem General-Direktorium untergeordnete, blos begutachtende Behörde war und bei der damaligen Besetzung der Ministerien eben so nützich war, als sie unter veränderten Berhältnissen und bei der Errichtung des Staatseraths gegenwärtig gang überflüssig und ein neues hemmnis des Geschäftsganges sein würde. Als die Gesetzekommission errichtet ward, bestand das Justigministerium nur aus einigen, noch mit anderen Gesschäften belasteten Räthen und der Staatsarath, und insonderbeit besein Justig-Abthellung, war nicht verdanden, mithin eine Bebörde ube

Durch biefe Draanisation war aber bie Kortbilbung ber Gesets gebung überall nicht ausgeschloffen, sondern eben jo vorbehalten, als wenn die Revision der bestehenden Gefete nicht angeordnet gewesen mare. Da die Fortbilbung ber Gefetsgebung und Erlaffung neuer Gefete fein abfolutes Gebot ift und nicht bloß deshalb erfolgen muß, um die Thatigkeit bes Gefengebers zu bestätigen ober um Theorien in's leben zu rufen, sondern, wenn fie mabrhaft wohlthatig fein foll, nur aus den Bedurfniffen bes Lebens und bes Landes bervorgeben und mit voller Renntnig des praktischen Berbaltniffes geleitet werden muß; fo ift fie fehr weife gunachft benjenigen Beborden überwiesen, welche mit biefen Berbaltniffen und Bedurfniffen des lebens vertrauet find und fie praktisch am vollständigsten zu übersehen vermögen. Gehr unangemeffen murbe es baber gemefen fein, biefe fo lange bestehende Ordnung zu ftoren und die Fortbilbung ber Gefengebung einem Ministerium gu übertragen, welches, um ber Berichtigung ber bestehenden Gefengebung fich ungeftort widmen gu fonnen, von aller praftis fchen Bermaltung entbunden und am wenigsten in ber Lage ift, Die praftischen Bedurfniffe bes Landes und bes Bolfes und bie Mittel, ihnen abzuhelfen, zu überfeben und zu beurtheilen, und welches baber, infofern nicht Die Perfonlichkeit ber Mitglieder beffelben bagegen eine Gewähr gegeben , die Gefengebung nach blogen Theorien und Spftemen, ohne Ructficht auf die ihm unbefannten praktischen Bedurfniffe des landes, fortgebildet haben wurde. Das Gefetrevifions : Ministerium hat fich baber ffrenge innerhalb der ihm von des Konigs Majestat vorgeschrie benen Schranken feines Berufs gehalten.

tbig, um die im Lauf ber Bermaltung borgefommenen zweifelhaften Rechtefragen bor beren Enticheitung grundlich zu erörtern. An ber Beratbung und Abfassung des Allgemeinen Landrechts und der fibrigen Gesethöcher bat die Geset = Rommission als solche bekanntich überall nicht Theil genommen.

3meite Abtheilung. Borschriften fur die Gefet, Revision.

§. 5.

Obgleich die Richtung der Gesetz-Revision aus ihrem Zweck-hinreichend hervorging; so ward sie boch burch mehrere Konigliche Vorschriften naber bezeichnet.

Die erheblicheren berfelben find folgende:

§. 6.

1. Umfang ber Gefetrevifion.

Soviel ben objektiven Umfang ber Sefegrevision bestrifft, "so soll bieselbe nicht bloß auf das allgemeine "Landrecht und die Gerichtsordnung, nebst ben nach ihs "rer Erscheinung erfolgten Rachträge und Zusägen, sowie "auf die über besondere Gegenstände der gerichtlichen "Berwaltung, z. B. des Hypothekens und Depositalwes "sens, erlassenen Borschriften, sondern über sämmtliche "gesetzliche Bestimmungen, die gegenwärtig in "benjenigen Provinzen der Monarchie, wos "selbst das Allgemeine Landrecht eingeführt "ist, verbindliche Kraft haben, sich erstrecken").

Siernach beschränkt die Nevision sich, soviel a) bas all gemeine Recht betrifft, nur auf das preußische, erstreckt sich aber weber auf das in einigen Landestheilen geltende gemeine deutsche Recht, noch auf das in der Rheinprovinz zur Zeit noch bestehende franzdische Recht. Die Gesetrevision erhielt daher offendar eine schiefe Richtung, als sie, des damals aufgekommes nen Amalgamationsprinzips wegen, eine Zeitlang auch theilweise sich über das französische Recht verdreitete, die diese dem preußischen und französischen Recht gleich inachstheilige Richtung im Jahre 1832 verlassen ware. Von der Revision der Preußischen allgemeinen Gesetze waren je-

¹⁵⁾ Königliche Rabinets Drore vom 24. Julius 1826. Dr. 2. (Antage I.)

boch bie das diffentliche und das Verwaltungsrecht betreffenben ausgeschlossen. Wit Recht traf das Allgemeine Landsrecht ber Ladel, daß darin Grundsidge des inneren Staatsrechts der Preußischen Wonarchie ausgenommen worden. Wenn gleich die Kränkungen, welche der verdienstvolle Carmer nach vollendetem Entwurf des Allgemeinen Landsrechts erfuhr, auch für letzteres nachtheilig waren; so war es doch angemessen; daß nach der Kabinets. Ordre vom 17. November 1793 diese staatsechtlichen Bestimmungen in dem Allgemeinen Landrecht: gelösicht wurden. Da aber dessenungeachtet die mehrsten derselben beibehalten worden sind; so wurden sie von der Revision und mithin auch von den fünstigen Gesehüchern ausgeschlossen.

h. die Provinzialrechte betrifft; so war ihre Revision zugleich die Wiederausnahme der durch die späteren Unfälle des Staats unterbrochenen Provinzialgesetzgedung, und daher ihr Zweck theils die fernere Ermittelung der Provinzialrechte, theils ihre schriftliche Fesistellung und Modisitation nach den späteren allgemeinen oder anderen Gesegen, theils endlich die Entwerfung der vorgeschriedes nen Provinzialgesetzbucher, und liegt daher von selbst vor, baß sie auf sämmtliche Provinzen sich erstrecken mußte.

§. 7.

2. Beibehaltung ber fubfidiaren Galtigkeit bes allgemeinen Gefetbuchs.

Das aus der Gesetrevision hervorgehende revidirte Gesetouch foll, gleich dem Allgemeinen Landrecht, nur ein subsidiares Gesethuch sein. Dies ergiebt sich sowohl aus dem Iweck der Gesetrevision, als daraus, daß basselbe tein neues Gesethuch sein soll, und endlich aus der gleichzeitig angeordneten Abfassung der Provinzialgesethucher, welche vor dem Allgemeinen Landrecht zu berücksichtigen sind und bemselben derogiren.

Daber Schrieb die Ronigliche Rabinets Drore vom

24. Juli 1826 vor:

"baf bie Bestimmungen bes Publikations-Patents "vom 5. Februar 1794, soweit sie allgemeine

"Grunbsätze enthalten, gleichfalls wieder übernomz"men werden sollen, wobei sich inzwischen die
"Maaßgaben von selbst verstehen, welche in den
"speziellen Patenten, mittelst deren das Landrecht in
"die neu erworbenen oder wieder vereinigten Pro"vinzen neu eingeführt worden, für diese schon
"sestgesetz sind, oder mit Rücksicht auf die fran"zösische Sesegebung für die Rheinprovinzen fest"gesetzt werden müssen".

Daher bestimmte bie ebengebachte Rabinets Drbre ferner in Anfehung ber Guspenfion ber brei ersten Titel

bes erften Theils bes Allgemeinen Lanbrechts:

"ben Termin, bis zu welchem bie Provinzialgesete, "namentlich über die Erbfolge und die Che pro"mulgirt werden muffen, zu ermeffen".

§. 8.

3. Rein neues Gefetbuch.

"Es ift nicht Mein Wille ein neues Gesetz"buch an die Stelle des gegenwärtigen treten
"zu lassen" eröffnete der Konig dem Minister der Gessetzewissen durch die Kadinets. Ordre vom 24. Juli 1826. Das bestedende Gesetzbuch sollte nur mit der nach seiner Promulgation eingetretenen Gesetzgebung verglichen und nach derselben abgeändert und letztere in das erstere ausgenommen, hiernach die alte und neue Gesetzgebung in einander verschmolzen, und das hieraus hervorgegangene Gesetzbuch als revidirtes Gesetzbuch promulgirt werden. Es sollten daher aus dem bestehenden Gesetzbuch die nach dessen Publikation ausgehobenen Vorschriften weggelassen, dagegen aber in dasselbe die seit jenem Zeitpunkt ergangenen neuen gesetzlichen Vorschriften, Erläuterungen und Ergänzungen ausgenommen werden.

Dabei sollten auch biejenigen Erganzungen und nasheren Bestimmungen berücksichtigt werben, welche aus bem praktischen Leben als Bebursnisse zur Bollständigkeit bes revidirten Gesetzbuchs sich bargestellt hatten, insonderheit "basjenige, was sich nach den von den "Gerichts und Berwaltungsbehorben aus mehrjähriger

"Erfah=

"Erfahrung geschopften Bemerkungen in ber Ausführung "und Anwendung entweder an sich als unrichtig, man-"gelhaft und unbestimmt, oder als für bas Bedurf-"niß ber gegenwartigen Berhaltnisse unzureichend erwie-

"fen hat" 16).

Nur solche nahere Bestimmungen sollten in bas neue Gesethuch aufgenommen, bagegen aber von demsselben biejenigen ausgelassen werben, die lediglich auf Theorien beruhen '7) oder, wie sich von selbst versteht, die Borschrift, daß revidirte Gesethücher keine neuen Gesethücher sein sollen, verlegen, da es ein großer Widerspruch sein wurde, jene Vorschriften zu erlassen, dem Ministerium aber zu überlassen, diese Bestimmungen durch ihre Ansichten zu umgehen und Jusäte zu machen, die mit dem Geist der Preußischen Gesetzgebung und ihren übrigen Bestimmungen im Widerspruch stehen. Diese Grundsäte sind während der ganzen Revision von Gr. Majestät dem Könige aufrecht erhalten und von den Behorden, besonders von dem Gesetzevostons Ministerium, strenge befolgt worden.

So wie in ber Beranlassung, bem Iweck und ber Bestimmung ber Gesetz Revision und in ihrer Aufgabe, bie Preußische Gesetzebung mit sich selber in Einklang zu bringen, nicht ber Beruf lag, sie aufzulosen und

Unnalen. Seft IV. 1839.

¹⁶⁾ Ronigl. Rabinete : Orbre vom 24. Juli 1826. Rr. 1.

¹⁷⁾ Mit Recht bemerkte einer der Mitglieder der Revisions-Kommission (der damalige Geb. Ober-Revisionsrath v. Savigny) in dem Botum vom 19. Dezbr. 1825: "was die Abanderung oder Verbefferung zunserer Gesetze derrift, so besinden sich dieselben in einer sehr ungleis "chen Lage. Bei einigen Theilen berfelben scheint eine burchgreisende "materielle Berdesterung dringend nöttig, wie z. B. dem Sperecht und "dem Kriminalrecht. Andere Theise mögen zwar auch mangelbaft "genug sein, sedoch sind die Folgen ihrer Mängel weniger sühlbar zumd die Höhhüfte ist daher weniger dringend; dahin rechne ich den "größten Theil des reinen Privatrechts und namentlich die aus dem "Nömischen Recht geschöpften Theil des reinen Privatrechts und namentlich die aus dem "vor Regel nicht abzuändern sein und insbesondere nicht deswesgen, weil später sich nachweisen ließe, daß sie aus einer nicht gekung, "lichen Kenntniß des gemeinen Rechts entstanden wären. Nur dann "würtde eine Ausnahme zu machen sein, wenn bei einzelnen Sägen "ein innerer Widerpruch, eine besondere Dunkelheit oder ein praktis"sieden Nachtheil in derselben gefundere Dunkelheit oder ein praktis"sieden Nachtheil in derselben gefunder Werben könnte; welche Källe

an ihrer Stelle eine neue Befetgebung gu fchaffen; fo mar zu einer folchen in manchen ganbern, theile burch Mangel an einer zusammenhangenden Gefengebung, theils burch bie Richtung ber Zeit beranlagten Mangregel im Preugischen überall nicht bie entferntefte Beranlaffung porhanden. Die Geschichte hat überhaupt fein Beispiel aufzuweifen, baf in einem wohlgeordneten, mit Gefeten, unter welchen bas Bolf gludlich und gufrieben und im ficheren Genuß aller Bortheile ber burgerlichen Gefellschaft ift, ber Staat blubend, glucklich und machtig ift, und offentliche Sicherheit, Recht und Gerechtigkeit gehandhabt wird, verfebenen Staate die beffebende Gefengebung in ihrem ganten Umfange aufgehoben und eine gang neue eingeführt worben mare. Gelbft Friedrich's und Napoleon's Civil-Gefegbucher find nicht als folche neue Gefegbucher angufeben. Es ift im Dreugifchen Staat fein Grund borbanben, welcher ein fo migliches Unternehmen hatte beranlaffen ober nur irgend rechtfertigen fonnen. fetgebung hatte fich auf hiftorischem Boden aus der Berfaffung und ben Berhaltniffen und Bedurfniffen bes Bolfes und des landes entwickelt, und war durch Gefetbucher, die von allen anderen Gefetgebungen nicht unbeructfichtigt geblieben maren, befestigt, und follte, wo neuere Ereigniffe neue Berhaltniffe begrundet hatten, burch bie Revision den lettern angepagt werden. Für eine ganglich neue Gefetgebung, wie fie Manche in idealen Eraumen fich bildeten, maren mithin nicht allein fein Bedurfnig und feine Befugnig, fondern nicht einmal Gegenstande und ein Boden vorhanden, fie murbe vielmehr mit ben Bedurfniffen und Berhaltniffen bes gandes in offenen Widerfpruch gerathen und baber entweder nicht in's leben getreten fein ober die im Lande bestehenden Berhaltniffe und feinen gegenwartigen Rechtszuftand haben aufheben muffen. Gine folche neue Gefetgebung murbe mithin eben fo fehr gegen Die Bedurfniffe bes Landes, als gegen die Buniche ber Ration gewesen fein. Es ift baber eine auffallende Berfennung aller Berhaltniffe, wenn bin und wieder in ber Unordnung ber Gefet Revision auch ber Auftrag, ein fo mißliches, mit den weifen Regierungs, und infonderheit Gefengebungs-Maximen ber Preußischen Regenten in bem schneiben-

ften Biberfpruch ftebenbes Unternehmen auszuführen, gefunden worden ift. Der Grundfat, welchen bes Sochftseligen Ronigs Majestat in eben der Zeit, als Er die nabern Borfchriften fur bie Gefet : Revifion ertheilte, als Negie-runge : Maxime in ben feierlichften und ewig bentwurbi:

gen Borten aussprach :

"Enthaltung von ber fo allgemein um fich grei-"fenden Reuerungssucht, Bewahrung vor unpraf-"tischen Theorien, beren fo ungablige jest im Um-"fchwunge find, jugleich aber auch Bemahrung por "einer faft eben fo schablichen, zu weit getriebenen "Borliebe fur bas Alte, benn nur bann, menn "man biefe beiben Rlippen zu vermeiben verftebt, "mur bann find mahrhaft nutliche Berbefferungen "gerathen" 16);

und welcher bie gangen Regierung, und insonderheit bie Gefetgebung biefes weifen Monarchen fo bentwurbig, als wohlthatig bezeichnet, lag auch ber Gefet Revision und ben fur lettere erlaffenen Borfchriften gum Grunde.

4. Abfaffung formlicher Gefetbucher.

§. 9.

a. Allgemeine Gefetbucher.

Diefer Gegenstand ift junachst in Begiebung auf bie allgemeinen Gefetbucher, bemnachft aber im folgenben

S. rucfichtlich ber Provingialrechte erortert.

Daruber, bag bie aus ber Revision hervorgegangenen Abanderungen ber Allgemeinen Gefete fchriftlich abgefaßt und publigirt werden follten, mar und konnte vernunftiger Beife fein Zweifel obwalten, wenn bies auch nicht ausbrucklich vorgeschrieben gewesen mare.

Gelbst Diejenigen, welche eine feste, unzweifelhafte Gefetgebung aus mannigfachen Grunden und jum Theil

¹⁸⁾ Lette Borte Sr. Majeftat bes Konigs Frieb. lerbochften Befehl Gr. Majeftat bes Konige Friedrich Bilhelm bes Bierten allen Beborben jugefertigt und in ber Staatseit ung von 1840 Dr. 169 öffentlich befannt gemacht.

beshalb nicht munschen, weil — wie sie selbst kein Sehl has ben, — baburch die bestehende von ihren Mangeln befreiet und somit befestigt, und die neue, auf andere Grundsage beruhende kunftige Gesetzgebung erschwert, theils aber weil baburch sowohl die Rückkehr zum Alten, als bas weitere Fortschreiten zum Neuen gehindert wird, selbst biese erkennen die Nothwendigkeit der gesetzlichen Publikation der Nesultate der Gesetz-Newision in Rücksicht auf

bie allgemeinen Befete.

Dagegen ward hin und wieder die Ansicht geaußert, daß eine vollständige, eine klare Uebersicht der gesetzlichen Borschriften gewährende Abfassung und Publikation nicht angemessen, sondern eine aphoristische Abfassung und Publikation der aus der Revision hervorgegangenen Bersänderungen in den bestehenden Gesetzbuchern vorzuziehen sei, so dazu ein doppelter Weg eingeschlagen wird, namelich entweder Anhangsparagraphen zum bestehenden Gesetzbuch oder besondere Gesetze über jede einzelne Abansberung.

Der eine, wie ber andere Weg stellte fich indeffen

bald als nicht angemeffen bar.

Für die Bekanntmachung der Resultate der Revision der Gesethücher durch Unhangsparagraphen zu den betreffenden Paragraphen des Allgemeinen Landrechts wird angeführt, daß dadurch das Gesethuch die Uebersicht

bes alten und bes neuern Rechts gemahre.

Diese Uebersicht ist allerdings für die innere Rechtsgeschichte nothwendig, gehört aber eben deshalb vor die Wissenschaft, nicht in das Gesesbuch, welches nur die gesetlichen Vorschriften enthalten, deren rechtswissenschaftliche Erläuterung aber der Jurisprudenz überlassen muß. Für die Gesetzebung giedt es wohl keinen größerern, auffallenderern und unangemesseneren Widerspruch, als ein Gesetzuch, in welchem der Gesetzeber eine Reihe von Bestimmungen den Unterthanen zur Sesolgung und Norm vorschreibt und als das gültige Recht publizirt, zugleich aber unmittelbar unter einer jeden dieser Bestimmungen bekannt macht:

"biese Borschrift sieht zwar hier, sie gilt aber nicht; "sie ist aufgehoben, sie bilbet keineswegs bas Recht "und braucht baher nicht befolgt zu werden".

Ein folches Berfahren ift fo auffallend, bag ein Seis tenftuct beffelben schwerlich irgend wo zu finden fein burfte 19). Es werben bafur gwar die Unhangsparagras phen bes Allgemeinen gandrechts angeführt; allein bies Beispiel ift ungutreffend. Denn einestheils find bies nur menige Unbangsparagraphen, und anderntheils find bie barin enthaltenen Bestimmungen nicht erft burch biefe Paragraphen vorgefchrieben, fondern beftanden bereits und find nur fpater, fowohl der leichteren Ueberficht wegen, als um biefen mehrentheils auf Ministerial : Reffripten beruhenden Bestimmungen gefetliche Rraft zu geben, in eine neue unveranderte Auflage bes Allgemeinen gands rechts aufgenommen. Diese Bearbeitung ift aber auf ein aus einer gufammenbangenden Revision bes bestehen: ben Gefetbuchs hervorgegangenes Gefetbuch, in welchem bas alte und bas neue Recht in einander verwebt und verschmolzen ift, nicht anwendbar und mit ber Burbe bes Gefetgebers und bem 3wecke bes Gefetes unvereinbarlich und baber unpaffend und zweckwidrig. Gie ift auch jum großen Theil unausfuhrbar. Gehr bedeutenbe Ib. fchnitte bes Allgemeinen gandrechts find bereits burch befondere Gefete vollig aufgehoben und burch andere ergangt, g. B. Die Berhaltniffe bes Bauernftanbes, ber Stabte, ber Armenpflege u. a. m. Unbre find gleichfalls aufgehoben, aber burch andre nicht erfest, j. B. die uber Unterthanigfeit und bauerliche Berhaltniffe. Gollen folche Gefete in bas neue Gefetbuch anfgenommen und unter benfelben nur bemertt merben, daß fie aufgehoben find? Bogu jene erloschenen alteren Rechte ber Bergangenheit in ein fur bie Butunft abgefagtes Gefegbuch wieder aufnehmen und ben Lefer Diefer Abschnitte in ben Glauben, baß fie noch bestehen, fegen, bis er endlich am Schluffe burch ben Unbangsparagraphen erfahrt, baß fie langft aufgehoben find? Eine große Ungahl ber in ben Gefet buchern enthaltenen Borfchriften find zwar burch neuere

¹⁹⁾ In ben nach ber Juli-Revolution revibirten frangofischen Gesethüchern ift im geraben Gegensat von jenem Borschlage unter jebem abgeanberten ober mobifizirten Artifel ber Inhalt bes frubern ausgehoben.

Gefetbucher nicht aufgehoben, aber fo verandert, daß fie eine burchaus neue Faffung erhalten muffen; follen fie im neuen Gefethuch in ber alten Faffung bleiben und gugleich in Unbangsparagraphen in ber neuen Befchrankung und Faffung wiederholt werden? Die neuere Gefenges bung bat faft in alle burgerlichen Rechtsverhaltniffe fo eingegriffen, baß fie auf ungablige Paragraphen bes gandrechts einwirkt, ohne fie ausbrucklich aufzuheben, ba fie in andern neuen Bestimmungen von felbft untergegangen ober boch fehr verandert find. Goll in jedem einzelnen Falle die Beurtheilung, ob bies ber Fall ift, ben einzelnen Richtern überlaffen und nicht vielmehr vom Gefetgeber bestimmt werden? Mit Recht wird bem Allgemeinen Landrecht eine Ueberfüllung mit abstrakten Grundfagen und eine übertriebene, fich oft wiederholende Beitschmeis figfeit vorgeworfen; auch biefe murben nach jenem Borichlage jum bedeutenoften Theil in bas neue Gefegbuch übergeben muffen, wenn baffelbe bas bisherige wiebergeben follte. -

Der Vorschlag ber Anhangsparagraphen ift baber in seiner Aussuhrung so schwierig und miglich, bag bie Nachtheile besselben sich kaum übersehen lassen, indem alle Bestimmungen bes Allgemeinen Landrechts, die nicht als aufgehobene bezeichnet sind, in gesetzlicher Kraft bleiben wurden, keine Sorgfalt aber vermögen burfte sie im Boraus zu bestimmen.

Wenn möglichst flare, möglichst furz und präcis abgefaßte, alles Ueberstüssige vermeidende Gesethücher das Ziel des Bestrebens der Gesethgeber sein muß; so erscheint der Vorschlag der Anhangsparagraphen im höchsten Grade unzwecknäßig und verwerslich, indem auf diesem Wege ein Gesethuch zum Vorschein kommen wurde, welches keinem jener Ersordernisse entspricht und bessen Gebrauch und Renntniß überdem durch die bedeutend vermehrte Voluminosität und Rossarfeit noch weit mehr erschwert werden wurde, als der des Allgemeinen Landrechts. Dies alles ist bei der Anordnung der Revision vielsach und reislich erwogen und dabei der Vorschlag der Anhangsparagraphen nicht allein von den Behörden für unangemessen

erklart20), fondern auch von bes Ronigs Majestat vers worfen und die Abfassung formlicher Entwurfe vorge-

fchrieben 21).

Eben biese Nachtheile wurden aus ber Bekanntmachung ber Beranberungen ber allgemeinen Gesetze burch einzelne Gesetze in einem vielleicht noch höheren Grabe entstehen, indem das neue Gesetzbuch das bestehende gemeine Necht nicht enthalten, sondern zu besten lebersicht und Anwendung noch eine große Neihe einzelner Gesetze erforderlich sein, und durch deren und des Gesetzbuchs Vergleichung und Studium nur das bestehende Necht wenig ermittelt werden wurde.

Je unangemeffner und unhaltbarer sowohl ber erfte, als der zweite Borschlag ift, um besto auffallender muß es sein, wie sie der Roniglichen Borschrift geradezu entge-

gen haben gemacht werben tonnen.

Danield by Google

²⁰⁾ Das mar infonberheit auch bei ber Berathung ber bon bem Grafen v. Dantelmann mit Roniglicher Genehmigung gufammen. gefehten Gefehrevifions : Rommiffion ber Fall. Mus ben bon ben eingelnen Mitgliedern berfelben abgegebenen Gutachten wird bier aus bem bes bamaligen Gebeimen Ober-Revifionerathe v. Cavignh bom 19. Dezember 1825 folgenbe Meuferung ausgehoben: "Gang "vorzfiglich muß aber bie Gefegreviftion babin gerichtet fein, bie fpa-"teren Gefete, fo wie fie fich auf Gegenftanbe ber allgemeinen Ge-"fetgebung begieben, mit biefer ju einem Gangen ju verbinden. Bare auch jest noch lediglich bon ber fpateren Abanberung einzelner Cate "bie Rebe, fo fonnte man es fur rathfam halten, bas Augemeine "Landrecht und bie Augemeine Gerichtsordnung unberanbert ju laffen "und unter ben Paragraphen berfelben bie neuen Abanberungen ale "zweiter Anhang neben ben erften Unhang ju feten. Allein biefes "icheint unangemeffen, theils weil bie neuen Abanberungen gu "umfaffend find, theils weil ohnebin ichon von bem Stanbpunft ber Berbefferung aus die gangliche Umarbeitung mancher Theile ber Ge-"fesbuder nothig werben wirb. Es wird alfo vielmehr barauf an-"fommen , fowohl ben erften Unbang ale bie fpateren Abanberungen "mit bem Tert ber Gefetbucher ju einem Gangen ju verarbeiten. "Diefes Beifahren aber wird unfehlbar jugleich mit einer Revifion "ber neuen Gefete, ihrem Inhalte und ihrer Form nach, ju berbins "ben fein".

²¹⁾ Rönigliche Rabinetes Drore vom 24. Juli 1826. Rr. 1: — "baß in bas Lanbrecht und die Gerichtsordnung nicht blos einges "ich altet werde, was feit ihrer Emanation neu hinjugefommen "ober abgeändert ift" (Anlage 1).

b. Provingial : Gefenbucher.

Es ist bereits im §. 2. angesührt, daß nach dem Plan der Gesetzebung und den wiederholten Königl. Borschriften und Zusicherungen die Provinzialrechte in Provinzials d. Gesetzbuchern zusammengesaßt und sestgestellt, und diese demnächst publizirt werden sollten, und daß diese Gesetzbucher zwar in den mehrsten Provinzen in den Grundzügen entworfen, aber mit Ausnahme des Ostpreußischen, bei den Drangsalen, worin das Baterland nach dem Frieden von Tilst sich befand, nicht haben vollendet werden können.

Die Provingialrechte maren baber gwar schon in ben frubern Berhandlungen erortert und jum Theil festgestellt, allein fie konnten bennoch, als bes Ronige Majeftat bie Biederaufnahme der Abfaffung ber Provingial Gefetbucher anordnete, nicht, wie fie fruber festgestellt worden, ohne nochmalige Revision in bas Provinzialgeset aufgenommen werben, weil die fpatere Gefengebung auch auf bie Provingialrechte ben entschiedenften Ginfluß gehabt hatte, und baher vorgangig ermittelt werden mußte, welche Provinzialrechte noch beffehen, und welche Modifikationen die bleibenden erhalten mußten, um nicht mit ber neueren Gefetgebung in Biderfpruch ju treten. Daber mard von bes Konigs Friedrich Wilhelm III. Majeftat neben ber Revision ber allgemeinen Gefetbucher auch bie Revision ber Provinzialrechte und die Abfaffung ber Provinzials Gefenbucher angeordnet 22).

Allerdings war es eine feltsame Erscheinung, bag, wenn auf ber einen Scite die Ungewißheit und Zweifelbaftigkeit ber Provinzialrechte seit Jahrhunderten als ein

²²⁾ Die Ansicht, daß das Oftpreußische Provinzialrecht von 1801 einer solchen Revision und neuen Abfaffung nicht bedürfe, weil daffelbe bereits in Gemäßbeit ber Anordnung Friedrichs II. erfolgt sei, berubet auf einem Migverfländnisse, da die spätere Gesetzebung auch das Oftpreußische Provinzialrecht bedeutend verandert hat, und daber, wenn die Abficht des Gesetzebers erfüllt werden soll, auch rücksicht dich diese Provinzialrechts der noch geltend gebliebene Inhalt besselben seitgestellt werden muß.

bedeutenber Nachtheil fur ben Rechtszustand und fur bie Rechtspflege angesehen und baber von ben Standen bie Abftellung biefes Rachtheils burch Cobififation ber Provingialrechte wiederholentlich und bringend geforbert wurde, von andern Stimmen Bebenten gegen ein festes und be: . stimmtes Recht geaußert wurden. Ein Theil war fogar gegen die Fortbauer ber Provingialrechte überhaupt; ein bekanntes Thema, was jedoch hier, wo biefe Fortbauer entschieden und nur von ber fattischen Seftstellung bie Rebe ift, füglich auf fich beruben tann. Die beiben anbern Unfichten weichen zwar von einander ab, flimmen jeboch barin überein, daß fie fawohl gegen die bestimmteften Buficherungen und Befehle unferer Furften, als gegen bie Sicherftellung bes provinziellen Rechtszustandes ge-Rur burch Cobififation erreicht man biefe Unnahmen, beibe ein Resultat ber Zeiten bor ber Berbefferung ber Gefetgebung.

Eine biefer Unfichten geht bavon aus, bag die Provingialrechte aus Bolksgewohnheiten hervorgegangen und vom Bolte burch Urtheilsfindung, Beisthumer und Schoffenbucher aufrecht erhalten und fich weiter ausgebilbet haben; bag es baber ihrer gefetlichen Sanktion und Promulgation nicht bedurfe, da fie im rechtsbewußten Bolfe und in beffen Rechtsbewuftfein fortleben, und auch ohne schriftliche Abfassung und legislatorische Promulgation sich ferner erhalten wurden. Allerdings eine einfache Rindheit bes germanischen Rechtszustandes, allein fie ift langft verschwunden; jene golbene Beit mit ber Einfachheit ihrer Rechtsnormen, und mit ihr jenes Rechtsbewußtsein und jene Rechtsfindungsgabe eines jeden Boltsgenoffen. Gewohnheiterechte murben baber schon im zwolften und folgenden Jahrhundert in Schoffenbuchern, Weisthumern, Rechtsspiegeln, Statuten u. f. m., spater in ganbesrech: ten und gandesordnungen schriftlich abgefaßt und landes

Richt bie kanbesherren brangen, wie fo oft behauptet wird, bem kanbe biefen Alt ihrer Gefengebung auf, fondern bie Stanbe baten, wie die Geschichte aller kanber beweiset, um benfelben, als bas einzige Mittel ber Er-

haltung der kandesrechte.

herrlich publigirt (§. 2.)

Bene einfache targliche Rechtsverfaffung ber Borgeit ift in gang Deutschland feit faft einem Jahrtaufenb in ber ganglichen Beranderung aller frubern Berbaltniffe und Beburfniffe untergegangen, und fann eben fo wenig wieber bergeftellt werben, als bas Leben, bie Unfichten und Sitten, die Berfaffung und übrigen Berhaltniffe jenes Zeitalters. Eben fo wenig fann bas Berfahren ber alteften Borgeit, und felbft bes Mittelalters, bei ber Bilbung bes Rechtszustandes für unfere, fo gang verschiedenen beutigen Berhaltniffe wieder bergegestellt, und aus ber Berfaffung bes Mittelalters ein ifolirtes Segment herausgehoben und die Firirung unferes Rechtszustandes Schöffen und ihren Schöffenrechten wie ber überlaffen werben. Die Intonfequeng ift groß, auf ber einen Seite alle im Mittelalter entstandenen Inftitutionen fur unvereinbar mit unferm heutigen Buftande gu erklaren, und, fo weit fie fich erhalten haben, aufzuheben, auf ber andern Seite aber jene langft untergegangene Ginrichtung wieder in bas Leben guruckzurufen. Die Unficht, auf jenem Bege bie Gefetgebung fortzubilden, ift bin und wieder in ber hiftorischen Rechtsschule geaußert. Diefe Schule ift fur grundliche Rechtswiffenschaft allerdings fo wichtig und wohlthatig, daß ohne fie feine beutsche Rechtswiffenschaft gebeihen fann; fie hat aber mit allen Schulen bas gemein, bag fie in ber Schule und in ber Wiffenschaft bleiben und burch bie in jener ermittelten Schape biefe erweitern muß, nicht aber bie Bergangenheit in bie gegenwartige Beit wieder guruckfuhren und bie langft untergegangenen Buftanbe einer entfernten Borgeit auf ein gang verschiebenes Zeitalter und bie Buftanbe ber Rinbheit auf bie bes gereiften Mannsalters anwenden barf. Burbe bies fur eine, auf abstratte Begriffe beschrantte, fur Geschichte aber verschloffene, reinphilosophische Schule allenfalls erklarbar fein; fo ift bies mit ber hiftorischen Schule um fo weniger vereinbarlich, als gerade ihr bie geschichtliche Fortbildung bes Rechtsguftandes aus ben Berhaltniffen bes offentlichen bes Bolkselebens und ber bamit veranderten Bedurfniffe, und baber ihr beutlicher, wie Undern vorliegt, bag jener ursprungliche Rechtszustand in ber weitern Entwickes

lung ber Berhaltniffe bes Staats, und bes burgerlichen Lebens nothwendig hat untergehen muffen, daß es aber eben so unmöglich ist, diesen Theil des altdeutschen Volks, lebens, als andre Theile besselben, 3. B. Leibeigenschaft, harte Frohndienste, Feuerproben, Blutgeld u. s. w. in unser heutiges Staatsleben wieder juruckjurufen.

Diese Meinung giebt auch ju; daß dem Volk und den Genossen des Gaues die Findung, Aufrechthaltung und Fortbildung der Landesrechte nicht mehr überlassen werden sonne, sie will aber dennoch, daß diese kandeserechte nicht mehr zum Sereich der landesherrlichen Geseszehung gehören, und daher vom Geseggeber weder schriftlich abgefaßt und noch weniger aber als Gesesbücher publiziert, — nach der neuern Terminologie also nicht kobistirt, sondern ihre Findung, Aufrechthaltung, Erklarung

und weitere Ausbildung, ohne Ginwirfung bes Gefenges bers, ben Gerichtshofen überlaffen werben follen.

Diefe Unficht führt und gwar nicht in bie altefte germanische Borgeit, fonbern nur in bas Mittelalter que ruck, allein wir leben nicht in bemfelben, und baffelbe entfpricht unfern Buftanben eben so wenig, wie jene. Schon por vier Jahrhunderten haben bie auf ben Reichstagen versammelten Stande bes Reichs, fo wie bie ganbftanbe in allen beutschen ganben, und insonderheit in ben gegenwartigen Preußischen Provinzen offentlich und wiederholentlich ertlart, daß bie Institutionen bes Mittelalters, und insonderheit die Schoffen mit ihren Schoffenrechten und Beisthumern, nicht mehr geeignet und fraftig feien, um bie eigenthumlichen vaterlanbifchen Rechte aufrecht gu erhalten, und daß diefe Rechte nur burch die landesherrliche Gefengebung und Promulgation eines schriftlich abgefaßten Provingial : Gefegbuche gefichert und bie Bermir. rung und Unficherheit bes Rechts abgestellt werben fon-Dies find die übereinstimmenden Rlagen und Untrage ber ganbftanbe aller beutschen ganber, welche eben fo übereinstimmend von allen Furften gegrundet befunden und berücksichtigt wurden.

So ift schon vor vierhundert Jahren in ganz Deutschland über den Rechtszustand des Mittelalters geurtheilt und dieser Zustand verbeffert. Das Provinzialrecht ift nicht mehr ber Fürsorge und Fortbilbung ber Schöffen und Schöfenstühle, sondern dem Gesetzgeber anverstrauet. Wenn Institutionen des Mittelalters schon vor vielen Jahrhunderten den damaligen Verhältnissen in Deutschland nicht mehr entsprachen, so werden doch die späteren Jahrhunderte dem Mittelalter sich nicht so sehr wieder genähert haben, daß dessen Institutionen jetzt wieder anv wendbar geworden sind und wieder hergestellt werden mussen. Wird doch sonst der Ursprung aus dem Mittelsalter schon als hinreichender Grund zur Verwerfung und Abschaffung angesehen! Eine von unsern Voreltern hersvorgegangene, volksthümliche, autonomische Gesetzgebung ist allerdings ansprechend, bedarf aber, wie jede Anordnung, die nicht aus einer vielseitigen Erwägung, sondern aus bloßen Eindrücken hervorgegangen ist, der vielseitigssten Prüfung, besonders in einem für diese mehr als für

jene geeigneten Zeitalter.

Bohl mogte, als Cafar und Lacitus schrieben, und bie Germanische Gesetgebung eben so einfach mar, als die Bedurfniffe und Berhaltniffe bes Bolts, jeder deutiche freie Mann bie fvarlichen Gebrauche feines Gaues tennen und im Befit ber bamaligen Rechtswiffenschaft, ober, nach ber neueren Terminologie, , bes Rechtsbewußtfeine", fich befinden. Diefer einfache Rechtszustand verschwand aber mit ber Civilifation bes burgerlichen Buftandes, und an beffen Stelle ging ein erweiterter, manniafaltiger Rechtszustand und eine erweiterte Juris= prudent hervor. Das Rechtsbewußtsein des Bolts in bem obengebachten, Rechtstenntniß bezeichnenden Ginne, in welchem es jest so oft gebraucht wird, war im Allaemeinen eben fo untergegangen, als die Entbehrlichkeit der schriftlichen Abfaffung. Landeshoheit und landesherrliche Gefetgebung waren indeffen auch bamals noch nicht aus. aebilbet, und Gerichte im beutigen Ginge gab es nicht. Die Rechtsgewohnheiten fonnten baber weber vom Landesherrn Schriftlich abgefaßt und durch Gefete publigirt, nody burch Gerichtshofe aufrecht erhalten werden. Un bie Stelle ber freien Sauengenoffen traten baber in einzelnen Begenden ober Ortschaften biejenigen, welche mit ben erweiterten Gewohnheiterechten einigermaßen bekaunt waren, als Schöffen zusammen, um für den einzelnen Ort oder ganze Gegenden Belehrungen über das geletende Recht zu ertheilen, oder nach denselben Urtheile abzusassen; worsolche Schöffenstüble nicht waren, versahen die Ortsobrigkeiten diesen Beruf. Bon den einen, wie von den andern wurden die Gewohnheitsrechte in Schöffensrechten, Richtsteigen, Urtelsbucher, Weisthumern, Statuten u. s. w. verzeichnet und schriftlich abgefaßt, so wie diese nach und nach bleibende Vorschriften für die Rechtssinsdung wurden.

Es ift bereits angeführt, daß aus diefem Zustande, bei noch erweiterter Civilifation, eine allgemeine Unficherheit und Verwirrung des Rechts hervorging, und daß daher diefer Zustand schon vor Jahrhunderten untergegan-

gen ift.

Dies ift der Zustand, welcher wesentlich wiederhergestellt werden wurde, wenn die Prodinzialrechte und deren Bestand und weitere Aushildung von der landesherrlichen Gesetzgebung ausgeschlossen, den Gerichtshofen überlaffen und von diesen, verdindend für ihre Amtssolger, durch Urtheilsbücher, Beisthümer, Schöffen und Gewohnseitsrechte abgeschafft, beschränkt und modisizirt werden sollten. Er wurde noch nachtheiliger sein, als er im Mittelalter war, in welchem er wenigstens mit den übrigen Verhältsnissen des Staats übereinstimmte und den damaligen Bedürfnissen entsprach.

Dieser Zustand wurde, wenn er jest wieder unster uns zurückgerufen wurde, mit ben übrigen Verhaltenissen bes Staats und bes neunzehnten Jahrhnnberts nicht übereinstimmen, nicht eine aus der Verfassung und Lage bes Staats nach und nach entwickelte, zeitgemäße, sondern eine aus der Vergangenheit wieder hervorgeholte, mit allen Verhaltnissen des Staats und den Bedürfnissen und Ausprücken der Zeit im Widerspruch stehende, zeitwidrige Einrichtung sein. Die landesherrliche Gesetzgebung ist wollständig ausgebildet; nur der Landesherr ist Gesetzgeber, und der Grundsag, daß die Gerichtshöse keine Gesetzschaffen, sondern sie nur anwenden, ist eben so sehr Grundslage unseres Rechtszustandes, als daß der Landesherr nicht Richter ist. Im Mittelalter bestanden die Landes

rechte nur aus Gewohnheitsrechten, gegenwärtig aber auch aus landesherrlichen Gefeten. Schwerlich wird man aber ben Gerichten die Befugnig einraumen wollen, über die Fortbauer landesherrlicher Gefete, ganbesreverfalien und Landtags Abschiebe ju befinden : 200 find ferner die Schoffen des Mittelalters, jene Orts : und Dis ftriftegenoffen, die, in ber Deimath ber Gewohnbeits. rechte geboren, gebildet; berfelben vollstandig tunbia rechtsbewußt - maren und in biefer Begichung bas volle Bertrauen ihrer Mitburger genoffen? Auch die aus. gezeichnetften Mitglieder ber gandes Gerichtshofe tonnen in biefer bin ficht bie alten Schoffen nicht erfeben; es liegt in unabanderlichen Berhaltniffen und ift aus boberen Ruckfichten auf Die Mushilbung tuchtiger Geschäfts: manner fur ben Dienft felbft um?oglich, Die Landes . Berichtshofe nur mit Gingebornen bei Proving gu befeßen ober die Mitalieder berfelben auf Lebens, eit an einem Gerichtshofe bas Recht verwalten ju laffen, und Die Berfetung unferer Richter aus einer Proving in die andere, ober von einem Orte jum anderen, ju vermeiden. Wer ber: mogte von ihnen jene vollstandige Renntnig ber in ihrem großen Sprengel geltenden Gewohnheiterechte zu fordern, welche die eingebornen Schöffen von den Gewobnheits: rechten ihres Schöffenftuhls befagen. Der Dommeraner. ber in bem Zeitraum von wenigen Jahren Mitglied von Berichtshofen in Oftvreußen, Westvhalen und Schles fien gewesen ift, foll die Gewohnheiterechte biefer Drovingen in bem Grade fennen, welchen jener Borfchlag porausfest? Die Erfahrung bestätigt bies alles, und bat bies auch bei ber Gefet : Revifion vielfaltig befta: Und boch foll es ber geseglichen Firirung ber Provingialrechte nicht bedurfen, fondern fie bem Rechtsbewußtsein - ber Renntnig ber Gerichtshofe von ben Provinzialrechten - überlaffen werben.

Aus bem Standpunkt legislatorischer Weise beit burfte diese Unsicht schwerlich eine Prufung ertragen. Klare, feste und bestimmte Gesetze sind das Biel der Gessetzung in allen Staaten, und auch im Preußischen; bunkle und zweifelhafte Gesetze werden verbessert und desklariet, schwankende Gewohnheitsrechte entweder abgeschafft

ober firirt; aus welchem Grunde tonnten bie Provingialrechte hievon ausgeschloffen und abhangig von ber jebese maligen Anficht ber Gerichtshofe gemacht werden, mithin ungewiß und fchwantend bleiben? Warum foll bas Chaos ber Provingialrechte nicht eben fo gefichtet und berichtigt werben, wie dies durch Friedrichs II. Gefengebung in Unsehung ber Sachfenrechte ber Kall mar? Die Provingialrechte tragen ben Charafter bes Zeitalters, in melchem fie entftanben, und enthalten baber viele, ben beutigen Berhaltniffen gradezu widersprechende Bestimmungen, beren Aufhebung und Ausmerzung nothwendig ift und schon burch bie Ehre ber Gefetgebung felbft eben fo bringend geboten ift, wie durch die Pflicht, ben Unterthanen bar-uber, welche Provinzialgesetze noch gelten, Gewißheit zu geben und fie nicht ber Gefahr auszusetzen, ihre Berhaltniffe nach einem Gefete zu ordnen, beffen Gultigteit, wie fie spåter erfahren, ber Richter nicht mehr anerkennt. Die Behorden, und infonderheit bie Juftigbehorden, tonnen nicht bestimmen, ob ein Gefes noch gilt ober nicht; bie Aufhebung eines Gefetes ift ein Recht bes Gefetgebers, nicht bes Richters; nicht blos ber rechtswiffenschaftliche, fonbern vorzugemeife ber legislative Standpunkt ift bei ber Aufhebung eines Gefetes ju beructfichtigen, und fann baber bie Abschaffung erlaffener Gefete bem Ermeffen ber Behorben eben fo wenig überlaffen werden, als von ihnen erfolgen, und wurde baber beren Gultigfeit bis ju ibrer gefetlichen Unfhebung ftets zweifelhaft bleiben. Gind boch erft furglich von einer Beborbe bie alteren Gefete wiber Bigeuner als noch bestehend angewendet, und baburch bie Einschreitung des Ministeriums nothwendig geworben. Solche Ungewißheit ber Provinzialrechte abzustellen, mitbin auch veraltete und zeitwidrige Gefete zu befeitigen, gehort zu ben 3wecten ber Revision und ber Abfaffung Die Provingialrechte unb der Provingial : Gefegbucher. Provinzialgewohnheiten bilben überdem eine abschreckende, ihre Renntniß erschwerende Daffe, werden aber, wie bie gegenwartig ausgearbeiteten Entwurfe beweifen, bei ihrer Sichtung auf einen maßigen, leicht übersebbaren Umfang befchrankt, und bie Sichtung berfelben ift baber fchon aus biefem Grunde eben fo nothwendig, als gemeinnuglich.

Much bier wird mit Unrecht auf die Schoffenberfalfung Besug genommen. Man preifet fie, weil die Schoffen bas Recht aus bem Bolfsleben ichopften; allein bies ift feine Gigenthumlichkeit ber Schöffenverfaffung, fonbern eine allgemeine Eigenschaft aller auf Gewohnheiten gegrunbeten Borfchriften und Erfenntniffe. Alle Gewohnbeiten entfteben aus übereinstimmenden, geeigneten Sandlungen und tonnen baber nur aus benfelben gefchopft werben. Golche Sandlungen konnen aber gedenkbarerweise nicht in ber Theorie, fondern nur in bem Bolksleben erfolgen, und baber Gewohnheiterechte überhaupt, fie mogen in Schoffenstühlen ober in Gerichtshofen zur Erorterung fommen, nur aus bem Leben geschopft werben. Dag die Schoffen ihr Recht unmittelbar aus bem, burch Sandlungen fich fund gebenben Bolfeleben geschopft haben, ift aber auch in biefer Allgemeinheit vollig ungegrundet und allenfalle nur in ber fruheften Beit gutreffend; die Gewohnheiterechte und Entscheibungen ber Schöffen wurden in Urtelsbuchern und Weisthumern verzeichnet, und aus diefen die Schoffenrechte verfaßt und nach und nach auch den auf lettere verwiesenen andern Schöffenftublen mitgetheilt. In biefen Beisthumern und Schöffenrechten fanden die Schöffen bas Recht, und biefe Schöffenrechte und Beisthumer maren daher in der That eben fo fodifizirte Gewohnheitsrechte, wie die fratern gandesordnungen und gandrechte und als Die Provingial : Gefegbucher fein follen. Auffallend genua wollen biejenigen, welche gegen die Rodififation ber Provingialrechte fich erklaren, felbft eine folche Rodifikation, indem Bie Berichtshofe die Gewohnheiterechte und ihre Entscheibungen in Weisthumern und Urtheilsbuchern schriftlich verzeichnen follen. Worin besteht alfo ber Unterschied? Darin, daß die landesherrliche Gefetgebung ausscheibet. Ift eine folche schöffenartige Robifikation volksthumlich? Benn der Begriff der Bolksthumlichkeit auf den gandes herrn unanwendbar ift, fo ift er auf feine Beamten eben so unanwendbar. Gind, wenn einmal von Bolksthumlichkeit die Rebe ift, Bestimmungen, welche unter ber Ditwirkung ber Provingialftande erlaffen werden, nicht volksthumlicher, als die ber landesherrlichen Behorden?

Much fur bie Rechtspflege murben aus bem . Mangel

Mangel an flaren und bestimmten gefeslichen Borfchriften über die Provingialrechte und burch ben in Frage ftes benden Borfchlag erhebliche Nachtheile entstehen. Rechte murben nach biefem Borfchlage nicht gefeglich feftgestellt fein, und muffen baber in ben einzelnen gallen er: mittelt und bewiesen werben. Bei ber Ungewigheit, fowohl des noch gultigen Provinzialrechts, als der richterlichen Unficht, wurden bei bem Mangel an bestimmten aefetlichen Borfchriften und bem in Borfchlag gebrachten richterlichen Arbitrium in ber namlichen Proving und in bem namlichen Gerichtshofe über ben namlichen Grundfas bes provinziellen Rechts grabezu wiberfprechende Urtheile erfolgen konnen, und badurch die munichenswerthe Ginbeit ber Rechtsgrundfate gefahrbet, obet bem Erfennts niffe, in welchem ber provingialrechtliche Grundfas jum erften Male gur Sprache gefommen ift, eine ben Gerichts. hof fur alle folgende Zeit verbindende Wirtung und gesetliche Rraft beigelegt werben. Diese Diffongng ber Rechte murbe um fo auffallender fein, als oft daffelbe Provinzialrecht in ben Begirten mehrerer Gerichtshofe gilt und von jedem berfelben baber auf verschiedene Urt beurtheilt werben tonnte.

Durch biefen Vorschlag murbe aber auch die offents liche Berfassung bes Staats und ber einzelnen Drovingen verlet werben. Rach berfelben ftebt bie Gefengebungemacht nur dem Ronige ju; die Behorden, und infonderheit die Gerichtshofe, muffen jeder Meugerung derfelben fich enthalten. Wenn die jum 3weck ber Rodifikation von der Regierung und ben Landstanden gefammelten Provinzialrechte nicht tobifigirt, fondern ben Gerichtshofen hingegeben morben, und ihnen überlaffen wird, ju beurtheilen, ob und in wie weit diese Provinzialrechte noch gelten ober nicht gelten, und wenn das, mas von ihnen darüber befunden worden, anftatt des verheißenen Provinzialgesethuchs, den ehemaligen Schöffenrechten gleich, bas Provinzialrecht feststellen und bilden foll; fo ift badurch ben Gerichtshofen unleugbar eine gefetgebende Attribution übertragen. Mogte biefes im Mittelalter, in welchem Landeshoheit und landesherrliche Gefetgebungemacht noch nicht ausgebilbet maren und baher burch Schöffenrechte in dieselben nicht eingegriffen werben

Unnalen: Seft IV. 1839.

tonnte, mit ber Berfaffung übereinstimmen; fo ift bies boch mit ber gegenwartigen Berfaffung ber Staaten eben fo burchaus unvereinbarlich, als nachtheilig 2.3). Die Ueber: tragung einer folchen Befugnif an die Gerichtshofe murbe aber nicht allein in Ruckficht auf die gandeshoheit anomal fein, fondern auch die Gerechtsame ber Provingial: fanbe befchranten. Es ift in ber That auffallend, bag, mabrend ber Grundfat, bag im altern Deutschland bas Recht vom Bolte und in bemfelben ausgegangen und gebildet fei, ale ein Vorzug jenes Zeitaltere, fortwährend und fogar fur bie lebertragung biefer Rechtsbilbung an landesherrliche Behorden angeführt wird, überfeben werben fann, bag jene Berfaffung und bie Theilnahme und Ditwirfung des Bolts bei Gefeten nie untergegangen ift, fonbern bis auf ben beutigen Lag fortbesteht, in bem Borfchlag, die Firirung ber Provingialrechte ben Gerichten zu überlaffen, aber untergeben murde. Freilich fann die gange Bevolkerung ber Proving jest nicht mehr viritim auf ben Landtagen erscheinen, fie wird aber, so wie überhaupt, fo auch in Unfehung ber Mitwirtung gur Provingial: Gefengebung burch bie Stande ber Proving vertreten, auf welche baber biefe, mit Recht fo wichtig geachtete Mitwirfung bes Bolts übergegangen ift. Daber haben, fo wie in allen beutschen gandern, fo auch in den Propingen der Preußischen Monarchie, seitdem die Provingialrechte nicht mehr aus Boltsgewohnheiten allein bervorgingen, sondern auch Gegenstand ber landesberrlichen Gefengebung geworden find, die gandftanbe an ber Erlaffung bon Provingialgefeten Theil genommen, und ift ihre Mitwirkung zu berfelben zu ben wichtigften Grundfagen ber Berfaffung ju gablen. Es murde aber burch bie Heberweisung ber Feststellung und Fortbilbung ber Provinzialrechte an die Gerichtsbehorben den Provinzialftanben diese Mitwirkung entzogen, und biefe baber ein Gin-

²³⁾ Friedrich II. außert baber in ber wegen Anordnung ber Gefete Rommiffion erlaffenen Rabinete Drore vom 28. April 1780: "Ich werbe nicht gestatten, bag irgend ein Richter-Rollegium ober "Stateminister die Gesete zu interpretiren, auszubehnen ober einzu"schränken, vielweniger neue Gesete zu geben, sich einfallen laffe".

griff in ihre Rechte fein. Dies murbe um fo mehr ber Kall fein, als ben Standen auf ihre Untrage wiederholentlich verheißen worben, daß mit ihrer Zuziehung bie Provinzialrechte revidirt und burch ein Provinzial: Gefesbuch festgestellt und ben Gerichtshofen gur Richts fchnur und Befolgung vorgeschrieben werden follen. Jene Untrage ber Provingialftanbe auf Abfaffung ber Provingial. Gefetbucher find aber gerabe durch die Abneigung ber Gerichtshofe gegen die Provingialrechte veraulaft, um Diefer Abneigung burch bestimmte gefetliche Borschriften Schranten ju fegen. Es wurde mit jenen landesherrlis chen Berbeigungen nicht wohl vereinbar fein, wenn nicht allein biefe Buficherungen guruckgenommen, fonbern fogar ben Gerichtshöfen, welchen nach ben Untragen ber Stande und ben Buficherungen ber landesherren bie Provingigle rechte burch eigene Gefenbucher vorgeschrieben merben follen, die Feststellung und Anerkennung derfelben überlaffen, und badurch ben Standen die Mitmirfung entzogen wurde, welche ihnen gufteben murde, wenn ber Landesherr felbst Provinzialrechte aufzuheben ober beabsichtigt. Gine zu modifiziren solche Einrichtung fann weder volksthumlich und verfaffungsmäßig genannt werben, noch ben Provingialrechten bie Barantie, innere Buverlaffigkeit und außeres Bertrauen gemabren, beren bas Provingial Sefetbuch genießen wurde, ba baffelbe auf ber vollen Renntnig ber Provinzialstande von den Gewohnheiten, Gebrauchen und Bedurfniffen ibrer Proving, auf ihrem bleibenben Intereffe an bem Rechtszustande berfelben und auf ber Ueberzeugung berubt, baf fie in allen biefen Begiehungen die Beburfniffe ber Proving vollständig überseben und die Provingialgesete benfelben angemeffen balten.

Auch fur bie Unterthanen und beren Rechtsberhaltnisse wurden aus ber Jurucknahme ber landesherrlichen Zusage eines Provinzialgesethuchs und aus bem porgeschlagenen Surrogat besselben nachtheilige Folgen entsiehen. Sie ergeben sich schon aus bem ganzen Syftem unfrer Gesetzgebung, die, wenn sie allerdings durch allgemeine Gesetz neue Bestimmungen einführte, doch durch die Provinzialgesetze bafür sorgte, daß badurch

moblerworbene Rechte nicht verlett werben. Die auf propingiellen Gefegen und Obfervangen gegrundeten Rechte ber Unterthanen beruhen auf gefetlichen Grundlagen; iene Rechtstitel find Borfchriften fur ben Richter, nach welchen, wenn fie erwiesen find, er ertennen muß; und beren Robifizirung gur Bermeibung biefes Beweifes ber Gefetgeber verheißen hat. Diefe gefetliche Bafis und Gicherheit wird aber jenen wohlerworbenen Rechten entgoaen werben, wenn bem Richter bas Urtheil, ob biefe Drovingialrechte überhaupt gur Unwendung fommen follen, überlaffen murbe. Der Unterthan verlangt mit Recht, bag bie Gefege, nach welchen er und feine Rechtsverhaltniffe beurtheilt werben, ihm bekannt gemacht find und er fie fennen lernen fann; jest findet er fie in ben Gefegen und Gewohnheiterechten, beren Renntnig er erlangen fann, mogegen er die funftige Unficht ber Gerichte nicht tennen, und nicht wiffen fann, ob fie jene Rechtsquelle überhaupt ober in bem Maage fur noch bestehend halten, und baber auch feine Rechtsverhaltniffe hiernach mit Gicherbeit nicht ordnen fann.

Alle biese aus einem schwankenben und ungewissen Zustande ber Landesrechte hervorgehenden Mängel und Nachtheile sind von unsern Voreltern durch viele Generationen gefühlt, und die Robisitation dieser Rechte als das einzige Mittel, ihnen abzuhelsen, erbeten und Jahrhunderte hindurch von den Landesherren versprochen. Reinesweges von einer Sammlung der Provinzialrechte, sondern von einer Abfassung berselben in ein Sesesbuch und einer Publikation des letztern ist die Rede gewesen, damit die Provinzialrechte nicht von den schwankenden Ansichten der Gerichtshöfe abhängen, sondern denselben, gleich den übrigen Gesesen, vorgeschrieben würden. Sehr bestimmt und unumwunden ist ein Provinzial Seses but d. 24) in den Landtags. Nezessen, Landtags. Abschieden und anderen landesberrlichen Resolutionen, und das Allgemeine Land-

^{24) 3.} B. Publifations : Patent bom 5. Februar 1794 5. 1, "bas besondere Gesethuch der Proding 5. VII., die Prodingials Gesethucher u. a. m."

recht allen Provingen ber Monarchie verheißen und vor-

gefchrieben 25).

Much für die gegenwärtige Revision ber Provinziale rechte ist dies auf das bestimmteste vorgeschrieben. Die erften Entwurfe ber Provinzial Gefegbucher find, mit Bugiebung ber bagu auf ben ganbtagen gewählten ftanbifchen Deputirten, abgefaßt, und, nachbem fie einer Revifion unterworfen, vom Ronige mittelft Landtags : Proposition ben gandtags . Berfammlungen jur Ertlarung jugefertigt, bereits von ben mehrften ganbtagen bem Ronige überreicht, und barauf von Gr. Majestat burch ben gandtage : 216: schied die Dublikation des Provincial : Gesethuchs zugefichert.

Schwerlich wird aber jemand unter Abfaffung und Publifation eines Gefegbuchs verfteben, bag bie Gefege gefammelt und ben Gerichtshofen mitgetheilt, und ihnen bie

Beurtheilung ihrer Gultigfeit überlaffen wirb. Welches find benn bie Grunbe, aus welchen bin und wieder vorgeschlagen worden, die landesherrliche Buficherung ber Provingial- Gefegbucher nicht ju erfullen, fonbern, ungeachtet berfelben, Die Provingialrechte in ber bisberigen Unficherheit und Bermorrenheit zu belaffen und ben Provingen ein festes und bestimmtes Recht ju ver-In einigen Theorien ift freilich Abneigung gefagen? gen Provinzialrechte und alles, mas fie befestigt, grunds faglich, allein biefer Grund kann in unferm Staate nicht eintreten, ba jedem bie Berschiebenheit ber probingiellen Buftande und baber bie Dothwendigkeit ber Provingialrechte einleuchtet, und hinreichend bekannt ift und aus bem Entwurfe ber Provinzial . Gefetbucher beutlich genug hervorgeht, daß ber 3med ber lettern feinesweges Dies berherftellung und Befestigung bes im grauen Alterthum und auch nur jur Beit ber Schoffen geltenben Rechtszuftans bes, fonbern vielmehr barin besteht, bie langft untergegans genen zu beseitigen und die jest bestehenden festzustellen, und baburch ben Provingen auch in Unsehung ihrer Provingials

²⁵⁾ Diefer Gegenstand ift in ber Abbanblung fiber die Robis fitation in ben Jabrbuch ern ber Preugifchen Gefetge: bung Beft 96 und aus benfelben auch befonders abgebrudt.

rechte die Wohlthat eines gewiffen und bestimmten Rechts zu gewähren. Sehen so wenig kann die Verfagung der bert beißenen Rodisstation aus der Unsicht, daß nur das gemeine Recht, nicht aber das Provinzials oder Ortsrecht, ein gewisses und bestimmtes zu sein braucht, ausgehen. Sollen doch nach neueren Gesehen selbst für minder erhebliche Gegenstände in jeder Stadt Statuten schriftlich abgefaßt werden.

Man führt gegen die Rodifikation an, bag es fchwierig fei, ein vollständiges Provingial: Gefetbuch abzufaffen. Borin biefe Schwierigfeit liegen folle, wird inbeffen nicht angegeben; bei ber gegenwartigen Abfaffung ber Provinsial : Gefenbucher tann biefer Grund vollende nicht angeführt werben. Geit langerer Zeit, jum Theil feit einem Jahrhundert, find bie landes Juftigtollegien, und jum Theil die Untergerichte, mit der Ermittelung und Reft stellung ber Provinzialrechte beschäftigt, und haben mebrere Entwurfe berfelben abgefaßt, theils auch Untergerichte an ber gegenwartigen Revision . Theil genom-Standische Deputirte aus allen Standen haben bemnachft an ben Berathungen über bie vorläufigen Entmurfe und an ber Abfaffung bes aus biefen Berathungen fich ergebenden Entwurfes mitgewirkt, und bemnachft haben die auf ben gandtagen versammelten ganbftanbe aus allen Standen bie Entwurfe gepruft und begutachtet, und endlich find lettere in ben brei Stadien ber Revifion gepruft. Die, zumal bei bem auf bas noch beftebende Recht beschrankten Inhalt ber Provingial : Gefet bucher, aus einer von allen Rundigen und Betheiligten fo vielfach erfolgten reiflichen Prufung ein bem 3med entfprechendes Provinzial-Gefenbuch nicht hervorgeben tonne, ift in ber That nicht einzuseben. Das Beispiel von Off-preugen beweiset bas Gegentheil. Wate aber felbft bei einer folchen Bearbeitung bie Abfaffung eines Propingials Befegbuche unüberwindlich fchwierig, fo murbe bie Reft. ftellung ber Provinzialrechte burch gerichtliche Beisthumer noch weit schwieriger und baber noch weit bedenklicher fein.

Ein bestimmtes Gefetbuch, wird ferner angeführt, hindert die Fortbildung des Rechts und die wiffenschaftliche Bearbeitung beffelben. Wie ein bestehendes Recht

ber legislativen Fortbildung hinderlich fein tonne, ift eben fo wenig einzusehen, als es ber Erfahrung wiberspricht, nach welcher auch bie bestimmteften Gefete, wenn bagu bas Bedurfniß vorliegt, ergangt, erflart und felbft gang aufgehoben werben; bie Provinzialrechte in allen Provingen liefern bagu Beispiele. Die Provingialrechte follen aber ihrer Fortbilbung im- Bolte ohne Ginwirfung ber Befetgebung überlaffen werben. Diefer Grundfat ift in feiner Allgemeinheit nicht flar gebacht. Durch einen Uft ber Boltsgesegebung foll bies, nach ber eigenen Unficht ber Bertheibiger biefes Grundgefetes felbft, boch wohl nicht geschehen; Abanderung bes Provinzialrechtes burch ben Landesherrn nachzusuchen, fteht aber ben Landtagen eben fo frei, als einzelnen Gemeinden, und ift mehrfach gefches Die Kortbildung bes Rechts im Bolke ift baber bem Musbrucke nach nur eine Reminisgeng ber germanischen Borgeit und in bem heutigen Ginne nicht gemeint, fie wurde nur burch Gewohnheiterechte erfolgen fonnen, und ift baber, wenn lettere mit ben gefetlichen Eigenschaften verfeben find, burch ein bestimmtes Gefetbuch nicht gehindert. Soviel die wiffenschaftliche Ausbildung bes Rechts, mitbin bie Jurisprudeng, betrifft, fo ift beren Aufgabe nicht, neue Gefete zu ichaffen, fondern die bestehenden wiffenschaft lich zu erortern, und, mo fie es bedurfen, zu interpretiren, und ein Gefegbuch fteht baher ihr feineswegs entgegen. Entbehren etwa Gesetbucher, 3. B. bas Defterreisthische burgerliche Gesetbuch, ber Code Napoleon unb felbit unfre Allgemeine Gerichtsorbnung, einer wiffenschaft lichen Bearbeitung, ober haben unsere noch nicht fobifigirten Provinzialrechte einen Ueberfluß an berfelben?

Wie hochwichtig inbessen auch die wissenschaftliche Bearbeitung der Provinzialrechte ist, so wurde sie doch zu
theuer erkauft sein, wenn die Gesetzgebung, um der Wissenschaft ein Feld zur Bearbeitung zu verschaffen, jene
Rechte nicht feststellen, sondern ungewiß und verworren
lassen wollte. Dieser Grund gegen die Rodisstation trifft
baher nicht allein nicht zu, sondern es ergiebt sich vielmehr, daß auch in wissenschaftlicher Beziehung die grundliche Kenntniß, Uebersicht und klare Auffassung des Provinzialrechtes ungleich sicherer burch ein geordnetes Pro-

vinzial. Sefesbuch beförbert wird, als burch die muhsame und schwierige, Zeit und Ausbauer erfordernde Arbeit, basselbe aus einem Chaos von zweiselhaften und oft unzugänglichen Quellen zu schöpfen, und aus den darin gefundenen Aphorismen eine klare Uebersicht des Rechts sich zu bilden, wie dies die so außerst seltene Renntnis der Provinzialrechte beweiset. Ueberdem beruhet dieselbe nur zum Theil auf schriftlich abgefasten Gesegen, großen Theils aber auf Landtagsrezessen, Reversalien und Gewohnheitserechten.

§. 11.

5. Gründliche Bearbeitung.

Wenn gleich bei ber Revision ber Gefete hauptfachlich von bem praftischen Gesichtspunkte ausgegangen merben foll (§§. 2 u. 4); so liegt boch die Nothwendigkeit einer grundlichen und wiffenschaftlichen Bearbeitung fo fehr in ber Aufgabe felbft, baß fie ohne biefelbe nicht gelofet werden kann und baber unerläglich gemefen fein wurde, wenn fie auch nicht vorgeschrieben mare 26). leuchtet indeffen von felbst ein, bag es ber wiffenschaftlichen Bearbeitung nicht fur alle Gefetbucher in gleichem Maage bedurfte. Bei ber Revision ber allgemeinen Se fetbucher murbe fie g. B. fur die Bestimmungen, welche aus unzweifelhaften Grundfaten bes romifchen und beutfchen Rechtes in diefelben übernommen find und bei ber Revifion unverandert beibehalten murben, uberfluffig gemes fen fein, obwohl biefe bennoch in ben Berathungen einer allgemeinen Prufung unterzogen wurden. Eben bies batte auch in Unsehung ber eigenthumlichen Borfchriften bes Allgemeinen gandrechts, in fo fern fie beibehalten mor-

²⁶⁾ Z. B. in der Rabinets Drbre vom 24. Juli 1826 Rr. 1: daß die Borfchläge ju Abanderungen der bestehenden Gesetz, "einer "gründlichen Prüfung unterworfen werden sollen"; in der Kadinets Ordre vom 3. Juni 1833: "wobei Ich ich von seibst verstehend "voraussetz, daß unter den Revisionsverhandlungen jederzeit auch eine "vollfandige und gründliche Ausarbeitung der Motive, auf welchen "die von der bisherigen Gesetzgebung abweichenden Grundfätz und "Bestimmungen beruden, sich befinden".

ben, Statt finden konnen. Die Motive bes Allgemeinen Landrechts find inbeffen meber überhaupt als ein Banges dffentlich bekannt geworben, noch fur einzelne Gegenfanbe gufammenbangend ausgearbeitet, fonbern in ben im Archiv bes Juftizministeriums vorhandenen achtundachtzig Folianten Berhandlungen enthalten; bie Preu-Bifche Jurisprudenz entbehrt baber biefes fur fie fo wichtigen Sulfemittele. Bei ber gegenwartigen Revifion bes gandrechts murben baber, um biefer fo fuhlbas ren Lucte möglichft abzuhelfen, die Motive ber vom gemeinen Recht abweichenben Bestimmungen in Die Motive bes revidirten burgerlichen Gefetbuchs aufgenommen. hieraus ergiebt fich allerbings nur eine partielle Dogs ! mengeschichte, allein eine vollständige innere Rechtsgeschichte war nicht die Aufgabe ber Repision, und wurde mit berfelben, ohne fie in's Unabsehbare ju verlangern, nicht zu verbinden gewesen sein. Ich beabsichtigte bagegen, um auch biefem Mangel abzubelfen, eine offizielle Darftellung ber Motive bes neuen burgerlichen Gefegbuchs, nach ber in allen Stadien beendigten Berathung beffelben, aus amtlichen Quellen ausarbeiten ju laffen, welche junachft bie Motive, aus welchen bas Allgemeine Landrecht von dem bisherigen gemeinen Recht abgewichen, und demnächst bie Motive ber Gefetrevifion in allen ihren Stabien ents wickeln follte. Damit aber bie in ben Berhandlungen über Die Abfaffung bes Allgemeinen Landrechts enthaltenen reichhaltigen Quellen auch bis babin nicht unbekannt und unbenutt bleiben mochten, habe ich mahrend meiner Leitung bes Ministeriums Die Dubligitat berfelben auf jede Urt beforbert und fie zur miffenschaftlichen Benugung geoffnet 27), und find baber biefe Berhandlungen fchon gegenwartig ju einem bebeutenben Theile in unfere rechtswiffenschaftliche Literatur übergegangen.

Daß Provinzialrechte ohne rechtswissenschafts liche und insonderheit rechtshistorische Bearbeitung nicht ermittelt, erortert und festgestellt werden konnen, bedarf wohl eben so wenig noch einer Bemerkung, als bes Be-

²⁷⁾ Bergi. Borneman's inftematifche Darftellung bes Preuf. Civiletchts (Berlin 1834) Baub I. G. 1.

weises, wie fehr biefe Unficht bei ber Entwerfung ber Provinzial-Gefetbucher festgehalten worden. Es wird bie Unsicht, von welcher bas Gesetrevisions-Ministerium hierbei ausgegangen, inbessen unten noch naher angeführt werben.

6. Vorschriften über das Verfahren bei ber

§. 12.

Auch über bas Berfahren bei ber Gefet Revifion wurden nahere Borfchriften erlaffen.

Mus benfelben werben hier nur biejenigen angeführt, welche bie verschiedenen Stadien ber Gefet Revision und

ihr gegenseitiges Berhaltniß betreffen.

Der in ber Sache felbft liegende Grundfat, bag Gefete nicht blog nach abstraften Rechtsbegriffen, fondern vorjuglich mit Rucfficht auf die Berfaffung, Berhaltniffe und Bedurfniffe bes Landes, mithin nicht blog von Rechtsgelehrten allein, fondern auch von Staatsmannern bearbeitet, und in mehreren Stabien berathen werben muffen, ward auch fur die Revision ber Gefete festgehalten. Eben fo ward auch ber Grundfag, daß ber erfte Entwurf nur von einem, burch ausgezeichnete Mitarbeiter unterftutten, Manne ausgeben und abgefaßt merben fonne, aber por ber Sanktion von einer Mehrzahl von Mannern gepruft werden muffe, feftgehalten. Schwerlich wurden Friederichs bes Großen Befegbucher fo balb und mit fo gros Ber innerer Ronfequeng abgefaßt worden fein, wenn ibre Abfaffung ber Gefet Rommiffion, und nicht bem von fo ausgezeichneten und erfahrenen Rechtsgelehrten, wie Guareg, Grolman und ihre Mitarbeiter maren, unterftus. ten Großfangler b. Carmer übertragen gemefen mare. Bie rathsam aber die Berathung biefer Entwurfe aus einem allgemeinern Standpunkt vor ihrer Sanktion gemefen fein wurde, ergab fich bald nach ihrer Dublikation, und marb baber burch die Ronigl. Rabinets Drbre vom 17. Rovbr. 1793 bestimmt: "bag uber bas Allgemeine gandrecht mit "ben Departementsministern, und nothigenfalls mit bem "gefammten Etatsministerio fich vereinigt, und gemein-Achaftlich, ober, wenn Meinungsverschiedenheiten find,

"mit Beifugung ber Gutachten ju Meiner Entscheibung

"berichtet werden foll".

Mach biefen Grunbfagen ward auch bei ber gegenwartigen Gefeg-Revifion bas Berfahren berfelben gewohnet.

Das erfte Stadium warb für die allgemeine prufung und Revision ber Gesetzebung aus dem in den §§. 1 und 2 naher angegebenen Standpunkt und für die Entwerfung der aus dieser Revision hiervorge benden neuen Gesetzbucher bestimmt. Da die Gesetzbucher vorzugsweise rechtswissenschaftlichen Inhalts sind, so ward das erste Stadium dem Justizminister übertragen, ihm jedoch für Gegenstände anderer Berwaltungen die Konmunikation mit den betreffenden Behorden überlaffen, und im Ministerium selbst dafür gesorgt, die Revision nicht in theoretische Erdrerungen untergehe, sondern aus dem praktischen Standpunkte erfolge, und wurden baher die Mitarbeiter des Justizministers aus ausgezeichneten praktischen Justizmännern genommen.

Das zweite Ctadium ber Gefes : Revifion mar fur bie Prufung ber in bem erften ausges arbeiteten Entwurfe ber neuen Gefegbucher bestimmt. Dag in bemfelben nicht bas juriftische Element porherrichen ober baffelbe nicht allein aus Rechtsgelehrten allein beftehen tonne, lag ohne weitere Erorterung bon felbft por. Die Prufung ber revibirten Gefesbucher erforberte eine großere Bielfeitigfeit und Sohe bes Stand. punfts und eine großere Ungahl von mit den Berbaltnife fen und Bedurfniffen bes landes befannten, und bom Buffigminifter unabhangigen Mannern; zu einer folchen Drufung eignete feine Beborbe fich in bem Daage, wie bas Staats : Ministerium, und warb baber baffelbe fcon bei ber erften Organisation ber Gefet Revifion jur Prufungs . Beborbe bestimmt. Schon bie erfte Ronigliche Rabinets Drore vom 11. Juli 1825 an ben Juftigminifter Grafen v. Dantelmann eroffnet bemfelben:

Es wird angemeffen fein, daß jeder in fich abgefchloffene Gegenstand, sobald die Arbeiten Ihres
Ministeriums beenbigt find, jur Berathung und
Beschließung des Staatsministeriums gelange, bes-

fen gutachtlichen Bericht ju Meiner Berfügung

In Gemagheit biefer Bestimmung ift ber Geschaftes

gang ber Gefet : Revision weiter geordnet.

Unter bem Ministerium bes Grafen oon Dantel. mann find nur bie Entwurfe bes Strafrechts und ber Strafprozeg Dronung in ben erften Grundfagen abgefaßt, nach und nach abschnittsweise in bas Staatsministerium gelangt und von bemfelben berathen, jeboch wieber an bas Juftigminifterium gur weiteren Bearbeitung guruckgegangen. Die von ihm und feinem Umtenachfolger abgefaßten ferneren Gefegentwurfe find gwar bem Staatsminifterium mitgetheilt, aber in bemfelben nur gu einem febr geringen Theil jur Berathung gefommen. Die überhauften, wich. tigen Geschäfte bes Staatsministeriums und bie schon bamale fich vermehrenden Arbeiten bes Staatsrathe und ber in ben leteren Statt findende Geschäftsgang erregten balb bie Besorgniß, daß die Gesets Revision burch die Ronfurreng biefer Behorben Sahre lang aufgehalten werben tonne; biefelbe murbe Gr. Majeftat vom Justigminister, Grafen v. Dankelmann, vorgetragen, welchem burch bie Rabinets : Ordre vom 1. Oftober 1829 eröffnet mard :

"Es wird auf eine zweckmäßige Abkurzung des Ge"schäfts in seinen ferneren Stadien Bedacht zu nehmen
"sein, nach welchen Grundsäben und in welcher Form
"des Versahrens die Prüfung Ihrer Entwürse im Staats"ministerium und im Staatsrath zu bewirken sei, indem
"der speziellen Erdretrung und Begutachtung der einzel"nen Bestimmungen bestimmte Schranken vorgezeichnet
"werden müssen, wenn die Beendigung des wichtigen Ge"schäfts nicht in das Unübersehdare hinausgeschoben wer"den soll. Ich trage Ihnen daher auf, die hiernach zu
"tressenden Maaßregeln in nähere Erwägung zu ziehen,
"einen Plan darüber auszuarbeiten und solchen dem
"Staatsministerium zur Berathung vorzulegen, damit
"bemnächst eine besinitive Anweisung von Mir ertheilt

"werden moge".

§. 13. Diefer Gegenstand war für bas ganze Revisions. Geschäft und bessen Ausgang von ber größten Wichtigs feit und baber bereits mehrmals erörtert worben. Alle

ftimmten barin überein,

auf bie in ben revibirten Gefegbuchern vorgeschlagenen Abanberungen ber bisherigen Gefegbucher beschranten muffe, nicht aber sich auch über bie beibehaltenen Bestimmungen berelben verbreiten konne, und

11. daß bas Berfahren bei jener Prufung ein mog-

lichft abgefürztes fein muffe.

Dagegen war über die Prufungebehorben eine Berschlebenheit ber Meinungen, nach ber Berschiebenheit ber Unficht und ber Richtung, aus welcher man bie Prufung in ben ferneren Stabien betrachtete, ob aus bem juriftis fchen ober aus bem bobern legislativen. In eis ner borlaufigen Ministerialkonfereng, welcher ich auf Gr. Majeftat Befehl beimohnte, murden die baruber geaußerten verschiedenen Unfichten gwar bisfutirt, aber nicht vereinigt. Der Juftigminifter Graf v. Dantelmann mar ber Unficht, bag auch in ben weiteren Stadien bie juriftis sche Richtung vorherrschen, baber die Prufung am zweckmaßigften in einer größtentheils aus Rechtsgelehrten gufammengefesten Rommiffion erfolgen muffe und bag biefe ben Staatsrath und, wenn ben Miniftern ber Butritt gu biefer Rommiffion freiftebe, auch bas Staatsminifterium wertreten fonne. Bon ber anberen Seite warb bagegen eine folche kommiffarische Prufung und Behorbe fur um-angemeffen gehalten, und gegen Diefelbe angeführt: Die von berfelben erwartete Beschleunigung bes Geschafts fei febr problematisch, ba nach ber Erfahrung aus Berathungen von Rechtsgelehrten über Arbeiten anderer Rechtsgelehrten gwar oft bie scharffinnigsten theoretischen Bemerkungen, aber fast nie praktifche Resultate bervorgingen; einer folchen Ueberprufung aus dem juriftischen Standpunkte bedurfe es gerade hier am wenigsten, ba es fich hier, wie ber Justigminister felbft und bas Staatsminifterium anerkannt und bes Ronigs Majeftat bestimmt hatten (§. 8), wefentlich um bereits vorhanbene Gefete bandle, von welchen bie im Allgemeinen Lands recht enthaltenen bereits bei ber Abfaffung bes lettern, Die fpatern aber bei beren Erlaffung grundlich und vielfei-

tig geprüft worden, und es, wie auch in bem in ber Une mertung 17 angeführten, ausgezeichneten Botum anerkannt ift, nicht zweckmäßig fein murbe, langft bestebenbe Gefete bloß beshalb abzuanbern, weil fich etwa nachweisen laffe. baß fie aus einer nicht grundlichen Renntnig bes gemeis nen Rechts entstanden; die Borichrift Gr. Majestat, baß bie Revision aus bem praktischen Gesichtspunkte und ben bon ben Juftig : und andern Behorden gefundenen Mangeln erfolgen folle (§. 8), murbe in folchen theores tifchen Diskuffionen untergeben. Die Behorden, infonderbeit die Obergerichte des gandes, hatten bereits über diefe Mangel und die Bedurfniffe ber Revision ihre Gutachten und Borfchlage abgegeben, und bie Gefetentwurfe feien bereits theils in ben verschiebenen Deputationen bes Jusftizminifteriums, theils in dem letteren felbft vom Suftizminifter und von ausgezeichneten Mitgliedern bes Juftigminifteriums, bes Dber : Tribunals und ber Landes : finftigtollegien und bes Revisionshofes ausführlich und grundlich gepruft und berathen. Es wurde baber, ward ferner angeführt, nicht blog überfluffig, fondern felbft unpaffend fein, anderen einzelnen Rechtsgelehrten bie Drus fung folcher Arbeiten zu übertragen und ihnen baber eine grundlichere Rechtstenntnig, eine tiefere Einficht und eis nen hohern praktischen Blick, wie bem Juftigminifter, bem Juftigminifterium, ben Dbergerichten und jener Auswahl ber fahigften Juftigmanner bes Landes nicht allein überhaupt, fonbern in einem fo hoben Grabe gugutrauen. daß ihnen die Drufung der Arbeiten folcher Danner und die Stellvertretung ber hochsten Berathungsbes horben mit Sicherheit übertragen werben fonne. Dublikum murbe auch schwerlich überhaupt, und infonderheit bei einer Meinungeverschiedenheit, ju folchen einzelnen Rechtsgelehrten jemals eben bas und noch meniger ein großeres Bertrauen haben, als zu ben verfafe fungemäßigen Behorben; ber Justigminister wurde als geeignet fein, die Mitglieder einer folchen Rommiffion vorzuschlagen, bann fei aber feine Gemabr, bag feine Bahl nicht auf Manner feines Guftems fallen werbe, und wer folle endlich bei ber Berfchiedenheit ber Unfichten bes Ministeriums ber Gefet Revision und einer

folden Brufungstommiffion ber Obmann fein? Abgefeben aber von allen diefen Bedenten ward noch bemertt, murbe ber bei ber Prufung einer gangen Gefetgebung fo mefentlich bo. bere leaislative Standpuntt gang verloren geben; bas Staats. ministerium allein tonne benfelben vollftanbig behaupten, bie in einer Rommiffion, in welcher Stimmenmehrheit gelte, ausgesprochenen Unfichten einzelner Minifter fonnten aber bas Staatsministerium und beffen Unficht nicht vertreten. Go viel ben StaatBrath betreffe, fo fei bie Bestimmung bef. felben recht eigentlich bie Begutachtung ber Gefetentwurfe, und wenn biefe felbft fur Gegenftanbe, uber welche bas Staatsministerium fich bereits geaußert, noch erforberlich fei, fo fei es nicht tonfequent, biefelbe fur bie Drufung revibirter Gefetbucher ausfallen ju laffen, welche bas Staatsministerium nicht berathen habe. Wenn für die Uebergehung biefer beiben Behorben bie balbige Beforderung bes Revisionsgeschafts angeführt werbe, fo fiehe biefer Grund mit ber Frage, welcher Behorbe bie Drus fung ju übertragen, in feiner Berbinbung, ba bas allerbinge nothwendige abgefürzte Berfahren, welches ber Roms miffion vorgefchrieben werden folle, auch vom Staatsminis fterium und bem Staatsrath beobachtet werden tonne und wahrscheinlich in benfelben mehr, als in einer Rommiffion, aufrecht werbe erhalten werben; bagegen fei ein fur bie Reife und Grundlichkeit ber Berathungen unnachtheilis ges abgefürgtes Berfahren fowohl im Staatsminifferium als im Staatsrath jebenfalls erforberlich, wenn bie Gefet Revision einen Erfolg haben folle, und wurde baffelbe auf folgenben Grundlagen beruhen tonnen:

1) Das Gefegrevisions Ministerium theilt die mit ben Motiven gebruckten Gesetzentwürfe über die einzelnen Abschnitte ber Gesetzbucher, sobald ein einzelner Abschnitt vollendet ist, dem Staatsministerium und jedem Mitgliede besselben mit; das Staatsministerium prüft dieselben, faßt darüber auf den Vortrag eines Naths des Gesetzevisions Ministeriums einen Beschluß und läßt denselben mit den Akten an den Präsidenten des Staatsraths gelangen,

2) Diefer hat bie ihm vom Gefegrevifions Minifterium bereits mitgetheilten gebruckten Eremplare ber Gefegentwurfe unter bie Mitglieder bes Staatsraths vertheilen laffen, und lagt bie von bem Staatsminifterium mitgetheilten Aftenftucke an bie Jufligabtheilung und an bie

fonfurrirenden anderen Abtheilungen gelangen.

3) Den Abtheilungen sieht aber weber eine Berasthung, noch eine Begutachtung bes materiellen Inhalts ber Gesegntwurfe zu, sondern ihre Wirksamkeit ist lediglich auf die Vorbereitung der Sache zum Plenum und zum formellen Vortrage in demselben beschränkt; es wird zu dem Ende ein Referent und Korreserent bestellt, welcher dinnen acht Tagen, mit Zuziehung zweier anderer Mitsglieder und des Referenten im Justizministerium, eine Uebersicht der in den Entwursen enthaltenen neuen Bestimmungen und Abanderungen und der Beschlusse des Staatsministeriums entwirft; die Berathung des Staatsraths beschränkt sich lediglich auf diese neuen Bestimmungen und Abanderungen.

4) Der Staatbraths:Prafibent theilt biefe Ueberficht sammtlichen Mitgliebern bes Staatbraths mit und bes fimmt gugleich ben Lag, an welchem fie zur Berathung

fommen foll.

5) Diese Uebersicht dient zur Basis der Berathung des Plenums und wird in demselben von dem Abtheislungsreferenten, jedoch ohne Aeußerung seiner Unsicht über den Inhalt, vorgetragen.

6) Rach bem Vortrage tritt bas gewöhnliche Plenarverfahren über bie in ben Gefetzentwurfen vorgeschlagenen Abanderungen ber bisherigen Gefetzgebung ein.

7) Die im Staatsrath beichloffenen Beranberungen werben schriftlich abgefaßt und vom Staatsrathe Prafibium bem Minister fur bie Gefet Revision mitgetheilt.

Diese Unsichten wurden insonderheit von mir in mehreren Auffägen, und zulett in dem Botum vom 29. November 1829 vertheidigt und naher entwickelt

Der Graf Dankelmann blieb zwar in seinem bem Staatsministerium vorgelegten Botum vom 17. Februar 1830 bei ber Unsicht, die Gesetzentwurfe nicht im Staatsministerium und im Staatsrath prufen zu lassen, schlug inbessen, anstatt einer besondern Kommission, einen sowohl das Staatsministerium, als den Staatsrath vertretenden, aus 25 Personen, — nämlich außer dem Prasidenten des Staatsraths

rathe aus ben Roniglichen Pringen, ben Staateminiftern und etwa acht Mitgliebern bes Staaterathe, - beftebenben Ausschuß als Prufungsbehörde vor, und machte zugleich Borfchlage jur Abfurjung bes Geschäftsganges, wobei er mit Recht von dem Grundfas ausging, bag bie Drufung und Berathung auf bie in ben Gefegentmurfen enthaltenen neuen Bestimmungen zu beschranten fei. "halte", bemerkte berfelbe, "die Maagregel, daß nicht ber "Gefegentwurf gur Prufung vorgelegt wird, fondern baf "biezu nur die in bem Entwurfe gegen bas bisherige Ge= "fetbuch aufgenommenen Abanberungen gelangen, fur bie "wichtigste, welche aber burch die Ratur des Gefebrevis "fione : Geschafte nicht nur gerechtfettigt, fondern noth: wendig bedingt wird. Es kommt nicht barauf an, neue "Gefegbucher zu entwerfen, fondern die bestehenden Ge-"fete vom prattifchen Standpunkte aus ju revidiren; nur "bei benjenigen Gegenstanden foll von ben bisherigen "Gefegen abgewichen werben, bei welchen die Erfahrung "Mangel gezeigt hat und ein unzweifelhaftes Bedurfniß "für eine Abanderung erfannt worben ift. Wenn nun "bie fammtlichen Provinzialbehorden mit ihren Bemerkun-"gen und Borschlagen gehort und diese in ben vorbereiten-"ben Stadien bereits theils von ben Berwaltungsministe-"rien und hiernachft noch von ber Gefegrevifions Behorbe und dem Juftigminifter gefichtet und gepruft worden, theils aber, soweit eine Rommunikation noch nicht erfolgt ift, "bie Prufung von ben Bermaltungeministerien noch er-"folgt, fo fann es ba, wo es nach bem vorgelegten Ents "murf bei ben bestehenden Gefeten ju belaffen, nur noch auf die Prufung ber vorgeschlagenen Abweichungen von "ben gegenwartig geltenden Gefegen ankommen. Gammt-"liche Staatsminister, wird hingugefügt, mußten jedoch be-"fugt fein, bei ber Muswahl berjenigen Punkte, welche "gur Berathung fommen follen, zu fonfurriren". Resultate dieses Botums waren in folgende Borschlage jufammengefaßt:

1) "Jebem Entwurf, ber fur fich ein Ganzes bil-"bet, ift eine Aufstellung ber abgeanberten Punkte beizu-"fügen, jebem Ministerium aber überlaffen, berfelben noch

Annalen. Seft IV. 1839.

"feiner Seits Puntte bes Entwurfe, beren Prufung burch

"ben Ausschuß es nothig findet, beizufugen".

2) "Die solchergestalt aufgestellten Diskuffions-"punkte, fur welche die Form der Fragen zu mahlen, "werben Se. Majestat vom Staatsministerium mit dem "Antrage überreicht, über diese Fragen das Gutachten des "Jumediatausschusses zu fordern".

3) "Bu jeder Frage merben bie Entscheibungs unb "Zweiselsgrunbe, bie bei ber Revision zur Sprache gekomsmen, von bem Minister ber Geseg-Revision mit übergeben, "und biese Fragen mit ben Motiven jedem Mitgliede bes "Ausschusses 14 Tage vor ber Deliberation übersandt".

4) "Den Bortrag im Ausschuffe halt ber Minifter "ber Gefetz-Revifion selbst, ober lagt ihn burch ein von "ihm ju mahlendes Mitglied bes Ministeriums halten".

5) "Der Ausschuß nimmt die Deliberationen über "einen zusammenhangenden Gesetheil in einer Art von "permanenten Sigung in 5 Bormittagen wochentlich vor".

6) "Ueber jebe Frage wurde, nach ber munblichen "Diskussion, abgestimmt, und ber Beschluß, sobalb alle "Fragen eines Entwurfs entschieden find, Seiner Majes "fidt überreicht".

7) "Se. Majeståt murben sobann Ihre Entschlie-"fung über biese Fragen an ben Justigminister für bie "Gesetz- Revision gelangen lassen, und bieser die Fassung

"burch bas Revisionsminifterium veranlaffen".

Bei bem balb nachher eingetretenen schwankenben Gefundheitszustande bes Grafen von Dankelmann unterblieb bie Berathung bieser Borschläge, bis nach bem Ableben deffelben biese Angelegenheit burch ben von mir, als Stellvertreter bes Justizministers, unterm 19. April 1831 erstatteten Bericht wieder in Anrege gebracht und zugleich über bie im Ministerium zur Ausführung bes Geschäfts getroffenen Anordnungen Bericht erstattet ward.

Das Staatsministerium erstattete unterm 30. April 1833 ben über biefen Antrag erforderten gutachtlichen Bericht über bas Berfahren in ben weiteren Stadien ber

Gefet : Revision 28).

²⁸⁾ Abgebruckt in ber Unlage III.

Se. Majeståt genehmigte burch bie Kabinetsorbre vom 3. Juni besselben Jahres, "daß es, sowohl bei bem "im Justizministerium bereits angeordneten Bersahren versbleibe, als auch, daß die Berathung des Staatsministes "riums in der vorgeschlagenen Form erfolge, wobei Ich, "als sich von selbst verstehend voraussetze, daß unter den "zu 11. 3. erwähnten Revisionsverhandlungen jederzeit "eine vollständige und grundliche Ausarbeitung der Montier, auf welchen die zu 1 und 2 gedachten, von der "bieberigen Gesetzgebung abweichenden Grundlagen und "Bestimmungen beruben, sich besinden werde".

Der Staatsrath, beffen Gutachten über bas Berfaheren in bemfelben ebenfalls erforbert war, unterzog biefen Gegenstand am 12. Juni 1833 einer ausführlichen Prüs

fung, beren Refultate babin gingen:

1) Die von bem Staatsministerium in seinem Berichte vom 30. April b. J. wegen bes Berfahrens bei ben Berathungen bes Staatsraths über bie Geses Revifion gemachten Borschläge werben im Wesentlichen, jeboch

unter nachstehenden Mobifikationen angenommen.

2) Der Minister ber Geset Revision übergiebt bem Staatsrath die einzelnen Entwurfe der Gesetz-Revision, nebst ben dazu gehörigen Motiven und Borverhandlungen, soviel möglich in vollständigen Abschnitten, aus denen sich die betreffende Materie in ihrem ganzen Jusammenhange überssehen läßt. Insosern noch keine Entwurfe ausgearbeitet sind, sondern es erst auf Feststellung der Prinzipien anskommt, nach denen sie ausgearbeitet werden sollen, so sind gleichfalls die motivirten Ansichten der Nevisions. Behörde und die vorangegangenen praparatorischen Berhandlungen derselben über die vorgeschlagenen Prinzipien mitzutheilen, und wird demnächst, wenn die Entwurfe nach den sestgestellten Prinzipien ausgearbeitet sind, überall in gleicher Weise, wie im vorgedachten ersten Falle, versahren.

3) Der Staatbrath mahlt hierauf sofort eine Rom, miffion aus feiner Mitte von funf bis fieben, hochstens neun Mitgliebern, welche bie Sache vollständig pruft und biejenigen grunbsätzlichen Fragen aushebt und vorbereitet, welche in bem Plenum zum Vortrag kommen muffen.

4) Ein formliches Gutachten wird an bas Plenum

von der Rommission nicht erstattet, sondern statt desselben bloß ihr Berathungsprotokoll eingereicht, und die Rommission beobachtet bei ihren Berathungen ein ahnliches Berfahren, als neuerlich bei der zur Prufung einiger Prozesgesetze ernannten Kommission des Staatsraths Statt gefunden hat.

5) In ber Kommission halt jedesmal ber Referent bes Gesetrevisions Ministeriums, auch ber Regel nach im Plenum, ben Vortrag; die Kommission ernennt jedoch einen Korreferenten, kann biesem auch ben Vortrag im

Plenum übertragen.

6) Jebes Mitglieb ber Rommission kann in berfelben Alles zur Sprache bringen, was ihm im wesentlichen Zusammenhange mit ben vorgelegten Entwurfen zu stehen scheint, ohne an beren unmittelbaren Inhalt strenge gebunden zu fein.

7) In dem Plenum wird bloß über die von der Borbereitungskommission vorgelegten Fragen entschieden, aber es bleibt auch hier in der Diskussion jedem Mitgliede unbenommen, diese Fragen in dem ihm nothig scheinenden größeren Zusammenhange zu beleuchten.

8) In sofern von Seiten des Staatsraths keine

8) In sofern von Seiten des Staatsraths keine Berichtserstatung an des Konigs Majestat nothig ist (Nr 6 der Ministerialvorschläge) geht die Sache an den Minister der Gesege Nevision zurück, um nach den Besschlüssen des Staatsraths die Entwürfe zu berichtigen.

Ein Gleiches geschiehet in benjenigen Sachen, in welchen an bes Ronigs Majeftat berichtet worben, nach

Eingang ber Allerhochften Entscheidung.

9) Wenn hiernach die Berichtigung der Entwurfe Seitens des Geserevisions Ministeriums bewirft worden ist, so kommt die Sache wiederum an dieselbe Rommission, welche die frühere Vorbereitung gehabt hat, zurück, um analog der Redaktionskommission zu prüfen, ob die Entsscheidungen Gr. Majestät und die Beschlüsse des Staatstraths vollständig und richtig angewandt und entwickelt worden sind. Eines nochmaligen Vortrages in dem Plemum bedarf es darüber aber nicht.

10) Uebrigens versicht es fich von selbst, daß bei ben Berathungen bes Plenums sowohl, als ber Rommis-

fion, biejenigen Vorschriften beobachtet werben muffen, welche bes Konigs Majestat bei ber Revision ber Gefete überhaupt befolgt wiffen wollen.

Diese Borschläge bes Staatsraths wurden burch bie Ronigl. Rabinetsorbre vom 9. Juli 1833 bahin ge-

nehmigt:

"bag ber Staatsrath aus feiner Mitte eine bie Bepleno vorbereitende Rommiffion ernenne, ,rathung in "welche unter bes Prafibenten Borfit aus fieben Dit-"gliedern, welchen die beiden Juftigminifter beitreten, be-Diese Rommiffion hat fich sowohl mit ber Afteben foll. "Prufung ber aufgestellten allgemeinen Grunbfate und ber "ausgearbeiteten Gefegentwurfe, als mit ber Borbereitung "ber Berathungen ber Plenarberfammlung über bie allge-"meinen Grundfate ju beschäftigen; es foll ber Rommif-"fion auch geftattet fein, innerhalb ber fur bie Gefet : Re-"vifion überhaupt bestimmten Grengen bei ben Berathun-"gen Alles jur Sprache ju bringen, mas im mefentlichen "Bufammenhange mit bem vorgelegten Gegenftande fteht; "bamit fie aber bie Grenzen tenne, auf welche fie fich "in ihrer Arbeit gu beschränten hat, fo foll ber Gefegrevis "fions : Minifter berfelben bie Bestimmungen ber Rabinets: "orbre vom 24. Juli 1826 speziell bekannt machen. "Bei ben übrigen, bie Form bes Berfahrens betreffenden "Borfchlagen finbe Ich nichts zu erinnern".

Die Berhaltniffe ber verschiedenen Stadien ber Besfes Revision und bas Berfahren in ben letten Stadien

murben burch biefe Bestimmungen geordnet.

Das gegenseitige Verhältniß bieser drei Stadien stellt sich baher im Allgemeinen praktisch bahin, daß das Gesetzevisions. Winisterium die Initative der Revision und der Abfassium der neuen Gesetzbucher hat, und daß daher ohne dasselbe und bessen Ehatigkeit die beiden andern Stadien nicht berathen können, — daß aber dagegen die Gesegentwürfe des Ministeriums ohne die Verathung und die Thatigkeit der beiden weiteren Stadien nicht zur Sanktion des Gesegebers gelangen und in's Leben treten können.

Zweiter Abschnitt. Geschichte der Geses Revision.

§. 14.

Da bie Gefet Revision bis jest fast ausschließlich in bem mit berfelben beauftragten Justigministerium und nur zu einem sehr kleinen Theile in ben ferneren Stadien erfolgt ist, so beschränkt bie Geschichte ber Geset Revision

fich auch nur auf bie minifterielle.

Bei ber letteren ift im Allgemeinen von ber Unficht ausgegangen, bag bie Revision ber Gefete eine fo wichtige und umfaffende Aufgabe fei, bag ihre Bereinigung mit bem Justigministerium fur bie oberfte Aufficht auf bie Rechtspflege bie Rrafte eines Mannes überfleige, mit berfelben ein eigener Juftigminis und daß daber fter zu beauftragen fei. Des hochseligen Ronigs Majeftat außerte ichon in ber bie Gefets-Revifion anordnenben Rab. Drbre vom 3. Novbr. 1817 (Gef. Camml. C. 290): "Alle biefe Gegenftanbe überfteigen bie Rrafte eines Man-"nes, ber jugleich mit ber gewöhnlichen Leitung bes Juftigmi-"nifteriums beladen ift; Ich habe baber beschloffen, fie bem "Staatsminifter v. Benme aufzutragen"; und fpater in ber Rabinetsorbre vom 9. Februar 1832: "Die Erfahrung "bat gezeigt, bag bie Leitung biefer Arbeiten (ber Gefet-"Revifion), verbunden mit der dem Juftigminifter oblie-"genden Beauffichtigung ber gefammten Juftigpflege und "ber laufenben Berwaltung, Die Rrafte Gines Beamten "überfteigen, und bag in ber ben beiben Geschaften gu "wibmenden Zeit felbft ein Sinderniß liegt, die Revifion Jowohl bes Allgemeinen Landrechts und ber Gerichts: "ordnung, als ber Provingialgefete, fo zeitig zu vollenden, "als bas allgemeine Befte und bie Rothwendigfeit einer "enblichen Bestimmung über bie gefetlichen Ginrichtungen gin ben gandestheilen, in welchen bie Preugischen Gefete "noch nicht eingeführt find, bringend erheischen. "habe baher beschloffen, in die erledigte Stelle bes Su-"ftigminifters zwei Minifter zu ernennen, von welchen bem "Einen die Kortführung ber Gefet Revision in allen ib"ren Theilen, mit Einschluß der Provinzialgesetze, so wie "bie dem Justizminister verfassungsmäßig zustehende oberste "Leitung der Justizangelegenheiten für die Rheinprovinz, "bem Andern aber diese verfassungsmäßige oberste Leitung "und Beaufsichtigung der Justizverwaltung für alle übrisgen Provinzen nehst den Lehnssachen übertragen wird. "Zu der ersten Stelle habe ich den Wirklichen Geheimen "Rath v. Kamph, zu der andern den Oberlandesgerichts"Bieepräsidenten Mühler in Breslau ernannt" 29).

Diefer Grundfat ift bis auf eine, burch befondere Berhaltniffe veranlagte Ausnahme bis jest feftgehalten.

Erfte Periode.

Von 1817 bis 1825.

(Gefetrevifions . Minifter v. Bepme.

§. 15.

Der burch die Rabinetsordre vom 3. November 1817 jum Minifter ber Gefet Revifion ernaunte Staatsminifter v. Benme ward burch bie Allerh. Rab. Ordre v. 19. Mobr. 1818 jugleich mit ber Organisation ber Juftigverfaffung und mit der Oberaufsicht auf die Rechtspflege in ber Rheinproving beauftragt. Diefe beiben bamals fo umfangreichen Geschäfte nahmen feine gange Thatigkeit fo febr in Unspruch, daß fie ber Gefet Revision nicht ju Theil merben konnte. Obgleich bas rheinische Juftig Departement, in Folge der Allerh. Rab. Ordre vom 31. Degbr. 1819 auf ben Juftigminifter v. Rircheifen überging, und ber Dinifter b. Benme bie Gefet Revifion als befonderen Auftrag noch fo lange behielt, bis er von berfelben, auf feinen Bunich, durch die Allerhochfte Rabinets : Orbre vom 11. Julius 1825 entbunden ward, fo erlaubten ihm boch feine Abmefenheit von Berlin, feine vielfeitigen literarischen Berhaltniffe und andere hinderniffe nicht, jenem Auftrage weiter, als bis auf einige Erorterungen einzelner Begenftanbe ber Gefengebung im Allgemeinen, fich ju widmen.

²⁹⁾ Gefetfammlung von 1832 G. 15.

Milian 3meite Periobe.

Won 1825 bis 1830.

(Juftigminifter Graf v. Dantelmann.)

§. 16.

Nach bent Tobe bes Ministers v. Kircheisen und nach ber Entbindung bes Ministers v. Beyme war es allerdings die Absicht bes Königs, die Gesetz-Revisson von dem Justizverwaltungs-Ministerium getrennt zu lassen. Auf den wiederholten dringenden Wunsch des zum Justizminister bestimmten Grafen v. Dan kelmann ward indessen hievon Abstand genommen und demselben bald nach seiner Ernennung zu dieser Stelle (23. April 1825) auch die Gesetz-Revisson übertragen, davon jedoch die Revission des Militair schrafgesetz uch ausgenommen, welche am 31. Oktor. 1825 auf den zum Direktor im Justizministerium ernannten Wirklichen Geheimen Rath v. Kampb, gemeinschaftlich mit den damaligen Generalmäsjors v. Thile I. und Rühle v. Lilienstern überging.

Die Bereinigung der Gefet Revision mit ber Oberaufficht über die Justigverwaltung beschrankte fich jedoch auf die Verson bes Ministers und auf ben in besonderer Rudficht auf die Gefet Revifion ernannten Direktor . im Juftigminifterium, nicht aber auf alle Mitglieder bes letteren, ba beren Theilnahme an ber Gefet : Revifion ihrem wichtigen Beruf im Ministerium, und baburch bem lettern felbit nachtheilig gemefen fein murbe, weshalb bie Theilnahme an ber Gefet Revifion auf einige Mitglieber bes Minifteriums beschrantt werben mußte. Dagegen ward fur bie Gefet Revision aus ausgezeichneten Mitgliedern bes Juftigminifteriums, bes Geheimen Ober-Tribunals, bes Raffationshofes und aus anderen Geschafts. mannern eine Gefetrevifions-Rommiffion unter bem Borfit des Juftigminifters gebilbet, mit welcher, anftatt bes Ministeriums, ber Minister uber bie Gegenstande ber Gefet = Revision berathen fonute 30).

³⁰⁾ Diefelbe bestand, außer bem Direftor im Juftigminifterium, aus bem Prafibenten bee Raffationehofes Gethe, ben Geheimen

Der Graf v. Dankelmann wibmete biefem Geschaft bis zu feinem am Schluffe bes Jahres 1830 ersfolgten Ableben, so lange fein Gesundheitszustand es gestattete, anhaltend bie ausgezeichnetste Aufmerksamkeit, Sorgfalt und Thatigkeit.

§. 17.

Wenn bie vom Grafen v. Danfelmann in bem über bie Organisation bes Revisions Geschäfts bem Staats ministerium vorgelegten Botum vom 1. Dezember 1825 ausgesprochene hoffnung, biefes Geschaft binnen gwei Jahren ju vollenben, freilich nicht in Erfullung gegangen ift, fo lag bies in einer folchen Soffnung, beren Erfullung nicht einmal munichenswerth gemefen mare, fo lange fur eine fo wichtige und umfaffende Aufgabe auch Grundlich feit nothwenbige Bebingung ift, unb ber Be-fchleunigung nicht nachgefest werben barf. Wie fehr ber Graf v. Dankelmann felbft biefe Unficht theilte und ber Roniglichen Borfchrift, bag bie Gefet Revifion, und beschabet ber Grundlichkeit, beschleunigt werden solle, Folge leistete, beweisen ber praktische Blick, ber Scharfsfinn, die Sachkenntniß und bie Grundlichkeit, mit wels cher er bie Gefet : Revision auffaste und bie zweckmas Bigften Ginleitungen und Ginrichtungen zu berfelben traf. Er überkam bie Gefet Revision ohne einen Plan und nabere Unweifungen, ohne Borarbeiten und Materialien und ohne in bies Gefchaft bereits eingeweihete Mitarbei ter und mußte fur die Befriedigung aller biefer Beburfniffe forgen.

Die in bem Berichte vom 24. Januar 1826 bem Ronige vorgelegten Antrage und Borschläge für bie Bearbeitung bes Revisions-Geschäfts im Allgemeinen und über

Dber Justigrathen Sad und Simon, ben Geheimen Dber Eribunaleratben Röhler, Scheffer und Müller, ben Gebeimen
Dber Revisionsrathen v. Reibnig, Fischenich und v. Savign v,
bem Geheimen Legationsrath Eichborn, ben Dberlandesgerichte. Prasibenten v. Scheibler, Dewalb und Scheller, und bem Kammergerichte Rath Bötticher, von welchen jedoch mehrere burch anbere Berufsgeschäfte behindert wurden, an den Geschäften Theil zu
nebmen.

bie bagu erforberlichen Gelbmittel, wurden schon burch bie Ronigliche Rabinetsorbre vom 28. beffelben Wonats genehmigt. Die Borschläge zur Bearbeitung ber Revision

waren in ihren Grundzugen:

1) Jum Zweck einer vielseitigen und reiflichen Berathung wird aus einer hinlanglichen Anzahl von Mitgliedern des Justizministeriums, der Justizabtheilung des Staatsraths, des Ober Tribunals, des Revisionshofes und andern praktischen Juriften eine Rommission niedergeset (Anmerk. 30), mit welcher der Justizminister über die Geses Revision, sowohl im Allgemeinen, als über einzelne Gegenstände derfelben, besonders über jede Abanderung der bestehenden Gesese, sich zu berathen hat.

2) Ausgezeichneten jungeren Rathen ber kanbes-Justigkollegien werben einzelne Theile ber Gesetz-Revision, soweit biese ein abgesondertes Ganzes bilben, zur Bearbeitung übertragen 31), ihnen aber aus ben unter Rr. 1 gebachten Mannern ein Korreferent beigeordnet; nach ben Umständen konnen jedoch die Deputationen mit einer gro-

Beren Ungabl von Arbeitern befest merben.

3) Die solchergestalt in ben Deputationen ausgearbeiteten Entwurfe werben unter bem Borsit des Justigministers und der unter 1 gedachten Revisions Rommission berathen, nach den Beschlussen des Justigministers die Gesetzentwurfe von Neuem abgefaßt, und demnachst von dem Justigminister in das Staatsministerium gebracht.

Rach bem unter 2 angeführten Grundsat warb bas gange Material ber Revision unter bie verschiedenen Deputationen sehr zweckmäßig, nicht nach ber in Gefetz-buchern beobachteten Ordnung, sondern nach einem ihren

Inhalt beruckfichtigenben Spftem vertheilt.

Hiernach wurden die Materialien der Revision der allgemeinen Gesetzgebung — die Provinzialrechte blieben zur Zeit noch unberücksichtigt — in sechzehn Abschnitte (Pensa) getheilt, und eben so vielen Deputationen zur Revision überwiesen, nämlich:

³¹⁾ Sierzu gehörten ber Geheime Ober Tribunalerath v. Bus'low, ble Oberlandesgerichte Rathe Duesberg, von und zur Mühlen, Bunfch, Thiem, Schiller, Krausnick, Bobe und ber Geheime Juftigrath Reinhart.

1. Die Strafgefete.

II. Die Rriminalordnung.

III. Das Sypothekenrecht und bie Sypothekenorde ordnung, besgleichen bie übrigen im 20. Titel bes I. Theils bes Allgemeinen ganbrechts abgebanbelten Materialien, namlich bes Dfanb., Retentions. und Borfaufrechts.

IV. Die 46 erften Titel ber Progefordnung.

V. Der 47. bis 52. Titel einschließlich ber Droteffe

orbnung.

VI. Der 2. und 3. Theil ber Gerichtsordnung nebit bem Registratur : und Ranglei : Reglement und ben Gefeben über bie organische Ginrichtung ber Berichte, besgleichen bem Sportelkaffen-Reglement.

VII. Die Depositalordnung und ber 18. Titel bes zweiten Theils bes Canbrechts, von Bormund:

Schaften und Ruratelen.

VIII. Das Sandelsrecht, umfassend den 8. bis 14. Abschnitt bes 8. Titels bes zweiten Theils bes Landrechts.

IX. Der 11. Titel bes zweiten Theile bes Milg. gandrechts, bon Rechten und Pflichten ber Rirchens und geiftlichen Gesellschaften, und ber 12. Titel l. c. von niebern und bobern Schulen.

X. Das Stabte : und Bauernrecht, besgleichen bas

Lebnrecht.

XI. Das Beramerks-Regal, enthalten im 4. Abichn. bes 16. Titels bes zweiten Theils bes lanbrechts.

XII. Das offentliche und Bermaltungerecht, mit Musnahme ber befonders genannten Theile.

XIII. Die binglichen Rechte.

XIV. Die Kontrafterechte.

XV. Die Personenrechte, hauptsächlich bie 4 erften Ditel bes zweiten Theils bes Allg. Lanbrechts.

XVI. Das Erbrecht.

Die Aufgabe mar nicht, bie beftehenden Gefetbucher nach abstrakten Theorien und Systemen, ohne Ruckficht auf bie Bedurfniffe und Berhaltniffe bes Landes, ju prufen und neue Gefetbucher abgufaffen. Ein folches Berfahren murbe gegen die bestimmteften Roniglichen Borfchriften (6. 8) ver-

ftoken, und nicht revibirte, fonbern neue Gefesbucher und Ibeale ju Tage geforbert haben. Das bestehende Recht follte aufrecht erhalten, und nur nach ben veranberten Berhalts niffen bes Staats und nach ben praftifch hervorgeganges nen Beburfniffen modifigirt werben. Es warb baber auf bie Sammlung ber gu ihrer Ueberficht erforberlichen Daterialien die größte Gorgfalt vermanbt. Gie maren theils in ben Aften bes Juftigminifteriums und ben Aften und ben Urteln bes Beheimen Ober Eribunals und ber anderen Gerichtshofe, fo wie in ben Aften ber Bermaltungsbeborben und in ber Erfahrung aller biefer Behorben enthals Bene Aften murben baber aus biefem Standpunft genau nachgefeben, bie anderen Minifterien um Unfichten ersucht und von biefen bie Regierungen und andere Provincial : Bermaltungsbeborben gu Mittbeilunangewiesen. Bon ben Oberlandesgerichten verschiedenen ausgezeichneten Untergerichten, von ben Sanbelsgerichten, fo wie von ben taufmannischen Rorporationen, Juftigtommiffarien und anderen ausgezeichneten Ge-Schaftsmannern wurden Gutachten erforbert, und baburch ein Reichthum an ben ichatbarften, ber Gefen : Revifion uneutbehrlichen Materialien gewonnen. Mit biefem Ge-Schaft ift zwar, wie ber Graf v. Dankelmann in bem Generalbericht vom 11. September 1829 anführt, "ber "größte Theil ber erften anberthalb Jahre hingegangen". Allein bei umfangreichen, besonders legislativen Arbeiten ift überhaupt bie ber Sammlung ber Materialien entgogene Beit fein Beitgewinn, fonbern gewöhnlich ein Beits verluft, weil die bei einer nicht gehorig vorbereiteten Bearbeitung gebliebenen gucken bei ber Bollenbung ber Urbeit boch nicht unbemerkt bleiben und eine Umarbeitung nothig machen.

Inzwischen waren die Arbeiten bei ben einzelnen Des putationen, so weit die Materialien est gestatteten, angesangen. Das Strafrecht und die Straf Prozestele wurden zuerst revidirt, theils weil ihre Revision besonders dringend war, theils weil sie der eben gedachten Sammelung der Materialien am wenigsten bedurften. Das Straf recht und die Straf Prozestorduung konnte um so mehr bes forbert werden, als über deren Grundlagen in den Des

putationen eine fo bedeutende Berschiebenheit der Ansichten fich geaußert hatte, daß sie in benfelben nicht berathen, sondern von den Revisoren gleich in der Gefetzevisions-

Rommiffion borgetragen werben fonnten.

Das Strafrecht ward zuerst bearbeitet, allein nur nach und nach, und nur in den ersten Grundschen des allgemeinen Theils dessen erster Entwurf unter dem 20. November 1827 dem Könige vorgelegt und an das Staatsministerium befördert. Der spezielle Theil solgte in drei einzelnen Abschnitten, unterm 24. Mai und 28. August 1828, und 27. Februar 1829. Der allgemeine Theil war zwar im Staatsministerium berathen, ging aber an das Justizministerium zur weiteren Beatsbeitung zuruck.

Im Anfange bes Jahres 1828 wurden zwar der erste Entwurf zur Kriminalordnung und die Grundzüge der bürgerlichen Prozesordnung entworfen, jeboch vom Justizminister und einem Theile der Revisionsstommission nicht angenommen und gingen daher an den Revisor zurück, um, wie der Justizminister in dem Bericht vom 25. Februar 1829 ansührt: "nach den von "mir gesasten, von den entworfenen Grundzügen sehr abmeichenden Beschlüssen, den Entwurf zur Prozesordnung

"ju bearbeiten".

Die Arbeiten ber Gesetz-Revision betrafen daher unter bem Ministerium bes Grafen Dankelmann außer bem Kriminalrecht vorzugsweise den durgerlichen Prozeß, Gegensstände, welche des muhsamen und tiesen Eingehens in die disherige Gesetzgebung und der sorgfältigen Prufung der darüber eingegangenen, so reichhaltigen Materialien weniger, als die Revision des materiellen Rechts bedurften, und nicht, wie diese, die schwierige Aufgabe hatten, das in den Gesetzbüchern enthaltene Recht seinem ganzen großen Umfange nach mit der späteren sehr abweichenden. Gesetzgebung zu verbinden, und auß dieser Verbindung ein formell neues Gesetzbuch zu entwersen. In Ansehung des Strafrechts war mit Recht von der Ansicht ausgegangen, daß dessen Bearbeitung mehr in einer neuen Gesetzgebung, als in der Revision des gegenwärtigen Kriminalrechts bester ben musse (§. 8). Auch die Revision einer Vrozesord-

nung und die Entwerfung einer neuen fann nicht auf fo enge Grengen beschrankt werben, wie die des materiellen Rechts, fondern fcon beshalb, weil fie nicht, wie biefe, bestehende, mohlerworbene Rechte und ben vorhanbenen Rechtszustand zu berucksichtigen hat, bas Pringip ber Ruglichteit und 3weckmagigteit befolgen. Die über bie burgerliche und ftrafrechtliche Prozef Gefetgebung von ben Deputationen vorgelegten Entwurfe wichen ieboch bon ben beftebenden Progefigefeten fo bebeutend iab und waren jum Theil auf eine mit ber übrigen Berfalfung nicht vereinbarliche Juftig und Gerichtsverfaffung fo wefentlich gegrundet, daß fie weber vom Minifter, noch von einem Theil ber Revisions : Rommission, noch vom Staatsministerium, so weit fie in bemfelben zur Sprache gefommen maren, angenommen murben, und baber an bie Deputationen gur anderweitigen Bearbeitung guruckgewiesen werben mußten, welche gum Theil gar nicht, jum Theil nur fragmentarisch erfolgte. Es trat bingu, baß sowohl das Strafrecht und die Straf- Prozegordnung, als auch die Civil. Prozegordnung nicht in ihrem gangen Umfange, fondern abschnittsweise bearbeitet und in ben Entwurfen vorgelegt, baburch aber wiederholte, zeitraubende Berathungen herbeigeführt murden. Die fur bie Revision bes materiellen Rechts angeordneten Deputationen waren theile burch bie fur bie eben gebachten Gegenftande vervielfachten Arbeiten in Unfpruch genommen, theils aber burch ben Abgang mehrerer Mitglieber bebinbert, ber ihnen bestimmten Aufgabe fich zu wibmen. Dur die aus bem Geheimen Dber Tribunalerath Scheffer, bem Beheimen Juftigrath Duesberg und bem an bie Stelle bes bamaligen Geheimen Dber-Revisionsrathe v. Gabig un als Referent eingetretenen Geheimen Juftigrathe von und jur Mublen bestehende dreigehnte Deputation hatte gegen Enbe bes Jahres 1829 bie Nevifion bes größten Theils ber binglichen Rechte, mit bem barauf fich bezie-henben Gesentwurf, vollenbet und überreicht, ber jeboch erft mehrere Jahre fpater gur minifteriellen Berathung gelangen fonnte. Im folgenden Jahre murden gwar von anderen Deputationen ebenfalls - einige Entwurfe einges reicht (\$8, 21 ff.), allein fie betrafen theils nur einen

Theil bes Gegenstandes und gingen theils tury bor ober . nach bem Ableben bes Grafen Dantelmann ein. Da bie Deputationen mit ber anberweitigen Bearbeitung ber an fie wieber juruckgegangenen Arbeiten beschäftigt waren, und nur von Zeit zu Zeit barüber in ber Gefegrevisions Rommission berathen werben konnte, biefe aber nach und nach ben größten Theil ihrer Mitglieder verloren hatte, fo war fie fchon um bie Mitte bes Jahres 1829 beinahe aus aller Thatigkeit gekommen. Much bemabrte fich, ungeachtet ber angestrengteffen Thatigfeit und Ausbauer bes Grafen Dantelmann, nur ju febr, bag bie Leitung ber Gefet Revifion mit ber bes Juftigminifteriums bie Rrafte eines Mannes überfteige, und der schon um die Mitte des Jahres 1830 geschwächte Gesunds heitegustand bes Grafen Dankelmann bewirkte vollends einen Stillftand in ber Gefet : Revifion. Diefe Umftanbe veranlagten, bag die Gefet : Revision unter bem Ministerium bes Grafen v. Dantelmann, ungeachtet ber gu beren Ginleitung und Fortführung von ihm getroffenen zwedmäßigen Ginrichtungen bie Erfolge, welche von ibnen erwartet werben fonnten, nicht gehabt hat. ber einen Seite ward vielleicht auf bie Festhaltung jener organischen Ginrichtungen zu wenig gehalten, auf ber andern aber von ben vorgeschriebenen Grengen einer Revision ju weit abgewichen.

Die unter bem Ministerium bes Grafen v. Danstrlmann gur Berathung gekommenen Entwurfe zeichnen sich allerdings durch Geist und Grundlichkeit aus, aber keiner berselben war völlig in sich abgeschlossen und vollendet. Gie beschränken sich auf bas Gtrafrecht und auf den burgerlichen und Gtrafprozest und find

folgende :

1. Entwurf bes Strafrechts. Die ersten Entwurfe zu bemselben sind, wie oben bereitst angeführt iff, 1827, 1828 und 1829 in vier befonderen Abtheilungen nach und nach abgefaßt, gingen aber an die Gesesrevisions-Rommission zuruck, um sie überzuarbeiten. Der Entwurf ward im Mai 1830 beendigt und im folgenden Monat dem Staatsministerium vorgelegt, konnte aber in demselben, bei dem Gesundheitszustande des Grafen

v. Dankelmann und bei bem bamaligen Mangel an bestimmten Borschriften über bas Verfahren in ben ferneren Revisions' Stadien, nicht jur Berathung kommen, und warb im Jahre 1833 im Gesetzevisions Ministerium einer wiederholten Revision und Umarbeitung unterworfen.

2. Der erfte Entwurf ber Straf. Proges: ordnung murbe 1828 vom Revifor vorgelegt und mar von ihm allein ausgearbeitet, weil die Grunbfate, von welchen er ausgegangen, mit ben Unfichten ber übrigen Mitglieder ber Deputation fo wenig übereinstimmten, baß fie, um bie Abfaffung nicht burch Distuffionen in ber Deputation aufzuhalten; fie bem Referenten überließen, und fich vorbehielten, ihre abweichenden Aufichten in ber Gefebrevifions Rommiffion vorzutragen. Diefer Entwurf wich indeffen von den Unfichten bes Grafen v. Dantels mann und eines großen Theils ber Mitglieder ber Rebis fions : Rommiffion fo mefentlich ab, bag berfelbe nicht angenommen, fonbern einer abermaligen naberen Beras ber Rommiffion unterworfen marb. thuna in Resultate berfelben murden gwar in bem Entwurf ber Straf : Prozefordnung (1829) abgefaßt, berfelbe fam aber, weil bie weitere Bearbeitung bes mas teriellen Strafrechts bie Rommiffion beschäftigte und Die Refultate berfelben abgewartet werden follten, und bei ben fpater bebenklichen Gefundheitsumftanden bes Miniftere nicht gur Berathung.

3. Ein gleiches Schickfal hatten die Entwurfe der Civil Prozesordnung. Die für dieselbe angeordnete Deputation legte zwar im Anfange des Jahres 1828 einen aus einem allgemeinen und speziellen Theile bestehenden gedruckten Entwurf vor, derselbe war aber nicht allein hauptsächlich nach den Ansichten des Referenten ausgearbeitet, und umfaste nicht die ganze Prozesordnung, sondern ging auch von einer Grundlage und von Erundlägen aus, die von der in Preußen und überhaupt in Deutschland bestehenden Seseggebung bedeutend abwichen. Dieser Entwurf warb einer aussührlichen Prüfung in der Sestehung leds Ministers und in der Rommission selbst in Beziehung sowohl auf die Zweckmäßigkeit, als der Musstühr

führbarkeite forerhebliche Wiberfpruche, daß er an bie Deputation guruckgesandt warb, um ihn nach ben gefaßten Beschlussen ummuarbeiten. Diese Umarbeitung erfolgte burch ben Referenten und warb von bemselben in dem Bericht über die Revision ber ersten 46 Artikel der Prozegorbnung, welcher ben britten Theil ber Arbeiten ber Deputation über die Prozesorbnung ausmacht, in zwei Abtheilungen vorgelegt, von welchen die erste im Jahr 1830, kurz vor dem Ableben des Justignienisters, die zweite aber erst im Jahr 1832 einging, weshalb keine berselben wahrend des Ministeriums des Grafen v. Dankelmann zur Berathung kommen konnte. Es

wurden zwar auch

4. Entwurfe bes Pfande und Sppothefenrechts, ber Sppothekenordnung und ber Prioritatbord nung 1829 vorgelegt, allein auch biefe mas ren faft ausschließlich nach ben Unfichten bes Revisors ausgearbeitet, und wichen von ber bisberigen Gefetigebung, fowohl in Unfehung bes formellen, als bes mates riellen Rechts, bebeutend ab. Diefe Entwurfe find unter bem Minifterium bes Grafen v. Danfelmann nur gu eis nem fleinen Theile gur Berathung gefommen, und erft fpå: ter theils bei ben Bestimmungen uber bas Snpothekenrecht beruckfichtigt, theile ben Berathungen über die Roufurs: Außerdem maren im Jahre 1829 ordnung vorbehalten. ber Entwurf bes Sachenrechts, und im folgenden Jahre Abschnitte ber Gesegentwurfe über andere Theile bes Alli gemeinen gandrechts vorgelegt, bie aber mahrend bes Die nifteriums bes Grafen v. Dantelmann ebenfalls nicht sur Berathung famen.

Diefer Sang ber Gesetz-Revision bestätigt die oben geaußerte Ansicht, daß ein auf Rosten der Bielseitigkeit und Gründlichkeit gesuchter Zeltgewinn kein Zeitgewinn, sondern Zeitverlust ift. Um die Revision nicht durch gemeinschaftliche Prufungen und Berathungen in den Desputationen auszuhalten, unterblieden dieselben bei allen oben angeführten Entwürsen, mit Ausnahme bes Sachensrechts, und die vorgelegten Arbeiten waren daher nur die individuelle Ansicht und das Botum des Revisors, die einseitig bleibt und nicht zur Grundlage einer definitiven

Annalen. Beft IV. 1839.

Berathung bienen, sonbern nur die Feststellung neuer Grundlagen bewirken kann, auf welchen ber Gegenstand von neuem bearbeitet werben muß und baher einen noch größeren Zeitauswand erforbert.

me . Dritte Periode. .. 19the m gebrant

Von 1831 bis (Februar) 1842.

(Gefegrevifions-Dinifter v. Ramp g.)

Erfte Abtheilung.

§. 18.

Als Aufang biefer britten Periode der Geschichte der Geset Revision ist, um sie der zweiten naher anzuchliesen, zwar das Jahr 1831 angenommen, er kann aber nur in das Jahr 1832 gesetzt werden. Des Königs Majestät hatten zwar geruhet, mir nach dem Ableden des Grasen v. Dankelmann die einstweilige Leitung des Justigministeriums zu übertragen; ich mußte aber Austand nehmen, die Geset Kevision unter einer provisorischen Leitung fortzusegen, und beschränkte mich daher darauf, die zur Wiederaufnahme berfelben nothwendigen Vorarbeiten, und insonderheit die gutachtlichen Berichte der Oberlandesgerichte und die Arbeiten der Deputation zu besordern, und seitdem durch die Königl. Kabinets Ordre vom 8. November 1831 die Fortsetzung der bringenbsten Arbeiten der Gesetzerkts näher zu prüsen.

Diefer über ein Jahr bauernbe Stillftand ber Gefets Revision ist indessen für die Gefetgebung nicht verloren gegangen. Es hatten sowohl burch die Gefetz Revision, als in der Justizverwaltung sich manche erhebliche Bes burfnisse der Rechtspflege herausgestellt, deren Befriedigung bis zur Gesetz Revision ausgesetzt war. Das Justizministerium ließ sich angelegen sein, diese Bes

burfniffer theiler burch Allerbochfte Bestimmungen 32), theile burch Ministerial Anordnungen 33) gu erlebigen 34)

32) Dahin gehören die Königl. Kabineté-Ordre vom 12. und 25. Juli 1831 über die Testamente der in wegen anstieckender Krantbeitein gesperrten Orten (Gest.-Samml. S. 156 st.), vom 18. Juli 1831 wegen Bulksugeit des Erckutivprozesses und der Zinsmandate aus hypsehetarischen Schuldinstrumenten, die auf weiseitigen Wertzsigen berüben (das. S. 157); vom 6. Oktober 1831 über mehrere Gegenstände der Innienwrozesse (das. 224); vom 8. Oktober 1831, die Westerstügensteine des der Innienwrozesses dem Ebilstande, militarisch zu testischen (das. S. 225); vom 21. Oktober 1831, iber die Legitimation in Prozessen wiese Gewertschaften (das. S. 226); vom 8. Novber, 1831, über 186 Modalitäten der Eretution am Mobiliar der Militativersonen (ebendal. S. 250); vom 18. März 1831, über das Berkabren bei Bestätigung der Straferkennsnisse (Jahrbücher Bd. 37 S. 122); vom 24. Dezde. 1831, jur Erläuterung des S. 408 des Andangs zur Gestächtsordnung (das. Bd. 36 S. 321); vom 29. Dezde. 1831, über das Pauschquantum der Kosten geringerer Untersuchungen (das. 341); vom 14. April 1831, siber die Zursichsahme der Anträge zur Bestätigung der Inzirien (das. Sd. 37 S. 368), vom 8. April 1831, siber das Berbätinss der Gelbstrasen zu Kreibeitsstrasen (ebend. S. 399) u. a. m.

33) 3. B. bie Girfularien bom 17. Auguft 1831, bie afabemifche Borbildung ber funftigen Juftigbeamten; vom 10. Mark 1831, megen Unguläfigfeit ber Urtelegebuhren bei Entfagung ober Bergleich; bom 16. Darg 1831, wegen Berichtigung bee Befigtitels bei Erbpachten; bom 22. Febr. 1831, wegen bes Berfahrens bei Erefutionen und Beftrafung ber Erzesse und unnöthiger hatte ber Erefutoren; vom 24. Januar 1831, betreffend die Besugnif ber Untergerichte ju petalischen Untersichungen; vom 9. Mai 1831, wegen des Berjahrens der Untergerichte in Ansehung ber ihnen vom Justizministerium remittirten Immebiateingaben; vom 18. Febr. 1831, wegen der in Revisionserfennt niffen bei Albanderung fonformer Ertenntniffe anguführenben Entichels bungegrunbe; bom 24. Mai 1831, wegen ber Gebubren ber gerichtlichen Taratoren für Mobilien; bom 30. Juni 1831 und 14. gebruat 1832, wegen ber Berichte über Beguabigungs : und Strafvermande: lunge Gejuche; bom 1. Huguft und 25. Ceptember 1831, megen ber Erefutionegebubren; vom 19. Ceptbr. 1831, wegen bee Berfahrens bei Stempelftrafen; bom 20. Robbr. 1831, megen bee Berfahrene bei gutsberrlich : bauerlichen Berhaltniffen gur Gicherftellung ber einzelnen Gläubiger; bom 4. Movbr. 1831, fiber bas Berfahren bei Rontrabentionen gegen Bergwerfe : und Suttenreglemente, bom 12. Robbr. 1831, wegen Mittheilung ber Grunbe ber Straferfenntniffe an ben Berurtheilten ober beffen Bertbeibiger u. a. m.

34) Bergl. hiftorifche Nachrichten über bie neue Preußische spezielle und tranfitorifche Gefengebung,

Borguglich gebort bierber bie gwar erft unterm 1. Juni 1833 publigirte, aber ichon im Dovember 1831 eingeleitete, wichtige Berordnung uber ben Manbats, ben fummarifchen und ben Bagatellprozef. Bei bem Ausgange, welchen bie Revifion ber Progeg Gefetgebung (§. 17) gehabt hatte, war bas Bedurfniß eines fchleunigeren Berfahrens in geringfügigen und flaren Gachen fo bringend geworden, daß die vorläufige Abhutfe berfelben bis gur Bollendung ber Gefet : Revision burch bie Rabinets Drbre bom 15. Novbr. 1831 genehmigt warb, und bas Juftigmis nifterium unterm 19. beffelben Monats gur Berathung biefes Gegenstandes und jur Entwerfung einer folchen Berordnung eine eigene Rommiffion niederschte. Gie befand, unter bem Borfit bes bamaligen Geheimen Dber-Juftigrathe Muller, aus bem bamaligen Rammeraes richtsrath Eich mann, bem Stadt-Juftigrath Reumann und ben Juftigfommiffarien Schebe, Marchand, Bode und Runowsty. Der fo erfreulichen Erfullung biefes Auftrages wird, ba fie nach ber Errichtung bes Gefebrevifions : Ministeriums erfolgte, unten erwähnt merben 3 5).

§. 19.

Erst, nachdem des Konigs Majestat geruhet hatte, durch die Allerhöchste Kabinetsordre vom 9. Febr. 1832 die Justigminister Stelle durch zwei Minister zu besetzen 36 (§. 15), konnte ich die Revision der Gesetzgebung wieder aufnehmen. Meine Lage bei der Uebernahme dieses Sesschäfts war durch die von meinem Umtsvorsahren getroffenen Einleitungen weit gunstiger, als diejenige, in welcher er sich bei seinem Umtsantritte befand. Da ich nicht allein, so viel die allgemeine Sesetzgebung betrifft, ziemlich vollsständige Materialien und Vorarbeiten, sondern auch auss

besonders über projessualische Gegenstände. (In ben Jahrbuchern für das Preuß. Gesetzgebung St. XLII. C. 233 ff.)

³⁵⁾ Die ausführliche Geschichte biefer Berordnungen ift in ben oben angeführten biftorischen Rachrichten u. f. w. C. 242 entbalten.

³⁶⁾ Gefet : Cammlung G. 15.

gezeichnete, praktische und mit dem Geschafte der Vervollsständigung der Materialien vertrauete Mitarbeiter vorsand, und es daher nur einiger, aus den veränderten Verhältsnissen von selbst hervorgehenden Modisitationen, aber keiner wesentlichen Beränderungen bedurfte, die für das Geschäft meisens nachtheilig sind. Ergiedt sich doch aus der Darskellung des Ministers Speranski und anderer Schriften über das Mussische Gesethuch, das dasselbe, odwohl es nur eine systematische Jusammenstellung der russischen Geste ist, von der Negierung des Zaars Alleris die in die des Raisers Rikolaus größtentheils daburch verzögert ward, das jeder neue Ches, um sich den Schein des alleinigen und eis gentlichen Schöpfers des ausgetragenen Werkes zu geben, das Verfahren und System seines Vorgängers abanderte.

Da nunmehr für die Gesex-Revision ein eigenes Justigministerium errichtet und mit vier in demselben aussichließlich angestellten Rathen und einigen hulfsarbeitern besetzt war, so trat dasselbe für die Berathung über die Geschentwürfe in die Stelle der das Ministerium disher vertretenden (§. 13) Gesetzevisions Rommission. Die Arbeiten in den Deputationen wurden in der vorgeschriedenen Art entweder von den bisherigen, oder, so weit diese abgegangen waren, von damit besonders beauftragten anderen Referenten fortgesetzt und im Gesetzevisions Ministerium entweder von ihnen oder von einem Mitsgliede des Ministeriums vorgetragen. Der vom Grafen v. Dankelmann angeordnete Geschäftsgang im Ministerium ward beibehalten und bildete sich nach der eingestretenen Beränderung sehr speckmäßig weiter aus.

1) In ben Deputationen ober von ben einzelnen Referenten wurden die Gesetzentwurfe nebst ben Motiven mit ber außersten Sorgfalt und Benutzung sowohl ber Arsbeiten ber Verfasser bes Allgem. Landrechts, als ber Gutsachten ber Obergerichte und ber übrigen Materialien ausgearbeitet und bem Minister ber Gesetzentvisson porgelegt.

2) Diese Arbeiten wurden, nachdem sie von bem Minister vorläufig burchgesehen waren, gedruckt und nicht allein unter die Mitglieder bes Geserevisions-Ministeriums vertheilt, sondern auch dem Staatsministerium, so wie fammtlichen Departementsministern, einigen Oberlan-

besgerichten und einzelnen ausgezeichneten Rechtsgelehrten und Seschäftsmäunern, mit dem Ersuchen um Eröffnung ihrer Ansichten und Borschläge über den Entwurf mitgetheilt.

3) Rach Berlauf eines Zeitraums, ber geräumig geung mar, um die Bemerkungen und Gutachten jener Behörden zu erhalten und zu prufen, ward ber Entwurf mit ben Motiven und ben darüber eingegangenen Bemerkungen von dem betreffenden Referenten im versammelten Sejegrevisions-Ministerium ausführlich vorgetragen, und sowohl aus dem legislativen, als dem juristischen Sesichtspunkte berathen, und über die Berathungen ein Procooll aufgenommen. Dei den Berathungen ward auf Brunds lichkeit und Vielseitigkeit der Ansichten und auf die Theilnahme aller Mitglieder gehalten, und auch die Gesesbucher und Seses anderer Staaten, insonderheit dserreichische und französische Sesesbucher, wurden zu Nathe gezogen.

4) Rach beendigter Berathung wurden nach ben Res fultaten berfelben, über welche, ber Minifterialverfaffung gemäß, und wie es auch bei ber bisherigen Gefebrevifions. Rommiffion ber Fall mar, Die Stimme bes Minifters entschieb, ber Gesegentwurf und bie Motive vom Refes renten umgegrbeitet, und ber neue Entwurf mit feinen Motiven nach Bewandniß, entweder nach vorgangigem Umlauf ober Berlefung im Ministerium, bom Minister gepruft und bei barüber fich ergebenben Zweifeln gur nochmaligen Berathung gebracht. & Rach Berichtigung biefes Entwurfs und ber Motive wurden beide gebruckt und bes Ronigs Majeftat überreicht, und bem Staatsminifterium. jebem Minifter unb . bem Staatsrathe : Prafibenten, fo wie ben ganbes : Juftigtollegien, mehreren anderen Bebor: ben und verschiebenen einzelnen Beamten und Rechtsgelehrten mitgetheilt.

Bum nahern Verständnisse ber folgenden Uebersicht ber Revisionsarbeiten bemerke ich, daß, obgleich sowohl der erste, als der unter 3 gedachte Entwurf von der Gessetz Revision ausging und nach den berselben vorgeschries benen Grundsägen abgefaßt war, um beide von einander zu unterscheiden, nur der letzte mit dem Ausdruck: "re-

vibirter Entwurf" bezeichnet marb.

Das Verfahren bei der Mittheilung der Resultate ber Arbeiten des Gesetzevisions Ministeriums an die beisden anderen Stadien und bei der Berathung der letzteren ward im Jahre 1833 naher sestgestellt. Die Revision war, wie bereits bemerkt ist, dadurch sehr aufgehalten worden, daß bei derselben auch zugleich auf die französische Sesegabung und auf eine Verschmelzung derselben mit der preußischen Rücksicht genommen ward. Dies an sich eben so zweckwidrige, als für beide Gesetzgebungen gleich nachtheilige, und mit der Vorschrift, das aus der Gesetz Revision tein neues Gesetzuch hervorgeschen solle, unvereinbarliche Versahren ward im Revisions Ministerium nicht weiter beibehalten und später auf das von mir im Staatsministerium abgegebene Votum übershaupt eingestellt 37).

Ueber bie Orbnung und Eintheilung ber bei ber Re-

³⁷⁾ Detum bom 27. Ceptbr. 1831: "Ein bebeutenbes Sinder-,nif ter Bollenbung ber Gefet Revifion, und vielleicht bas beben-"tenbfte, ift ber Minich, ifr eine Richtung ju geben, woburch bas "neue Gefegbuch fur bie Provingen bieffeits und jenfeits bes Dibeins "gleich anwendbar werden und gewissermaßen eine Amalgamation bei"ficht unterm 12. Juni d. J. verzulegen, und halte mich verpflichtet,
"sie der Prüfung des Königl. Staatsministeriums bringend wieder"holentlich zu unterwerfen. — Da es für die Revision der Gefetz in "ben alten Provingen an jeber Bafie fehlt, wenn nicht vorber ent"schieben ift, ob fie auf bie Gefengebung in ber Rheinproving Rife-"ficht nehmen, und beibe Gefetgebungen gleichfam amalgamiren foll, "ein Grundfas, aus beffen Befolgung nur ein weber ben alten noch, "ben neuen Provingen jufagentes Gefehbuch hervorgeben burfte, wo-"gegen bie alten und neuen Provingen, wenn bie Revifion ihrer Ge-"fete in beren eigenthumlichen Ginne erfelgt, eine jebe berfelben ein "angemeffenes und volltommnes Gefegbuch erhalten murbe, wenn bie "Revifion in ber von bee Konige Dajeftat vorgeschriebenen Richtung "berfolgt wirb. Gur bie alten Provingen ift ber balbige Forigang "ber Revifion ein febr bringenbes Beburfnift. Gine Menge einzelner "nothwendigen gefetlichen Berordnungen find fo bringend, baf fie bis "tabin nicht einmal ausgesett bleiben tann. Dabin gebort infonder-"beit die Revifion ber Gefete über bas Exetutione =, Ronture = und "Subhaftatione Berfahren, über beffen Kofibartelt, Langfamtelt und "Endlofigfeit und übrigen vielfeitigen Druck alle Provingen mit Recht "feufgen". In ber Konfereng bes Ctaatsministeriume bom 16. Rovbr. 1831 marb tiefer Untrag genehmigt.

Ronigliche Borschrift gegeben, als bisher ein bestimmter Plan entworfen, obgleich schon die §. 17 gedachte Eintheislung der Arbeiten nach den Materien andeutet, daß die Beibehaltung der Folgeordnung des Allgemeinen Landrechts schon damals als unangemessen befunden worden. Bei der naheren Eintheilung der Revisionsarbeiten ergab sich von selbst, daß dabei die Uebersichtlichefeit der Sesegebung, die Berschiedenheit der Gesetze, sowohl nach ihrem Inhalt, als nach ihrer größeren oder geringeren Stadilität, und die möglichste Bereinsachung der Gesesbucher vorzugsweise berücksichtigt, und daß nach biesen verschiedenen Beziehungen das ganze Material ber Geset. Revision abgesondert werden mußte.

Die Absonderung der allgemeinen Gesethucher von ben provinziellen ergab sich eben so fehr von selbst, als die der Gesethücher über das materielle Recht von denen über das Prozesverfahren. Es fam daher besonders auf die Absonderung der in dem Allgemeinen Landrecht ente

baltenen febr verschiebenen Gegenftanbe an.

Daß juvorderst das Kriminalrecht von bem burgerlischen Recht getrennt und beibe in besonderen Sesetsbuchern abgefaßt werden mußten, war ebenfalls unzweiselhaft. Allein das Allgemeine Landrecht umfaßt außerdem Bestimmungen über die verschiedenartigsten Rechtsverhaltniffe. Ein Theil seines Juhalts betrifft die burgerlichen Rechts Berhaltniffe aller Einwohner des Staats, ein anderer Theil aber Rechts verhalt. niffe, in welchen entweder nur einzelne Klassen berselsben sich besinden, oder welche doch nur in Ansehung bessonderer Gegenstände oder Eigenschaften eintreten.

Das Allgemeine Landrecht enthalt baher außer bem Strafrecht sowohl bas allgemeine burgerliche Gesfesbuch, als mehrere besondere Gefesbucher. Als solche besondere Gefesbucher sind bas Rirchenrecht, bas Lehnrecht, bas handelsrecht, bas Bechefelrecht, bas Gemeinberecht und bas Polizeis

recht anzuseben.

Bei ber Feststellung bes Plans fur bie Abfassung ber neuen Gesethucher stellten bie aus ber Bereinigung ber Bestimmungen ber besonderen Rechte mit benen über bas allgemeine burgerliche Recht in ein Gefegbuch fich ergebenden Bedenten von felbft bar. Es ift ichon an fich unzweckmäßig, fo beterogene Bestimmungen zu vereinigen. Das burgerliche Recht beruhet auf festen und fabilen, wes fentlich unveranderlichen, die befonderen Rechte aber gu eis nem bedeutenden Theile auf mandelbaren Grundfagen, und wurde baber bei ber Bereinigung fo verschiedenartiger Eles mente in ein Gefetbuch, wegen ber im Laufe ber Beit uns ausbleiblichen Beranderungen in den befonderen Rechten, bas Gefethuch balb wieber, wie schon seit tanger Zeit bas Allgemeine Landrecht, jum Theil aus nicht mehr gettenben Bestimmungen bestehen. Gine folche Bereinigung ift aber auch in anderen Beziehungen nachtheilig und unaus In Unfebung bes Inhalts ju ben verschiebeführbar. nen Gefetbuchern tann fie boch nicht erfolgen, fons bern bie befonderen Rechte muffen, wie bas auch im Allgemeinen Lanbrecht geschehen ift, in besonderen 26. schnitten bes allgemeinen Gesethuchs abgefaßt werben, und ihre Bereinigung mit bem burgerlichen Recht ift baber boch nur eine außere, welche bie Ueberfichtlichkeit und ben Gebrauch, die Renntnig und bie Unmenbung, fowohl bes allgemeinen als bes befonderen Gefegbuchs, erschwert. Die besonderen Rechte haben fur die große Dehrheit ber Unterthanen fein Intereffe, und bennoch tonnen fie bas allgemeine Gefegbuch nicht anders, als mit bemfelben und baber fur einen boberen Dreis und in einem beren Gebrauch erschwerenben ftarferen Bolumen und geminberter Ueberfichtlichkeit erhalten. Roch nachtheis liger ift biefe Berbinbung fur biejenigen, fur welche bie nabere Renntnig und ber bestandige Gebrauch bes eingelnen befonderen Rechts nothwendig ift, weil fie baffelbe nicht anders als mit bem gangen Gefetbuch und bas, was fur fie die Sauptfache ift, als Zugabe ju einem fur fie unbrauchbaren Gefetbuch erhalten tonnen, aus melchem fie die fie betreffenden Borfchriften nicht ohne Dube und wiffenschaftliches Studium auffuchen muffen. Renntnig und die Unwendung der besonderen Rechte wird auf diefe Art fehr erschwert, bagegen aber beforbert, wenn bas besondere Recht nicht als Abschnitt bes allgemeinen Gefetbuche, fonbern ale ein fur fich bestehenbes Recht

abgefaßt und baburch fur biejenigen, beren Rechte nnd Berbindlichkeiten sie betreffen, faßlicher und zugänglicher wird. Auch fur die innere Bearbeitung des besonderen Rechtes ist diese Behandlung vortheilhaft, weil dieselbe aus einem für ben Gegenstand oft vortheilhafteren Gessichtspunkte ausführlicher abgefaßt werden kann, als wenn es Theil des Allgemeinen Geschuchs ist. Aus diesen Gründen ging das Geseprevisions Ministerium von dem schon früher im Staatsministerium zur Sprache gekomsmenen Grundsaße aus, die besonderen Rechte aus dem dir gerlich en Gesetzbuch auszusche den und für jedes derselben ein besonderes Gesetzbuch abzusassen

Für die Gefen : Revision Schied hierbei bas Ber-

maltungs = und Rommunalrecht aus (§. 6).

Es murben baber ju befondern Gefegbuchern ver-

1) bas Rirden: und Schulrecht;

2) bas lebnrecht;

3) bas Wech felrecht mit bem Bechfelprojeß;

4) bas Sandelsrecht und

5) bas Bergrecht

Die Revision der Gesetzgebung zerfiel daher in folgende Abschnitte:

I. Die allgemeine Geschgebung: A. Das burgerliche Recht.

AA. Das materielle Recht:

1) bas allgemeine burgerliche Recht;

2) die besonderen Rechte.

BB. Das formelle Hecht und bie Projeg-

B. Die Strafgefengebung.

AA. Die all gemeine:

1) bas Strafrecht;

2) die Straf: Prozegordnung.

BB. Die Militair Strafgefengebung.

§. 20.

Das Gesetzevisions : Ministerium bat sich fortgesetzt eifrigst bestrebt, bie ber Gesetz: Revision vorgeschriebene

Richtung und bie bebfelben vorgezeichneten Greinen feffe athalten, und weber in bie Gefengebung eingreifend einen neuen Rechtszustand zu fchaffen moch ben fruberen giructmufen defondern iben: beftebenben: feftguftellen: und nach bemfelben bie neuen Gefetbucher abzufaffen (& 1: ff.) Bei bem bebeutenden Ginflug ber neuen Gefengebung auf faft alle Theile ber Gefenbucher erforberte biefe Quifaabe nicht allein bie aufmertfamfte Brufung und vielfeltigfte Ermagung, fondermauch eine grundliche Benutung und Berathung ber reichhaltigen Materialien. Die Gefet Revifion follte borzugeweife aus bem praftischen Gefichtspuntte erfolgen; bloge Spfteme und Theorien, noch mehr aber einseitige und befangene Unfichten und beren Berfolgung und bie Richtung, fie geltend ju machen, waren baber unvereinbarlich mit ber Revision. Das Gefetrevisiones Geschäft follte nach bes Ronigs Befehlen, unbeschabet ber Grundlichfeit, moglichst beschleunigt werben (§. 12), baffelbe bedurfte baber nicht bloß anhalten be Arbeit famteit, Theig und Ausbauer, fondern auch biejenige Grundlichteit, welche ein auf folgende Gefchlech. ter übergebendes Werk erfordert. Allerdings mar die Gemabr fur biefelbe auch in ben folgenden Stadien enthals ten, ber Unspruch auf fie aber gunachft an bas fur bie Gefet : Revision eigende bestellte gerichtet. Die Grunds lichteit, welche jur Revifion von fo inhaltereichen Befetbuchern erforberlich ift, befchrantt fich aber nicht auf die Bearbeitung einzelner Gegenftanbe, fonbern muß fich bes fonbers auf bie Ueberficht bes Bangen beziehen. Befegbucher, von dem burgerlichen Gefegbuch insonderheit ift bie Rebe, gleichen einem gur Beit feiner Errichtung vollenbeten, trefflichen Gebaube, in welchem beffen Bewohner fich glucklich und wohl befunden haben, welches aber fpater einem großen Theil ber im Lauf ber Zeiten neu entfanbenen Beburfniffen nicht mehr genügt, indeffen nicht nies bergeriffen, fondern nur fo eingerichtet werben foll, baß es jene Bedurfniffe befriedigt. Da bier nicht von beftimmten einzelnen Beburfniffen und beren Befriedigung, fonbern von allgemeinen, bas Gange umfaffenben Bebing: niffen bie Rebe ift; fo tann auch nur bie, bas Bange umfaffende und befriedigende neue Einrichtung eine

grundliche genannt werben; bie fluctweife Erlebigung eis nes Bedurfniffes nach bem andern aber nur bochft gwecks mibrig ericheinen. Chen bies murbe bei ber Revifion ber Gefengebung ber Fall gewefen fein, wenn bie, burch neuere Gefete und Berhaltniffe veranderten Abfchnitte bes alls gemeinen Gefegbuche burch einzelne Berordnungen nach und nach anders abgefaßt worben maren. Rur bas Befets Revisions-Ministerium murbe bies allerdings eine Erleichterung ber Aufgabe gemejen fein, allein bie berschiebenen Begenftanbe bes burgerlichen Rechts fteben in einem fo genauen Bufammenhange und greifen fo ineinander, bafffe einzeln und gerftreuet füglich nicht bearbeitet werben tonnen. Es ift fcon gegenwartig mubfam und fur bie Gefchafte nachtheilig, bei ber Unwendung bes allgemeinen Gefegbuchs nachfeben zu muffen, ob erganzende ober abanbernde Bors fchriften vorhanden find, und biefe mit bem Tert ju veraleichen, und baber eines burchweg geltenben, bestimmten Gefegbuche gu entbehren. Diefem Uebel abzuhelfen, ift ber 3mect ber Revision, ber aber burch eine folche fragmen tarifche Umarbeitung ber beftebenben Gefetbucher burch einzelne Gefete nicht erreicht werben fann; von ber Uns zwechmäßigfeit einer folchen Bearbeitung gang abgefeben, murbe fie aber auch bem bestimmt ausgesprochenen Willen bes Ronigs gradegu entgegen gewesen fein, nach welchem aus ber Revifion ber Gefengebung vollständige, die bestebenben Gefetbucher mit bem gegenwartigen Rechtszustanbe in Ginflang fegenbe, bie enteren erfetenbe und ein bestimmtes zweis fellofes Recht feststellende Gesetbucher bervorgeben follen.

Durch bie oben gebachten Bestimmungen bes hochselisgen Ronigs Majestat ift ber Gesey-Revision die Nichtung vorgeschrieben, welche sie befolgen und in welcher sie gehalten werden soll, um den Allerhöchsten Erwartungen zu entsprechen. Das Gesey-Revisions-Ministerium hat diese Nichtung strenge befolgt, und unabläffig eifrigst sich bestrebt, den Allerhöchsten Erwartungen zu entsprechen. Da die Erreichung dieses Zieles bei so ausgezeichneten Mitarbeitern, als diesenigen, welche während bieses Zeitraums Mitglieder des Ministeriums waren 38), dem Minister nur zu einem geringen

³⁸⁾ Diefe maren nach und nach ber Wirfliche Geheime Dber-Juftigrath, jegige Chef. Prafitent bes Geheimen Dber-Tribunals Sad,

Theilials Berbienft angerechnet werben tann; fo barf bier wohl bie Ueberzeugung ausgesprochen werben, bag bas Minifferium fo glucklich gewefen ift, bie Allerhochfte Aufriebenheit Gr. Majeftat Des Ronigs nicht zu verfehlen, und verehrtiale Merkmale berfelben fomobl bie vies ten Beweife bes Allerhochften Bertrauens und bie Bewilligungen ber gur Musführung ber Revision erforberlichen febr bebeutenben Mittel, als bie ben Mitaliebern bes Ministeriums und anderen um bie Revision fomobl ber allgemeinen, als ber Provingial-Rechte verbienten Dans nern verliebenen Musgeichnungen und Beforberungen, fo wie Allerhochftbiefelben auch geruheten, bem Minifter bei beffen Amte Jubilaum 1840 ben schwarzen Abler Drs ben gu verleiben. Befonders und bochft aufmunternb mar es fur bas Gefes : Revifions : Ministerium, bag bes jest regierenben Ronigs Majeftat, Allerhochstwelchem, als Rronpringen, die Arbeiten bes Gefet Revifions : Minifte. riums fogleich nach beren Erscheinung ftets überreicht mas ren, geruheten, in ber balb nach Allerhochstihrem Regies runge Antritt ben Gerichtshofen in Berlin bewilligten feierlichen Audieng, benfelben bie gnabigfte Bufriebenbeit mit ihrer Umteberwaltung mit bem Beifugen gu erfennen gu geben: "bag biefelbe ihnen burch bie balb beenbigte "Gefet Revifion werbe erleichtert werben." Auch gerubes ten bes Ronigs Majeftat bem Minifter bei beffen, nachbem bie Gefet Revifion, fo weit fie in bas ministerielle Stabium gebort, nach ben oben ermabnten Borfdriften mefentlich vollendet war, erfolgten Entbindung von feiner grade gehne jahrigen leitung bes Ministeriums burch bie Allerh. Rabinets-Ordre vom 28. Februar 1842 allergnabigft zu eröffnen:

ber Geheime Ober-Tribunalerath Scheffer, die Geheimen Ober-Juftigrathe v. Duesberg, jest Staats-Eefretair, Scheller, jestger Oberlandesgerichts-Ebef- Prafident zu Frankfurt, von und jur Müblen, v. Möller und Voswindel, ber Geheime Juftigrath Krausnick, jest Ober-Bürgermeifter von Berlin; auch verwaltete ber Landgerichterath Bisch off seit mehreren Jahren eine Mathe Stelle. Als außterordentliche Mitglieder sind bingugetreten: die Gebeimen Ober-Revisionskräthe Oswald, Liel und heffter, so wie als Hilfsarbeiter für einzelne Theile der Gefetgebung der Geheime Ober-Tribunalerath Thie me, der Oberlandesgerichts-Rath Goltdammer, die Kammergerichts-Rathe Rintelen und b. Albensleben, der Stadtgerichts-Rath Grein und ber OberlandesgerichtsUffestor Kapherr.

"Indem Ich Sie ind Betracht Ihren langiahrigen, Meinem Königlichen hause mit so viel Treue inner ihne hingebung oft unter ben schwierigsten Umständen geleisteten Dieuste mit einer ausnahms "weise erhöheten Penston — in den Ruhestand in versetz, versetz, behalte Ich Mir nur war, von Ihren Ich wir ihren in verkoussissenden Kenntnissen und Erfahrungen in verkoussissenden Kenntnissen und Erfahrungen in verkoussissenden Källen Sebrauch zu machen, daher Ich identa sauch wünscher debrauch zu machen, daher Ich isten sauch wünscher debrauch zu machen, daher Ich ist aus des Staatsraths beibehalten mögen ist aus Seiteichneten Dienstenteiler versolgten Laufdahn nächst seinem Ihnen dafür gewihneten besondern dahst wieden dass beitragen möge, "sied bes lohnenden Ruckblicks auf ein der treuen "Pflichterfüllung gewihnetes Leben noch recht lange

Diefe Borbemerkungen: schienen als Einleitung gur Uebersicht ber Fortschritte ber Gesetz-Revision in bem gehnightigen Zeitraume vom Kebruar 1832 bis gum Ke-

bruar 1842 erforderlich.

Die Fortschritte ber Geset Revision in biesem Zeitabschnitte burften am zweckmäßigsten nicht in chronologischer Ordnung, sondern nach ben verschiedenen Zweigen ber Gesetzgebung vorzutragen sein.

Zweite Abtheilung.

Seschichte der Revision der einzelnen Rechte von 1832 bis 1842.

I. Allgemeine Rechte.

A.

Das bürgerliche Recht.

AA.

Das materielle Recht.

A. Das allgemeine burgerliche Recht. — Das Allgemeine Landrecht.

§. 21.

Go viel bas allgemeine burgerliche Recht und in-

fonberheit bat Allgemeinen La ubricht betriffte difo marb Die Revifion beffelben nach Berfchicbenheit feines Sinhalte in eilf Abschnitte und unter eilf Deputationen pertheilt (S. 17.), von welchen brei gang und zwei theile meife zu ben befonderen Rechten verwiefen murben (6:49). ned Bei ber Mebernahme bes Ministerlums fand ich bon biefen eilf Abschnitten nur zwei von ber Deputation vollendet vor, namlich ben von ber aus ben Gebeimen Rathen Scheffer, Duesberg und bon undwelnt Dublen beftehenden breigehnten Deputation ansgearbeiteten, am Schluffe bes Jahres 1829 mit ben Motiven porgelegten Gefegentwurf über bie bing lichen Rechte und ben bon bem Geheimen Rath Dues bergin ber gwolf ten Deputation bearbeiten §. 22. naher bezeichneten Ent murf. Anger biefen Entwurfen waren gibar im Laufe bes Sabres 1830 auch von anderen Deputationen Entwurfe porgelegt, wie bies in ben folgenden SS. naber bemerkt ift, biefelben waren inbeffen theile noch nicht vollendet, ober erschienen erft fpater im Druck.

So viel die Bearbeitung des bürgerlichen Rechts im Revifione Ministerium felbst betrifft; fo bebarf ce feiner Bemerfung, daß jeder Saupttheil deffelben befonders bearbeitet, berathen und in fich bollendet, und aus ben Refultaten berfelben ber betreffende Theil bes revidirten burgerlichen Gefenbuchs abgefaft merben mußte. Bei ber im Allgemeinen Laudrecht befolgten, nahe verwandte Gegenstande oft trennenden Ordnung konnte bie Revision biefer Ordnung nicht folgen, es mußten vielmehr bie, den namlichen Segenstand betreffenden, in dem Allgemeinen Gefetbuch oft getrennt und gerftreuet enthaltenen Borfdriften jufammengestellt und vereinigt werben. Rach diesem Grundsate mard bie Revision des Allgemeis nen ganbrechte geordnet, und ber civilrechtliche Inhalt beffelben nach ben Begenftanden in bie oben gebachten eilf Abschnitte getheilt. Die Grunde, welche bicfe infter matifche Ordnung fur bie Berathung bes revidirten Gefesbuchs erforderten, traten mindeftens in eben bem Grade auch fur bie Abfaffung bes Befesbuche felbft ein. Die im Allgemeinen ganbrechte beobachtete Ordnung mar eben fo wenig übersichtlich, als mit irgend einem Rechtsinstem übereinstimmend; überbem fchied burch bie neuere Befets

gebung und durch die Berweisung mehrerer Titel zur Bearbeitung in besonderen Rechtsbuchern der bedeutenbste Theil des Jinhalts des Allgemeinen Landrechts aus dem kunftigen Gesethuche. In demselden konnte daher jene Ordnung doch nicht beibehalten werden und der für die Beibehaltung derselben angeführte, überdem nur einen Theil der jetzigen Generation berücksichtigende, Grund der Gewöhnung an dieser Ordnung siel mithin weg. Es ward baher für die die innere Ordnung des revidirten dürgerlichen Gesethuchs das sowohl in der Wissenschaft, als in anderen Gesethüchern angenommene, einsache und übersichtliche Spstem der Eintheilung nach den Hauptgegenständen besselbüchern angenommen.

I. Die allgemeinen Rechtsgrundsage über Gefete und beren Gultigfeit und Publitation, sowie biejenigen Gegenstände des offentlichen und Berwaltungsrechts, welche jugleich Privatrechte betreffen.

. Das Gachenrecht.

III. Das Bertrags und überhaupt das Obligastion en recht.

IV. Das Personens und Familienrecht, und

V. Das Erbrecht.

Rach biefen funf Abschnitten ward bas burgerliche Gefegbuch in funf Theile gesondert.

§. 22.

1. Erfter Theil. Die allgemeinen Rechtsgrunbfage.

Das Allgemeine Landrecht enthalt in ber Einleitung und im ersten Titel bes ersten Theils allgemeine Grunds sate, die zwar allerdings gegründet find, welchen aber von mehreren Seiten eine Stelle in einem Gesetzuche streitig gemacht ist. Bei der Revision sind sie dem Besschlusse ber ferneren Stadien um so mehr überlaffen, als

³⁹⁾ Diefe Anficht ift in ber Borrebe bes zweiten Theils bes burgerlichen Rechts (\$. 23.) naber entwickelt.

fie obniebin erft nach ber Bollendung ber Revision beurs theilt werden tonnen. Die positiv-gefetlichen Borfdriften konnten indeffen ichon jest nicht entbehrt werben und find bas ber in Diefen erften Theil bes Civil-Gefenbuchs aufgenommen. Die im Allgemeinen Canbrechte in mehreren Titeln ent baltenen, mehr ober minder ausführlichen faats, und volterrechtlichen Vorschriften, waren zwar von bem neuen Gefetbuche ausgeschlossen (§. 6.), mehrere berfelben betrefe fen aber bie Berhaltniffe ber Regierung ju ben Unterthanen in Beziehung auf Rechtsverhaltniffe, Die Grangen iwischen ber Staatshoheit und bem Privatvermogen ber Unterthanen, ben Umfang ber ben Unterthanen verliebes nen nutbaren Regalien und bie Berhaltniffe bes Staats. in Unfebung beren er nach ben Grundfagen bes Civilrechts zu beurtheilen ift. Diefe Bestimmungen waren nothwendig in bas neue Gefetbuch zu übernehmen, und find baher auch in bem, in ber zwolften Deputation - von bem Birklichen Geheimen Ober : Juftige rath p. Duesberg als Revifor - ausgearbeiteten Ente wurfe beibehalten.

Diefer Entwurf ward unter bem Titel:

Entwurf bes Allgemeinen Lanbrechts Thl. II. Tit. 10. Tit. 13. Tit. 14. Tit. 15. Tit. 16. Abschn. 1 — 3. Tit. 17. Abschn. 2. Tit. 19. (Berlin 1830. 84 S. 4.)

Motive zu bem vom Revisor vorgelegten Entwurfe bes Tit. 10. Tit. 13. ic. bes zweiten Theils bes Allgemeinen Lanbrechts. (Berlin 1830, 392 S. 4.)

furz vor dem Ableben des Grafen v. Danckelman gedruckt und ausgegeben. Da dieser Entwurf, in Gemäßheit der den Deputationen ertheilten Anweisung, nach ber Ordnung des Allgemeinen kandrechts abgefaßt war; so mußten nach dem fur die Ronstruktion des kunftigen durgerlichen Gesetzbuchs entworfenen Plane die Vorschriften über diese Gegenstände aus den verschiedenen Stellen, in welchen sie sich im Allgemeinen kandrechte befinden, in einen besonderen Theil des Entwurfs des neuen Gesesbuchs zusammengefaßt werden und wurden dem reinen Privatrechte vorausgeschickt. Dieser Umarbeitung, sowie

Mnnalen. Beft IV. 1839.

ber Erganjung bes ersten Entwurfs burch bie seit feit ner Abfassung ergangenen ober bei berfelben nicht vorliegenden Bestimmungen, und burch Erweiterung seines Inbalts, habe, ba ber Revisor inzwischen in ein anderes Dienstverhaltniß getreten war, ich mich selbst unterzogen und bas:

Burgerliche Gesetzbuch fur bie Preußischen Staaten, Grfter Theil: Rechtsquellen, Sobeitsrechte, fiskalische Rechte, Regastien und Domainen. Berlin 1839. 108 S.

4. ..)

und

Motive zum burgerlichen Gefegbuche fur bie Preußischen Staaten, Erfter Theil. Ber- lin 1839. 130 S. 4.

entworfen. Die Bearbeitung eines Theils ber Motive mußte inbeffen ausgefest werben, weil bie wegen ber bevorftebenben ganbtage ingwischen fo bringend geworbene Bearbeituna ber Propinzialrechte bagu bie erforderliche Muße nicht gemabrte. Die nachträgliche Ausarbeitung biefes Abschnitts ber Motive wurde ichon erfolgt fein, wenn nicht ber Umfana ber provingialrechtlichen Arbeiten und die Bearbeitung bes Obligationenrechte (§. 25.) und ber burgerlichen und ftrafrechtlichen Prozefigesetze bie Zeit und Rrafte bes Die nifteriums fortbauernd in Unfpruch genommen hatten. Ueber einige erhebliche Begenftande, f. B. bie Patrimo = nialgerichtsbarfeit und bas Jagb. Regal find inswiften bie betreffenden Abschnitte ber Motive, wegen ibres intereffanten Inhalts, in ben Jahrbuchern für bie Preugische Gesetzgebung, Band LIX. G. 3 ff. mitgetheilt, und zugleich die auch in ben zweiten Entwurf übernommene Unficht bes Allgemeinen Landrechts, von ber Regalitat ber niebern Jagb, berichtigt. Das Berg-und bas Poftregal ift in biefen Entwurf nicht aufgenommen, ba beibe gur befonderen Bearbeitung verwiefen murben, und, wenn fie in biefem erften Theile eine Stelle erhalten follen, leicht aufgenommen werden konnen.

Diefer erfte Theil bes burgerlichen Gefet=

⁴⁰⁾ Daffelbe ift auch im Oftavformat (159 Seiten) abgedruckt.

buchs warb fogleich, nachdem er gebruckt war, Gr. Majeftat bem Ronige vorgelegt und ben beiben ferneren Stabien ber Gefete-Revision mitgetheilt.

§. 23.

2. Zweiter Theil. Das Gachenrecht.

Der erste Entwurf bes Sachenrechts war von ber breigehnten Deputation 1) bereits am Schlusse bes Jahres 1829 vorgelegt (g. 21.):

Entwurf bes Allgem. Lanbrechts Ehl. I. Dit. 2. 7. 8. 9. Abichn. 1. 7-9. Dit. 10. Eit. 15.

(Berlin 1829. 102 G. 4.)

Motive zu bem von ber Deputation vorge. legten Entwurfe ber Tit. 2. 7. 8. 9. Abfchn. 1. 7-9. 2c. bes Allg. Lanbrechts. (Berlin

1829. 202 ©. 4.)

Dieser Entwurf kam gleich nach Bollendung ber Ueberarbeitung bes Strafrechts, mit Ausschließung jedoch bes zur besonderen Bearbeitung ausgesesten Lehn und bes Bergrechts, im Gesetz-Revisions-Ministerium zugleich mit bem spater eingegangenen

Entwurf bes Allg. Lanbrechts Thl. I. Tit. 17. - Abichn. 1. 3. 5. Tit. 19. 21. 22. (Berlin 1833.

118 6. 4.)

Motive zc. (Berlin 1833. 222 G. 4.)

jur Berathung.

Nach ber Berathung bieses so wichtigen und schwieserigen Theils bes burgerlichen Rechts wurden zuerst bie brei ersten Titel: vom Sachenrecht überhaupt, Besitz und Eigenthum — im Jahre 1834 sowohl in 80 als in 40 unter bem Titel:

Revidirter Entwurf bes Allg. kandrechts. Erster Theil. Sachenrecht. Berlin 1834. 4. Motive zu bem revidirten Entwurfe bes Allg. kandrechts. Erster Theil. Sachenrecht. Berlin 1834. 132 S. 4.

⁴¹⁾ Rabere Radpricht fiber bie Bearbeitung biefes Entwurfs giebt bie Borrebe ber Motibe.

Materielle Abmeichungen bes revibirten Entwurfs jum Gachenrecht. (1834. 16 G. 4.) gebruckt und ausgegeben; bie Ausgabe bes umfanasreis chen übrigen Theils bes Sachenrechts aber einer nochmas ligen Prufung und inneren Unordnung vorbehalten, weil bie neuere Gefengebung biefen Theil bes Lanbrechts gang besonders betroffen batte, ber Entwurf ber Deputation nach ber Ordnung bes Allgemeinen ganbrechts eingerichtet war, und baber nach bem fur bas burgerliche Gefenbuch anaenommenen Spfteme (§. 21.) umgearbeitet werben Bei ben eigenthumlichen Schwierigkeiten biefer Arbeit wurden die barüber vorgelegten Entwurfe gepruft und monirt; bie im borbergebenben &. ermabnten immittelst eingetretenen bringenben anderen Arbeiten verzogerten inbeffen bie Bollenbung bes Entwurfs und ber Motive bis ins Jahr 1839. Derfelbe erfchien im Unfange bes folgenden Jahres als zweiter Theil bes burgerlichen

Burgerliches Gefetbuch für die Preußischen Staaten. Zweiter Theil. Sachenrecht. Berlin 1840. 172 S. 4. und in ber Oftav Ausgabe 244 S.

Gesetbuchs im Druck unter bem Titel:

und gleichzeitig:

Motivezum burgerlichen Gesethuch für die Preußischen Staaten. Zweiter Theil: Saschenrecht. Erster Abschnitt, Sachen überschaupt, Besitz, Eigenthum, Erbzinsrecht, Superficies, Rechte an fremben Sachen, Erbpacht, Servituten und Reallasten. Zweiter Abschnitt. Pfands und Sppothestenrecht, Pfandungsrecht, Zurückbehalstungsrecht. Berlin 1840. 572 S. 4. und

Materielle Ubweichungen bes revibirten Entwurfs jum Sachenrecht von bem Alls gemeinen ganbrecht. (Berlin 1840.) 63 S. 4.

Auch biese Arbeiten murben sowohl bem Ronige überreicht, als bem Staats-Ministerium und bem Staatsrathe vorgelegt.

Dritter Theil. Das Obligationenrecht. 3.

Das Obligationenrecht burfte in feinem, allgemeinen Theil ber am wenigsten glucklich bearbeitete Abschnitt bes Allgemeinen ganbrechts fein, wie bies auch von ber vierzehnten Deputation in bem Borwort zu ben Motiven ihres Revisions-Entwurfs naher entwickelt ift. Die vierzehnte Deputation - die Geheimen Rathe Scheffer, als Rors referent, v. Duesberg und von und jur Dublen, letterer als Revifor - beenbigte im Jahre 1830 bie Revision des allgemeinen Theils bes Obligationenrechts, und in ben folgenden Jahren 1831 und 1832 ben befonderen Theil beffelben in einzelnen besonders gebruckten Abschnitten 42).

Es ergaben fich indeffen bei ber Berathung bes allaes meinen Theils bes Obligationenrechts aus bem von ber Deputation beibehaltenen Spftem bes Allgemeinen gandrechts fo erhebliche Bebenken über die Behandlung ber Lebre von Willensaußerungen und andere allgemeine Gegenftanbe, baß fie einer vorgangigen naberen Ermagung noch bedurften, und bis ju beren Erledigung die Fort febung ber Berathung ausgesett merben mußte. Beit und Rrafte bes Gefet Revisions-Ministeriums was ren inzwischen theils burch bie Geschafte als Justig-Ministerium für die Rheinproving, theils aber burch die

⁴²⁾ Die Entwurfe ber Deputation maren:

^{1.} Entwurf: Aligemeines Lanbrecht Thi. I. Tit. 3. 4. 5. unb 6. Berlin 1830. 71 G. 4.

Motive ju bem von ber Deputation vorgelegten Entwurfe ber Titel 3. 4. 5. und 6. bes erften

Theile bee Milg. Lanbrechte. Berlin 1830. 204 G. 4. 2. Entwurf: Aligemeines Lanbrecht Thl. I. Tit. 11, u. 13. Berlin 1831. 111 S. 4.

Motibe ju bem bon ber Deputation vorgelegten Entwurfe ber Sit, 11. und 13. bee Alig ganb. rechts. Berlin 1831. 251 G. 4.

^{3.} Entwurf: Milgemeines Lanbrecht Tbl. I. Tit. 14. u. 16. Berlin 1832. 95 G. 4.

Motive ju bem bon ber Deputation porgelegten Entwurfe ber Eit. 14. und 16. bes Milg. Landr. Berlin 1832. 164 G. 4.

zu den bevorstehenden gandtagen zu befordernden Provingialgesetbucher und andere bringende Revisions-Arbeiten fo in Unspruch genommen, daß bie weitere Berathung uber bas Obligationenrecht ausgefest bleiben mußte. Dies war um fo mehr ber Fall, als immittelft mehrere Mitalieder bes Ministeriums theils andere Bestimmungen erhalten hatten, theils burch Arbeiten im Roniglichen Staatsrathe und in faatsrathlichen Rommiffionen ber Theilnahme an ber Gefet Revifton entzogen murben, und insonderheit ber Referent fur bas eine fehr grundliche und ununterbrochene Diskuffion bedurfende Obligationenrecht, Geheime Dber Juftigrath von und gur Dublen, burch mehrere bebeutenbe Referate im Staatsrathe, befonders bas über bas Beimaths, und Armenverforgungs. Befet, fast ausschließlich beschäftigt mar. Bei ber porauszusehenden langeren Dauer Diefes Sinderniffes marb indeffen, um die Fortfegung ber Berathung bes Obligationenrechts fo viel als moglich ju forbern, ber Bortrag beffelben im Jahre 1840 bem aus Magbeburg einberufenen Oberlandesgerichts: Uffeffor Rapherr, aufgetragen, und ber allaemeine Theil beffelben einer wiederholten grundlichen Erdrterung unterworfen.

Rach ben Resultaten ber Berathungen marb ber alls gemeine Theil bes Obligationenrechts als erfte Abtheis

lung beffelben redigirt und unter bem Titel:

Burgerliches Gesethuch für bie Preußischen Staaten. Dritter Theil: Obligationenrecht. Grite Abtheilung: Obligationenrecht im Allgemeinen. Berlin 1842. 115 S.

4. und 162 G. 8. 43)

abgebruckt und unter bem 28. Februar fowohl Gr. Majeftat bem Konige überreicht, als bem Staats-Ministerium, bem Staatstathe, ben Ministerien und Gerichtshofen mitgetheilt. Die die einzelnen Vertrage betreffende zweite

⁴³⁾ Diefer Titel warb bem anfange bestimmten, und auch in ber: Rurgen Ueberficht ber Revision ber Gefetgebung von 1831 bis 1841 §. 7. (in ben Jahrbüchern ber Preußirden Gefetgebung beft 116.) angeführten Titel: "Revibirter Entwurf ber Rechte "und Berbinblichfeiten aus Berträgen und unerlaube "ten handlungen. Allgemeiner Theil." vorgezogen.

Abtheilung sollte ber ersten unmittelbar folgen, die bes
reits bestimmte Berathung derselben unterblieb indessen
wegen der unterm 28. Februar 1842 erfolgten Ents
bindung des Ministers von der Leitung der Geset-Revis
sion, aus welchem Grunde auch die in den Berathungsprotokollen und einzelnen Abstimmungen enthaltenen Motive des allgemeinen Theils noch nicht zusammengestellt
und abgedruckt sind.

Einzelne Bertrage und einzelne Gegenstande bes Obligationenrechts, welche ein spezielleres Interesse haben, waren indessen schon fruber als besondere Gesetze bearbeitet, und die Entwurfe zu benfelben in die ferneren Sta-

bien gebracht; babin gebort:

1. Revision ber Gefindes Ordn. Berlin 1831.

2. Entwurf bes Allgemeinen ganbrechts Ehl. II. Dit. 8. Abichn. 8. von Wechfeln und Abichn. 9. von hanbelsbillets und Affigenationen und ber Allg. Gerichts. Orbnung Thl. I. Dit. 27. vom Wechfelprozeß. Berlin 1836. 4.

3. Motive ju bem von ber Deput, vorgelegten Entwurfe (bes Bechfelrechts). Ber-

lin 1836. 4.

4. Das revibirte Dech felrecht mit dem Beche felprozes. Berlin 1838. 4.

5. Der Gefet Entwurf uber Sanbelsfire

men. Berlin 1838. 4.

6. Der Gefet Entwurf über Aftien Berseine. Berlin 1839. 4.

§. 25.

4. Bierter Theil. Das Perfonen, und Familienrecht.

Das Personenrecht im weitern Umfange ist burch bie neuere Gesetzgebung so vereinfacht und gebort in ben erheblichsten Beziehungen bem öffentlichen Rechte so sehr an; baß es zweckmäßiger erschien, basselbe in einem Abschuitte bes ihm und bem Familienrechte bestimmten vierten Theils, als in einem eigenen Theile bes allgemeinen bur-

gerlichen Gefegbuchs, abzufaffen. Die babin allenfalls gehörigen Abschnitte bes Allgemeinen ganbrechts find bereite im Jahre 1833 revibirt und gebruckt, und murben lanaft weiter bearbeitet worben fein, wenn fie nicht tugleich mit dem Familienrechte batten erfcheinen follen. Das Kamilien recht ift in ber funfzehnten Deputation revibirt, und ber von bem Rammergerichterathe Bunfch ausaearbeitete Entwurf bes baffelbe betreffenden Theils bes funftigen Gesethuchs mit ben Motiven

Entwurf: Allgemeines ganbrecht Ehl. II. Eit. 1. Berlin 1830. mit ben Motiven.

590 G. 4.

Entwurf: Allgemeines ganbrecht Ebl. H. Eit. 2. mit Musschluß bes 5. 6. 7. 8. und 11. Abichnitts und einiger einzelnen gum Erb--recht verwiesenen Bestimmungen, imgleiden Allgemeines Landrecht Thl. II. Tit. 3. §§. 1 - 30. Berlin 1831. 35 G. 4.

Entwurf: Allgemeines gandrecht Ebl. II. Eit. 2. und Eit. 3. §§. 1 - 30. Berlin 1831. 267 G. 4.

Entwurf: Allgemeines ganbrecht Ebl. II. Tit. 5. und Thl. I. Ginleitung und Tit. 1. Berlin 1831. 172 S. 4.

fo wie in ber fiebenten Deputation - ber vom bamaligen Geheimen Ober-Juftigrath Scheller ausgearbeitete Entwurf bes Allgemeinen ganbrechts Eb. II. Eit. 18. von Bormunbichaften und Ruras

Berlin 1831. 76 G. 4. und

Motive ju bem Entwurf. Allgemeines gands recht Ehl. II. Sit. 18. Berlin 1831. 287 G. 4. vorgelegt und im Druck erschienen. Die befinitive Berathung biefes Entwurfs hat indeffen ausgefest werden muffen, weil burch bie Allerhochfte Rabinete Drbre vom 26. Februar 1834 ber Minifter fur bie Gefetgebung anwiefen ward, ein Gefet uber Chefcheidung ju entwerfen . und in bas Staats Ministerium ju bringen. Befehl gemaß ward gwar ichon im Berbft beffelben Jahres ber bon bem Geheimen Ober Juftigrath v. Moller ausgearbeitete

Entwurf eines Chefcheibungs : Gefeges.

mit ben Motiven bem Ronigl. Staate Ministerium vorlegt, in bemfelben berathen und Geiner Majeftat porgelegt. Die uber biefen Gegenstand spater geaugertet verschiedenartigen Unfichten veranlagten indeffen eine wie berholte Berathung und einen jedoch mit dem erftern wes fentlich übereinftimmenden Entwurf, welcher bem Roniglichen Staats Ministerium bereits jur Schlug Berathung vorlag, als bes Ronigs Majestat im Jahre 1842 eine nochmalige Berathung biefes Gegenftandes anordnete und bem neuernannten Minifter ber Gefes-Revifion b. Gabigny übertrug, beren Resultate baber, in fo weit fie von ben frubern Entwurfen abweichen, außerhalb ber gegenwartigen, mit bem Enbe bes Februar-Monats biefes Jahres abschließenden Darstellung ber Gefet - Revision und meiner Mitwirkung liegen. Diefes Gefet betrifft unmittelbar gwar nur die Chefcheibung, bie Bestimmungen über biefelbe greifen aber fo tief in bas Wefen ber Che und in bas ganze Cherecht, baß fie nicht allein fur baffelbe, fonbern, ba ber größte Theil bes Familienrechts mit bem Erbrecht in unmittelbarem Berhaltniß fteht, auch fur erfteres prajudiziell find. Obgleich bas Kamilienrecht und insonderheit bas Cherecht in ber funfzehnten Deputation im Jahre 1830 und 1831 in ben obengebachten Entwurfen, und bas Cherecht in bem

Entwurf bes Allgemeinen Lanbrechts Thl. II. Tit. I. mit Ausschluß bes 7. Abschnitts. Berlin 1830. 64 S. 4.

Motive zu bem vom Revifor vorgelegten Entwurf bes Ehl. II. Eit. I. bes Allgemeisnen kanbrechts. Berlin 1830. 590 S. 4.

ausführlich revidirt ist; so mußte doch unter den oben erwähnten Berhältnissen die befinitive Berathung über das Familienrecht um so mehr dis zum festen Beschlusse über das Ehescheidungs. Geseg ausgesetzt werden, als derzselbe fortwährend nahe bevorstand und nur wegen unvorhergesehener Umstände dis jest nicht erfolgt ist.

5. Fünfter Theil. Das Erbrecht.

Das Erbrecht hat in ber vorläufigen Bearbeitung burch außere Umstände so mannigfachen Aufenthalt erfahren, baß bie Revision besselben erst im Jahre 1835 hat beenbigt werben können, in welchem die sechszehnte Deputation den von bem Geheimen Ober-Tribunalbrath Thiem ausgearbeiteten

Entwurf ber bas Erbrecht betreffenben Ges fese. Berlin 1835. 128 G. 4. und bie

Motive zu bem vom Revisor vorgelegten

Entwurfe ber bas Erbrecht betreffenben Befege. Berlin 1835. 364 G. 4.

fo wie ben die fibeitommiffarische Succession betreffenden, von bem Rammergerichtsrath Friedlanber verfaßten

Entwurf bes Thl. II. Tit. 4. des Allgemeis nen ganbrechts. Berlin 1835. 44 G. 4. und Motive ju bem vom Revifor vorgelegten

Entwurf zc. Berlin 1835. 176 G. 4. porlegte. Diefe beiben Entwurfe murben gwar gebruckt und, wie die anderen Gefet Entwurfe, vertheilt; ihre Berathung im Gefet Revifions - Ministerium mußte indeffen noch ausgesett werden, theils weil daffelbe mit anderen Gefets-Entwurfen beschäftigt mar, theils weil die Erledigung anderer, für das Erbrecht erheblicher prajudizieller Gegenstande rathfam erschien. Dahin gehort insonderheit die Ructficht auf Die Succession in bas großere und fleinere lanbliche Befit thum aus dem Gefichtspunkt der Erhaltung beffelben in der Kamilie. Die Wichtigkeit dieses Gesichtspunkts mar, als bie oben ermahnten Arbeiten über bas Erbrecht eingingen, fo febr gefühlt, bag biefer Gegenstand in Ruckficht fowohl auf die Ritterguter, als auf die bauerlichen Besitungen im allgemeinen legislatorischen Gefichtspunkte aufgenommen und barüber mit den Provinzial Randtagen verhandelt ward, und bes Sochstfeeligen Ronigs Majestat ben Minister ber Gefet : Revision ausbrucklich angewiesen hatte, biefen Gegenftand zu berücksichtigen 44) Die Resultate biefer Ber-

⁴⁴⁾ Ronigl. Rabinete Drbre vom 23. Januar 1833; ,,Bas bie übrigen Gegenftanbe ber Revifion betrifft; fo vertraue 3ch

handlungen waren aber fur ben größten Theil bes Erbrechts fo maafgebend, daß vor Erledigung berfelben die Berathung ber vorgelegten Entwurfe nicht erfolgen fonnte. Es trat bine ju, bag, wie in bem größten Theile Deutschlands, so auch in ben Preufischen Provingen, sowohl auf bem Lande, als in ben Stadten, das Erbrecht mehr auf Provingial als auf aemeinem Rechte beruht und es baber fur bie befinitipe Berathung bes Erbrechts munichenswerth mar, aus ben Provingialrechten eine nabere Ueberficht bes in ben Provingen wirklich geltenben Erbrechts zu erhalten. Auch bie vorläufige Berathung bes Erbrechts, welche bennoch ichon im Tabre 1837 erfolgen follte, mußte wegen ber immittelft bringend gewordenen Revision der in so bedeutender Ungahl eingegangenen Entwurfe ber Provinzialrechte und nachber des Obligationen-Rechts und zulett der Prozes: Gefets bucher noch ausgesett bleiben und murde, ba ingwischen Die Entwurfe ber Provinzial-Rechte vollendet find, ber Res vifion des Obligationen-Rechts unmittelbar gefolgt fein.

§. 27.

Bereinigung dieser fünf Theile als Nevidirter Entwurf des bürgerlichen Gesetbuchs für die Preußischen Staaten. Erstes Buch.

Nach Bollenbung ber Nevision bes allgemeinen Theils bes Obligationenrechts wurde mit ber, mit keinen bebeutenben Schwierigkeiten verbundenen befinitiven Berathung bes besondern Theils besselben die befinitive Revision ber schwierigsten und größten Theile des Allgemeisnen Landrechts und der Entwurf des denselben betreffensden ersten Buchs des durgerlichen Gesetzuchs völlig vollendet sein. Nach der Absicht des Gesetzkevisions. Ministeriums soll nämlich das künftige burgerliche

[&]quot;Ihrer Thatigfeit, daß die eingeleitete Revifion in der fürzeften Frift, "fo weit es ohne Abbruch einer gründlichen Berathung "gefcheben fann, vollendet werde. Insbesondere empfehle Ich "Ihnen die in Ihrem Berichte unter den sommistarischen Urbeiten ers, mahnte Erbfolge Drbuung für den Bauern fand; die ohne "wesentlichen Nachtheil feine langere Berjogerung gestattet."

Gefenbuch in zwei Bucher gerfallen unbebon benfelben bas erfte bie in ben §6. 22. 23. unb 24. gebachten brei Theile, bas zweite aber bie in ben 66. 25. und 26. bes geichneten beiben Theile enthalten.

Es warb, um bas funftige burgerliche Gefetbuch und infonderheit ben fo wichtigen erften haupttheil beffelben leichter, als aus besondern Entwurfen ber brei Unterabtheilungen beffelben, überfeben gu tonnen, biefes erfte Dauptbuch im Jahr 1842 unter bem Litel: Revibirter Entwurf bes burgerlichen Gefet.

buchs fur bie Preußischen Staaten. fes Buch, ben erften, zweiten und brit: ten Theil enthaltenb. Berlin 1842. 8.

abgefagt und befonbers gebruckt 46). Der Spezialtheil bes Obligationenrechts, beffen lette Revifion mabrend bes 216= brucks vollendet werden follte, bat indeffen in baffelbe nicht aufgenommen werben fonnen, weil biefe Revifion aus bem im §. 24. gebachten Grunde nicht mehr erfolgt ift.

Das bas zweite Buch bes burgerlichen Gefet buchs bilbenbe Dersonen : und Kamilienrecht und bas Erbrecht find zwar ebenfalls von ben bagu niedergefetten Deputationen ausführlich revidirt und als Entwurfe bes funftigen Gefetbuche abgefaßt (68. 25. u. 26.), baber bas gange Allgemeine Landrecht, mit Ausnahme bes Rirchen- und Schulrechts und bes Sanbelerechts, alfo bas gange funftige burgerliche Gefegbuch theils in ben erften, theils in ben letten Entwurfen ausgearbeitet, redigirt, und ben fernern Stadien mitgetheilt, mithin auch bas zweite Buch biefes Gefenbuche in ben erften Entwurfen abgefaßt: ich habe indeffen Unftand genommen, biefes zweite Buch ichon jest nach ben Deputations. Entwurfen vor ben befinitiven Berathungen im Gefet Revisions Ministerium gusammen gu ftellen und in Druck zu geben.

⁴⁵⁾ Daffelbe enthalt bie in ben §6. 22. 23. und 24. gebachten rebibirten Theile bes Milgemeinen Lanbrechte, nämlich: Erfter Theil. Rechtequellen. Sobeiterechte, fiefalifche Rechte, Regalien, Obrigfeitliche Rechte und Domainen. (§. 1. — §. 935.) 159 G. Zweiter Theil. Sachenrecht. (f. 1. - f. 1372.) 244 S. Dritter Theil: Dbli-gationenrecht. Erfte Abtheilung f. 1. - 1090. 162 G.

Das erfte- Buch ift nicht nur Gr. Majestat bein Konige überreicht 46), sondern auch bem Staats Ministerium, bem Staatsrathe und ben fammtlichen Ministerien, Landes Justig Rollegien und Regierungen, so wie verschiedenen Geschäftsmannern mitgetheilt.

So viel die nach bem & 19. von bem allgemeinen burgerlichen Gefegbuch ausgeschiedenen

HIS ELLINESTALLIA COURSE

B. Befondere Gefegbucher

8. 28. day - 3 6 has

1. Das Rirden. und Schulrecht ! Willia

in basselbe. In bem auf bas burgerliche Recht beschränkten Gesethuch wurde basselbe bagegen keine Stelle finden, ba selbst die Rechte und Berbindlichkeiten der Kirchen Gesesellschaften, Patrone und Eingepfarrten nicht auf dem allgemeinen durgerlichen Recht, sondern auf kirchlichen Berhältnissen beruhen, und überdem die im § 19. angessührten Gründe für besondere Gesehücher in Ansehung des Kirchens und Schulrechts ganz vorzüglich eintreten. Die Revision dieser Rechte, sie mögen in einem besonderen Gesehuch abgesaft werden oder nicht, ist zwar auch an das Geses-Revisions-Ministerium verwiesen, es liegt indessen ohne weitere Aussuhrung vor, daß sie nur zu einem kleinen Theil von demselben, der größte Theil aber wesentlich nur von dem Ministerium der geistlichen Angeslegenheiten ausgehen kann. Das Geset-Revisions-Minis

Friedrich Bilbelm.

In ben Staats-Minifter v. Rampt.

⁴⁶⁾ Allerhöchfte Kabinetes Orbre vom 22 Mai 1842: "Ich habe "aus Ihrer Anzige vom 29. v. M. die Nachricht von der mahrend "Ihrer Amtes Berwaltung im ersten Entwurf beendigten Revision des "Allgemeinen Landrechts gern erseben und unterlasse nicht, Ihnen für "den überreichten Entwurf des ersten Buchs des revidirten bfirgerlis"chen Gesethuchs Meinen Dant abzustatten."
Potedam, den 22. Mai 1842.

sterium bat baber bem ber geistlichen Augelegenheiten biese Ansicht eröffnet, bemfelben die weitete Einleitung aubeim gestellt, und sich auf einige allgemeine Borarbeiten und auf worlaufige Erörterungen ber, die außern Rechtsverhaltnisse ber Rirchen und Rirchen Gesellschaften überhaupt und insonderheit die, den Patronen und Eingepfarrten gegenüber, betreffenden Vorschriften bes schräuft. Die Revision des Kirchen und Schulrechts berühet daher noch bei bem Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten.

The state of the s

2. Das Lebnrecht.

Obgleich nur noch in einigen Provinzen Lehne vorhanden sind; so ist doch ein allgemeinen Lehnrecht nicht zu entbedren 7), auch im Allgemeinen Landrecht enthalten, und in bem Deputations Entwurf über das zehnte Penfum (§ 17.) beibehalten. Dagegen aber hat daffelbe nur für einige Provinzen ein Interesse, nimmt daher nicht allein für die anderen, sondern auch in den Provinzen, in welchen Lehne bestehen, sur diesenigen, welche an denselben nicht betheisigt sind, in dem durgerlichen Gesetzuch eine überstüssige Stelle ein und erschwert dessen Gebrauch. Daher ward vom Gesetzuchions-Ministerium, dem § 19. gedachten Grundsatz gemäß, das allgemeine Lehnrecht von dem durgerlichen Gesetzuch abgesondert und zur besondern Bearbeitung verwiesen, das obengedachte Gutachten der Deputation einer näheren Revision unterzogen, und nach deren Resulftaten von dem mehrjährigen Dulfsarbeiter im Gesetz-Revisions-Ministerium, Landgerichtsrath Bisch of so das allgemeine Lehnrecht:

Revibirter Entwurf bes Lehnrechts. Berlin

1839. 76 S. 4. und

Motive bes revidirten Lehnrechts. Berlin 1838, 150 S. 4. so wie

Materielle Abmeichungen bes revibirten

⁴⁷⁾ Bergl. barüber bie Aussubrung in ber Borbemertung ju ben Motiven bee Lehnrechte. C. 1-19.

abgefaßt und in der bei den übrigen Geschüchern gehacheten Urt vorgelegt und mitgetheilt. Der ind and officer

6. 30.

3. Das Wechfelrecht.

Das Wechselrecht eignet sich in mehrsachen Beziehungen mehr zu einem besondern Wechselrecht, als zur Aufnahmein das allgemeine durgerliche Gesesduch. Abgesehen davon, daß dasselbe zugleich den Wechselprozeß enthalten unsternithin die Grenzen eines blogen materiellen Gesesduchs überschreitet, hat dasselbe auf der einen Seite ein beschränkteres, auf der andern Seite aber, besonders in der gegenwärtigen kommerziellen Lage Preußens, ein alle Welttheile berührendes, praktisches Interesse. Das Wechselrecht und der Wechselprozeß bedürsen überden so genaue Bestimmungen, daß das allgemeine durgerliche Gesesduch durch ihre Aufnahme bedeutend verstärtt werden würde. Bei der Einleitung der Revision ward daher das Wechselrecht mit der des Handelbrechts verbunden und der achten Deputation übertragen. (§. 17.) Diese legte im Jahr 1836 den

Entwurf: Allgemeines Landrecht Ehl. II. Lit. 8. Abschn. 8. Bon Bechseln und Abschn. 9. Bon handelsbillets und Affignationen; — und Allgemeine Gerichtsordnung Ehl. I. Lit. 27. Bom Wechselprozes. Berlin 1836. 43 S. 4. und

Motive zu bem von ber Deputation borgelegten Entwurf ic. Berlin 1836. 4.

vor. Da jedoch das Mechfelrecht sich nicht blos auf handelsverhaltnisse bezieht und die Verdindung besselben init dem
Danbelsrecht den Gebrauch bes Wechselgesetzes erschwent; so
ward bei der vorläufigen Berathung im Gesetz-Revisions.
Ministerium beschlossen, das Wechselrecht von dem hanbels Gesetzbuch zu trennen, als ein für sich bestehendes
Wech sel recht abzufassen, und mit vorzüglicher Rücksicht auf die gegenwärtigen handels und übrigen Verbaltnisse Preußens und auf die neueren Wechsel. Gesetz

ber übrigen Staaten ju bearbeiten. Um biefe 3mede befto vollständiger ju erreichen, marb jener Entwurf nochmale in einer eigenen Ministerial Rommiffion berathen, welche aus bem Geheimen Ober : Tribunglerath Schef. fer, bem Geheimen Ober : Revisionsrath Effer, bem Berfaffer des Entwurfs der Deputation, Geheimen Juftigrath und Dber-Burgermeifter Rrausnich, einigen Deputirten bes Sandels-Ministeriums, bem bes Wechselrechts besonders tundigen Stadtiuftigrath Grein biefelbit, als Referenten in berfelben und im Gefet Revisions Ministe rium, und ben Mitgliebern ber hiefigen faufmannischen Rorvoration: Benede von Grobigberg und Joseph Mendelfon bestand, welche, jumal ber Lettere die Ge-Schafte bes Rorreferenten übernahm, burch ihre, bem Begenstande fortwahrend gewidmete Theilnahme und ihre nabere Renntniß ber auswärtigen Wechfelrechte um biefen Theil ber Gefengebung fich ein entschiedenes Berdienft erworben haben. Rachdem über ben, von ber Rommiffion abgefaßten Entwurf bes Wechfelrechts bas Gutach: ten ber Oberlandes : und ber Sanbelsgerichte erstattet war; ward berfelbe im Gefet Revisions-Ministerium mit Bugiebung ber Kommiffion ausführlich berathen. den Resultaten diefer Berathungen, sowohl über das Bechfelrecht, als über ben Wechselprozeg, murden

Das revidirte Bechfelrecht mit bem Bech:

felprojeg. Berlin 1838. 51 G. 4.

Motive ju bem revibirten Bechfelrecht. Berlin 1838. 93 G. 4.

Materielle Abweichungen bes revibirten Entwurfs bes Wechfelrechts und bes Wechfelprozesses von bem Allgemeinen Landrechte und ber Allgemeinen Gerichts:

ordnung. Berlin 1838. 10 G. 8. unb

Jusammenstellung ber von ben rheinischen Sandelsgerichten und Sandelskammern gegen den von der Rommission vorgelegeten Entwurf des Wechselrechts aufgestellten Monita, mit Bemerkungen, welche Wonita bei der Stattgehabten Berathung angenommen und aus welchen Gründen bie

bie anberen Monita nicht berudfichtigt worben find. Berlin 1838. 71 G. 4., vom Stabtjustigrath Grein ausgearbeitet und mit ben

burch fpatere Bemerkungen veraulagten

Abanberungen einiger Bestimmungen bes revibirten Entwurfs bes Wechselrechts, welcher in ber zu Folge aufgestellter Erinnerungen am 26. November 1838 Statt gefundenen Gesetz-Revisions-Konferenz für nothig erachtet worden sind. Berlin 1838. 12 S. 4.

abgebruckt, und in die weiteren Stadien befordert. Das Staatsministerium berathschlagte über ben ministeriellen Entwurf, welcher, nachdem die Beschlusse bes Staatsministerium barin aufgenommen waren, unter bem Titel:

Entwurf bes Wechfelrechts nach ben Berathungen bes Staatsministeriums. 1840. 48 S. 4.

von neuem abgefaßt und bes Königs Majestät mittelst Berichts vom 30. Mai 1840. mit bem Antrage, benselben an ben Staatsrath gelangen zu lassen, überreicht und dem lettern burch die Königliche Kabinets. Orbre vom 2. Juli 1840 zur weiteren Berathung zugesandt warb. Im Staatsrath ward zur Vordereitung dieser Berathung in Semäskeit der Bestimmungen vom 3. Juni und 9. Juli 1833 (§. 19.) eine aus neun Mitgliedern des Staatsraths, den beiden Justiz. Ministern, dem Staets. Sefretair, zwei Mitgliedern der Justiz. Abtheilung, zwei Mitgliedern der Justiz. Abtheilung, zwei Mitgliedern der Justiz. Abtheilung, zwei Mitgliedern der Justiz. Abtheilung des Junern bestehende Kommission angeordnet. Der Entwurf des Wechselrechts besindet sich noch gegenwärtig in diesem Stadium.

§. 31.

4. Sanbelerecht.

Die inneren und dußeren Sandelsverhaltniffe Preusens find feit der Publikation bes Allgemeinen Landrechts fo wesentlich und durchgreifend verandert, daß die im legsAnnalen. Det IV. 1839.

teren enthaltenen Bestimmungen bem fünftigen Saubelerecht faum jur Bafis bienen tonnten. Die Revision beffelben. welche ber achten Deputation (bem Gebeimen Dber Tris bunglerath Scheffer und bem Gebeimen Juffit : und vortragenden Rath im Gefet Revifions : Ministerium Rrangnict, letterem als Revifor) übertragen morben. erforderte baber nicht allein bie ausführlichften Materia lien und insonderheit die genauefte Renntnig ber Sandels gefege anderer Staaten, fonbern auch eine andere Grundlage und Richtung, wie die übrigen Theile bes burgerlichen Gefetbuches, gang befonders aber bie vollftanbiafte Mitwirfung ber Sanbelsbeborben und Sanbelsrechtstunbiger Manner. Das Gefet Revifions Minifterium und bas Sandels : Ministerium vereinigten fich baber, die Revifion einer aus ber oben ermabnten Deputation und eis nigen Mitaliebern bes Sanbels-Ministeriums - ben Gebeimen Ober : Finangrathen Beftphal und von Dom : mer Efche - und einigen Mitgliedern des Sandelsftanbes in Berlin - Benecke von Grobigberg und Joseph Mendelsson, - fo wie bem Synditus bes hiefigen Sanbeleftanbes, Juftigrath Darch and, beftebenden Rommiffion gu übertragen, welcher, Rheinproving, fo menig, wie eine andere Proving von ber Gultiafeit bes funftigen Sanbels-Gesethuchs ausgeschloffen werden fonnte, ber Geheime Ober-Revifionsrath Effer hinzutrat und in welcher foater ber ganbaerichterath Bifchoff jum Referenten bestellt warb. Die schon in bem großen Umfang bes Sanbelbrechts liegenden bedeutenden Sinderniffe bes rafchen Fortgangs ber Revifion beffelben murben burch ben Mangel an Vorarbeiten und an Materialien bermehrt. Rur mit großem Zeitaufwand und oft bedeutenden Schwierigkeiten tounten bie Banbelsgesetze und Sandelsgebrauche anderer Staaten und bie nothwendigen wiffenschaftlichen Sulfemittel gesammelt werden; von fammtlichen ganbes Juftig Rollegien, Sanbelsgerichten und Sandelskammern, so wie zum Theil auch von den Regierungen wurden theilweise wiederholentlich Sutachten erforbert; die große Angahl und bie überhauften anderen Geschäfte, so wie gum Theil die oft wiederkehrende unvermeibliche Abmefenheit mehrerer Ditglieber bet Rommission und die bei einer so umfangreischen Aufgabe eben so unvermeibliche theilweise Divergenz der Ansichten und theils endlich die ausgezeichnete Grundliche keit des Verfahrens der Rommission waren die Grundle, welche derselben dis jest nicht gestattet haben, die Ressultate ihrer Arbeiten in definitiven Entwurfen des revidirten Handelsrechts und der Motive desselben vorzulegen. Die so wichtige Arbeit ist indessen so weit vorgerückt, das ihrer baldigen Bollendung entgegengesehen werden kann. Dem Handelsrecht ist inzwischen durch besondere Gesetz über einzelne Theile bestelben vorargebeitet, wohin außer dem Wechselerecht und der Lehre von den Handelsbillets (§. 30.)

1) bas Gefet über Sandelsfirmen (Berlin

1838), 4.

2) bas Gefet über Actien Bereine (Berlin 1839). 4. geboren, welche ben weiteren Stabien bereits vorliegen.

§. 32.

5. Das Bergrecht.

Die für Abfassung besonderer Gesethücher (§. 19.) angeführten Gründe traten auch in Ansehung des Bergerechts ein. Die Revision der dasselbe betreffenden allgemeinen und provinziellen Gesethe ward in dem Ministerium der Gesethe Revision und in dem der Finanzen, zu dessen Ressort das Bergwesen gehort, einer Rommission überstragen und von derselben der

Entwurf bes gemeinen Preußischen Berg, rechts und ber Instruktion für Vermal, tung bes Berg. Regals. Berlin 1833. 84 S. 4. Rotive zu bem Entwurf eines allgemeinen. Bergrechts und einer Instruktion u. f. w.

Berlin 1833. 268 G.

ueberficht ber wichtigsten Abanberungen ber bestehenben Berggesete, welche in bem neuen Entwurfe bes Bergrechts vorges schlagen sind, und berjenigen Punkte, welche bei bessen Prufung vorzüglich in Erwägung zu nehmen sein burften. 16 und

porgelegt. Dachbem biefer Entwurf im Ministerium fur bie Gefet Revifton mit Bugiebung einiger Deputirten bes

Ringng-Minifteriums berathen worden, ward ber

Revidirte Entwurf bes Preugifden Berge rechts und Inftruftion jur Bermaltung bes Bergregals. Berlin 1835. 87 G. 4. unb Motive ju bem revidirten Entwurf bes all: gemeinen Bergrechts. Berlin 1835. 35 G. 4. Materielle Abmeichungen bes revidirten Entwurfs bes Bergrechts und ber In: ftruftion bon bem Allgemeinen ganbrecht. Berlin 1835. 16 G.

abgefaßt und bem Staats: Ministerium vorgelegt, und nachbem er in Gemägheit ber Befchluffe beffelben veranbert, als

Entwurf bes gemeinen Preufischen Berge rechts und ber Inftruttion jur Bermaltung bes Bergregals. Berlin 1841. 78 G. 4. unb

Motive ju bem Entwurf bes gemeinen Dreu: Bifchen Bergrechts und ber Inftruftion zc. Berlin 1841. 29 G. 4.

ben ganbtagen bes Jahres 1841 gur Erflarung bor-Die befinitiven Befchluffe auf bie eingegangenen Erflarungen find abzumarten.

RR

Das formelle Recht: Projeggefengebung. 33.

Die Revision bes gerichtlichen Berfahrens ift an fich eben fo febr ein von Beit ju Beit wiedertehrendes Bedurfniff, ale bie Unficht aber bie Mittel, baffelbe zu befriedigen, perschieden war und bleiben wird, je nachdem Grundlichfeit ober Schleunigkeit vorherrichendes Pringip ift. Daß jenes Bedurfniß ichon bei ber erften Ginleitung ber Revis fion beruchfichtigt worben, daß bie Bemuhungen, baffelbe ju befriedigen, aber an biefer Berfchiedenheit ber Unfichten Scheiterten, ift bereits im §. 17. angeführt. Es giebt unlaugbar Prozesse und Prozefftabien, in melden Grundlichkeit und Schnelligkeit gleichzeitig berücksichtigt werben konnen und daher verbunden werden mussen. So weit hierbei von meiner Ansicht die Rebe sein sollte; so habe ich, obgleich ich stets ein Gegner der auf Rosten der Grundlichkeit und der Sicherheit der Partheien beförderten Schnelligkeit ges wesen din und bleiben werde, diesen Grundsatz stets anerkannt, wie dies mein in der Anmerkung 36. demerktes Botum und auch die §. 18. angeführte Abstellung mehrerer Prozese Mangel und insonderheit die Einleitung den Mandatz Prozesses und des abgekürzten summarischen und Bagatell Prozesses, bestätigten: (§. 18.) Diesen Prozesserberserungen solgten unmittelbar mehrere vom Justizminister Rühler und mir gemeinschaftlich bearbeiteten und vorgeschlagenen, sür die Prozess Gesetze, insonderheit

ma) Die Berordnung über bas Rechtsmittel

fchwerbe vom 14. Dezember 1833.

2) Die Berordnung über bie Exefution in

Marg 1834.

3) Die Berordnung über ben Subhaftations, und Raufgelber-Liquibations, prozes vom 4. Mar: 1534.

Es war auch in ber britten Deputation bereits im Jahr 1829 bie Sppotheten Drbnung und bie Prio ritats Orbnung, so wie in ber siebenten Deputation bie Deposital Orbnung revibirt und bie Entwurfe ber ersteren unter bem Titel:

Sppotheken : Ordnung und Prioritate Drd.

nung. 1829. 4.

Motive zu ben bon bem Revifor vorgelegs ten Entwurfen bes materiellen Pfand, und Sppothekenrechts, ber Sppotheken Ordnung und ber Prioritats Ordnung. Berlin 1829. Erfter und zweiter Band. 4.

in Druck gegeben. Der

Entwurf ber Deposital Drbnung

ift nicht abgedruckt:

Außer ber Prioritats-Ordnung ift auch ber Ronkurs-

borgelegt. Die aussührliche Revision erfolgte in ber fünften Deputation und wurden von dem Referenten in berfelben ber Entwurf gur Ronturgs Ordnung. Berlin 1831.

35 G. 4. und .

Motive zu bem vom Revisor vorgelegten Entwurf ber Konkurs Drbnung. Berlin 1831. 223 S. 4.

ausgearbeitet. Da inbessen mehrere Grundsche des materiellen Rechts für diese Segenstände präzudiziell sind, und überdem der Konkurs-Prozes durch die Verordnung über den Subhastations 2c. Prozes bedeutend verändert werden würde, so mußte die Verathung über die oden angeführten Entwürse um so mehr ausgesetzt werden, als dieser Segenstand mit der Einrichtung und Verfassung der Gerichte in naher Verbindung steht, diese aber ebenfalls, wenn gleich nicht in dem von manchen Seiten gesorderten Umsfange, doch in mehrerer Beziehung einer Verbesserung bedurften. Es wurden zwar in der sechsten Deputation vom Revisor, dem damaligen Geheimen Ober-Justizralh v. Düesberg, der

Entwurf eines Gefetes über bie Juftig. Eine richtung. Berlin 1833. 59 G. 4.

Motive zu bem vom Revisor vorgelegten Entwurf eines Gefetes über bie Juftig-Einrichtung. Berlin 1833. 126 G. 4.

Grunbzuge ber Gerichtseinrichtung. Berlin 1834. 4

Dentschrift zu ben Grundzugen ber Juftigs Einrichtung. Berlin 1835. 67 G. 4.

ausgearbeitet, fie find aber bisher ohne Resultate geblieben.

Der Bearbeitung einer vollständigen Prozese Ordnung ward baber sowohl aus diesem Grunde, als auch deshalb Anstand gegeben, um die Wirkungen der Verordnung über die summarischen Prozesse von 1833 aus der Erfahrung zu überssehen und zu beurtheilen, ob die durch sie eingeführten Verbesserungen dieser Prozesse Gattungen so weit möglich auch auf den ordentlichen Prozess zu übertragen sein möchten. Dennoch blieben in der Zwischenzeit Verbesserungen der letzteren nicht unberücksichtigt; sie wurden nicht allein durch ministerielle

Berfügungen bes Justiz-Ministeriums für die Justiz-Berwaltung angeordnet, sondern es ward auch gemeinschaftlich mit demselben vom Ministerium der Gefetz-Revision eine Prozes Novelle bearbeitet, um durch dieselbe noch vorhandene Bedürfnisse des bürgerlichen ordentlichen

Prozeffes moglichft zu befriedigen.

Die fo reichhaltige neuere Prozeg Gefetgebung hatte indeffen die bestebende Prozegordnung theils in wesentlichen Grundfagen, theile in fo vielen einzelnen ftimmungen fo tief berührt und jum Theil veranbert, bag eine Revision und umfänglichere Umarbeitung berfelben von allen Geiten gewünscht marb; überdem hatte inzwischen die Erfahrung die fur die Rechtspflege beilfamen Wirkungen ber Gefetgebung von 1833 im wefentlichen fo bewährt, bag ein Theil berfelben in ben ordentlichen Prozeg aufgenommen werden fonnte. Es warb baber von ber Progeg. Novelle, obgleich fie großtentheils entworfen war, abstrabirt und im Jahre 1841 von bem Ministerium ber Gefet : Revision gur Revision ber Progef Dronung und gur Entwerfung ber burger : lichen Progeg. Ordnung geschritten. Die Materialien berfelben maren jum größten Theil gesammelt und gum Theil schon in ben bereits bei ber erften Revision von bem Grafen v. Danckelmann gefagten Befchluffen (§. 17.) beructsichtigt. Die Prozeg Dronung mußte bie Borschriften fur ben gangen burgerlichen Progeg und alle Sattungen deffelben, mithin fowohl uber ben ordents lichen, als ben summarischen und ben Ronturs . Drogeg enthalten, alfo auch bas Gefet wegen ber fummarifchen Prozesse vom Jahre 1833 um fo mehr in fich aufnehmen, ale bas lettere theils nabere Bestimmungen bedurfte, theile fie bereits erhalten, und Erfahrungen beranlagt hatte, die nicht unberucksichtigt bleiben tonnten. Nach diesem Gefichtspunkte marb die burgerliche Prozes Orbnung bearbeitet; fie follte in zwei Banbe und jeber berfelben in mehrere Theile gerfallen und hiernach

I. ber erfte Band in

¹⁾ bem erften, bem allgemeinen Theil, bie Borichriften über allgemeine, in allen Prozess Gattungen vorkommenbe Gegenstände, in

2) bem zweiten — bem befondern Theil — aber ben ordentlichen und summarischen Prozes in erster Justanz sowohl bei den Ober- als Untergerichten, also das Verfahren bis zur Publikation des Erkennt- niffes sowohl in der Hauptsache, als in den Resbenpunkten,

II. ber jweite Band aber

1) im erften Theil bie Borfchriften über die Rechtsmittel und bas Berfahren in ben fernern Inftangen,

2) im zweiten Theil bie verschiebenen besondern

Prozeg-Gattungen und

3) im britten Theil bas Exekutions Berfahren enthalten. Diese Bearbeitung ward bem im Geseg-Revisions Ministerium als hulfsarbeiter fungirenden Rammergerichts Rath v. Alvensleben, mit Ausnahme jedoch bes allgemeinen Theils des ersten Bandes, welchen der Geheime Ober-Justizrath Boswinckel bearbeitete, überstragen. Bei den unausgesetzt fortgehenden Berathungen im Gesetz Revisions Ministerium war der erste Band der Prozest Ordnung schon im Anfange des Jahres 1842 bes endigt und unter dem Titel:

Mevibirter Entwurf ber burgerlichen Progeße Ordnung fur bie Preußischen Staaten. Erster Band. Berlin 1842. 156 S. 8. und Revidirter Entwurf der burgerlichen Progeße Ordnung fur die Preußischen Staaten. Motive zum ersten Bande. Berlin 1842. Borbemerkungen, 98 S. Allgemeiner Theil, 222 S.

Besonberer Theil, 402 S. (zusammen 722 S. 8.) abgebruckt, unterm 28. Februar Gr Majestat überreicht und ben fernern Revisions Stadien mitgetheilt. Die Berathungen über ben zweiten Band waren zwar schon angefangen, konnten jedoch wegen ber am Schlusse bes Februars 1842 erfolgten Beranderung im Ministerium nicht fortgesetzt werden.

Da bie Grunbfage, von welchen bei ber Entwerfung ber Prozeß Drbnung ausgegangen, in ben Motiven zu berselben naher angeführt find; so wird hier auf lettere Bezug genommen. Durchgehende Munblichkeit und Deffentlichkeit ber Rechtspflege find inbeffen als Heberbleibiel ber frubern Sinneigung gur Ginfuhrung ber frangofischen Gesegbucher '8) wieber fo febr als unentbebrs liche Bestandtheile einer auten Prozes Dronung bin und mies ber gepriefen, baf fie auch bier um fo weniger übergangen werden tonnen, als von mehreren Geiten Die Erwartung. baß fie auch in ber revidirten Progef. Ordnung eine Stelle einnehmen murben, ausgesprochen ift. Es ift schon oft bemerft, daß bier zwei gang verschiebene Gegenftanbe, Mundlichkeit und Deffentlichkeit, jufammen gemengt finb. Beibe find von einander unabhangig und jene bat ohne diefe lange mehr ober minber bestanden. Munblichkeit ber Rechtspflege ift fur bie gu berfelben geeigneten Rechtsftreitigfeiten Beburfnif, fcon in allen Projeg Dronungen vorgefchrieben und, fo weit es ohne Rachtheil ber Grundlichfeit gefchehen tann, ju erweitern. Gie ift baber in fo weit auch in bem Ente, wurf der Progeg : Ordnung nicht allein beibehalten, fonbern auch innerhalb jener Grenge erweitert. Go viel aber bie Deffentlichkeit ber Rechtspflege betrifft; fo tonnte wohl fchwerlich jemand, ber mit ben fur bie Gefes-Revision gegebenen Borfchriften, mit ber Geschichte unferer Gefengebung und mit bem Buftanbe unferer Rechts. pflege nur einigermaßen befannt ift, und baber weiß, baß fo bedeutend burchgreifende, von jedem praftischen Bedurfniffe entblogte Reuerungen von ber Gefet Revifion ausgeschloffen find (6. 8.), erwarten, bag bie Deffents lichfeit in die Progeg Dronung aufgenommen werben wurde. Gie war bei ber burch biefe Borfchrift nicht beschränkten Gefengebung wegen ber summarischen Prozeffe in allen Stabien ber Gefetgebung und fpater auch von bes Sochseligen Ronigs Majestat verworfen worben 49);

49) Bergl. Die historischen Bemertungen fiber bas Gefet vom 3. Juni 1833 wegen bes Manbats und summarischen Prozestes in

⁴⁸⁾ v. Cavigny, Bom Beruf unferer Zeit für Gefetzgebung und Rechte miffenichaft. (Beibelberg 1814.) Seite 135. "Ich tomme nun ju ben beutichen Ländern, in welchen Gefethücher "ichon borhanden find; es berfteht fich, bag barunter nur das Preussische Landercht und bas Defterreichische Gefethuch gedacht werben "fann, nicht ber Code, welcher als eine überstandene politische Krankscheit werden muß, wovon wir freilich noch manche Uebel "nachempfinden werden."

bas Gefen Revisions Ministerium murbe baber burch bie Aufnahme ber Deffentlichkeit in die Progeg Dronung bie ibm porgezeichneten Grengen weit überschritten haben. Unter biefen Berhaltniffen murbe ich, felbst wenn ich perfonlich fur bie Deffentlichkeit ber Rechtspflege mare, intonsequent gehandelt haben, wenn ich fie gwar nicht in bie Proges Ordnung aufgenommen, ihre Ginfuhrung aber als eine nach meiner individuellen Ueberzeugung ber Rechtspflege portbeilbafte Ginrichtung vorgeschlagen hatte. Da aber iene Borausfegung überall nicht eintrifft, fonbern vielmehr Die Deffentlichkeit ber Rechtspflege nach meiner langen unpartheilich gepruften Ueberzeugung fur eine grundliche und unbefangene Rechtspflege und auch in vielfachen anbern Begiebungen bedenklich und nachtheilig ift; fo murbe ein folcher Borfchlag mit meinen Grundfagen unvereinbarlich gemefen fein, und habe ich baber biefe gemiffenhafte Uebergeugung bem bon vielen Seiten unfehlbaren Ruhm borgejogen, unter allen mit ber Gefetgebung beauftragten Juftigminiftern in ben verschiebenen beutschen Staaten ber erfte und bisher einzige zu fein, welcher fich nicht nur nicht gegen bie Ginführung ber Deffentlichkeit, fonbern felbst fur biefelbe erklart und fie vorgeschlagen und bei Entwerfung bes Gefen Entwurfs empfohlen batte. Grunde biefer meiner Ueberzeugung find in ber Borrebe sowohl des burgerlichen, als des strafrechtlis chen Prozeffes angeführt, und bemerte ich bier nur, baß Die Grunde wider diefelbe bunbiger und lichtvoller, wie irgendwo, in ben Motiven ju bem von bem Roniglich fachfischen Juftigminifter v. Ronnerit vorgelegten Ents wurf ber Ronigl. fachfifchen Eriminal Drb= nung (1842) entwickelt find. Die offentliche Stimme, fagt man, verlangt diefe Deffentlichkeit. Wo hat fie fich benn ausgesprochen? find offentliche Blatter allein ihre Draane? Saben die deutschen Bundesfürsten, die Majoritat ihrer Stanbe und ihrer Ratheversammlungen, Juftigminifterien und Gerichtshofe, von welchen die Deffentlichkeit ber Rechtspflege reiflich und vielfeitig erortert, aber verworfen

bet Borrebe ju ber oben gebachten revibirten Brogef Drb : nung und Allerh. R. D. vom 15. Mai 1836 (Jahrb. Sb. 47. G. 538.).

marb, baben bie ausgezeichneten Staatsmanner und Rechtsgelehrte, welche fich gegen fie erflart haben, teine Stimme in ber offentlichen Stimme und gablen in berfelben nicht mit? Sind ihre übereinstimmenben Beschluffe nicht auch offent. liche Stimme? Reblen allen biefen gurften, ihren Stanben, Rathsversammlungen und Gerichtshofen bie jur Beurtheilung bes Gegenstandes erforberlichen Renntniffe und ubrigen Bedingungen ? vermogen fie etwa nicht ju beurtheilen, ob die Deffentlichkeit Bedurfnig und Gewinn fur bie Rechtspflege ift ober nicht? ober vermogen biejenigen, welche biefelbe in offentlichen Blattern lobpreifen, bies grund. licher wie jene ju überfeben? Deffentlichkeit ift allerdings ein foftbares But, mer tonnte fie nicht munichen! Kreibeit ift es ebenfalle; beide baben jedoch ihre Grengen, jenfeite melcher fie fein toftbares Gut mehr find. Go wenig ber Werth und ber Reig ber Deffentlichkeit überhaupt über jene Grengen führen barf, fo wenig fann aus ber Ausschließung berfels ben von bestimmten Berhaltniffen bie Berkennung bes Berthes ber Deffentlichkeit überhaupt gefolgert merben. Go viel über die behauptete offentliche Stimme fur die Deffentlichkeit ber Rechtspflege. Go lange bie Unfichten, Musspruche und Sandlungen unserer Fürsten und Regierungen und ber ganbstande auch als offentliche Stimmen gelten und vorzugsweife anzusehen find, burfte die burch Bermerfung ober Richteinführung ber Deffentlichkeit ber Rechtspflege ausgesprochene offentliche Stimme biefe Deffentlichkeit fein, welche baber auch, bis auf bie fchmachen Ruancen in Baben, in gang Deutschland nirgend eingeführt, fondern vielmehr, wo fie in Untrag gebracht warb, verworfen ist, und baher in keinem bur-gerlichen ober Kriminal-Prozeß in Deutschland besteht und ichon baburch als ben beutschen Unfichten nicht ent fprechend fich barftellt. Unter biefen Berhaltniffen und bei ben gegen die Deffentlichkeit ber Rechtspflege allent: balben, wo fie in Untrag gebracht und unbefangen und grundlich erortert worden, entstanbenen erheblichen 3meifeln, Bedenken und Wiberfpruchen, und ba fie allenthalben, wo fie offentlich jur Sprache gekommen, als nicht allein überfluffig, fondern auch fur bie Rechtspflege nachtheilig verworfen worben, murbe es mehr, wie unbedachts

fam gemefen fein, wenn biejenigen, welche bagu mit berus fent find, ben Rechtszuftand eines Landes zu befeftigen, bies Land als basjenige vorschlagen fonnten, in welchem ber migliche Berfuch ber Ginfuhrung biefer Deffentlichkeit gewagt werben muffe. Bollends murbe biefer Bormurf fie treffen, wenn in biefem Lande bie Befete ben Dars theien gwifchen ihnen und bem Richter bie vollstanbigfte Deffentlichkeit und überhaupt alle ber unbeschrankten Deffentlichkeit nachaeruhmten Bortbeile, ohne bie Rachs theile berfelben berbeiguführen, in einem weit großeren Umfange, als biefe, gemabren, mithin bie 3mecte berfelben langft erreicht find, und baber auch weder ein Bedurfniß jener unbeschrantten Deffentlichteit, noch bas Berlangen nach berfelben vorhanden ift, und bei ber allgemeinen Achtung und bem Bertrauen, welche bie Juftig Bermal tung und bie Gerichtshofe verbienen und genießen, am wenigsten bie Rontrolle und Cenfur berfelben burch bie Deffentlichkeit und bas Dublitum als Bedurfnig angefes Ben mirb.

Die hinweisung auf Frankreich konnte um so wenisger irgend ein Motiv, die Deffentlichkeit bei uns vorzusichlagen, abgeben, als sie in Frankreich selbst sich nicht unbedingt bewährt hat. Die Gesetzebung muß allerdings auch die den Berhaltniffen ihres Landes entsprechenden Bestimmungen anderer Gesetzebungen benutzen, allein nicht beshalb bei sich einführen, weil die letztere sie enthalt.

Die franzossische Gefetzgebung burfte am wenigsten zu einer solchen Nachahmung geeignet sein und ihre Nachahmung unter ben nach der Anmerkung 48 befürchteten "Nachwehen ber politischen Krankheit des franzosischen "Oode" oben an stehen. Die Zeiten sind überstanden, in welchen die französische Gesetzgebung den siegreichen französischen Ablern in Deutschland auf dem Fuße folgte, oder, wie herr v. Savignn in der oben anzestührten Schrift S. 2 sagt: "ber Code in Deutschland "eindrang und kredsartig immer weiter fraß, und von "inneren Gründen nicht die Rede, kaum hier und da in "leeren Phrasen, war, sondern ein außerer Zweck alles, dem "eigenen Werthe des Gesetzbuchs völlig fremd, bestimmte," — biese Zeiten sind vorüber, wurden aber in ihren Wir-

Eungen mefentlich noch vorhanden fein, wenn bie Grunds fage in ben frangofischen Gefegbuchern blos beshalb, weil fie in benfelben enthalten find, ohne nabere Prufung ibres innern Werthes und befonders ihrer Unmendbarfeit in Deutschland in beutsche Gesetbucher aufgenommen werden follten. Wie wenig die frangofischen Gefetbucher baju geeignet, wie oberflachlich und einseitig und mit welchen auffallend geringem Grabe bon Rechtstenntnife fen ber Code berathen und abgefagt worden, , bag bie "Berathungen über benfelben in oberflachlichem Sin-"und herreben und Durcheinanbertappen bestanben, "und babei bas eigentlich technische, wovon ber mabre "Werth abhing, fo gut, als gar nicht zur Sprache geatommen, bag materielle Bollftanbigfeit nicht in bem Dlan "bes Gefesbuchs lag und die Auswahl ber Gegenstande fo "ungeschickt ausgefallen, daß fur die Unwendung die fühlbar-"ften Lucken im Großen entstehen; daß nicht Erfahrung "und praktischer Sinn bie Auswahl bestimmt, und haufig "bie wichtigften Gegenstande fehlen", ift in jener Schrift 6. 58 ff. aus ben Berhandlungen über bies Gefegbuch eben fo überzeugend nachgewiesen, als "daß ber Code gerade "in ben Bestimmungen über wirklich abgehandelte Begen-"ftande und in leitenden Grunbfagen am allertraurigften "ausgefallen, und daß die gangliche Unkunde mancher "Grundbegriffe uber bas gange Werf mehr Dammes "rung verbreite, als man glauben follte, bag an eine "organische Ginheit im Code auch nicht entfernt zu ben-"ten fei, weder materiell, noch formell, ba ber Code blos "mechanisch die Resultate ber Revolution und bas vorige "Recht vermengt enthalt, und auch bas lettere in ihm nichts "in fich verbundenes ift, ba er eine Transaction gwischen "romischem Recht und coutumes sein foll, und bagi bie "formelle Einheit fehle, weil diefe eine verarbeitenbe Rraft "ber Gebanten erforbern und man fich fo boch nicht ber-"fliegen habe." Es ift ferner bemertt, "bag bie Folge jener "Eransaction nothwendig eine große Rechtsverschiedenbelt "in ben Sprengeln ber einzelnen Appellationsgerichte, "biefe aber ein mahres Uebel fei, mas fie fruher nicht geme-"fen," und hiernachft bie baraus folgende richterliche Dill. fuhr entwickelt, bie bei bem S. 74 bargeftellten Buftanbe

ber Rechtswiffenschaft um fo bruckenber ift. .. Im Gangen Lift nicht zu leugnen, daß ein Buftand febr großer Rechts-"gewohnheit zu befürchten, und biefer Buftand unertrage "lich wird; ob an verschiedenen Orten verschiedenes Recht gilt, baran liegt wenig, aber wenn fur einen gegebenen einzelnen Sall bas Recht bem Bufall und ber Billfuhr Preis gegeben ift, fo ift bas fchlimmfte einges "treten, mas fur bie Rechtspflege gebacht werben tann. ,Die innere Bobenlofigteit ift in ben Diskuffionen bes "Staatsraths (uber ben Code) unverfennbar" - beifit es 6. 56 - .. und muß auf jeden aufmertfamen Lefer einen atroftlofen Eindruck machen." Wie febr überhaupt ber Code ein schwankendes Produkt nach politischen Unsichten und 3mecten fei, ift in biefer Schrift überhaupt ausgeführt. Go erklarte 4. B. Rapoleon 1803 in ben Staatsraths . Berathungen Familienfideitommiffe fur fchablich, unfitts lich und unvernünftig, führte fie aber 1806 wieber ein und ließ fie 1807 in ben Code aufnehmen. Und eine folche Gefetgebung follte Autoritat und Leitstern für beutsche Gefetgebungen fein, eine Gefetgebung, von welcher Berr v. Gavigny (G. 57) mit Recht bemerft, bag ,auch "bei ben Frangofen felbft nicht felten burch bie ftebenben "Loboreisungen ein Gefühl eines unfeeligen Buftandes und "ber Unvolltommenheit ber aus bemfelben gegrundeten Rur Deutschland aber, bas ber "Arbeit hervorblickt. Rluch Diefer Revolution nicht getroffen batte, war ber "Code, ber Franfreich einen Theil bes Beges guruct-"führte, vielmehr ein Schritt vorwarts in ben Buftand ber Revolution hinein, folglich verberblicher und beillofer, ,als fur Frankreich felbft. Doch alle biefe Unfichten baben glucklicher Beife fur uns Deutsche nur noch "biftorisches Intereffe. Rapoleon gwar hatte es anbers "gemeint, ihm biente ber Code als ein Band mehr, bie "Wolfer ju umschlingen, und barum mare er fur uns ver-"berblich und abscheulich gemefen, felbft wenn er allen "innern Berth gehabt hatte, ber ihm fehlt. "Bon biefer Schmach find wir erloft, und es wird balb menig mehr bavon übrig fein, als bie Erinnerung, baß "fo manche beutsche Juriften, felbft ohne allen Beruf, recht pergnugt mit biefem Instrument gespielt und uns Beil "bon bem verfundigt haben, was uns gu verberben be-

"ftimmt war."

Borftehende treffende Bemerkungen und Urtheile über bie franzosische Gesetzgebung schienen bei einem Gegenftanbe, bei welchem fie als Autorität angeführt zu werben pflegt, in Erinnerung gebracht werben zu muffen.

B. . .

Die Strafgefetgebung.

.. AA. 1 as more and a sign.

Das matetielle Strafrecht. 200.

2. Das allgemeine Strafrecht.

§. 34.

Das materielle Strafrecht mar gwar bereits unter bem Ministerium bes Grafen bon Danckelman revis birt und bem Staatsministerium vorgelegt (§. 17.), Da aber bei ber nabern Durchficht bes vorgelegten Entwurfs fich ergab, bag eine nochmalige Prufung beffelben in mehreren Beziehungen nothwendig fei 69); fo mar biefelbe bas erfte Geschaft bes Gefet Revifions Minifteriums. Es murben hierbei auch bie Berbrechen und Bergeben betreffenden polizeilichen Strafvorschriften bes Allgemeinen Landrechts revidirt, allein von ben eigentlichen Rriminal-Straf. gefegen getrennt und in Saupt. Abschnitte getheilt. folchergestalt revibirte Entwurf warb von bem Gebeimen Oberjustigrath Bobe (jest Oberlandesgerichts-Prafidenten ju Stettin) redigirt und bemnachst mit einigen Dachtras gen und mit ben Motiven nach und nach in einzelnen Abschnitten ausgegeben:

Revidirter Entwurf bes Strafgefesbuchs für die Roniglich Preußischen Staaten, Erfter Theil Rriminal Gefesbuch. Berlin

1833. 136 G. 4.

⁵⁹⁾ Die Gründe biefer nochmaligen Revision find in den Borbemerkungen zu den Motiven zum ersten Theil bes revidirten Entwurfs des Strafgefeit buche angeführt.

Motive zum revidirten Entwurf bes Strafe gesethuchs fur die Roniglich Preußischen Staaten. Erfer Theil: Ariminal: Strafe

gefete. Berlin 1833. 32'G. 4. unb

Materielle Abweichungen bes revidirten Entwurf bes Rriminal. Strafgesetbuchs von bem Allgemeinen Landrecht und ben übrigen Rriminal. Strafgeseten. 433 S. 4.

Entwurf bes Strafgesetbuches fur bie Preußischen Staaten. Zweiter Theil: Polizei: Strafgesete. Berlin 1833. 14 G. 4.

Motive zu bem von bem Revifor vorgelegeten Entwurfe bes Strafgefegbuchs für die Preußischen Staaten. Fünfter Band, enthaltend die Polizei- Strafgefete. Berlin 1833. 31 S. 4.

Mevibirter Entwurf bes Strafgesethuchs für bie Roniglich Preußischen Graaten. Rachtrag zu bem allgemeinen Theil beseselben, Polizeis Uebertretungen und beren Bestrafung betreffenb. Berlin 1834.

6 6. 4.

Motivezum siebenten Abschnitt von Polis

gei-lebertretungen. 1834. 7 G. 4.

Rachtrag zum zweiten Titel bes Strafges febuchs. Erfter Abschnitt 1834 und Dritzter Abschnitt 1834; unb (als nachträgliche Ersganzung bes Strafgesegbuchs)

Botum bes Staats unb Juftigminifters von Ramps, bie Mighanblung ber Thiere be-

treffen b. Berlin 1840. 24 G. 4.1

Der revidirte Entwurf ward spater aus ben in bem Vorwort angeführten Grunden zum Behuf ber Berathungen in den fernern Stadien von mir noche mals durchgesehen und mit einigen Veranderungen in Oftavformat umgearbeitet und nachträglich vorgelegt:

Revidirter Entwurf bes Strafgefegbuchs fur bie Roniglich Preußischen Staaten.

Berlin 1836. 237 G. 8.

Er warb von bes Ronigs Majestat bem Staatsrath gur Bera-

Berathung in einer Kommission und bemnachst in Plenum übermacht; die Rommiffion bestand außer dem Drafidenten bes Staatsrathe, bem Staats Gefretair und ben beiben Juftige miniftern (v. Ramps und Dubler), aus bem Minifter bes Innern und ber Polizei v. Rochow, bem Chef-Drafis benten bes Raffationshofes Gethe, bem Wirklichen Gebeimen Ober . Regierungsrath Robler, bem Birflichen Geheimen Legationsrath Eichhorn, bem Wirflichen Gebeimen Dber Juftigrath Ruppenthal, bem Birflichen Gebeimen Legationerath Eichmann, bem General-Profurator Eichhorn und bem Regierungs-Prafidenten jegigem Minifter bes Innern - Grafen v. Urnim; ber Landgerichterath Bifchoff hatte fowohl in ber Rommiffion, als im Plenum als Referent ben Bortrag. um fo mehr zu bedauern, daß die Theilnahme der Mitglieber von ber Abministration an ben Berathungen theils burch Lod, theile burch Berfetung, theile durch uberhaufte Umtegeschafte ganglich ober theilweife ber Rom. miffion ichon fo fruhe entzogen worden, als bei ber Bahl auch auf ihre bewährten, auch in Preußischen Gerichtshofen erworbenen Renntniffe bes Preugischen Rechts Ruchficht genommen war, unter ben Mitgliedern aus bem Richter stande aber fein Mitglied eines altpreußischen Gerichtshofes fich befand.

Das revibirte Gefegbuch ift jum großten Theil bereits im Staatsrath vorgetragen und erwartet ebeffens

die Schlußberathung.

Als vergleichenben Rommentar über ben Entwurf bes Strafrechts (nach ber Paragraphenfolge ber Oftavs Ausgabe) hatte ich zur Erleichterung ber Berathungen eine

Busammenstellung ber Strafgesete ausmartiger Staaten nach ber Ordnung bes revibirten Entwurf bes Strafgesethuchs für die Röniglich Preußischen Staaten: (Ausgabe in S.). Erster Theil. Berlin 1838, 446 S. Zweiter Theil 1838, 462 S. Dritter Theil 1839, 364 S. Vierter Theil 1841, 451 S. Fünfter Theil 1841, 378 S. 8.

angeorbnet und Die Ausarbeitung berfelben' bem Rammers gerichte Affeffor Deil übertragen.

Minnalen. Seft IV. 1839.

§. 35.

3. Strafrecht fur offentliche Beamte.

Da die Unzweckmäßigkeit der Berbindung der im Allgemeinen Landrechte enthaltenen Strafgesetze wegen Amtebergehen mit den allgemeinen Strafgesetzen sich bei ber Revision herausgestellt hatte; so wurden sie in ein

befonderes Gefet:

Entwurf bes Gesetzes über bas Strafvers fahren gegen Beamte und über bie Entslassen und Wersetzente und über bie Entslassen und Wersetzenten im Wege ber gerichtlichen ober Disciplinar Unterstuchung, mit ben Motiven besselben, als Ergänzung bes 21. Abschnitts bes revistirten Entwurfs bes Strafgesetzbuchsfür die Preußischen Staaten. Berlin 1837. 38 S. 4.

jusammengefaßt. Daffelbe ist bereits im Staatsministerium gepruft und burch die Konigliche Rabinets Drbre vom 23. Februar 1841 jur Prufung und Begutachtung

dem Staatsrathe überfandt.

§. 36.

C. Militair : Strafgefetbuch.

Die Revision ber Militairgesetze ist, obgleich sie nicht im Gesetzrevisions. Ministerium, sondern in einer dazu ausgeordneten Immediat. Rommission bearbeitet und vollendet worden, doch ein Theil der von des Konigs Majestat ausgeordneten allgemeinen Nevision der Strafgesetze und der Leitung des Ministers der Gesetz. Nevision überwiesen (§. 16). Das Militair: Strafversahren ward in dieser Immediat. Rommission 60)

⁶⁰⁾ Mitglieder berselben waren, außer bem Minister für bie Gese-Revision, die General-Lieutenants von Thile I. und Rüble von Elitenstern (§. 16), die Obersten von Dunter, von Cossel, von Migleben und von Boß, der Wirfliche Gebeime Kriegerath Müller, (und bis jum Jabre 1835 der General-Audisteur Friccius); der Jumediat-Kommission traten bingu der Obristeitentant von Rubloff, als Referent, und als Hilfsarbeiter der Geheime Kriegerath Gerlach, der Ober-Auditeur, Wirfliche Justigrath Mietner, der Corps-Auditeur Schmidt und ber Divisions-Auditeur Ricolai.

in allen Theilen beffelben, nach vorgangigem Sutachten fammtlicher fommanbirenben Generale, aussuhrlich berathen und bemnachst nach ben babei vorläufig augenommenen Grunbfagen als Grunblage ber befinitiven Berathung ber

Entwurf bes Strafgefetbuchs fur bas Roniglich Preußische Militair. Erster Theil. Militair: Strafgefete. Berlin 1835. 88 S. 8. mit ben

Erläuterungen zum Entwurf bes Strafge. fesbuchs fur bas Roniglich Preußische Militair: Etraf. Militair: Straf.

gefete. Berlin 1835. 229 G. 8.

von dem Divisions-Auditeur Ricolai, als Referenten, und dem Corps-Auditeur, jesigem wirklichen Justigrath und Obers-Auditeur Schmidt, als Correferenten abgesaßt. Rachdem bieser Entwurf einer aussührlichen Prüfung und Berathung in der Jmmediat-Rommission unterworfen worden, ward unster spezieller Mitwirkung des Wirklichen Seheimen Kriegs-raths Müller und des Wirklichen Justigraths Rietsner der befinitive Entwurf des Milltair-Strafrechts ausgearbeitet und im Jahre 1841 Gr. Majestät dem Rösnige überreicht.

Die Immediat-Rommission hat während ber Berathungen bes Strafrechts und bes Strafversahrens über mehrere einzelne Gegenstände des Militairrechts, insonderheit über das Disciplinar-Berfahren, über Desertion, über Zweifampf und über Ehrengerichte Gesetze berathen und entworfen und Gr. Majestät vorgesleat, von welchen die zuerst gebachte Berorduung bereits

publizirt ift.

ueber bas Strafrecht ift ber Allerhochste Beschluß noch nicht erfolgt.

BB.

Das formelle Strafrecht, — bie Strafs prozest Dronung.

§. 37.

A. Die allgemeine Strafprozeß Dronung.

Es ist bereits im §. 17. angeführt, bag ber unter bem Ministerium bes Grafen v. Dankelmann vorgelegte

Entwurf einer revidirten Strafprogeg. Dronung nicht ans genommen worden und biefer Begenstand auf fich beruben Die Kriminal-Dronung von 1805 gebort geblieben ift. au unfern vorzüglichern neuen Gefegen und überhaupt su ben ausgezeichneteften neuern Strafprozeg. Dronungen. Einige wenige Bunfche, welche fie ubrig ließ, waren theils bereits auf abministrativem Bege erfullt und follten burch bie Umarbeitung ber Kriminal-Ordnung erfullt merben. Diefe Umarbeitung murbe ichon langft erfolgt fein, wenn nicht ingwischen in mehreren beutschen Staaten bie Berbefferung ber Rriminal Sefetgebung Gegenftand ber Aufmerkfamkeit ber Regierungen geworden und es ju, wunschen gemefen mare, ihre Resultate gu erwarten. Daher ward erft im Jahre 1842 jur Revifion der Rris mingle Ordnung gefchritten und ber Bortrag uber biefelbe bem Landgerichterath, jetigen Geheimen Juffgrath und Gebeimen Referendarius im Staatsrath, Bifchoff übertragen. Die Resultate berfelben murben in ben

Nevidirten Entwurf der Strafprozesse Ordnung für die Preußischen Staaten. Erster Theil. Entwurf 116 S. Zweiter Theil. Motive LXX und 196 S. Berlin 1842. 8.

jusammengefagt, unterm 28. Februar 1842 bes Ronigs Majeftat überreicht und bem Staatsministerium und ben ganbes Juftig-Rollegien mitgetheilt. Aus ben §. 33. bemertten Grunden ift die Deffentlichkeit des Rriminalverfahrens in dies fen Entwurf um fo weniger aufgenommen, als fie im Strafverfahren noch bebenklicher, als im Civilprozeg ift, und bem Angefchulbigten ungleich weniger Gicherheit gewährt, als bas beutsche, und insonderheit bas gegenwartige preußische Kriminalverfahren. Dagegen ift bei bem-vorgelegten Entwurf gang besonders barauf Bedacht genommen, die Ermittelung und Bertheidigung ber Unschuld ju erleichtern, baber auch eine munbliche Berhandlung und Bertheibigung vor bem erfennenden Richter geftattet und in soweit die übrigens langst bestehende Mundlichkeit erweitert. Der vorliegende Entwurf burfte baber in biefer, sowie in Rucksicht auf Sicherheit und Bollstandigkeit ber Untersuchung, bes Gebors und bes Erkenntniffes, und mithin an wahrer Liberalitat die Rriminalgesetze aller anderer Staaten und die felbst in denfelben vorgelegten neuen Gefeg. Entwurfe übertreffen.

§. 38.

B. Das Militair : Strafverfahren.

Das Militair. Strafverfahren ist in eben ber Art, wie bas Militair. Strafrecht, Theil ber allgemeinen Gesetz. Revision gewesen und in ber §. 36. gebachten Immediat. Rommission berathen und bearbeitet. Als Grunblage ber Schlußberathung ward ber

Entwurf des Strafgesethuchs fur bas Roniglich Preußische Militair. Zweiter Theil. Militair-Strafprozeg-Ordnung.

Berlin 1837. 88 G. 8. und

Erlauterungen jum Entwurf bes Strafge, fesbuchs fur bas Ronigl. Preugische Militair. Bweiter Theil. Militair: Strafprozeft: Ordnung. Berlin 1837. 239 S. 8.

von ben beiben bort genannten Sulfsarbeitern, hier jedoch von bem Corpselublteur Schmidt, als Referenten, und von bem Divisionselubitair Ricolai als Correferenten,

abgefaßt.

Rach aussuhrlichen Schlußberathungen über biefen eben so wichtigen als schwierigen Gegenstand ist ber Entwurf einer Militair. Strafproze g. Drbnung Gr. Majestat im Jahre 1841 vorgelegt.

II.

Provinzial-Nechte.

A.

Im Allgemeinen.

§. 39.

Das bringende Bedurfuiß der Revision und Feststel-Tung der Provinzialrechte ist bereits in den §§. 2 und 10 entwickelt. Sie war in mehrfachen Beziehungen der schwierigste und muhsamste Theil der Gesey-Revision.

Gie war es ichon wegen ber großen Ungabl ber abzufaffenden Gefetbucher. Alle, bie Breugische Monardie bilbenben, ganber waren vor ihrer Bereinigung unter bem Preugischen Scepter felbfiftanbige, von einander unabhangige ganber, in allen galt bas gemeine Recht als fubfibiarifches Recht; allein in jedem berfelben hatte neben bemfelben aus ben Gigenthumlichkeiten bes gandes fich ein besonderes Landesrecht gebilbet, welches burch bie Einverleibung bes Landes in die Monarchie nicht aufgehoben werben tonnte, fonbern aufrecht erhalten werden follte (§. 2). Die Ermittelung und Feststellung ber eigenthumlichen Rechte aller biefer gandestheile mar baber bie Aufgabe ber Gefet Revision. Das Resultat berfelben follte aber nicht biefe Provingial=Rechte, wie fie vor Bereinigung bes ganbes mit ber Monarchie bestanden, fondern nur biejenigen Provingialrechte, welche nach biefer Bereinigung und nachdem jene Eigenthumlichkeiten bes Lanbestheils gang ober theilweise aufgehort haben, noch gegenwartig gelten, ermitteln, fesiftellen und lich abfassen. Danach liegt von felbst vor, bag bie Ermittelung bes Rechtezustandes, welcher aufgehoben, modificirt ober beibehalten werden follte, unumganglich erforberlich, aber bei ber Angahl folcher einzelnen gandes: theile eine febr schwierige Aufgabe mar.

In keinem biefer kander außer Oftpreußen waren die besonderen Rechte in ein eigenes Gesetbuch zusammengefaßt. Für die Revision der Provinzial-Rechte lagen daher nicht, wie bei der Revision der allgemeinen Gesetgebung, bereits abgefaßte Gesetbucher vor, sons dern die Gesetz-Revision selbst mußte das Material der Revision erst ermitteln und zusammensfellen, ehe sie zur letteren übergehen konnte.

Diese Ermittelung ber verschiebenen Lanbes Rechte war aber außerst schwierig und muhsam. In vielen, besonders in kleinern Landestheilen beruhete ber Nechtszustand fast überall nicht auf positiven, sondern auf, aus den Eigenthumlichkeiten schon nach Begriffen hervorgehenden Grundsägen und baher einem naturlichen Necht in diesem Sinne bes Worts. Die vorhandenen einzelnen Berordnungen waren aber nur in sehr wenigen Lan-

bestheilen gefammelt und biefe Sammlungen mangelhaft und fehr felten geworben; bie im Auftrag bes Staats-Minifle-riums von bem Regierungs-Secretair Scotti veraustaltete Sammlung erftrectte fich nur auf einzelne gur Proving Befts phalen und zur Rheinproving gehörigen ganbestheile, und bie vom Buchbandler Boite in Berlin berausgegebene Sammlung ber Preugifchen Provinzialgefete hatte mit ben bie Mart Brandenburg betreffenden Theilen aufgehort. Die in frubern Zeiten erlaffenen einzelnen Berordnungen waren bochft felten burch offentliche ganbesblatter, fondern burch offentlichen Aufchlag ober burch Bufertigung an die Beborben, nicht allemal in gebruckten, fonbern baufig nur in bandschriftlichen Eremplaren publicirt, und gum Theil nur noch felten in beglaubigten Abschriften und ohne Bermert ber erfolgten Publication vorhanden. Db: wohl fie feit Jahrhunderten befolgt und als Gefete angefeben maren; fo entftanden bennoch bei ihrer Sammlung oft Zweifel über ihre Mechtheit und Dublikation. Ermittelung ber Gewohnheiterechte war noch schwieriger; in teinem gandestheile waren fie unter offentlicher Auto. ritat verzeichnet, nur felten theilweise von Schriftstellern gesammelt, ihre nabere Ermittelung mußte baber ber Revifion voraufgeben und auch bieruber entstanden nicht felten Bebenten, ob fie nach ben gefetlichen Erforberniffen nachgewiesen. Alle biefe Schwierigkeiten murben baburch vermehrt, bag in ben mehrsten gandestheilen auch bie wiffenschaftliche Bearbeitung ber Provinzialrechte fo fehr und jum Theil ganglich vernachläffigt mar 61).

⁶¹⁾ Um wenigstens einen Anhalt bes Provinzial: und statutarischen Rechts und ihrer wissenschaftlichen Pstege, so wie der rechtsegeschichtlichen Literatur in allen Königlichen Provinzen zu gewähren und insonderheit die wissenschaftliche Bearbeitung des Provinzlalrechts zu befördern, habe ich eine, ursprünglich nur zu meinem Gebrauch aussgearbeitete, ausssührliche Uedersicht unter dem Titel: die Provinzzial: und fratutarischen Recht in der-Preußlichen Monarchie, dargestellt vom Wirklichen Geheimen Rath v. Kampt. Erster Theil: die Provinzen Brandens burg, Oft: und Westpreußen, Sachsen und Schlessen. Berlin 1826. 674 S. 4. Zweiter Theil: die Wrovinzen Brandens Berlin 1826. 674 S. 4. Zweiter Theil: die Houwert und Westphalen. Berlin 1827. 736 S. 4. Dritter Theil: die Herzogthümer Eleve, Jülich und Berg, das Großhers

Eine neue Schwierigkeit verurfachte bie Ermitte. lung bes geographischen Umfange ber Gultigs teit ber Provingial-Gefete und Gewohnheits: Rechte. Dag bie gegenwartige Eintheilung bes Staats in Provinzen auf ben Umfang ber Gultigteit ber in eingelnen Theilen ber Proving bestehenden besonderen Recht ohne Einfluß fei und lettere eben fo wenig burch bie Eintheilung in ber gangen Proving eingeführt, als in jenen aufgehoben worden, liegt von felbft eben fo febr vor, als baß es, die Mart Brandenburg und einige wenige Gefete in Pommern und Schlefien abgerechnet, feine Provingial: Befete giebt, welche fur ben gangen Umfang ber Proving nach bem heutigen Begriff gelten. Allein felbft Die besonderen Gefete eines einzelnen Landestheils gelten nicht immer in bem gangen Umfange beffelben. jedes biefer gander bestand ursprünglich in seinem beutis gen Umfang, fonbern ward im Laufe ber Beit burch anbere, bis babin ebenfalls felbstständige gander oder Theile berfelben erweitert. In folchen bingugekommenen ganbern ober gandestheilen behielten die bei biefer Bereinigung bestehenden Rechte ihre Rraft, die in bem Saupts lande bei biefer Bereinigung geltenben Gefete murben durch biefelbe nicht eingeführt, und eben so murben auch fpater von ben neuen Lanbesherren baufig fur bas hauptland und fur ben bingugekommenen gandestheil befonbere Berordnungen erlaffen, beren gefetliche Rraft fich nur auf jenes ober biefen beschrantt. Eben bies gilt in Aufehung ber Gewohnheiterechte. Daber gelten Die Provinzialrechte eines Landes, g. B. eines Rurftenthums, nicht immer in bem gangen Umfange beffelben, fonbern febr baufig finden in einem und bemfelben Lande mehrfache Provinzialrechte Statt. Unfere Provinzialrechte enthalten baruber eben fo viele Belage, als bie aller an= beren ganber. Dies ift eine unmittelbare Folge bes allgemein geltenben Grundfages (§. 2.), bag Privatrechte burch ben Wechsel ber Landeshoheit nicht aufgehoben

jogthum Rieberrhein, die Markgrafthumer Laufit, und das Großberzugthum Pofen. Berlin 1828. 786 S. 4. im Druck herausgegeben.

werben 62). Dennoch ift bies nicht felten als eine auffallende, inkonsequente Erscheinung, als nachtheilig fur bie Rechtspflege und als abzuschaffender Digbrauch ber Brovinzial-Gefengebung, ber in feinem anbern Staate anges troffen werde, bargeftellt, und behauptet, bag, wenn ichon in einem aus mehreren Provingen bestehenden Staate unter ben Provingen beffelben eine Berichiebenheit ber Rechte nicht bestehen durfe; so durfe fie noch weniger in einer Proving ober gar in einem einzelnen gande geftattet werben. Es murbe indeffen eine intereffante Bereiches rung ber Rechtswissenschaft fein, wenn biejenigen, welche folche Grunbfage behaupten, nur einen Staat nachweis fen konnten, in welchem biefe Grunbfate gelten. Gelbft in Frankreich hat, ber Revolution und bes Code ungeachtet, vielmehr felbft in Gemagheit beffelben jebe ebemalige Proving ihre bisherigen, besonderen Provinzialrechte (contumes) beibehalten, und baher gelten mehr fach e droits contumiers felbst in dem Bezirke bes namlichen Appellationshofes, wenn biefer Gerichtsfprengel aus Bestandtheilen verschiedener ehemaliger Provingen du droit contumier besteht. Eben bies ift auch in ber preugischen Rheinproving ber Sall, ba grabe in berfelben eine große Ungahl beutscher und frangofischer Provingialrechte, soweit fie überhaupt noch jur Anwendung fommen, gelten g. B. bie coûtumes de Lorraine, de Luxembourg, de Limbourg, de Malmedy u. s. bas Triersche, Rolnische, Bergische, Manberscheibische und eine große Menge anberer besonderer Rechte. Die behaupteten theile diefer Berschiedenheit ber Provingialrechte fich bort fo wenig bemerkbar gemacht, bag ber rheinische Landtag die bei ihrer Revision vorgeschlagene Bereinfachung berfelben, weil bagu fein Bedurfniß vorhanden, nicht angenommen hat. Es hat baber feineswegs bie Mannigfaltigfeit, fonbern bie Ungewißbeit ber Probingialrechte bie Rothwendigfeit ihrer Revision berbeigeführt, und bie Aufgabe ber-

⁶²⁾ In ben Preufischen Staaten ift biefer Grundfat austrucklich anertannt: Entwurf bes burgerlich en Gefetbuch & Theil 1. Titel 1.

felben ift mithin nicht, diefe befonderen Rechte, foweit fie noch bestehen, aufzuheben, fonbern fie feftzustellen, bamit auch in ben Provinzialrechten, was heute Recht ift, es auch Morgen fei, und auch in bemfelben die gegenwartige Rechtsungewißheit aufhore (6. 2.). Diefer Buftand ift unerträglich, benn ob an verfchiedes "nen Orten verschiedenes Recht gilt, baran liegt wenig, "aber, wenn fur einen gegebenen einzelnen Fall bas Recht "bem Bufalle und ber Willfuhr Preis gegeben ift; fo ift "bas Schlimmfte eingetreten, was fur bie Rechtspflege gebacht werben fann; biefes Uebel wird gewiß von Gebem "empfunden." 63) Eben um biefen fchlimmften aller Buftande ber Rechtspflege abzustellen, und, werden fann, wenn nicht bewirft bie Eriftenz, Bestimmungen ber Pro-Umfana und Die einzelnen vingialrechte nicht geseglich bestimmt, sondern bem meffen fo vieler in ihren Mitgliedern oft wechselns ben Gerichtshofe überlaffen find, ift ihre Robififation angeordnet (§. 10.) Das Gutachten bes Tribunals ju Montvellier über bie Ergangung bes Code burch ben Gerichtsgebrauch trifft auch hier gu: mais quelle jurisprudence! n'ayant d'autre régle, que l'arbitraire sur l'immensité d'objets à co-ordonner au systême de la législation nouvelle, à quelle unité, à quel concert faudrait' il s'attendre de la part d'une pareille jurisprudence, ouvrage de tant de juges et de tant de tribunaux, dont l'opinion, ébranlée par les secousses revolutionaires, serait encore si diversement modifiée, quelle serait enfin le régulateur de cette jurisprudence disparate, qui devrait nécessairement se composer de jugemens non sujets à cassation, puisqu'ils ne reposeraient pas sur la base fixe, des lois, mais sur des principes indéterminés d'équité, sur des usages vagues, sur des idées logiciennes et, pour tout dire en un mot, sur l'arbitraire! A un système incomplet de législation, scrait donc joint pour sup-

⁶³⁾ v. Caviguv, vom Beruf unferer Zeit fur Gefetgebung und Rechtewirthichaft (Seibelberg 1814) S. 80 ff.

plement une jurisprudence désectueuse;" und wird mit Recht als eine gebiegene und acht praftifche Unficht bezeichnet und von ihm angeführt: "bag es die ruhm-"lichfte Unerfennung verbiene, bag in Frankreich wenigs Aftens Gine mabre und grundliche Stimme uber bas, ,was man thun wollte, gehort worden, die aber ohne "Spur einer Wirfung verhallt ift." 64)

Bei biefer allmähligen Bilbung fo vieler gandes, theile war baber bie Berglieberung berfelben in ihre urfprunglichen Bestandtheile und die historische Entwickelung ihrer Gefengebung und ber Grangen ihrer Gultigkeit unumgangliches Bedurfniß ber Revifion ber Provinzialrechte.

Aber auch burch bie Ermittelung ber Landesgesete allein war bie Sache noch nicht erledigt. In allen ganbestheilen waren eine Menge Gefete, theils in ihrem gangen Umfange, theils in einzelnen Bestimmungen außer Anwendung gekommen; bies war insonderheit in Unfebung ber fandes Ordnungen und anderer mehrere Gegens . ftanbe umfaffenden Gefete ber Fall. Die Revifion ber Provinzialrechte mar baber auch wegen ber nothwendigen Gonderung ber noch geltenben Theile berfelben von ben untergegan genen eine fchwierige Aufgabe.

Gine andere Schwierigkeit berfelben entftand aus ber Faffung und ber Sprache ber Provingial. Gefete, in welcher die Musbrucke oft veraltet maren, ober burch bas in fpatern Zeiten inmittelft aufgekommene gemeine Recht einen gang anbern Ginn befommen hatten, wie 3. B. Die Berpfandung liegender Grundftucke, beutsches Gesammteigenthum u. f. w. beweiset.

Die Revision ber Provinzial Gefetgebung fand mitbin nicht allenthalben bereits geordnete Gefete und miffenschaftliche Behandlung der Provinzialrechte vor, sonbern mußte lettere felbft fammeln und bie gefammelten in ben obgebachten und anderen Begiehungen untersuchen und erortern, und fowohl unter einander als mit ben Rechten benachbarter ober folcher Landestheile vergleichen, beren Bevolkerung eben bem Bolkoftamme, wie bie berfel-

⁶⁴⁾ v. Cavigny a. a. D. S. 80 ff.

ben angehörte. Erft nachdem burch biese historischen und rechtswiffenschaftlichen Erdrerungen bas Material herbeigeschafft und bearbeitet war, konnte basselbe aus bender Revision vorgeschriebenen Gesichtspunkt geprüft und gesichtet, und als Provinzialrecht abgefaßt werden.

Die gegenwärtige Revision ber Provinzialrechte hat ben Zweck, die wegen Abfassung ber Provinzialrechte ben Lanbständen wiederholentlich gegebenen landesherrlichen Zusicherungen und die so oft erlassenen Befehle endlich zu erfüllen; es sollen, wie es in den Konigl. Propositions-Dekreten zu den Landtagen von 1833 ausdrücklich heißt:

bie Borfchriften bes Publikations : Patents zum Allgemeinen Landrecht vom 8. Februar 1794 zur

Ausführung gebracht werben. Die in dem über die zur Ausführung der Vorschriften des Publikations Patents in den Königl. Kabinets Ordren vom 1. April und 22. August 1798 und vom 9. September 1800 enthaltenen Bestimmungen 65 fonnten daber nicht underücksichtigt bleiben, und, wie auch das Königliche Staats Ministerium in dem Immediat Berichte vom 26. Januar 1833 angenommen hatte, in die Provinzial Gesehücher nur solche Provinzials gesete ausgenommen werden, welche sich auf die besondere Verfassung und Beschaftenheit jeder Provinz beziehen, und wovon der Ruten und die Nothwendigkeit der Beibehaltung nachgewiesen werden kann. Es ergiebt sich hieraus sur die Geses-Revision die Nothwendigkeit, auch diese Besbingung zu berücksichtigen.

Die Frage: ob die Provinzialrechte kodifizirt werden sollen? ist zwar schon im §. 10. erdrtert, kam aber auch im kaufe der Revision im Staats-Ministerium verschies bentlich zur Berathung, und ist jedesmal bejahend entsschieden. Das erste Mal war in Borschlag gekommen, anstatt der Kodifikation die Provinzialgesetze von neuem zum Abdruck zu befordern; dieser Borschlag ward aber in

⁶⁵⁾ Bergi. ben Bericht bes Geb. Regierungsraths und Universitäterichtere Rrause an ben Juftigiminister v. Bevme aber bie Revision ber Provingialrechte (in ben Jahrbuchern heft 36. S. 102 ff.

ber Sigung bes Staats-Ministeriums vom 8. Januar 1833 auf bie Bemerfung beffelben jurudgenommen, "bag bie , noch bestehenden Provingialgesete nicht immer in ihrem gangen Umfange noch Gultigfeit haben, bei beren "Cammlung und Abbruck alfo bas ausscheiben muffe, "was durch fpatere Berordnungen aufgehoben worben, ,,und was nicht mehr Gultiafeit babe, und ,man auf biefe Beife nothwendig babin gelange, "ben borhandenen Provinzialgefegen einen Auszug zu ,machen, um burch biefen Auszug bas wirklich noch be-,ftebende Provinzialrecht barguftellen, diefe Operation aber gerade biejenige fei, welche in allen feit 1794 ergangenen "Allerhochsten Berordnungen über Die Cammlung bes "Provingialrechte vorgefdrieben und beobachtet worden." Diese Unficht ward burch die Konigl. Rabinets: Orbre

bom 29. beffelben Monats genehmigt.

Das zweite Mal war bas Bebenken angeregt, bag burch bie Rodifikation ber geschichtliche Zusammenhang ber Gefete unterbrochen und die lebendige Fortbildung des Rechts gehindert werde. Das Staats-Ministerium befeitigte inbeffen in ber Sigung vom 15. November 1830 bies Bebenten burch bie Bemerkung: "bie bisherige Form (bie "Rodififation) fei biejenige, welche ber Ronig Friedrich II. ,angeordnet, hiernachft burch bas Dublikations Datent "bom 5. Februar 1794 und burch mehrere Spezial-Das stente, und endlich auf ben Bericht bes Staats-Miniftes "riums burch die Allerhochste Rabinets-Ordre vom 29. Januar 1833 genehmigt; Die Propositions Defrete feien "barnach abgefaßt und bie Entwurfe barnach ausgear-"beitet; hiervon jest abzugehen, wurde eben fo mes "Schichtlichen Bufammenhanges ber Provinzialrechte murbe ,fich bei ber Robifikation, fo wie die Unwendung ber "Provingialrechte mit Rucksicht auf ihre geschichtliche "Grundlage baburch bemirten laffen, bag bei ber Abfaf-,fung ber Provinzial-Gefegbucher, welche gur Berftel Jung eines jest haufig vermißten ficheren "Rechtszustandes nothwendig fei, bie Quellen, ,aus benen bie einzelnen Borfchriften geschopft worben, "mit angeführt murben. Das Staats. Minifte:

grium vereinigte fich bemnach, indem es bie "Mothwendigkeit, ein jus certum fur bie Dro-"vingialrechte berguftellen, anerkannte, gu bem "Beschluffe, auf bem bisher beschrittenen .Bege weiter vorzugeben, und in die Provingials Befetbucher die Allegation ber Gefete, aus benen bie "Borfchriften berfelben entnommen worben, mit aufzunehmen." Letteres war auch bisher schon in ben Dotiven geschehen, und auch bei ben fpateren Entwurfen find in benfelben bie Quellen febr ausführlich angeführt, ba biefe Allegation nicht in bem Entwurfe tonnte, indem nicht alle provinzialrechtlichen Borfchriften auf positiven Berordnungen beruhen und, mo bies ber Fall ift, diefelben in ihrer ursprunglichen Saffung und nach ihrem gantem Umfange nicht mehr anwends bar und erschöpfend find, ber historische Zusammenbana aber weit vollständiger und grundlicher burch die Motibe bargeftellt und gefichert mairb. Die Rothwendig= feit der Rodifikation ift auch jur Berathung der Provingial ganbtage gestellt und von der eminenteffen Debrheit berfelben anerkannt.

Es war allerdings die Abficht, in die Entwurfe ber Provinzialrechte auch die statutarischen und übrigen Rechte einzelner Ortschaften aufzunehmen und diefelben find ba= ber forgfaltig ermittelt. Gie waren aber fo gablreich und jum Theil fo zweifelhaft, bag jene Abficht aufgege-Es warb baber in Gemäßheit bes ben merben mußte. Beschluffes bes Staats Ministeriums vom 7. Januar 1837 ben Landtags Berfammlungen eröffnet: ,, daß bie "Lotalrechte, gefchriebene und ungeschriebene, nicht in bie "Provingialrechte aufgenommen worden, weil diefe Auf-,nahme ale gang unausführbar fich bargeftellt habe, und "baber bie Ertlarung ber Landtags Berfammlungen bar-"uber entgegen gefeben werde, ob die Rodifitation jener "ortlichen Rechtsquellen nachträglich noch vorzunehmen nober ob von berfelben abgesehen und ohne biefelben "Statuten und Gewohnheiten einzelner Orte ober Begirte "bergestalt erhalten werben follen, bag berjenige, welcher "fich auf fie beruft, ben Beweis berfelben gu fuhren bat."

Es ift bis jest bei ber bisherigen Berfaffung und mithin bei ber letteren Alternative geblieben.

§. 40.

Es ergiebt fich bieraus, bag bie Revision und 216faffung ber Provingialrechte nur bas Resultat mehrfacher und wiederholter Operationen fein konnte: Derbeifch affung ber Materialien, Drufung berfelben und Feftftellung ihrer noch lebenben Bestimmungen. Es mard babei von bem Grundfate ausgegangen, alle biefe Operationen zu wiederholen und an denfelben moglichft viele Sachkundige Theil nehmen zu laffen. In den mehrften alten Propinten mar ihnen gwar burch die Arbeiten ber balb nach Dublikation bes Allgemeinen gandrechts versuchten Abfaffung ber Provingialrechte vorgearbeitet, allein lettere waren burch bie fpatere Gefengebung fo veranbert, bag bie bamaligen Arbeiten fur ben gegenwartigen 3weck nicht genugten. Wenngleich bie Provinzialrechte mabrend , bes Ministeriums bes Grafen v. Danckelman nicht gur Revision famen; fo murben boch von ben Landesgerichten und burch biefe von ben Untergerichten Bericht über Diefelben erforbert, und auch von mehreren biefer Beborben zum Theil grundlich erstattet; es ergab fich jedoch bald, bag bie überhauften Berufsgeschafte ben gerichtlis chen Behorden nicht geftatteten, bem Bedurfniffe vollftanbig abzuhelfen. Das Gefet Revisions-Ministerium überfrug baber bie Berbeischaffung ber Materialien und die Abfassung eines vorläufigen Ente wurfs ber Provingalrechte einzelnen, ber legteren naber fundigen Mitgliebern ber Landes - Jufigfollegien ober anderen Mannern, und unterzog nicht allein auch fich felbft ber Ermittelung ber Materialien aus Archivalund gerichtlichen Aften und auf miffenschaftlichem Bege, fondern veranlagte auch bie Beroffentlichung einer bebeutenden Menge bisher unbefannter Quellen ber Provingialund statutarischen Rechte und wiffenschafliche Erorterungen bon Gegenftanben berfelben und ber gu beren Ente wickelung und Erlauterung gereichenben ganbesgeschichte.

Da hiernach die erfte materielle Bearbeitung ber einzelnen Provinzialrechte in ben Provinzen erfolgte, fo

konute fie im Gefet : Revisions : Ministerium nicht unter ben verschiedenen Mitgliedern beffelben vertheilt merben; besto größer mar aber ber Umfang ber Geschafte ber Unordnung, Leitung, Juftruftion und Unterftugung biefer Provingial-Arbeiten, und ber Fortruckung biefer Ungeles genheit, fo wie überhaupt ber Generalien berfelben. Dies General Dezernat hat mabrend meiner Bermaltung bes Ministeriums der Geheime Ober-Juftigrath v. Moller mit einer Grundlichkeit, Umficht und Thatigkeit gehabt, bie ich nicht bankbar genug anerkennen fann, und burch welche er um die Provingialrechte fich bleibende Berbienfte erworben bat. Nachbem bie erften Entwurfe in ben Provingial-Stadien entworfen und bem Ministerium gur Prufung und Abfaffung ber revidirten Entwurfe eingefandt maren, murben biefelben ju biefem 3mecte unter Die Mitglieder beffelben ober eigene bagu aus gandes: Juftig : Rollegien einberufene Sulfsarbeiter vertheilt und bon benfelben im Ministerium jur Berathung gebracht.

Die Bearbeitung ber einzelnen Provinzialrechte in

ben Provingen erfolgte in folgenden brei Stadien:

1. Das erste Stadium war die erwähnte Sammlung ber Materialien und beren Jusammenstellung in einen vorläufigen Entwurf des Provinzialrechts durch einen damit beauftragten Kommissarius, zum Theil unter der Leitung des Landes Justiz-Rollegiums. Dieser Entwurf ward an das Sesetz Revisions Ministerium eingesandt, von demselben geprüft und theils von ihm selbst, theils nach dessen näherer Unweisung von dem Kommissarius ergänzt und bergestalt vervollständigt, daß er den Berathungen im zweiten Stadium zur Grundlage dienen konnte. hiernächst ward der vervollständigte Entwurf durch das Justiz-Ministerium in

11. bas zweite Stabium gebracht, um in bemfelben in einem größeren Rreise von, ber Landesrechte kundigen und erfahrenen Mannern aus allen Standen naher geprüft und berathen zu werden. Die Bestimmung bieses zweiten Stadiums war sowohl die Prüfung des vorläufigen Entwurfs nach allen Nichtungen und iu allen seinen Theilen überhaupt, als insonderheit die Ergänzung besselben durch die nahere Renntniß der Rechte und Ge-

wohn=

mobnbeiten in ber Probing, und bie Berathung uber ben nach ber neueren Gefetgebung fich ergebenden provinziellen Rechtszustand. Es war babei von bem Gesichtspunkte ausgegangen, bag über Gegenftanbe, welche fo febr, wie Die porliegenden, die befonderen Intereffen und Berhaltniffe ber einzelnen Provingen betreffen, felbft fur einen bemnachst ben Landtagen vorzulegenden Entwurf eine fichere Unficht nicht füglich ohne Bernehmung ber Betheiligten gefaßt werben tonne. Es ward baber auf ben Untrag bes Gefet Revifions Minifteriums burch bie Ro. nigliche Rabinets Drbre vom 29. Januar 1833 zur Berathung bes vorläufigen Entwurfs in allen Provinzen, und, wenn fie aus verschiebenen Landestheilen besteben, für jeden ber letteren, als zweites Stadium eine befondere Rommiffion niebergefest, welche unter bem Borfite eie nes ober mehrerer Rommiffarien bes Gefet Revisions. Ministeriums aus einigen Deputirten ber betreffenden Ober gandesgerichte und Regierungen und einer, nach ben Berhaltniffen ber Proving großern ober fleinern Ungahl von eigende ju biefem Zwecke von ben Landtage-Berfammlungen gewählten Deputirten aller Rlaffen ber Stande bestehen follte, und berfelben die Uften des Ministes riums, fo wie eine geraume Beit vor ihrem Bufammentritt allen Mitgliebern berfelben ber borlaufige, vom Gefet : Ministerium geprufte Entwurf mit ben Motiven mitgetheilt. Bu ber Bestimmung biefer provinziellen Rommissionen geborte auch, nach ben Resultaten ihrer Berathungen fur ihren Landestheil einen Entwurf bes Provinzialrechts abzufaffen und dem Gefet : Revisions. Ministerium einzureichen. Der Gifer und Ernft, fo wie Die Gachkenntnig, bie Grundlichfeit und ber Ginn, mit welchen in fast allen Landestheilen diefe Rommiffionen gearbeitet baben, verbienen eben fo fehr ruhmliche Unerfennung, als fie ben allgemeinen Bunich, bem ichwankenden Buftande bes Provingialrechts ein Ende zu geben, beweifen. Demnachft erfolgte bie Berathung bes Provingial=

rechts in III. bem britten Stadium von den Landtags. Berfammlungen. Daß die Kommissionen die Entwurfe und Aften dem Landtage nicht unmittelbar zusenden

Annalen. Soft IV. 1839.

fonnten, fonbern fie ber tommittirenden Beborbe einreichen mußten, liegt von felbft vor. Eben fo flar ift ce, baff Die bon ben Rommiffionen ausgearbeiteten Entwurfe fur bas Juftig-Minifterium nicht maafgebend fein fonnten. weil die Gefet Revifion nicht ihnen, fondern dem Dinifterium für bie Gefet Revifion aufgetragen, und baber beffen Entwurfe bem Landtage borgelegt merben mußten. Die Bestimmung ber Rommiffionen war mehr auf bie grundliche Inftruttion und Prufung ber Cache aes richtet, fo wie die Entwurfe hauptfachlich den 3weck batten, ihre Gutachten überfichtlich abzufaffen. Daber mußte ber Kommiffions. Entwurf im Ministerium gepruft und berathen, und ein bem ganbtage mitgutheilender Enter murf mit ben Motiven abgefaßt werben. Dies folgte nicht allein fchon aus ben Berhaltniffen im Allgemeinen. fondern war auch fur die Sache felbft nuglich und nothe wendig. In ben Rommiffionen herrschte oft eine Berfchiebenheit ber Unfichten, eben fo baufig hatten fie fich ber Meugerung enthalten und die Bestimmung bem Minifterium anbeimgestellt, ober, unbefannt mit ergangenen Rabinets Drbren, Jubitaten bes Ober Tribunals ober andes ren Materialien, einen Grundfaß angenommen, ber entwes ber überhaupt ungegrundet oder aufgehoben mar; oder fie batten einzelne Gegenftande überfeben, und zur Begrundung ber angenommenen Grundfage ihnen unbefannte Sauptgrunde nicht angeführt. Die tommiffarischen Entwurfe maren, wie bies haufig ber Fall war, oft fowohl in ber Kaffung, als in ber Ausführung unbestimmt, luckenhaft und fonft nicht angemeffen, und bedurften baber einer Ergangung und Umarbeitung. Das Ministerium fonnte aber auch, wie bies ebenfalls fehr haufig ber Fall mar, materielle Bebenten gegen ben Entwurf ber Kommiffion haben, und es war baber angemeffener und fur bie Revifion felbst forberlicher, fie durch ben ministeriellen Ente wurf gur Renntnig ber Stanbe gu bringen, bamit fie fich auch barüber erflaren tonnten, als fie erft gegen bie ftanbifche Erklarung vorzubringen, und baburch eine nochmalige Berhandlung mit benfelben ju veranlaffen.

Dahet murben bie ersten Entwurfe, fo wie bie ber provingiellen Rommiffionen im Gefete Revisions Ministerium, unter Benutung aller Materialien, einer genquen

Berathung und Prufung untergogen, unb, nachbem bas Minifterium bierburch bie wollstanbigfte leberficht ber Propingialrechte erlangt hatte, bie Refultate ber Revifion in ben Motiven gusammengefaßt (§. 10.) und ber Entmurf bes Provingialrechts abgefaßt. Gine Ausnahme von bies fem Berfahren war allerbings julaffig wenn wie bieß befonders bei weniger erheblichen ober einfachen Provingialrechten und besonders bei vielen ber ben ganbtagen bon 1836 vorzulegenden Entwurfe ber Fall mar, bie tommiffarifchen Entwurfe vollig erichopfend waren ober bem Minifterium nur ju menigen Bemerkungen Beranlaffung gaben, und baher um fo weniger ber Ueberarbeitung im Revifions-Minifterium bedurften, ale betein Borlegung au biefen Landtagen bringend gewünscht marb. Diefe Ruch fichten veranlagten bas Gefets-Revifions. Minifterium gu bem Borichlage, bei ber Rurge ber Beit biefe Entwurfe ohne fpetielle Revision und Umarbeitung, fonbern nur nach porgangiger allgemeiner Prufung gur Mittheilung an bie Landtage borgulegen. Das Staats-Minifterium erftattete ben barüber erforderten Immediat. Bericht unterm 17. Det. 1836 babin: "bag nach bem gewöhnlichen Geschäfts. .gange bie mit ben Deputirten berathenen Entwurfe por "ber Borlegung bei ben ganbtagen gunachft "im Juftig-Minifterium und fobann einer fpe-"giellen Prufung im Staats. Minifterium unstergogen, nach beren Ergebniffen berichtigt "und neu redigirt werben mußten. Bu einer fols ochen umfaffenden und schwierigen Arbeit fei aber bie Beit gu furg und ber Zeitverluft ju vermeiben. "Mittheilung an bie Landtage burfte ber Entwurf, wenn mer vorber nur im Allgemeinen im Juftig-Die mifterium ju bem 3mede burchgefeben mor-"ben, um fich gu überzeugen, daß die als leis stend vorgeschriebenen Grundfage befolgt "und feine Ungehörigfeiten eingemifcht feien, "burch die Berathung mit ben ftandischen Deputirten und "bie banach bemirtte Umarbeitung binreichend vorberei-"tet fein. Es scheine fogar rathfam, por ber fpeziellen "Distuffion im Juftig-Ministerium und im Staats Mini-"fterium die ganbtage mit ihren Erflarungen gu boren,

"få bei einem Segenstanbe, welcher so sehr, wie ber vor"liegende, bie besonderen Interessen und Berhaltnisse ber "einzelnen Provinzen berührt, eine bestimmte Ansicht nicht "füglich eher gefaßt werden konne, als bis die Betheilig-"ten barüber vollständig vernommen worden." Das Staats-Ministerium trug auf die Genehmigung an:

"bag bie von den Rommissarien des Jusiz-Mini"steriums mit den fanbischen Deputirten bera"thenen und nach den Ergebnissen dieser Berathun"gen umgearbeiteten Entwurfe, nachdem solche im "Justiz-Ministerium für die Gesex-Revision einer "allgemeinen Prüfung unterworfen worden, vor "der speziellen legislativen Berathung den Stan"den auf den nachsten Landtagen zur Erklarung "vorzulegen."

Des Konigs Majestat genehmigten burch bie Rabinets Orbre vom 31. besselben Monats biesen Untrag sei-

nem gangen Inhalte nach, und infonderheit,

baß die von ben Kommissarien bes Justiz-Ministeriums mit den flandischen Deputirten berathenen und nach ben Ergebnissen bieser Berathungen ums gearbeiteten Entwurfe zu den Provinzial-Gesethuischern, wenn sie zuvor in dem Justiz-Ministerium für die Geseg-Revision einer generellen Durchsicht unterworfen worden, vor der speziellen legislativen Berathung den Ständen auf den bemnachst bevor-

ftebenben ganbtagen vorgelegt merben.

Es warb hierdurch gestattet, daß von dem ordentlichen Seschäftsgange, nach welchem die Kommissions-Entwurfe vom Seses. Revisions-Ministerium, vor der Borlegung bei den Landtags-Bersammlungen einer speziellen Prufung hatten unterzogen, und nach deren Ergebnissen berichtigt und neu redigirt werden mussen, für die damals vorliegenden Entswurse eine Ausnahme gemacht werde und nur eine generelle Durchsicht eintrete. Allein unter derselben ist keinesweges bloß eine formelle, sondern auch eine materielle verstanden, und die Absicht nicht gewesen, durch die Erlassung der speziellen Prufung die Borlegung mangelhafter, unsvollständiger, nicht erschöpfender Entwurse zu gestatten und die dei der generellen Durchsicht sich ergebende Man-

gel ber Landtage Berfammlung vorzuenthalten, fonbern Die Abficht ift allerdings gewesen, bag benfelben alles, was jur grundlichen Beurtheilung gereichen fann, moglichft vollständig mitgetheilt werde, wie bics in ber Faffung eines Entwurfs ober in beffen Motiven am überfichtlichften geschehen fann. Rach biefen Grundfagen ift auch bamals nach ben Ergebniffen biefer generellen Prufung ein Theil jener Provinzialrechte, so wie alle folgenden bearbeitet, und außer jenen Ausnahmsfällen baber die Rommiffions. Ents wurfe in der Gefen Revifion ausführlich gepruft, vom Ministerium neu redigirt und Gr. Majestat vorgelegt, von Allerhochstdemfelben ben verschiedenen Provinzial-Landtagen mitgetheilt und bem Ministerium barüber bie Allerhochfte Bufriedenheit mehrmals zu erkennen gegeben. Die foldergestalt im Gefen-Revisions Ministerium acpruften Entwurfe find baber als revibirte bezeichnet.

Daburch wurden aber ben landtags. Versammlungen bie Kommiffions-Entwurfe keinesweges vorenthalten, sondern vielmehr mit ben Verhandlungen der Kommission und den Akten des Justig-Ministeriums vorgelegt, und ihnen badurch die vollständigste Uebersicht und die Materialien zur Verathung, und zugleich die Ansichten des Geses-Revisions-Ministeriums zur Prufung mitgetheilt. 6.).

Bei ber Erdrerung über die generelle ober fpezielle. Prüfung ber Kommissionds Entwurfe kam es auch zur Frage: ob die revidirten Entwurfe vor der Uebermachung an die Landtage im Staats Ministerium zu berathen seien? Diese Frage entstand aus einer Verwechselung bieser Entwurfe und ber Entwurfe zu einzelnen Gesehen. Das Staats Ministerium selbst ging in dem eben angeführten Immediat Berichte jedoch von dem richtigen Gesichtspunkte aus, daß es hier auf Gegenstände ankomme, welche die besonderen Interessen und Verhältnisse der einzelnen Provinzen berühren, und über welche eine bestimmte Unsicht nicht füglich eher gefaßt werden könne,

⁶⁶⁾ Auch warb ben Landtagen burch bie Ronigl. Rabinets: Drote vom 31. Dezember 1837 bie Zuziehung ber bisberigen Minifterial-Rommiffarien zu ihren Berathungen gestattet, nm über ihre Eutmurfe bie noch erforberlichen naberen Erlauterungen zu geben.

als bis die Betheiligten barüber vollständig vernommen worden, und daß daher die Erklarung der Landtage der Berathung des Staats-Ministeriums vorausgehen muffe, um dieser hohen Behorde vor ihrem Beschlusse die vollsständige Uebersicht von den Ansichten und Anträgen der verschiedenen Landtage zu gewähren, und sie dadurch um so mehr in den Stand zu seigen, sie zu berücksichtigen und den Entwurf des Ministeriums zu prüfen und zu beurtheilen. Wenngleich hiernach die Berathung des Staats-Ministeriums erst eintritt, nachdem die Verhandlungen über das Provinzialrecht geschlossen sind und demselben vollsständig vorliegen; so würde, wie sich von selbst ergiebt, das Staats-Ministerium berechtigt gewesen sein, die bei der vorläusigen Durchsicht des ihm zur Uebermachung an die Landtage vorgelegten Entwurfs bemerkten Mängel zuvor ergänzen zu lassen.

Die von ben Landiags Berfammlungen abgegebenen Erklarungen über bie revidirten Entwurfe wurden an bas Gefetz Revisions Ministerium abgegeben, um die Entswurfe, nachdem sie nunmehr von allen Geiten beleuchtet und gepruft worden, in die ferneren legislativen Stadien

zu bringen.

In diefer Lage befinden fich gegenwartig die revidirten Entwurfe ber Provinzial-Gefesbucher, mit Ausnahme ber wenigen, über welche die Landtage fich noch nicht erklart haben.

§. 41.

Auf biesem vielseitigen und grundlichen Wege sind die sammtlichen Provinzialrechte ber Preußischen Monarchie (mit Ausnahme Posens und ber Oberlausis), soweit ihre Abfassung zur Aufgabe bes Gesey-Revisions-Winisteriums gehört, abgefaßt und zu ben ferneren Revisions-Stadien vorgearsbeitet. Da das Provinzialrecht fein neues, sondern nur das, durch die neuere Gesegebung und andere Berhältnisse modifiziete und befesigte, bisherige Provinzialrecht ift, und die Provinziallandtags-Versammlungen mit den Entwurfen zum bei weitem größten Theil sich ein-

verstanden erklart und auf baldige Publikation ber Provinzialrechte angetragen haben; fo burften biefer Berathung und bem von des Ronigs Majestat neuerdings befohles nen Fortgang ber Nevifion ber Provinzialrechte 67) fo bebeutend vorgearbeitet fein, bag ber balbigen Erfullung ber fo oft wiederholten Landesherrlichen Berheißung ber Provincial: Gefetbucher entgegengesehen werden fann. Der Preußische Staat wird bann im Allgemeinen eine Drovinzialgesetzgebung besiten, wie fie fein anderer Staat aufjuweisen hat und jeder einzelner gandestheil einen propinciellen Rechtszustand erhalten, wie ihn fein anderes Land in Deutschland befist. Go wie Gesetzgebung und Rechtswiffenschaft überhaupt nur auf geschichtlichen Boben und nur an ber Sand ber Geschichte gebeiben fann; fo ift bies vorzugsweise bei ben auf eigenthumlichem Landesboden entsprossenen und allmählig weiter ausgebilbe-ten Provinzialrechten ber Fall. Sie find weniger positives, als aus ben eigenthumlichen Berhaltniffen bes Landes und bes Bolks hervorgegangenes Recht, und biefes burch bas Gefegbuch nicht fowohl gegeben, fondern nur, um es gegen 3weifel und Ungewißheit zu schützen und zu befestigen, schrifts lich abgefagt und festgestellt. Es lenchtet baher ohne weitere Ausführung von felbst ein, wie schlechthin unentbehrlich bas geschichtliche Element und die wiffenschaftliche Berarbeitung bes vorhandenen Stoffe und überhaupt die wiffenschaftliche Behandlung fur bie Renntnig und Bufammenfiellung bes Provinzialrechts ift. Das Gefetrevifions-Ministerium ift baber bei ber Revifion beffelben von diefem Gefichts: puntte unausgeseht forgfaltig ausgegangen, und hat burch felten vernommenen Sabel, daß es biefen Gefichtspunkt zu boch ftelle, von bemfelben fich nicht abwendig machen laffen. Die Aften des Minifteriums und ein großer Theil ber Motive der Gefets-Entwurfe beftatigen bies, fie founten gwar nur die Refultate jener Eror. terungen aufnehmen, allein die Summe diefer Motive enthalt bennoch eine vollftandige wiffenschaftliche Bearbeitung aller Provingialrechte, und murbe ein erschöpfendes Suffem

⁶⁷⁾ Königl. Rabinets Orbre vom 28. Februar 1842 (in ben Jahrs buchern 26. LIX. S. 575.)

berfelben barftellen, wenn fie als folches umgearbeitet wurden. Wenn gleich folche ausführliche wiffenschaftliche Erdrterungen nicht zu bem Berufe ber Gefet Reviffon gehoren; fo hat bas Ministerium boch bie Beforberung berfelben fich angelegen fein laffen, bagu auf alle ibm gu Gebote ftehenben Mittel beigetragen, über wichtigere Gegenftande ber Provingialrechte ausführlichere miffenfchafts liche Ausführungen aus ben Materialien ber Revision veranlaßt, und theils burch bie Sahrbucher ber Preußisichen Gesetzebung, theils burch besonderen Abbruck jur allgemeinen Renntnis gebracht, interessante Erorterungen in ben Arbeiten ber Revifion offentlich befannt gemacht, erheblichere, bieber unbekannte ftatutarifche Gefete und Urfunben theile felbst veröffentlicht ober zu biefem 3mecke Gelehrten mitgetheilt -; fo ift 3. B. ein bedeutenber Theil bes Materials bes zweiten Banbes ber wichtigen Grimmichen Urfunden . Cammlung bem Berausgeber bom Ministerium mitgetheilt - überhaupt historische und rechtswiffenschaftliche Arbeiten über Provinzialrechte burch Mittheilung von Aften, Remunerationen und ans bere Unterfingungen und Unerkennungen veranlagt und beforbert, und beshalb auch bie Revifions-Arbeiten und infonderheit die Gefet Entwurfe und Motive Gelehrten, bei welchen ein wiffenschaftlicher Gebrauch vorauszuseten mar, Daffelbe bat außerbem eine befondere Uufmitgetheilt. merksamkeit auf bie Ermittelung bes fruheren Rechtstuftandes in ben einzelnen Beftanbtheilen ber Provingen, besonders berjenigen, in welchen ungluckliche außere Berhaltniffe bas Intereffe fur einheimisches Recht in bem Beitraume, in welchem es in Deutschland erwachte, unterbruckt hatten, veranlagt und ju biefem 3mecke, jum Theil burch eigene Rommiffarien in allen Archiven forgfaltige Ermittelungen ber Lanbrechte anftellen laffen. baher in großer Ungahl reichhaltige Materialien gur nas heren Renntnig ber provingiellen Rechtszustanbe und ib: rer allmahligen Entwickelung fchon gegenwartig vor, aus welchen befonders die Arbeiten bes Appellations-Raths, Freiheren v. Furth in Coln und bes Juftigraths Sittel in Trier einer ruhmlichen Ermahnung erforbern. Die ausführlichere Bearbeitung biefer Materialien muß

ber Wiffenschaft und ber Zukunft überlaffen werden, bas Ministerium war nur barauf beschränkt, ber Wiffenschaft burch Ermittelung ber Materialien vorzuarbeiten und

beren Benutung zu erleichtem.

Die umfaffende Bearbeitung ber Provinzialrechte in ber Preufischen Monarchie in einem größeren Style miffenschaftlicher Behandlung, und besonders die historische Entwickelung berfelben, bat fowohl fur Preugen, als fur bas germanische Recht, ein fo bebeutenbes Intereffe, bag, wie ich beilaufig bemerte, ich mehreren Gelehrten mehrmals Vorschlage zu einem folchen Werke gemacht, und bagu bie Materialien gur Benutung angeboten babe. Die Preufischen Staaten bestehen aus ehemaligen Gebietotheilen fast aller alteren beutschen Bolkestamme und verschiedener flavischen Bolkerschaften, und ihre Bevolkerung aus Abkommlingen fast aller alteren germanischen Boltsflamme, Saffen, Dft. und Bestfalen, Thuringer, Salier, Ripuarier, so wie mehrerer flavischer Bolsstamme. In allen Theilen bes Preußischen Staats haben bie Rechte eines biefer Bolkerschaften gegolten, und die heutigen eigenthumlichen Rechte biefer Provingen in diefen alteren Gefegen ihre lette Burgel und Grundlage. Bie verschieden und mannigfach auch diese ursprünglichen Rechte im Laufe fpaterer Zeiten in ben einzelnen gandern veranbert worden find; fo haben fich boch in den lettes ren unverfennbare Grundzuge bes Charafters und Ueberbleibfel jener alteren Rechte erhalten. Der Rechtszustand ber jur Germania antiqua gehörigen Landestheile unterscheibet sich baber noch gegenwartig mefentlich von bem in ben ursprunglich flavischen Provingen. auch in ben ursprunglichen germanischen Provingen find, bei genauer Unalpfe, in den verschiedenen Landestheilen Spuren ber barin gegoltenen alteren Bolkerechte unverfennbar, und bie eigenthumlichen Rechte in ben verschiedes nen, ehebem von bem nanlichen Bolkestamme bewohnten gandern fimmen baber in bicfen Grundzugen, und felbft in tenzelnen Bestimmungen noch gegenwartig eben fo wesentlich überein, als fie fich barin von dem Rechtezustande ber fruher von anberen beutschen Bolkerstammen bewohnten Landestheile unterscheiben. Der Unterschied gwischen ben

Landern bes franklichen und fachfischen Rechts, welchen Rarl bes Bierten Goldene Bulle in Begiebung auf gang Deutschland, zwischen bem jus Franconicum und ben jura Saxonica rucffichtlich ber Reichs. Bifariate fo bestimmt festbielt, bat baber, wenn gleich in ben feitbem schwächer gewordenen Grundzugen noch gegenwartig in ben verschiedenen Theilen bes Breufischen Staats fich erhalten. Die Entwickelung und Darftellung ber Drovinzialrechte nach biefem Gefichtspuntte ift biejenige, welche durch ienen Vorschlag bezweckt ward. Dieselbe follte baber die Provingialrechte ber einzelnen gandestheile nach ben Rechten ber verschiedenen Bolterframme, welche fie ursprünglich bewohnten, 3. B. die Provinzialrechte ber ursprunglich franklichen Lander, zusammenfaffen, und erftlich die Gefetse und Gewohnheiterechte ihres Bolfeframmes barftellen, und barauf historisch entwickeln, wie, nachdem bas Gebiet beffelben in befondere gander getheilt und unter verschiedene gandeshoheit gefommen, in einem jeden dieser gandes Absvliffe die Gigenthumlichkeit bes Bolfsstammes und mit benfelben bas ursprungliche gemeinschaftliche Recht besselben nach und nach erstorben und perandert und in den beutigen Buftand übergegangen war. Gine miffenschaftliche Darftellung bes heutigen Rechts eines jeden diefer Landestheile follte den Befchluß bes Berts machen. Ein folches Wert fann in Diefem Umfange nur im Berein mehrerer Manner ausgearbeitet werben, und ein folcher Berein bat bisher nicht bewirft merben fonnen.

Aber auch von demfelben abgesehen, bieten die Provinzialrechte des Preußischen Staats so reichhaltigen Stoff
zu interessanten wissenschaftlichen Forschungen dar, daß sie
um so mehr zu erwarten sind, als die Ansicht, daß das
positive Necht der wissenschaftlichen und insonderheit der
geschichtlichen Psiege weiter nicht bedürse, auch in der
praktischen Nechtspsiege bei uns verschwunden ist und
wohl nicht wieder ausschen wird, sondern der so trefsende Ausspruch des Herrn v. Savignn: "daß eine
"Nechtswissenschaft, die nicht auf dem Boden gründlich
"historischer Kenntniß ruhet, eigentlich nur Schreiberdienst

"bei bem Gerichtsgebrauche versehe" 68), mit bessen übrigen so überzeugenden Ansichten, von der Nothwendigkeit ber wissenschaftlichen Pflege des positiven Rechts, so ernstlich befolgt werden wird, wie sie es hoch verdienen.

§. 42.

Mus ber Ueberficht ber revidirten Entwurfe ber verfchiebenen Provinzialrechte ergiebt fich, baß fie in bem Beitraume vom Sahre 1832 bis 1841 erschienen find. Es waren zwar schon vor bem Jahre 1832 bie Provinzialrechte einiger Landestheile, 3. B. ber Fürftenthus mer Salberftabt, Munfter und Paderborn, bearbeitet, ihre grundlichen Darftellungen find aber mehr wie Private, als wie offizielle Arbeiten anzusehen. Als bie Revision im Jahre 1832 aufgenommen warb, beabsichtigte bas Gefet Revifions Ministerium, Die revidirten Entwurfe aller Provinzialrechte gleichzeitig gur Borlegung bei allen Landtagen ju beforbern. Die große Berichiedenheit bes Umfange und ber Schwierigkeiten ber Entwerfung bies fer Rechte und andere Berhaltniffe geftatteten indeffen biefes nicht, und baber fonnte auf bem gandtage von 1837 nur ein Theil berfelben vorgelegt werben, die ubrigen mußten bis zu bem nachftfolgenden Landtage ausgefest bleiben.

Eine kurze Uebersicht bieser Berhaltnisse giebt ber unterm 13. Marz 1837 an bes Konigs Majestat von mir bei Ueberreichung ber bem Landtage von 1837 vorzulegenden Entwurse der Provinzial Geset bucher erstattete Bericht. "Ueber die Provinzial Gesetz-bucher" — heißt es in demselben — "habe ich, als "Ew. Königl. Majestat geruheten, mir das Ministerium "für die Gesetz-Revision anzuvertrauen, theils gar keine, "theils nur sehr unvollständige Materialien, am wenigs"sten aber die grade bei diesen Rechten so unentbehrlichen "historischen und rechtswissenschaftlichen Borarbeiten, vorzesunden; diesem Mangel ist fast in allen Provinzen "auf eine mehr ober minder, zum Theil auf eine sehr

⁶⁸⁾ In ber Schrift; Bom Beruf unfrer Beit u. f. m.

grundliche Urt abgeholfen. Die Ausarbeitung ber Bro-"vingial Gefetbucher begegnete inbeffen nicht allein biefen und ben Schwietigkeiten, welche fie in fruberen Beiten "fand, fondern noch weit großeren. In bem letten Bier-.tel Jahrhundert haben in allen Provingen theils einheimis "sche, theils fremde Gesetgebungen ben Rechtszustand in iben wichtigften Theilen veranbert, und biefe Theile felber Affanden wiederum mit anderen in ungertreunbarer Berbindung, der Umfang und felbft bie geographischen "Grengen ber neueren Gefetgebungen und auch bie alten Rechte waren zweifelhaft geworden, Dbiervangen und "Gewohnheiterechte, welche fruber gewiffen und unbe-"meifelten Rechtens waren, maren verschmunden ober menigftens befritten und nicht mehr anerkannt. Auf "einer anderen Seite war in bem richterlichen Berfonale .. und überhaupt unter ben Rechtsgelehrten bie Reuntniff ubes Provingial und ftatutarifchen Rechts, und mit berfelben bie Achtung und bas Intereffe fur baffelbe faft "gang verschwunden, und bie frubere Meigung fur biefe Bechte nur ju baufig in Abneigung und in bas Beftreben, fie aufzuheben, übergegangen. Die fruber in allen "Gerichtshofen, besonders unter ben alteren Rathen por-"bandenen Manner, welche mit ber genauen Renntnif "ber Provingial- und ftatutarifchen Rechte ein befonderes "Intereffe und Achtung fur diefelben verbanden, find faft "allenthalben verschwunden, und bie außerorbentlichen "Rraftanftrengungen, welche die Mitglieder ber gandes "Juftig Rollegien anmenden muffen, um bie Rechtspffege "in Ew. Ronigt. Majeftat Staaten in ihrem fo ausaes "zeichneten Buftanbe ju erhalten, geftatteten ihnen nicht, .an ber eine noch großere Rraftanstrengung erforbernben "Revifion und Abfaffung eines Provingial- Gefetbuchs "Theil zu nehmen. Das Geschaft hat baber fur bie er-"ften Enewurfe wenigen einzelnen, mit ber Provingial-"Berfaffung bekannten Mannern, unter Entbindung von "ihren eigentlichen Umtegeschäften, übertragen werben muffen. Bei bem Bunfche, die Entwurfe ber Provin-"tialrechte fammtlicher Provinzen schon zu bem in Diefem "Jahre bestimmten Landtage zu befordern, habe ich ihnen und ben Inftruktionen ber mit ben erften Entwurfen

"beauftragten Rommiffarien in ben letten Jahren auch "perfonlich unausgefett die angestrengtefte Aufmerkfam. "feit und Thatigkeit vorzugsweife gewibmet, murbe in-"beffen ohne bie fo thatige Mitwirfung ber Rathe meines Minifteriums, und infonderheit Die grundliche und "unermubete Unterftutung bes Referenten, Geb. Juftig-"rathe v. Moller, ben obgebachten 3mect bei meitem micht erreicht haben. Rur hierburch ift es mir moglich "geworden, Diejenigen Provingial- Gefegbucher, welche in "ben Provingen berathen waren, im Juftig-Ministerium, mehr ober minder in bas Detail eingebend, gur Beras "thung und Revision zu bringen, und, nachbem fie rebis "girt worden, jur Berathung auf die betreffenden gandstage zu befordern, und badurch ben Zeitpunkt ihrer "Promulgation um drei Jahre fruher herbeifuhren. Dies "ift ber Fall in Unfehung der Provingialrechte:

,1. von Oftpreußen und Lithauen,

"2. von Weffpreußen,

"3. von Danzig und dem Danziger Gebiet, "4. bes herzogthums Alte Bore und hinterpommern,

"5. des Fürstenthums Salberftabt,

"7. ber Grafichaft Mart,

"8. des herzogthums Weftphalen,

"10. ber Graffchaften Lingen und Tecklenburg, und ber Standesherrschaften in ber Proving Bestphalen,

"11. bes Bergogthums Berg,

"12. des Bergogthums Cleve, offrheinischen Un-

"13. der Grafichaften Effen, Berden und Elten,

"14. des Oftrheins,

"15. ber Partifularrechte ber Rheinpros

"Es wurden auch die noch übrigen Provinzialrechte "jur Vorlage auf den diesjährigen Landtagen unfehlbar "gebracht worden sein, wenn lettere, wie es Unfangs be-"stimmt war, erst im herbste dieses Jahres waren gehal-

"ten worden, indem gegen biefe Beit bie Berathungen mit "den ftanbifchen Deputirten und die bemnachftige Drus nfung im Juftig-Ministerium mindestens in Unsebung ber mehrften ber gebachten Provinzialrechte wurden beenbigt gfein. Bon ben Provingialrechten find baber nur noch "bas von Schlesien, Oberlaufis, Magbeburg unb Siegen ruckständig, fie werden aber gang unfehlbar bis ... ben nachst bevorstebenden gandtagen so vollständig abge-"Schloffen, bag es barüber nur ber Erklarung jener Ber-"fammlungen bedarf, und wird bemnach bas fo wichtige "Werk der Provinzialrechte binnen breijahriger Frist vol-

Es folgten biernach auch bis zu ben Landtagen bes

Sabres 1841 die Provingialrechte:

16. ber Rurmart, 17. ber Altmart,

ber Reumart, 18.

bes Bergogthums Gachfen,

20. bes Bergogthums Dagbeburg, bes Bergogthums Schlesien und ber Grafschaft Glas,

ber Dieberlaufis,

bes Fürftenthums Minben, 23. 24.

bes Fürstenthums Paderborn, bes Fürstenthums Corven, 25. bes Gurftenthums Giegen, 26. 27. ber Graffchaft Ravensberg.

Rach biefen allgemeinen Bemerkungen gehe ich zu ber speziellen Ueberficht ber einzelnen Provinzialrechte über.

Friedrich Wilhelm.

ben Staats : und Juftig-Minifter b. Ramp t.

⁶⁹⁾ Huf biefen Bericht erging bie Allerhodifte Rabinets = Drbre pom 31. beffelben Monats:

Ich babe bie von Ihnen am 15. d. M. eingesandten Entswirfe ber Provinzialrechte, welche ben jest versammelten Provinzial-Landtagen jur Berathung vorgelegt worden, empfangen und Ihnen Meinen Beifall für bie auch bei biefer Gelegenheit bewiesene Thatigkeit zu bezeigen nicht unterlaffen wollen. Berlin, ben 21. Darg 1837.

ned ng Flancyin Dit d **B**ritosh, sid s San Da Satalik di 20 milan ewi k

Die einzelnen Provinzialrechte.

Cartification 8. 143:

1. Mark Brandenburg.

Das Provinzialrecht ber Mart Brandenburg hat eine

porzüglich grundliche Bearbeitung erhalten.

Die Bearbeitung besselben und die Abfassing der erften Entwurfe ward vom Gesed-Revisions-Ministerium nach ben brei verschiedenen Marten drei besonderen Kommissarien übertragen.

Das Provinzialrecht ber Rurin art bem Rammergerichtes und Geheimen Juftigrath, gegenwartigeni Ges beimen Ober Tribunalerath Schole, von welchem

Das jest bestehende Provinzialrecht ber Lurmark Brandeuburg, im amtlichen Auftrage ausgearbeitet von Carl Schols. Grie Abtheilung enthaltend: ben Entswurf bes Provinzial Sefesbuchs. Berlin 1834, 232 S. 8. Zweite Abtheilung enthaltend: bie Nechtsertigungsgründe zum Entwurfe bes Provinzialrechts. Theil 1. ú. 2. Berlin 1834, 542 und 685 S. 8.

ausgearbeitet mard.

Die Begrbeitung bes Provinzialrechts ber Altmark warb bem bamaligen Ober-Landesgerichtsrath zu Magbeburg, nachherigen Geheimen Justig ... und vortragenden Rathe im Justig-Ministerium und gegenwärtigen Prassbenten bes Ober-Appellationsgerichts zu Greifsmalb

Gose aufgetragen, und von ibm

Das Provinzalrecht ber Altmark nach feisnem Standpunkte im Jahre 1835; im Aufstrage bes Roniglichen Justiz Ministeriums für bie Gesege Revision nach amtslichen Quellen bearbeitet von A. B. Goge.

Griter Theil, erste Albtheilung: bie Mostive bes Entwurfs zu ben Materien besersten Theils bes Allg. Landrechts enthalstend. Magdeburg 1836. 459 S. 8. Aweite Alb:

theilung, bie Motive bes Entwurfs gu ben Materien bes zweiten Theils bes Ullg. Land: rechts enthaltend. Magdeburg 1836. 354 G. 8. - Zweiter Theil, Entwurf. Magbeburg 1836, 87 G. 8.

abaefaßt.

Endlich bie Deumark betreffend; fo ward ber bamalige Ober Candesgerichterath ju Frankfurt a. D., jegis ge Rammergerichte. Prafibent v. Runow mit ber Musarbeitung bes Entwurfs beauftragt und von bemfelben

Das jest beffebende Provingialrecht ber Reumart; im Auftrage bes Birtl. Gebeimen Staate und Juftig. Miniftere v. Ramps ausgearbeitet von DB. v. Runow. Erfte Abtheilung, enthaltend ben Entwurf ber Provinzialgefete. Berlin 1836. 198 G. 4. Bweite Abtheilung, enthaltenb bie Recht fertigung bes Entwurfs. Berlin 1836. 273 G. 8. entworfen. 70).

Dicfe brei Entwurfe wurden in der, gemeinschaftlich für bie brei Marten angeordneten, aus den obengedachten Rommiffarien, ben Deputirten ber Regierungen und ben ftanbischen Deputirten 71) bestehenden Rommission beras

⁷⁰⁾ Bur Erlauterung bes Erbrechts in ber Darf Branbenburg murben vom Gefet Rebifions Ministerium bie Berichte ber Unterges richte und ber Landrathe erforbert, und aus benfelben bie: Bufam= menftellung ber in ber Rure und Reumart Branbens burg nach ben Berichten ber Untergerichte und ber Landrathe in Begiehung auf bas Erbrecht geltenben Lotalrechte und Obferbangen (1837) sowohl in ben Jahrsbuchern fur bie Preug: Gefegebung, Beft 99., als besonders abgebructt.

⁷¹⁾ Mamlich I. fur bie MIt mart: 1) ber Regierunge-Prafibent, jest Dber Prafitent v. Debing, und als Stellvertreter ber Geb. Staats Minifter Graf b. Alben bleben und ber Landrath von ber Schulenburg. 2) Der Land: und Stadtgerichte-Direfter Carffom, und ale Stellvertreter ber Rand- und Stadtgerichte-Direttor Reinife und ber Oberlandesgerichts-Rath Göring. II. Für die Rurmart:
1) der wirtliche Gebeime Ober-Justigrath b. Bof und als Stellvertreter ber Freiherr v. Monteton, 2) der Justigrath Busch und als Stellvertreter die Bürgermeifter Thiede und Stöpel; und III. für bie Reumart, ba ein Deputirter ingwijden verflorben mar: 1) ber Dberft=

then. Abweichend von bem vorgeschriebenen und bei ben ubrigen · Provingial-Gefetbuchern beobachteten Berfahren wurden Die Resultate Dieser Berathungen nicht in einen Gefet Entwurf abgefaßt, fondern nur über einige eingelne Gegenstanbe berfelben theils die Protofolle ber Rommiffion als Manuffript abgebruckt, theils aber bie Unfichten ber fanbischen Deputirten in Form eines GefeB-Entwurfs jufammengeftellt :

1. Berhandlungen über bas Drovingiglrecht ber Mark Branbenburg mit ben ftanbifchen Deputirten. Das Rirchen- und Schulrecht

betreffenb. Berlin 1836. 144 G.

Berhandlungen über bas Provingial recht ber Mark Brandenburg mit ben ftans bifchen Deputirten. ' 3meites heft, bas Ramilien: und Erbrecht betreffenb. lin 1837. 77 S.

Entwurf einer Berordnung über bas Dros vingials, Familiens und Erbrecht fur bie Rurs und Reumark, in Gemagheit ber bei ben Berathungs Berbandlungen von ben stånbischen Deputirten formirten Unträge. Berlin 1838. 128 G. 8.

Berhanblungen über bas Drovingiale recht ber Mart Brandenburg mit ben ftanbifchen Deputirten. Drittes heft, Pfandungerecht betreffenb. Berlin 1838.

42 6.

Berhandlungen über bas Provingial: recht ber Mart Brandenburg mit ben ftans bifden Deputirten. Biertes heft, bas Lehnrecht und die Familien- Fibeitommiffe betreffend. Berlin 1838. 115, 12 und 15 G. 8.

6. Berhandlungen u. f. w. Funftes heft, bie Schlugverhandlungen enthaltend. Berlin

1839. 166 G.

Dberfilieutenant b. Gerlach und 2) ber Dber-Sanbesgerichterath b. Bangenbeim, und als Stellvertreter bie Juftigrathe Burs darbt und Dietbe.

Die nach ben Roniglichen Borfcbriften vom Minis fterium fur bie Gefet : Revifion vorzunehmende Drufung ber Resultate ber fommiffarischen Berathungen mar baber um fo mubfamer und mußte um fo ausführlicher erfolgen, als auch ber bei einer generellen Prufung nothwenbige und in ben erwahnten Borfchriften (f. 40.) por ausgesette Entwurf nicht vorhanden mar, baber Panbtaas-Berfammlung nicht vorgelegt, fondern berfelben nur bie erften Entwurfe und bie uber beren Berathung aufgenommene Protofolle mitgetheilt werden konnten. Ueberbem maren bie erften Entwurfe ber Rommiffarien theils megen ihrer grundlichen und ausführlichen Bearbeitung. theils um ben Unfang ber Berathung mit ben ftanbifchen Deputirten möglichft zu beschleunigen, im Gefet Revisions Ministerium noch überall nicht berathen, sondern unmittelbar zu jener Berathung beforbert worben. Die Arbeis ten ber provinziellen Rommiffion fonnten aber, ohne minber vorgeschriebenen generellen Durchficht bes Gefet Revifions Ministeriums (§. 40.) unterworfen ju fein, weber bem Ronige vorgelegt, noch an bie Landtage beforbert werben, ba bas Gefet : Revisions : Ministerium , welchem ber Ronig die Revision und die Abfaffung bes Drovinsiglrechts ber Mark Brandenburg nicht minder, als bie ber übrigen Provingen übertragen hatte, Gr. Majeftat nicht frembe Unfichten und fremde Entwurfe, baju Unfichten und Entwurfe feiner Romniffarien vorlegen, und nicht ber eigenen Unfichten, ja felbft ber Prufung ber erftern und bes Urtheils über fie fich enthalten konnte. Dies murbe um fo ungulaffiger gemefen fein, als bes Ronigs Majeftat mit besonderer Beziehung auf die Mart Brandenbura erft fürglich bestimmt hatte, bag die Rommiffions Entwurfe, ebe fie an ben landtag gelangen, wenigstens eine generelle Durchficht im Ministerium erhalten follten (6. 40.), ein folcher Entwurf aber überall nicht vorhanden war und burch bie abgedruckten Protofolle ber Rommiffion nicht erfett, lets tere aber noch weit weniger von den ftanbifchen Deputirten in ber provinziellen Rommiffion unmittelbar an ben Landtag gebracht und barüber landtagige Berathungen veranlagt werden konnten, fonbern biergu die landesherrliche Mufforderung und ein mit berfelben berausgegebener Entwurf erforberlich war. Es trat bingu, baf felbft bie Arbeiten ber Rommiffion überhaupt noch nicht vollendet maren, weil die Deputirten ber brei Regierungen ihre befinitive Erflarungen über erhebliche Gegenftanbe, wegen Mangels an Inftruftion, fich noch borbehalten hatten. Go gelangten die blogen Berhandlungen ber Provingial Rommiffion ohne ben vorgeschriebenen Entwurf an bas Minifterium, welches jeboch, um biefe Ungelegenheit nicht aufzubalten, erftere nicht jur Abfaffung eines Entwurfs an bie Rommiffion guruckfandte, sondern ber naberen Prufung und Berathung ber Berhandlungen, wie fie lagen, fich felbft Der Bortrag und bie Abfaffung eines Gefetsunteriog. Entwurfs aus benfelben mard gur Beforberung ber Cache bem aus Krantfurt baju einberufenen Dber ganbesaes richtsrath Goltbammer übertragen, und nach ausführlicher Berathung im Ministerium die fpeziellere Ueberarbeitung bes Entwurfs und bie Abfaffung eines ausführlichen Entwurfs von bemfelben und von mir-um fo mehr übernommen, als von mir nicht allein historische und rechtswiffenschaftliche Materiglien bes Martischen Dros vinzialrechts feit Jahren gum 3mede eines ausführlis chen Sanbbuche biefes Rechts aus Archiven, gericht. lichen Registraturen und anberen Quellen gefammelt, Entwurfe, fonbern auch die brei mabrend vorlagen, ichon vorläufig naber geprüft Rommission Bei ber besonberen Sorgfalt, welche Ministerium bem Martischen Rechte wibmete, ergab fich indeffen bald, daß daffelbe fich nicht blog, die Rommiffion erganzend, barauf beschränken konnte, in einem übersichtchen Entwurfe barguftellen, wie die brei erften Entwurfe mit Berudfichtigung ber Unfichten ber Rommiffion und nach ben letteren fich mobifizirten, fondern bag auch in ben erfteren, wie in ben letteren, bin und wieber Unfichten enthalten waren, welchen bas Ministerium nicht beitreten fonnte. Es mar baber eine fpezielle Prufung und Berathung ber Borarbeiten und die Abfaffung eines Entwurfs des Provingialrechts aus ben Resultaten ber bisherigen Ermittelungen und Erörterungen erforberlich, um einen überfichtlichen Entwurf bes Provingialrechts sowohl bem Ronige zu überreichen, als bem Landtage vorzulegen, und letteren ber

Rothmenbigfeit zu überheben, benfelben felbft aus volumis nofen Berhandlungen und Entwurfen zu entwerfen. Siernach murden die mehrmals angeführten brei Gefet Ent= murfe und die Arbeiten ber Rommiffion im Gefet Revifions-Ministerium revidirt, und diefe Revision megen bes nabe bevorstehenden gandtage, fo weit es ohne Nachtheil für bie Grundlichkeit ber Bearbeitung geschehen fonnte, ununterbrochen fortgefest; fie fonnte inbeffen megen bes fruberen Gintritts bes ganbtages und wegen anhaltenber Rrantheit nicht bis babin burdweg vollenbet werden. Es mußte babei febr baufig auf die vorlaufigen Entwurfe und auf die Berhandlungen ber Rommiffion Bezug genommen und beren oft allerdings nothwendige, nabere Drufung und Erganzung bie zum Bortrage über bie Erflarung bes laubtage um fo mehr vorbehalten werben, als Die brei ersten Entwurfe, schon weil bie in brei befonberen Entwurfen bearbeiteten Rechte ber brei Marken in' Ein Provinzial-Gefetbuch jufammengefagt werden follten, eine Umarbeitung erforderten, und wenn gleich fie bin und wieder nicht gang erfchopfend maren, bennoch eine Kulle und einen Reichthum von grundlichen Kenntniffen und gebiegenen Unfichten und Schatbaren Materialien enthiels Mus den angeführten Grunden mußte baber bas Ministerium wenigstens bamale den Plan, bas Provingialrecht ber Mark Brandenburg fowohl in bein Entwurfe, als besonders in ben Motiven in rechtewiffenschaftlicher und in geschichtlicher Beziehung fo vollständig zu bearbeis ten, wie ein in jeder Begiehung fo wichtiges und interefa fantes Recht es verdient, und wie dazu fo reichhaltige Materialien, infonderheit in ben Entscheibungen bes ehrwurdigen Provinzial : Gerichtshofes, vorliegen - jum bei weitem größten Theile aufgeben, und auf eine weniger umfaffende, oft nur fragmentarifche, Gphare fich befchranten.

Es wurden hiernach vom Gefety-Revisione, Ministes

rium abgefaßt:

1. Revidirter Entwurf des Provinzialrechts der Mark Brandenburg. Erfter Theil. Civil: Recht. Erfte Abtheilung: Sachen: und Vertrags-Recht. Berlin 1841. 36 S. 4. 2. Motive jum rebibirten Entwurfe bes Provinziglrechts ber Mart Branbenburg. Erfter Theil; erfte Abtheilung. Berlin 1841. 194 G. 4.

3. Revidirter Entwurf des Provinzials rechts der Mark Brandenburg. Erster Theil: Civilrecht. Zweiter Theil: Famis liens und Erbrecht. Berlin 1841. 67 S. 4.

4. Motive zum revidirten Entwurfe bes Provinzialrechts z. Erster Theil. Zweite Abtheilung. Familiens und Erbrecht. Berlin 1841. 298 S. 4.

5. Revidirter Entwurf bes Provinzials rechts ber Mark Brandenburg. Zweiter Theil: Lehnrecht. Berlin 1841. 17 und 44 S. 4.

6. Revibirter Entwurf bes Provinzials rechts ber Mart Branbenburg. Dritter Theil: Rirchen, unb Sachenrecht. Berlin 1841. - 23 S. 4.

7. Motive jum revidirten Entwurfe ic. Dritter Theil: Rirchen, und Schulrecht.

Berlin 1841. 60 G. 4.

Dem Landtage von 1841 konnten zwar aus dem oben ermähnten Grunde kein von der Rommission abgesfaßter, sondern nur die drei ursprünglichen Entwürfe und die Protokolle der Rommission zugefertigt werden, es wurden indessen demselben auch die eben angeführten revidirten Entwürfe nachträglich mitgetheilt. Der Landtag von 1841 hat die erforderte Erklärung nicht eingereicht, sondern dazu Frist die zum nächsten Landtage erbeten und erhalten.

§. 44.

2. Oft : Preußen.

Für die Proving Preußen mußten nach deren Sauptbestandtheilen besondere Provinzialrechte abgesaßt werden. Für Aftpreußen und Lithauen war zwar bereits im Jahre 1801 ein Provinzialrecht publizirt, dasselbe war aber durch die spatere Gesegebung zum größten Theile unanwendbar geworden, und bedurfte baher, wie in der

Unmerfung 22. und in ber Borbemerfung jum revibirten Entwurf bes Oftvreußischen Provinzialrechts ausgeführt ift, einer Revision, wozu bie Aufforderung ichon 1811 ergangen mar (§. 2.). Die Oberlandesgerichte ju Ronigsberg und Infterburg verfaßten in Gemagheit bes Auftrags bes Juftig : Minifteriums im Jahre 1827 jebes einen besonderen Entwurf des revidirten Offpreußischen Dros vingialrechts, welche unter bem Titel:

Borarbeiten gum Oftpreußischen Provingial

rechte. Ronigeberg. 144 G. 8. gusammen abgebruckt und bemnachst von ber nach ber allgemeinen Borfchrift (§. 42.) angeordneten Provinzial. Rommiffion (welche aus bem Tribunglerathen, Profeffor Reidenig und Bobrick, bem Dberlandesgerichterath Bauer, als Deputirten bes Oberlandesgerichts ju Infterburg und bem Rommerg : und Abmiralitaterath Beder, als Ministerial-Rommiffarien, und ben Regierungerathen Boffart und Roch, sowie aus ben'ffandischen Depus tirten b. Ganden, v. Rurowski, v. Auersmalb, b. Batodi, bem Rriminalrath Brand, bem Landvoigs teigerichts . Direktor Diste webi, bem Burgermeifter Rrostemsti und bem Aftuar Dettmann Der von biefer Rommiffion ausgearbeitete berathen. Entwurf bes Ofipreußischen Provinzialrechts, bei beffen Drufung bas Gefet Revisions Ministerium mit ben barin enthaltenen Grundfagen mehrentheils übereinstimmte, ift im Ministerium sowohl in ber Form 72) als nach ben wenigen abweichenden Unfichten umgearbeitet und jum Druck beforbert:

Revidirter Entwurf bes Oftpreußisch en Provingialrechts. Berlin 1836. 112 G. 8. Motive jum revidirten Entwurfe bes Dft.

preufischen Provingialrechts. Berlin 1836. 144 und 8 S. 8.

enthalt baber bie Unfichten fomobl Diefer Entwurf ber Rommiffion, als bes Ministeriums, und bie Dunfte, in welchen beibe von einander abweichen, find in ben Motiven angeführt. Die fpateren Untrage auf Gleich.

⁷²⁾ Bergl. bie Bermeifung G. 138, ber Motive.

formigfeit bes Oft und bes Westpreußischen Provinzialrechts veranlagten jedoch bas Ministerium, über biesen Gegenstand und jenen revidirten Entwurf das Gutachten bes Tribunals in Ronigsberg zu erfordern, welches unter bem Titel:

Sutachten bes Tribunals zu Ronigsberg vom 21. Januar 1841 über ben revibirten Entwurf bes Oftpreußischen Provinzials

rechts. Berlin 1841. 83 S. 8. abgebruckt warb. Die Landtags-Bersammlung hat über ben Entwurf nur eine vorläufige Erklärung abgegeben, und ber befinitive Beschluß über benselben hat wegen ber oben angeführten Verhaltnisse bis jest noch nicht gefaßt werben komen.

§. 45.

3. West: Preußen.

Go viel Weftpreußen betrifft, so waren zwar schon bei ben fruberen Berhandlungen über die Provingial-Gefet. bucher mehrere Entwurfe des mefipreufischen Provinzialrechts . abgefaßt und gebruckt, allein mit biefer gangen Ungelegens beit um fo mehr auf fich beruben geblieben, als bas Dros vingialrecht biefes Landes burch fpatere Gefengebungen und anbere Berbaltniffe faft burchgehend verandert marb, unb ber provingielle Rechtszustand von Weftpreugen fo fchmantend geworden mar, bag eine genauere Entwickelung beffelben ber Revifion vorausgehen mußte. Der Dberlandesges richterath Leman ju Marienwerder übernahm biefe Dar: ftellung fur bie von bem Geheimen Juftig und Dberlans besgerichtsrathe v. Strombed herausgegebene Cammlung ber Provinzialrechte aller zum Preußis fchen Staate gehorenben ganber und ganbes theile. Diefelbe ift fowohl als britter Theil jener Samms lung, wie auch besonders unter bem Titel:

Provinzialrecht ber Provinz Bestpreußen von Leman. Erster und Zweiter Band: provinzialrecht ber Distrifte bes Preußischen Landrechts von 1721. Leipzig 1830 und 1832. 762 und 812 S. 8. Pritter Band:

Die Statutarrechte ber Stabt Danzig. 716 G. Leipzig 1832. 8.

abgebruckt.

Dies Werk ift zwar nicht als eigentlich antliches anzusehen, gab aber bem Gesetz-Revisions-Ministerium Beranlassung, bem Berfasser ben Auftrag zu ertheilen, als Grundlage ber amtlichen Revision einen vorläufigen Gesetz-Entwurf abzusassen, welchen berfelbe in bem

Entwurf bes bestehenden Bestpreufischen Provingialrechts. Berlin 1837. 274 G. 8. vorlegte. Diefer Entwurf ward barauf von der probingiellen Rommiffion (bem Oberlandesgerichtsrath Lemau. als Rommiffarius bes Ministeriums, ben Deputirten ber Regierungen zu Marienwerder, Danzig und Coslin, und ben ftanbifchen Deputirten: Freiherrn b. Rofenberg, Bennig, b. Ralfftein, b. Schmanenfelb, Gies wert, Saafe, Raabe, Zaureck und v. Puttfammer) gepruft und berathen. Rach ben Ergebniffen biefer Bebes Provinzialrechts abgefaßt, bas Ministerium nahm jeboch bei bem Umfange und ben übrigen Berhaltniffen bes Weftprenkischen Rechts und bem nabe bevorftebenben Landtage Unftand, por ber Erflarung bes letteren in bie svezielle Drufung biefes Entwurfs einzugeben, fondern bes schränkte fich, unter bem in ber Borbemerkung gu ben Motiven ausbrucklich ausgesprochenen Borbehalt einer bemnachstigen genaueren Revision, auf eine allgemeine Prufung, nach beren Resultaten ber:

Revibirte Entwurf bes Beftpreußischen Provinzialrechts. Berlin 1837. 155 G. 8.

und bie

Motive zum revibirten Entwurfe bes Weste preußischen Provinzialrechts. Berlin 1837. 112 S. 8.

abgefaßt und bem Provinzial Landtage zur Erflärung vorgelegt ward. Auch über bas Westpreußische Recht warb bas Gutachten bes Tribunals zu Königsberg (§. 44.) erforbert und unter bem Titel:

Sutachten bes Tribunals ju Ronigsberg nom 17. September 1840 über ben revibir-

ten Entwurf bes Westpreußischen Provinzialrechts. Berlin 1841. 155 S. 8. abgebruckt.

§. 46.

4. Stadt und Gebiet Danzig.

Die Revision bes Partikularrechts ber Stadt Danzig hat wefentlich ben namlichen Gang genommen, wie bie Revision bes Westpreußischen. Dasselbe ist in bem britten Theile bes vom Oberlandesgerichtsrathe Lem an 1832 herausgegebenen Werkes über bas Westpreußische Recht bargestellt, und bemnachst ist von demselben im Auftrage bes Ministeriums ber

Entwurf bes bestehenden Dangiger Partis

kularrechts. Berlin 1837. 156 S. 8. abgefaßt und in der für das Westpreußische Recht ans geordneten Rommission (§ 45.) berathen. Der von der letteren abgefaßte Entwurf ward, wie der Westpreußische, im Ministerium der Geset-Revision mit Borhalt dem nachstiger genauerer Revision einer allgemeinen Prüfung unterworfen, aus welcher der

Revidirte Entwurf bes Danziger Partitularrechts. Berlin 1837. 78 G. 8. und bie

Motive zum revidirten Entwurfe bes Danziger Partifularrechts. Berlin 1837. 71 S. 8. hervorgingen. Diefelben find bem Landtage mitgetheilt und auch in bem

Sutachten bes Tribunals zu Ronigsberg über ben revidirten Entwurf bes Danziger Partifularrechts: Berlin 1841. 63 C. 8.

naber erortert.

Obgleich die Landtags Versammlung über die revidirten Entwürfe des Westpreußischen und des Danziger Partifularrechts ihre Erklärung abgegeben hat; so stehen dennoch der endlichen Feststellung dieser Partifularrechte bedeutende hindernisse entgegen. Diese beruhen nicht sowohl in der Unbestimmtheit der Rechtsgrundsätze und sind nicht sowohl technischer, als legislativer Ratur. Ein fester angemessent Rechtszustand kann in diesen Lanbestheilen nicht auf bem Wege ber blogen Revision, sonbern nur auf bem ber Legislation begründet werden; baher hat das Gesey-Revisions-Ministerium, bem vorgeschriebenen Grundsate gemäß (§. 8.), nur auf die möglichst vollständige Feststellung der bestehenden Rechte und ber Gränzen ihrer Gultigkeit, so weit dies schon jest nach den vorliegenden Verhandlungen möglich ist, sich beschränken nuffen, und durch aussührlichere Erörterungen derselben die jedenfalls erforderliche legislative Remedur weder aushalten noch derselben vorgreisen dursen.

§. 47.

5. Alt: Bor: und Sinterpommern.

Das Provinzialrecht ber Proving Pommern mußte

nach ben Saupttheilen berfelben bearbeitet merben.

Die Eintheilung in Bors und hinterpommern warb hierbei nicht so sehr zum Grunde gelegt, als die Eintheis lung Borpommerns in Alts und Reus Borpommern, nach welcher bas Pommersche Provinzialrecht in zwei Theile zerfallt. Die vorläufige Revision des Provins zialrechts von Alts Bors und von hiuterpommern und die Abfassung des ersten Entwurfes desselben ward vom Gesetz-Revisions-Ministerium dem Oders Landesgerichtsrath, nachherigen Geheimen Oders Tribunalstath, gegenwartigen Geheimen Oders Justigrath Zetztwach ausgetragen. Derselbe entwarf aus amtlichen Quellen nicht allein das demnächst bei den Oderlandesgerichten zu Stettin und Costin berathene

Provinzialrecht bes herzogthums Alts Bors und hinterpommern, nach Ordnung des Allg. Landrechts bargestellt. Aus amts lichen Quellen bearbeitet. Stettin 1835.

181-S. 8. fonbern auch

Das Statutarrecht ber Stabte bes herzogsthums Alts Bors und hinterpommern, nach Ordnung bes Allg. Landrechts dargeftellt. Aus amtlichen Quellen bearbeitet. Stettin 1836. 132 S. 8.

Diese Entwurfe wurden bemnachst von der in Gemaßheit der Allgemeinen Borschrift für die Gesetz-Revision angeordneten Provinzial-Rommission geprüft und
berathen. Diese Rommission bestand aus dem Oberlanbesgerichts-Prasidenten Botticher, dem Geheimen OberTribunalsrath Zettwach, dem Geheimen Justiz und
Ober-Landesgerichtsrath Gerschow und dem Justizrath
Zitelmann, als Ministerial-Rommissarien, aus zwei
Deputirten der beiden Pommerschen Regierungen und
aus den Deputirten der Provinzialstände: dem Landrath
v. Roller, Rammerherrn Baron v. Malkan, Geheimen Regierungs- und kandrath v. Schoning, Burgermeister Ruschke, Landrath v. Gehoning, Burgermeister Ruschke, Landrath v. Gehoning,

In ben Berathungen ber Rommiffion und auch fonft waren über eine Reibe von Bestimmungen bes gegenmartig geltenden Provinzialrechts, befonbers aus bem Gefichtspunkte ber Duplichkeit, fo erhebliche Bemerkungen und legislatorische Borschläge gemacht, daß bas Ges fet. Revisione. Ministerium, wie bei bem Preußischen Provingialrechte, um fo mehr Unftand nehmen mußte, in bie nabere Revifion eines einer legislativen Beranberung entgegensehenden Provinzialrechts einzugeben, als nicht fowohl bie einzelnen Grundfate, ale vielmehr ihre Mobififation im legislativen Wege zweifelhaft maren. Es war baber rathfamer, sobald als moglich und por tieferen Erorterungen aus bem bestehenben Rechte Diefe legislativen Untrage und Bedurfniffe, und mithin bie Berhandlungen ber Rommiffion ichon jum bamals nabe bevorftebenden ganbtage gu beforbern, und bies nicht bis jum nachstfolgenben auszusegen. Daher beschränkte bas Gefet Revisions . Ministerium fich auf bie allgemeine Durchsicht bes Rommiffions. Entwurfs und einen vorläufigen revidirten Entwurf, in beffen Motive bie babei fich ergebenen erheblicheren Bebenten aufgenommen murben. Mit biefen Beranderungen marb ber Entwurf ber Rommiffion und bie Motive beffelben, unter bem Titel:

Revibirter Entwurf bes Provinzialrechts bes Berzogthums Alt Bor. unb Binterpoms

mern, nach Orbunng bes allg. ganbrechts. Berlin 1836. 70 G.

Motive jum revidirten Entwurfe bes Dro. vingialrechts bes herzogthums Alt. Bors und hinterpommern. Berlin 1836, 128 G. 8. jum Druck beforbert und 1837 bem fechsten Provingial-Lanbtage jur Ertlarung jugefertigt, ju beffen Berathungen, bem Bunfche ber Stande gemaß, die obengenannten Rommiffarien jugezogen wurden, von welchen ber Geh. Dber-Tribunalsrath Zett mach ben Bortrag übernahm und die Resultate in ein ausführliches Protokoll ab-Durch ben Landtags : Abschied vom 7. Oftober 1838 ward die landesherrliche Entschließung auf die Erflarung ber Stande gwar ber befinitiven Redaktion bes Provinzialrechts vorbehalten; biefe mußte indeffen noch ausgesett werben, weil die nahere Fesistellung bes Lebus rechts auf bem Landtage und außerbem bon einem gro-Ben Theile ber Mitglieder ber lebntragenden Familien porzugemeife zur Sprache und in Untrag gebracht mar, und noch eine weitere Erorterung erforberte. Ge. Majeftat ordnete baber burch bie Rabinets Ordre vom 5. Novems ber 1839 eine nochmalige Berathung bes hinterpommerfchen Lehnrechts zwischen landesherrlichen Rommiffarien und ben Abgeordneten ber lebntragenden binterpommer-Schen Familien an, fur welche aus ben Berhandlungen bes gandtags ber:

Revidirte Entwurf bes. Provingial . Lebn: rechts bes herzogthums Alt. Bor- und

Binterpommern

entworfen und mit Auszugen aus ben Landtags-Protofollen unter bem Titel:

Berhandlungen bes fechsten Pommerfchen Provinzial-Landtage über bas Provingial-Lehnrecht des Bergogthums Alt: Bor= und hinterpommern. Berlin 1839. 160 G. 8.

abgedruckt ward.

Die vorgeschriebenen naberen Berathungen baben zwar Statt gehabt, allein noch feine befinitiven Resultate bewirft. Da hiernach bas Lehnrecht im legislativen Stadium fich befindet; fo mußte die Revision beffelben ausgefett bleiben. "In einem geringern Grabe war bies auch bei anberen Gegenständen bes Pommerschen Proponizialrechts, besonders in Ansehung bes Erbrechts im

Bauernftande ber Fall.

Alls Resultat stellt sich hiernach bar, bag bie Revisbes Alt: Bor: und hinterponnnerschen Provinzialrechts in seinem gegenwärtigen Zustande zwar in, dem ersten Stadium beendigt und für die ferneren Stadien vorberreitet ist, daß aber bedeutende legislative Beränderungen dieses gegenwärtigen Zustandes in Antrag gebracht worsden, und daher die Abkassung des künftigen Provinzials Gesethuchs bis zur Entscheidung über die vorgeschlagenen Beränderungen ausgesetzt bleiben mußte.

6. 48.

6. Neu : Borpommern und Rugen.

Das Provinzialrecht bes Bergogthums Reu . Borpommern und bes gurftenthums Rugen hat feit Jahrhunderten in einem großeren Umfange, als bas ber mehrften Provingen ber Monarchie eine legislative und wiffenschaftliche Pflege erhalten. ber Revision ber Provingialrechte marb baffelbe und bie Abfassung eines bem heutigen Zustande augemessenen Entwurfs bes Provingialrechts vom Geset, Revisions, Ministerium einer befonderen Rommiffion (bestebend aus bem Scheimen Juftig : und Appellationsrathe, jetis gen Ronfiftorial : Prafibeuten v. Boblen, ben Appellationsrathen v. Geedt und Connenfchmibt, und bem hofgerichterath Biemfen) übertragen, welche bas Provinzialrecht aus bem Standpunfte sowohl feines gegenwartigen Buftandes, als ber munichenswerthen Beranberungen als Entwurf eines Gefetbuchs mit Motiven nach ber Ordnung des Allg. ganbrechts bearbeitete, melches unter bem Titel: .

Das Provinzialrecht bes herzogthums Neus Borpommern und bes Fürstenthums Rus gen; im Auftrage bes Königl. Justiz-Mis nisteriums für die Gesetz-Revision, nach Ordnung bes Allg. Landrechts, aus amts lichen Quellen bearbeitet. Erfter Theil. Erfte Abtheilung. Greifsmald 1836. 138 6. 3meite Abtheilung. Dafelbft 1837. 173 6. Dritte Abtheilung. Dafelbit 1837. 164 6. Bierte Abtheilung. Dafelbft 1837. 121 G Riveiter Theil. Dafelbft 1837. 390 Dritter Theil. Dafelbit 1837. 294 S. 8. Vierter Theil, Dafelbft 1837. 269 S. Kunfter Theil. Dafelbft 1837. S. 294 8. Sechfter Theil. Dafelbit 1837. 263 5. 8.

jum Druck beforbert marb.

Bei ber Ausführlichkeit biefes Berkes und um bei ber speziellen Prufung beffelben auch die Unfichten ber propinzialftanbifchen Deputirten zu benuten, beschrankte bas Ministerium fich auf eine generelle Durchficht beffelben und beforberte ben Entwurf gur Drufung und Beras thung ber aus ben oben genannten Rommiffarien, einem Deputirten ber Regierung und ben landständischen Depus tirten : bem Grafen v. Rraffo w und ben Burgermeiftern, D. Schwing und D. Gefterbing, bestehenden provins giellen Prufungs Rommiffion. Berichiebene Grunde baben ben Schluß biefer Drufung und bie Bollenbung bes Rommiffions : Entwurfs' bis jest noch nicht gestattet; nach bem Gingange beffelben wird aber die Revifion und ber Entwurf biefes Provinzialrechts foweit vorgeruckt fein, bag er in bie weiteren Stabien gebracht werben fann.

§. 49.

7. Das Herzogthum Magdeburg und die Grafschaft Mansfeld altpreußischen Antheils.

Die Provingialrechte in ber Proving Sachsen find fammtlich revidirt und die Entwurfe berfelben abgefaßt.

Alls die Revision der Provinzialrechte wieder aufgenommen ward, legte das Ronigl. Oberlandesgericht zu Magdeburg im Jahre 1831 einen Entwurf des Provinzialrechts des Herzogthums Magdeburg vor, welcher dent Oberlandesgerichte zu Naumburg zur, Erganzung rucksichlich bes Saalkreises und ber Grafichaft Mansfeld mitgetheilt warb. Die nähere Bearbeitung bieses Entewurfs ward 1834 bem damaligen Oberlandesgerichtsrath Soge zu Magdeburg, und nach bessen Berusung in das Justiz-Ministerium 1835 dem Ober-Landesgerichtsrath v. Klewiz übertragen und von dem letzteren ein vorläufiger Entwurf des Magdeburgischen Provinzialrechts ausgearbeitet:

Das Provinzialrecht bes herzogthums Magdeburg und ber Grafschaft Mansfeld, altpreußischen Antheils. Im Auftrage bes Königl. Justiz-Ministeriums für bie Geses-Revision, nach amtlichen Quellen bearbeitet von 28. v. Klewiz. Erster Theil. Motive. 310 S. Zweiter Theil. Entwurf

68 S. Magbeburg 1837. 8.

Dieser Entwurf warb nachher in ber aus bem Obers landesgerichtsrath v. Rlewis, als Ministerial-Rommissarius, unter Theilnahme des Regierungsrath Nathan, als Abgeordneten der Regierungen zu Magdeburg und Merseburg, des Justigraths Berendes in Paren, des Kreisrichters Eichel und den ständischen Deputirten: dem Seheimen Ober-Regierungsrath, Regierungs. Vice-Präsidenten und Dombechanten v. Krosigf, dem Landrath v. Munch hausen, dem Bürgermeister Treüding und dem Schulzen Schnock, bestehenden Prodingial-Rommission berathen, und aus den Resultaten dieser Berathung ein anderweitiger Entwurf abgesaßt, welcher im Seseh; Revisions-Ministerium einer näheren Prüfung und Berathung unterworfen und nach deren Resultaten der:

Revibirte Entwurf bes Provinzialrechts bes herzogthums Magbeburg und ber Grafichaft Mansfelb, altprengischen An-

theil's. Berlin 1841. 112 G. 8. und

Motive zum revidirten Entwurf des Pros vinzialrechts des herzogthums Ragdes burg und der Grafschaft Mansfeld, alts preußischen Untheils, mit Anlagen zu dem revidirten Entwurfe. Berlin 1841. 291 und 47 S. 8. ausgearbeitet und mit fammtlichen Berhanblungen bem

Landtage von 1841 mitgetheilt marb.

Da neben bem Entwurfe des Magdeburgischen, auch ber Entwurf des Sachsischen Provinzialrechts dem Landstage mitgetheilt war, so trug derselbe darauf an, jeden berselben besonders zu berathen. Durch die Rönigl. Rabinets Ordre vom 20. April 1841 ward genehmigt, "daß die Berhandlungen von besonderen Ausschüssen nach "bem Schlusse des Landtags von den diesen Landestheiszlen angehörigen Mitgliedern, als von besonderen Ausschüssen, sich üssen, fortgesetz und beendigt werden." Diese Berathung ward auch sofort nach dem Schlusse des Landtags beendigt und Namens der Magdeburgischen Stände die Erklärung über den Landtags Abschied vom 6. August 1841 die Erklärung der Landtags Versammlung noch nothwendig erachtet und demgemäß bestimmt:

baß bas Resultat ber Berathungen über bie Provinzialrechte ber Herzogthumer Sachsen und Magbeburg, welche von Seiten ber Landtags Deputirten bieser Landestheile stattgefunden, zwar dem nächsten Landtage zur Kenntnisnahme und Ratisabition ober weiteren Monirung vorgelegt werden, davon indessen die Berathung in den höheren Instanzen der Legislation, welche der Publikation jedenfalls vorausgehen musse, nicht abhängig gemacht werben solle, so daß durch die nachträgliche Mittheilung an den nächsten Landtag, wenn sich nicht materielle Bedenken und Hindernisse entgegenstellen, die Publikation des Provinzialrechts selbst feine Berrögerung erleiden wird.

Die definitive ständische Erflarung über ben revidirten Entwurf des Provinzialrechts ist daher abgegeben und legteres unter jenem Borbehalte für die ferneren legislativen Stadien gereift. Das Geseg-Revisions-Ministerium hat dasselbe jedoch um so weniger in dieselben bringen konnen, als es vom August 1841 bis zum Februar 1842 mit der Revision und Abfassung des Obligationenrechts und der bürgerlichen und der Kriminal-

Prozef Dronung beschäftigt mar.

Das

Das Magdeburgifche Provinzialrecht ift baher in bem Stadium bes Ministeriums fur bie Geset Nevision vollenbet, und zum ferneren legislativen Stadium vorbereitet.

§. 50.

8. Das Fürstenthum Salberstadt.

In diefer lage befindet fich auch das Provinzialrecht bes Fur fte uthums Salberstadt und ber zu bemfel-

ben gehörigen Landestheile.

Daffelbe war ichon im Jahre 1827 von bem Ober- Landesgerichtsrath Lenge, als erfter Theil ber von Strombect'ichen Sammlung ber Provinzial-rechte aller zum Preufischen Staate gehoren ben Lander und Landestheile in Form von Bufagen zum Allg. Landrecht, unter Beifügung ber Berordnungen, aus welchen sie entlehnt worden, bearbeitet und unter bem Titel:

Provinzialrecht des Fürstenthums Halberftadt und der zu demselben gehörigen Graf- und Herrschaften Hohenstein, Regenstein und Derenburg, von Leopold August Wilhelm Lente, herausgegeben von Friedrich Heinrich v. Strombeck. Leipzig 1827. 470 S. 8.

herausgegeben. Obgleich bies Werk nur Privatarbeit ist; so ward es boch bei dem Fortgange der Nevision ber Provinzialrechte zum Grunde gelegt, und, nachdem es vom Oberlandesgerichte begutachtet worden, von der provinziellen Rommission, welche aus dem Ober-Landesgerichtsbrath & en is e, als Rommissarius des Gesetz-Revisions-Winisteriums, den Deputirten der Regierungen zu Magdeburg und Wernigerode, und den provinzialständischen Deputirten: dem Justizrath hener, dem Regierungsrath v. Bultz ingslowen, den Bürgermeistern Gier und Stauding und dem Schulzen hinze, bestand, unter Zuziehung des mit dem Rechtszustande der Grafschaft hochenstein besonders bekannten Kreis-Justizraths Saalfeld geprüft und berathen, und von dem Rommissarius ein anderweiter Eutwurf des Provinzialrechts ausgearbeitet.

Annglen. Seft IV. 1839.

Diefer Entwurf ward im Gefets-Reviftons-Minifterium naher gepruft und berathen und, da das Minifterium größtentheils mit bemfelben übereinstimmte, bem:

Revibirten Entwurf des Provinzialrechts bes Fürstenthums Salberstabt und der Grafichaft Sobenstein. Berlin 1836. 24 . 8.

wefentlich jum Grunde gelegt. In ben

Motiven zum revidirten Entwurfe des Provinzialrechts u. f. w. Berlin 1836. 247 S. 8. sind die Grunde der über einzelne Gegenstände abweichenden Unsichten angeführt. Da dieser Entwurf dem Landtage zur Erklärung zugefertigt und letztere von demselben bereits im Jahre 1838 abgegeben ward; so ist dem Landtage durch den Landtags-Abschied desselben Jahres eröffnet, das wegen der Publikation des Provinzialrechts das Weitere vordehalten bleibe. Der Beschluß darüber ist dis dahin ausgesetzt, daß die übrigen Provinzialrechte in der Provinz Sachsen eben so weit gediehen sein werden.

§. 51.

9. Die Grafschaft Wernigerode.

Die Bearbeitung bes Partikularrechts ber Grafschaft Wernigerobe warb vom Gesetz-Revisions-Ministerium ber Grafsich Stolbergschen Regierung zu Wernigerobe aufgetragen, und die von ihr abgefaßte Darstellung besselben ift unter bem Litel:

Das Provinzialrecht der Grafichaft Bernigerode; im Auftrage des Konigl. Jufiz-Ministeriums fur die Gesetz-Revision entworfen von der Graflich Stolbergschen

Regierung zu Wernigerobe, mit einigen Partifular-Gesethen in ben Jahrbuchern für bie Preußische Gesethen gebung, Band 48. (1836), S. 329—358. und aus benfelben auch besonders abges bruckt.

§. 52.

10. Das Fürstenthum Gichsfeld.

Die Ausarbeitung bes Provinzialrechts des Furftenthums Sichsfelb übernahm in Gemagheit bes Auftrags bes Ministeriums ber bamalige Ober . Canbesgerichtsrath nachmalige Seheime Ober . Tribunalsrath Sartmann und entwarf:

Das Provinzialrecht bes Fürstenthums Eichsfeld; im Auftrage bes Konigl. Justiz. Ministeriums für bie Sefet Revision, nach ber Ordnung bes Allg. Landrechts bearbeitet von dem Geheimen Ober-Trisbunalstathe Fartmann. Berlin 1835. 479 S. 8.

Dasselbe warb, nachbem es von bem Oberlandesgerichte geprüft und berathen worden, in Druck gegeben und demnächst von dem Seheimen Ober-Tribunalsrath hartmann, als Rommissarius des Ministeriums, und den ständischen Deputirten: Regierungsrath v. Bulgingslowen, Justigrath Dener, Bürgermeister Sier und Sutsbesiger Fütterer, unter Mitwirkung des kandraths v. Bodungen, des Justig-Rommissarius Otto und des Schulzen Knoche nochmals geprüft und berathen. Der nach den Ergebnissen bieser Berathungen von dem Rommissarius bearbeitete neue Entwurf ward vom Seses Revisions Ministerium einer wiederholten Prüfung unterworfen und nach deren Resultaten der:

Revidirte Entwurf bes Furftenthums Eichefelb. Berlin 1837. 46 G. 8. unb

Motive jum revibirten! Entwurf bes Provingialrechts bes Fürstenthums, Eichsfelb. Berlin 1837. 288 G. 8.

abgefaßt und in Druck gegeben. Beibe Entwurfe stimmen größtentheils überein; die Abweichungen des einen von dem anderen sind in den Motiven angeführt. Der revidirte Entwurf ist vom Landtage berathen, und auf die Erklarung desselben im Jahre 1839 der Landtage Abschied in eben der Urt, wie der wegen des Halberstädtschen Provinzialrechts (§. 50.) ergangen. Es ist daher auch die Revision des Eichsfeldschen Provinzialrechts in dem ersten Stadium der Gesetzeneisson beendigt.

11. Das Fürstenthum Erfurt.

Das Provinzialrecht des Fürstenthums und ber Stadt Erfurt ist vom Großherzogl. Sachsischen Justigerath und Amtmann zu Wiefelbach Seinemann in bem Werke:

Die statutarischen Rechte für Erfurt und fein Gebiet. Erfurt 1822. 8.

Das Oberlandesgericht zu Naumburg mar, bearbeitet. in bem an bas Gefet = Revisions = Ministerium auf bie Aufforderung, bas Provinzialrecht feines Begirtes entwerfen, erftatteten Berichte ber Meinung, daß jenes Beinemann'sche Wert erschöpfend fei, ward aber durch Die Reffripte vom 9. Februar und 17. Juli 1832 be-Schieben, bag 'baffelbe feine offizielle Sammlung und auch nicht vollständig fei, aber gur Grundlage der Ausarbeitung eines formlichen Entwurfs bes, Provinzialrechts fur bas Rurftenthum Erfurt bienen fonne, und bas Landgericht zu Erfurt mit biefer Arbeit zu beauftragen fei. bem gandgerichte arbeitete ber Dberlandesgerichte Refe-rendarius goes, unter Direktion feines Baters, bes Landgerichtsraths Loes, bes in biefem Rechte erfahrenen, alteften bortigen Juftigbeamten, einen ausführlichen Entwurf beffelben mit Motiven aus. Entwurf mard im Frubjahre 1833 bem Ministerium eingereicht, und bon bemfelben bem Dberlandesgerichte gur Beautachtung und leberarbeitung nach den ihm eröffneten Gefichtspunkten jugefertigt, von bemfelben aber bem Landgerichte Direktor Raupifch ju Erfurt übertragen. Das von bem Oberlandesgerichte überreichte

Erfurter Provinzialrecht, abgehandelt vom Referendarius Loes und begutachtet vom Landgerichts-Direktor Raupisch zu Erfurt,

warb vom Oberlandesgerichte bem Gefete Revisions Minisfterium mittelst Berichts vom 22. Mai 1836 mit ber Bemerstung: "ben in bem Gutachten aufgestellten Unsichten und "Borschlägen treten wir bei und finden aus eigener Ers

"fahrung nichts hinzugufugen" vorgelegt. Das Miniftes rium, von welchem immittelft erhebliche, noch unbenutte Materialien gesammelt maren, beauftragte ben gandgerichts Direttor, jegigen Oberlandesgerichts. Prafibenten, Raupisch, unter ber eben so thatigen, als sachfundigen Mitmirfung bes Juftigrathe Beinemann, ben Entwurf ju überarbeiten. Der von bemfelben uns term 29. Marg 1837 überreichte anderweite Entwurf bes Erfurter Provingialrechts ward mit allen Berhandlungen unterm 6. Mai 1837 bem Oberlandesaerichte Dice : Prafibenten Dablmann und bem Dber-Landesgerichtsrath Pinder ju Raumburg, als gur Berathung mit ben ftanbischen Deputirten ernannten Minifterial Rommiffarien - an bes letteren Stelle marb nach beffen Ableben ber Dber-Landesgerichterath Iftrich und spaterbin ber landrath von Berlepfch bestellt - mit ber Unmeisung überfandt, bei ben Berathungen nicht ben "anderweitigen Entwurf," ba er mehr von bem legislatorischen Standpunkte ausgehe, als bas bestehende Recht wiedergebe, fondern ben fruberen Entwurf gum Grunde Die Entwurfe girfulirten gwar fogleich unter zu legen. bie standischen Deputirten; die Rommiffarien erhielten' indeffen bas Gutachten ber Ronigl. Regierung mit ben Entwurfen und Aften erft im April 1840 guruck. Berathungen, welche aus diesem Grunde bisher nicht batten anfangen fonnen, mußten aber auch noch jest ausgesett merben, weil sowohl die Rommiffarien, als die Deputirten mit ber Berathung über bas Gachfische Drovingialrecht beschäftigt waren. Gie konnten baber erft im Monat Rovember 1841 anfangen, und ber nach ben Resultaten berfelben von ber Rommiffion abgefaßte Ents wurf bes Provinzialrechts bes Rurftenthums Erfurt mit den Verhandlungen erst im Marg 1842 beim Ministerium eingereicht werben. Ungeachtet ber fortgefetten Betriebfamfeit fowohl bes Ministeriums, als ber Rommiffion ift aus bem ermagnen Grunde bie Bearbeitung biefes Propingialrechte in biefen Ruckstand gerathen, und nachft bem ber Oberlaufis bas einzige, über welches die Provinzialftande noch nicht baben vernommen werden konnen.

12. Das Bergogthum Cachfen.

Die erste Bearbeitung und der erste Entwurf des Provinzialrechts des herzogthums Sachsen ward vom Geset; Nevisions Ministerium dem Ober-Landesgerichts rath Vinder zu Naumburg aufgetragen, und der von bemselben ausgearbeitete Entwurf, nachdem er von dem Oberlandesgerichte und anderen Behorden durchgesehen

worden, unter bem Titel:

Das Provinzialrecht ber Königl. Preußisschen, vormals Königl. Sächsischen Lanzbestheile, mit Ausschluß ber Lausiß, nebst Beweisstellen, Gründen und Bemerkunzen; im Austrage des Königl. Justiz-Misnisteriums für die Gesetz-Revision bearbeitet von Dr. Pinder. Leipzig 1836. Erster Theil: das Provinzialrecht enthaltend. 437 S. Zweiter Theil: die Beweisstelzlen, Eründe und Bemerkungen enthaltend. 660 S. 8.

in Druck gegeben.

Bur Prufung und Berathung biefes Entwurfs mit ben ftanbifchen Deputirten, dem Landrath v. Pfannenberg, dem Rammerherrn v. Selldorff, dem Grafen b. Berthern, bem Stadtrath Rafd, bem Burgermeis fter Rablert und bem Erbrichter Frisch bier, fo wie mit bem Regierungerath v. Foch, ale Abgeordneten ber Regierungen zu Potsbam, Magbeburg, Erfurt und Merfebnrg, wurden ber Oberlandesgerichts : Bice : Prafibent Mahlmann und ber Dber Landesgerichterath Iftrich gu Raumburg zu Ministerial = Rommiffarien bestellt und entwarfen nach ben Resultaten biefer Berathungen einen Bei ber Ausführlichkeit und Grunde neuen Entwurf. lichkeit des bereits mit den ståndischen Deputirten berathes nen Entwurfe, und ba überdem die im §. 43. angeführten Grunde auch hier eintraten, beschrankte bas Di-Provinzialrecht noch jur Beranifterium, um bies thung auf bem nabe bevorstehenden Landtage gu beforbern, fich auf eine vorläufige Revision besselben, arbeitete ihn nach ben babei fich ergebenen Bemerkungen in ben :

Revidirten Entwurf bes Provinzialrechts bes herzogthums Sachfen. Berlin 1841.

133 G. 4. mm, und führte bie Grunde ber vorgenommenen Abandes rungen in ben:

Motiven jum revidirten Entwurfe des Pros vingialrechts des herzogthums Sachfen.

Berlin 1841. 187 G. 4.

entwurf und Motive wurden dem Provinzial-Landtage von 1841 zur Erklärung zugefertigt; der kandtag
machte aber, in eben der Art, wie dies in Ansehung des
Magdedurgischen Provinzialrechts geschah (§. 49.), den
Antrag, nach geschlossenem kandtage das Provinzialrecht
des herzogthums Sachsen von den zu diesem kandestheile
gehörigen Ständen berathen lassen zu dürsen. Da diesem
Untrage durch die §. 49. angeführte Königl. Kadinets.
Ordre vom 20. April 1841 gewillsahrt ward; so haben
die Deputirten aus den sächsischen Ständen den Entwurf
des Provinzialrechts des herzogthums Sachsen berathen,
und ihre Erklärung über denselben bereits abgegeben;
dasselbergische.

Ein Nachtrag wegen ber Berbinblichkeit ber Patrone ju Rirchen, und Pfarrbauten ift fpater in ben Sahrbuchern ber Preußischen Gefetgebung Bb. LIX.

S. 391. abgedruckt.

Dies Provinzialrecht enthalt zugleich die Partikularrechte ber ehemaligen Sachsischen Stifte, Reben- und mittelbaren Lande, namlich:

I. ber Stift. Merfeburgifchen Lanbe,

11. ber Grafichaft Benneberg. Schleufingen, 111. ber Grafichaft Mansfeld, vormals fachfifchen Antheils,

IV. ber Grafichaft Barby und bes Amtes

V. ber Grafichaften Stolberg: Stolberg und Stolberg: Rogla, und

VI. ber Memter Relbra und Beringen.

13. Das Markgrafenthum Nieder : Laufit.

Das Oberlandesgericht ju Frankfurt ward im Jabre 1829 mit ber Bearbeitung bes Rieberlausitisichen Provingialrechts beauftragt, übertrug bied Geschaft aber bem Dber-Landesgerichterath Dauli und bie Darftellung bes Mieberlaufitschen Lehnrechts bem Juftig : Kommiffarius Deumann ju Lubben, welcher letteres im Jahre 1831 berausgab 73), und auf Untrag ber Lanbstande bem ec. Pauli in ber Ausarbeitung bes Provinzialrechte gugeordnet, und 1832 nach Pauli's Ableben damit, unter Beibulfe bes Geb. Regierungerathe Gugmilch in Lubben, beauftragt mard. Der Juftig Rommiffarius Reumann legte schon im Jahre 1833 bedeutende Borarbeiten und einen vorläufigen Entwurf bes Provingial. recht & vor, beffen weitere Bearbeitung bem Dberlandesge= richte ju Frankfurt und auf beffen Bericht vom 9. Rebruar 1833 : "bag in bemfelben fein Mitglied befindlich fei, welches "eine gang grundliche Renntniß ber Dieberlaufiger Rechts-"verfaffung, wie fie in einem folchen Umfange erforber-"lich ift, habe", bem Geb. Regierungerathe Gugmilch und bei ben bagegen eingetretenen Schwierigkeiten, bem zc. Reumann, unter Beiftand bes zc. Gugmilch, aufgetragen warb. Der zc. Reumann reichte fchon im Januar 1834 einen nach ben inzwischen eingegangenen neuen Materialien und Erinnerungen umgearbeiteten Entwurf bem Ministerium ein, welches ihm benfelben, gur nache träglichen Ergangung burch einige beim Ministerium eingegangene Materialien, wieber jugeben lieg. Bei, bem Eifer, mit welchem die Stande des Markgrafthums bie Bemuhungen bes Ministeriums fur bie balbige Berichtigung bes Dieberlaufitischen Provinzialrechts unterftutten, und da ingwischen ber Provinzial-Landtag Abgeordnete aus ben Standen ber Dieberlaufit jur Berathung beffelben mit bem Ministerial-Rommiffarius gewählt hatte (ben hofrath und gandesbestallten Mothes zu Lubben und

⁷³⁾ Daffelbe ift in ben Jahrbuchern (1834.) Band XLIV. S. 199. abgebrudt.

ben Ober-Canbesgerichtstath v. Schlieben zu Magdeburg), ernaunte bas Gesetz-Revisions Ministerium im Jahre 1834 ben Oberlandesgerichts Vice-Prasidenten v. Gerlach, nach dessen im folgenden Jahre erfolgten Ableben, bessen Bruder und Nachfolger in der Vice-Prasidentur, und bemnächst unterm 15. März 1837 den bisherigen Geheimen Ober-Justiz- und Geheimen Ober-Tribunalsrath, nunmehrigen Ches-Prasidenten Dr. Scheller, für jene Berathungen zum Ministerial-Kommissarius. Der Entwurf des Provinzialrechts war inzwischen vom Justiz-Kommissarius Reumann umgearbeitet, und mit Genehmigung des Ministeriums unter dem Litel:

Das Provinzialrecht bes Markgrafthums Rieberlausit in zwei Abtheilungen, nebst einer Darstellung ber früheren Rieberslausitischen Berfassung, als Einleitung, im Auftrage bes Ronigl. Geheimen Staats und Justiz-Ministers, herrn v. Rampt, von J. 28. Neumann, Konigl. Justiz-Rommissarius. Frankfurta. D. 1837. 523 S. 8.

abgebruckt. Nachdem dieser Entwurf in schriftlichen Ausstührungen naher geprüft und mehrere Bebenken beseitigt worden, ward er in der oben gedachten Provinzial-Rommission, unter Theilnahme zweier Deputirten der Konigl. Regierung und unter Mitwirkung des zc. Neumann, im Jahre 1839 einer aussührlichen Berathung unterzogen, aus deren Resultaten, so wiesaus den noch später eingegangenen Materialien über die Lokalrechte und andere Gegenstände, der Rommissarius, Oberlandesgerichts-Präsident Scheller, im Jahre 1839 einen Entwurf des Provinzialrechts und nach den über denselben in fernes ren Berathungen gemachten Erinnerungen im Jahre 1840 einen anderweiten

Entwurf bes Propingialrechts bes Marts grafthums Dieberlaufis unb

Motive ju bem Entwurfe u. f. m. fo mie

ben Entwurf bes Rieberlaufigifchen Lotals rechts und ben Entwurf bes Rieberlaufigifchen Lehnrechts mit Motiven ausarbeitete und bem Gefetz Revisions-Ministerium vorlegte. Dieser Entwurf ward im Ministerium einer weiteren Berathung unterworfen, nach beren Resultaten ber

Revidirte Entwurf des Provinzalrechts bes Markgrafthums Riederlaufig. Berlin 1841.

138 und 68 G. 8. und bie

Motive zum revidirten Entwurfe bes Provinzialrechts u. f. w. Berlin 1841. 111 u.97 S. 8. abgefaßt, in Druck gegeben, und dem kandtage mitgetheilt wurden. Beide Entwurfe stimmen größtentheils überein, und, wenn das Ministerium in einzelnen Punkten von dem Rommissions-Entwurfe abgewichen ist; so sind die Grunde dieser Abweichungen in den Motiven entwickelt.

Rach ber bisherigen Unficht follte biefer Entwurf bem Rieberlaufitifchen Rommunal-Landtage gur Beautachtung borgelegt werben, ba die Deputirten auf bem Lands tage gemablt maren, und bas Provinzialrecht lediglich die Berhaltniffe der Riederlausit betrifft. Durch das landes berrliche Propositions Defret vom 13. Marg 1841 warb inbeffen den Standen überlaffen, ob fie diefe Begutache fung auf bem Provinzial-Landtage ober auf bem nachften Dieberlaufitifchen Rommunal-Bandtage vornehmen wollten. Der Beschluß der Provingialstande sowohl aus ber Mark Brandenburg, ale aus bem Markgrafthum Riederlaufit, baß bas Provinzialrecht beffelben auf bem bortigen Rome munal gandtage berathen werben folle, ward burch ben landesherrlichen Bescheid bom 15. Mai 1841 mit ber Beftimmung: "baß baffelbe, nachbem es von dem Rom-.munal gandtage begutachtet ift, nochmals bem Provinstial gandtage gur befinitiven Erflarung vorgelegt mer-"ben folle," bestätigt, und auf biefen Bescheib in bem Landtags Abschied vom 20. Dezember 1841 verwiefen. Die Berathung bat auf bem am 27. Februar 1842 eroffneten Rommunal-Landtage Statt gefunden, und ift bis auf bie Abfaffung ber Erflarung bereits beenbet.

Es ift daber bie Erklarung bes nachften Provinzials Lanbtage uber bie Erklarung bes Rommunal Lanbtage abzuwarten, und burch erftere biefes Provinzialrecht für

bas zweite legislative Stadium berichtigt.

14. Das Markgrafthum Ober: Laufit.

Die Sammlung ber Materialien zum Oberlaufitie fchen Provinzialrechte ward vom Juftig-Ministerium bereits im Jabre 1827 bem Oberlandesgerichte gu Glogan aufgegeben, indeffen im folgenden Jahre geftattet, baß baffelbe für die mehrmals schon ermahnte Strombe d'iche Cammlung bearbeitet werbe. Dies marb zwar im Jahre 1829 jurudgenommen und bas Dberlandesgericht von neuem mit biefer Sammlung beauftragt, allein schon im Sabre 1830 bavon wieder entbunden, und bies Geschäft bem Geheimen Juftigrathe Ludwig in Breslau aufgetragen, berfetbe aber bavon im Jahre 1832 entbunben, und biefe Sammlung abermals bem Oberlandesgerichte übertragen. Da baffelbe indeffen Uebermaaf von Urbeiten und Mangel an naberen Renntniffen bes Ober: laufigischen Provinzialrechts vorstellte; so ward die Busfammenstellung beffelben im Jahre 1833 ben Landgerichts rathen Richter und Beino ju Gorlig übertragen, und bon benfelben im Jahre 1835 ein Entwurf bes Dberlaufitifchen Provinzialrechts bem Landgerichte vorgelegt und 1836 bem Gefet Revisions-Ministerium überreicht. Ministerium übertrug bie Prufung biefes Entwurfs 1836 bem Ober Landesgerichtsrathe v. Salifch ju Glogan, welcher vorläufig mehrere Bemerkungen über ben Entwurf einreichte, aber bereits am Schluffe beffelben Jahres ftarb. Diefe Bemerkungen wurden unterm 5. Januar 1837 bem Landgerichte ju Gorlit mitgetheilt, um zu prufen, ob mit Rucfficht auf biefelben ber eingereichte Entwurf noch einer Umarbeitung beburfe; auf beffen Bericht ward uns term 20. August ber Lands und Stadtgerichts Direktor Ronig zu Gorlit mit jener Umarbeitung beauftragt. Bei ben -überhauften anderen Geschäften beffelben indeffen bas Ministerium biefes Rommifforium unterm 29. Oftober 1840 bem Ober-Landesgerichtsrathe v. 2Ba ugenheim gu Glogau, welcher am 20. Geptbr. 1842 ben Entwurf bes Provingialrechts bes Mart-

grafthums Oberlaufig und bie Motive zu bemfelben

überreichte, und unter bem 28. beffelben Monats ben Auftrag erhielt, ben Entwurf mit ben ftanbifchen Deputirten (Landes Melteffer v. Derten, Lanbichafts Direttor v. Baugwig, Rittergutsbefiger v. Gered orff, Land. rath v. Got, Graf gur Lippe, Dber Landesgerichts- rath v. Daliwit, Stadtinnbitus Reitfch, Abgeordnete Ender und Burgermeifter Schuly, und von Geiten ber Landgemeinden: Die Abgeordneten Lange, Schafer und Prope) ju berathen.

Dem Direktor Ronig mar zwar 1837 aufgegeben, ben Entwurf, nachdem berfelbe in ber ihm eröffneten Richtung geprüft worden, abbrucken gu laffen, biefer 216bruck hat indeffen, da die Prufung erft gegenwartig vol= lendet und ber umgearbeitete Entwurf eingereicht ift, noch

nicht erfolgen konnen.

Das Oberlaufitisische Provingialrecht ift baber mit bem Erfurtischen (§. 53.) und, größtentheils aus einem gleichartigen Grunde, wie biefes, das in der Ausarbeitung am langsten verzögerte und bas einzige, von beren Ente wurfen noch feiner abgebruckt ift.

Nach Bollenbung ber Berathung in ber Propinzials Rommiffion wird zu bestimmen fein, ob ber in berfelben abgefaßte Entwurf vor ber Bernehmung ber Stanbe im Gefet Revifions Ministerium einer generellen ober einer fpeziellen Revifion unterworfen werden foll, und ob in bem erften Falle ber Kommiffions , in bem zweiten aber ber ministerielle Entwurf von bem Provinzials ober von bem Rommunal-Landtage, ober, wie ber Dieberlaufitische Entwurf (6. 55.) successive von beiden berathen merben foll?

§. 57.

Bergogthum Schleffen.

Die in Gemäßheit bes Allgemeinen gandrechts ans geordnete Entwerfung ber Provinzial. Gefegbucher veran-lafte verschiebene Entwurfe bes Schlesischen Provinzial. rechts, welche, ungeachtet ihres bleibenden großen Berthes, burch die spatere Gefengebung in febr erheblichen Theilen fo unanwendbar geworden, baß fie ber im Jabre 1827

in Schlesien angeordneten Revisson bes Provinzialrechts füglich nicht jum Grunde gelegt werden founten. Gemaßheit ber Unweisung bes Juftig-Ministeriums ward fur ben Gerichtesprengel eines jeben ber brei Schlefischen Oberlandesgerichte ber Entwurf bes Provingialrechts, fo wie der Partifulars und Statutar: Befete vom Gebeimen Juftig- und Ober-Landesgerichtsrath Ludwig bearbeitet. Diefe Entwurfe murben, nach einer allgemeinen Prufung im Gefet Revifions Ministerium, ber Prufung ber aus bem Ministerial-Rommiffarius, Dberlandesgerichts. Chef. Prafibenten Rubn in Breslau, aus, ben Deputirten ber Regierungen und ben vom gandtage gewählten Abgeordneten ber Provingialftande (bem Fürften v. Caro: lath : Beuthen, Regierungs : Prafibenten v. Ductler, bem Grafen Dagnis, bem General Landichafts Direktor Grafen v. Dnrrhn, bem Lanbichafts. Direktor v. Johnston, bem Landschafts . Direttor v. Reißewiß, bem Stadtverordneten Schmeibler, bem Burgermeifter Polens, bem Medizinal-Affeffor Borne, mann, bem Rathsherrn Gladgit, bem Freischoltiseibefiger Baffet und bem Rretschambefiger Bobm) beftebenden Provingial-Rommiffion überwiesen, welche diefer Prufung fich in den Jahren 1835 bis 1839 unterzog. In Rucksicht auf die aus ber Sonderung bes Schlefischen Provinzialrechts in brei befondere Gefenbucher entftehenden Schwierigkeiten ward die Zusammenfassung berfelben in Gin Provinzial-Gefetbuch, fo wie die Aufnahme ber befonderen Rechte der Schlefischen Fürstenthumer und Standesherrschaften in daffelbe beschloffen, und die Entwerfung eines folchen Provinzial-Gefesbuche bem Ober-Landesgerichts= rathe und Fürstenthumsgerichts : Direktor Bentel ju Reife übertragen.

Die besonderen Rechte im Departement des Oberlanbesgerichts zu Ratibor waren, nachdem sie unter dem Litel:

Das bestehende Oberschlesische Provinziale recht, im Auftrage bes Ronigl. Justiz-Misnisteriums, entworfen vom Geh. Justizund Oberlandesgerichtsrathe Ludwig zu Ratibor im Jahre 1830. Berlin 1839. 80 G. 8. zusammengestellt waren, inzwischen im Jahre 1835 zu

Ratibor, unter ber Leitung bes bortigen Oberlandesgerichts:Bice: Prafibenten Bollmer 74), von einem Theile ber oben genannten landständischen Abgeordneten berathen:

Konfereng Protofolle mit ben stånbischen Deputirten über bas Oberschlesische Propingialrecht 1839. (Berlin 1839. 30 S. 8.)

Der Ober-Landesgerichtsrath Wentel ward ferner mit bem Stadtgerichtsrathe Wentel, neben bem oben erwähnten Auftrage, beaufträgt, ben so verwickelten Zustand ber in Schlesien geltenden Lokalrechte naber zu untersuchen und lettere zusammenzustellen, um durch eine Uebersicht berselben ber Berathung über ihre Beschränkung und Berseinsachung vorzuarbeiten.

Rach biefen Auftragen bearbeitete ber Ober Landes gerichtsrath Ben gel im Jahre 1838 ben Entwurf eines ichlefischen Provinzialrechts, welcher im folgenden Jahre

unter bem Titel:

Das jest bestehende Provinzialrecht bes Herzogthums Schlesien und ber Grafschaft Glat, im Auftrage bes Wirkl. Geheimen Staats: und Justiz-Winisters v. Rampt, ausgearbeitet von A. Wengel, Oberlans besgerichtsratheund Direktor bes Ronigl. Kurstenthumsgerichts zu Neiße. Breslau 1839. 673 S. 8.

gebruckt marb, und in Gemeinschaft mit bem Stadtgerichts-

rathe Bengel;

Das jest bestehende Lokalrecht bes herzogs thums Schlesien und ber Graffchaft Glat, im Auftrage u. s. w., ausgearbeitet von A. Wengel und J. Wengel. Breslau, Ratibor und Pleß 1840. 761 S. 8.

und als zweiter Theil bes erften Werks auch unter bem

Titel:

Das jest bestehende Provinzialrecht des

⁷⁴⁾ welcher eine vollständige liebersicht der Dberichlefischen Proposingialgefete (abgebruckt in den Jahrbuchern B. 49. S. 357 ff.) entworfen hatte.

Derzogthums Schlesien und ber Grafschaft Glat; im Auftrage bes u. s. w. ausgearbeitet. Zweiter Theil: Lokalrecht. Berlin u. s. w. 1840.

Das Gesetz-Revisions-Ministerium unterwarf biese Entwurfe einer so sorgfältigen und genauen Prüfung, als die Rähe der bevorstehenden Eröffnung des sechsten Provinzialkandtags gestattete, beschränkte sich indessen in Ansehung der kokalrechte auf eine generelle Prüfung, da denselben nach den-vorliegenden Umständen eine wesentliche Beränberung bevorstand. Nach den Resultaten der Berathungen, für welche der Ober-kandesgerichtsrath Goltdammet zum Reserenten bestellt ward, wurde vom Ministerium der

Revibirte Entwurf bes Provinzialrechts bes herzogthums Schlesien und ber Grafschaft Glaß. Griter Theil: bas allgemeine Schlesischen Partifularster Theil: bie Schlesischen Partifularsrecht. Entwurf 135 und Motive 260 S.

Berlin 1841. 8. ausgearbeitet, und bem fechsten gandtage von 1841, melchem burch bas landesherrliche Propositions Defret vom 13. Marg 1841 bie Berhandlungen ber Rommiffion gur Erklarung fowohl über biefelben, als auch über bie Art ber Bernehmung ber Gemeinden über bie Lokalrechte gu-gefertigt waren, burch ben Landtags-Kommiffarius mitge-Bei bem großen Umfange ber Provingialrechte trug bie Landtags Berfammlung auf eine Frift gur 21b. gabe ihrer Erklarung an, welche burch ben Landtage : Abschied vom 6. August 1841 ad 14. mit ber Bestimmung bewilligt warb, bag bie Berathum uber bas Provinzialrecht von bem bagu ernannten fanbischen Ausschusse fortgefest und ju Ende geführt werbe, bag bas Resultat ber Berhandlungen bes Ausschusses jeboch bem nachften Provinzial-Landtage gur befinitiven Ertia. rung vorgelegt werben folle. Die Revifion bes Schleftfchen Provinzialrechts ift baber, fo weit fie vor bas' Gefetz-Revifions-Minifterium gebort, berichtigt, und fommt es gegenwartig auf bie befinitive Erklarung bes nachften Provinzial gandtags und bemnachst auf die Berathungen und Beschluffe in ben ferneren legislativen Stadien an.

§. 58.

16. Großberzogthum Pofen.

Von Seiten bes Gefetz-Revisions-Ministeriums murben zwar Einleitungen zur Feststellung ber Provinzialrechte im Großberzogthum Posen getroffen, es ergaben sich aber babei so viele Schwierigkeiten, und bazu so wenige Bedurfnisse, bag in Mitberucksichtigung bes fast ganzlich veranberten Rechtszustanbes in diesem Lanbestheile jenen Einleitungen bis jest keine Folge gegeben ift.

§. 59.

Die Revision ber Provinzialrechte in ber Provinz Westiphalen überhaupt.

Der Darstellung ber Revision ber verschiedenen Provinzialrechte in der Provinz Westphalen ist nachstehende Uebersicht berselben um so mehr vorauszuschicken, als die Verhandlungen über bieselben in zwei Landtagen, in dem fünften und sechsten (in den Jahren 1837 und 1841) sich vereinigen. Sie zum Jahre 1830 beschränkten die Verhandlung

gen über die westphalischen Provinzialrechte fich im halb= offiziellen Charakter hauptfachlich auf die Sammlung ber Landesgefete und die Ordnung ihrer Bestimmungen nach bem Sufteme bes Allgemeinen gandrechts. Die Ungulanglichkeit diefer Behandlungsart mard indeffen bald erfannt, und das Juftig-Ministerium beauftragte daber unterm 19. Dezember 1831 bie Oberlandesgerichte gu Samm, Munfter und Paderborn, und bald nachher auch bas gu Arnsberg, mit ber Entwerfung eines Provingial-Gefetbuchs fur die ju ihrem Gerichtssprengel gehorigen Landestheile, ohne dabei die Abficht ju haben, baf aus benfelben für einen jeden diefer Gerichtesprengel ein eigenes Provinzialrecht abgefaßt werde, in welchem die Partifularrechte aller biefer ganbestheile verschmolgen murden und untergeben follten; ber Auftrag ward nur an die verschiedenen Oberlandesgerichte ertheilt, weil jedes berfelben bie Drovingials -

vinzialrechte feines Bezirks am besten fennen muffe. Dem vierten Landtage mard burch bas Propositions-Defrete vom 23. Oft. 1833 befannt gemacht: ,,Bei ber Unordnung ber "Revifion ber allgemeinen Gefetgebung find Wir zugleich "barauf bedacht gemefen, auch die Provinzialgesete, Be-"mobnheiten und Statuten fammeln und revidiren, und bems anachst als Provinzial-Gesethuch publiziren zu laffen, bas "mit fur jede Proving Unferes Reichs bie 216-"weichungen bon ben allgemeinen, fur bie "gange Monarchie fubfibiarifch geltenben Be-"fegen burch diefe Provingial- Gefegbucher ge-"gen alle 3meifel befto ficherer geftellt, und bie "Borfchriften bes Publikations Patente bes Allgemeinen "Landrechts vom 5. Februar 1794 jur vollständigen Aus-"führung gebracht werben. Die Vorarbeiten zu einem "folchen Provinzial-Gefenbuche fur die Proving Beftpha-"len find bereits fo weit gedieben, daß barüber gwischen "Unferen bagu gu ernennenden Rommiffarien und ftanbi-"fchen Deputirten, mit Bugiehung von Abgeordneten Un-"ferer Regierungen, foweit lettere beren Theilnahme fur perforderlich halten, eine Berathung ftatt finden fann. "Um biefer einen zwedmäßigen Erfolg zu verfichern, ba-"ben Bir nothig erachtet, daß Deputirte Unferer getreuen "Stande mit den demnachft von Unferem Juftig-Ministe» prium gu ernennenden Rommiffarien gufammentreten und "gemeinschaftlich mit biefen die vorläufigen Entwurfe "bes funftigen Provinzial-Gefetbuche berathen, welchemanachft bie gedachten Rommiffarien nach ben Resultaten "biefer Berathungen den Entwurf zu bem Provingials "Gefenbuche abfaffen, und Unferem Juftig - Minifter gur "Revifion ber Gefengebung einreichen werben. "bern baber Unfere getreuen Stande auf, ju bem ge-,bachten 3mecte Deputirte, und gur Berhutung eines "Aufenthalts fur den Fall der Berhinderung, Stellvertre-,ter gu mablen, welche in ber Stande Ramen mit ben ,bon vorgebachtem Minister zu ernennenden Rommiffarien "ben Entwurf zu bem Provinzial Gefegbuche berathen, ohne daß es von Seiten biefer Deputirten einer weites gren Ruckfrage bei ben Standen bedarf, indem die ftan-3, bischen Deputirten berechtigt find, ihre abweichenden unnalen. Seft IV. 1839.

"Meinungen ju ben Aften ber gemeinschaftlichen Beraathung abzugeben, welche genau erwogen, und bemnachft Jung ju Unferer Entscheibung vorgelegt werben follen. Die von Unferen getreuen Standen ermablten Devutirnten und beren Stellvertreter find Unferm Minifter bes "Innern und ber Polizei anzuzeigen, und werbem bem-"nachft von ben obgebachten Kommiffarien weitere Dit-In Ruckficht ber Ungahl ber Depu-,theilung erhalten. stirten wollen Wir die Bahl Unferer getreuen Stande nicht beschranten und ihnen auch überlaffen, fur jeben ber verfchiedenen Territorial-Beffandintheile ber Proving, infofern fie befondere "Probingialrechte haben, befondere Deputirte "in mahlen, bamit die Rechteverhaltniffe und "Intereffen jedes biefer Beftandtheile befto grundlicher und erschöpfender mahrgenom : "men werben fonnen."

Auf den Antrag des kandtags ward durch den kandtags:Abschied vom 30. Dezember 1834 genehmigt, daß die
Rommissarien des Justiz-Ministeriums für die Gesek-Revision und die Deputirten der Stände die einzelnen Provinzialrechte berathen und die Entwürfe derselben ausarbeiten,
diese aber auf dem nächsten kandtage in den dazu gewählten
Ausschüffen geprüft und demnächst dem Plenum zur Berathung vorgelegt werden sollten. In Gemäßheit diese
Landtags:Abschiedes leitete das Gesex-Revisions-Ministes
Landtags:Abschiedes leitete das Gesex-Revisions-Ministes
Lenathung mit den auf dem Landtage gewählten ständischen Deputirten die Ministerial-Rommissarien nach den
verschiedenen oberlandesgerichtlichen Bezirken und zwar:

1) für ben Sammschen ben Ober Landesgerichtsrath, jetigen Geheimen Ober Juftigrath Boswinctel;

2) fur ben Mun fter ich en ben Ober-Lanbesgerichts. und Geheimen Juftigrath Schluter;

3) fur ben Paberbornich en ben Ober Lanbesgerichte und Geheimen Jufigrath Marc unb

4) für ben Urnsbergichen ben Ober-Canbesgerichtsrath Rintelen.

Von Seiten bes Landtage maren:

1) fur den Oberlandesgerichts Bezirk Samm: ber

Fürst v. Bentheim. Tedlenburg, ber Landrath Freiherr v. Bobelschwingh, ber Gerichte Direktor v. Biebahn und ber Schulze Dellwig.

2) fur ben Diftrift Munfter: ber herzog v. Eron, ber Graf v. Galen, ber Stabtrath Suffer

und ber Regierungerath Bracht;

3) für ben Diftritt Paberborn: ber Graf von Deftphalen, ber Regierungs Prasibent von ber horft, ber Conservateur Rintelen und ber Colon Berleger, und

4) für ben Diftrift Urnsberg: ber Fürft zu Cann-Bittgenstein- Bittgenstein, ber Graf v. Bocholz, ber Justig-Rommissarius Droege und ber

Juftig : Amtmann Geibert zu Brilon

ju Deputirten ermablt.

Diese Rommissionen bearbeiteten von einander unabhängig die ihnen zugewiesenen Partikularrechte und legten sie mit den von ihnen ausgearbeiteten Entwürsen, so wie sie vollendet waren, dem Gesez-Revissons-Ministerium vor, in welchem sie einer näheren Prüfung unterworsen, und revisdirte Entwürse der Provinzialrechte zur Mittheilung an die Landtage abgefast wurden (§. 39.). Da ein großer Theil der westphälischen Provinzialrechte auf diese Art näher bearbeitet war, als im Jahre 1837 der fünste Landtag erössnet ward; so wurden sie demselben durch nachstehendes landesberrliche Propositions-Dekret vom 14. Februar 1837 mitgetbeilt:

Die in Gemäßheit Unferes letten Landtags-Mbschies bes erfolgte Revision ber Provinzialrechte ift so weit vorgeschritten, daß die abgefaßten und mit den stansbischen Deputirten berathenen Entwurse der Provinzialrechte des herzogthums Bestphalen, des Fürstenthums Münster und der Grafschaften Mark, Lingen, Tecklenburg, Recklinghausen, Wittzgenstein, hobenskimburg, Anholt und der übrigen standessertlich en Gebiete der gegenwärtigen Landtags Wersammlung zur Prüfung und Begutachtung werden vorgelegt werden. Wenn die Entwürse der Partifularrechte der übrigen Theile Unserer Provinz Westphalen gegenwärtig noch nicht

Diplaced to Google

mit vorgelegt worben; fo ift bies nicht burch Unfere Beborben, fonbern burch die Sinderniffe veranlagt, welche bie Busammentunft ber ftanbischen Deputirten gefunden haben. Es mar Unfere Abficht, die abaefaßten Entwurfe ber verschiedenen Provingialrechte, nachdem biefelben von ben ftanbifchen Deputirten berathen worden, vor ber Mittheilung an die Lande tags Berfammlung burch Unfere Juftig-Minifter für Die Gefet Revifion einer genauen Prufung unterzieben, und bemnachst in weitere Berathung nehmen su laffen. Da bie Rurge ber Beit bies aber nicht gestattet hat, und baber bie Entwurfe auf dem gebachten Wege nicht vor bem nachsten Landtage an Unfere getreue Stanbe gelangt fein murben; fo baben Bir beschloffen, Die mehrerwahnten Entwurfe, nachbem fie von Unferem Justigminister fur die Ges fet Revision nur vorläufig und im Allgemeinen gepruft worben, ichon gegenwartig bem Landtage gur Ermagung und Begutachtung um fo mehr überfenben zu laffen, als bei biefem Berfahren bie Unfichten und Bunfche Unferer getreuen Stande bei ber befinitiven Berathung und Beschlugnahme über dies fen Begenstand um besto umfanglicher werden beruckfichtigt werben konnen. Wir feben baber ben Meußerungen und Erklarungen berfelben auf die Entmurfe ber Provingialrechte balbigft entgegen, bamit biefe Ungelegenheit zur Endschaft beforbert merbe. -Wenn Wir gleich beabsichtigen, daß gleichzeitig mit jedem Provingialrechte auch die Motive ber barin enthaltenen Bestimmungen amtlich herausgegeben und in den Motiven infonderheit die Quellen ber einzels nen Bestimmungen, mithin auch die fruheren Gefete angeführt werden follen, wie bies auch bereits in ben bem ganbtage gegenwartig jugefendeten Motiven beobachtet worden; fo feben Bir doch ber Erklarung Unferer getreuen Stande barüber entgegen, ob es angemeffen erscheinen mochte, noch außerbem in bem Provinzialrechte felbft unter einer jeden gefetlichen Bestimmung die Quelle berfelben anguführen. Der gandtag ernannte nach ben vier Dberlandesgerichts. Begirten aus feinen in einem jeben berfelben mobnenden ober mit ben barin Statt findenben besonderen Rechtsverhaltniffen naher bekannten Mitgliedern vier Aus. schuffe, um bie mitgetheilten verschiebenen Entwurfe vorlaufig zu berathen und barüber ber Plenar-Berfammlung einen ausführlichen Bortrag ju erstatten. Die anbermeis tigen bringenden Arbeiten bes Landtags ließen indeffen nicht zu, daß die Berichte ber Ausschuffe in ber Plenar-Berfammlung jum Bortrag gebracht werben fonnten, und gestattete baber Ge. Majeftat, bag fur jest von ber Begutachtung bes Entwurfs ber Provinzialrechte Abfand genommen werben burfe, und bag 'nur vorberfamft bie Berichte ber Ausschuffe eingefandt werden follten. Der gandtag reichte biefelben ein und erflarte, bag, ba bei der getroffenen Bufammenftellung der Ausschuffe, wonach jedes Landtags Mitglied über bas Provinzialrecht, wovon es jufolge feines Wohnfiges ober fonftiger Berbaltniffe nabere Renntnig erlangt habe, feine Meinung habe vollständig außern tonnen, die Berichte fo vollftanbig abgefaßt worden, daß von der Plenar Bersammlung bes Landtags mohl in feinem Falle ein Mehreres ermartet werden fonne, des Ronigs Majeftat erfucht werbe, von einer Begutachtung feitens bes nachften ganbtags abzusehen, vielmehr in den eingereichten Berichten bie erforderten Gutachten zu erkennen, und die barin ausgebruckten Bunfche und Bitten bei ber Redaktion ber Provinzial-Gefenbucher beruckfichtigen zu laffen. Ruckfichtlich ber Partifularrechte ber Standesherrschaften mar es jedoch auch ben Ausschuffen gang unmöglich geworben, bie besfallfigen Entwurfe einer naberen, bem 3mecte entsprechenben Berathung ju unterziehen, und ward baber gebeten, bie betreffenden Entwurfe ausnahmsweise burch bie verschiedenen Rreis-Bersammlungen berathen gu laffen, weil von diefen eine vollständigere Begutachtung, als vom Landtage erwartet werden burfe 74). Go viel bie Unführung ber Quellen unter jeber gefetlichen Bestimmung betrifft; fo erklarte der gandtag fich gegen diefelbe: "indem

⁷⁴⁾ Der funfte Weftphalifche Landtag. (Munfter 1839. 4.

"burch das mit Allerhöchster Sanktion erscheinende Pro"winzialgesetzuch ein sich selbst genügsam rechtsertigendes
"Sanze gegeben wird, ohne daß es der Quellenadgabe für
"einzelne Bestimmungen bedürsen könnte, welches in den
"Sanden der Nichtjuristen nur zu Prozeß erregenden
"Deuteleien Veranlassung geben könnte, der Richter aber
"bie Renntniß der Quellen, auch ohne deren Angabe, im
"Provinzial-Gesetzbuch selbst sich zu verschaffen wisse."

Der Untrag bes Landtags ward burch ben Landtags-

Abschied vom 8. Juni 1839 genehmigt:

"Wir haben mit Wohlgefallen die Aufmerksamkeit
"wahrgenommen, welche von den für die verschiedenen
"Landestheile gebildeten Ausschüssen der Berathung der
"der ihnen vorgelegten Entwürfe der Provinzialrechte
"gewidmet ist, und wollen, dem ständischen Vorschlage
"gemäß, die von diesen Ausschüssen vorge"tragenen Bitten und Wünsche, als die
"Erklärung des versammelten Landtags
"annehmen. Wegen der Partikularrechte einzelner
"Landestheile von geringerem Umfange sind die ge"wünschten Berathungen auf den Kreis-Conventen
"angeordnet."

Die Erklarung bes Landtags ift baher hierburch über bie Provinzialrechte bes herzogthums Beftphalen, bes Fürstenthums Munfter und ber Grafschaften Mark Lingen und Tecklenburg, und, ba bie in Antrag gebrachten Berathungen ber Partikularrechte in ben Standesherrsschaften und übrigen kleineren Gebieten erfolgt find, auch in Ansehung bieser abgegeben, und sind mithin biese Partikularrechte zu ben weiteren legislativen Stadien gereift, in welche sie bereits wurden gebracht sein, wenn nicht bie Erledigung ber übrigen westphalischen Provinzialrechte gewünscht ware, um alle Provinzial-Gesethücher gleichzeitig zu berathen und zu publiziren.

Ingwischen waren auch die kommissarischen Berasthungen und Entwurfe über bas Provinzialrecht für

1) bas Furstenthum Minden, bie Graffchaft Ras vensberg und bas Umt Redenberg;

2) bas Fürftenthum Paberborn;

3) das Fürstenthum Corven;

4) bas Fürstenthum Siegen und bie Memter Burbach und Reuenfirchen, fo wie uber

5) bas Provinzials Rirchens und Schulrecht für bie Grafschaft Mark und bie Stadte Dortmund,

Soest und Lippstabt, vollendet, dem Geset Revisions Ministerium eingesandt und von demselben einer naheren Prüfung und Berathung unterzogen. Das Ministerium saste zwar die revidirten Ent würfe dieser Provinzialrechte ab, sie waren indessen wegen unabwendbarer hindernisse noch nicht vollendet, als der sechste Landtag unerwartet schon auf das Jahr 1841 ausgeschrieden ward. Um die Schlußberathung über das Provinzialrecht nicht bis zum dennächst folgenden Landtage auszusezen, beschränkte das Gesetz-Revisions-Ministerium den Umfang jener Ausarbeitung der revidirten Gesetzbücher, und die Verhandlungen über diese Provinzialrechte wurden dem sechsten Landtage durch das Propositions-Defret vom 13. Mätz 1841 übermacht:

Nachdem die Berathungen über bas Provingial. Rirchen . und Schulrecht fur bie Grafichaft Mark u. f. w., bas Provingialrecht fur bas Furftenthum Minben u. f. w., das Furftenthum Paberborn, bas Fürstenthum Corven, bas Fürstenthum Giegen, und bie Memter Burbach und Reuens Firchen, zwischen den Kommiffarien Unferes Juftig-Ministerii fur die Gefet Revision, den Abgeordnesten Unferer Regierungen und ben auf dem viers ten Provinzial . Landtage gemahlten Deputirten beenbigt find, laffen Wir biefe Berhandlungen Unferen. getreuen Stanben fchon gegenwartig gur Ermagung und Begutachtung um fo mehr zugeben, als bei biefem Berfahren bie Unfichten und Bunfche Unferer getreuen Stande bei ber befinitiven Berathung und Befchliegung uber biefen Begenstand um fo vollstanbiger werden berucksichtigt werden fonnen. feben baber ben Meugerungen berfelben über biefe Berhandlungen, insbefondere uber die fich herausgeftellten Streitfragen, fo wie über die Untrage und Erflarungen ber ftanbifchen Deputirten in Gemagheit ber Beffimmungen ber 66. VI. und VII. bes Dublikations Patents zum Allgemeinen Landrecht vom 5. Februar 1794 balbigst entgegen, bamit diese wichstige Angelegenheit zur Enbschaft befördert werde.

Die vom Gefete-Revisions-Ministerium abgefaßten revibirten Entwurfe wurden, nachdem ihr Abbruck vollendet war, in Gemäßheit der Allerhöchsten Rabinets-Ordre vom 13. desselben Monats von dem Ministerium burch den Königl. Landtags-Kommissarius fammtlichen Mitgliedern der Landtags-Versammlung nachträglich mitgetheilt.

Lettere trug indessen darauf an, bei der Wichtigkeit und dem Umfange der landesherrlichen Proposition, die nähere Berathung der mitgetheilten Provinzialrechte bis zum nächstsolgenden Provinzial Landtage auszuseigen. Dieser Antrag ward durch den Landtags Abschied vom 6. August 1841 mit der Bestimmung genehmigt, daß die Werhandlungen dem nächsten Provinzial-Landtage wieder vorgelegt werden sollten, und die Berathung über dieselben durch die von dem Landtags Warschall nach den hauptssächlichsten Landestheilen zu ernennenden, noch vor der Erzössinig des Provinzial-Landtags zusammentretenden Aussschüsse vorbereitet werden solle.

Diese landtägige Berathung und Erklärung über biefe Provinzialrechte ist noch nicht erfolgt und erst auf bem nächsten Landtage zu erwarten, nicht, weil dieselben zu dem Landtage von 1841 nicht vorbereitet gewesen sind, sondern wegen der überhäuften anderen Geschäfte desselben, ohne welche auch die Provinzialrechte dieses Theils der Provinz Westphalen schon jest den legislativen

weiteren Stabien borliegen murben.

§. 60.

17. Fürstenthum Minden.

Die Bearbeitung ber Provinzialrechte bes Fürstenthums Minden ward gemeinschaftlich mit denen der Grafschaften Ravensberg und Rietberg, der herrschaft Aheda und bes Amtes Reckenberg vom JustizMinisterium dem um westphälische Geschichte und Nechtswissenschaft so verdienten damaligen Land und Stadtgerichte-Affessor Dr. Wigand in horter, jesigem Stadtgerichts Direftor in Beglar, übertragen. Bon bemfelben

wurden in Folge biefes Auftrags:

Die Provinzialrechte des Fürstenthums Minben, der Grafschaften Ravensberg und Rietberg, der herrschaft Rheda und bes Amtes Reckenberg in Westphalen, nebst ihrer rechtsgeschichtlichen Entwickelung und Begründung; aus den Quellen dargestellt von Dr. Paul Wigand. Erster Band 422 S. Zweiter Band 493 S. Leiptig 1834. 8.

ausgearbeitet. Da bieses Werk nur auf die eheliche Guetergemeinschaft und bas Rolonate und Meierrecht sich beschränkte; so wurden die übrigen Theile des Provinziale

rechts in bem

Provinzialrecht bes Fürstenthums Minben, ber Grafschaften Ravensberg und Rietsberg und ber herrschaft Rheba, mit Aussschluß ber ehelichen Gütergemeinschaft und bes Rolonats und Meierrechts; in Zusätzen und Ergänzungen zum Allgemeinen Landsrecht entworfen von Dr. Paul Wigand. Berlin 1840. 73 S. 8.

wie das frühere Werk, in der Form eines Provinzial Gesfetbuchs abgefaßt, und auf Anordnung des Gesetz-Revisions-Ministeriums abgedruckt. Diese Entwürse wurden bei den Berathungen des Ministerial Kommissarius mit den ständischen Deputirten für den Oberlandesgerichts-Bezirk Paderborn über das Provinzialrecht (§. 59.) zum Grunde gelegt, und von dem Ministerial-Rommissarius, mit Berücksichtigung der Resultate dieser Berathungen, drei neue Entwürse, über das Kolonats und Meierrecht, über die eheliche Gütergemeinschaft und über die übrigen Rechtsmaterien, ausgearbeitet.

Das Gefet : Nevisions : Ministerium unterzog, unter Mitwirkung bes Kammergerichtsraths Rintelen, biefe Entwurfe einer naheren Prufung, faste biefelben nach ben Resultaten aller Berhandlungen in einen Entwurf,

namlich ben

Revidirten Entwurf bes Provingialrechts

bes Fürstenthums Minben, ber Grafschaft Ravensberg und bes vormaligen Umts

Redenberg. Berlin 1840. 40 G. 8.

Motive jum revidirten Entwurfe bes provinzialrechts bes Fürftenthums Minden, ber Grafschaft Navensberg und bes Umtes Neckenberg. Berlin 1841. 116 S. S.

zusammen und theilte benfelben dem sechsten wesiphalischen Landtage mit, auf welchem dieses Provinzialrecht berathen werden sollte. Auf ben Antrag des Landtags ward ins bessen bie Berathung des Provinzialrechts dis zum nachsten Landtage ausgesetzt. (§. 59.)

§. 61.

18. Graffchaft Mark.

Das Provinzialrecht der Grafichaft Mark, so weit baffelbe nach ben mannigfachen Territorials und Gefenges bungemechfeln noch gegenwartig besteht, ward von bem Damaligen Ober : Landesgerichterath, jegigen Gebeimen Dber-Juftigrath Boswinckel in bem Entwurfe bes im Bezirfe bes Oberlandesgerichts zu Samm geltenden Pro-Die beigefügten Motive erlautert. Diefer Entwurf ward in Gemäßheit bes Reffriptes des Gefet: Revisions : Mi-12. - Mai 1834 gur Berathung nisteriums vom Provintial Revisions-Rommiffion verwiesen, welche aus bem Ober: Banbesgerichtsrath Boswinchel, als Miniftes rial-Rommiffarius, und ben Deputirten ber Regierungen zu Duffelborf und Arnsberg, fo wie ben im §. 59. gebachs ten ftanbifchen Deputirten fur bas hammiche Departement, welchen fur bas gur Rheinproving gehorige Bergogthum Cleve offieit Rheins der Ranonitus Lenfing und der Lands und Stabtgerichts:Affeffor Goring hingutraten, bestand. Rach ber Schlußberathung entwarf ber Ministerial-Rommiffarius einen neuen Entwurf biefes Provingialrechts und reichte benfelben, gleich bem fruberen, bem Gefet-Revifions-Minifterium ein. Da ber fpatere, nach bem Antrage ber ftanbifchen Deputirten abgefaßte Entwurf mehrere Untrage und legislatorische Borfchlage enthielt, es

aber hier mehr auf die Feststellung des jett noch bestehenden Provinzialrechts ankam, und dieses die Basis des Entwurfs bilden mußte; so legte das Gesetz-Revisions-Minissterium bei der Abfassung seines Entwurfs den früheren Entwurf des Kommissarius, mit Berücksichtigung der von den Deputirten gemachten Erinnerungen, zum Grunde, nahm jedoch die Vorschläge und Anträge der Deputirten in die Motive auf. So weit der erste Entwurf sich auch auf die zur Rheinprovinz gelegten Theile des Oberlandesgerichts-Bezirfs Hamm erstreckte, ward er zur Bernsthung auf dem Rheinischen Landtag verwiesen. Hiernach wurden in Gemäßheit der Berathungen im Gesetzenderingen der

Revidirte Entwurf des Provinzialrechts der Grafschaft Mark, der Stadt und Grafschaft Dortmund, und der Stadte Soest und Dortmund. Berlin 1836. 30 S. 8. und die Motive zum revidirten Entwurfe des Propinzialrechts der Grafschaft Mark u. s. w.

Berlin 1836. 76 S. 8.

abgefaßt und mit bemselben zugleich bie Ronferenzeprotokolle ber ftanbischen Depustation über bas Provinzialrecht im Be-

girfe bes Dberlandesgerichts ju hamm. Berlin 1836. 91 G. 8.

in Druck gegeben und dem fünften Provinzial-Landtage mitgetheilt, auf welchem der Entwurf von einem dazu erwählten Ausschuffe geprüft und berathen ward. Da der Landtag das Gutachten desselben mit dem Antrage, letzteres als die Erklärung der gesammten Landtags-Versammlung anzunehmen, überreichte, und diese Erklärung durch den Landtags-Abschied vom 8. Juni 1839 angenommen ward (5. 59.); so bedarf es über diese Provinzialrecht einer Erklärung des Landtags nicht mehr, sondern ist dasselbezur Berathung in den weiteren legislativen Stadien vors bereitet, in welchen es auch in Erwägung kommen wird, in wie weit die Anträge des Landtags-Ausschusses zu der rücksichtigen sind.

Die inzwischen erschienene Rirchen Drbnung fur bie evangelischen Gemeinen ber Proving Westphalen und ber

Rheinprovinz vom 5. Marz 1835 hatte einige-Bestimmungen bes bisherigen Marklichen Kirchenrechts veransbert. In Gemäßheit der Verhandlungen des Landtags von 1837 ward daher aus diesem Gesichtspunkte nachträglich die Revision des letzteren angeordnet, dazu eine aus einem Kommissarius, dem Geheimen Ober-Justigrath Voswinckel, und Regierungs und ständischen Deputirten bestehende Kommission ernannt, das Resultat ihrer Berathung in dem

Revibirten Entwurfe bes Provinzial: Rirschen, und Schulrechts ber Grafichaft Mark,
ber Stadt und Grafichaft Dortmund und ber Stadte Soeft und Lippftadt. Berlin

1841. 34 S. und Anlagen 76 S. 8. jufammengefaßt, und barüber 1841 bie Erflarung bes fechsten Landtags erfordert, spater aber bem folgenden Landstage vorbehalten (§. 59.).

§. 62.

19. Bergogthum Cleve.

Nach ber Umwälzung bes Privat-Rechtszustandes in diesem früher größten weltlichen Lande in Westphalen ist nur der kleinste Theil desselben wieder unter deutsches Recht zurückgekehrt; aber auch in diesem Theile war jener frühere Rechtszustand, gleich dem in der Grafschaft Mark, bedeutend verändert und schwankend geworden, und bedurfte in Ansehung seiner Ueberbleibsel einer Feststellung. Die Revision und Abfassung des Provinzialrechts des Herzogthums Cleve

I. oftfeits bes Rheins ist gleichzeitig und gleichformig mit ber ber Grafschaft Mark erfolgt, und befindet sich mit berselben in gleicher Lage (§. 61.). Da mit der Revision dieses Provinzialrechts auch die der Partikularrechte der Grafschaften Essen, Werden und Eleten, der Herrschaft Broich und der ehemals Niederlandisschen Vorschaft Klein-Netterden verbunden ward; so ist dies auch rücksichtlich dieser Landestheile der Fall.

Der jetige Geheime Ober Juffigrath Boswindel bearbeitete auch fur Rleve ben erften Entwurf, welcher,

wie ber fur die Grafschaft Mark, von ihm als Ministerial-Rommissatius mit den im vorigen & gedachten Regierungs : und ständischen Deputirten in der Provinzial-Rommission berathen, und mit Berücksichtigung der Resultate dieser Berathung in einen zweiten Entwurf umgearbeitet ward. Im Gesetz-Revisions-Ministerium ward hierauf nach Berathung aller Verhandlungen und der beiben Entwürse der

Revidirte Entwurf des Provinzialrechts des herzogthums Cleve oftseits Rheins und ber Grafschaften Essen, Werden und Elten, der herrschaft Broich und der Dorfsschaft Rlein-Netterden. Berlin 1837. 43 S. 8.

Motive zum revidirten Entwurfe bes provinzialrechts bes herzogthums Cleve offfeits Rheins u. f. w. Berlin 1837. 70 S. 8.

abgefaßt, nebst den

Ronfereng: Protofollen ber stånbischen Des putation über bas Provinzialrecht im Bezirke bes Oberlandesgerichts zu Samm. Berlin 1836. 70 S. 8.

abgebruckt und bem rheinischen Provinzial Canbtage von 1837 vorgelegt, auf welchem basselbe von einem Ausschusse berathen warb. Dasselbe befindet sich mit dem ber Grafschaft Mark in gleicher Lage und liegt zur Berathung in den weiteren legislativen Stadien vor.

Die Revision und Abfassung bes Rirchen und Schulrechts für biese kandestheile erfolgte aus dem im §. 61. angeführten Grunde nachträglich. In Folge ber

bafelbft gedachten Berhandlungen murbe ber

Revidirte Entwurf des Provinzials Rirchens und Schulrechts des herzogthums Cleve oftfeits Rheins, und der Grafschaften Effen, Werden und Elten, der herrschaft Broich und der Dorfschaft Rlein-Retterden. Berlin 1841- 33 S. und Anlagen 76 S. 8. abgefaßt und barüber die Erklärung des sechsten rheinischen Landtags erfordert. Da aber von demselben die Entbindung von der Berathung nachgesucht und bewilligt ist, so liegt dies Recht den ferneren Stadien zur Berathung vor. Go viel die besonderen Rechte

II. bes westseits bes Rheins liegenden Theils bes Berzogthums Cleve betrifft; so ift barüber die Erklarung des rheinischen Landtags erfordert, und liegen dies selben ebenfalls zur Berathung ben weiteren legislativen Stadien vor (§. 86.).

§. 63.

20. Sergogthum Weftphalen.

Der Versuch, ben provinzialrechtlichen Zustand im Derzogthume Westphalen burch ein Verzeichniß der Verzordnungen und durch den nochmaligen Abdruck derselben sestzustellen, bestätigte sich bald als ungenügend, und ward daher im Jahre 1836 der Ober-Landesgerichtszath Rintelen zu Arnsberg beaustragt, aus den vorliezgenden Materialien den Entwurf des Provinzialrechts dieses Landestheils zu entwerfen. Bon mehreren Mitzgliedern des Oberlandesgerichts unterstützt, faßte derselbe das bald nachher gedruckte:

Provinzialrecht bes herzogthums Westphalen und ber Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg, im Auftrage bes Königl. Justiz-Winisteriums für die Geses-Revision bearbeitet von G. W. F. Rintelen. Griter Theil: Gesetzentwurf 84 G. Zweiter Theil: Motive 369 G. Paderborn 1837. 8.

ab. Dasselbe ward in ber aus den Dber-Landesgerichtsrathen v. Bigeleben und Rintelen, als MinisterialRommissarien, dem Regierungsrathe Urndts, als Deputirten der Regierung, und den für den Urnsbergischen Bezirk gewählten ständischen Deputirten (§. 59.) bestehenben Rommission im Jahre 1836 berathen, und nach den Resultaten dieser Berathungen in einen Entwurf zusammengestellt, welcher im Ministerium für Sesetz-Revision geprüft und als

Revidirter Entwurf des Provinzialrechts bes herzogthums Weftphalen. Berlin 1837.

38 6. 8.

Motive jum revibirten Entwurfe bes provinzialrechts bes herzogthums Beftphalen. Berlit 1837. 34 S. 8.

umgearbeitet und in Druck gegeben ward. Der revidirte Entwurf stimmt mit jenem größtentheils überein und bie wenigen Abanderungen bes früheren Entwurfs sind in den Motiven des revidirten Entwurfs angegeben. Die Partifularrechte der einzelnen Standesherrschaften wurden jesdoch hierbei von dem des Herzogthums Westphalen gestrennt und besonders abgefaßt.

Die Statutarrechte waren zwar von biefer Feststellung bes Provinzialrechts ausgeschlossen, indessen wurde ber Justiz-Amtmann Seibertz zu Brilon burch bas Justiz-Ministerium zur Sammlung und Bearbeitung berselben als in einem besondern Werte veranlaßt, welches unter

bem Titel:

Die Statutars und Gewohnheitsrechte bes herzogthums Westfalen aus ben Quels len geschichtlich und praktisch bargestellt von J. S. Seibert, mit Urkunden und Rechtsfällen. Urnsberg 1839. 563 S. 8.

erschien.

Das Provinzialrecht bes herzogthums Westphalen und ber Grafschaften Wittgenstein und Berleburg ist nach ben Verhandlungen bes fünften Landtags zu den Berathungen in den ferneren Stadien vollendet (§. 59.)

§. 64.

21. Fürstenthum Giegen.

Der Versuch, anstatt eines Provinzialrechts bieses Fürstenthums die in demselben geltenden Verordnungen in ein Verzeichniß zusammen zu stellen, ward als ungenügend anerkannt, und durch das Ministerial-Restript vom 13. März 1833 und die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 16. August 1834 statt derselben die Ausarbeitung eines Provinzialrechts angeordnet.

Der vorläufige Entwurf beffelben nebft Motiven warb bem Oberlandesgerichts Uffeffor v. Schenck, ber bie Zusammenstellung ber Verordnungen begrbeitet hatte,

und, nachbem biefer abgefaßt war, wegen veranberter-Dienstverhaltniffe, burch bas Ministerial Restript vom 19. August 1837 bem Ober Landesgerichtsrath Rint esten zu Arnsberg aufgetragen, welcher in biefem Auftrage

Das Partikularrecht bes Fürstenthums Siesgen und der Aemter Burbach und Neuenstirchen; im Auftrage des Königl. Justizs Ministeriums für die Geses Nevision besarbeitet von G. B. F. Nintelen. Griter Theil: Besethentwürfe 56 G. Zweiter Theil: Motive 331 G. Paderborn 1838. 8.

entwarf. Dieser Entwurf ward im Rovember 1840 von dem Ministerial-Rommissarius, Ober-Landesgerichtsrath Rintelen, unter Zuziehung des Geheimen Regierungs-raths Arndts, als Deputirten der Regierung, mit den von den Provinzialständen für den Regierungs-Bezirk Arnsberg gewählten Deputirten (§. 59.) berathen, nach den Ergebnissen dieser Verathung von dem Kommissarius ein neuer Entwurf abgefaßt und dem Gesez-Revisions-Winisterium vorgelegt, in demselben, mit Zuziehung des Rammergerichtsraths Rintelen, einer nochmaligen Prüssung unterzogen, und nach derselben der

Revidirte Entwurf ber Partifularrechte bes Fürstenthums Siegen und ber Aemter Burbach und Reuenkirchen. Berlin 1841.

39 S. und die

Motive zum revidirten Entwurfe ber Partikularrechte u. s. w. Berlin 1841. 40 S. 8. abgefaßt. Die Antrage ber ständischen Deputirten wurben so viel als möglich berücksichtigt und ba, wo es nicht geschehen konnte, die entgegenstehenden Grunde in ben Motiven angeführt. Dieser Entwurf ward zwar bem Landtage von 1841 vorgelegt, die definitive Berathung jedoch die zum nachfolgenden Landtage ausgesest (§. 59.).

§. 65.

22. Fürstenthum Münfter.

Das Provinzialrecht biefes Fürstenthums ward schon im Jahre 1829 vom Geheimen Justig- und Ober-Landesgerichtsgerichtsrathe Schluter zu Munfter, zwar mit Genehmisgung, aber nicht im Auftrage bes Jufitz-Ministeriums für die Strombeck'sche Sammlung der Preußischen Monarchie bearbeitet, und erschien als erster Band bes zweiten Theils dieser Sammlung unter dem Titel:

Provinzialrecht ber Provinz Mestphalen Grster Band. Provinzialrecht bes Fürstenthums Münster, ber Grafschaft Steinsfurt und berherrschaften Anholt und Gehmen, von Klemens August Schlüter, her ausgegeben von F. h. v. Strombeck. Leipzig 1829. 589 S. 8.

Bei ber naheren Aufnahme ber Revision ber Provinzialrechte wurden noch weitere Materialien fur biefes Provinzialrecht gesammelt, und bemnachst der Geheime Justigrath Schluter zum Ministerial-Rommiffarius ernannt, um mit ben provingialftanbifchen Deputirten für ben Oberlandesgerichte Begirk Munfter (§. 59.) bas Munftersche Provingialrecht zu berathen. Bei biefer Berathung trat gwar bon mehreren Geiten ber Gefichtspunkt hervor, für ben gangen Gerichtsbezirk bes Oberlandesgerichts gu Munfter ein moglichft übereinstimmenbes Provinzialrecht, burch Berschmelzung ber in ben bagu gehörigen verschies benen Landestheilen bestehenden besonderen Rechte in bas Munfterfche, zu bewirten; ber Rommiffarins ging inbeffen in diefe Unficht nicht ein, fondern faßte fur jeden Landes theil einen befonderen Entwurf ab. Das Ministerium trat aus den in ber Borbemerfung gu ben unten gebach: ten Motiven angeführten Grunden biefer Unficht bei, und unterwarf bie tommiffarifchen Entwurfe einer naberen Prufung und nach berfelben ben

Revidirten Entwurf des Provinzialrechts bes Fürstenthums Münfter. Berlin 1836.

22 G. 8. und die

Motive jum revidirten Entwurfe bes Pros vinzialrechts bes Fürftenthums Munfter. Berlin 1836. 63 S. 8.

Die privatrechtlichen Verhaltniffe bes Fürstenthums Munfter sind in spateren Zeiten so einfach geworden, und bas oben angeführte Werk bes Scheimen Justigraths Aunaler. heft IV, 1839. Schluter ift so erschöpfend, bag bie Verweisung auf bas legtere größtentheils genügte, und es ber naheren Entwickelung nur ba bedurfte, wo bessen Entwurf ers weitert oder sonst verandert ward, oder die bei der Besrathung mit den ständischen Deputirten vorgekommenen Antrage und Bemerkungen es erforderten.

Das Munstersche Provinzialrecht ist auf bem Landtage von 1837 zur Berathung gekommen und, in so weit es auf die ständische Erklärung ankommt, erledigt (§. 59), liegt sonach zur Berathung in den ferneren legislativen

Stabien bor.

§. 66.

23. Fürftenthum Paderborn.

Der bamalige Land, und Stadtgerichts Affeffor in Borter, jetige Direktor bes Stadtgerichts zu Wetslar, Dr. Paul Wigand bearbeitete für die Strombecksiche Sammlung der Provinzialrechte in der Preufischen Monarchie die der Fürstenthümer Paderborn und Corvey, und vollendete im Auftrage des Justiz-Ministeriums dies bereits angefangene Werk, welches darauf unter dem Titel:

Die Provinzialrechte ber Fürstenthumer Paberborn und Corven in Westphalen nebst ihrer rechtsgeschichtlichen Entwickeslung und Begründung, aus den Quellen dargestellt von Dr. Paul Wigand. Erster Band 402 S. Zweiter Band 460 S. Dritter Band 334 S. Leipzig 1832. 8.

im Druck erschien. Die fernere Bearbeitung bes Paberbornschen Provinzialrechts und auch die Berathung mit ben Deputirten der Stände über dasselbe konnte keine vollständigere Grundlage, als dies ausgezeichnete Werk erhalten. Bet der inzwischen erfolgten Versetung des Verfassers nach Weslar ward der Seheime Jusis- und Ober-Landesgerichtsrath Mark in Paberborn für diese Berathung zum Ministerial-Rommissarius ernannt, um mit den für dies Provinzialrecht gewählten Regierungs- und ständisichen Deputirten (§. 59.) dasselbe zu berathen. Nach den Resultaten bieser Berathung, die aller Bemuhungen ungeachtet wegen anhaltender hindernisse erst im Jahre 1840. Statt haben kounte, faßte der Rommissarius neue Entwurfe ab, welche vom Justig-Ministerium für die Geseg-Revision, unter Mitwirkung des Kriminal-Direktors Te mme hierselbst, einer naheren Berathung unterworsen wurden, in Grundlage deren Ergebnissen im Justig-Ministerium der

Revidirte Entwurf bes Provinzialrechts bes Fürftenthums Paderborn. Berlin 1841.

34 G. 8. und die

Motive jum revibirten Entwurfe des provinzialrechts bes Furftenthums Paderborn. Berlin 1841. 115 G. 8.

abgefaßt wurden. Das Jufits-Ministerium ging auch bei biefem Entwurfe von bem Grundsage aus, baß die Feststellung bes jest noch bestehenden Nechts die Basis der Entwurfe fein muffe, und biefe nur in sehr bringenden Källen auf das Gebiet einer neuen Gesetzebung überge-

hen burften.
Das Provinzialrecht ift zwar 1841 bem fechsten kandtage zur Erklarung vorgelegt, die letztere aber bis zum nachstolgenden Landtage befriftet (§. 59.).

§. 67.

24. Fürftenthum Corven.

Das Provinzialrecht des Fürstenthums Corven ift, wie aus dem vorhergehenden & hervorgeht, gemeinschaftlich mit dem des Fürstenthums Paderborn bearbeitet und
auch mit den ständischen Deputirten gleichzeitig berathen.
Im Gesey-Revisions-Ministerium sind bei Abfassung der Entwurfe beide Fürstenthumer getrennt, für jedes derselben ein besonderes Provinzialrecht und daher ein

Revibirter Entwurf bes Provinzialrechts bes Fürftenthums Corven. Berlin 1841.

20 S. 8. und Motive jum revidirten Entwurfe des Prosvinzialrecht des Fürstenthums Corven. Berlin 1841. 35 S. 8.

abgefaßt.

Die ferneren Berhanblungen auf bem Lanbtage und baher die Lage, in welcher bas Provinzialrecht sich befinbet, sind völlig die bes Provinzialrechts für Paderborn, und kann baher auf ben §. 66. Bezug genommen werden.

§: 68.

25. Graffchaft Navensberg.

Da bas Provinzialrecht biefes Landestheils mit bem bes Fürstenthums Minden bearbeitet ist; so wird auf ben §. 60. Bezug genommen.

§. 69.

26. Graffchaft Tecklenburg.

Das Provinzialrecht ber Grafichaft Tecklenburg warb von bem Seheimen Justig- und Ober Landesgerichtsrathe Schluter in bem

Provinzialrecht ber Provinz Westphalen. Zweiter Band: Provinzialrecht ber Grafschaft Tecklenburg und ber Ober-Grafschaft Lingen. Leipzig 1830. 239 S. 8.

bearbeitet und im zweiten Theil ber Strombeck'schen Sammlung herausgegeben. Bei ber weiteren Bearbeitung ber Provinzialrechte ward vom Oberlandesgerichte zu Münster ein anderweiter Entwurf ber Ueberbleibsel bes Tecklenburgischen Rechts abgefaßt, indessen in der provinziellen Kommission für das Münstersche Provinzialrecht nicht berathen, weil sie von der Ansicht ausging, alle besonderen Rechte im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Münster in Ein Provinzialrecht zu verschmelzen. Da das Geseg-Revisions-Ministerium aber dieser Ansicht nicht beitrat; so ward in demselben

Das Partitularrecht ber Grafschaften gins

gen und Tecklenburg, aus den vorliegenden Materialien befonders entworfen und in ben

Revidirten Entwurf ber Partikularrechte ber zur Provinz Westphalen gehörigen Standesherrschaften und ber Grafschaften Lingen und Tecklenburg. Berlin 1837. 8 als vierzehnter Abschnitt S. 171 — 192. aufgenommen.

Die in Gemäßheit bes landtags. Abschieds vom 8. Juni 1839 angeordnete nabere Berathung hat Statt gefunden, und liegt baber auch Diefes Partitularrecht ber Berathung ben weiteren Stadien vor (6. 59.).

§. 70.

Ober : Graffchaft Lingen.

In eben ber Lage befindet fich auch bas Partifulars rechts ber Graffchoft Lingen, und wird baber auf S. 69, Bejug genommen.

6. 71.

28. Graffchaften Effen, Werben und Elten,

Die Partikularrechte biefer Landestheile find in Ge-meinschaft mit dem Cleveschen bearbeitet und verhandelt worden, und befinden fich baber mit bemfelben in gleicher Lage, nachbem bie nabere Erorterung Statt gehabt hat (§§. 59. und 62.).

§. 72.

29. Stadt und Grafschaft Dortmund und die Städte Soest und Lippstadt.

Die in mehreren Beziehungen intereffanten unb Schwierigen Partifularrechte biefer Stabte murben zugleich mit bem Provinzialrecht ber Graffchaft Mart bearbeitet und erortert; auf bem Landtage von 1837 haben bie weiteren Erorterungen Statt gehabt, und find baher auch biefe Partifularrechte zu ben weiteren legislativen Stas bien porbereitet (66. 59. und 61.).

§. 73.

30. Grafschaft und Beste Medlinghaufen.

Das befondere Recht berfelben ward von bem um bie weftphalischen Provinzialrechte fo verdienten Geheimen Suftigrath Schluter in bem, jum zweiten Theile ber Strombeck'schen Sammlung gehörigen provinzialrecht ber Proving Westphalen.

Dritter Band: Provingialrecht ber che-

maligen Kurkollnischen Grafschaft Recklinghausen von G. Al. Schlüter, herausgegeben von F. H. Strombeck. Leipzig 1833. 300 S. 8.

aussuhrlich bargestellt, und nachbem ber Inhalt biefes Entwurfs naher gepruft und erortert worben, im Juftig-Ministerium ber

Revibirte Entwurf bes Partitularrechts

ber Grafichaft Redlinghau fen abgefaßt und als erster Abschnitt (G. 1-46.) bes oben (§. 69.) erwähnten

Revidirten Entwurfs ber Partifularrechte ber gur Proving Beftphalen gehörigen

Stanbesherrichaften. Berlin 1837.

abgedruckt.

Die in Gemäßheit ber Antrage bes fünften Land. tags von 1837 und bes kandtags-Abschiebes vom 8. Juni 1839 vorbehaltene nahere Erörterung (§. 59.) hat bereits Statt gehabt, und ift baher dies Partikularrecht zur Berathung in ben ferneren legislativen Stadien ebenfalls vorbereitet.

Da diese naheren Berathungen auch fur die Provins zialrechte ber übrigen, zu ber Provinz Westphalen gehörigen, Standesherrschaften Statt gefunden haben; so gilt eben dieses auch von ihnen.

§. 74.

31. Grafschaften Wittgenstein und Berleburg.

Die eigenthümlichen und baher bei einer allgemeinen Ansicht oft zweiselhaft erscheinenden Partikularrechte der Grafschaften Wittgenstein und Berleburg sind zuerst von dem Justiz-Amtmanne Abresch in Laasphe bearbeitet, und bemnachst von dem Ober-Landesgerichtsrathe Rintelen zu Arnsberg, gleichzeitig mit dem Provinzialrechte des Herzogsthums Westphalen, mit den für letteres gewählten ständisschen Deputirten berathen. Der Entwurf des Justizraths Abresch ward umgearbeitet, und der umgearbeitete Entwurf in den von dem D. L. G. Nath Rintelen vorgelegten Provinzialrecht des Herzogthums Westphalen und

ber Grafichaften Wittgenstein und Berleburg (§. 63.) aufgenommen. Das Gesey-Revisions-Ministerium ging um so mehr in eine nahere Erdrterung dieser Partifularrechte ein, als eines Theils der Kommissarius selbst in der Borrede angeführt hatte, daß ihm seine Dienstgesschäfte nicht verstattet hatten, so tief auf eine Erdrterung derselben in den Motiven einzugehen, wie dei dem Propinzialrechte des Herzogthums Westphalen, anderen Theils aber die Rechtsverhaltnisse in diesen Grafschaften schon während der Reichsverfassung als Beispiel eigenthumlicher Berfassungen bekannt und naher erdrtert waren.

Rach ben Resultaten biefer Berathung ward im.

Ministerium :

1) bas Provinzialrecht ber Graffchaft Witte genftein-Wittgenstein (in bem mehrmals anges führten revibirten Entwurfe ber Partitus larrechte ber zur Provinz Westphalen gehörigen Standesherrschaften. Berlin 1837. Abtheil. XII. S. 123 — 155.) und

27 bas Partitularrecht ber Graffchaft Bitts genftein . Berleburg. (Dafelbft Ubtheil. XIII.

G. 157 - 170.)

entworfen und beibe gusammen unter bem Sitel:

partitularrecht ber Graffchaften Wittgen-

ftein. Berlin 1837. 50 S. 8. auch besonders abgedruckt. Ueber dieselben hat sowohl die nach dem Antrage des Landtags, durch den Landtags. Abschied von 1839 angeordnete, Berathung (§. 59.), als eine nahere Erdrterung Statt gesunden, deren Resultate ben ferneren Stadien der Gesetzung vorliegen.

§. 75.

32. Graffchaft Steinfurt.

Das Partikularrecht ber Grafschaft Steinfurt ward zuerst in dem ersten Bande des vom Geheimen Justigrathe Sch luter herausgegebenen Provinzialrechts der Provinz Westphalen (S. 102—109.) nach der Ordnung des Allgemeinen Landrechts bearbeitet (§. 65.). Nachdem diese Arbeit einer naheren Prüfung unterworfen worden, ward das

Partitularrecht ber Graffchaft Steinfurt

als achte Abtheihung bes

Revidirten Entwurfs bes Partifularrechts jur Proving Beftphalen geborigen Stanbesberrichaften. (Berlin 1841.) G. 77-84. abgebruckt, und befindet fich mit den Partikularrechten ber übrigen mefiphalifchen Standesherrschaften in gleicher Lage. (§. 73.)

§. 76.

Grafichaft Soben : Limburg.

Die Partikularrechte ber Graffchaft Soben-Limburg find in ben Jahrbuchern ber Preugifchen Gefengebung (B. 31. G. 325 u. f.) burch mehrere Beitrage erlautert, und bei ber Revision ber Provinzialrechte gleichzeitig mit bem Provinzialrechte ber Grafschaft Mark (6. 61.) naber ermittelt. Bei ber Berathung im Gefet Revifions-Miniftes rium wurden fie in bas

Partifularrecht ber Graffchaft Soben Lime

burg

jusammengefaßt und letteres als gehnter Abschnitt bes ichon mehrmals gebachten Revibirten Entwurfs bes Partifularrechts

ber jur Proving Beftphalen geborigen Stanbesherrschaften. (Berlin 1837. 8.) G. 89 - 96.

abgebruckt.

§. 77.

Berrichaft Mheda.

Die Revision bes Partikularrechts biefer herrschaft erfolgte Anfangs gemeinschaftlich mit ber bes Rurftenthums Minden, und wird baher auf ben §. 60. verwiefen. Nachdem biefe Urbeit naber erortert worden, marb

bas Partitularrecht ber Berrichaft Rheba im Juftig-Ministerium fur bie Gefet Revision entworfen,

und in ben

Revidirten Entwurf ber Partifularrechte ber jur Proving Beftphalen geborigen Stanbesherrichaften. (Berlin 1837. 8.) Abs schnitt IX. S. 85 — 88. aufgenommen.

§. 78.

35. Herrschaft Anholt.

Das Partifularrecht ber herrschaft Unholt ward zuerst 1829 in dem ersten Bande (S. 110—114.) des im §.65. angesührten Provinzialrechts der Provinz Westphalen von Schlüter und demnächst nach näherer Ermittelung ihres Rechtszustandes im Jahre 1837 vom Gesegge.
bungs Ministerium in den, schon öfters angesührten revidirten Entwurf der Partifularrechte der zur
Provinz Westphalen gehörigen Standesherrichaften, Ubtheil. II., S. 47—53. ausgenommen.

§. 79.

36. Standesherrschaften Ahaus und Bocholt.

Die, bei ber naheren Ermittelung bemerkten Spuren besonderer Rechte biefer herrschaften find vom Geset, Revisions-Ministerium in bas

Partifularrecht ber Standesherrschaften

Ahaus und Bocholt zusammengefaßt. (Revibirter Entwurf ber zur Proping Bestphalen gehörigen Stanbesherrschaften. 1837. Abschnitt III. S. 55 — 60.)

§. 80.

37. Graffchaft Horstmar.

Sten bies ift ber Fall in Ansehung ber Graffchaft horstmar. (Revidirter Entwurf u. f. w. Abschnitt IV., S. 61 — 64.) und ber

§. 81.

38. Standesherrichaft Dulmen.

(vergl. Revidirter Entwurf u. f. w. Abschnitt V. S. 65 - 68.) so wie ber

§. 82.

39. Standesherrschaften Mheina : Wolbeck.

(Revibirter Entwurf u. f. w. Abschnitt VI. S. 69-71.)

§. 83.

40. Grafichaft Rietberg.

Die Revision bes Partikularrechts ber Grafschaft Rietberg ist bis zum Jahre 1836 mit ber bes Fürstenthums Minden verbunden gewesen, und wird daher auf ben §. 60. verwiesen. Nach näherer Ermittelung bes Rechtszustandes ward im Jahre 1837 bas

Partikularrecht ber Graffchaft Rietberg im Gesey-Revisions-Ministerium entworfen und in bem Revidirten Entwurf ber zur Provinz Westphalen gehörigen Standesherrschaften, Abschn. XI., S. 99 — 121. abgebruckt.

§. 84.

41. Serrichaft Gehmen.

Die besonderen Rechte in der herrschaft Sehmen find in dem vom Seheimen Justigrathe Schluter 1829 entworfenen Provinzialrechte der Provinz Westphalen (§. 65.) bearbeitet; demnächst ist im Justig-Ministerium

bas Partikularrecht ber Berrschaft Gehmen abgefaßt und in ber Sammlung ber Partikularrechte ber westphalischen Standesherrschaften, Abschn. VII., S. 73—75, abgebruckt.

§. 85.

42. Amt Recfenberg.

Die im ehemals osnabrückischen Amte Reckenberg bestehenden besonderen Rechte haben zwar nicht unberücksicht bleiben können, sind aber zugleich mit dem Provinzialrechte des Fürstenthums Minden beiläusig erörtert (§. 60.) und besinden sich mit demselben in gleicher Lage.

Rheinproving.

Dem vierten ganbtage (1833) ward burch bas laubesherrliche Propositions Defret aufgegeben, jur Prufung bes vorläufigen Entwurfs ju bem funftigen Provingials Gefetbuche, Deputirte aus feiner Mitte ober fonft aus fachverftanbigen Mannern gu ernennen, welche in ber Stande Namen mit ben, vom Juftig-Minifter fur bie Gefet Revifion gu ernennenben Rommiffarien, mit Bugiehung von Abgeordneten ber Regierungen, ben ihnen mitzutheis lenden Entwurf zu bem Provinzigl-Gefetbuche berathen Die Angabl ber Deputirten ward bem ganbtage zwar überlaffen, jedoch, ba in bem größten Theile ber Proving die frangofische, in einem auderen die bergische Gefetgebung gur Beit noch besteht, mahrend in einem britten und vierten die preußische Gesetzgebung und bas gemeine beutsche Recht gilt, und ba ferner jeber biefer vier Landestheie befondere Territorial. Befege befigt, bestimmt, bag bie Rommiffarien und Deputirten Diefelben für jeden Landestheil befonders berathen, uub daber für jeden diefer letteren besondere Deputirte gemablt werden follten. Der gandtag ermablte barauf fur bas linke Rheinufer 6, und fur jeden der Landestheile auf der rechten Rheinfeite 2, überhaupt also 12 Deputirte und eben so viele Stellvertreter; welchen überbem die Standesberren bin-Rachdem die Berathungen vollendet, und die Gefet Entwurfe ber in ber Rheinproving noch geltenden Partifular, und Gewohnheiterechte, auf Unordnung des Gefet Revisions Ministeriums, abgefaßt waren, wurden fie bem funften Provinzial-Landtage burch bas Propositions Defret vom 22. Mai 1837 jur Begutachtung mit ber Eroffnung jugefertigt: "bag, ob-"gleich wegen ber Rurge ber Beit, eine vollständige Pru-"fung und Berathung ber verschiedenen Provinzialrechte "bon dem Gefet Revifions Minifterium nicht habe vorge-.nommen werden konnen, bennoch bie Borlegung biefer. "Entwurfe angeordnet fei, bamit bie Unfichten und "Bunfche der Stande bei ber befinitiven Berathung um "fo umfaffender beruckfichtigt werben tounten." Bei bem

Umfange biefer Provinzial-Gefetbucher und ber Beschranktbeit ber Zeit murben jedoch bie Entwurfe ber Provingialrechte am Dftrhein, im Bergogthum Berg und in ben bagu geborigen ganbestheilen nur in Ausschuffen berathen, und beren Gutachten bem Ronige mit bem Untrage überreicht, auf diefelben bei ben befinitiven Berathungen ber Entwurfe von Seiten der betreffenden Staatsbehorden Ruckficht nebmen, und alebann biefe Entwurfe bem nachften gandtage gur endlichen Begutachtung wieder zugehen zu laffen. Provingialrechte ber auf ber, linken Seite bes Rheins liegenden Landestheile ward jedoch ein befonberer Untrag geftellt. Durch ben Landtags - Abschieb 26. Marg 1839 mard, ba bie Rurge ber vollständige Berathung ber Provinzialgesete Die nicht . gestattet habe, ben Standen die Buficherung ertheilt, bag biefe Sammlungen, fo weit fie fich auf die gandestheile meftwarts bes Rheins und bas Bergogthum Berg nebft beffen Enclaven beziehen, nach vorgangiger Revision im Gefes : Revisions . Minifterium, bem nachften Provingial. Landtage vorgelegt merden follen; bagegen marb aber, soweit diese Sammlungen ben Regierungsbezirk Cobleng ditlich des Rheins und die Rreise Rees und Duesburg betreffen, die nabere Beschlugnahme vorbehalten, weil im Erfteren die Unficherheit vieler Rechteverhaltniffe, und in Letteren die Verbindung mit anderen Landestheilen des Oberlandesgerichts:Bezirts Samm eine befchleunigte Dublifation bes Provingialrechts nothig machen Das Gefet : Revistone : Ministerium unterzog, fonnten. in Gemagheit diefes Landtags-Abschiebes, die Entwurfe ber Provingial Sefegbucher bes Bergogthums Berg und beffen Enclaven ber naberen Revifion, unter Beructfichtis gung ber Gutachten ber Landtags Ausschuffe, und faßte nach ben Resultaten berfelben eine besondere Denkschrift fur ben fechsten gandtag (1841) ab, an welchen bas landesherrliche Propositions Defret vom 30. April 1841 erging: "Der Entwurf bes Provingialrecht bes Bergog-"thums Berg, ber furfollnischen Enclaven beffelben und "ber Berrichaften Simborn-Reuftabt, Somburg an ber "Mark und Wilbenburg ift, nach bem Untrage Unferer "getreuen Stande, einer nochmaligen Revision im Juftig"Ministerium unterworfen worben. Wir lassen benselben "nehst den Erklärungen der, auf dem vierten Provinzials"kandtage, behufs der Berathung der Provinzialrechte "gewählten Deputirten, und einer Denkschrift Unseres "Justiz Ministers für die Sesetz-Revision, in Folge des "Landtags Abschiedes vom 26. März 1839, Unseren geztreuen Ständen wiederum zugehen, und sehen über die "mit den ständen wiederum zugehen, und sehen über die "mit den ständen wiederum zugehen, und sehen über die "mit den ständen wiederum zugehen, und sehen über die "mit den ständes wom 26. März 1839, Unseren gezitenen Berhandlunsgen, insbesondere über die sich herausgestellten Fragen, "so wie über die Anträge und Erklärungen der ständischen "Deputirten, den Acuserungen Unserer getreuen Stände "gleichfalls entgegen." Der Landtag hat indessen, wie aus dem folgenden §. hervorgeht, dieser Aussorderung nicht genügt.

§. 87.

43. Herzogthum Berg.

Nachbem bie im Herzogthum Berg geltenden Nechte und andere Materialien über den bortigen Nechtezustand gesammelt worden, ward, in Semäßheit der Königl. Landstags Proposition vom 5. November 1833, die Nevision des Bergischen Provinzialrechts dem Senats Prasidenten des rheinischen Appellationsgerichts Freiherrn v. Mylius, dem Landgerichts Prasidenten hoffmann zu Elberfeld und dem Appellationsrathe v. Daniels zu Coln vom Justiz-Ministerium für die Gesetz-Nevision aufgetragen und von denselben der

Erfte Entwurf zu einem revidirten Bergis ichen Provinzialrechte. Im Auftrage des Königl. Justiz-Ministeriums für die Geseg. Nevision bearbeitet, und statt handschrift für die Berathung mit den ständischen Desputirten abgedruckt. Koln 1836. 214 S. 8. Motive des ersten revidirten Entwurfs zu einem revidirten Bergischen Provinzials

rechte u. f. w. Köln 1836. 348 S. 8. abgefaßt und mit ben, vom Landtage bazu ermählten stänsbischen Deputirten, bem Landrath v. hauer und bem Abvokat-Anwalt Bracht, unter Theilnahme bes Regies

rungsraths Var en famp, als Deputirten ber Regierung ju Duffelborf, berathen und nach ben Resultaten bieser Berathung theilweise umgearbeitet. Nachdem die Vershandsungen bem Gesetz-Revisions-Ministerium eingereicht und berathen worden, ward von bemselben ber

Revidirte Entwurf bes Provinzialrechts bes Herzogthums Berg, ber vormals kurtolnis ichen Enklaven besselben, und ber Herreschaften Gimborne Reustadt, Homburg an ber Mark und Wildenburg. Berlin 1837.

Motive jum revibirten Entwurfe bes Provinzialrecht bes herzogthums Berg u.f.w.

Berlin 1837. 185 G. 8. abgefaßt, welcher im ersten Theile bas Provinzialrecht bes Derzogthums Berg, und im zweiten Theile bas Partifu-recht ber anderen auf bem Titel benannten Landestheile enthalt.

Diefer Entwurf ward 1837 bem funften rheinischen Landtage jur Erflarung jugefertigt (§. 86.), auf bemfelben aber ebenfalls nur in einem bagu vom Landtage angeord. neten Ausschuffe und auch barin nur in brei Konferengen, auf ben Bortrag bes zum Referenten ernannten Abaeorde neten bes Stanbes ber Landgemeinden, Abvotat-Unmalts Dr.: Bracht, ber ichon an ber vorgebachten miffarischen Berathung Theil genommen und gegen Abfaffung eines Provinzialrechts überhaupt fich erklart Diefer Umftand, bie Rurge ber Beit unb hatte, erörtert. bie, nach biefer Berathung, im Ausschuffe zwischen bem Direftor beffelben und bem eben genannten Referenten ents ftanbenen Differengen, befonders aber die Beschaffenheit bes Sutachtens verhinderten auch biefesmal die Berathungen im Plenum des Landtags und bie von bem lets ten Landtage felbit bie erbetene endliche Beautach tung, und veranlagten ben Antrag bei bes Ronigs Das jeftat, die Musschuß-Berhandlungen bem Gefet Revisions. Ministerium jugehen zu laffen, um barauf bei ber Bearbeitung bes Provinzialrechts Ruckficht zu nehmen. Durch ben gandtags-Abschied vom 26. Marg 1839 willfahrten des Ronigs Majeftat biefem Untrag und bestimmten, daß ber

Entwurf bes Provinzialrechts, nach vorgangiger Revision im Juftig-Ministerium, bem nachften Provinzial-Landtage nochmals vorgelegt werden folle. Diefer Allerhochsten Bestimmung gemäß wurden bie Ronfereng-Prototolle bes Ausschuffes, nebit bem Referate bes Abvotaten Bracht und der vom Genats-Prafidenten v. Mplius bereits ausgearbeiteten Widerlegung beffelben, nachbem baruber auch bas. Gutachten bes Landgerichts. Prafidenten Soffmann und bes Appellationsrathe b. Daniels erforbert worden, im Gefet Revisions Ministerium nach ber Folge ber Daragraphen bes revidirten Entwurfs forgfaltig gepruft und burch biefe allgemeine Beleuchtung und spezielle Rritik jenes Referats bie nochmalige Revision bes Entwurfs Diefe Rritit ward fur ben Landtag von 1841 erlediat. unter bem Titel :

Erörterung ber bei ber Berathung bes revis birten Provinzialrechts des herzogthums Berg, der vormals churkollnischen Enclasven besselben und der herrschaften Gimborn-Neustabt, homburg an der Mark und Wildenburg, von dem siebenten Ausschusse des fünften Rheinischen Provinziale Landtages angeregten Bedenken. Berlin 1841. 83 S. 8.

gebruckt und durch das Königl. Propositions Defret vom 30. April 1841 dem Landtage mitgetheilt, und nun die vorbehaltene definitive Begutachtung über den Entwutf erfordert. Der Landtag übersalt indessen dennoch wiederum gänzlich den Stand dieser Angelegenheit, so wie den Inhalt und das Berhältniß des Provinzial Sesezes, und überhobsich durch Ausstellung von dämit in direktem Widerspruch stehenden Ansichten der Abgade der wiederholentlich erforderten Erklärung. Es ward daher demselben durch den Landtags Abschied vom 7. November 1841 ad 14. eröffnet:

Wenn Unfere getreuen Stande über ben, nach bem Untrage bes vorletzten Provinzial-Landtags, ihnen wieder vorgelegten Entwurf bes Provinzialrechts für bas herzogthum Berg, die vormals turköllnischen Enclaven besselben und die herrschaften Gimbornenenfacht, homburg an ber Mark und Wildenburg.

fich beshalb nicht erklart haben, weil ihrer Unficht nach die Wiebereinführung ber, ber Bergangenheit angehörigen, ben bermaligen Bedurfniffen und Anforberungen wenig entsprechenden, burch bas beftebende rheinische Recht verdrangten und Provingialrechte nicht munschenswerth erscheine; fo haben biefelben überfeben, daß bei Ber Revifion jenes " Provinzialrechts, wie Unferen getreuen Standen in ben Propositions Defreten vom 5. November 1833 und 23. Mai 1827, und in bem Befcheibe bom 19. Dezember 1833 bereits mehrmale eroffnet morben, die Abficht im Befentlichen nur bahin gegans gen ift, die noch geltenden Provinzialrechte, Statuten und Gewohnheiten ju fammeln, festzustellen, und in Ermagung zu ziehen, in wiefern beren Beibehaltung; Erganjung ober Aufhebung angemeffen fei. Satten Unfere getreuen Stande bie einzelnen Bestimmungen bes ihnen vorgelegten Entwurfs und die Erklarungen ber auf bem vierten Provinzial-Landtage von ihnen felbst gemahlten Deputirten gepruft und ermogen; fo murben fie fich überzeugt haben, daß, abgesehen von einzelnen neuen legislativen Borichlagen, ber Entwurf fich nur in biefen Grengen bewegt und Rechtsverhaltniffe betrifft, in Unfehung beren bie alteren Provinzialrechte und Berfassungen burch bie frembherrliche Gefetgebung feines: gung jeboch, daß nach bem Gutachten Unserer Beborben ein bringenbes Beburfniß zu einer allgemeisnen legislativen Feststellung biefer alteren Rechtsverbaltniffe in ben Eingangs gebachten Landestheilen burch ein Provinzialgesegbuch bis jest fich nicht berausgestellt bat, wollen BirUnferen landes. herrlichen Befchluß, wegen Emanation dies fes Provingial- Gefenbuchs vorläufig noch ausfegen.

Es ward fich baber fur jest auf die Berichtigung ber faktisch und rechtlich unrichtigen Anfichten und unbegrunden Aeußerungen bes Landtags beschränkt, welcher,

bem

bem Landesherrn und Gefetgeber gegenuber, Die in ben Entwurf aufgenommenen besonderen Landesrechte, beren ungeschwächte Fortbauer noch von Riemandem in ber Proving jemals bezweifelt mar, und felbst unter ber fremden Berrichaft von den auswartigen Berrichern anerkannt war, burch bas neben benfelben noch geltenbe fremde Recht aufgehoben erflarte, und die vom Gefengeber beschlossene nabere Fesistellung jener vaterlandischen Rechte als Beeintrachtigung biefes jur Zeit noch fremben Rechts betrachtete 75). Der Landtag außerte nicht allein folche irrthumliche Unfichten, fondern legte auch benfelben ein so entschiedenes Uebergewicht über die ihnen eröffneten Unfichten und Willensmeinungen bes Gefengebers bei, baß er es weber ber Dube werth hielt, seine abweichenden Unfichten irgend auszuführen und mit Grunden zu unterftuben, noch, dem landesherrlichen Unerbieten gemäß, Die . Rommiffarien, welche den erften Entwurf bearbeitet hatten, bie ausgezeichnetsten Rechtsgelehrten in den Gerichts. bofen bes Landes - ju den Berathungen zuzuziehen, fonbern vielmehr seine Unfichten als so unzweifelhafte Uriome binftellte, bag er fogar unterließ, die von ihm wiederholend erforderte Erklarung wenigstens eventualiter abzugeben.

⁷⁵⁾ Eine Befürchtung, die später von einem Sandelsgerichte in der Rheinproding noch weiter gesteigert ward, welches sogar die Besantwortung der ihm dom Geleg-Atvisions-Ministerium vorgelegten Fragen über den Entwurf des Wechselrechts in dem Berichte vom 15. September 1838 mit der Acuserung umging: "Wir gesteden offen, daß "wir auch keinen Beruf in uns füblen, uns auf eine Erörterung von "Fragen über ein Wechselrecht einzulassen, das mit dem Preußischen Landsprechte fo eng verdunden ist, daß, wenn das Preußische Wechselrecht "bei afteren Produngen später, wenn auch mit Wohsstationen, bei uns "einzeführt werden möchte, nach unserer Besürchtung eine Zerrissensbeit in unseren disherigen Gesetzen entsteben würde, die dann leicht "beit Abschaffung derselben zur Folge haben könnte. Unsere Geietze "sind uns aber in vieler Beziedung durch eine mehr als dreiftgigähzig Dauer theuer geworden, und wennt wir auch gern geszischen, daß sie in mehreren Punsten verbessert werden "können; so begen wir doch den Wunsch, daß diese Berbestrungen "im Geiste unserer eigenen Gesetzgedung Statt sinden möchten." Bergl. die oben angeführte: Zusam men ftellung der — gegen den Entwurf des Wechselrechts aufge ftellten Monita.

Go viel bie Dublikation bes Provinzial : Gefetbuchs betrifft; fo konnte diefelbe um fo mehr furs erfte noch ausgefest werben, ale uber bie Landesrechte felbft uberall fein Zweifel vorhanden war, und biefe Rechte burch bie fo grundlichen und erschopfenden Arbeiten ber oben genannten, berfelben fo erfahrenen Mitglieder ber Gerichts: bofe vollständig entwickelt waren, bagegen aber ber Ungrund ber in ber ftanbifchen Ertlarung und in ben 21rbeiten bes Ausschuffes so allgemein und ohne irgend eine Begrundung geaußerten Unfichten nicht allein auf flacher Sand vorlag, fondern auch aus bem lanbesberrlichen Landtags. Abschiede und ber offiziellen Berichtis gung bes mehr erwähnten Referats hervorging. war baber tein Bedurfnig vorhanden, Schon jest, wie fruber bei bem Gefete uber Fibeifommiffe, ju verfahren, welches, ba der gandtag aus ahnlichen Grunden Die erforderte Erklarung nicht abgegeben batte, ohne biefe meiter gu erforbern, publigirt warb, fondern es ward ben Standen nur eröffnet, daß bes Ronigs Majeftat ben lanbesherrlichen Beschluß wegen ber Dublifation bes Provingialrechts vorläufig bis babin ausgesett habe, bag bas Bedurfnig fich herausstellen merbe; fo wie in bem Landtags Abschiede fur ben funften Landtag, auf welchem die Stande, fatt ber von ihnen geforderte Erflarung, nur bas Gutachten bes Ausschuffes überreicht hatten, zwar bie Wiedervorlegung des Bergifchen Entwurfe auf bem nachsten gandtage verheißen, bagegen aber in Unfebung anderer gandestheile ber landesherrliche Beschluß über die Publikation des Gefet Entwurfs vorbebaltend mar (6. 86.).

§. 88.

Die oftwarts bes Rheins liegenben ganbestheile bes Regierungs Begirts Cobleng.

So wenig die auf der rechten Seite des Rheins liegenden Theile, als die auf der linken Seite desselben, has ben jemals Ein Sanzes gebildet, sondern bestehen aus eisner Menge einzelner, besonderer, von einander gesonderter Lander oder einzelner Landestheile, die niemals etwas anderes, als einen gemeinschaftlichen Oberherrn — ben

romischen Raiser und ben Ronig von Preugen - ein gemeines Recht und einen gemeinschaftlichen oberften Gerichtshof gehabt haben. Jebes biefer ganbestheile hatte fein befonderes Territorial-Recht, bas oftwarts bes Rheins jum größten Theile noch gegenwartig beffeht. Rur biefe offfeits bes Rheins liegenden gandestheile giebt es baber fein fur fie alle gultiges Provinzialrecht, fondern ieber berfelben hat fein eigenes Partikular-Recht. biefer Rechte bedurfte baber, bei ber fo fehr veranberten allgemeinen Gefeggebung, einer befonderen Revifion, um ein festes Recht herzustellen. Dennoch stimmen biefe. Rechte nicht allein ursprunglich in mehreren Grundzugen überein, fonbern biefe Uebereinstimmung ift auch baburch noch erweitert, bag bie Landrechte einzelner Lander, 3. B. bas Mainger, Erierfche, Colnifche, Raffauifche, Solmifche, Ragenellenbogeniche, fpater auch in anderen ganbesantheilen angenommen murben, unb . in benfelben bie Grundlage bes Partifularrechts bilben. Der Revifion bes Partitularrechts in allen biefen ganbes. theilen mußte mithin die Feststellung beffelben voraufges ben, und murben baber, wie im Bergogthum Berg bereits angeordnet mar (§. 87.), auch in ben ubrigen einzelnen offfeits bes Rheins liegenden Landestheilen Die darin gels tenben Partifularrechte burch eigene Rommiffionen ermit= Die Berathung und Bufammenftellung telt und erortert. ber Resultate biefer Ermittelungen mit ben ftanbifchen Deputirten, bem Burgermeifter Emmelius und bem Juftig-Amtmanne Thewalt, und mit ben Deputirten ber Regierungen gu Cobleng, Reuwied und Braunfels, marb vom Gefet Revisions Ministerium bem bamaligen Direktor bes oftrheinischen Juftig-Genats, jegigen Geheis men Ober-Revisionrathe Liel, und fur bie Colmischen Standesherrschaften und die Stadt Beglar bem bortigen Stadtgerichts Direktor Dr. Bigand übertragen. Mach ben Ergebniffen biefer Berathungen entwarfen bie Rommiffarien eine Busammenftellung biefer Rechte, welche mit ben voraufgegangenen Berhandlungen im Gefet Revifions Minifterium gepruft und berathen, und in einem Entwurf bes Provinzialrechts abgefaßt murben. Somohl

jene Bufammenftellung, ale biefer Entwurf murben, wegen

bes bevorstehenden- Landtags, gebruckt:

Busammenstellung ber in ben oftrheinischen Theilen bes Regierungs Bezirks Coblenz, noch geltenden Provinzials und Partitus larrechte, nach Ordnung bes Allgemeinen Landrechts. Berlin 1837. 73 und 423 S. 8. Revidirter Entwurf des oftrheinischen Propinzialrechts, nach Ordnung des Allgemeinen Landrechts. Berlin 1837. 51 S. 8. Motive zum revidirten Entwurfe des ofts

Motive zum revidirten Entwurfe des ofts rheinischen Provinzialrechts. Berlin 1837.

141 6. 8.

Diefe Arbeiten, in welchen die Ordnung des Allgemeinen gandrechts befolgt und bei jeder Bestimmung bemerkt mar, wie fie in jedem ber, in ben & . 89-98. gebachten, einzelnen Lanbestheile nach beren besonderen Rechten zu fteben fommen wurde, wurde mit dem Entwurfe des Bergifchen Provingialrechts (6. 87.) bem funften gandtage (1837) jur Begutachtung mit der Eröffnung zugefertigt, bag, obgleich wegen Rurge ber Zeit eine vollständige Prufung und Berathung ber mitgetheilten Entwurfe ber verschiebenen Provinzialrechte bon bem Ministerium nicht habe vorgenommen werben tonnen, bennoch die Vorlegung biefer Entwurfe von bes Ronigs Majestat angeordnet worden fei, bamit die Uns fichten und Bunfche ber Stande bei ber befinitiven Berathung berucksichtigt werden konnten. Der Landtag nahm ben mitgetheilten Entwurf, ohne in benfelben einjugeben, als nicht vollständig berathen an, und hielt beshalb wegen Rurge ber Zeit eine umfaffende Berathung beffelben im Plenum fur vollig unthunlich, ließ ben Entwurf burch einen Ausschuß im Allgemeinen berathen, und trug unter Ginreichung bes Gutachtens bes Ausschuffes barauf an, auf biefe Begutachtung bei ber befinitiven Berathung bes Entwurfs von Geiten ber betreffenden Staatsbehorben Ruckficht nehmen, und alsbann beffelben bem nachsten gandtage gur enblichen Begutach tung wieber zugeben zu laffen. Der Landtags-Abschied vom 26. Mars 1839 bewilligte swar biefe nochmalige Revifion und Biedervorlegung in Unsehung bes Bergischen

Provinzialrechts (§. 86.), bestimmte aber bagegen : "Go "weit diese Sammlungen den Regierungs Begirk Co. "blenz oftlich bes Rheins und die Kreise Rees "und Duisburg betreffen, muffen Bir Uns "bieferhalb die nahere Beschlugnahme vorbes "halten, weil in Erfterem die Unficherheit vieler "Rechteverhaltniffe, in Letteren bie Berbin-"bung mit anderen Landestheilen bes Dber-"landesgerichts Bezirk hamm eine befchleus "nigte Publikation bes Provinzialrechts nothia "machen fonnten." Dem fechften ganbtage (1841) wurden daher auch nur die Entwurfe bes Provingialrechts bes herzogthums Berg, ber vormals furfolnischen Enclaven beffelben und ber Berrichaften Gimborn, Somburg und Wilbenburg, nicht aber die ber Partifularrechte ber oftfeits bes Rheins belegenen, jum Regierungs Des partement Cobleng gehorigen Candestheile jugefertigt, über welche mithin auf bem Landtage nm fo weniger Berbandlungen mehr Statt fanden, als die Deputirten aus biefen Landestheilen fich mit ben ausgearbeiteten Entwurs fen größtentheils einverstanden erflart hatten.

. Das Provinzialrecht biefer oftrheinischen Landestheile liegt baher zur Berathung in ben ferneren legislativen Stadien und zur Publikation bes Provinzial-Gesethuchs vorbereitet. In biefer Lage befinden sich die Partikularrechte ber zum Regierungs-Bezirk Coblenz gehörigen

§. 89.

44. Grafschaften Sann: Altenkirchen und Sann: Hachenburg.

§. 90.

45. Vormals kurkölnischen Gebiete.

§. 91.

46. Vormals kurtrierschen Gebiete.

§. 92.

47. Vormals Bergogl. Naffauischen Gebiete.

§. 93.

48. der Graffchaft Solms: Braunfels.

§. 94.

49. der Graffchaft Colms: Lich.

§. 95.

50. der Graffchaft Wied.

§. 96.

51. der Grafschaft Munkel.

§. 97.

52. der Berrichaft Schönstein.

§. 98.

53. der vormaligen Neichsstadt Wetlar mit ihrem Gebiete.

§. 99.

54. Kreise Rees und Duisburg.

Die Partikularrechte bieser aus dem herzogthum Eleve oftseits des Rheins, den Grafschaften Essen, Bersben und Elten, der herrschaft Broich und der Dorfschaft Rlein : Netterden zusammengesetzen beiden Rreise sind gleichzeitig mit dem Provinzialrechte der Graftschaft Mark bearbeitet (§§. 59. 62, 71. 86.).

§. 100.

55. Westrheinische Landestheile.

Der Code Napoleon geht zwar nicht von bem Grunbsatze ber beutschen Sesetzebung, baß Stadtrecht Landrecht und Landrecht Raiserrecht bricht, sondern von bem entgegengesetzen Grundsatze aus, daß, wo der Raiser spricht, Stadt und Landrecht schweigen, und hat daher alle in seinem Bereiche bisher geltende Nechte vernichtet. Dennoch hat er die Fortdauer ihrer Gultigkeit für mehrere Gegenstände gestattet, diese wenigen Ueberbleibsel der früheren Nechte sind indessen theils zweiselhaft, theils nach ben verschiedenen vormaligen Regierungen von einander

abweichenb, und ftellen eine gegen bas übrigens fo eiftig vertheibigte Pringip ber Einheit ber Gefetgebung einen fonberbaren Rontraft auf. Da biefer Uebelftand in biefen rbeinischen Landestheilen felbst berührt mar; fo ließ bas Gefet Revifions Minifterium, um bemfelben abzubelfen und um überhaupt bie vorfrangofischen Rechtsverhaltniffe in ben westrheinischen gandestheilen, in besonderer Begiebung auf die noch nicht untergegangenen Theile berfelben, fefts auftellen, jugleich aber auch, um in rechtsgeschichtlicher Dinficht nicht die Materialien berfelben und felbft bas Undenfen an fie noch tiefer, als bies unter ber Frembherrichaft leiber bereits geschehen mar, in Bergeffenheit verfallen gu laffen, biefe befonderen Rechte burch eigene Rommiffionen naber erortern. Diefe Arbeiten wurden, fo viel als moglich, Manuern übertragen, welchen eine nabere Renntnif bes fruberen Rechtszustandes biefes gandes beimobnte, namentlich für

1) ben Landgerichts Bezirk Coln und bie westrheinis schen Theile bes Landgerichts Bezirks Duffelborf: bem Appellationsrath Correns, bem Staats Profurator v. Groote, bem Abvokat Anwalt Justigrath Muller und bem Landgerichts Affessor Dr. Seimsoth;

2) ben kandgerichts Sezirk Cobleng: bem kandgerichtis Prafibenten Burger, bem Kammer Prafibenten Frech und bem kandgerichts Affessor Freiherrn v. Sedenborf;

3) ben Canbgerichte Begirt Machen: ben Appellations. rathen Freiherren v. Furth und v. Gerolt;

4) ben Landgerichts Bezirk Cleve: bem Landgerichts prafibenten Oppen boff, bem Geheimen Justig und Appellationsrath v. Weiler und bem Ober Prokustator Bessel; unb

5) bie Landgerichts. Bezirke Trier und Saarbrucken: bem Landgerichts. Prafibenten Rive und bem Landgerichtsrath Sisgen.

Die von biefen Rommiffionen bennachst über bie noch bestehenden Rechte mit vorzüglicher Grundlichkeit bearbeiteten Entwurfe wurden von jeder Rommiffion mit ben, bazu auf bem Landtage erwählten ftanbischen Deputirten, nämlich bem Fursten zu Galm Dyf, bem Ritter-

gutsbefiger b. herweg, bem Regierungerathe Rig, bem Landrathe und Ober Burgermeifter Sam, bem Rammer-Prafibenten v. Sontheim und bem Motar Potthoff, unter Bugiehung ber Regierungerathe Barentamp, 5 0= fter mann und v. Rabe, als Deputirte ber Regierungen gu Duffelborf, Cobleng und Trier, gepruft und berathen, nach biefen Berathungen in verschiedene Entwurfe abaefafit und mit ben Berbandlungen bem Gefen-Revifions Ministerium porgelegt. Mus ben Berhandlungen bies fer Kommiffionen bestätigte fich bie große Berschiebenheit ber noch geltenben Partifularrechte, ergab fich aber auch, bag biefelben, bei ben in allen biefen gandestheilen vorbandenen gleichen Berhaltniffen, auf gleichartige Bestimmungen ohne Schwierigkeiten guruckgeführt werben konnen. Das Ministerium vereinigte baber nach diesem Gefichts. puntte die verschiedenen tommiffarischen Entwurfe in ben

Revibirten Entwurf bes westrheinischen Provingialrechts. Berlin 1837. 15 G. 8.

Motive jum revidirten Entwurfe bes meft: rheinischen Provinzialrechts. Berlin 1837. 122 S. 8.

welcher burch bas landesberrliche Propositions = Defret vom 22. Mai 1837 bem Landtage gur Begutachtung Die Stande erfannten gwar an, bag vorgelegt marb. ber vorgelegte Entwurf eines ber Elemente, aus welchen Die Provingial-Gesethücher zusammengesett werden follen, umfaffe, namlich biejenigen Gefete und Berordnungen ber früheren landesherren, welche, ungeachtet ber Einführung ber frangofischen Befeggebung, noch in gefetlicher Rraft geblieben find, weil bie lettere entweder auf fie verweife ober ben Segenstand, welchen fie be treffen, nicht berühre; fie außerten aber zugleich, daß nach ber Abficht bes Ronigs, fo wie in gang Deutschland Landrecht Raiferrecht breche, fo auch bas burgerliche Gesethuch bes Preufischen Staats in jeder Proving nur bas subsidiare, bas ber Proving eigenthumliche gemeine Recht aber bas pringipale Recht fein, und baber auch fur die Rheinproving ein eigenes Provingialrecht bestehen merbe. Biernach trugen fie barauf an, in benienigen Theilen ber

Rheinproving, wo das frangofische burgerliche Recht gilt, baffelbe als die Grundlage bes provinziellen Rechts forts bestehen zu laffen, ba auch ber Bufammenhang biefer Gefets gebung ju bem, was ben Bewohnern jener gandestheile werth geworben, gehore und bie Berfinckelung berfelben in ber Abficht, einzelne Theile und Bestimmungen in ben neu ju faffenden Cober ju übertragen, Erschütterungen in bem besonderen Rechtszustande erregen merbe. ergiebt fich ohne alle Bemerkung von felbft, bag von Allem, was hier angeführt, und insonderheit bon einer Beranberung bes Gesethuchs und irgend etwas, was mit ihm im Zusammenhange steht, überall gar nicht bie Rede war, Der Umfang ber Gultigfeit bes Coder, die Erweiterung ober Befchrankung biefer Gultigfeit biefes Gefegbuche, felbft die leifefte Beruhrung der Frage: ob es fur ein beutsches Bolt und fur ein beutsches Land angemeffener fei, die eigenthumlichen Landesrechte gegen ein fo schwaches und fummerliches (§. 33.) Gefegbuch ber fo glorreich vernichteten Frembherrschaft nach bem Beispiele anderer Staaten geltend ju machen, ober letteres in einem noch weiteren Umfange einzuführen? mar vollig unberührt geblieben. Es mar vielmehr allein von ben außer als Tem Bufammenhange mit bemfelben ftebenben-Ueberbleibfeln ber ehemaligen Rechte, und auch bei biefen nur bavon bie Rebe, fie unter einander in Uebereinstimmung ju bringen. Es mar amar die Abficht, hiernach bie Stande zu bescheiben und biefen Entwurf umgearbeitet wieder vorlegen gu laffen; es marb fich jedoch barauf beschrantt, ben Standen auf dem folgenden Landtage zu eröffnen, daß von biefer beabsichtigten Wieberporlegung jur Zeit Abstand genommen, ba biefer Entwurf nur jum 3meck gehabt habe, einzelne Lucken bes rheinischen Civil Gefetbuche auszufullen, diefer 3med aber burch bie angeordnete Revision und Erganjung bes Civil-Gefetbuchs zum Theil werbe erreicht werben; fofern nach ber Bollenbung biefer Arbeit es munfchenswerth fein follte, bie in bem revidirten Entwurfe bes Provingialrechts berührten Materien noch naher zu bestimmen, murben bie Berhands lungen alsbann wieber aufgenommen werben.

§. 101.

56. Vormalige Neichsherrschaft Gimborn: Reustadt.

§. 102.

57. Herrschaft Homburg an der Mark.

§. 103.

58. Berrichaft Wilbenburg.

Die in biefen brei ehemals unmittelbaren Reichsherrsschaften (§§. 101 — 103.) noch jest geltenben besonberen Rechte wurden bon ber fur bas herzogthum Berg niesbergefesten Rommiffion (§. 87.) ermittelt und ber

Erste Entwurf bes Provinzialrechts ber vormaligen Reichsherrschaft Gimborns Neustabt und ber vormals reichsunmittels baren Herrschaften Homburg an der Mark und Wilbenburg, im Auftrage des Ronigs. Justiz-Ministeriums für die Geset-Revission bearbeitet, und ftatt Handschrift für die Berathung mit den ständischen Deputirten abgedruckt. Roln 1837. 79 S. 8.

abgefaßt.

§. 104.

59. Die mit dem Herzogthum Berg verei: nigten, vormals furkölnischen Landestheile.

Die in biesen Landestheilen noch geltenben Partikularrechte befinden sich mit benen bes herzogthums Berg in gleicher Lage, und wurden baher von ber §.87. erwähnten Rommission in ben

Erften Entwurf bes Provinzialrechts ber in bem Jahre 1806 mit bem herzogthume Berg vereinigten, vormals furtolnischen Lanbestheile, im Auftrage bes Ronigl. Justige Ministeriums für bie Geses-Revission bearbeitet, und statt hanbschrift für bie Berathung mit ben ftanbifcheen Deputirten abgebruckt. Roln 1836. 62 G. 8. zusammengefaßt. Dieselben befinden fich in ber namlichen Lage, wie die bes herzogthums Berg (§. 87.).

Dritter Abschnitt.

Resultate der Geset, Revision in ihrem ersten (justiz-ministeriellen) Stardium und die gegenwärtige Lage derselben.

§. 105.

I. 3m Allgemeinen.

Die Resultate einer Arbeit können nur nach ber, berselben gestellten Aufgabe, mithin nur barnach beurtheilt werden, in wiesern sie dieser Aufgabe genügt hat? Die Aufgabe, ein neues Gesehuch zu entwerfen, wurde durch bie Darstellung des jest geltenden Gesehuchs, auch wenn sie ein Meisterwerk ware, versehlt sein, umgekehrt aber wurde auch die Aufgabe, kein neues Gesehuch abzufassen, sondern das bestehende möglichst aufrecht zu erhalten, und nur dem später entstandenen Nechte anzupassen sur beiren durch den Entwurf eines neuen Gesehuchs, auch wenn dasselbe alle legislatorische Weisheit erschöpste, eine in gleichem Maaße versehlte sein.

Die Aufgabe ber gegenwartigen Gefet-Revision ift feinesweges eine neue Gefetgebung und ein neues Gesethuch, sondern nur die Revision und Befestigung ber bestehenden Gesethung burch Anpassung ber selben an die veranderten Berhaltniffe und bie Abfassung ber hiernach revidirten Gesethuch et. Eine bestimmtere Borschrift, als die über dies Aufgabe ber Revision erlassen (§§. 1. und 8.) fann es

nicht geben. Der 3weck und die Aufgabe ber Revision

und die ihr gegebene Borfchrift ift:

1) die Vorschriften der bestehenden Sesetzgebung aus dem Gesichtspunkte, in wiesern sie beider, seit ihrer Entstehung eingetretenen anderweitigen Sesetzgebung und bei den dadurch veränderten Nechtsverhaltnissen noch anwendbar, oder ob und in wiesern sie aufzuheben oder zu verändern sind, und ob entschiedenes praktisches Bedürsnissehen bies erfordere? zu revidiren, und, wenn hiernach die Aussehung oder Modisstation der bisherigen Gesetz nothwendig sein sollte, dazu gründliche Borschläge zu machen; und

2) die hiernach ferner bestehenden Gesetze und Gesetzbuchet mit dem neueren gesetzlichen Justande zu verschmelzen und aus dem, solchergestalt vereinigten in
gesetzlicher Kraft bleibenden alten und dem späteren
Rechte ein sestes und bestimmtes Gesetzbuch als das
jetzt bestehende Recht zu entwerfen, und diesen Entwurf den von dem Gesetzgeber bestimmten weiteren
Stadien zur Prüfung, Berathung und Begutachtung

vorzulegen.

Dies ist ber Umfang ber Aufgabe für bas bem Ministerium für die Gesetzgebung übertragene erste Stadium

ber Revision und des ihm angewiesenen Berufs.

Bei der Beurtheilung der Erfullung biefes Auftrags und der Resultate diefer Revision in ihrem ersten Sta-

bium fommt es baber barauf an :

Bu 1. Sind die bestehenden Gesetze aus dem oben gebachten Gesichtspunkte revidirt? sind die spateren
Gesetze underücksichtigt geblieben und die durch letztere abgeanderten alteren Gesetze beibehalten? ist diese
Revision, sind die Vorschläge, die Veranderungen
und überhaupt die Arbeiten der Revision oberstächlich, und ermangeln sie aller Gründe, oder sind sie
durch aussührliche und gründliche Motive unterstützt
und erläutert?

Bu 2. Sind in ben, in diesem ersten Stadium der Seletz-Revision bearbeiteten Entwurfen und Sutachten die oben unter 1. gedachten Erfordernisse vorhanden? hat das erste Stadium die ihm vorgeschries

bene Nichtung und ben 3weck ber Nevision verfehlt ober ist basselbe in eine neue Gesetzgebung überges schritten? Hat bas erste Stadium bloß auf Prufung, Berathungen und Aussührungen ober gar allgemeine Raisonnements sich beschränkt, und hat es keine bestimmte und seste Entwurfe ber revibirten Gesetzücher

abgefaßt und vorgelegt?

In bem Umfange, in welchem biese Fragen verneisnend ober bejahend beantwortet werben mussen, hat das erste Stadium die ihm gestellte Aufgabe erfullt ober verfehlt. Es liegt hierbei wohl von selbst vor, daß, wo die Erfullung dieser Aufgabe durch Umstände, welche das Ministerium zu beseitigen außer Stande war, verzogert worden, der daraus entstandene Aufenthalt ihm nicht zur Last fallen kann.

So weit biefen Unspruchen genugt worden und infonderheit mit ber Abfaffung bes Gefet Entwurfs, ift ba-

ber die Funktion des erften Stadiums vollendet.

Burbe biefes erfte Stadium barauf Unfpruch machen, baß bie Unfichten, von welchem es ausgegangen ift, bie allein richtigen, und bag bie von ihm abgefagten Gutachten und Gefet Entwurfe burchaus volltommene, unubertreff. bare und vollendete Arbeiten find, bag fie einer weiteren Drufung und Berathung überall nicht mehr bedurfen, fondern vollig geeignet find, um von ihm unmittelbar ohne Beiteres an ben Ronig ju gelangen; wurden diese Unspruche eben fo anmaagend und auffals lend, als irrthumlich fein. Eben dies tritt aber auch umgekehrt ein, wenn man an bas erfte Stabium biefen Unspruch der absoluten Unübertreffbarkeit und Unfehlbarkeit babin machen wollte, daß feine Arbeiten fo vollständig und fo erschöpfend fein follten, daß fie einer Berichtigung überall nicht mehr fabig maren, fondern fofort als Gefete in Die Belt geschickt werben und ins Leben übergeben konnten. Wenn fur die erfte Bearbeitung eines jeden wichtigen Gefetes eine folche Bollendung nicht die menschlichen Rrafte überfliege, und baber die tagliche Erfahrung lehrte, welche Berichtigungen felbft Gefet Entwurfe uber einfache Gegenftande in ben ferneren Stadien erhalten; fo ift bies noch weit mehr ber Kall bei einem Werke von fo unermeßlichem Umfange. Bei ber gegenwärtigen Nevision folgt bies überbem schon aus ber Verschiedenheit bes Standpunktes bes ersten Stadiums von bem ber fernezen Stadien, indem jenes auf bas noch anwendbare bestehende Recht beschränkt ist, diese aber auch lezistative Ansichten zu berücksichtigen, und die Arbeiten bes ersten Stadiums aus einem höheren und viel seitigeren Standpunkte zu prüfen haben. Daher sind auch bei dieser Revision, um den Arbeiten bes ersten Stadiums diesenige Bollendung zu geben, welche bei allen Gesegen nur das Resultat einer wiederholten Berathung sein kann, die ferneren Stadien so sorgsältig vorgeschrieben.

In ben folgenben & ift ber Umfang, in welchem bie Gefet Revifion in ihrem erften Stabium vollenbet ift,

naber angegeben.

§. 106.

- II. Infonderheit der burgerlichen Rechte.
 - 1. Das burgerliche Recht.

a) Das allgemeine Recht.

Das burgerliche Recht zerfallt in bas allgemeine und bas provinzielle, und bas erstere in bas gemeine und besondere.

In Ansehung des gemeinen Rechts ergeben fich folgende Resultate ber Gesetz-Revision im justiz-ministeriellen

Stadium:

. Das gange Allgemeine Landrecht, fo weit es hat revidirt werben follen (§. 21.), ift, mit Ausnahme bes Rirchen, und Schuls

rechts (§. 28.), revibirt.

II. Nach ben Resultaten bieser Revision ift bas gange fünftige bürgerliche Gesethuch in einen Entwurf mit Motiven abgefaßt, gebruckt und sowohl bes Ronigs Majestät vorgelegt, als ben ferneren legislativen Stabien mitgetheilt. (§§. 22—26.)

Die Abschnitte von ben eintelnen Bertragen (6. 24.) von dem Personen: und Familien: (§. 25.) und vom Erb: recht (§. 26.), haben gwar aus ben, in biefen § angeführten Grunden zu ber im Gefet Revisions Ministerium beobach teten letten Revifion (§. 19.) bis jest nicht gelangen fonnen, find aber in ben gebruckten Entwurfen fo grundlich abgefaßt, und in fo ausführlichen Motiven bearbeitet, bag fie fchon jest gur Berathung in ben ferneren Stadien geeignet find, und bag in benfelben bie Bemerfungen und Bedenten über fie füglich erortert und erledigt werben fonnen, wenn bies nicht schon vorher, mahrend ber Berathung ber fruberen Stadien über bie übrigen Abschnitte bes Gefegbuchs (§§. 22. 23. und 24.), durch die obgedachte lette Revision geschehen fein follte. Diefe lette Revision follte, ale bie 6. 24. gedachte Beranderung im Gefet Revifions Miniftes rium eintrat, anfangen, und wurde um fo mehr im Laufe biefes und bes folgenden Jahres beendigt gewefen fein, als, nach beenbigten Entwurfen ber Progeg : und Pro vingialrechte, dem Ministerium weiter feine Gefet Entwurfe borlagen.

III. Die befonderen Rechte (S. 28 ff.) — Lehnrecht, Bergrecht und Bechfelrecht — find ebenfalls revidirt, in Gefet. Entwurfen abgefaßt, und liegen ben weiteren Stabien langft vor.

Das Sanbelsrecht, so weit es in ben bestehenden Gesesen enthalten, ist zwar ebenfalls revibirt, die babei als nothwendig sich herausgestellte aussuhrlichere Abfassung eines Handelsrechts hat aber, aus ben im § 31. angeführten Gründen, noch nicht vollendet werden fonnen. Die Vollendung des ersten Entwurfs ist indessen in furger Frist zu erwarten.

Die Revision ber allgemeinen Gesetze ist baher, bis auf biese Ausnahmen, im ersten Stadium geschlossen. Was konnte in bemselben weiter geschehen? Die Erdrierrung, ob die Ermittelung vollständig, ob die Ansicht richtig, ob die Fassung erschöpfend? Dies alles ist Prufung und gehört baher in die folgenden Stadien.

b) Provinzialrechte.

Die zu revidirenden und in Entwurfe abzufaffenden Provingial: und Partifularrechte maren etwa bundert an ber 3ahl; es waren nicht bloß die in den §§. 42. bis 104. gebachten neun und funfzig, ober, ba bie Mart Branbenburg aus brei Marten besteht, aber bort nur fur eine gerechnet worden, eigentlich ein und fechzig gandes theile, sondern auch die einer Menge anderer Gebiete, 3. B. die ber neunzehn Schlesischen gurftenthu. mer und Standesherrichaften, die der Graf-Schaften Benneberg, Manne feld fachfischen Untheile, Glat, Stolberg : Stolberg und Stolberg : Rosla, bie ber ehemals fachfischen Stiftslanbe, bie ber herrschaften lauenburg Dutow und Schauen, die ber von den Dieberlanden, Gachfen-Beimar und Schwarzburg abgetretenen Gebiete, und bie ber ebemaligen Reichsstädte Muhlhaufen und Nordhaus Die besonderen Rechte in allen diefen gandestheis len und die der gande, ju welchen fie bis jur Abtretung an Dreugen gehort hatten, mußten ermittelt und erortert werben, wenn ihr gegenwartiger Rechtszustand festgestellt werden follte. Diefe Ermittelung hat baber auch Statt haben muffen, wenn gleich aus berfelben fich fpater ergab, daß teine besonderen Rechte vorhanden waren und diese Ermittelung war ofters um fo schwieriger, je kleiner bas Gebiet ift.

Die Resultate Diefer Revision ber Provinzialrechte -

von 1832 bis 1841 - find:

I. Die Provinzials und Partikularrechte find in allen diesen Gebieten, mithin im ganzen Umfange der Monarchie, mit Ausnahme des Großherzogthums Posen, genau und ausführlich ermittelt, und bezrathen.

II. Die befonderen Rechte aller diefer Lanbestheile sind in Entwurfe des Provinzialrechts abgefaßt und burch Motive erlautert.

III. Alle diefe Entwürfe, mit Ausnahme ber für

für Neu-Borpommern (§. 48.), Erfurt (§. 53.) und die Oberlausit (§. 56.), sind bereits im Gesetz-Revisions-Ministerium geprüft und berathen, und als Grundlage für die Berathungen sowohl auf den Landtagen, als in den weiteren legislativen Stadien in des sinitive (revidirte) Entwürse des Partifularrechts, theils von Neuem, theils durch Bezugnahme auf den in den Rommissionen entstandenen Entwurf, abgesaßt, durch Motive erläutert, in Druck gegeben, des Ronigs Majestät überreicht, und den ferneren Stadien, so wie den Landtagen mitgetheilt.

IV. Da bie Aufgabe bes erften (juftigeminis fteriellen) Stadiums ber Gefet Revifion

1) in ber Ermittelung und Revision ber Provinzialrechte, und

2) in ber Entwerfung ber Provinzial Ges

besteht; so hat das Geset. Revisions : Ministe: rium die ihm-gestellte Aufgabe erfullt.

Bas sollte, fragt es sich auch hier, noch in diesem Stadium ferner geschehen? Ermittelung, Bufammenftellung und Abfassung ist erfolgt, es handelt sich baber nur von ber Prufung ihrer Bollstandigkeit, ihrer Angemessenheit, Diese gehort aber in die ferneren Stadien. Bu biefem, in Die weiteren Revisions-Stadien übergegangenen Theile ber Gefet Revision gehoren auch die Berhandlungen mit ben Landtagen. Rach bem gewöhnlichen Geschäftegange werben die Entwurfe der Gefete, über welche verfaffungemäßig bas Erachten ber Provinzialstande erforderlich ift, in bem Ministerium, beffen Reffort bas Gefet betrifft, entworfen, bemnachst im Staats : Ministerium berathen, nach ben Resultaten diefer Berathungen definitive Entwurfe abgefaßt und biefe, nicht jene Entwurfe, an die Landtage gur Erflarung gegeben. Es ift aber aus ben, im S. 40. angeführten, fo angemeffenen und treffenden Grunden in Unsehung der Provinzialrechte von diesem Berfahren eine Ausnahme vorgeschlagen und von des Ronigs Majestat Unnalen. Seft IV. 1839, 15

babin bestimmt, daß der Entwurf des Gefet Revisions - Minis fteriums und nach Umftanden felbft nur ber ber vorbereis tenden Rommiffion noch vor ber Berathung im Staats: Ministerium ben Landtags. Berfammlungen gur Erflarung mitgetheilt werden foll, bamit bem Staats-Minifterium fcon bei ber Berathung über ben minifteriellen Entwurf bie ständischen Bemerkungen und Bunsche und von bemfelben beructfichtigt werden tonnen, und es einer mehrmaligen Berathung nicht bedurfe. Die Erflas rung bes landtage hat baber nicht ben 3meck, bem Gefeg.Revifions. Ministerium Materialien gur Entwerfung bes Provinzialgefenbuche, an welcher fanbische Deputirte bereits Theil genommen haben, ju geben, fondern ift bestimmt, fur die Prufung und Beras thung biefer Entwurfe in ben ferneren Gtas bien ben letteren bie Bemerkungen und Bunfche bes Landtags vorzulegen. Dies Gutachten der Landtage wird daber fo wenig vom Gefet Revisions Ministerium erforbert, als an baffelbe erftattet, fondern berührt in beiden Beziehungen nur bas Staate Minifterium, Die in bemfelben gemachten Untrage und Erinnerungen find nicht bem Ministerium, fondern bem Landesherrn vorgetragen, wel chem baber ber Befchluß auf biefelben auch nur allein, feinesweges aber bem Gefet Revifions Minifterium gebuhrt, welchem felbst ein Gutachten über bie standischen Ertlarungen nur, wenn ber landesherr baffelbe erforbert, Der Minister fur Die Gefet Revision bat aufteben murbe. allerbings im Staats-Ministerium Theil an ber Berathung uber bie ftanbifchen Erklarungen und ben Bortrag berfelben, allein biefe Theilnahme ift nicht die Fortfetung bes erften Stadiums, sondern ein Theil des staatseminis fteriellen zweiten Stadiums, an welchem ber Minifter nicht als Chef ber Gefet Revision, sondern als Mitglied bes Staats Ministeriums Theil nimmt.

Er hat baher die ihm in ber ersigebachten Eigenschaft obliegende Funktion, burch die Abfassung des Gesetzents wurfs und burch die Beförderung desselben in das zweite Stadium, erfüllt, und gehoren mithin die nach berselben erfolgenden weiteren Berhandlungen so wenig zu dem Berufe und zu ben Attributionen besselben, als er in der Lage

ift, auf beren schnelleren ober langfamen Bang, ober auf bas grundliche ober ungrundliche Refultat berfelben gu mirten.

Die Resultate biefer Berhandlungen haben baber auf Beantwortung ber Frage: ob und wie weit bas Gefet Revifions : Ministerium bem ihm geworbenen Huf-

trage genugt hat? überall feinen Ginfluß.

Die Revision ber ftatutarischen und anderer Lokalrechte ift zwar von ber Ge-fet. Revifion ausgefchloffen, und zu befonberen Berhandlungen verwiesen, auf bie Ermittelung unb Feftftellung berfel-ben ift inbeffen bennoch bei ben Erorterungen ber Provinzialrechte moglich ftunb für einige Probingen, g. B. die Mart Branbenburg, Dommern, Schlefien und Beft: phalen, mit bem aus gezeichnetften Erfolae Rudficht genommen.

Wenn gleich, nach bemienigen, was baruber oben angeführt ift, die Berhandlungen auf ben gandtagen über bie Provinzialrechte jenfeits bem Gebiete bes erften Sta-

VI. bag bie Entwurfe ber Provingialrechte, - mit Ausnahme ber fur bie oft genannten brei ganbestheile, in bem Beitraume von 1837 bis 1841, nach und nach ben verfchie. benen ganbtagen gur Begutachtung bor.

gelegt morben.

Die Erklarungen ber gandtage über biefelben find inbeffen in Richtung und Resultaten febr verschieben von einander gemefen. Die mehrften und infonderheit fammtliche Landtage in den Provinzen, in welchen die Preufifche allgemeine Gefetgebung gilt, haben, ben Ginn und 3meck ber Provinzialrechte grundlich und richtig auffaffend, die Revision und Feststellung ber Landesrechte als Beburfnig und beren Unordnung bantbar anertennend, ber landesvåterlichen Abficht gemäß und fie unterftugend, biefer Feststellung basjenige Intereffe und biejenige Mufmerksamfeit, mit welcher ihre Boreltern biefe Rechte pflegten und begrundeten, gewibmet, und baber bie ibnen mitgetheilten Entwurfe, grundlich und forgfaltig gepruft, uber biefelben mit Cachfenntniß fich erflart, und baburch ben Provinzialrechten Bereicherungen zugeführt, Die mobl nirgend fo bantbar, als von ber Regierung, und gang befonders von dem Gefet Revifions-Minifterium anerkannt worden find. Db bies allgemein ber Fall gewefen, ob jene richtige und unbefangene Auffaffung, ob bie Richtung, fie ju gewinnen, und ob fo vieles Unbere allenthalben vorhanden, und ob nicht, um mit einem ber ausgezeichnetsten Rechtsgelehrten ju reben (§ 30. am Schluffe): "bie Reigung, ohne allen Beruf mit biefem "Inftrumente (bem Code Rapoleon) ju fpielen, und bas "Seil von bem gu verfundigen, mas uns gu verberben" (b. b. Einheit beutscher Grundfage) "bestimmt mar," berporgetreten fei? gehort nicht in biefe Darftellung, fonbern bleibt ber Beurtheilung bes Lefers überlaffen.

Demungeachtet aber weichen bie Erflarungen ber zuerft gebachten gandtage von einander ab, indem einiae berfelben über die vorgelegten Entwurfe befinitiv, anbere bilatorifch fich erflarten. In Provinzen, welche aus Ginem Lande bestehen und von Ginem Bolkestamme bewohnt werden, und baber eine Berschiedenheit ber Rechte nicht Statt findet, mar die Begutachtung leichter, als in Provingen, welche aus einer Reihe vormals fur fich bestehender Gebiete, beren jedes seine besonderen Rechte beibehalten bat, bestehen, und in welchen ber Landtag alle biefe mannigfaltigen Rechte ihrem gangen Umfange nach zu beurtheilen nicht vermochte, sonbern bie Begutachtung fachfundigeren Berfammlungen überließ. Das erftere war ber Fall in Unfehung ber Mark Branbenburg, bas lettere aber bei ben Provingialrechten fur Sachsen und einen Theil von Bestphalen, theilmeise auch fur bie Dieberlaufit zc.; in fpateren Zeiten ift jeboch von Seiten ber Regierung noch die nachträgliche Berathung folder, in freistäglichen und anderen engeren Berfammlungen berathenen Gefet Entwurfe fur nothmendig erachtet, wodurch die Publifation ber letteren allerdings binausgesett wird.

Auf einigen lanbtagen ift bie erforberte ftanbifche Erklarung fogleich abgegeben, auf anderen bagegen, me-

gen Umfang bes Geschäfts ober Kurze ber Zeit, Frist bis zum nachsten Landtage nachgesucht, 3. B. in Schleften und für einen Theil der westphälischen Provinzialrechte, ober auf vorgängige legislatorische Beseitigung erz heblicher hindernisse angetragen, 3. B. Ost und Westpreußen und theilweise Alt. Vor. und hinter-Pommern.

§. 108.

2. Die bürgerliche Projeg: Gefetgebung.

Die burgerliche Projeg-Ordnung ift:

1. ihrem gangen Umfange nach revidirt und 11. ein revidirter Entwurf ber burgerlischen Prozeß Drbnung entworfen und vorgelegt (6. 33.).

111. Unbere, bas gerichtliche Verfahren betreffende Ordnungen, 3. B. die Hypotheken und die Depositals Ordnung, sind zwar vorläufig entworfen, die befinitive Berathung hat aber die zur Verichtigung der im §. 17. gebachten prajudiziellen Punkte ausgesetzt werden mussen.

§. 109.

3. Das Strafrecht.

Das materielle Strafrecht ist seinem ganzen Inhalte nach revidirt, und der revidirte Entwurf des neuen Strafgesetzuchs schon im Jahre 1834 den weiteren Stadien vorgelegt, in deren Berathung er sich jest befindet (§. 33. und 34.).

§. 110.

4. Die Straf: Projeß: Ordnung.

Die Revision ber Kriminal Ordnung ift vollendet, und ber revidirte Entwurf einer neuen Straf Prozes. Ordnung in die ferneren Stadien beforbert (§. 37.).

§. 111.

III. Resumé.

Als Resumé ber Gefete-Revision im ersten Stadium berfelben ergiebt sich hiernach:

. bag bas allgemeine burgerliche Recht

1) in feinem gangen Umfange revibirt un'b bas neue burgerliche Gefegbuch im er-

2) mit Ausnahme bes Perfonen Familiens und Erbrechts, bes Sandelsrechts und ber Lehre von ben einzelnen Bertragen auch im letten Entwurfe abgefaßt ift.

II. Daß die Provinzialrechte
1) fammtlich revidirt find;

2) daß fammtliche Provinzial Gefebbischer (mit Ausnahme bes fur das Großsherzogthum Pofen) in ben erften und zweiten Entwurfen abgefaßt finb:

3) baß fammtliche Provinzial-Sefegbucher, mit Ausnahme ber fur Reu-Borpomsmern, bie Oberlausig und bas Fürstenthum Erfurt, auch in ben letten Entwirfen abgefaßt, in bie ferneren Stabien gebracht und ben Landtagen mitsgetheilt sind, und baher

4) von ben letteren hatten berathen fein tonnen, wenn nicht bazu megen Rurze ber Dauer ber Landtage und megen Menge anberer Gefchafte beffelben, eine ermeisterte Frift erforderlich gewesen mare;

5) baß ein Theil ber Provinzial Gefethus cher bereits von den Landtagen berasthen und baher ben weiteren legislativen Stabien zur Berathung vorliegt, unb

6) daß sammtliche übrige Provinzial. Sefetbucher, mit Ausnahme der unter 3. gedachten, ben nachst bevorstehenden Landtagen zu dieser Berathung vorliegen.

III. Dag die burgerliche Prozege Dronung revidirt ift und ihrem ganzen Umfange nach im ersten, und ber erheblichste Theil auch im letten Entwurfe ausgearbeitet ift und vorliegt, und endlich

IV. bag bas materielle Strafrecht und bie Straf- Prozeß Drbnung revibirt, bie Entwurfe zu bem ersteren, wie zu ber letteren vellständig ausgearbeitet sind und ben ferneren legislativen Stadien vorliegen.

Anlage I.

Allerhöchste Kabinets=Ordre an den Justiz=Minister Grafen v. Dan delman, vom 24. Juli 1826.

Mit Bezug auf Meine an Sie ergangene Ordre vom 28. Januar d. J., durch welche Ich dem von Ihnen entworfenen Plan zur Bearbeitung der Revision der Gesetze in Ansehung der Form Meine Genehmigung ertheist habe, finde Ich mich, bei dem jegt vorrückenden Geschäfte und bei dem wesentlichen Einflusse dieser Maaßregel auf das diffentliche und Privatwohl, veranlaßt, auch in Ansehung der materiellen Bearbeitung Sie noch besonders auf die allgemeinen Gesichtspunkte aufmerksam zu machen, von welchen die Bearbeitung ausgehen muß, wenn das Geschäft meiner Absicht und dem Zwecke gemäß zu Stande gebracht werden soll.

Ich gable babin

1) baß es nicht Mein Wille ift, eine neue Gefetgebung in die Stelle der gegenwärtigen treten zu laffen, weil die Revision hierdurch in die Prufung mehrer von einander abweichenden Rechtstheorien gerathen, das Geschäft in unabsehliche Länge gezogen, und es dennoch zweifelhaft bleiben wurde, ob sich die neue Theorie prattisch bewähren werde. Meine Absicht ist vielmehr, daß die jett bestehende Gestgebung zum Grunde gelegt und aufrecht erhalten werde, daß aber in das Landrecht und die Gerichtsordnung nicht bloß eingeschaltet werde, was seit ihrer Emanation neu binzugesommen ober abgeändert ift, sondern

baß basjenige, was sich nach ben von Serichts und Berwaltungs Behörben aus mehr jähriger Erfahrung geschöpften Bemerkungen in der Ausführung und Anwendung entweder an sich als ünrichtig, mangelhaft, unbestimmt, ober als für das Bedürfniß der gegenwärtigen Berhältnisse unzureichend erwiesen hat, einer gründlichen Prüfung unterworfen und nach dem Resultate berselben berichtigt, ergänzt, erläutert und vervollkommnet werde.

Hieraus folgt

2) baß nicht bloß das kandrecht und die GerichtsOrdnung, nebst den nach ihrer Erscheinung erfolgten
Nachträgen und Zusäßen, so wie die über besondere Gegenstände der gerichtlichen Verwaltung, z. B. über das
Hypothekens und Depositalwesen erlassenen Vorschriften,
sondern sämmtliche gesetzliche Bestimmungen, die gegenwärtig in denjenigen Provinzen der Monarchie, woselbst
das kandrecht eingeführt ist, verdindliche Kraft haben,
der Revision nach dem angegebenen Gesichtspunkte uns

terworfen werden.

3) Wenn nach ber unter 1. aufgestellten Ausicht verfahren wird, kann es kein Bedenken finden, die allgemeinen Grundsätze, welche in die Einleitung zum Landrechte aufgenommen find, mit denjenigen Modifikationen beizubehalten, welche aus den inzwischen veränderten Einrichtungen, wie zu &§. 7—12. 47. u. f. die Einwirkung der Geses Kommission und die Bekanntmachung der Gesetze betreffend, hervorgehen.

4) Was in-Unsehung der provinzialständischen Einrichtungen als privatrechtlich in das kandrecht aufzunehmen ist, muß unverändert aus den von Mir deshalb er-

laffenen Berordnungen aufgenommen werben.

5) Die Bestimmungen des Publikations Patents vom 5. Februar 1794, so weit sie allgemeine Grundsäße entsbalten, sind gleichfalls wieder zu übernehmen, wobei sich inzwischen die Maaßgaben von selbst verstehen, welche in den speziellen Patenten, mittelst denen das Landrecht in die neu erwordenen, oder wieder vereinigten Provinzen neu eingeführt worden, für diese Provinzen schon festgessetzt sind, oder mit Rücksicht auf die französische Gesetzges

bung fur die Rheinprovingen befonders feftgefest merden muffen. Eine befondere Aufmertfamteit ift hierbei auf die Bestimmung im f. VII., wegen Suspension ber brei erften Titel bes erften Theils bes Landrechts fur biejenigen Provingen, woselbst fie noch fortbauert, ju richten, und ein endlicher, nicht weiter zu verlangernber Termin, bis gu welchem bie Provinzialgefete, namentlich über bie Erbfolge und über die Ehe promulgirt werden muffen, ju ermeffen. Un fich erscheint es zweckmäßig, daß an die Abfaffung der Provinzialrechte erft nach vollendeter Revision der alls gemeinen Gefete Sand gelegt werde, in wie weit jedoch icon mahrend des Revisionsgeschafts vorläufige Einleis tungen getroffen werden tonnen, um bie bereits gefammelten Provinzialgefete, namentlich der Mark Brandens burg, Pommerns, Schlefiens und Beffpreugens, es fei im Gangen ober in einzelnen Theilen, einer befinitiben ftanbifchen Berathung ju übergeben, ftelle ich Ihrer Beurtheilung in Beruckfichtigung bes Ganges ber allgemeinen Revifion anheim, und werde eventuell Ihre Untrage beshalb erwarten.

6) Die Bestimmungen Meiner in Rucksicht auf einige Gegenstände ber Gesetzgebung an ben Groß-Kanzler v. Ben me erlassenen Orbre vom 25. November 1808 sind übrigens durch ben Ihnen anderweit ertheilten Aufstrag erledigt, und die darin enthaltenen Bestimmungen bei veränderten Berhältnissen nicht ferner als bindend zu erachten.

7) Sobald die Arbeiten so weit vorgerückt sind, daß sich der Umfang der Resultate berselben einigermaßen übersehen läßt, werde Ich Ihrem gutachtlichen Berichte über die Theilnahme des Staatsrath und wohin die Berathung desselben über das Ganze, oder über einzelne Grundsäte und Segenstände angemessen zu richten sein werde, entgegensehen, um dieserhalb das Erforderliche weiter zu bestimmen.

Teplit, ten 24. Juli 1826.

Friedrich Wilhelm.

ben Staats : und Juftig-Minifter Grafen b. Dandelman.

Anlage II.

Allerhöchste Kabinets-Ordre an den Justiz-Minister. Grafen v. Dandelman, vom 14. Novbr. 1826.

Mus Ihrem Berichte vom 14. v. D. babe Ich et. feben, baf Gie eine Revifion ber Strafgefete bes Lanbrechts ungureichend, und die Abfaffung eines neuen Rriminal-Gefesbuche nothwendig finden. Da Gie hierbei von ber Unficht ausgeben, bag ber betreffende Litel bes Landrechts in feiner gangen Unlage, in ben Grundjugen und bem Spfteme nach, fich vollig unbrauchbar erwiefen babe, fo beabsichtigen Sie burch Aufstellung einer neuen Theorie bes Strafrechts, von ber Bestimmung Meiner Orbre vom 24. Juli b. J. abzuweichen. Infoweit Gie jeboch gleichzeitig bemerten, daß fich ber fur die neue Arbeit erforberliche Zeitaufwand nicht berechnen laffe, gebe Ich Ihnen gur naberen Erwägung anheim, ob, wenn bie Grundfehler und die Urfachen ber Unhaltbarteit des bisberigen Spftems erkannt, mithin bereits ermittelt worden iff, warum und in welchen wefentlichen Grundfaten baffelbe fehlerhaft und einer ganglichen Umgeftaltung bedurftig fei, bierin nicht zugleich die Erkenntnig ber befferen an bie Stelle ju fegenden Theorie gefunden, die großere Schwie: riateit alfo ichon befeitigt, und ber beforgte Zeitaufmanb um fo weniger nothig fei, als Gie theils in ben neueren Gefetbuchern anberer Staaten, theils in ben Schriften uber bie Rriminalrechtswiffenschaft, brauchbare Materias lien fur bie Arbeit vorzufinden hoffen, und bas Urtheil über die Ungemeffenheit ober bas Erfordernig einer Abanberung einzelner Strafbestimmungen aus ben allgemeinen Grundfagen, und aus bem Bedurfniffe ber burger: lichen Gefellschaft nach ben gefammelten Erfahrungen, fo wie aus ben feit fo langer Zeit ftatt gefundenen Borarbeiten leicht zu schopfen fein wird. Go wenig Ich gefonnen bin, ber Arbeit vorzugreifen, fo halte 3ch es boch erforderlich, Ihre besondere Aufmerksamfeit junachst bar: auf zu richten; ob, welches bei ber Borausfetung einer vollig ungewiffen Dauer bes Geschafts zweifelhaft erscheint, Die von Ihnen ernannten Revisoren wirklich eine flare und lebendige Unschauung von ber ganglichen Untauglichkeit bes laubrechtlichen Straffystems schon erlangt haben, damit ihre Thatigkeit sich nicht an unfruchtbare Gegenstände verwende, und nicht, ebe noch bestimmt und deutlich ermittelt worden, worin die Grundsehler bes Landrechts in Rücksicht auf die Kriminalgesetzgebung bezstehen, auf Umwegen nach einem Ziele gestrebt werde, welches mit geringeren Kraften und Zeitkosten zu erreischen ist. Ich wünsche, daß Sie in dieser Beziehung von der Lage der Sache selbst genaue Kenntnis nehmen, den Sang, welchen die Revisoren zu nehmen haben, ihnen vorzeichnen, und über den Fortgang der Arbeit von drei zu drei Monaten Mir berichten, damit Ich mittelst allgemeiner Umrisse von dem Gange und der Lage des Gezschäfts in Kenntnis erhalten werde.

Berlin, ben 14. November 1826.

Friedrich Wilhelm.

ben Staate und Juftig-Minifter Grafen b. Dandelman.

Anlage III.

Bericht des Staats=Ministeriums an des Königs Majestät, über das Revisions=Berfahren in den weiteren Stadien, vom 30. April 1833.

E. R. Majeståt haben bas Staats-Ministerium burch bie Allerh. Orbre vom 21. Juli 1831 zu beauftragen geruhet, von den Anordnungen, welche der Justiz-Minister zur Aussührung des Geschäfts der Gesetz-Revision getrosfen, genaue Renntniß zu nehmen, und sich nach Naaßgabe des allerunterthänigst wieder beigefügten Berichts des Justiz-Ministeriums vom 19. April 1831, über die Borschläge zur Abänderung des dis dahin Statt gesundenen Berfahrens gutachtlich zu äußern. Demgemäß hat der Justiz-Minister v. Kamps seine Borschläge über den serneren Gang des Gesetzervisions-Bersahrens in einem besonderen Boto dem Staats-Ministerium aussührlich vorgelegt. In der darüber im Staats-Ministerio gehalten neu Berathung hat dasselbe zuvörderst von den Anordsnungen, welche sowohl von dem verstorbenen Justiz-Mis

nister Grafen v. Dan delman, als nacher von bem Justiz-Minister v. Ramph zur Ausführung bes Geschäfts getroffen worden sind, genaue Kenntniß genommen, und sich badurch die lieberzeugung verschaft, daß der in dem Ministerium des Justiz-Ministers v. Ramph jett anges ordnete Geschäftsgang dem Zwecke vollkommen entspricht, und die discherige Erfahrung nur einen ersprießlichen Ersfolg davon erwarten läßt. Sodam hat aber das Staats-Ministerium sehr ausführlich, wie das ehrsurchtsvoll in Abschrift beigesügte Protokoll vom 26. v. M. beweiset, in Erwägung gezogen, in welcher Art die von dem Justiz-Minister v. Ramph vorgelegten und noch vorzulegenden Entwürfe der revidirten Gesese einer ferneren Prüfung

am zweckmäßigften zu unterwerfen feien.

Daffelbe nimmt zwar an, bag die revidirten Gefete einer nicht geringeren Prufung bedurfen, als jebe andere neue gefegliche Bestimmung, bas Staats - Ministerium glaubt aber auch, bag bie Individualitat ber revidirten Gefetbucher, und unter benfelben gang befonders Allgemeine Landrechts hierbei ju berucffichtigen fei. Denn bie gegenwartige Revision foll nach Em. Majestat wieberholtem ausbrucklichem Befehle feine neue Gefetgebung, fondern nur eine Rebifion ber jest bestehenden fein; es lieat mithin berfelben bas Pringip jum Grunde, bei ben Grundfagen ber jegigen Gefengebung fteben zu bleiben, und Menderungen berfelben nur bann vorzunehmen, wenn praktisches Bedurfniß folche erheischen. Es werben baber die revidirten Gefete meiftens nur diejenigen Grundfate enthalten, welche fich in ber bisherigen Gefetgebung Schon fanden. Diefe aber bedurfen feiner weiteren Drufung mehr; baber tann bie Prufung bes Staats-Minifteriums und bes Staatsraths füglich barauf beschrankt werben, nur die neuen von ber bisherigen Gefengebung abweichenben Grunbfate in Berathung zu gieben. auf burfte auch bie Thatigfeit bes Staats-Ministeriums und bes Staatsrathe um fo mehr zu beschranten fein, als bie Drufung aller einzelnen Daragraphen ber revibirten Gefete fur mehrere Jahre bie gange Beit beiber Behorben in Unspruch nehmen und biefe allen übrigen Geschaften entziehen murbe, überdem auch gablreich und fart befette Beborben nicht mohl geeignet fein durften, umfångliche, tief in einander greifende Gesetbucher detaillirt zu revidiren, abgesehen endlich bavon, daß bei einem solochen Berfahren das Ende diese Geschäfts nicht abzusehen sein wurde.

Benn auf die jest vorgeschlagene Art nur die in Antrag gebrachten Abanderungen der Grundfage der bisherigen Gesetzgebung der Prufung des Staats-Ministeriums und des Staatsraths unterworfen werden, so bebarf es nur noch einer Bestimmung barüber, wann beibe

Behorben biefe Prufung anftellen follen.

Es giebt bei einigen Rechtsmaterien Grunbfage, ohne beren vorgängige Feststellung sich bie ganze Materie in ihren Einzelnheiten nicht ausarbeiten läßt; bei anderen Rechtsmaterien hingegen kann bie Ausarbeitung bis in die geringsten Einzelheiten geschehen, ohne daß es nöthig ware, vorher schon Grundsäge sestgestellt zu haben, za bei einigen Rechtsmaterien ist es sogar nicht rathsam, vorher schon bestimmte, unwiderrustiche Grundsäge zu geben, weil sich erst durch die Ausarbeitung im Einzelnen die Grundsäge ergeben und ihre Richtigkeit ober Zweckmäßigsteit bewähren muß.

Bei folchen Rechtsmaterien nun, beren fpezielle Bearbeitung fich nicht vornehmen lagt, bevor nicht bie Grunbfate feftgeftellt find, ift baber bem Minifter gur Revifion ber Gefete ju gestatten, bie vorgangige Prufung und Reftstellung burch bas Staats Ministerium und ben Staaterath ju extrabiren. Bei folchen Rechtsmaterien bingegen, beren Bearbeitung im Ginzelnen fich ohne porgangig feftgeftellte. Grunbfate fuglich bewirten lagt, barf man ihm zugefteben, die etwa abgeanberten Grundfate jugleich mit ber gangen Ausarbeitung felbft vorzulegen und dabei nur auf jene abgeanderten Grundfate aufmert, fam zu machen. Die prufenden Beborben haben alsbann swar hauptfachlich und vorzugsweise nur ihre Aufmertfamteit und ihre Thatigfeit auf jene veranderten Grunds fage gu richten, boch bleibt es ihnen auch unbenommen, Einzelnheiten ber vorgelegten Ausgrbeitung mit in ben Rreis ihrer Beurtheilung ju gieben. Wenn gleich auf folche Beife ber Umfang ber Arbeit fur bas Staats. Dis nisterium und ben Staaterath bedeutend verkleinert wird;

fo burfte boch auch ber Gefchaftsgang beiber Behorben

hinfichtlich ber Gefetz-Revifion noch zu vereinfachen fein, bamit bas Gefchaft einen rafcheren und einfachen Gang gewinne.

Das schriftliche Votiren im Staats-Ministerium kann, Falle von besonberer Wichtigkeit abgerechnet, füglich unterbleiben, wenn nur die vom Justiz-Minister vorgelegten Arbeiten ben Mitgliebern bes Staats-Ministeriums sechs Wochen vor bem Vortrage mitgetheilt werben, und biese ihre allenfallsigen Erinnerungen bem Justiz-Minister vor bem Vortrage schriftlich mittheilen; daburch wird ber Sang im Staats-Ministerium ohne Nachtheil für bie

Sache bedeutend abgefürgt.

Die Vorbereitung burch die Justiz Abtheilung bes Staatsraths ist füglich zu entbehren, weil dem Staatsraths nicht detaillirte Gesetz, sondern nur hauptgrundssätz, Grundzüge der revidirten Gesetzebung, vorgelegt werden, diese aber in Pleno des Staatsraths ohne Vordereitung durch die Justiz-Abtheilung auf die von dem Justiz-Minister vorgelegten, den sämmtlichen Mitgliedern des Staatsraths vorher mitgetheilten Motive zur Diskussion gestellt werden können, zumal sämmtliche Mitgliedern der des Tustiz-Abtheilung, von denen einige sogar dei der ministeriellen Gesetz-Revision konkurrirt haben, Mitglieder des Staatsraths sind. Halt außerdem noch ein Ressernt des Justiz-Ministeriums, der bereits mit der Sache ganz vertrauet ist, den Bortrag im Staatsrathe, so möchte ohne Gesährdung der Sache dem Seschäfte ein so schneller Gang verschafft sein, als er sich nur immer mit der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes vereindaren läßt.

Das Resultat biefer Unfichten besteht biefemnach in

folgenden Gagen:

I. Das Berfahren im Minifterium ber Ge-

fet : Revision

bleibt fo, wie es burch bie Allerhochste Rabinets Drbre vom 9. Februar 1832 und in Gemäßheit berfelben bereits angeordnet ift.

II. Das Berfahren im Staats : Ministerium

tritt in folgender Urt ein:

1) Hangt bei einzelnen Rechtsmaterien bie Revision von Fesissellung allgemeiner, von ber bisherigen Gesetzgebung abweichenben Grunbsage ab; so bringt ber Justig-Minister zur Revision ber Se-

segebung biese neuen Grundsätze zur vorgängigen Berathung und Beschlufinahme des Staats-

Ministeriums.

2) kaßt sich eine Rechtsmaterie revidiren, ohne guvorderst neue, von der bisherigen Gesetzebung
abweichende Grundsate festgestellt zu erhalten;
so legt der Justiz-Minister die revidirten einzelnen, für sich bestehenden Abschnitte der Gesetzebung dem Staats-Ministerium mit einer Uebersicht berjenigen Momente, worin sie von der bisherigen Gesetzebung abweichen, zur Berathung

und Beichlufnahme por.

3) Die Berathung und Beschlufinahme im Staats-Ministerium geschieht, Falle besonderer Wichtigkeit abgerechnet, nicht auf dem Wege des schriftlichen Botirens, sondern den Mitgliedern des Staats-Ministeriums werden die Revisionsarbeiten des Justig-Ministers mitgetheilt, jene Mitglieder seigen den Letzteren von den hauptsächlichsten Erinnerungen, welche sie gegen die Arbeitenhaben, in möglichst kurzer Frist, längstens binnen sechs Wochen nach jener Mittheilung, schriftlich in Kenntniss, und nach Ablauf dieser Frist wird der Bortrag durch einen Referenten des Justig-Ministeriums im Staats-Ministerium gehalten.

4) Die Berathung und Beschlußnahme im Staats-Ministerium erfolgt hauptsächlich nur über die in Antrag gebrachten neuen Grundsäge und über diejenigen Momente der revidirten Entwürfe, worin diese von den disherigen Gesetzen abweichen. Doch bleibt einem jeden Mitgliede des Staats Ministeriums unbenommen, auch einzelne Paragraphen der ausgearbeiteten Entwürfe zur

Distuffion ju gieben.

III. Das Berfahren im Staatsrathe

findet folgendermaßen fatt:

1) jur Begutachtung bes Staatsraths werben nur bie neuen von ber bisherigen Gesetzgebung abweichenden allgemeinen Grundsate gebracht, welche nach Maaßgabe ber Nr. II, 1. vom Staats: Ministerium festgestellt sind, sowie 2) biejenigen Momente ber vom Justig: Minister vorgelegten Entwurfe, welche von ben bisherigen Gesegen abweichen, sobalb sie nach Maaggabe ber Nr. 11, 2. im Staats: Ministerium berathen

worden find;

3) ber Justiz-Minister übersendet die von ihm nach Unleitung ber Beschlugnahme bes Staats-Ministeriums abgefaßten und gedruckten Entwürse ber neuen allgemeinen Grundsäge, oder der abweichenden Momente, dem Prasidium des Staatsraths zur Vertheilung unter sämmtliche Mitglieder besselben;

4) ber Bortrag geschieht in Pleno bes Staatsrathe, ohne vorgangige Berathung ber Justig -Abtheilung, burch einen Referenten bes Justig-Mi-

nifteriums;

5) das Protofoll des Staatsraths mit den Beschluffen deffelben wird dem Justig-Minister zur Berichtigung seines Entwurfs mitgetheilt, und der hiernach berichtigte Entwurf sodann zur Aller-

bochften Ganttion überreicht;

6) find besonders erhebliche Abanderungen der bisherigen Seseggebung von dem Staatsrathe beschlossen worden, so wird die Allerhöchste Entsscheidung sofort nach bendigter Begutachtung des Staatsraths nachgesucht, und erst nach erfolgter Entscheidung vom Justig-Minister zur Umarbeitung seines Entwurfs geschritten.

E. R. Majestat stellen wir hiernach bie Allershöchste Bestimmung uber ben ferneren Gang bes Bersfahrens bei ber Gefets-Revision allerunterthanigst anheim.

Berlin, ben 30. April 1833.

Das Staats = Ministerium.

Se., Konigl. Soheit der Kronprinz. abwesend.

Altenstein. Schudmann. Lottum. Bernstorff. Maaßen. Brenn. Ramps. Mubler. Uncillon.

Fur ben Rriegeminifter im Allerh. Auftrage.

v. Bigleben.

Register

ju ben

Unnalen

ber

Preußischen

innern Staats-Verwaltung,

fur den Jahrgang

1839.

Berlin, 1839.

In der Expedition der Annalen, beim hofrath Schmidt, im Ronigl. Ministerium des Innern und der Polizei. (Preis 5 Sgr.) 1.

.

. .1

. Dig Red & Google

Chronologisches Register.

Fur die inlandische Befeggebung.

Datum.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	In halt. 23fter Sahrgang. 1839. Beft. Seite.
1714.		
15. Februar.	Rabinets. Ordre.	Baubolg zu Kirchens u. Schuls bauten. IV. 844.
1717. 27. August.	Desgl.	Diefelbe Angel, IV. 845.
1802.	1	
20. August.	Reglement.	Reffort in Pfandungsfachen.
1806. 28. August.	Groffangler.	(Fuelintianduntatum mit. G.
	Giogiangier.	Exefutionsverfabren wider hands werter und Kunfler als Dies ther. III. 666.
1818.	644 445	
8. August.	Rabinets. Drdre.	Domainen Erbpachtegrundstüde gum vollen Eigenthume. II. 310.
1821.		
18, Septbr.	Ministerium des Innern.	Detentionen in Arbeitebaufern. I. 198. 199.
1822. 12. Novbr.	Daffelbe.	Revision ber Magistrats . Ber-
	, Zuffetoe.	maltung durch die Landrathe.
1823.		000.
21. April,	Daffelbe.	Berichte über Jurisdiftions. Ber. anderungen. IV. 781.
1. August.	Daffelbe.	Gehaltsbewilligungen fur Ma- giftrats-Subalternen. I. 116.
1826.	Lancas Alexander	
28. August.	Minifterium des Innern.	Didten u. Reifetoften der Rreis= tags-Abgeordneten. III. 652.

Datum.	Beborde, von welcher die Berfus gung erlassen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
1827.		Didten u. Reifefoften der Rreis
10. Marg.	Minifterium des Innern.	"tags Abgebroneten, 111. 652.
28. April.	Rabinets, Ordre.	Umzugetoften fur Beamte. 1V
11. August.	Minift. ber geiftl. u. Un- terrichte= 1c, Ungel.	Bauholg gu Rirchen: u. Schul
28. Dezbr.	Daffetbe.	Diefelbe Angelegenheit. IV. 843
1828. 16. Januar.	Biffenschaftliche Depus tation fur das Dedigis	Rothen bes Flachfee. 1. 232.
22, Dejbr.	malwefen. Minist. der geistl. u. Uns terrichtes ic. Angel.	Immatrifulation für afademi (che Worlefungen und Lehr Institute, III, 633.
1831. 28. Januar.	Ministerium bes Innern	Ertheilung ber Gewerbeschein
21. April.	und der Polizei. Daffelbe.	Bereinigung landlicher Grunt flude mit bem flabtifden Kon mungl. Berbande. 11. 392.
1832.		
15. Mai.	Minift. ber geiftl. u. Unsterrichtes ic. Angel.	Bauten fur Pfarrer, Rufter : Schullebrer. III. 618.
1833.	Buffigminifterium.	Rautionen ber Beamten. 1. 4
30. Marg. 13. Septbr.	Lebrer der Thierarzeneis schule in Berlin.	Maul. und Klauenfeuche b Schweine zc. 1. 218.
1835. 17. Oftbr.	Ministerien.	Ausubung bes Schornfteinf gergewerbes. IV. 904.
20. —	Minifterium bes Innern und ber Polizei.	Schuldenwesen der Synagoger Bemeinden. I. 152.
13. Dezbr.	Rabinets Drdre.	Unftellung verabschiedeter Off giere im Civildienfte, I. 2.
21. —	Regierung ju Liegnit.	Ruge des Ausbleibens bei be Stadtverordneten : Babler
1836. 9. Mai.	General Direftor der Steuern.	11. 388. Besteuerung der Handwerk für selbst verfertigte und a gekaufte Waaren. 111. 583
9. Degbr.	Ministerium des Innern und der Polizes.	
1837. 26. Januar	Daffelbe.	Beamten Dualitat ber Stal

Datum.	tum. Beborde, bie Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Deft. Seite	
1837	Minift. ber geiftl. u. Uns	überfichten von ber Frequeng	
17. Septbr.	terrichtes ic. Angel. Ministerien.	Genfbetrieb auf Jahrmartten,	
30. Robbr.	Kinangministerium.	Rirchweibfeffen 2c. I. 221. Rautionspflichtigfeit ber Steuer: Umtediener. I. 41.	
1838. 3. Marz.	Juftigminifterium.	Remuneration ber Friedenbrich: ter fur die Aburtelung von	
15. —	Rabinets=Drore.	Solzdiebstablefachen. II. 318. Unstellungeberechtigung für Unsteroffiziere, nach zwölfjähris ger Militairdienstzeit. II. 272.	
9. April.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Remuneration der Friedensrichs ter für die Aburtelung von Holzdiebstablsfachen, II. 317.	
18. Mai.	Jufizminifterium.	Eransportfoften bei Landesver-	
31. Juli.	Regierung ,in Potebam.	weisungen ic. II. 428. Bereitung bes Gifenoryd Sy- brate. III. 722.	
11. August.	- ju Munfter.	Pramien für Lebenbretfunge- versuche. IV. 924.	
25. Septbr.	- gu Liegnit.	Reinigung der Transportaten.	
26. —	Biffenschaftliche Depus tation fur bas Medis	Flache= u. Sanfrothen. I. 235.	
3. Oftbr.	ginalmefen. Rriegsministerium.	Fortgenuß des Militair . Gna-	
5. —	Minifterium des Innern und der Polizei.	Dengehalts im Civil. 11, 273. Babl ber Magifiratsbeamten.	
19. —	Mediginal Rollegium in	Uufbewahrung des Schwefels	
10. Novbr.	Rabinets Drbre.	athers. I. 210. Ubwendung und Bergutung der	
13. —	Minift. der geiftl. u. Des	Wilbschaden, I. 34. Lindessches pharmageutisches In-	
12. Degbr.	Duftigminifferium.	flitut in Berlin, II. 477. Rein Rechtsverfabren über Rom=	
27. —	Ministerium bes Innern	munal Besteuerung. 1. 143. Ertheilang von Beimathschei-	
31	Landtags abfchied	nen. II. 426. für die Sachlischen Provinzial:	
31. –	(funfter.) Ministerium des Innern und der Polizei.	flande. II. 496. Unwendung von Ordnungeffra- fen. IV. 777.	
	-	1	

Datum. 1839.		Beborde, von welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fter Jahrgang. 1839. Deft. Seite.	
2.	Januar.	Ministerium bes Ronigt.	Beitritt ber Konigl. Forfter gur allgem. Bittwentaffe. I. 20.	
3.	-	Rabinets-Orbre.	Domainen Erbpachtsgrundftade zum vollen Eigenthume. II. 311.	
4.	- ;	Ministerium des Innern und der Polizei.	Melbungs-Aufforderungen gum Raiferl. Ruffifchen St. Georgs. Orden 5ter Rlaffe. I. 8.	
5.	-	General Direttor ber Steuern.	Sandel mit Spielfarten. II. 349.	
7.	-	Rabinets:Orbre.	Distations. Gebuhren ber Susperintendenten in der Rurmart. I. 99:	
7.	_	Ministerium des Innern und der Polizei.	Stempelfteuer von Bermacht- niffen fur Arme. 1. 240.	
7.	-	Daffelbe.	Nieberlaffungen arbeitsfåbiger Frauenzimmer I. 242.	
8.	-	Daffelbe.	Bermendung flabtifcher, fur ge- wiffe Zwecke bestimmter Fonds. I. 113	
8.		Daffelbe.	Befreiung der Freibausler-Stel- len von Albgaben. I. 144.	
8.	-1	Daffelbe.	Strafe megen unterlaffener Strafenreinigung. I. 173.	
8.	_	Daffelbe.	Roften fur den Transport von Berbrechern ju Bagen. 1.	
9.	-	Rabinets, Orbre.	Allobifikation parzelirter Grunds finde vormals Fuldaischer bauerlicher Lehne. I. 16.	
9.	·	Ministerium des Innern und der Polizei.	Rein Rechteverfahren über Roms munals Besteuerung. I. 143.	
10.	-	Minist. ber geiffl. u. Unsterrichts ic. Angel.	übersichten von ber Frequeng der Gymnasien und Progyme nasien. I. 105.	
11. 12.		Minift. d. J. u. d. Polizei. Regulativ,	Fischerei. Berechtigungen. I. 96. gegen ben Schleichbandel, Pag- pflichtigfeit ber Granzbewoh- ner zc. I. 58.	
13.	-	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Strafverfahren gegen pagpflich: tige Schleichhandler. 1. 74.	
13.	- 1	Daffelbe.	Muszuge aus ben Paffournalen ohne Signalements. I. 178.	
13.	-	Daffelbe.	Borbaue an den Saufern und Refursverfahren in Bau-Kon- traventionsfachen. I. 236.	

Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfa- gung erlaffen worden.	23fer Jahrgang. 1839.
13. Januar.	Minifterien.	Verfahren gegen ausgebliebene, jedoch als unbrauchbar ere kannte einjahrige Militaire Freiwillige. I. 254.
13. —	Ministerien.	Perfonliche Geftellung ber ein- jabrigen Freiwilligen. 1. 256.
14. —	Ministerium des Innern und ber Polizei.	Ehrenfrantungen von Stadt-
14. —	Daffelbe.	Burucholung auswärtiger Feuer-
14. —	Daffelbe.	Legitimation ber Agenten von Mobiliar . Feuerverficherungs:
15. —	Ministerium des Konigl. Saufes.	Gefellschaften. I. 213. Umtsbauten für Forfischutbe- amte. 1. 17.
15. —	Minift. der geiftl., Unter-	Beamte als Landwehr: Offigiere.
15. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Gewinnung bes Burgerrechte zc. I. 126.
15. —	Daffelbe.	Benutung der Strafen gu Mb= labegefchaften. I. 172.
15. —	Ministerien.	Berspätete Gesuche für den eins jährigen freiwilligen Militairs bienst 2c. 1. 250.
16. –	Minifterium ber geiftl. u. Unterrichtes u. Angel.	Difftations Gebuhren der Gu- perintendenten in der Rur- mart. I. 99.
16. —	Ministerium bes Innern und der Polizei.	Mugfahrung ber Drieberbans
16 . —	Rabinets-Drore.	nungen. 1, 168. Unschluß ber Rieder: Lausis 2c. an die Kurmarfiche Land- Feuersozietät, 1. 212.
16. —	Minifterium des Innern und der Polizei.	Baft, und Schankwirthichaft in gweien verschiedenen Lokalen
17. —	Ministerium ber geifflis chen 2c. Angel.	Prozeptoften bei Berfolgung bes einer Pfarrfielle angeborigen Befitthums ober Rechts. I.
17	Ministerium Des Innern und der Polizei.	101. Sicherheitspolizeiliche Beauffich- tigung ber Landfragen 2c. 1.
17. —	- Daffelbe.	Einsperrung in Arbeitsbaufer 2c.
18. –	Ministerien.	Beamte als Landwehrs Offiziere. I. 2.

Datum. 1	Beborde, von welcher die Berfus- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ser Sabrgang. 1839. Heft. Seite.
	Finanzministerium.	Rudzahlung von Amtskautio.
	Minifterium bes Innern	nen. I. 13. Pensionebeitrage aus vakanten
136 1 1 135 1	Minift. der geiftl. u. Uns	Beamtenfiellen. I. 14. Gebühren der Superintendenten für Rirchen: und Schulvisitationen. I. 100.
19. —	Ministerien.	Konzeffionen für umberziebende Musikanten, Equilibriften 2c. I. 223.
	Ministerium des Innern und der Polizei.	Gothaische Bieb-Berficherungs. Gefellschaft. 1. 246.
20. — :		Symnafial : Zeugniffe fur ben Doftdienft. I. 109.
21. —	Verordnung	über die Ausgleichung der durch die Aufnahme des Rheinisch.
	4	Beftphalischen Grundsteuers Ratafters entftandenen Roften.
21. —	Rabinets-Ordre.	1. 45. Bahl ftabtischer Burgermeister mit niedrigerer Besoldung. I. 118.
21	Ministerium des Innern und der Polizei.	Entschädigung fur bie Bermal- tung bes Dorffdulgenamte. 1. 146.
21. —	Daffelbe.	Bertheilung ber Einquarties rungelaft, 1. 258.
22. —	Daffelbe.	Polizeil. Berfahren gegen bie in offentlicher, Ungucht betrof- fenen Beibeperfonen. 1. 171.
22. —	Ministerien.	Gewerbebetrieb mit Karuffels zc.
23. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Geschäftsstyl gegen Unterbebor- den andern Resorts. I. 6.
23. —	General : Direftor der Steuern.	Gewerbeideine fur Austander jum Auffauf und Bieder- verfauf. I. 226.
24. —	Ministerien.	Rlache: und Banfrothen. I. 230.
25. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Entschädigung fur die Bermal- tung des Dorfschulgenamts. I. 148.
26. —	Minift. der geifil. u. Unsterrichtes 2c. Angel.	Bernehmung der Kirchengemeis nen über ausgewählte Pfars rer. 1. 98.
26. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Stempelfreiheit der Attefic bes hufs der Zurudftellung vom Militairdienfte. I. 257.

Datum. 1 1839.	Beborde, von welcher die Berfur gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ffer Jahrgang. 1839. Beft. Seite.
27. Januar.	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Aufenthalt jubifcher Sandwerte- gefellen aus den neuern Pro-
01 4 0.11/0	Complete of the second	bingen in den alteren. 1. 178.
1107 a lo 102- 1	Daffelbe.	Burudweifung der den Straf- anftalten zugeführten ichwan-
00	The state of the s	geren Rondemnatinnen. 1. 205.
1 1/	Oberprafit. in Munfter.	Unfiedelungen auf den gu den Stadtgebieten geborigen Feld-
30. –	Ministerien.	marken. II. 394, Abwendung und Vergutung der
30. — :	Ministerium des Innern	Wertheilung der Jagdpachtgels der. 1. 35.
30. —	General=Poftamt.	Poftvorschriften und Anordnungen. I. 77.
30. — 50	Ministerium des Innern und der Polizei.	Reine Gratifitationen von Be- meinden fur Bendarmen. I. 159.
30. –	Daffelbe.	Ortsangeborigfeit der in wilber Ebe lebenden Frauenzimmer.
30. • -	Daffelbe.	I. 170. Dungerhaufen auf Privatgrunds finden an den Strafen. I.
31	General = Direktor der Steuern.	Gefalle aus bem Erlofe einge- fchwarzter und in Befchlag genommener Baaren, 1, 74.
31. 4 —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Babl stådtischer Burgermeister mit niedrigerer Besoldung.
31. —	Daffelbe.	Befchugung des ftabtifchen Gis genthums gegen widerrechts liche Befignahme. I. 122.
, 1. Februar.	Ministerium bes Konigl. Saufes.	Erwerbung bes dominii directi von Erbpachtern und Erbs ginsleuten. I. 16.
3. —	Rabinets Drdre.	Bestrafung des unerlaubten Lots tofpiels. J. 166.
4. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Befchwerden über Berfügungen der Berwaltungsbeborden ob- ne Praflufivfrift. I. 6.
5. —	General Direftor der Steuern.	Mehlausfuhr über Gee. 1. 76.
5. —	General : Poftamt.	Berfahren mit unbestellbaren Woftftucken ac. I. 78.
5. —	General Direftor ber Steuern.	Annahme von Chaussegeld = Abonnements. I. 229.

Datum 1839.	Beborde, von welcher bie Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
6, Februar	. General . Direftor ber Steuern.	Unstellungen im Grangauffichtes bienfte. 1. 39.
6. —	Rabinete. Drbre.	Basbereitungs-Unftalten in der
7 —	Ministerium bes Innern	Rheinproving. 1. 244. Erlaß polizeilicher Lofal. Ber-
7. —	und ber Polizei. Daffelbe.	ordnungen. 1. 156. Aufnahme frember Reifenden
8. —	Daffelbe.	in Gasthofe. 1, 216. Polizeiliche Uns und Abmelduns
8. —	General : Direttor ber	gen. I. 185. Einzahlungen auf Chausseegelb.
8. –	Suftizminifterium.	Abonnements. I. 229. Austibung des Pfand und Burudbehaltungsrechts gegen Miether unter polizeilichem Schutze. III. 666.
9. —	Ministerium des Innern	Auseinanderfehungeplane bei Ge-
9. —	und der Polizei. Daffelbe.	meinheitstheilungen. 1. 89. Etrafe für unterlassen Ungeis gen von Grundstüdig-Parge-lirungen. 1. 94.
9. —	Daffelbe.	Schankwirthschaften mit ver- fchiedenartigen geistigen Ge- tranten. I. 217.
9. —	Daffelbe.	Beaufsichtigung des Fuhrwerks auf Landftragen, 1. 228.
1 0 —	, Daffelbe.	Berfahren gegen fremde, des Landes verwiefene Landftrei- cher u. Polnifche Juden nach
1 0. —	Daffelbe.	deren Ruckfehr. I. 194. u. 196. Borübergebende Armenpflege
11. —	Daffelbe.	fur Auslander. I. 243. Diaten und Reifetoffen bei au- gerordentlichen Bifitationen
	•	der Kommunals oder Polizeis verwaltung. 1. 111.
11. —	Ministerium d. geistlichen u. Medizinal Angel.	Nachricht über bas pharmageu: tische Inflitut in Berlin. II. 478.
1 2. —	Minist. ber geiftl. u. Un= terrichte: 2c. Ungel.	Austausch ber Schulprogramme mit Raffau. 1 107.
1 2. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Bulaffung der Leipziger Feuer- versicherunge-Gesellschaft auch zu Mobiliar : Bersicherungen. 1. 214.
1 2. –	Regierung gu Erier.	Strafbare Aufloderung des Gra- benrandes an Chausseen. 1.230.

Datum. 1839.		von melder bie Berfue	Inhalt. 23ser Jahrgang. 1839. Heft. Geite.
13.	Februar.	General Direftor der Steuern.	Beftrafung der Schlachter als Theilnehmeran Schlachtsteuer: Defraudationen. 1, 51.
13.	-	Rabinets-Drbre.	Stempelfreiheit der Ausguge aus Rataftern, Flurbuchern ac. I.53.
13.	1,000	Regierung ju Potebam.	Polizeiliche Un. und Abmelduns gen. I. 186.
13.	-	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Ausführung der Polizeiaufficht gegen einzelne Perfonen. I.193.
14.	-: !*	Minifterium bes Innern und ber Polizei.	Schiefgewehre für Auffeber u. Rachtwächter in ben Strafe anstalten. I. 200, u. 202.
15.	- ;	Buftigminifterium.	Beffrafung ber Wintelfchrifts flellerei in Bermaltungs:Uns gelegenheiten, I, 10.
15.	- ,	General Direttor ber Steuern.	Gemerbesteuer ber fur eigene Rechnung ichlachtenden Bif- tualienbandler. I. 51.
15.	-	Minift. d. geiftl. u. Un= terrichtes ac. Ungel.	Rudzahlung von Amtstautio.
16.	- ,	Ministerium des Innern und der Polizei.	Berfahren mit einstweilen uns benutt gebliebenen Auswans berungskonfenfen. I. 11.
17.	-	Daffelbe.	Entschädigungen bei Loschung von Feuerebrunften. I. 211.
17.	-	Ministerien.	Denungianten-Untheil von dem Erlofe fonfiegirten Solzes u. Bildprette. II. 326.
18.	_	Ministerien.	Ausübung der Jagdberechtigung
18.	_	Ministerien.	Bestrafung bes unerlaubten Lot- tofpiele ic. I, 166.
18.	· –	Minifterium des Innern und ber Polizei.	Berficherungen von Waarens vorrathen bei Mobiliar-Feuers affeturang: Gefellichaften. I. 214.
18.	_	Daffelbe.	Bereinigung einzelner Ortichafs ten zu einem gemeinschaftlis chen Armenverbanbe. 1. 241.
19.	`	General : Direttor der	Inftandhaltung ber Dfen in den Dienstrophnungen. I. 3.
20.	-	Steuern. Ministerien.	Großbandel mit geistigen Gestranten auf dem Lande. I. 219.
21.	-	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Markpreistabellen u. Fourages Lieferungs-Kontrafte für die Land Gendarmerie. I. 159.

Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
21. Februar.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Ministerial Reffort in Gewers be : Kongessiones Angelegenbeis ten. I. 215.
22. –	Finanzministerium.	Prufung der Klaffensteuer = Res
23. —	Rabinets Drdre.	Stempelfreiheit der Ausguge aus den Grundfleuer - Rataftern. I. 53.
23. – 24. –	Ministerium des Innern und der Polizei. Finanzministerium.	Errichtung von Urmentaffen in ben Dorfern. 1. 241. Sicherheitepfeiler bei ben Ub-
24.	General Direktor der . Steuern.	bauen von Kohlenflögen. 1. 37. Sewerbesteuer von der Verfertigung von Waaren auf Borrath und deren Feilbietung. 1. 50.
24. –	Ministerium des Innern und der Polizei.	Nichtbefugniß der Diffrifte Rom- miffarien jur Erhebung von Sportuln. I. 155.
24. —	Ministerien.	Gewerbebetrieb im Umbergieben innerhalb des Polizeibegirfe. I. 222.
24. —	Ministerien.	Berfahren gegen ausgebliebene, jedoch als unbrauchbar er- fannte einjährige Militairs Kreiwillige. 1. 255.
24. —	Finanzministerium.	Siderheitspfeiler beim Abbau von Steinfohlenflogen. 11.335.
25. —	Ministerium des Innern	Befehung flatifcher Forfterftel- len. 1. 23.
25. —	und der Polizei. Ministerien.	Strafresolute megen Einbrins gung unbezettelten holges u. Bildprette. 1. 31.
25. —	Minifterium bee Innern und ber Polizei.	Beschäftigung der Regierungs- und Oberlandesgerichte Uffes- foren bei den General-Rom- missionen. I. 82.
25. —	Daffelbe.	Aufbewahrung des Schwefel- athere. I. 209.
25. —	Provinzial = Schulfolle=	Aufnahme in die Taubftum-
26. —	gium in Berlin. Ministerien.	men:Anstalt zu Berlin. II. 379. Borladungen der Berwaltungs- beborden in siekalischen Gi- vilprozessen. 1. 5.
26. —	Finanzministerium.	Ausführung des Grundfleuerge- fetes für Westphalen und die Rheinproving. 1. 42.

;	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fter Jahrgang. 1839. Seft. Seite
26. 26.	Februar.	Minift. der geiftl. u. Unsterrichtes ic. Angel. Minifterium des Innern	Symnafial Beugniffe, fur ben Poftbienft. I. 109. Pagertheilungen an fatbolifche
2 6.	. - -	Rabinets Drdre.	Beiftliche nach der Schweis. I, 184. Bestellung der Pferde gu ben Ubungen der Landwehr, Ra-
27. 	<u>-</u>	Ministerium des Innern und der Polizei.	vallerie. 1 258. Gefet. Cammlung und Amte. blatt fur fladtische Beborden. 1, 7.
27. 28.	Ξ,,,,	Finanzministerium. Ministerium des Innern und der Polizei.	Meffe in Luneburg. I. 75. Verwaltung der Gemeindes u. Inflituten-Baldungen. I. 23.
28. 28.		Binantministerium. Dinist. der geistl. u. Un- terrichts zc. Angel.	Stempelpflichtigfeit ber Db- duftionsverbandlungen. 1. 54. Mitwirfung der Schullebrer- Gemination jur Berbefferung
28. 28.		Daffelbe.	des Kirchengesanges. I. 101. Regelung der akademischen Bors lesungen. I. 103.
28.		Minifterium des Innern und der Polizei. Daffelbe.	Bahl ber Magistratspersonen. 1, 115. Strafverfahren gegen bettelnde und sich umbertreibende Anas
28.	-	Ministerien.	Ben. I. 169. Betrieb des Pettschaftstechens ohne Umbergieben. I. 225.
28.	-	Ministerien.	Baufirbandel mit Bolgubren.
28.	-	Ministerien.	Gasbereitungs-Unftalten in ber Rheinproving, 1. 244.
28.		Midifterium des Innern und der Polizei.	Nachträgliche Zulassung zum einjährigen freiwilligen Milistairdienst. I. 253.
28.	·	Daffelbe.	Ugenturen der Universal Affetus rang : Rompagnie zu London. II. 415.
. 1.	Marz.	Daffelbe.	Berabfolgung des Amteblatts. Anzeigers an die Gendarmen. I. 8.
2.		Daffelbe.	Bermaltung ber Polizei über einen zur Stadt nicht gebo- rigen Diftrift burch ben Mas- guirat, 1. 154.
2.		Daffelbe.	Erziehung ber Rinder von Bor- bellwirthen. I. 169.

\$	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ser Jahrgang. 1839. H. Heft. Geite.
2. 3.	Marz.	Ministerium des Innern und der Polizei. Zustizministerium.	Beitragspflichtigfeit gub. Nacht: wachterlofnen. II. 410. Degradation bei Kommunalbes amten. I. 121.
3.	-	Minifterien.	Befugniß der Militair-Musifer, fur Geld Musif machen gu burfen. 1. 224.
5.	-4	Juftisminifterium.	Roften in Steuer-Unterfuchungs- fachen, I. 42.
5.	-	Minifterium des Innern und der Polizei.	Bifitation der Gefängniffe und Strafanftalten. I. 203.
6.	-	Ministerium des Konigl. Saufee.	Revision der mit andern Raf- fen verbundenen Forfikaffen. I. 18.
6.	_	General Direttor der Steuern.	Rautionspflichtigfeit der Salge marter, I. 41,
6.	-,	Ministerium des Innern und der Polizei.	Mitwirfung ber Candrathe in Iandl. Museinanderfegungs. Ungelegenheiten. I. 86.
6.	-	Daffelbe.	Berhaltniffe der Landrathe zu den Magiftraten. I. 153.
6.		Ministerien.	Berrechnung der Paggebubren.
7.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Bestrafung der Binkelfdriftfiel-
7.	_	Daffelbe.	Temporaire Entlaffung d. Straf= gefangenen. I. 208.
7.		Daffelbe.	Aufrechthaltung der Polizeistuns de in Schankwirthschaften. I. 218.
8.	-:	Daffelbe.	Straffenerleuchtung in ben Stads ten. 1. 171.
8.	-	Daffelbe.	Berwaltung bes Dorffchulgen- amts. 1. 149.
9.	-	Daffelbe.	Burudweisung nicht ju gewah= render Auswanderungsgefuche. I. 10.
9.	-	Miniflerium des Konigl. Saufes.	Domainen-Pacht: Ceffionen und Ufter : Berpachtungen. I. 15.
9.	-	General-Poftamt.	Portofreibeit in Feuer : Sogie: tate: Sachen. I. 82.
9.	-	Ministerium der auswars wartigen Angel.	Ronflatirung erfolgter Strans dungen preußischer Schiffe. Il. 295.
9.	_	Juftizministerium.	Musstellung von Sagd. Legitimas tionsscheinen. 11. 329.

Datum. 1839.		Beborde, pon welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fter Sabryang. 1839. Heft. Geite.	
10.	Mårj.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Musschließung von der Stimms fabigfeit und dem Burger- rechte. I. 125.	
11.	_	Ministerien.	Polizeiliche Magregeln gur Uns- terbrudung bes Schleichhans bels. 1. 57. 61. u. 62.	
11.	_	Minift. der geiftl. u. Une	Urlaubsertheilung fur Elemenstar. Schullebrer. I. 110.	
12.	-	terrichts= ic. Angel. Daffelbe.	far. Schullehrer. 1, 110. Prozesse für katholische Kirchen, Stiftungen und Inflitute. 1. 102.	
12.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Stempel- und Sportulpflichtig- tigkeit ber fiddtifchen Urmen- faffen in Progeffen. I. 239,	
13.	-	Finangministerium.	Rautionen ber Steuerbeamten.	
13.		Ministerium des Innern und der Polizei.	Suffumbengstrafen bei unge- grundeten Nichtigfeitsbeschwer- den in landlichen Auseinander-	
13.	-	Minift. der geiftl. u. Un- terrichts. 2c. Ungel.	fegungen. I. 93. Auffichtsführung über die Rleins finder : Bewahranstalten. I. 111.	
13.	-	Ministerium bes Innern und der Polizei.	Bermendung ber Überverdienfle gelber ber Straffinge 20. 1.	
14.	_	Daffelbe.	Bertretung der Parteien in land- lichen Huseinanderfetjungen. I. 87.	
14.	-	Daffelbe.	Bollgiehung der Auseinanders fegunge-Regeffe. I. 90.	
14.	-	Daffelbe.	Berfahren bei Bermendung von	
14.	_	Daffelbe.	Abfindungskapitalien. I. 94. Maul - und Rlauenseuche bei	
14.	-	Daffelbe.	Schweinen u. Schafen, 1.247. Geffellung b. Landwebr-Ubungs, pferde und der Fuhren für Landwehr , Begirtefeldwebel. 11. 491.	
15.	-	Daffelbe.	Nichtentlaffung aus städtischen Amtern in Folge vorläufiger Freisprechung. I. 119.	
16.	-	Ministerium des Ronigt. Saufes.	Artelprechtig. 2. 110. Anfauf der früher auf Königl. Forfigrunde erbauten, später aber entbehrlich gewordenen Chausser, Zollamtes 2c. Etas blissements. I. 17.	

	atum. 1	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlassen worden.	The state of the s
16. 2	nary.	Ministerium bes Innern	Saufirbandel mit Baaren aus
18.	_	und der Polizei. Daffelbe.	Rupfer und Meffing. I. 225. Berhaltniffe mit Sachfen-Beis mar gegen Nachdruck u. Nachs
18.	200	Ministerien.	bildung. I. 161.
	,	: The or 1-11	Weinverfauf auf der Stelle fei- tens der Weinproduzenten. 1.
19.	7	Ministerium des Innern und der Polizei.	Dienst = Jubilden ohne doppelte Unrechnung ber Kriegejabre.
19.	- 13	Minift. der geifil. u. Ung ferrichtes ic. Ungel.	I. 2. Befuch akademischer Borlefun, gen ohne Immatribulation
19.	-	Ministerium des Innern	und Abgange-Beugnif. 1. 104. Degradation bei Rommunalber
19.	-	und der Polizei. Daffelbe.	Bermaltung milber Stiftungen.
20.	-	Ministerien.	1. 238. Unftellung verabschiedeter Offis
20.		Finanzministerium.	Biere im Civildienfte. I. 1. Bnadengehafte u. Sterbemo- nate-Betrage fur die hinter-
			bliebenen vom Umte suspens birt gewesener Beamten. 1. 3.
20.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Uinteblatte: Bekanntmachungen wegen bestätigter Ugenten. I. 9.
20.	70	Dberprand. in Munfter.	Borbeugung ungleichmäßiger
20.	_	Ministerien.	Polizeibestrafungen. I. 156. Ausübung der Zahnheilfunde. I. 246.
21.	-	Ministerien.	Einziehung und Umpragung der ungeranderten f. Ehalerfiude.
21.	-	Ministerien.	I. 12. Ausprägung von Zweithaler=
21.	-	Finanzministerium.	ftuden. I. 13. Denunzianten:Antheile fur Be- amte anderer Bollvereins-
22.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Staaten. I. 56. Ermittelung des Diensteinkom= mens der Beamten fur die Kommunal:Einkommensteuer.
22.	-	Daffelbe.	I. 144. Begen der von Domainen- oder Mittergutern abgetrennten Grundflucfe. I. 150.

;	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfü- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Beft. Geite.
22.	Mårg.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Bifa ber Nieberlandischen Ge- fandtschaften zu Auswandes rungspaffen. I. 183,
23.	_	Rabinets, Orbre	mit der Berordnung über die Bablbarfeit zu kandrathe.
			amtern in ber Rheinproving.
23.	- 1	Rabinets. Orbre.	Refervirte geiftl. Steuern fur bie Universität Breslau und die ichlelischen Schulfonds. 1. 104,
23.	- :	Minifterien.	Allerhöchste Genehmigung zur Ertheilung von Korporations- rechten. I. 123.
23.	7 -	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Schiefigewehre für Strafans faltsauffeber. 1. 203.
25.		General Direttor der Steuern.	Rontrolle des Maifch:Refervoirs in den Branntweinbrennereien.
25.		Derfelbe.	I, 52. Untersuchunges und Strafvers fabren bei fofort eingerdums ten 30ff. und Steuerverges ben. I, 55.
25.	-	Ministerien.	Sausirhandel der Auslander mit Pferden. 1. 227.
25.		Ministerien.	Geffellung d. Pferde ju den übungen ber Landwehr-Ravallerie. 1. 258.
26.	_	General Direftor ber Steuern.	Mufbringung d.Roften in Steuers Untersuchungefachen. I. 41.
26.	- }	Ministerien.	Unterfingungen ju Rirdene u. Schulbauten, I. 100.
26.:	_	Minist. ber geiftl. u. Uns terrichts. 2c. Angel.	Schulgeld. Befreiungen bei ben Symnaffen. I. 108.
26.,		Ministerium des Innern und der Polizei.	Beziehung der Jahrmarfte fei- tens der Schantwirthe. I. 220.
26.	7	Rabinets:Drdre.	Bermehrung der Beigeordneten in ben Gemeinden, II, 390.
27.	-	Ministerium des Konigl. Saufes.	Verrechnung bes abgeschoffenen Wildes in ben administrirs ten Jagben. I. 32.
27.		Ministerium des Innern und der Polizei.	Unzulässigfeit der Trennung bauerlicher Grundstude von den Gemeinden, welchen fie
29:	· ·	Ministerium des Konigl., Saufes.	angehören. 1. 151. Berfahren gegen Forstbeamte wegen Chrenkrankungen. 1.22. B

Datum. 1839.		Beborde, von welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Heft. – Seite.
29.	Mårz.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Befegung vafanter Lobtengra- ber: Stellen. I. 122.
30.	-	Daffelbe.	Begehung der Stadtforften ohne Schiefigemehr. 1. 31.
30.	_	Finanzministerium.	Beraugerung entbehrlicher, auf fruberem Konigl. Forfigrun- de erbauter Grundfince ber Steuerverwaltung. I. 38.
30.		Ministerium des Innern und der Polizei.	Berfahren bei ben aus vollgo- genen Regulirungs Regeffen bervorgehobenen ftreitigen Bunften. I. 91.
30.	-	Ministerien.	Berechnung der für einen be- flimmten Ort vorhandenen Mahlfraft in Beziehung auf neue Mublen-Anlagen. 1.216.
31. 31.	_	Finanzministerium. Ministerium bes Innern	Uniform der Granzauffeber. 1.39.
		und der Polizei.	ju Sandarbeiten außerhalb der Strafanstalten. 1. 206.
3.	April.	Daffelbe.	Ausstellung von Jagdelegitimas tionescheinen. 11, 328.
4.	_	Ministerien.	Rein Hausirbandel mit gemisch= ten Geweben. II. 456.
5.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Babl des Domigils feitens be- scholtener Individuen. 11.429.
5.	-	Juftizminifterium.	Segung von Merfpfablen und Regulirung des Bafferfan- des. II. 469.
6.	_	Ministerien.	Berleihung ber Anstellungefa- bigfeit an Nichtbeanspruchte. II. 269.
6.	-	Ministerium der geistli= chen zc. Angel.	Befreiung vom Pfarrzwange. II. 374.
6.	-	Provinzial : Schul-Kolles gium in Berlin.	Prufung für den Unterricht in einer neuern Sprache auf Symnasien 2c. 11. 378.
6.	_	Ministerien.	Kongeffionirung zu neuen Dab- lenanlagen. II. 437.
7.	_	Ministerium bes Konigl. Saufes.	Aufhebung der auf den Königl. Forsten lastenden Servituten. 11. 315.
7.	_	Ministerium des Innern und der Polizei.	Ruge bes Ausbleibens bei den Stadtverordneten. Bablen. II.
8.	-	Daffelbe.	Polizeil. Anordnungen gegen ben Schleichhandel. 1. 66.

Datum. 1839.	Beborde, von welcher bie Berfth- gung erlaffen worden.	In balt. 23fter Sabrgang. 1839. Seft. Geite.
8. April.	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Berluft des Gnadengehalts der im Civil angestellten Mili- tair-Invaliden, II. 281,
8. —,	Ministerium der geiftlischen zc. Angel.	Prufung und Anstellung jun- ger, im Austande geborner Ebeologen. II. 373.
9. —	Ministerium des Innern und der Polizei. Dasselbe.	Stempelfreiheit i. Beimathichein Angelegenheiten. 11. 348. Borladung provofatifcher Intereffenten bei Gemeinheits
9. —	Daffelbe.	theilungen. II, 367. Uberstedelung ber Juden von einer Proving in die andere. II. 401.
9. —	Ministerien.	Rein Sausirbandel mit Bildern u. heimathezeugnisse gewers betreibender Auslander im Umbergieben. 11. 449.
9. ~ _	Ministerien.	Ausdehnung der Gewerbescheine für umberziehende Gesellschafs ten von Musitern. 11. 453.
9. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Strafverfahren wogen unterlaf: fener Ubs und Unmeldungen von Refervisten und Lands
10. —	Daffelbe.	wehrmannschaften. II. 492. Untersuchungeverfahren gegen Beamte wegen Dienstverge= ben. II. 279.
10. —	Daffelbe.	Stempelfreiheit in Baus, Deichs baus und Borfluth: Angeles genheiten und Stempelpflich, tigfeit in Angel. wegen Aus- tritts a. d. Militair 2c. 11. 346.
10. —	General=Poftamt.	Postvorschriften und Anordnuns gen. II. 351.
11, -	Ministerium des Innern	Berbreitung einzelner Berfus gungen der Behörden von Pris vatpersonen durch den Druck II. 284.
11. —	Rabinete Drdre.	Rompeteng in Pfandungefachen.
12. –	Ministerium bes Konigl. Saufes.	Didten und Fuhrfoffen ber Do- mainen- u. Forstbeamten, II. 298.
12. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Begriff der Rudfalligfeit u. deren Bebandlung in Straf. u. Ror- reftions Unftalten. II. 433.

Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berft- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fter Sabrgang. 1839. Seft. Seite.	
13. April.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Ministerial-Reffort in Gewerbes Rongeffions & Ungelegenheiten. I. 215.	
13. —	Daffelbe.	Umtesuspenfion ftabtifcher Po-	
14. —	Ministerien.	Freieremplar des Umtsblatts fur die Superintendenten. II. 287.	
15	Ministerium des Ronigl. Saufes.	Nichtgestattung des Berfaufs von Safenschleifen. II. 335.	
15. —	Ministerium des Innern und ber Poligei.	Gebubren für Revisionen bei Biebfeuchen. II. 483.	
16. —	General Direttor ber Steuern.	Steuerpflichtige Bebanblung bes Mablgute der Militair-Ber- pflegungebeborben. 11. 342.	
17. —	Ministerium bes Innern	Drufungen fur Burgermeifter-	
17. —	und der Polizei. Daffelbe.	Stellen. II. 383. Bermehrung der Beigeordneten	
17. —	Minifterien.	in ben Gemeinden. II. 389. Gewerbebetrieb im Umbergieben von Perfonen unter 30 Jah:	
18. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	ren. II. 447. Berwendung der PolizeisStrafs gelder. II. 444.	
19. —	Daffelbe.	Befoldungen ber Schulgen. II.	
20. —	Daffelbe.	Recht der Stadtverordneten- Berfammlungen, ihrem Bor- steher und Protofollführer das Amt wieder abzunehmen. U.	
20. —	Daffelbe.	389. Baufonds bei den Strafs und GefangensUnstalten. II. 430.	
20	Daffelbe.	Leistungen an die Landwehr: Bezirkefeldwebel. II. 490.	
20. —	Rabinets:Ordre.	Bollfredung von Buchthaus- ftrafen in Gefängniffen. II.	
21. –	Finanzministerium.	Stempel: und Sportelfreibeit fur Eifenbahn-Unternehmun-	
22. —	Ministerium d. geistlichen	terthanen und Auslandern	
22. —	Daffelbe.	II. 375. Belohnung für die an Arme geleistete arztliche Halfe. II. 475.	

Datum. 1839.		Beborde, von welcher bie Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Zahrgang. 1839. Heft. Seite.
24.	April.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Entziehung der jum Betriebe ber Schant, ober Gaftwirth, fchaft ic. ertheilten Konzessio- nen. II, 444.
25.	-	Daffelbe.	Bewilligung eines Theils bes Uberverdienftes an Strafge-
25.	-	Daffelbe.	fangene. II. 434. Berechnung der Refardat-Ren- ten bei Laudemial Mblofun-
26.		Daffelbe.	gen. III. 608. Ausführung der Orteverban- nungen. I. 167.
26.	_	Finanzministerium.	Berluft des Militair-Invalidens 'Benefigii. II. 276.
26.	_	General Direftor ber Steuern.	Sicherung vor Feuersgefahr in Dadhofeniederlagen. II. 341.
27.	,- ·	Ministerium des Innern und der Polizei.	Borbeugung ungleichmäßiger Polizeibestrafungen. I. 158.
27.	-	Daffelbe.	Beranschlagung gutsberrlicher Ziegelei-Fabrifate. II. 368.
28.	<u> </u>	Ministerien.	Begehung von Privat-Waldungen mit Sagdgewehren 2c. II. 316.
28.		Ministerien.	Denunzianten-Antheil von bem Erlofe fonfiszirten holges u. Wildprette. 11. 327.
29.	- /	Ministerium des Innern und der Polizei.	Auswanderungen nach Rugland und Polen. II. 293.
29.		Daffelbe.	Roftenworschuffe bei Streitigteis ten in landlichen Museinan- bersehungs z. Angelegenbeis ten. 11. 362,
29.	-	Daffelbe.	Leitung und Ausübung ber Po- ligeiverwaltung in ben Stad; ten. II, 411.
30.		Ministerien.	Alimentationstoften für Forft- frevler. II. 324.
30.	-	Finanzministerium.	Grundfeuer-Freiheit für die in Folge von Eisenbahnen an- gelegten neuen Wege. 11 338.
30.		General-Poftamt.	Berfendung von Badereien nach Rugland. II. 354.
30.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Rompeteng der General : Roms miffionen bei den fur die Re-
ì			gierungen und Provinzial = Schulfollegien zu bestätigen= den Rezessen. II. 357.

	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fter Sahrgang. 1839. Seft. Seite.
30.	April. ,	Ministerium des Innern und der Polizei.	Bahl von Magistratspersonen rudfichtlich verwandtschaftl. Verbaltniffe. II. 385.
30.	-	Daffelbe.	Entlaffung ober Dienftentfegung von Beamten fidnbifcher In- fitute. II. 391.
30.	7	Daffelbe.	In wiefern uneheliche Rinder ben namen ihres naturlichen Baters fuhren durfen, II, 418.
30.	_	Ministerien.	Beimathzeugniffe ber Auslander behufs des Gewerbebetriebes im Umberziehen. II. 450.
30.	-	Ministerien.	Saufirhandel mit Starte. II.
30.	-	Regierung zu Stralfund.	Einrichtung und Fubrung ber Schiffe-Journale. II. 467.
30.	-	Ministerium der ic. Mes diginal-Angel.	Mittel gur Bertilgung von Rat- ten und Maufen. II. 483.
1.	Mai.	Ministerium des Konigl. Saufes.	Einstellung der monatlichen Einsfendung der Marktpreistabelsten. U. 312.
1.	<u> </u>	Minifterien.	Gerichtefosten für bestrafte über- tretungen bes Ruralgefeges 2c. von Kindern, Pflegebefoh- lenen 2c. II. 368.
4.	- -	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Biederentlaffung ber auf Probe angestellten Beamten. II. 270.
4.	-	Daffelbe.	Berheirathung mannlicher Un- terthanen aus beutschen Bun- besstaaten mit bieffeitigen In-
4.	_	Daffelbe.	landerinnen. II. 290. Biederentlaffung unangefeffener und nicht vollständig qualifigirter Schulgen. II. 405.
5.	-	Daffelbe.	Ausubung der Disziplinar-Ge- walt über die Schulzen. L. 145.
5.	. —	Rabinets. Drbre.	Geschäftssprachen in ber Pro-
5.	_	Ministerium des Innern und der Polizei.	Refureversahren in Strafsachen wegen legitimationslofer Ein- bringung von holz u. Wild- prett. II. 325.
5.	_	Daffelbe.	prett. II. 325. Remuneration für Stellvertre- ter im Lehnschulzenamte. II. 406.

Datum 1839.	Beborde, von welcher die Berfte gung erlaffen worben.	Inhalt. 23per Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
7. Wai.	General Direttor ber	Berminderung oder Einziehung der Militair-Penfion bei ers bobetem Civilbienft Einfoms men. 11. 275,
7. —	Ministerium bes Ronigl. Saufes.	Baurevissonen auf Konigl. Do- mainen-Borwerten. II. 299. u. 300.
7. –	Finanşministerium.	Stempelfreiheit in Baus, Deichs baus und Borfluth Angele- genheiten und Stempelpflich- tigkeit in Angelegenheiten we- ge Austritts aus dem Mili- tair und Befreiung von den Landwehr-Abungen. II. 347.
7,	Ministerium des Innern und der Polizei.	Beitragspflichtigfeit jur Unter- baltung eines Dorfbirten. II. 407.
8. –	Ministerien.	Berrechnung der Forfiftrafgel-
8. —	Minift. ber geiftl. u. Uns terrichtes ac. Angel.	Prufung ber boberen Schul- amtetanbibaten in ben Ra- turmiffenschaften. II. 377.
9. –	Rabinets, Drdre.	Rommiffarische Berwaltung va- fanter Grangaufseber Stel- len. II. 341.
10. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Gebührenfreie Aufnahme der Aufforderungen an Militair- pflichtige aus den deutschen Bundesftaaten in die Umts- blatter, 11, 290.
10. —	Daffelbe.	Bereidung der Beamten der Schutengilben. II. 390.
11. –	Daffelbe.	Rostenfreie Aufnahme der Be- kanntmachungen ständischer Institute in die Amteblatter
11. —	Ministerien.	Bertauf von Gebeimmitteln ohne Saufirhandel. II. 481
13. –	Dber-Appellationsgericht in Vofen.	Polizeiliches Berfahren bei be gangenen Berbrechen. I. 189
13. —	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Transportfosten bei Landesver weisungen. II. 427.
14 —	Ministerien.	Berbaltniffe der gur Berwaltun übertretenden Juftig. Affeffe ren. II. 271.
•		·

Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Seft. Seite.	
14. Mai.	Ministerium des Innern und dee Polizei.	vitae ber ganbrathsamts	
14. —	Daffelbe.	Randidaten. II. 278. Babrnehmung der Patronats- rechte auf Königl. Domainen bei Auseinandersetzungen 2c. II. 338.	
14. —	Daffelbe.	Mobiliars und Immobiliars Bers ficherunges Gefellschaft im Bers ein. 11. 436.	
14. , -	Daffelbe.	Segung von Merkpfablen und Regulirung bes Wafferfian-	
15. —	Ministerium des Konigl. Saufes.	Unftellung von Rriegereferves	
15. —	Regierung zu Minden.	Berfahren mit ben, ben Solg-	
*		dieben abgenommenen Instru- menten und Pfandstuden. II. 321.	
15. —	Ministerien.	Erlegung frember Sunde auf	
15. —	Finanzministerium.	Jagdrevieren. II. 333. Gebrauch von Dampfmaschinen auf Schiffen. II. 466.	
15. —	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Nichterstattung bes an arme Reisende und an bie mit Zwangspaffen in die Beimath verwiesenen Personen verab-	
15. —	Magiftrat in Stettin.	reichten Reifegeldes. II. 474. Siggebuhren für die wegen mi- terlaffener Melbung bei dem Bezirts Feldwebel, mit Ge- fangnifftrafe belegten Land-	
16	Buftizminifterium.	wehrmanner. II. 493. Domainen:Erbpachtegrundftude	
16	Miuisterium des Konigl. Saufes.	aum vollen Eigenthume. II. 310. Ablofung praenumerando fal- liger Domainen-Praftationen.	
16s —	Ministerium bes Innern und der Polizei.	II, 311. Revision der städtischen Berwal- tungen durch die Regierungen	
16	Rabinets Drdre.	und Landrathe. II. 380 Gerichtsstand der Mediatstädte.	
16. —	General Direttor ber Steuern.	II. 383. Besteuerung folder Sandwerker, welche, außer den selbst verfer- tigten Baaren, auch angekauf- te feil halten. III. 583.	

	atum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ser Sahrgang. 1839. Heft. Seite.
17. 9	Mai.	Ministerien.	Bertauf von Druckschriften burch
17	_	Ministerium des Innern und ber Polizei.	Selbstverlag. I. 160. Bereinigung landlicher Grunde flucke mit dem städtischen Kome munalverbande. II. 392.
17.	- *	Daffelbe.	Befreiung ber Militairpersonen und Telegraphenbeamten von Kommunalabgaben. Il. 398.
18.	_	Daffelbe.	Ausübung der Rammerei=Jag= den. 11. 330.
18.	- 1	Daffelbe.	Rontrolle der Magiftrate. Ber- maltung durch bie Stadtver- ordneten. II. 381.
19.		Ministerium des Konigl. Saufes.	Berhaltniffe der Korpsjager als Forftichusbeamte. II. 313.
1 9.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Auseinanderbau in den Dor= fern. Il. 365.
19.	_	Daffelbe.	Vorspanne und Reitpferde fur Offiziere als Militair-Marsch-
20.	-	Daffelbe.	Rommistarien. II. 494. Detail-Berkauf des eigenen Fastrikats der zur Brauerei u. Brennerei Berechtigten.II.445.
21.	_	Finanzministerium.	Rommisariche Berwaltung vas fanter Grangauffeber: Stellen. II. 340.
21.	-	Ministerien.	Ernennung der Schulzen feitens der Gutsherrichaften. II. 403.
21.	-	Minifterium des Innern und der Polizei.	Didten und Reisetoffen fur die zur Begutachtung der Rlaf- fensteuer : Reklamationen er- mablten Rommissarien. III. 653.
22.	_	Ministerien.	Berechnung der Dienstzeit bei Dienstjubilden. II. 270.
22.	-	Ministerien.	Untersuchung und Bestrafung der Entwendung von Bald- produkten. II. 320.
22.	-	Regierung ju Potsbam.	Transitovertehr mit Danemart auf ber Berlin Samburger Runftfrage. III, 586.
23.	-	Ministerien.	Nichtausführung erfannter Drtes verbannung in einzelnen Fals len. II. 420.
23.	_	Juftizministerium.	Erleichterung der Porto-Ausgas ben für nicht portofreie Bers fügungen u. Erlasse. 111, 541.

Datum. 1839.		Beborde, von welcher die Berfd. gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fter Jahrgang. 1839. Heft. Geite.	
24.	Mai.	Minifferium des Innern und der Polizei.	Richterhebung von Gebubren für bie Prufung und Stempe- lung ber in Leibbibliotheten aufzunehmenden Bucher. I. 162.	
25.	-	Ministerien.	Lantieme von ben bei den Re- gierungen auffommenden u. zu berechnenden Paggebühren: 1. 177.	
25.	`-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Nichtertheilung von Wander, paffen an Raufleute u. Sand- lungsbiener. II. 427.	
25.	-	Minift. der geiffl. u. Mes bizinals 2c. Angel.	Reglement aber die Einrichtung bes thierdratlichen Personals. III. 724.	
26.	.	General Direttor ber Steuern.	Restitution ber Stempelgefälle für nicht abgesetzte Kalender. 11. 350.	
26.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Bemilligung des Burgerrechts fur naturalifirte Juden. II.	
27.	-	General Direftor ber Steuern.	Beffeuerung ber mahrend bes Sabres wieder angemelbeten und fortgefetten Gewerbe.	
28.	_	Ministerium des Innern und der Polizei.	Berfahren in Rehabilitirungs. Ungelegenheiten der mit Ch- renftrafen gerichtlich belegten Personen 1. 164.	
28.	-	Daffelbe.	Quchtflier - Rorordnung in der	
29.	-	Daffelbe.	Mheinproving. II. 371. Fortgenuß bes Gnabengehalts feitens ber im Civil angestells ten Militair Invaliden. II. 273.	
29.	-	Daffelbe.	Berfahren bei ben Bablen ber Magiftratsmitglieber. II. 384.	
29.		Daffelbe.	Transportfoften bei Landesvers	
29.	` <u> </u>	Dberprafib. in Cobleng.	weisungen. II. 429. Strafen für Beschädigung of: fentlicher Wege durch Dems men ber Fuhrwerke. II. 458.	
30.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Umteblatte Infertionegebuhren wegen verlorener Gewerbes fcheine. II. 288.	
30.	-	Ministerien.	Hausirhandel mit baumwolles nem Garne. II. 456.	

	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfå- gung erlaffen worden.	In halt. 23ster Sahrgang. 1839. Beft. Seite.
30.	Mai.	Ministerien.	Rein Saustrhandel mit demi-
30.		Minifterium bes Innern u. b. Polizei.	fchen Feuerzeugen. II. 457. Urmenpflege für die Angeboris gen aktiver Militaire. II: 471.
30.	_	Ministerien.	Mitfabrung von Rinbern in umbergiebenden Mufifer. Ge- fellichaften. III. 706.
31.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Ertraordingire Bareautoffen-Bu- fchuffe fur bie Landratheam- ter. II. 278.
31.	144 1	Daffelbe.	Abbruck und Debit einzelner in ber Gefet Sammlung ents haltenen Gefete. II. 282.
31.	-	Ministerium der geiftl.	Bollziehung amtlicher Ausfer- tigungen. II. 285.
31.	- ;	Minifterium des Innern u. b. Polizei.	derfegung der bei Auseinan- derfegungen flipulirten Ren- ten und Kapitalien in die Su-
31.	- '	Daffelbe.	pothetenbucher. II. 360. Berfahren bei Streitigfeiten in Gemeinbeitstheilungs-Sachen
31.	-	Daffelbe.	2c. 11. 366. Gerichtsftand der Mediatstädte. 11. 382.
31.		Daffelbe.	Befreiung ber Schul, u. Gym= nafial = Lehrer von Kommu= nal-Beitragen. II. 399.
31.	-	Daffelbe.	Berbaltniffe ber Sterbetaffen=
31.	_	Daffelbe.	Bestrafung von Rubestorern u. Erzebenten. II. 419.
31.	-	Daffelbe.	Mufnahme von Strafgefange- nen in offentliche Unstalten. II. 431.
31.	-	Daffelbe.	Berfahren mit fireitigen Feuer- fogietate-Beitragen fur Pfarr- gebaube. II. 435.
31.	-	Finanzministerium.	Berlegung der Fahrbahnen auf den Chaussen burch Sperre
31.		Ministerien.	fteine. II. 458. Durchführung eiferner Rauch- robren burch ben Dampfraum
1.	Juni.	Ministerium bes Innern u. d. Polizei.	ber Dampfteffel. III. 687. Siggebuhren fur bie, wegen unterlaffener Melbung beftraf- ten Landwehrmanner. II. 494.

Datum. 1839.		Beborde, von welcher bie Berfå- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
4.	Zuni.	Minifterium des Innern	Strafantrage megen Beleibigung
4.		u. d. Polizei. Daffelbe.	dffentlicher Beamten, 11, 279. Indische Adoptiv Rinder ohne Raturalisation. II. 400.
4.	-	Daffelbe.	Entlaffung der Schoffen. II. 407.
5.	-	. Daffelbe.	Bollftredung bestätigter Musein- anderfegungs-Regesse. II. 361.
5.	_	Daffelbe.	Einzugegelber für gemiffe Nugun- gen. 11. 396.
6.	_	Daffelbe.	Schutenfonige mit burgerlichen Abgaben u. Laften. 11. 399.
6.		Daffelbe.	Portofreiheit wegen Entlaffun- gen aus dem Militair. II. 488.
6.		General Direktor ber Steuern.	Unmelbung des Gemerbebetrie-
7.	-	Ministerien.	Unlage von Steinkohlen = Sas-
7.	-	Justigministerium.	Biedereinziehung temporair ents laffener Straffinge. III, 685.
7.	-	Ministerien.	Saufirbandel in Beziehung auf Bochenmarkteartifel. 111, 707.
8.	_	Ministerien.	Bertilgung schablicher Bald=
8.	-	Regierung zu Frankfurt	Fubrung der Rirchenbucher bei
8.	-	Landtage = Abschied (funfter.)	vakanten Pfarrstellen. 111. 624. für die Westphälischen Provins
9.		Ministerium des Innern u. d. Boligei.	sial-Stande. III. 738. Uberfiedelung der Juden ic. II 402.
10.	-	Ministerium des Ronigt. Saufes.	Edition von Urfunden ic. II. 285.
10.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Solition fiefalifcher Aften und Rarten bei Separationen. II. 355.
10.	- ^	Daffelbe.	Erhebung von Einzugs oder Einkaufsgelbern. 11, 397.
10.		Juftizministerium.	Aufnahme von Strafgefanges nen in offentliche Anstalten. II. 433,
10.	-	Ministerien.	Benutung von Schrootmublen
11.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Umteblatte:Infertionetoffen für Subhaffatione : Patente. II.
11.	-	Daffelbe.	Erhaltung fiabtischer Zinss 2c. Abgaben. II. 395.

Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfuz gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
12. Juni.	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Militair-Snadengebalt in Rom-
12. —	Daffelbe.	munaldiensten. II. 277. Beaufsichtigung der Gendarmer in ihren polizeilichen Dienst
12. —	Ministerien.	leiftungen. II. 414. Berkauf des Karmelitergeiftes II. 482.
14. —	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Einrichtungefosten bei Dienft: ablofungen. II. 364.
14. —	Ministerien.	Gewerbebetrieb der einzeln um, berziehenden Musikanten. II. 451. u. 452.
14. —	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Stempelfreiheit wegen Eintritte in den Rriegedienft. II, 486.
15. —	Ministerien.	Gemeinde-Auftagen auf dem plat ten Lande. 11. 409.
16. —	Ministerien.	Gewerbesteuer = Prozente fur Rommunen. Il. 343.
16. —	Ministerien.	Rein Saufirhandel mit Bibeln. II. 417.
16. —	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Unbedingte Schanffonzeffionen.
16. —	Minifferien.	Dreimal zurudgestellte Militair.
18. —	Rabinets=Ordre.	Buchtstier : Korordnung fur die Rheinproving. II. 371.
18. —	Ministerium des Innern u. d. Poligei.	Babl und Unffellung fladtischer Kaffen=Rendanten. II. 386.
19. —	Finanzminifterium.	Ratafter = Auszuge zu Staats. u. fiskalischen Zwecken. II. 336
19. —	Ministerien.	Befegung ber niedern Kirchen- bedienten Stellen Privat-Pa- tronats, II, 373,
20. —	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Berbot des Wanderns der Sand werksgesellen nach der Schweig II. 425.
21. —	Daffelbe.	Unftellung gebienter Unteroffi
22. —	Daffelbe.	Sabres = und Final-Raffen-Ub
22. —	Ministerien.	Gewerbescheine für umbergie- bende Musiter. II, 453.
22. —	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Nachträgliche Ginftellung beftraf ter Militairpflichtigen. II. 489
22. —	Rabinets-Ordre.	Führung städtischer Prozesse. III

Q

	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfå- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23sier Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
23.	Juni.	Minifterlum des Innern	Beauflichtigung der Leibbiblio-
23.	"	u. d. Polizei. Regierung g. Gumbinnen.	theken ohne Gebühren. II. 418. Unterhaltung der Dienstgebäude der Pfarrer und Kirchenbe- dienten. III. 619.
24.	-	Ministerium des Innern u. d. Poligei.	Ronstatirung der Denunziatio: nen gegen Beamte. II. 281.
25.	-	Minifterien.	Zantieme von Kollektengeldern. 11. 296,
25.	-	Ministerium des Innern u. b. Poligei.	Penfioneverhaltniffe ber Bur- germeifter. II. 386.
25.		Daffelbe.	Bermeidung fladtischer Schuls den. 11. 395,
25.	-	Daffelbe.	Unterdruckung von Bordellen ic. II. 421.
25.	-	Ministerien.	Neue Mablgange jum Gelbfi- gebrauche. Il. 441.
25.	_	Ministerien.	Sausirhandel mit Bernsteinwaa- ren zc. II. 454.
25.	_	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Todtenscheine fur die Militair- Aushebungs Liften. II. 485.
25.	-	Daffelbe.	Berwaltung des Schulzenamte.
26.		Daffelbe.	Musfuhrung ber Orteverban- nung. II. 421.
27.		Ministerien.	Befreiung ber Militairpersonen und Militairbeamten 2c. von Rommunallaften. 11. 397.
28.	-	Ministerien.	Militair. Gnabengehalt bei fpå- terer, nochmaliger Unstellung. 11. 276.
28.	-	Justizministerium.	Berfahren gegen verhaftete Steuer-Kontravenienten. III. 578.
29.	-	Finanzministerium.	Bezeichnung und Bermeffung der Flufichiffegefage. Il. 461.
30.	quirely.	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Unterbedientenstellen für Mili- tair: Invaliden. II. 272.
.30.	_	Ministerien.	Reine Kassen Zantieme von ben für gemeinnutgige Zwede eingehenden Geldern. 11. 297.
30.	_	Ministerien.	Grundfleuer von Ronigl. Fors fen u. Pertinenzien. II. 337.
30.		Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Reffort in Pfandungsfachen. II. 369.
30.		Daffelbe.	Buchtstier = Rorordnung fur bie Rheinproving. II, 371.

,	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fter Sahrgang. 1839. Heft. Seite.
30.	Juni.	Ministerium des Innern	Befettung ber Schulzenamter.
30.	_	u. d. Polizei. Daffelbe.	Aufbringung ber Machtmachtere
30.	_	Ministerien.	lobne 2c. II. 409. Prufung der Antrage auf neue
30.	_	Minifterien.	Mublenanlagen zc. II. 439. Biederberfiellung zersidrter zc.
30.	-	Ministerien.	Mublen. II. 442. Betrieb von Kommiffionegeschäfe
30.		Ministerien.	ten. II. 450. Sausirhandel mit neuen Rlei-
30.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	dungsfüden. II. 455. Steinbedachung landl. Wohn= und Wirthichaftsgebaude. II. 469.
1.	Juli.	Daffelbe.	Dienstentlaffung der Schoffen zc
4.	-	General = Direftor der Steuern.	Stempel ju Quittungen über neue Befoldungen und Be-
4.	-	Ministerium der geifil.	haltsjulagen 2c. III. 551. Lande Dotation der Schullehrer. III. 606,
6.		Ministerium des Konigl. Saufes.	Reste von Domanial-Praffatios
6.	-	Finanzministerium.	Minifterial: Reffort in Angeles genheiten des Schornfteinfes
: -		0.54	gergewerbes. III. 690.
`7.	_	Daffelbe.	Didten u. Reifekoften fur Steuers Untersuchungerichter. III.575.
8.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Führung städtischer Projesse. III.
8.	-	Daffelbe.	Farbung bes Papiers. III. 721.
9.	-	Ministerien.	Stempelfreiheit megen Eintritts in den Rriegebienft. II. 487.
9.	-	Ministerien.	Penfionsbeitrage der in bobere Befoldungen eingeructen Unsterbedienten. III. 557.
9.	_	General-Poftamt.	Postvorschriften und Unordnun= gen. III. 589.
9.	_	Ministerium bes Innern u. d. Polizei.	Betrieb des Schornsteinfegerges werbes. III. 690.
10.	-	Finanzministerium.	Unftellung u. Ausbildung von Steuer: Supernumerarien. III.
11.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Leiftung von Nachtwachtdiensten. III. 649.

,	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfue gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
12.	Juli.	Ministerien.	Berausgabe von Bolfstalendern.
12.	- '	Ministerien.	Umgehung von Sandels-Unto- ften-Gefällen. II. 447.
12.	-	Ministerien.	Streitigkeiten in Gemeinheits- theilungs Gaden 2c. III. 605.
12.	_	Ministerium der geiftl.	Meldung der Studirenden gu
12.	-	2e. Angel. Ministerien.	den Vorlesungen. III. 630. Borführung und Aushebung der Militair - Ersahmannschaften. III. 730.
12.	-	Regierung zu Trier.	Berluft des Beimatherechts. IV. 788.
1 3.	_	Ministerium des Innern und der Polizei.	Pensionirungen der Magistrats: personen. III. 638.
13.	_	Daffelbe.	Biederaufbau abgebrannter Ge- baude. III. 694.
14.	-	Daffelbe.	Beimathicheine fur mandernde Sandwertegefellen. II. 425.
14.	-	Daffelbe.	Neue Schanfflatten in Bezie- bung auf ausschließliche und Realberechtigungen. III. 704.
14.	-	Ministerien.	Entlaffungen aus dem flebenden Beere. III. 734.
15.	-	General : Direktor ber Steuern.	Entrichtung der Mabl: und Schlachtsteuer 20. III. 584.
1 6.		Juftizministerium.	Rechtsmittel der Aggravation in fiefalischen Untersuchungen ge- gen Beamte. III. 534.
1 6.	_	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Aufbringung der Gemeinde. Pro-
16.	-	Daffelbe.	Schiefgelb für Erlegung toller und ungefnuttelt umberlau- fender hunde. III. 689.
1 6.	-	Ministerien.	Beranderungen mit Mublenan- lagen 2c. III. 703.
17.	_	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Diaten : 20. Forderungen in tom: miffarifchen Auftragen. III.636.
17.	-	Minifierien.	Beurtheilung und Berechnung bes offentlichen Bedurfniffes bei neuen Muhlen-Anlagen. III, 701.
1 7.		Ministerien-	Legitimationezeugniffe fur Freis gewerbefcheine. III. 712.
1 7.	-	Ministerium der geistl. u. Medizinal- 2c. Angel.	Reglement über die Eintheilung des thierdratlichen Perfonals. IV. 928.

Datum. 1839.		Beborbe, von welcher bie Berfås gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fter Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
18.	Juli.	Ministerium des Innern	
18.	_	ministerium der geistl. 1c. Angel.	1. 200. Erleichterung der Portoausgas
18.	_	Ministerium des Innern und der Polizei.	ben: III. 540. Beschwerden gegen adminisfra-
18.	-	Daffelbe.	Retardat. Menten bei Laudemial.
18.	-	Daffelbe.	Ablofungen. III. 607. Berfahren gegen verdachtige Per-
18.	-	Daffelbe.	fonen. III. 678, Konfurrenz entlassener Militair- Freiwilligen bei der Erfahaus- bebung. III. 729.
19.	- "	Daffelbe.	Geschäftsgang bei ben Magis firaten. III. 634.
1 9.		Daffelbe.	Berauferung von Rommunals
19.	_	Ministerien.	Biderfpruch gegen neue Mub:
20. 20.	Ξ	Minist. d. Innern u. d. P. Daffelbe.	lenanlagen. III. 702. Orthe Observangen. I. 128. Regulirung der durch landliche Aubeinandersegungen alterir- ten Kommunal. Berhaltnisse. I. 142.
20.	_	Regierung zu Stettin.	Untrage auf Konzeffionirung neuer Mublenanlagen, 11,437.
20.	-	Ministerium der geistl. 2c. Angel.	Stellung bes Alfars und der Rangel bei Kirchenbauten. III.
20.	-	Ministerien.	Einführung von Einfommen= feuern. III. 649.
21.	_	Ministerien.	Prufung des Bedurfniffes bei
22.	-	Ministerium ber geistl.	neuen Mublenanlagen. III.701, Beauflichtigung der Predigts amts - Kandidaten. III. 622, u. 623.
22.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Ausübung der Polizeigerichts- barkeit u. Polizeiverwaltung. 111, 659.
2 3.	-	Daffelbe.	Umteblatte : Infertionetoften.
2 3.	-	Ministerium ber geifil.	III. 543. Zahl der Taufzeugen oder Pas
2 3.	-	2c. Angel. Daffelbe.	then. III. 626. Safularfeier fathol. Kirchen. III.
23.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	629. Berbot des Schieffens bei feierl. Gelegenheiten. III. 686.

Datum. *	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ser Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
24. Juli.	Minifierium bes Innern und ber Polizei.	Pensionsbeitrage der Staats-
24	Daffelbe.	Lande Dotation ber Schullebrer.
25. —	Ministerien.	Bilbschaben = Reflamationen :c. 111. 567.
25. —	Ministerium des Innern und ber Polizei.	Einziehung ber Burgerrechtsgels ber ic. III. 648.
25 —	Daffelbe.	Schufmaffen ber Polizeibeamsten. III. 656.
26. —	Regierung ju Trier.	Unlegung neuer ac. Begrabnis. plage. III. 626.
27. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Aufstellung von Barnungetas feln. III. 667.
27. —	Daffelbe.	Biedereinziehung temporair ents laffener Straflinge. III. 684.
27. —	Daffelbe.	Schornsteinfegergewerbe = Be- trieb. III. 691.
27. —	Ministerien.	Rein Bausirbandel mit Schuh- macherwaaren. III. 711.
27. —	Ministerien.	Baufirhandel mit Fliegenme-
27. —	Ministerien.	Sefangnifftrafen für beurlaubte Soldaten, Landwehrmanner 2c. III, 735.
29. —	Ministerium ber geiftl.	
29. —	Buftigminifterium.	Ausfertigung von Todtenscheis nen zc. II. 486.
29. —	Ministerium bes Innern und der Polizei.	Fiefalische lebnsbereliche Inte- reffen bei Gemeinheitetheilun- gen zc. III. 603.
29. —	General : Direttor ber Steuern.	Sandelebetrieb im Grangbegirt.
29. —	Ministerium der geifil.	
29. —	Rabinete-Ordre.	Militairdienstpflicht ber Gees fdiffe : Mannschaften. III. 732.
30. —	Ministerien.	Gebubren ber Juftigfommiffa- rien bei Gemeinheitstheilun- gen, Ablofungen ic. III. 597.
30. —	Ministerien.	Gemerbescheine jum Guchen von Baarenbestellungen. III. 70S.
31. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Berfahren bei Bandrathemahlen. III. 544.

	Datum. 1839.	Beborde, von welcher bie Berfå- gung erlaffen worden.	Inbalt.' 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
31.	Juli -	Ministerium des Innern und der Polizei.	fchreiber bei Stellvertretune
31.	7.	Ministerien.	gen. III. 545. Beiträge der Beamten u. Pen- fionaire zur Einkommenfteuer. III. 650.
31.		Ministerium bes Innern und der Polizei.	Besteuerung ju ben Bedurfnif. fen jubifcher Korporationen.
31.		Daffelbe.	III. 655. Strafen fur Hundesteuer Des
31.	-	Minifterien.	fraudationen. III. 688. Haustrhandel mit Druck Hand.
31.	-	Ministerien.	Feuersprigen. III. 711. Saufirhandel der Auslander mit aroben bolgernen Baaren. III. 714.
31.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Aratliche Gulfe fur arme Rrante.
2.	August.	Ministerien.	homdopatische Vereins-Apothe- fen. III. 720.
3.		Ministerium des Innern und der Polizei.	Strafverfahren gegen Stadts verordneten=Berfammlungen. III. 640,
4.	_	Daffelbe.	Einziehung und Biedergemath- rung von Burgernugungen. III. 647.
5.	-	Daffelbe.	Bergutung baarer Dienstausgas ben. 111. 530.
5.	-	Ministerium bes Konigl. Saufes.	Gebaude-Inventarien und Sistuationsplane von Domainens Bormerten. III, 559.
5.	- 6	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Triefter Gaterverficherungs. Ge-
6.	-	Suftizminifterium.	Jahrliche Eröffnung u. Schlies gung der Jagd. 111. 566.
6.		Ministerien.	Druct auslandischer Zeitschriften.
7.	_ ·	Rabinets. Drbre.	Mittbeilungen fur bas Rheis nifd : Bellphalifche Grund= fleuer=Kataffer. III. 576.
8.	_	Ministerium bes Innern	Banberpaffe burch bie beimathe
9.	-	und der Polizei. Daffelbe.	liche Polizeibeborde. III. 674. Banderpaffe nach den deutschen
9.	. –	Ministerien.	Bundesstaaten 2c. III. 675. Betrieb gewisser Gewerbe mit Burgerrecht und polizeilicher Erlaubniß. III. 696. C 2

Datum. 1839.	Behörde, von welcher die Berfå- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
10. August.	Ministerium bes Innern und der Polizei.	Berbeirathungen und Nieder- laffungen im Auslande ohne
10. —	Daffelbe.	Seimathscheine. III. 547. Streitigkeiten zwischen Berrichafeten und Hausoffizianten. III. 664.
11. —	Daffelbe.	Untersuchungen wegen Beleidie gungen von Beamten. III. 532.
12. —	Daffelbe.	Beimathicheine nach Rufland u. Polen. II. 294.
12. —	Daffelbe.	Ausfertigung von Todtenicheis nen. II. 485.
12. —	Ministerien.	Befcheibe in Mublen Ronges, fione Ungelegenheiten. III.
12. —	Ministerium des Innern.	Belohnungen bei ber Feier gol- dener Sochzeiten. IV. 786.
13. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Banderpaffe nach Neuchatel. I. 184.
13. —	Daffelbe.	Genehmigung zu Amtesuspens
13. —	Finanzministerium.	Berfahren gegen verhaftete Steuer: Kontravenienten. III.
13. —	Ronfistorium in Magdeb.	Beitrage fur Bebammen-Infli- tute. III. 625.
13. —	Ministerien.	Sausirbandel der Auslander mit Tischteppichen 20. III. 713.
14. —	Ministerien.	Haufirhandel der Auslander mit Schwarzwalder Uhren. 1, 228,
14. —	Ministerien.	Berechtigung zum Gewerbebes triebe. III. 699.
14. —	Juftigministerium.	Strafe fur unterlaffene Ungeis gen ausgebrochener Biebfeus chen. III. 726.
14. —	Ministerien.	Militairdienstpflicht ber Gees fdiffe-Mannfchaften, III. 731.
15. —	Ministerien.	Entziehung der Militair-Penfio- nen. III. 553.
16. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Jabress und Final & Raffen & Abs fchluffe. III. 597.
16. —	Ministerium der geiftl.	Quartal . Ertrafte und Jabres.
16. —	Dasselbe.	Abschlüffe. III. 615. Etats für Schulanftalten. III. 630.
16. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	

	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfü- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Sabrgang. 1839. Seft. Seite.
16.	August.	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Gesuche um Zurudstellung ober Entlassung vom flebenden Beere. III. 733.
17.	_	Staatsminifterium.	Beirathetonfenfe fur Civilbes amte. III, 529.
17.		Ministerium des Innern und der Polizei.	Berbot von Langlufibarfeiten.
18.		Minifterium ber geiftl.	Erauungen von Auslandern mit Inlanderinnen. III. 625.
18.	-	Ministerium bes Innern und der Polizei.	Untrage megen Entlaffung aus bem flebenden Beere. III, 732.
20.	- '	Daffelbe.	Sypothefarifche Bermerte für
20.	-	Daffelbe.	Dofmehrgelber. III. 611. Anspruche von Kommunalbes amte an Kommunen. III. 638.
20.	-	Daffelbe.	Betreides, Beus u. Strob:Dies men, III. 692.
21.	-	Daffelbe.	Einzugs oder Burgergeld von einheirathenden Frauensperfo.
21.	_	Daffelbe.	nen. III. 648. Jubifcher Kultus in Strafanstfalten. III; 684.
21.	-	Daffelbe.	Dieposition über die ben Straf- lingen mitgegebenen Rleis
-		and the s	dungeftude. III. 685.
22.	-	Ministerien.	Ertheilung von Beimathscheinen. III. 546.
23.	-	Ministerien.	Sugendliche Arbeiter in den Corfs grabereien. III. 670.
23.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Berechnung der Strafgeit in den Strafanstalten. III. 682.
24.		Buftizminifterlum.	Bestrafung der von Beamten begangenen Pflichtwidrigfeis ten. III. 531.
24.	_	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Biederaufbau abgebrannter Gesbaude. III. 695.
25.		Daffelbe.	Suppliziren der Subalternen: beamten der General Rom:
25.	- }	Miniflerien.	missionen. III. 596. Holzvergütungen für zurückges bliebene Militair-Familien: III. 735.
26.	. —	Ministerien.	Beugengebühren in Disgiplinar- Untersuchungen. III. 537.
26.	-	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Abtrennung von Gemeinberechs ten bei Saufervertäufen. III. 645.

Datum. 1839.	· Beborde, von welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Sabrgang. 1839. Heft. Seite.
26. August.	Ministerium des Innern	Beschaffung der Formulare ju
27. —	und der Polizei. Daffelbe.	den Zwangspaffen. III. 670. Gutachten in Gemeinheitstheis
27. —	Daffelbe.	Bucher : Stempelung fur Leibs bibliothefen 2c. III, 663.
27. —	Daffelbe.	Dramien für Lebenerettunges versuche. IV. 926.
2 8. —	Daffelbe.	Polizeil. Berfahren bei began:
28. —	Daffelbe.	genen Berbrechen. I. 188 Baaren & Ausspielungen auf Messen, Jahrmarkten, Schulz
2 8. —	Daffelbe.	genfesten 2c. III. 667. Gewerbebetrieb bes Musikmaschens 2c. III. 709.
2 9. —	Ministerien.	Entwendung von Waldproduk- ten. II. 319.
29.	Ministerien.	Titel-Beranderung bei Beitschrifs
29. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	ten. III. 660. Niederlassungen bestrafter In-
29. —	Ministerien.	bividuen. III, 677. Saufirhandel der Ausländer aus den zollvereinten Staaten. III. 712.
30.	Ministerium ber geiftl,	Immatrifulationen fur afades mifche Borlefungen :c. 111.
30. —	Ministerien.	633. u. 634. Beerdigung verftorbener Urmen.
31. —	Dberprafid. in Cobleng.	Bermaltung der Gemeindes u.
31. —	Finangministerium.	Instituten:2Baldungen, I. 24. Berlegung der Fahrbabnen auf
31. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	den Chauffeen. II. 459. Diederlaffungen im Auslande.
31. —	Ministerien.	III. 549. Eroffnung und Schlieftung der
31. —	Ministerium ber geiftl. ;c. Angel.	fleinen Jagd. III. 565. Errichtung von Gebauden fur Pfarrer, Ruffer u. Schulleb-
31. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	burch beren Ungeborige. III.
5. Septbr.	General-Poftamt.	682, Briefposten nach Frankreich, Belgien u. ben Niederlanden. 111. 595.

Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt., 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
5. Septbr.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Nichtannahme weihlicher Strafs gefangenen mit Kindern. III. 680.
5. —	Ministerien,	Biffenschaftliche Prufung ber einjährigen Militair : Freiwils ligen. III. 728.
6. —	Ministerien.	Debits : Bekanntmachung fur
6. •—	Ministerium des Innern und der Polizei.	Polizeil. Kontrolle des Schorns fteinfeger : Bewerbebetriebes.
9. —	Ministerium der geifil.	Rufter. u. Schulhausbauten in evangelischen Gemeinden. III.
10. –	Ministerium des Innern und der Polizei.	Erbohung von Disziplinar: Stras fen gegen Beamte in der Ags gravations: Inftang. 111. 536.
10. —	Daffelbe.	Dienstentlaffung oder unfreis willige Pensionirung. III. 538.
10. —	Ministerium des Ronigt, Saufes.	Aushandigung von Bormerts= Charten und Bermessungs, Registern an die Domainen= natter. III. 560.
1 0. —	Finanzministerium.	Berfahren mit nicht angenoms menen Positiuden des Muss
10. —	Ministerium bes Innern	Belaffung der Bauerhofe mit
11. —	und der Polizei. Juftizminifferium.	Bestrafung der von Beamten begangenen Pflichtwidrigkeis
11. —	Ministerium bes Innern	Referendarien Eitel fur Burgers
11. —	und ber Polizei. Daffelbe.	Beerdigungefoften für aufge-
12. —	Finangministerium.	Stempel zu Quittungen unter
12. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Beerdigung verstorbener Armen.
13. —	Daffelbe.	Beirathskonfense für Civilbe=
14. —	Ministerien.	Unterrichten in weiblichen Band, arbeiten im Umberziehen. III.
14. +	Ministerien.	Handel mit Fabrikaten der Sands werker auf Wochenmarkten. 111. 710.

	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
15.	Septor.	Ministerium des Innern und dee Polizei.	
15.	-	General-Postamt.	lanten. III. 542. Beforderung der Extraposten. III. 592.
16.	-	Miuifterium des Ronigl.	Aufstellung ber Domainen . u
16.	-	Ministerium d. geistlichen 20. Ungel.	Forst-Bauplane 2c. III. 558, Saltung der Gefet. Sammlung für Defanate, Urchive. III. 622.
16.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Eransportkoften fur die, öffentl. Arbeiteanstalten jugeführten Individuen. III. 679.
16.	-	Kriegeministerium.	Madssuchung von Invalidens Wohlthaten. III. 736.
17.	_	General Direktor der Steuern.	Grundfleuer von den bei Gutsten und Sammerwerten bes findlichen Schuppen. 111. 577.
1 7.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Diaten für Kreistags-Abgeordenete. III. 651,
17.	-	Regierung & Magdeburg.	Betreides, Beus u. StrobeDies
18.	_	Ministerium des Innern	men. III, 693. Niederlaffungen von Auslandern
18.	-	und der Polizei. Daffelbe.	im Inlande. III. 549. Sportelgenuß der Magistrats-
18.	_	Daffelbe.	personen ic. III. 635, Feuerfeste Bedachungen in der
1 9.	_	General-Poftamt.	Rheinproving. III. 715. Legitimation der Postreifenden.
19.	-	Kriegeministerium.	III. 591. Beränderungen mit ben Artile Ierie:Infpektionen. III. 728.
2 0.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Berbutung von Pferdes Berlus ften bei der Gendarmerie. III. 657.
22.	-	Daffelbe.	Mussegung der Publikation der in zweiter Instanz abgedn- derten Strafresolute 2c. III. 659.
2 3.	-	Daffelbe.	Stifts. Proviforen, obne Ctadt.
24.		Daffelbe.	verordnete zu fein. III. 640. Stempelpflichtigfeit ber Paffe fur Matrofen u. Schiffsleute. III. 671.
24.	-	Rabinete-Ordre.	Reifes u. Umzugekoffen fur die Direktoren und Lebrer der Gymnasien ic. IV. 839.

2	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ser Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
25,	Septbr.	Ministerium des Ronigt. Saufes.	Reine Bebungs : Tantieme von Raufgeldern für Baubolz zu Domainen: und Forstbauten. 111, 562.
25.	-	Minift. ber geiftl. u. Unsterrichts ac. Angel.	Decharge ber Rechnungen für bie Rirchen afabemischen Pas- tronats. III. 621.
25.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Musichliegung von ber Bable barfeit zu Stadtverordneten. III. 639.
26.	-	Ministerien.	Polizeiliche Kontrolle gegen bie Schleichbandler. I. 72.
26.	:	Ministerien.	Pfandungen von Solzdieben u. Forfifrevlern. III. 563.
27.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Beranderungen mit den Artils Lerie-Infpettionen. III. 727.
28.	·	Daffelbe.	Dachbedungen mit einer Mie fchung von Aephalt. I. 237.
28.	-	Daffelbe.	Unterflugungen aus dem Boble thatigfeite Ronds zc. III. 557.
28.	-	Daffelbe.	Mudzahlung feftgefester Diaten aus den Rammereitaffen. III. 637.
28.		Ministerien.	Strafen für unterlassene Anzeis gen ausgebrochener Biebseus chen. III. 725.
29.	-	Ministerium bes Innern u. d. Polizei.	Berrechnung und Bermendung der Pafgebuhren. I. 176.
30.	-	Ministerien.	Politeil. Kontrolle gegen Die Schleichbandler. I. 73.
30.	_	Minifterium des Innern u. d. Polizei.	Armenpflege fur Militair . Un- geborige. II. 472.
30.	_	Finangminifterium.	Berechnung ber Kriegebienfizeit bei Penfionirungen. III. 539.
30.	_ *	Daffelbe.	Raffenverkehr der Regierungen mit den Sauptzolle u. Steuers amtern. III, 551.
30.		Ministerien.	Bermendung der Forfiftrafgels der. III. 564.
30.		Finanzministerium.	Befetung fombinirter Steuer= Bebeftellen u. Pofterpeditio= nen. III. 569.
30.		General-Poftamt.	Reper Extrapostgeld Zarif in Siterreich. III. 595.
30.		Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Bermendung der Abfindungetas pitalien fur Lebnguter bei Ablofungen. III. 613,

.;	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfå, gung erlaffen worden.	Inhalt. 23per Jahrgang. 1839. Seft. Seite.
30.	Septbr.	Ministerien.	Berhaltniffe der Rultusbeamten bei den judischen Synagogen. III. 629.
30.	_	Ministerium des Innern und der Polizei.	Privat: Sparfaffen. Bereine. III.
30.		Minifterien.	Dafpolizeil. Berfahren gegen Schiffsmannschaften u. Schiffs- reifende in dieffeitigen Safen. 111. 672.
2.	Oftbr.	General : Direttor ber Steuern.	Duittungen und Zahlungs-Answeisungen ber Saupt = 30Us u. Steueramter. IV. 812.
2.	1	Reg. zu Marienwerder.	Bekanntmachung der Berpach, tungen ic. firchlicher Grund, finde von der Kangel. IV. 835.
4.	- ,	Ministerium des Innern und der Polizei.	Dienfliegel ber nittergutebe- fiber und Dorffculgen. III. 658.
4.		Daffelbe.	Muswanderungen nach Gerbien. IV. 789.
4.		Daffelbe.	Detentionefoften fur Bettler u. Bagabunden. IV. 887.
5.	. .	Suftizminifterium.	Autorifation der Bormunder in Auseinanderfegunge : Sachen. IV. 826.
5.	_	Ministerien.	Erefutionevollstrectungen durch Dorficulgen. IV. 869.
7.	-	Minifterium des Innern.	Babl der Magistratepersonen
8.	1.7	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Bereibung ber Rreisverordneten für Auseinanderfetungs-Uns gelegenheiten. IV. 824.
8.		Minist. der geistl. u. Uns terrichts= 2c. Angel.	Liften über die Schuld-Prozess fachen der Studirenden. IV. 838.
9.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Nichtbewilligung fadtifcher Ab- gabenfreiheit. IV. 864.
9.	-	Daffelbe.	Reinigung der Transportaten. IV. 892.
10.		Daffelbe.	Paffe für Auslander ju Reisen in den dieffeitigen Staaten. I. 179.
10.		Ministerium ber geiftl. u. Medizinal= 2c. Angel.	Qualififation als Apothefer : Lehrlinge. II. 480.
10.	-	Minifterium des Innern.	Gemeinde Rechnungen der Dorf. schulzen. IV. 868.

Datum. 1839.		Beborde, von welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Sabrgang. 1839. Beft. Seite.
12.	Oftbr.	Ministerium des Konigl. Saufes.	Beitritt der Domainen-Einsaf- fen zu Sagelichaben u. Feuer- versicherungen. IV. 799.
12.	_	Ministerium des Innern und ber Polizei.	Berichte über Rehabilitirunge. Untrage. I. 165.
12.	-	Daffelbe.	Lebenslängliche Babl und Bes ftatigung der Magiftratspers fonen. IV. 847.
12.		Ministerium der Medizi- nal= 2c. Angel.	Fuhrfoften der Apothefer bei Apothefen Bifitationen. IV. 927.
13.	-	Ministerien.	Stempelpflichtigkeit bei Baus verbindlichkeiten der Domais nenpachter. IV. 817.
13.	_	Ministerium des Innern und der Polizei.	Unlegung von Feld. Biegelofen. IV. 921.
14.	_	Ministerien.	Fallen und Abfahren des Bes rechtigungeholges. IV. 807.
14.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Ortliche Regulative für das Bies genhuten. 1V. 830,
15.	/	Daffelbe.	Betrieb des Erodelbandels. 1V. 909.
16.	-	Miniflerium des Innern.	Auslandische Judenburschen als Lebrlinge im Inlande. 1V. 872.
18.	-	Finanzministerium.	Stempelfreiheit der Quittungen uber unfirirte Didten. IV. 816.
19.	7	Ministerien.	Migbrauch flempelfreier Attefte ic. und beffen Beftrafung. 1V. 814.
19.	-	Ministerien.	Familien Stipenbien ohne Alsterbochfte Genehmigung. IV. 923.
21.	-	General=Poftamt.	Berfebr ber Sandlungsbaufer mit den Poffamtern. IV. 820.
21.	_	Ministerium bes Innern und der Polizei.	Befehung ftabtifcher Tobtengra- ber: Stellen. 1V. 855.
21.	-	Daffelbe.	Brandverlufte bei versicherten Mobilien. IV. 906.
22.	_	Reg, zu Frankfurta. d. D.	Stimmrecht der Mitbesiter von Rittergutern bei Landrathe- wahlen und Bahlbarteit der- felben, IV. 786.
22.	-	Minifterium der geiftli- chen ac. Ungel.	Emeritirung evangelischer Pfar- rer. IV. 831.
23.	_	Ministerium des Ronigl. Saufes.	

. ,	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfå- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ser Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
23.	Oftbr.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Autorifation der Bormunder in Auseinanderfegungs : Sachen. IV. 826.
23.	-	Konfistorium in Magdes burg.	Busammenfunfte in Spinnstuben. IV. 882.
23.	-	Ministerium bes Innern und der Polizei.	Laubflumme als mandernde Bandwerfegefellen. IV. 885.
23.	-	Daffelbe.	Denungianten-Untheile der Gens darmen, IV. 898.
23.	-	Daffelbe.	Denunzianten-Untheile an ben Strafen fur verbotenes La- backrauchen. IV. 900.
24.	-	Daffelbe.	Unstrengung von Prozessen Rasmens der Gemeinden. IV. 855.
24.	-	Daffelbe.	Niederlaffung Sachsischer Juden in den ebemals Sachfischen Landestheilen. 1V. 872.
25.	-	Daffelbe.	Dieziplinar . Berfahren gegen Berwaltungsbeamte. IV. 777.
25.	-	Ministerien.	Rommunal . Besteuerung der Saltung von Pensionaire in Gymnasialstädten. IV. 861.
26.	-	Ministerium des Königl. Hauses.	Unterhaltung von Obsibaumen seitens der Domainenpachter. 1V, 796,
26.	-	Ministerium bes Innern.	Bertheilung der Rommunalla- flen bei Pargelirungen von Bauergutern. IV. 862.
27.	-	Kabinets:Ordre	Einfaufegelder in den noch nach frembherrlicher Gefeggebung verwalteten Gemeinden. 1V. 860.
27.	-	beegt.	Militairdiensipflicht der Schuls amts. Kandidaten. 1V. 933.
28.	-	Ministerium des Innern und ber Polizei.	Pramien fur Schutenkonige u. Schutengilben. 1. 124.
28.		Ministerium des Konigl. Daufes.	Diensteinkommen ber Domais nen-Rentbeamten, IV, 790.
28.		Minift. der geiftl. u. Un- terrichts. 2c. Ungel.	Beauflichtigung bestrafter jusgendlicher Berbrecher. IV. 881.
29.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Beimathicheine aus den deutsichen Bundesstaaten. IV. 787.
29.	-	Regierung zu Duffeldorf.	Unlegung von Feld-Biegelofen. IV. 921,
30.	-	Miniflerium des Innern.	Bandernde jübische Sandwerks- gefellen des Auslandes. IV. 886.

Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	Inbalt. 23fter Sabrgang. 1839. Beft. Geite.
31. Oftbr.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Pafipflichtigfeit ber in. u. aus- landischen Granzbewohner. 1. 70.
31. —	Ministerien.	Städtische Lofale zur Erhebung ber Mahle u. Schlachtsteuer. 1V. 857.
31. —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Ausschließung judischer Stadts verordneten von den Bablen der Landtags. Deputirten. IV. 866.
31. —	Ministerien.	Speditions, und Kommissions, geschäfte im Umberziehen. IV. 911.
1. Novbr.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Bahlstimmen für Minorenne in Kommunal-Landtags-An- gelegenheiten. 1V. 865.
2	Daffelbe.	Legitimation der mit Gewerbes fcheinen verfebenen Reifenden. 1V. 883.
3. —	Ministerium des Konigl. Saufes.	Bureaufoffen der Domainen: Rentbeamten. IV. 792.
3. —	Ministerien.	Erorterung der Bedürfniffrage bei neuen Mühlenanlagen ic. 1V. 908.
4. —	Ministerium ber geiftl.	Bestätigung der Land = Dechansten 2c. IV. 832.
4. —	Ministerium des Innern und der Polizes.	Einfaufsgelder in den noch nach fremdherrkicher Gefetgebung verwalteten Gemeinden. IV. 859.
5. —	Minifterien.	Beirathefonfenfe fur Civilbe, amte. 111, 530.
6. —	Ministerium bes Innern und ber Polizei.	Stimmrecht der Mitbesiter von Rittergutern bei Landraths- wahlen 2c. IV. 787.
6. —	Ministerien.	Strafe für feuergefährliches Las bactrauchen in Forften und Baiben. IV. 902.
7. , —	Ministerium des Innern und der Polizei.	Unstellung gedienter Unteroffis we bei der Landgendarmes rie. 1V. 875.
7. —	Daffelbe.	Nadweis der rechtmäßigen Bers laffung bes bisberigen Ges findedienftes. IV. 879.
9. —	Finanzministerium.	Berwaltung u. Berwenbungs, Nachweis ber Chausses Pens stonen. IV. 914.

;	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23ster Sahrgang. 1839. Heft. Seite.
9.	Novbr.	Minift. ber geiftl. u. Des	Magregeln gegen die Schaf:
10.	-	dizinal:Ungel. Ministerien.	pocken-Seuche. IV. 929. Nachträgliche Einstellung früher dreimal zurückgestellter Mili- tairpflichtigen. IV. 932.
11.		Ministerium des Jennern und der Polizei.	Ausübung der Kammerei-Jag- den. 11. 331.
11.	- ·	Daffelbe.	Regulirung der Burgers u. Einstaufegelder. 1V. 857.
11.	-	Daffelbe.	Mominifrations. Afte für Bobl- thatigfeits. Anftalten. IV. 923
12.	-	Minist. ber geiftl. u. Un- terrichtse ic. Angel.	Reife - und Umjugetoften der Gymnafial-Direktoren u. Leb- rer. IV. 838.
12.	_	Ministerium bes Innern	Banderpaffe über das 30ffe Les
14.	-	und der Polizei. Dasselbe.	benejahr binaus. IV. 884. Militair-Uniform neben ber Ci- vil-Uniform. IV. 775.
14.		Ministerium des Konigl. Saufes.	Beitritt ber Domainenpachter zu Sagelichabene Berficherungen. 1V. 797.
14.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Aufgebote und Trauungen der Juden. IV. 836.
15.		Ministerien.	Berminderung des Porto's bei portopflichtiger amtlicher Kor- respondeng. 1V. 782.
15.	-	Ministerien.	Stempelfreiheit für die Beug- niffe der Elementar Schul- amte: Randidaten u. Afpiran-
٠			ten. 1V. 845.
16.	-	Ministerien.	Berhaltniffe der bei ben Eifen- bahnen angestellten Beamten. 11, 460,
16.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Etate für die Rreis : Rommus nal-Fonde. IV. 867.
17.	-	Ministerium des Konigl. Saufes.	Retablissementsbauten auf verspachteten Konigl. Domainen. 1V. 798.
17.	_	Daffelbe.	Stempelfreiheit ber Quittungen über unfixirte Diaten. IV. 816.
18.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Polizeiliche Rontrolle gegen die
18.	-	Daffelbe.	Schleichbandler. 1. 73. Pramien für Genbarmen. III. 658.
18.		Ministerien.	Sition von Urfunden feitens der Berwaltungsbeborden. IV. 783.

	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfus gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fier Jahrgang. 1839. heft. Seite.
18.	Novbr.	Ministerium des Innern	Musubung der gepachteten Jagd
18.	-	und der Polizei. Daffelbe.	durch Stellvertreter, 1V. 809. Polizeiverwaltung in Rammes reidorfern. 1V. 874.
18.		Daffelbe.	Seifenfiedereien und Lichtziebes
19.	-	Daffelbe.	Sannoveriche Paffe, Banbers bucher u. Legitimationsicheine. I. 182.
19.	_	Daffelbe.	Richtbewilligung von Reifeto- ften fur Zeugen in abmini- ftrativen Untersuchungen, IV.
-			784.
19.	-	Daffelbe.	Babl u. Bestätigung ber Mas giftrateperfonen. 1V. 848.
19.		Daffelbe.	Amtliche Ausfertigungen 2c. in Polizeifachen feitens der Mas giftrate. 1V. 873.
20.		Ministerium des Konigt. Saufes.	Baubolg aus Königl. Forffen gu Kirchens, Pfarrs u. Schuls bauten. IV. 804.
20.		Finanzministerium.	Unwendung des Zollgewichts. IV. 813.
21.	-	Minift. ber geiftl. u. Une terrichtes ic. Angel.	Belchaffung bes von bem Fis- fus ju Kirchen =, Pfarr -, Schul: und Ruflerhausbaus ten ju verabreichenden Hols jes. IV. 834.
21.	-	Ministerium bes Innern und der Polizei.	Amtliche Ausfertigungen feitens der Dominien. IV. 867.
21.	· , ·	Minifterien.	Sewerbebetrieb im Umbergieben obne Rinder. IV. 911.
22.	-	Ministerium 'des Innern und der Polizei.	Fortlaffung unfittlicher Schrif- ten aus ben Bucher-Auftions- fatalogen. IV. 876.
22.	- ,	- Juftisminifterium.	Detentiones u. Transportfoffen für unvermögende Berbrecher. IV. 891.
23.	-	Minift. ber geifil. u. Un- terrichtes ac. Angel.	Bedeutung ber Progymnafien. 1V. 840.
23.	_	Ministerium des Innern und der Polizei.	
24.	-	General Popamt.	Rombinirung von Poff-Erpedi- tionen mit Steuer-Debefiellen. IV. 818.
25.	0	Miniflerien.	Mebenamter ber Regierungebes amten. 1V. 773.

;	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlassen worden.	Inhalt. 23ser Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
25.	Novbr.	Minift. ber geiffl. u. Unsterrichtes zc. Angel.	Propadeutischer Unterricht in der Philosophie auf Gymnasien. 1V. 840.
25.		Ministerium des Innern	Strafverfahren gegen Stadt.
25.	-	und der Polizei. Daffelbe.	verordnete. IV. 854. Amtliche Korrespondeng mit ber Preußischen Militairbeborde in Maing. IV. 931.
25.		Finanzministerium.	Gebrauch von Radfelgen : Def= fern. IV. 917.
26.	_	Miniflerium des Innern und der Polizei.	Beaufsichtigung bestrafter Berbrecher, Bagabunden u. ar- beitescheuer Bersonen 2c. IV.
26.	_ ′	Daffelbe.	Abtretung von Grund u. Bos ben gur Erweiterung von Strafen. 1V. 920.
30.	<u>-</u>	Daffelbe.	Verzichtleistung auf Pension seis tens gewählter Magistrats, personen. IV. 849. 850, 851. u. 852.
30.	- ,	Daffelbe.	Rriterien bes feuergefährlichen Labadrauchens. IV. 901.
30.	-	Ministerien.	Bestrafung ber Schmalerung bffentlicher Bege. IV. 919.
30.	_	Minifterien.	Beibehaltung von Fuffteigen im offentlichen Intereffe. 1V. 920.
1.	Dezbr.	Finangministerium.	Unterhaltung u. Instandsetung der Kunftprafen. IV. 915.
2.		Ministerium des Innern und der Polizei.	Dienflverbaltniffe der Magiftrate gu den Regierungen. IV. 853.
3.	_	Ministerien.	Beftrafung des unbefugten Barg-
3.		Ministerium ber geifit.	Bufammentunfte in Spinnstu- ben. 1V. 881.
5.	_ 0	Daffelbe.	Mittheilung amtlicher Cirfulare an die Militairprediger. IV. 833.
5.		Ministerium des Innern und ber Polizei.	Umtesuepenfion von Kommu- nalbeamten. IV. 855.
5.	-	Daffelbe.	Beiträge ber Kirchen zu Spriten und Feuerloschgerathichaften. 1V. 900.
6.	-	Daffelbe.	Preugische Paffe für fremde Unsterthanen. IV. 882.
6.	-	Daffelbe.	Ausübung bes Schornfleinfegers gewerbes. IV. 903.

	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fter Jahrgang. 1839. Beft. Seite.
7.	Dejbr.	Rabinets, Ordre.	Preis fur die Amteblatter in
7.	_	Minifterium des Innern und der Polizei.	Diegiplinarftrafen ffir Rand.
8.	-	Ministerien.	wehrmanner. IV. 933. Unstellung und weitere Befor- berung ausgebienter Unterof- figiere in Civilamtern. IV.
8.	:	Ministerium des Innern und der Polizei.	Befreiung der gur Disposition gestellten Offiziere von Rome
9.	<u> </u>	Ministerium ber geifil.	munalbeiträgen. IV. 861. Nachweisungen von erledigten Orden und Ehrenzeichen. IV. 785.
9.	-	Dberprafib. in Cobleng.	Bertauf von Brennmaterialien fur bie armere Bolfstlaffe, 1V. 877.
10.	-	Ministerium des Innern und der Polizci.	Dypothefarifde Bermerte aus
10.	-	Daffelbe.	Ablofunge: Rezessen. 1V. 827. Unstellung ber Sausväter in den Straf= und Besserunge. Uns fatten. 1V. 895.
12.	1	Ministerium des Ronigl.	Borfchlage zu neuen Solztaren.
13.	-	Ministerien.	Stempel ju Beflätigungen von Sagdverpachtunge-Berträgen. IV. 808.
13.	- :	Oberprafib. in Dunfter.	Befchrantung neuer Anfiebelun= gen auf bem Lanbe. 1V. 870.
13.	· —	Ministerium des Innern und ber Polizei.	Detentionekoften fur aufgegrif, fene Bettler und Bagabun- ben. IV. 886.
13.	-	Daffelbe.	Detentions = und Transportfo. ften fur unvermögende Bers
14.	-	Ministerium des Konigl.	brecher. IV. 890. Aufstellung von Forstarten. IV.
15.	-,	Daffelbe.	803. Parzellirungen abgabenpflichtis ger oder grund, und forsibes rechtigter Grundstücke. IV. 800.
15.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Berbaltniffe der Privat. Spar. faffen-Bereine. IV. 871.
5.	-	Ministerien.	Entschadigungen für Militair= Ubungeplage. IV. 935.
16.	-	Suftizminifterium.	Pafpflichtigfeit ber in- u. aus- landischen Granzbewohner. I. 70.
			D

	Datum. 1839.	Beborde, von welcher die Berfü- gung erlassen worden.	Inhalt. 23ster Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
16.	Degbr.	Ministerien.	Ausübung der Jagdgerechtigfei=
16.		Ministerium des Innern und der Polizei.	ten, III. 566, Didten fur Ofonomie-Rommiffa- rien, IV, 821, u, 823.
16.	-	Minift. d. geifil. u. Un= terrichtes 2c. Ungel.	Berrichtung pfarramtlicher Ge- fchafte mabrend ber Bafang. 1V. 833.
16.	-	Ministerium des Innern und der Polizei.	Diaten und Reifekoffen fur die Bezirkswähler bei Bablen der Landtags = Abgeordneten. IV. 865.
16.		Daffelbe.	Bollftrectung von Polizeiftrafen auf Requisition ausländischer Beborden. IV. 875.
16.	-	Daffelbe.	Genehmigung zu Bermachtnife fen an milbe Unstalten. IV. 922.
17.	-	Ministerien.	Diaten u. Reifefoften der Rreise tags:Abgeordneten zc. 1V. 811.
17.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Trennung der Straflinge nach Gefchlecht u. Alter. IV. 896.
17.		Daffelbe.	Legitimationsscheine für Musi-
17.	-	Daffelbe.	Abschaffung von Binden und abnlichen Vorrichtungen an ben Saufern nach ber Strage
18.	-	Finanzministerium.	binaus. IV. 921. Unfaufe von Privatgebauden
18.	-	Minifterium des Innern.	für difentl. 3mede. IV. 778. Preis für die Amteblatter in
18.		Ministerium ber geistlischen zc. Ungel.	der Provinz Posen. IV. 782. Prüfung auständischer Randi- daten für inländische Pfarrs ämter. IV. 834.
19.	-	Ministerium des Innern.	Ablofung von Sagbberechtigun-
20.	-	Ministerium des Konigl. Saufes.	gen. IV. 810. Ausweise über die Kontrakts- verbindlichkeiten der Domai- nenpachter, IV. 794.
20.	-	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Bergichtleiftung auf Penfion feistens gemablter Magiftrats=
28.	- 1	Ministerien.	Bertebr ber Schriftsteller mit ihren eigenen Schriften. IV. 876.
28.		Ministerien.	Erlaubte Ausspielungen in Prispotagirfeln. IV. 880.

Datum. 1839.	Beborde, von welcher bie Berfti, gung erlaffen worden.	Inhalt. 23fter Jahrgang. 1839. Beft. Seite.
30. Dezbr.	Ministerium des Innern . u. d. Polizei.	Berichtserstattungen über Su- risbiftionsveranderungen. IV. 780.
30: -	Ministerien.	Anordnung u. Ausführung von Bolfsjagben. IV. 810.
30. —	Minifterium des Innern u. d. Doligei.	Anordnungen für das jubifche Begrabnigmefen. IV. 837.
31	Ministerium bes Konigl. Saufes.	Stellvertretung bes Kistus in Separations, 1c. Angelegen, beiten, 1V, 798.
31. —	Minifferium ber geiftlis chen ic. Angel.	Regulirung des Interimistici bei Edulbauten. IV. 841.
31. —	Minifterien.	Stempelgebrauch zu Beftatigun- gen von Magifratebeamten.
31. –	Minifterien.	20. 852. Berrechnung ber Strafen fur bas freie Umberlaufen unge-
31. —	Ministerium des Innern u. d. Polizei.	Enuttelter Gunde. IV. 899. Berhaltniffe ber Beamten bei ben Rreisbirektionen ber Land. Feuerfogietaten. IV. 904.
31	Ministerien.	Betrieb Des Schneiderhandwerfs im Umbergieben. IV. 912.
31. —	Ministerien.	Gewerbescheine fur umbergies bende Thierfubrer. IV. 913.
31. —	Finanzminifterium.	Gebrauch von Radfelgenmessern.
1840.	,	-
10. Februar.	Ministerium des Innern und der Polizei.	Dienstuniform ber Diffrittes Rommiffarien. IV. 776.
29. Marz.	Ministerien.	Berfahren gegen fcmebifde Schiffemannichaften. 111. 674.
12. April.	Ministerien.	Erorterung ber Bedurfnißfrage bei neuen Mablenanlagen,

B.

Fur bie auslandifche Befeggebung.

Datum.	Beborde, von welcher die Berfu- gung erlaffen worden.	Inhalt. 23sier Jahrgang. 1839. Heft. Seite.
1838.	5 1 6 .11 NIL	C44
16. Mai.	Bergogl. Sachsen-Alten- burgifches Regulativ.	Führung von Ortschronifen durch Die Geiftlichen. II. 511.
28. Juni.	Konigl. Burttembergi- fches Minifterium des Innern.	Gewinnung bes urfprünglichen Impffioffes fur die Schus- poden-Impfung. II. 518.
1839.	et : 1 Etter m:	00
10. Januar.	Ronigl. Sachfische Mis nisterial-Verordnung.	Regulirung der Amtseinfunfte der Superintendenten. 111. 770.
19. Februar.	desgl.	Unzeigeberichte über außerordent- liche Borfalle. III. 759.
20. —	desgl.	Berichtberstattungen in polizeis- lichen Untersuchungsfachen. 1. 268.
25. April.	besgl.	Unstellung von Apotheten : Re- visoren und Instruktion für diefelben. 1. 264.
3. Mai.	Koniglich Sannoversches Ministerium des In-	Banderpaffe ber Sanbwertiges
6. —	Konigl. Gachfifche Ber-	
6. —	desgl.	Aufenthaltegestattung fur ins und ausländische Juden. 111. 768.
23. —	beegt.	Belehrung ber ju einer andern christlichen Ronfession überstretenden. 1. 262.
28. —	beegl.	Cenfur ber über firchlich reli- gibfe Gegenstande erfcheinens ben Drudichriften. 1. 260.
13. Juni.	desgl.	Anordnungen für das Lohnfuhrs welen. 111. 764.
30. Juli.	besgl.	Berfahren mit aufgefundenen Leichnamen. III. 763.
is. Dezbr.	Königlich Burttembergis fches Ministerium bes Innern.	Bollziehung und Sandhabung der Ausweisungs-Erkenntniffe gegen Auslander. II. 517.

Datum.	Beborde, von welcher die Verfü, gung erlassen worden.	In halt. 23fter Jahrgang. 1839. Heft. Geite.
1840. 4. Marg. 5. —	Großberzogl. Babenfche Berordnung. Fürftlich Schwarzburg. Sondershaufenfche	Schulunterricht für die in den Kabriten beschäftigten Kinder. 1V. 936. Berordnung gegen Thierquales rei. 1V., 938.

Sach = Register.

Bemerkung. Die erfte romifche Bahl bezeichnet das heft, die zweite deutsche und folgende die Seiten.

21.

Digaben, flabtifche, in die Sypothetenbuder eingetragene, durfen von den Ortebeborden nicht verschenkt werden. 11.395. f. — f. auch Gemeinde Ubgaben, desgl. Grundfleuer, Rlaffenfleuer, Gemerbefleuer ze.

Ablbfungen, Wahrnehmung der Patronatrechte der Königl. Domais nen bei solchen. II. 358. — von Domainen-Erbpachten und Erbzinsbeträgen. I. 16. — II. 310. f. — von praenumerando fälligen Domainen-Prästationen. II. 311. — Berwens dung der Absindungskapitalien in solchen. I. 94.—96. — desgl. dersenigen für Lehn, und Fideikommißguter. I. 95. — III. 613. — Bermerfe aus den Nezessen über dies, in den Sypostbekenbüchern. IV. 827.—830. — von Laudemien. II. 504. — III. 607.—611. — von Jagdgerechtigteiten. II. 331. — IV. 810. — von Fischerei-Berechtigungen. I. 96. — von Diensten, Berechnung der Einrichtungskosten bei solchen. II. 364. — der für die Universität Breslau und die beiden Schlesischen Schulsonds reservirten Steuern aus den ehemaligen gesüllichen Gütern, I. 104. f.

Absolutio ab instantia, siehe Freisprechung. Adern, ift nabe am Grabenrande der Chausseen ftrafbar. I. 230.

Abler, Ronigl., darf in den offiziellen Siegeln der Rittergutebefiger und Dorfichulzen nicht angebracht werben. 111. 658. — findet in der Proving Pofen noch ftatt. 111. 658.

Agenten, von Feuer. und Lebensversicherungs Gesellschaften, beren Bestätigung in ben Amtsblattern. 1. 9. — von Mobiliars Feuerversicherungs Gesellschaften, beren Legitimation bei ben Molizeibehorden. 1. 213. — fur die Leipziger in den diesseitigen Staaten. I. 214. — besgl. fur die Londoner Universals Alfekurang-Rompagnie. 11. 415. f.

Aggravations-Rechtsmittel, in wie fern foldes in fisfalischen Untersuchungen wegen Ehrenkrankungen in amtlicher Birksame feit zuläffig ift. III. 534. ff. — Erbohung von Disziplinarsftrafen gegen Beamte in der Aggravations-Instanz. III. 536.

Atademifche Borlefungen, fiebe Universitaten.

Atten, deren Ebition feitens ber Bermaltungsbeborben in ftreitigen Rechtsfachen. 11. 285. - 11/2 783. - fistalifche, ebirte im Bereiche der General-Rommiffionen, Bebandlung, Aufbemab.

rung und Ructlieferung berfeiben. II. 355. ff. Aftien, von Privatunternehmungen, beren Berfendung mit der Poft, gleich fourshabenden Papieren. 11. 352.

MItar, teffen Stellung bei Rirchenbauten. III. 615.

Umtliche Musfertigungen, deren vollftandige und leferliche Bolls

giebung. 11. 285.

Umteblatter, Berabfolgung eines Freierempl. berf. an bie Guper. intendenten. 11. 287. - beren Saltung von den fadtifchen Beborden. L. 7. - toftenfreie Mufnahme ber Befanntmachungen ftanbifcher Inftitute (Feuer: Gogietaten, Landarmen-Unftals, ten ac.) in dief. II. 287. - Infertionegebubren fur dief. mes gen verlorener Gewerbescheine. II. 288. - beegl. fur Gub. baffationspatente in der Rheinproving. II. 289. - unentgelbs liche Aufnahme ber Aufforderungen an Militairpflichtige aus ben beutschen Bundesstaaten in bief. II, 290. — Infertionstoffen fur die Befanntmachungen in benf. megen Bestätigung von Ugenten. I. 9. - besgl. fur Befanntmadjungen in denf. wegen geftohlener und als verbachtig angehaltener Sachen. 111. 543. — in der Proving Pofen, in beutscher und polnisischer Gprache, fur 1 Thir. den Sabrg. IV. 782. — Angeis ger ju denf., Berabfolgung deffelben an die Gendarmen. . 8.

Amtstautionen, beren Leiffung nach verbeffertem Dienfteintommen. L. 40. - beegl. feitens ber Steuerbeamten. L. 40. - der Salzwarter. L. 41. - beren Leiftung bei fombinirten Doft. expeditionen und Steuer-Bebefiellen. III. 569. - IV. 818. -Anordnungen fur beren Rudjablung. L. 13. f. 98. f.

Umtsfuspenfionen, dazu bedarf es der Genebmigung des Depar-temente, Chefe. 111. 538. — beren Berbangung gegen Rommunalbeamte. IV. 855. f. - ftadtifcher Polizeibeamten. 11, 413.

Un = und Ubmelbungen, fiebe Melbungen. Unfiebelungen, auf bem Lande in ber Proping Befiphalen, beren Befchranfung. 1V. 870. — auf ben ju ben Stabtlgebieten geborigen Feldmarten in ber Proving Befiphalen. II. 394.

f. auch Diederlaffungen.

Unftalten, milde, fiebe Stiftungen. Un fell ungen, im Civildienste, Berleibung ber Gabigfeit ju benf. an Richtbeanspruchte. II. 269. — von Offizieren, erft nach amblifidbriger Dienstzeit. L. 1. — gebienter Unteroffiziere, nach zwolffidbriger Militairdienstzeit, unter Anrechnung der Dienstzeit als Bice-Unteroffiziere, II. 271. f. — 1V. 774, f. — desgl. als Dolizeibeamte. II. 273. - verforgungeberechtigter Milis tair-Invaliden,' in Dienerstellen bei Rreibe und Lotalbetorden. II. 272. f. - von brauchbaren Militair-Unmartern im Grangauffichtedienfte. L 39. - f. auch Civil: Supernumerare, Burgermeifter, Magiftrateperfonen ac.

Apotheten, Ronigl. Gadfifche Inftruttion uber deren Revifionen.

1. 264.

Mpotheter, Suhrtoften fur dief. bei Upotheten, Bifitationen. IV. 927. Apothefer Lebrlinge, beren Qualififation. II. 480. Arbeitebaufer, Detentionen in benf. auf eine gemiffe Dauer. I. 197. f.

Archive, Edition von Aften und Urfunden aus denf. in ftreitigen Rechtesachen. 11, 285. — 1V. 783.

Arme, Beschaffung und Berfauf von Brennmaterialien fur bie der mere Bolfeflaffe. IV. 877. f. — Stempelsteuer von Bersmächtniffen fur folche. I. 240. — Franke, Belohnung fur die benf. geleistete drattiche Bulfe. II. 475. — fann aus Staatestaffen nicht gewährt werden. III. 720. — verstorbene, deren Beerdigung. III. 716. f.
Armee Uniform, deren Tragung neben ber Civil-Uniform. IV. 775.

Armee Uniform, beren Eragung neben ber Civil-Uniform. IV. 775. Urmen fonds, fabtifche, beren Berwaltung unter Konfurreng Der Stadtverordneten. L. 114.

Armentaffen, flabtifche, benfelben fteht als folden Die Stempel. u. Sportuligreiheit in Prozessen nicht zu. I. 239. — Deren Errichtung in Dorfern. I. 241.

Urmenpflege, fur die Angeborigen aftiver Militaire. II. 471. ff. -

vorübergebende, fur Muslander. 1. 243.

Mrmen verband, gemeinschaftlicher, Bereinigung einzelner Ortichafsten gu foldem. L. 241.

Urrefthaufer, in der Rheinproving, deren Bisitation durch die Jufligbeborden. L. 203.

Artilleric. Inspettionen, deren neue Einrichtung. III. 727. f. Arzeneimittel, zubereitete, mit solchen fleht nur den Apothekern ber Hondoel zu. II. 481. — hombopatische, deren Bereitung. III.

Arzte, praktische, Immatrikulation und Julassung bers. zum ferneren Besuche akademischer Bortesungen. 111. 634. — unentzeldliche Auskiellung von Attelken für Strästlinge seisens bers. 1. 200. — Belohnung ders. für die Kur armer Kranken. 11. 475. — solche kann aus Staatskassen nicht gewährt werden. 111. 720.

Msphalt, Anwendung einer Mifchung von foldem zu Dachdedungen. 1. 237.

Atte fte, flempelfreie, Bestrafung beren Migbrauchs zu andern fiempelpflichtigen Geschaften. IV. 814. f.

Muffauf, im Mublande, und Biedervertauf im Inlande, beffen Delsbung und Gewerbefcheinelbfung fur benf. 1. 226,

Muttionatoren, beren Kongeffionirung reffortirt vom Finangminis flerio. 1, 215.

Auseinanderbau, in Dorfern, deffen Berudfichtigung bei Entwerfung von Separationsplanen. 11. 365. Ausgewiesene, Berfahren mit dens. im Burttembergischen. 11. 517.

Ausgewiesene, Verfahren mit benf. im Wurttembergischen. 11. 517. Ausland, Berhaltnisse ber in bemf. sich niederlassenben preugischen Unterthanen, III. 547—549. — auslandische Behörden, Bolls ftredung von Polizeistrafen auf Requisition berf. IV. 875.

Aus Eld nder, Pagertheilungen an dief. im Insande. I. 179–181. —

IV. 882. — beren Niederlassung in den diesseitigen Staaten.

III. 549. — vorübergehende Armenpstige für dies. I. 243. —

Legitimation ders. zum Gewerbektriebe im Umberziehen. II.

449. f. — reisende, mit Gewerdescheinen versehene, deren Legitimation. IV. 883. f. — aus den zollvereinten Staaten, Hausstrandel ders. III. 712. — Legitimations Zeugnisse für dies. III. 712. — Legitimations Zeugnisse für dies. III. 712. — Dausirhandel ders. mit Eichteppichen, Holzstässen und Körben. III. 713. — desgl. mit groben hölzgernen Waaren. III. 714. — darf bens. mit Fliegenwedeln nicht ferner gesiattet werden. III. 715. — siehe auch Hausstradel, Gewerdsscheine is.

Musspielungen, unbedeutender Gegenftande, auf Deffen, Sabr-martten, Schugenfeften ac. 111. 667. f. - erlaubte, in Pri=

patzirfeln. IV. 880.

Musmanderungen, nicht ju gemabrende, beren Burudweisung obne Unfrage. I. 10. — einstweilen unbenutt gebliebene Ronfense ju denselben, Verfahren mit solchen. I. 11. — Verluft des Beimatherechts in Kolge berf. IV. 788. — Biffrung der Paffe ju solchen durch Nieberlandische Gefandtschaften. I. 183. nach Rufland und Polen, Anordnungen fur bief. II. 293. nach Gerbien burch die ofterreichischen Staaten. IV. 789.

Baben, Großbergogthum, Schulunterricht fur bie in ben Fabrifen beichaftigten Rinder. IV. 936. ff.

Bauangelegenheiten, Stempelfreiheit in benf. II. 346. ff.

Bauerguter, (Bauerbofe), Bertheilung ber Rommunallaften bei bes ren Pargellirungen. IV. 862, f. - Belaftung berf. mit Schule den. III. 599. ff. - Ungulaffigfeit ber Trennung bauerlicher Grundflude von den Gemeinden, welchen fie angeboren. L.

Baubols, ju Rirchen, Pfarr, oder Schulbauten, deffen Befchaffung, refp. Berabfolgung aus Konigl. Forften. IV. 804. ff. 834. 842. ff. - f. auch Domainen und Forftbauten. Bauinfpeftoren, Begirte; Aufnahme ber Gebaude Inventarien

und Situationsplane von den Domainen Bormerfen durch dief. 111. 559.

Baufondufteure, Rreis-Rommunol., beren Unftellung. III. 745. Bautontraventions: und Straffachen, Refursverfahren in denf. L 236.

Baurevifionen, auf Ronigl. Domainen Borwerten, Unordnungen fur bief. 11. 299 - 309.

Bauten, , Wiederaufbau abgebrannter Gebäude in Beziehung auf Feuersozietats = Berbaltniffe. III. 694. f. — verbotwidrige Borbaue an den Saufern. L 236. — flabtische, beren Auss führung unter Ronfurreng der Stadtverordneten. L. 113. f. auch Museinanderbau, besgl. Domainen-, Forft-, Rirchen-, Pfarre und Schulbauten.

Beamte, beren gerichtliche Bestrafung wegen begangener Pflichtwis brigfeiten. III. 531. — auf Probe angestellt, beren Wiederentlassung. II. 270. — augleich als Landwehr Offiziere dies nend, Benachrichtigung der Militairbeborden von deren Ber-geben und Entlassung. 1. 2. 97. — suspendirt gewesene, Gna-Dengebalts. und Sterbemonats : Betrage für beren Binterblie= bene. I. 3. — fidnbifiber Institute, beren Entlassung und Dienstentfegung. 11. 391. — von Schüßengilben und Rorposrationen, beren Bereibung. 11. 390. 460. — bei ben Eisenbabe nen. II. 460. — f. auch Dienstvergeben, Chrenkrantungen ic. Bebachungen, feuerfeste, siebe Dachbedungen.

Beerdigungen, verflorbener Armen. III. 716, ff. — Gebrauch bes Sarges bei folden. III. 716. — Aufbringung der Stolges buren bei benf. III. 717. — aufgefundener Leichname, Auf-

bringung ber Roften fur folche. III. 719. - der Juden, Un: ordnungen fur dief. IV. 837.

Begrabnifplate, beren Anlegung und Erweiterung. III. 626. ff. Beigeordnete der Burgermeifter, in der Rheinproving, fiche Burgermeifter.

Betannt madungen, von ber Rangel, in wie fern folche noch gulaffig find. IV. 835. - f. auch Umtsblatter.

Beleidigungen, fiebe Ehrenfranfungen.

Belgien, Ronigreid, Bertebr durch Die Briefpoffen nach bemf. III.

Berichte, beren Erstattung über beabsichtigte Jurisdiktions Berandes rungen. 1V. 780. — desgl. über Gefahrdung der öffentlichen Sicherheit auf Landftragen. 1. 187. — II. 352. — über aus ferordentliche Vorfalle, Königl. Sachsische Verordn. wegen berf. 111. 759.

Bernftein, rober, mit foldem ift fein Saufirbandel gestattet, mobl

aber mit Bernfteinmaaren. 11. 454.

Befchwerben, gegen administrative Entscheidungen, Berfahren ruckfichtlich berf. 111. 542. — über Berfügungen ber Berwals
tungebehörden, fonnen an feine Praflusivfrift gebunden werben. 1. 6.

Befinnahme, widerrechtliche, Befchunung bes fladtifchen Eigenthums gegen bief. L. 122.

Besoldungen, (Gehalter) neue und Julagen, Stempelanwendung au den Duittungen über dies. III. 551. ff. — Abzüge von dens. für Glaubiger bleiben bei der Kommunal. Einkommenssteuer unberücksichtigt. III. 650. f. — für Magistrats-Subaleternen, deren Regulirung. L. 116. — niedrigere, für städtissche Burgermeister, deren heimliche Berabredung ist strafbar. L. 117.

Betteln, polizeiliches Strafverfahren gegen fich umbertreibende Rna-

ben megen deffelben. I. 169.

Bettler, Aufbringung der Koffen fur beren Aufgreifung, Transport und Einsperrung. IV. 886-890. — in offentlichen Unftalten detinirt, beren Uberlassung zu Privatbienften. L. 206. f.

Bibeln, beren Ubfat durch haustrende Boten darf nicht fattfinden. II. 417.

Bilber, mit folden barf tein Saufirbandel fattfinden. II. 449.

Bittichriften, (Gefuche, Eingoben ic.) der Subalternenbeamten ber General = Rommiffionen. III. 596.

Bordelle, deren Unterdrudung. 11. 421. ff.

Bordellwirthe, Erziehung deren Rinder auffer ibrem Saufe. 1 169. Brandfiftungen, polizeiliche Ermittelung derf. L 189.

Brandverlufte, angebliche, bei verficherten Mobilien, polizeil. Ber-

fahren rucffichtlich derf. IV. 906. ff.

Branntwein, fiebe Getrante, geistige, Deegl. Schantwirthichaften. Branntwein brennereien, Kontrolle ber Maifch Mefervoirs in Denf. L. 52. — Detail. Bertanf bes eigenen Fabrifats in Denf. II. 445. f.

Brauereien, Detail-Bertauf des eigenen Fabritats in denf. II. 445. f.

Brennholz, fiebe holz und holzvergutungen.

Brennmaterialien, Befchaffung und Berfauf berf. fur bie dramere Boltstlaffe. IV. 877. f.

Briefe, deren Abholung fur Sandlungshaufer von ber Poft. IV. 820.
— refommandirte, deren Bestellung. 1. 27. — mit Proben oder Mustern, strengere Kontrollirung ders. III. 591.

Briefpoften, Bertebr burch bief. nach Franfreich, Belgien und ben Diederlanden. 111. 595.

Bucher, Muttions = Rataloge, Fortlaffung unfittlicher Schriften aus benf. IV. 876.

Bundesstaaten, deutsche, Beimathicheine nach benf. III. 546. -Berfahren mit dergl. aus denf. IV. 787. - Berfahren bei Berbeirathungen mannlicher Unterthanen aus benf. mit biese feitigen Inlanderinnen. 11. 290. - 2Banderpaffe nach benf. und deren außerhalb des Bundesgebiets belegenen Provingen und Landestheilen. 111. 675. f. - unentgeldliche Mufforde. rung ber Militairpflichtigen aus benf. burch die bieffeitigen Umteblatter. 11. 290.

Burgermeifter, beren Wahl und Bestätigung auf Lebenszeit. IV. 847. f. — Benstionsberechtigung berf. IV. 849. — Bergichts leiftung bers. auf Pension. IV. 819. ff. — Strafbarkeit ber Babl berf. unter beimlicher Berabredung niedrigerer Befoldung. 1. 117. - fonnen den fruberen Titel als Deferendarius nicht beibehalten. III. 635. — interimiftifch angestellte und bemnachft ausgeschiedene, fonnen feine Pention erhalten. II. 386. — in ber Mbeinproping, beren Stellvertreter als Beigeordnete. 11. 389. - fiebe auch Magifirateperfonen.

Burgermeifter. Stellen, Bulaffung ju Prufungen fur folche.

11. 383.

Burgernugungen, beren Einziehung und Biedergemabrung feitens ber Stadtverordneten. III. 647. - f. auch Einfaufegelder und Gemeinderechte.

Burgerrecht, Geminnung beffelben jum felbfifdndigen Gewerbebe-triebe. I. 126. — Betrieb gewiffer Gewerbe nur nach Erlangnng beffelben. 111. 696. - Ausschliegung von bemf. wegen erlittener Strafe fur begangene Berbrechen. L 125. - beffen Bewilligung fur naturalifirte Juben. 11. 401.

Burgerrechtegelber, Gingiebung berf. mit iconender Berudfichtigung ber perfonlichen Berbaltniffe. 111. 648. - beren Reque lirung mit Berudfichtigung von Gintaufsgelbern. IV. 858. f.

(Ca:, Cl., Co., Cu., fiebe Ra., Rl. u. f. m., mit Musichlug ber Eigennamen.).

Cenfur, der von Privatpersonen jum Drud bestimmten Berfügungen ber Beborden. II. 284. - firchlich = religiofer Drudfchriften im Ronigreiche Gachfen. L. 260.

Chauffee: Etabliffements, auf Ronigl. Forftgrunde erbaut, fpater aber entbebrlich geworden, beren Unfanf. L. 17. f. 38.

Chauffeegeld=Abonnements, follen in Fallen, in welchen bie gange Bebeftrece benutt wird, nicht eintreten. L 229. - Des ren Borausbezahlung fur das Ralenderjahr. L. 229. f.

Chauffeen, Beforderung deren Baue burch Aftien=Bergine. 111.749. - beren forgfältige Unterhaltung und Inflandfegung. IV. 915. — Berlegung ber Fahrbabnen auf solden burch Sperrsfteine. II. 458. f. — ftrafbare Auflockerung des Grabenrandes an denf. 1. 230. — Strafen fur mangelhafte Beaufsichtis gung des Fuhrmerts auf denf. L. 228 - Gebrauch von Rade felgen . Deffern jur Rontrolle der Fracht. zc. Fubrwerte auf benf. IV. 917.

Chauffeemefen, Bermaltung und Bermendungs-Rachmeis des Ben-

fions Fonds bei demf. IV. 914.

Chemische Feuerzeuge, mit folden darf fein Saufirbandel fattfinden. 11. 457. Chriftliche Ronfessionen, Ronigl. Gachfische Berordnung uber

den übertritt von einer gur andern. 1 262.

Civil. Supernum erare, Unftellung und Ausbildung von folden bei der indiretten Steuerverwaltung. 111. 571-575.

Dachdeckungen, mit Steinen, flatt mit Strob oder Schindeln. II. 469. f. in der Mheinproving. III. 715. - Unwendung eis ner Mifchung von Asphalt zu folchen. L 237.

Dampfleffel, Durchführung eiferner Rauchrobren durch den Dampf-

raum derf. 111. 687.

Dampfmafdinen, beren Bebrauch auf Schiffen. 11. 466.

Danemart, Ronigreich, Eransito. Berfebr mit bemf. auf ber Berlin-Samburger Runftftraffe. 111. 586-589.

Dechanten, gand, beren Beftatigung. IV. 832.

Degradation, Ungulaffigfeit derf. als Strafe fur Rommunalbe= amte. L. 121.

Deichbau-Angelegenbeiten, Stempelfreibeit in benf. II. 346 ff. Defanats. Archive, Saltung ber Gefes. Sammlung fur Dief. III.

Denungianten Antheile, deren Bewilligung fur Beamte ande-rer Bollvereinsflaaten, L 56. - fur Steuere und Polizeibes amte von dem Erlofe tonfisgirten Solges und Bildpretts. II. 326. ff. - ber Gendarmen an ben Strafgeldern fur das Umberlaufen ungefnuttelter Sunde, fallen fort. IV. 898. f. - von den Strafgelbern fur feuergefahrliches Zabacfrauchen. IV. 900. - finden nicht flatt von benen fur nicht feuergefahrliches La-bagfrauchen. IV. 900.

Den un giationen, gegen Beamte, Konflatirung berfelben vor Gin-leitung einer Rriminal-Untersuchung megen berf. 11. 281.

Deportation, als Strafe gegen Berbrecher, ift gur Zeit nicht aus-führbar. IV. 894. f.

Detentionen, in Arbeitebaufern, beren Ausführung auf eine gewiffe Dauer. L. 197. f.

Detention stoften, polizeiliche, beren Aufbringung fur aufgegriffene Bagabunden, Bettler und unvermogende Berbrecher. IV. 886 -891.

Deutsche Sprache, beren Anwendung als Geschäftesprache in ber

Proving Pofen. II. 283.
fixirte und unfixirte, Unterscheidung derf. IV. 816. — unfixirte, Stempelfreiheit der Quittungen über solche. IV. 816. f. Diaten, - in fommiffarischen Auftragen, deren Berichtigung. III. 636. - in wie fern folche den Domainen: und Forfibeamten gufteben. 11. 298. - fur Steuer : Unterfuchungs . Richter. 111. 575. f. - für Rlaffenfteuer . Rommiffarien. III. 653. - IV. 811. — fur die von den Regierungen und andern Beborden temporair benuften Stonomie Rommiffarien. IV. 821. ff. ber Justigkommiffarien im Reffort ber Beneral-Rommiffionen. 111. 598. f. - fur landrathl. Rreisschreiber bei Stellvertretuns Diaten, (Fortf.) gen. III. 545. - fur die Begirtemabler bei ben Bablen ber Bandtage. Abgeordneten. IV. 865. - fur Kreistage: Abgeords nete. III. 651. f. — beren Feffegung und Unweisung auf bie Rammereitaffen. III. 637. — bei außerorbentlichen Biffe

tationen der Kommunals oder Polizeiverwaltung, deren Aufsbringung. L. 111.

Diebftable; beren polizeiliche Ermittelung. I. 190. - Berbutung Diemen, Getreider, Beur und Strobe, deren Auffiellung. III. 692.

Dienftablofungen, fiebe Ablofungen.

Dienstausgaben, baare, beren Bergutung neben bewilligten Res munerationen. III. 530.

Dien fibeborde, vorgefeste, bei Rugen von Ehrenfranfungen in amtlicher Birtfamfeit. III. 533.

Diensteinkommen, ber Beamten, Ermittelung beffelben fur die Rommunal-Einkommensteuer. I. 144. Dienstentlaffungen, Berfabren gegen Beamte rudfichtlich berf. 111. 538. — ber auf Probe angestellten Beamten. II. 270. — ber Beamten fianbifcher Inflitute. II. 391. — ber Dorf-ichulgen und Schoppen. II. 405. 407. — ber Schoffen wegen begangener Felde und Forftfrevel. III. 643.

Dienftentfegung, ber Beamten fanbifcher Inftitute. II. 391.

Dien figebande, der Pfarrer und Rirchenbedienten, beren bauliche Unterhaltung. III. 619.

Dienft Bubilaen, bei folden fonnen die Rriegejahre nicht boppelt gerechnet merben. I. 2. - nur die Jahre mirtlicher Dienff. leiftung follen. gerechnet werden. 11. 270. f.

Dienfifleidung, fiebe Uniform. Dienfifiegel, ber Rittergutsbefiger und Dorffchulgen, beren Einrichs tung. III. 658.

Dienftvergeben, deren gerichtliche Beftrafung. III. 531. - welche die Raffation nach fich gieben, deren Untersuchung ift an das tompetente Gericht abzugeben. II. 279.

Dienstwohnungen, Inftandhaltung der Ofen in denf. I. 3. Dismem brationen, fiebe Parzellirungen. Diftritts. Rommiffarien, in der Proving Pofen, Uniforme Bor-fdriften fur dief. IV. 775 f. — denf. fieht die Erhebung von

Sporteln nicht ju. I. 155.
Diszip lin ar : Unterfuchungen, gegen Berwaltungsbeamte, beren koftenfreie Führung. IV. 277. — Festsehung und Unweis
sung von Zeugengebuhren in benf. III. 537. — s. auch Diensts
vergeben, Ehrenkrankungen ic.

Disgiplinar=Strafen, gegen Beamte, beren Erbobung in ber Aggravations : Inflang. III. 536. — gegen folche findet fein Milberungegesuch als Rechtemittel fatt. IV. 777. — f. auch Drdnungeftrafen.

Doftoren, der Medigin, Immatrifulation und Zulaffung berf. jum ferneren Befuche atademifcher Borlefungen. 111. 633.

Domainen, Ronigl., Babrnehmung beren Patronatrechte bei Aus, einanderfegungen, Ablofungen 2c. II. 358. — in der Proving Sachfen, Einverleibung der von denf. abgetrennten Grunds flude in den Gemeindeverband. I. 150.

Domainen. Bauten, Beschaffung bes Baubolges gu benf. u. bef:

Domainen. Bauten, (Fortf.)

fen Werthberechnung. III. 558. - von ben Raufgelbern fur Baubolg ju benf. barf feine Bebungs . ober Uberfcug-Santieme berechnet werden. III. 562. - Befchleunigung ber Retabliffementebauten auf verpacteten Domainen, IV. 798.

Domainenbeamte, durfen fur fich feine Sporteln erheben. II. 298. f. - in wie fern benf. Diaten und Aufroften gufteben. IL 298.

Domainen Einfaffen, Beitritt berf. gu Sagelichadene und Feuerverficherungen. IV. 799. Domainen. Erbrachter und Erbaineleute, Betrage berf. fur

die Erwerbung bes dominii directi. I. 16. — II. 310. f. Domainen Fiefus, Bevollmachtigung und Information ber Stells vertreter besselben in Separatione, Gervitut, und Bebntabfindungs Angel. IV. 798. — Wahrnehmung bessen Rechte bei Darzellirungen von Brivat: Grundfinden. IV. 800.

Domainen Raffen Refte, durfen von den Domainen Rentbeams

ten nicht porfcbufmeile berichtigt merben. III. 561.

Domainen pacter, beren Pacteeffionen u. Afterverpachtungen. I. 15.
— Kontrolle über die von denf. zu erfüllenden Kontrafts. Berbindlichkeiten. IV. 794. — Unordnungen für bie Erfullung der denf. obliegenden Bauverbindlichfeiten. II. 299 - 309. -Stempelpflichtigfeit des Werthe der lettern. IV. 817. — Un-terhaltung von Obsibaumen feitens derf. IV. 796. — Beitritt derf. zu Sagelfcaben=Verficherungen. IV. 797.

Domainen : Praffationen, pranumerando fallig, beren Ablofung.

II. 311.

Domainen . Ment beamte, und zugleich Korfifaffen-Rendanten, Res gulirung beren Diensteinfommens. IV. 790. - besgl. ber Bu:

reaufoften fur dief. IV. 792.

Domainen : Bormerte, Aufnahme ber Gebaute : Inventarien und Situationeplane von benf. feitens ber Begirte . Bauinfpetto. ren. III. 559. - Unordnungen fur Die Baurevifionen auf benf. rudfichtlich ber Berpflichtungen ber Domainenpachter. II. 299-309. - Musbandigung der Rarten und Bermeffungs. Regifter von benf. an die Pachter berf. III. 560.

Dominien, fiebe Butsberrichaften. Domigil, fiebe Bobnfig.

Dorfgemeinden, Unordnungen von Muflagen in benf. II. 409. -Errichtung von Armentaffen in folden. I. 241. - Rechnunge. legung vor benf. IV. 868.

Dorfbirten, Beitragspflichtigfeit gur Unterhaltung berf. II. 407. f. Dorfich oppen, deren Entlaffung wegen begangener Berbrechen. 11.

Dorficulgen, deren Ernennung feitens ber Guteberrichaften. II. 403. - Unftellung qualifigirter Subjette als folche. II. 404. f. unangefeffene und nicht vollständig qualifigirte, deren Bieder: entlaffung. II. 405. - Befoldungen berf. II. 406. - Remuneration fur die Stellvertreter im Lebnfchulgenamte. II. 406. f. - Legung ber Gemeinde Rechnungen feitens berf. IV. 868.
- Erefutions Bollftreckungen durch bief. IV. 869. - Aus-

Dorficulgenamt, beifen Bervaltung mit und ohne Remunera-tion. I. 146-150. - Berpflichtung gu beffen Berwaltung.

willige Entlaffung derf. III. 654.

Dorficulgenamt, (Fortf.) III. 654. — Einrichtung beffen Dienstfigele ohne Konigl. Ab. ler. III. 658.

Dreborg elfpieter, einzelne umberziehende, beren polizeiliche Beauffichtigung. II. 451. f.

Drudichriften, burch Gelbstverlag, beren Bertauf ohne Gewerbefleuer-Entrichtung. I. 160. — Bertebr mit benf. ohne Saufirbandel. IV. 876. - unfittliche, deren Fortlaffung aus den Bucher Auftions Katalogen. IV. 876 - Polnifche, f. diefe.

Dungerhaufen, auf Privat-Grundfluden an den Stragen befind-lich, beren Berdeckung. I. 174.

Edition, von Urfunden, Aften, Rarten zc., feitens ber Bermaltungs. beborden in fireitigen Rechtsfachen, Berfahren rudfichtlich derf. II. 285. — IV. 783.

deren Bollgiebung zwischen biesfeitigen Unterthanen und Mus-Chen, - beren Schliegung zwifden mannlichen landern. II. 375. Unterthanen aus ben deutschen Bundesftaaten mit dieffeitigen Inlanderinnen. II. 290. - III. 625. - funfgigjabrige, (goldene Bochzeiten) Belohnung ber Jubel = Chepaare bei beren Beier. IV, 786. — f. auch Beirathstonsense und Beimathe= Scheine.

Chrenfrantungen, (Injurien) in amtlicher Birtfamfeit, gegen Beamte, Berfahren rudfictlich berf. III. 533. - Bergicht. leiftung auf Beftrafung wegen folder. III, 533. f. - 3urudnahme von Strafantragen megen berf. II. 279. f. wiefern das Rechtsmittel der Aggravation in fistalifchen Untersuchungen wegen soldier julaffig ift. III. 534. ff. — Erbo-bung von Diegiplinar:Strafen gegen Beamte in ber Aggra-vations-Instanz. III. 536. — Berwandlung ber Freiheitestrafe in eine Gelbftrafe bei folden. II. 280. - Berfahren rude fichtlich derf. gegen Forfibeamte. L 22. - Ruge berf. in

Stadtverordneten. Berfammlungen. L 118. f. Ehrengeichen, gur Erledigung gefommene, jahrliche Nachweifungen von benf. IV. 785. - fonnen gur Feier golbener Bochzeiten nicht gewährt merden. IV. 780. - aberfannte, Untrage auf

beren Biederverleibung bleiben unftatthaft. L. 164.

Eintaufsgelder, (Einzugegelder) fur die Theilnahme an Rommus nal. Dubungen, Burgervermogen ic., beren Regulirung. II. 396. — IV. 857. f. — auch von Familienmitgliedern. II. 397. - Befreiung ber einheirathenden Frauen von benf. III. 648. - deren Regulirung in ber Rheinproving in den barin noch nach frembherrlicher Gefetgebung verwalteten Gemeinden. IV. 859-861.

Eintommen fieuer, Rommunal, beren Ginrichtung nach bem Regulativ v. 9. Novbr. 1838. — III. 649. f. — Ermittelung bes Diensteinsommens ber Beamten fur bief. I. 144. — Beitrage ber Beamten und Penfionairs ju berf. ohne Beruchlich. tigung etwaiger Gebaltes ober Penfione. Abzuge. III. 650. f. ju ben Bedurfniffen judifcher Rorporationen. III. 655. -Buldfligfeit des Manifestationseides bei folcher. III. 656. f. auch Gemeinbe-Abgaben.

Einquartierungslaft, beren Bermandlung in eine Gelbabgabe,

mit Zuftimmung der Dausbefiger. 1. 258. f. Einzugegelder, fiche Einfaufsgelder. Gifenbabn: Aftien, deren Berfendung mit der Poft, gleich foursbabenden Papieren. II. 352.

Gifenbabnbeamte, beren Berbaltniffe als folche. II. 460.

Eifenbabn. Unternehmungen, Stempel- und Sportelfreiheit für Dief. II. 348. f. - Grundftenerfreiheit fur die in Folge berf. angelegten neuen Bege. II. 338.

Eifenoryd Sybrat, deffen Bereitung in Apothefen. III. 722. Erbpachter, Erbginsteute, Domainen, fiebe legt.

Erbverpachtungen, von Rommunal Grundfluden, Genehmigung ju folden. III. 641.

Erfasmannichaften, Militair, fiebe lest.

Etats, deren Aufftellung fur die Rreis Rommunal Fonds. IV. 867. für Schulanstalten 2c., beren abfchriftliche Einreichung an bie Staatsbuchhalterei. III. 630.

Exekutionen, deren Bollstredung von Dorffchulzen und Dorfgerich, ten. IV. 869. — beren Bollstredung aus den Auseinander-fegunge : Rezessen bei den General . Rommissionen. II. 361. in Begiebung auf ructstandige Feuer: Raffengelber. IV. 904. polizeiliche, gegen Diether auf Unrufen der Bermietber. III. 666. — polizeiliche, deren Bollftredung auf Requisition auslichbifcher Behorden. IV. 875.
Erpropriations Berfahren, bei Ubtretung von Grund und Boben zur Erweiterung von Straffen. IV. 920.

Extrapoften, Unordnungen fur deren Beforderung. III. 592. -- Tarif fur diefelben in Ofterreich. III. 595.

Erzebenten, polizeiliche Bestrafung berfelben. II. 419.

25.

Rabrifen, Schulunterricht fur die in benf. beschäftigten Rinder, im Babenfchen. IV. 936. ff.

Familien : Stipen dien, ju folden bedarf es der allerbichften Ge-nehmigung nicht. IV. 923.

Faftengeit, Ginftellung offentlicher Luftbarteiten mabrend berf. nach beffebenden Ortsobservangen. III. 668.

Feier, ernfte, Ginftellung offentlicher Luftbarteiten an den berfelben ge= widmeten Tagen. III. 668. - Einstellung der Arbeiten an halben Feiertagen. II. 503. Feld Siegelofen, deren Anlegung. IV. 921.

Beftung ffrafe, bis ju 3 Monaten, gegen beurlaubte Goldaten, Landwebrmanner 2c., fatt berf. ift nur auf Gefangnifftrafe ju erfennen. III. 735.

Feuertaffengelber, rudftanbige, beren erefutive Beitreibung. IV.

Feuerlofchgerathichaften, Beitrage der Sirden ju beren Un= fchaffung und Unterhaltung. IV. 900. f. Reuersbrunfte, Leiftung von Entschabigungen bei benf. L. 211.

Beuer= Sogietaten, Immobiliare, ju folchen find auch tongeffionirte Mobiliar . Feuerverficherungs : Gefellschaften berechtigt. II. 436. - Provingial- und fladtifche, foftenfreie Mufnahme deren Befanntmachungen in die Umteblatter. II. 287. - Biederauf-

Feuer-Sozietaten, (Fortf.) bau abgebrannter Gebaube in Beziehung auf Die Berbaltniffe den f. IV. 799. — fur das platte Land der Kurmark, Unsichluß des platten Landes der Rieberlausig und der Diftrifte Buterbogt und Belgig an Diefelbe. I. 212. - Deren Regulie rung in der Proving Sachfen. II. 497. - Achener und Munchener, Befreiung ber ju gemeinnutigen Zweden beftimmte Gewinnhalfte derf. von der Raffen Santieme bei ben Regies runge-Bauptkaffen. II. 297. — Leipziger, Bulaffung berf. auch gu Mobiliar-Berficherungen. I. 214. — f. auch Dobiliar. Feuerverficherunge. Gefellichaften, beegl. Agenten.

Feuer: Cogietate, Beitrage, beren Aufbringung fur Rirchen: und Pfarrgebaube. II. 435.

Teuer. Cogietate. Direftoren, beren Berbaltniffe gu ben Orte. Polizeibeborden. IV. 904. f.

Feuer: Sozietats. Sachen, Portofreiheit in folden in Dfipreus gen, ohne Dienststegel. I 82.

Feuersprigen, Beiträge ber Kirchen jur Anschaffung und Unterhal-tung der ... IV. 900. f. — gurudbehaltene auswärtige, deren Burudbolung von den Eigenthumern des Absendungsorts. I. 211. — Druck-Hande, Saufirbandel mit benf. III. 711.

Fibeitom migguter, Bermendung ber Abfindungetapitalien fur folde bei Ablofungen. I. 95.

Rifderei:Berechtigungen, deren Ablofung oder Firirung. I. 96. Ristalifac Civil. Projeffe, fiebe Projeffe.

Bistus, Babrnehmung beffen lebnsberrlicher Intereffen bei Gemeine beitetheilungen und andern Museinanderfegungen. III. 603. f. auch Domainen: und Forft - Fietus.

Flacherothen, (Sanfrothen,) Berbot beffelben in fliegenden Gemaffern und Teichen. I. 230 - 236. - Unwendung der Thauoder Bafferrofte fur folches. I. 233.

Rleifchhandel, Gemerbefteuer: Entrichtung fur denf. L 51,

Aliegenwedel, mit benf. barf Hustandern der Saufirbandel ferner nicht gestattet werden, III, 715. Flurbucher, Stempelfreiheit der Ausguge aus denf. L 53.

Bluffchiffe gefafe, deren Bezeichnung und Bermeffung. II. 461 -466.

Borderungen, aus tommiffarifchen Auftragen, beren Berichtigung obne Bermeifung auf ben Rechtsmeg. III. 636. - von Rom. munalbeamten an Rommunen, beren Berfolgung im Rechte. wege. III. 638. 642.

Forfib auten, Beichaffung bes Solzes zu benf. und beffen Berthbe-rechnung. III. 558. — von den Raufgeldern fur Baubolg zu benf. barf feine Bebungs- ober überfchuf. Tantieme berechnet werden. III. 562. - an den Dienft. Etabliffemente ber Forfifdugbeamten. I. 17.

Forft be am te, Ronigl., burfen fur fich feine Sporteln erheben. II. 298. f. - in wie fern benf. Didten und Fubrfosten juffeben. II, 298.
- Berfahren gegen bief. wegen Ehrenfranfungen. I. 22.

Forfiberechtigungen, Aufhebung berf. bei bem Biedervertauf ber bamit verfebenen Grundftude. II. 315.

Forfibienft, geitweise Unnahme von Rriegereferve: Jagern fur benf. II. 314. f.

Forfibienfigebaube, Reus und Reparaturbauten an benf. I. 17. Grundsteuer-Entrichtung von denf. II. 337.

Forften, Ronigl., und Pertinengien ac., Grundfleuer-Entrichtung von benf. II. 337. - Hufbebung ber auf benf. laftenben Gervituten. II. 315. - Beftrafung bes eigenmachtigen Fallens u. Abfabrens von Berechtigungehols aus denf. IV. 807. — Berabfolgung von Baubols aus denf. zu Kirchen, Pfarrs ober
Schulbauten. IV. 804. ff. — IV. 834. 842. ff. — ftabiiiche. beren Begebung ohne Schiefigewehr. I. 31. - f. auch Bal. bungen, Desal. Zabadrauchen.

Korfter, Königl., Beitritt derf. zur allgemeinen Wittwenkasse. I. 20. Försterstellen, fladtische, deren Besegung. I. 23. Korft. Fiskus, Wahrnehmung besten Rechte bei Parzellirungen von Privatgrundstuden. IV. 800.

Forft frev ler, Buldfligfeit beren Pfandung. III. 563. — Aufbringung ber Alimentationetoften fur bief. mabrend ber Gefang. nigfrafe. II. 324.

Forfigrund, Ronigt., Unfauf der fruber auf demf. erbauten, ipater aber entbehrlich gewordenen Chaussee, Zollamtes zc. Ctabliffements. L. 17. 38.

Korft. Dulfsauffeber, Bewilligung von Umjugetoffen fur bief. IV. 802,

Forftinfetten, Schabliche, beren Bertilgung. II. 316. Forfifarten, beren Aufftellung und Reduttion. IV. 803.

Forftaffen, mit andern Raffen verbunden, Anordnungen fur beren Revision. L 18. - Refte fur folche burfen von ben- Rendans ten nicht vorschußweise berichtigt werden. III. 561. - Regus

lirung des Diensteinkommens der Domainen-Rentbeamten als Rendanten berf. IV. 790.

Forfifchusbeamte, Berhaltniffe ber Rorpejager ale folde. II. 313. Forfiftrafgelber, beren Bermendung und Berrechnung. III. 564. f. bereits eingezogene, den Balbeigenthumer aber ju aber:

meifende, deren Berrechnung. II. 323.

Fourage: Lieferungs: Rontratte fur die Genbarmerie, f. lest. Frachtwagen, beren Abe und Beladung auf den Straffen. L. 172. Frantreid, Bertebr durch die Briefpoften nach demf. III. 595.

Beimathicheine nach demf. III. 546. f. Frauengimmer, arbeitefabige, beren Niederlaffung an andern Ors ten. L 242. — in wilber Che lebend, (Konfubinen) Ortsans gehörigfeit berf. L 170. — f. auch Beibspersonen, unguchtige.

Freibauster. Stellen, in Schleffen, Richtbefreiung berfelben pon Rommunal-Abgaben. L. 144. f.

Freibols, fiebe Solg, Baubolg, Raff- und Lefebolg.

Freifprechung, vorlaufige, von angefduldigten Berbrechen, fann bie Entlaffung aus fladtischen Amtern gur Folge baben. L. 119.

Freitifd. Fonds, Dagbeburger, bei ber Universitat Salle, beffen Bermaltung. II. 500.

Frembe Reifende, Berpflichtung der Gaffwirthe ju deren Auf-nahme. I. 216.

Friedensrichter, in ber Rheinproving, Remuneration berf. fur Die Aburtelung von Bolgbiebftablefachen. II. 317.

Fuhrtofien, ber Apotheter bei Apotheten Bifitationen. IV. 927. für Transportaten, fiehe Transportkoften. a fiehe auch Reis fetoften.

Fuhrleute, beren Bestrafung fur mangelbafte Beaufsichtigung ibres Fuhrwerts auf Landstragen. I. 228. Tuhrwerte, Strafen fur Beschäbigung bffentlicher Wege durch hem: men ber erftern. II. 458.

Ruffteige, Beibehaltung derf. im offentlichen Intereffe. IV. 920.

Barn, baumwollen, Saufirhandel mit bemf. II. 456.

Bas, brennbares, gemerbliche Unffalten gur Bereitung und Mufbemab. rung beffelben in der Rheinproving, Unordnungen fur bief. L 244: f.

Gaftwirthe, Berpflichtung berf. jur Aufnahme frember Reifenden. I. 216. - Entziehung ber benf. ertheilten Rongeffionen. IL.

Bebaube, fiebe Baufer und Bauten.

Gebubren, ber Juftiglommiffarien bei Gemeinheitetheifungen, Abld-fungen zc. III. 597. ff. — ber Superintendenten in der Rur-mart bei Rirchen-Wistationen. I. 99. f. — f. auch Sporteln, Paggebubren ic.

Gefangniffe, Bollftredung von Buchthausstrafen unter feche Mo-naten in benf. III. 680. — in ber Rheinproving, beren Bie

fitation durch die Jufligbeborben. L. 203. Gefangnigarafe, fur Gelburafe, beren Bolliebung. L. 77. — fatt Feftungs, oder Buchthausftrafe, bis gu 3 Monaten, gegen bes urlaubte Golbaten, Landwehrmanner ac. III. 735.

Gebeimmittel, burfen nur nach vorangegangener Prufung und Erlaubnif vertauft merden. II. 481. - ber Saufirhandel mit folden ift nicht gestattet. II. 482.

Beiftliche, tatholifche, Paffe fur bief. nach ber Schweiz. L 184. f. - fiebe auch Prediger.

Geld fendungen, beren Abholung fur Sanblungehaufer von der Poft. 1V. 820.

Belbftrafen, beren Bermandlung in Gefangnifftrafen. L 77. - f. auch Polizeiftrafgelber.

Beleitscheine, fur auslandische Sandelejuden, beren Ausstellung. L 181.

Gemein be- Ubgaben, Aufrechthaltung ber Obfervangen bei Regu-lirung berf. in ben Landgemeinden. L. 128-141. - uber Des ren Gefetmäßigfeit und Bulaffigfeit findet fein Rechteverfab= ren flatt. I. 143. - beren Bertheilung bei Pargellirungen von Sauergutern. IV. 862, f. — Richtbefreiung ber KreibausterStellen in Schlesten von benf. I. 144, f. — Befreiungen
von denf. tonnen von ben fladtischen Beborben nicht bewilligt
werben. IV. 864, — auch nicht fur Schütenkonige. II. 399. - Befreiung ber Militairperfonen und Militairbeamten von benf. II. 397. - beegt. ber mit Penfion verabschiedeten, aber gur Disposition gestellten Offiziere. IV. 861. - besgl. der Zelegraphen-Beamten. II. 398. - besgl. ber Schul- und Gymnaffal-Lebrer. II, 399. - von bem Reinertrage ber Saltung von Penfionairs in Gymnafialftadten. IV. 861. f. - f. auch Einfommenfteuer.

Bemeinbe-Auflagen, auf bem platten Lande, beren Anordnung. II. 409.

@ 2

Gemeinde-Grund finde, beren Berdugerung. III. 641. — (und Rugungen), Berfahren in Streitigfeiten über folche bei Bes meinheitetheilungen. II. 366. — 111 605.

Gemeinden, in der Rheinproving, Bermehrung der Beigeordneten fur dief. II. 389. - f. auch Stadte und Dorfgemeinden.

Gemeinbe-Dechnungen, beren Legung feitens ber Dorfichulgen. IV. 868.

Semein berechte, beren Nichtabtrennung von Saufern bei bem Bers faufe der lettern. III. 645.

Semein der (Kommunale) Berhaltniffe, Berucklichtigung ber Orte, observanzen bei Regulirung berf. I. 128-141. — durch land- liche Auseinandersetung alterirt, beren anderweite Regulirung. I. 136, 142.

Semeinder (Kommunal.) Bermaltung, Aufbringung der Didten und Reifetoften bei außerordentlichen Bifitationen derf.

- I. 111. f.

Semeinbeitetheilungen, (Auseinandersetungen) Mitwirkung der Landrathe in solchen. I. 86. — Borladung provokatischer Interessenten bei solchen. II. 367. — Bertretung der Parteien und Gemeinden durch Bevollmächtigte. I. 87. — Wahrnehmung der siestalischen lehnsberrlichen Interessen bei solchen. III. 603. — desgl. der Patronatrechte der Königl. Domaisnen. II. 358. — Dotation der Schullehrer Stellen mit Land bei dens. III. 606. — Berfahren mit den gegen die Auseinsandersetungsplane aufgestellten Erinnerungen. I. 82. — Kommunisation mit den Parteien über die Gutachten der Ofonomie-Rommissen in dens. III. 604. f. — Bollziehung der Auseinandersetungs Rezesse. I. 90. — Berfahren bei Streistigkeiten in solchen über Gemeinde Grundstäde und Rutzungen. II. 366. — III. 605. — Suksumbenzstrafen bei ungegründeten Nichtigkeitsbeschwerden in dens. I. 93.

Genbarmen, Leitung und Beaufsichtigung derf. in ihren polizeil. Dienstleistungen. II. 414. f. — Berabfolgung des Amtsblatts. Angeigers an dies. I. 8. — Bewilligung von Prämien für dies. III. 658. — durfen von Gemeinden keine Gratiskation nen annehmen. 1. 159. — erhalten keinen Denunzianten. Antheil von den Strafgelbern für das Umberlaufen ungeknütztelter Hunde mehr. IV. 898. f. — auch nicht von den Strafgeldern für nicht feuergefährliches Labackrauchen. IV. 900.

Bendarmerie, Unftellung gebienter Unteroffigiere in berf. IV. 875.
— Berhutung von Pferdeverluften bei derf. III. 657. — fetbitflandige Ubichliegung ber Fourage- Lieferungs . Rontrafte fur

dief. feitens der Regierungen. I. 159.

General : Kommissionen, Beschäftigung ber Afsesperen bei denf. I. 82. ff. — beren Subalternenbeamte sollen sich mit ihren Gesuchen nicht unmittelbar an das Ministerium wenden. III. 596. — Einsendung der Kassen Abschlusse von bens. II. 355. — III. 597. — Kompetenzverhaltnisse derf. zu den Regierung gen bei Regulirungen von Kommunalverhaltnissen. I. 136. 142. — Mitwirkung der Landrathe in deren Ressorts. I. 86. — Wahrnehmung der fistalischen lehnsherrlichen Interessen in deren Ressorts. III. 603. — desgl. der Patronatrechte der Konigl. Domainen von dens. II. 358. — Audorisation der Boemunder in den bei solchen schwebenden Auseinandersetzungs.

General Rommiffionen, (Fortf.)

Sachen. IV. 826. - f. auch Ablofungen, Gemeinheitetheiluns

gen, Regeste zc. George Ster Rlaffe, fur erbberechetigte ebemulige Militaire, Melbunge-Aufforderungen ju demf. durch die Amteblatter. I. 8.

Berichtsfand, der fogenannten Ronigl. Mediatfidote. II. 382.

Berichts toffen, beren Aufbringung für bestrafte Ibertretungen bes Ruralgefetes vom 6. Oftbr. 1791. von Kindern, Bflegebefob, lenen ic. II. 368. f.

Beichaftsgang, amtlicher, Anordnungen fur die Berminderung der Portofofien in demf. III. 540. f. - IV. 782.

Gefcaftsftyl, gegen Unterbeborden andern Refforte. L 6.

Gefese, einzelne, deren befonderer Abdruck aus der Gefes-Sammlung und Debit. II. 282.

Gefeh. Revifion, Preugifche, aftenmäßige Darftellung berfelben. IV. (Anhang) S. 1—240.

Gefeh: Sammlung, beren Saltung von ben flatifchen Beborden. L. Z. - beegl. fur bie Defanate-Archive. III. 622.

Gefinde bien ft, bisberiger, nachweis ber rechtmäßigen Berwaltung beffelben. IV. 879.

Gefinde, Ordnung, bom & Rovbr. 1810., Unwendung berf. auf bie Schlichtung der Streitigfeiten zwischen Berrichaften und Sausoffizianten durch die Polizeibeborden. 111. 664. f.

Gefoblene Sachen, als verbachtig angebalten, Infertionstoffen fur deren Befanntmachung in den Amteblattern. 111. 543.

Getrante, geiffige, Buldfligfeit des Großbandels mit dens. auf dem Lande. L 219. — eigene, der Brau: und Brennereiberechtigsten, beren Detailvertauf. II. 445. f.

Getreibe= Diemen, deren Aufftellung. III. 692.

Gewebe, gemischte, mit folden darf fein Sausirbandel fattfinden. II. 456.

Gewerbe, Geminnung bes Burgerrechts zu beren felbstiflandigem Bestriebe. L. 126. — gewiffe, beren Betrieb nur nach erlangtem Burgerrechte ober nach ertheilter polizeilider Erlaubnig. III. 696. - Unmelbung berf. feitens ber Bandwerfer. III. 697. f. - die über deponirte Gemerbefteuer ausgestellte Bescheinigung berechtigt noch nicht jum Betriebe derf. III. 699. - mabrend des Jahres wieder angemeldet und fortgefest, beren Befteues rung. U. 344, f.

Gewerbebetrieb, im Umbergieben, innerhalb bes Polizeibegirfs bes Bohnorts. I. 222. - nach S. 18. bes Saufir Megulatips v. 28. April 1824., ohne Berudfichtigung bes Lebensalters. 223. - in Begleitung von Rindern, beffen Befchrantung. IV. 911. — von Personen unter 30 Jahren, Anordnungen fur bens. Eirt. Mestr. v. 17. April 39. — II. 447. f. — Legitis mation ber Ausländer fur folchen burch die heimathebehorde. II. 449. f. — seitens einzelner Mustanten, harfen und Dreborgelspieler zc., deren polizeil. Beauffichtigung. II. 451. f. - fiebe auch Bewerbescheine und Saufirbandel.

Gewerber Rongeffions. Ungelegenheiten, Minifterial : Reffort

in denf. L. 215.

Bewerbe fcheine, ertheilte, nur biefe erft berechtigen gum Gemerbebetriebe. III. 699. - mit folden verfebene Reifende, beren

Sewerbeicheine, (Fortf.)
Legitimation. IV. 883. f. - verlorene, Infertionstoften fur bief. in den Amteblattern. II. 288. - jum Auffauf im Aus. lande und gum Bieberverfauf im Inlande. I. 226. Suchen von Baarenbestellungen im Umbergieben. III. 708. f. jum Unterrichten im Umbergieben in weiblichen Sandars beiten. III. 710. - fur Muslander jum Daufirhandel mit

Pferben. L. 227. — f. auch Saufirbanbet. Witt Beren Er. Gemerbefteuer, Disposition aber die ben Rommunen fur beren Er. bebung it. bewilligten 4 Prozent. II. 343. f. - beren Ent-richtung von Sandwertern fur ben angemelbeten Gewerbebetrieb. III. 698. - die uber deren Abfuhrung ausgestellte Befcheinigung berechtigt noch nicht jum Gemerbebetriebe. III. 699. - von ber mabrend bee Jahres wieder angemeldeten und fortgefesten Gemerben. II. 344. f. - ber Sandwerfer, melde, außer ben felbft verfertigten Waaren, auch angefaufte feil balten. III. 583. — von der Berfertigung von Baaren auf Borrath und deren Feilbietung. I. 50. - Befreiung bes Bertaufs von Drudidriften durch Gelbfiverlag von derf. I. 160, — ber fur eigene Rechnung schlachtenden Bittualienhandler. L 51.

Biftige Stoffe, beren Gebrauch gu gefarbtem Papier zc. III. 721. Onadenbewilligungen, Stempel-Unwendung gu ben Quittun-

gen uber folde. III. 551. ff.

On ab en gehalt, fur bie hinterbliebenen fuepenbirt gewefener Be-amten. I. 3. - fiebe auch Militair- Onabengehalt.

Sotbaifche Biebverficherungs-Gefellfchaft, f. biefe.

Grangauffeber, Uniform derfelben. 1. 39. f. Grangauffeber. Stellen, vatante, beren tommiffarifche Bermal. tung. II. 340. f.

Grangbegirte, Sanbelebetrieb in ben Orten derf. unter 1500 Ein-

Grangbienft, Bulaffung von Referendarien, Supernumerarien und Steuerauffebern ju foldem. II. 340. f. - Einberufung brauch. barer Militair-Unwarter gu bemf. L 39.

Gratififationen, willfurlich bewilligte, tonnen bei Penfionirungen von Magistratepersonen nicht berudsichtigt werden. III. 638.

Grundfteuer, in Befiphalen und der Rheinproving, nach dem Gefege vom 21. Sanr. 1839., Anordnungen fur Die Husführung bes lettern. I. 42-45. - von Konigl. Forften, Diensigebaus ben und Pertinengien. II. 337. - von ben bei Guttens und Sammerwerten befindlichen Schuppen. III. 577. - Befreiung ber in Folge von Gifenbahnen angelegten neuen Wege von derf. II. 338.

Grund fieuer.Ratafter, Rheinifch Befipbalifche, unentgelbliche Mittheilung von Radrichten fur daffelbe. III. 576. — Musgleichung ber burch die Aufnahme deffelben entftanbenen Roften. 1. 45-49. - Stempelfreiheit der Muszuge aus demf. I. 53. - Huezuge aus bemf. ju Staats. und fistalifchen Sweden, II. 336.

Grund finde, geriplitterte, beren Bertaufchung bebufs ber Bufammenlegung. III. 746. — Rommunale, beren Berduferung. III. 641. — flabtifche, Richtabtrennung ber Gemeinberechte von denf. bei beren Bertauf. III. 645. - landliche, deren Bereis Grundftade, (Fortf.)

nigung mit dem flabtifchen Kommunglverbande. H. 392. Private, (Gebaube ic.), beren Untauf fur offentliche 3mede. IV. 778. - f. auch Bauerguter und Pargellen.

Gater, unterweges befindliche, Eriefter Berlicherunge. Gefellichaft fur

dief. III. 688.

Sute befigerinnen, denf. fann die Ausubung ber Polizeigerichte= barfeit und Polizeiverwaltung nicht geftattet werden. III. 659. Gutsberrliche und bauerliche Regulirungen, Berfahren bei

den aus vollzogenen Regeffen über dief. bervorgebobenen ftreis tigen Punften. L 91. f.

Butsherrichaften, (Dominien) Bollgiehung amtlicher Ausfertigungen feitens berf. IV. 867. — Einrichtung beren Siegel in

amtlichen Funftionen. III. 658.

Symnafial. Direttoren und Lebrer, Bewilligung von Reifer und Umjugetoften fur dief. IV. 838. - beren Befreiung von Rom. munal: Beitragen. II. 399.

Gymnafiaften, Kommunalbesteuerung bes Baltens berf. als Pens fionaire. IV. 861, f.

Symnafien, (Progymnafien) balbiabrliche überfichten von beren Fres queng. I. 105. - Mustaufch der Schulprogramme gwischen den dieffeitigen und den Gymnafien im Raffauifchen. I. 107. - propadeutischer Unterricht in der Philosophie auf denf. IV. 840. - Schulgeld Befreiungen auf denf. I. 108. - Abgangt. Beugniffe von denf. behufs des Einteitts in den Pofidienft. L. 109. — Bedeutung der Progymnafien. IV. 810.

Bagelichaben : Berficherungen, Beitritt ber Domainenpachter ju benf. IV. 797. - beegl. ber Domainen Ginfaffen. IV. 799. Dammermerte, Grundsteuer von ben bei benf. befindlichen Schup-pen. III. 577.

Sandarbeiten, weibliche, Unterrichten in bemfelben im Umbergie-ben. III. 710.

Sandelebetrieb, in ben Orten bes Grangbegirfs unter 1500 Gins

mobnern. III. 707. Sanbel 6-Untoften Gefalle, Die Beftrafung beren Umgehung ge-bort vor bie Gerichte. II. 447.

Sarafcharren, unbefugtes, deffen Bestrafung. IV. 808.

Sandlungsbaufer, Abbolung ber Korrespondengen und Gelbfen-bungen far bief. von ber Poft. IV. S20. Sandwerter, Unmeldung des Gewerbebetriebes feitens berf. III. 697. f.

Sandwertegefellen, mandernde, Beimathefcheine fur dief. II. 425. - Berbot des Banderns berf. nach der Schweig. II. 425. — jubifde, aus ben neueren Provinzen, beren Aufentsbalt in ben altern. I. 178. — ausländifche, jubifche, beren Banbern in ben biebfeitigen Staaten. IV. 886. — f. auch Banderbucher, Banderpaffe.

Sanfrothen, fiebe Flacherothen.

Dannover, Ronigreich, Bestempelung der Paffe, Wanderbucher und Legitimationsscheine aus demf. I. 182 f. — Berfahren mit den preugischen Wanderpaffen in demf. I. 267.

Bafenfoleifen, darfen als Bildbiebs . Ingrumente nicht verfauft merben, 11, 335.

Safpelmaß, gleiches, beffen Ginführung. III. 745.

Baufer, Richtabtrennung ber Gemeinderechte von benf. bei beren Berfauf. III. 645. — an folden durfen nach der Strafe binaus feine Binden und abnliche Borrichtungen angebracht werden. IV. 921. - Private, beren Untauf fur offentliche 3wede. IV. 778.

Saufirbandel, deffen Betrieb innerhalb des Boligeibegirts bes Bobnorte. I. 222 - in Beziehung auf Bochenmarttbartifel. III. 707. f. - barf mit Gebeimmitteln nicht fattfinden. 11. 482. - burfen Schriftsteller mit ihren Drudfchriften nicht treiben. IV. 876. - barf mit Bibeln nicht geftattet werden. 11. 417. auch nicht mit Bilbern. 11. 449. - mit Drud . Sand. feuerfprigen. III. 711. - mit Bernfteinmaaren. II. 454. ift mit robem Bernflein nicht gestattet. II. 454. — mit neuen Rleidungeflucken, in wiefern folder julaffig ift. II. 455. — barf mit gemischten Geweben nicht stattfinden. II. 456. mit baumwollenem Garne, II. 456. — barf mit Schubmas cherwaaren nicht flattfinden, III. 711. — auch nicht mit chemifchen Feuerzeugen. 11. 457. - mit Rupfer. und Deffing. waaren. 1. 225. f. - mit Starte. II. 457. - tann mit Raviar nicht fattfinden, 111, 708. — ber Musta nder aus den 30Avereinten Staaten. 111. 712. — Legitimations Zeugnisse fur bief. III. 712. f. - mit Pferden. L 227. - mit Tifchtepe pichen, Bolgfafichen und Rorben. HI. 713. - besgl. mit gro. ben bolgernen Waaren. III. 714. — mit Holgubren, ist benf. nicht gestattet. I. 227. — mit dergl. Schwarzwalder, dazu ist für bief. bobere Genehmigung erforderlich, I. 228. — barf benf. mit Fliegenwedeln nicht ferner gestattet werben. 111. 715.

Saufir Regulativ, vom 28. April 1924., Gewerbefchein Ertheis lung nach § 18. deffelben, ohne Berudfichtigung des Lebens-alters. I. 223.

5 ausoffigianten, Schlichtung ber Streitigfeiten gwischen benf. und beren Berrichaften burch bie Polizeibeborden. III. 661. f.

Bebammen. Inftitute, Beitrage fur dief. bei Erauungen und Zau-

fen feitens der Offiziere und Militairbeamten. 111. 625. Deimatbicheine, Stempelfreiheit in Angel. derf. II. 348. - beren Musfertigung fur diesfeitige Unterthanen. III. 546. f. - burfen an Dietfeitige Unterthanen nicht ertheilt merben, Die fich im Auslande verheirathen ober niederlaffen wollen. 111. 547. f. beren Ausstellung fur mandernde Sandwertegefellen. 11. 425. 426. - aus den deutschen Bundesftaaten, Berfahren mit benf. IV. 787. - genugen bei Muslandern als Beugniffe bebufe bee Gewerbebetriebes im Umbergieben nicht. II. 450. beren Ertheilung nach Rugland und Polen. 11. 294. - 111.

Beimatherecht, Berluft beffelben nach erfolgter Auswanderung. IV.

Beirathetonfenfe, ju beren Einholung find nur die bei der alls gem. Bittmen : Verpflegunge.Unftalt rezeptionefabigen Civil. beamten verpflichtet. III. 529. f.

Beudiemen, deren Aufftellung. III. 692.

Doch geiten, goldene, Belohnungen bei Gelegenheit beren Feier. IV. 786.

Sofwebrgelder, bypothefarifche Bermerte rudfichtlich berf. III. 611. f.

Solz, unbezetteltes, Abfaffung ber Strafrefolute megen Ginbringens Deffelben in die Stadte. L. 31. - Refureverfahren gegen dies felben. II. 325. - fonfiszirtes, Denungianten : Untbeil von bem Erlofe aus bemf. 11. 326. ff. - Berechtigungs., Beffra. fung des eigenmachtigen Fallens und Abfabrens beffelben. IV. bie armere Rlaffe gegen ermäßigte Forstare. 11. 504. - f. auch Baubolg, Raffe und Lefebolg, besgl. Solgvergutungen.

Bolgbiebe, Juldfligkeit deren Pfandung. III. 563.
Bolgbiebfiable, Remuneration ber Friedenbrichter fur deren Aburtelung. II. 317. — Berfahren mit den bei folden abgenommenen Instrumenten und Pfandstuden. II. 321.

Bolgtaren, neue, fur Ronigl. Forffen, Borfchlage gu benf. IV. 804, Bolgubren, mit folchen in Auslandern der Saufirbandel nicht geflattet. I. 227. - mit Schwarzwalder, dazu ift fur Dief. bos bere Genehmigung einzuholen. 1, 228.

Solgubrmacher. Gewerbe, beffen Musubung von Auslandern im

Umbergieben. L 227.

Bolgvergutungen, für die jurudgebliebenen Familien ausmarfchir-ter Mititairs. III. 735.

Solgmaaren, grobe, Saufirbandel ber Auslander mit benf. III. 714. - desgl. mit Rafichen und Rorben aus farbigem Bolge. III. 713.

Som dopatische Bereine: Apotheten, burfen nicht nachgegeben

merden. III. 720.

Sunde, ungefnuttelt umberlaufende, Gingiebung und Bermendung der bafur ju erlegenden Strafgelber. IV. 898. f. - tolle und une gefnuttelt umberlaufenbe, Bewilligung eines Schiefgelbes fur beren Erlegung 111. 689. - frembe, beren Erlegung auf Jagdrevieren. II. 333.

Bundefteuer, Mormirung der Strafen fur deren Defraudation.

111. 689.

Buttenwerte, Grundsteuer von den bei denf. befindlichen Schup=

pen. 111, 577.

Sypothefenbucher, Gintragung der bei Auseinanderfegungen ftipu. lirten Renten und Rapitalien in dief. 11. 360. - Bermerte in denf. aus Megeffen in Ablofungs. Sachen. IV. 827 - 830.

Jagd, fleine, Befugnif ber Regierungen jur jabrlichen Eroffnung und Schliegung berf. III, 565. f. — gepachtete, beren Ausübung von Stellvertretern. IV. 809. — Ausübung und Ablofung berf. auf Gebieten von Rammerciborfern. II. 330 — 333. — 3med und Ausstellung ber Legitimationsscheine fur bief. in ber Rheinproving. II. 328. f. - Bertheilung ber Pachtgelder fur folde in eben berf. I. 35. — beren Ausubung in ben Grafichaften Mart und Limburg. I. 36. — besgl. in den vormals zu den frang. Departements geborigen Landestheilen. 111. 566. — guteberrichaftliche Berechtigung gu berf., beren Ablofung. IV. 810. — Stempel gu ben lanbratblichen Beflatigungen ber Berpachtunge , Bertrage über folche. IV. 808.

Jag bgemehre, Begebung von Privat Balbungen ohne folche. II.

Sagbreviere, Erlegung frember Bunde auf benf. II. 333.

Sabrmartte, Ausspielungen unbedeutender Gegenstande auf benf. III. 667. f. — Betrieb bes Schanfgewerbes auf folchen. I.

Impffloff, fiebe Schutblattern.

Infertionetoften, fur Befanntmachungen in ben Umteblattern, fiebe lettere.

Invaliden, Militairs, deren Anftellung in allen Dienerstellen bei Rreis. und Botalbeborden. Il. 271. f.

Invalidene Bobithaten, Anordnungen fur deren Radfudung.

Srren. Beilan ftalt, beren Errichtung und Unterhaltung bei Salle, in der Aroving Sachsen. 11. 499. 505. Subel. Ehepaare, deren Belobnung bei der Keier goldener Sochzeis

ten. IV. 786.

Inden, Berdikinisse der Kultusbeamten bei deren Synagogen. III. 629.

— Pflege deren Kultus in den Strafanstalten für die dems. angehörigen Individuen. III. 684. — deren Ausgebote und Trauungen durch die Raddiner. IV. 836. — Schließung der Ebebündnisse unter dens, Königl. Schift. Berord. über dies. I. 263. — Anordnungen für das Begrädnisswesen ders. IV. 837. — deren Adoptivfinder bedürsen der Naturalisation nicht. II. 400. — als Stadberordnete, können an den Wahlen der Landtagse Deputirten nicht Theil nehmen. IV. 866. — naturalisite, Bewilligung des Bürgerrechts sur die, II. 401. — deren Übersedlung von einer Provinz in die andere. II. 401. — deren Übersedlung von einer Provinz in die andere. II. 401. — deren Übersedlung von einer Provinz in die andere. II. 401. — deren Übersedlung von einer Provinz in die andere. II. 401. — deren Übersedlung von einer Provinz in die andere. II. 401. — deren Übersedlung von einer Provinz in die andere. IV. 265. — bertassung gegen dies. I. 181. 182. — Schössche deren Nies bertassung in den ebemals schössche Landestheisen IV. 872. — Königl. Schössiche Verordn. über Ausentalisgestattung für dies. III. 768. — Beschräntung ders. im Antause kandlicher Grundssiche in Westpahalen. III. 747. — Polnische, ausgewiesene, Wersahren gegen dies. bei deren Nücksehr. I. 194—197.

Suben burfchen, ausländische, Aufenthaltsgestattung fur bies. als Lehrlinge im Inlande. IV. 872. — f. auch handwerksgesels Ien, jubische.

Sudengemeinben, Besteuerung zu ben Bedurfniffen derf. III. 655.
— in der Proving Pofen, Regulirung beren Schuldenmefens.
1. 152.

Jugenbliche Berbrecher, fiebe lett.

Surisdiftions. Beranderungen, beabsichtigte, Berichtserstattungen uber dief. 1V. 780. — besonders über diejenigen bei Busstigantern und Patrimonial. Gerichten. 1V. 780.

Suftig-Affefforen, jur Bermaltung übertretende, beren Berbalt-

Juffigtommiffarien, deren Gebuhren bei Gemeinheitstheilungen, Ablofungen ge. III. 597. ff.

R.

Ralender, nicht abgefeste, Restitution ber Stempelgefalle fur folche. II. 350. — f. auch Boltefalender.

Rammereibarfer, ju ben Stabten geborig, Berwaltung ber Pos ligei in benf. IV. 874.

Rammerei : Raffen, Unweifung von Didten auf bief. fur bie im Intereffe ber Rommune verrichteten Arbeiten, 111, 637. - f. auch Raffen. Rendanten.

Ranbidaten, bes Predigtamts, beren Beauflichtigung bis gur Uns fellung. 111. 622. f. — der Theologie, ausländifde, beren Prus fung für inlandifche Pfarramter. II. 373. - IV. 834.

chung ber Berpachtungen ac. firchlicher Grundflude von berf. IV. 835. Rangel, beren Stellung bei Rirchenbauten. III. 615. - Befanntmas

Rarmelitergeift, beffen Berfauf ohne Unpreifung beffelben als Urgenei. 11. 482.

Rarten, fistalifche, edirte, im Bereiche ber General-Rommiffionen. Des ren Bebandlung, Aufbewahrung und Rudlieferung. 11. 355. ff.

- Spielfarten, fiebe biefe. Raffen = 2bfclaffe, beren Ginfendung von den General-Rommiffios nen. II. 355. — III. 597. — beegt, von ben Regie:ungen fur bie geiftliche, Unterrichtes und Debig. Berwaltung. III. 615.

Raffen Rendanten, fabtifche, beren Babl und Unftellung. II. 386. f.

Raffen Revifionen, tombinirter Raffen, Unordnungen fur bief. . 18.

Raffen : Zantieme, fiebe lett.

Rafichen, Saufirhandel der Auslander mit benf. IH. 713. Ratafter, Stempelfreiheit der Ausjuge aus denf. 1. 53. Grundfleuer-Rataffer.

Ratholische Rirchen, Stiftungen und Inflitute, Fuhrung von Prozeffen fur bief. 1, 102. f. — f. auch Rirchen. Raviar, mit foldem tann tein Sausirhandel flattfinden. III. 708.

Rinder, in Begleitung von Gewerbetreibenden im Umbergieben. IV. 911 .- beren Mitführung von umbergiebenden Mufiter Gefellichaften. III. 706. - burfen mit ihren Duttern in offente liche Strafanstalten nicht aufgenommen werden. III. 680. von Bordellwirthen, beren Erziehung außer ihrem haufe. I. 169. — polizeiliches Strafverfahren gegen bettelnde und fich umbertreibende Knaben. I. 169. — in den Fabriten beschäfe tigt, Schulunterricht fur Dief., im Badenfchen. IV. 936. ff. unebeliche, in wie fern folche ben Ramen ibres Baters führen durfen. II. 418. f. - f. auch Rleinfinder . Bemabranfalten.

Rinber Spielfachen, burfen nicht mit giftigen Farben zc. anges frichen werben. III. 722.

Rirchen, Beitrage fur bief. ju Unicaffung und Unterhaltung von Feuerlbichgerathichaften und Spriben. 1V. 900. f. - Aufbringung ber Beuer Sogietatsbeitrage fur dief. II. 435. - fatho-lifche, Beranstaltung von Safularfeiern fur bief. III, 629. -

fatholische, Kubrung von Prozessen für diel. I. 102. f. Rirchenbauten, Stellung des Altars und der Kanzel bei solchen. 111.615. — Unterstützungen zu solchen. I. 100. — Beschaffung des dazu von dem Fissus berzugebenden Golzes. IV. 834. 842. ff. - Berabfolgung deff. aus Konigl. Forften. IV. 804.

Rirchenbediente, bauliche Unterhaltung beren Dienftgebaube. III. 619.

Rirden bebienten, Stellen, niebere, Drivat-Patronats, beren Befegung. 11. 373.

Rird enbucher, deren gabrung bei vafanten Pfarrftellen. III. 624. Rirchengefang (liturgifcher Chorgefang), Mitmirfung ber Schule Geminarien ju beffen Berbefferung. I. 101.

Rirchenrechnungen, afademifchen Patronate, beren Decharge. III. 621.

Rirchenvisitationen, Bebubren ber Superintenbenten in ber Rurmart fur beren Abbaltung. 1. 99. f.

Rirch weih fefte, Betrieb des Schantgewerbes auf folchen I. 220. f. Rlapperfidde, fogenannte, zum hemmen ber Raber auf Landftra-gen, beren Berbot. 11. 458. Rlaffen fleuer, Prufung ber Reflamationen gegen biefelbe. L. 49.
— Diaten und Reifetoften fur die zur Begutachtung ber Re-

flamationen gegen dief. ermablten Kommiffarien. III. 653. -IV. 811.

Rlauenfeuche, bei Schweinen und Schafen, Dagregeln gegen bief. 1, 247

Rleibung but de, neue, in wie fern mit folden ber Saufirhandel guldflig ift. II. 455. - ber Straflinge, fiebe biefe.

Rleinfinder Bemahranftalten, beren Beaufsichtigung. 1. 111. Roblenfloge, Anordnungen wegen der Sicherheitspfeiler bei ben Abbauen derf. 1. 37.

Rollettengelber, Tantieme von benf. fur die Regierungs. haupte faffen. 11. 296. f.

Rommiffionaire, beren Konzeffionirung reffortirt vom Finangmis nifterio. L. 215.

Rommiffionsgefcafte, Berfagung ber Gewerbescheine jum Betriebe berf. im Umbergieben. II. 450. f. - IV. 911.

Kommunal-Abgaben, Laften, 2c., f. Gemeinbe-Abgaben 2c. Kommunalbeamte, Buldfligfeit bes Rechtsweges bei Berfolgung beren Unfpruche an die Rommunen. 111. 638. — Berbangung ber Amtesuspension gegen dies. IV. 855. f. - Ungulaffigfeit ber Strafe ber Degrabation gegen dies. I, 121.

Ronfirmation, fiebe Pfarrywang. Ronfubinen, in wilder Che lebende Frauengimmer, Ortsangeborige feit derf. L 170.

Rontratte, Stempel zu den Quittungen unter folden. III. 581. Rorbe, aus farbigem Solze, Sausirhandel ber Auslander mit denf. 111. 713.

Rorporationen, Bereidung beren Beamte. II. 391. 460.

Rorporation brechte, beren Ertheilung bedarf ber allerhochsten Ge-nehmigung. L 223.

Rorpsjäger, Berbaltniffe berf. als. Forftfcutbeamte. 11. 313.

Rorrettion 6. Unftalten, ftanbifche, toffenfreie Aufnahme beren

Befanntmachungen in die Amteblatter, II. 287. Roften, in Steuer-Untersuchungefachen, beren Aufbringung. L. 41. f. - durch die Aufnahme des Rheinische Befiphalischen Grundfteuer-Rataftere, deren Musgleichung. 1. 45 - 49. - Einziebung von Borfchuffen zu denf. bei Streitigkeiten in Museinanberfegungs= ic. Ungel. II. 362. - f. auch Detentionstoften, Drozegtoften ic.

Rrante, arme, Belohnung fur bie benf, geleiftete dritlide Gulfe. II. 475. - fann aus Staatstaffen nicht gewährt werben. III. 720.

Rreisboten, als folde tonnen nur verforgungeberechtigte Dilitair. Invaliden angestellt werden. Il. 273.

Rreis. Rommunal. Fonds, Auffellung von Etats fur bief. IV. 867.

Rreisfdreiber, landrathliche, Diatenfat fur bief. bei Stellvertre-tungen. 111. 545.

Rreistags. Abgeordnete, Bewilligung von Didten und Reifetoffen für dief. 111. 651. f. - desgl. als Rlaffenfteuer-Roms miffarien. 111. 653. - IV. 811.

Rreis ver orbnete, beren Bereibung fur Angelegenheiten ber Ge-neral-Kommiffionen. IV. 824, f.

Rriegsbenimange, beren Biederverleibung. I. 164.

Rriegebien fte, Unrechnung berf. bei Denfionirungen. 1. 2. f. - III. 539. - findet bei Dienfliubilden nicht fatt. 1. 3. - II. 270. f. Rriegereferve. Idger, zeitweife Unnahme derf. fur den Borfidienft. II. 314.

Rupfermaaren, Saufiebandel mit benf. 1. 225. f.

Rurmarfiche Lande Feuer: Sogietat, fiebe Feuer: Sogietat, Ruffer baufer, Reffortverbaltniffe in beren Bauangelegenbeiten. III.
616. — Beschaffung bes bagu erforderlichen Baubolges. IV. 804, ff. 834, 842, ff. - Muffubrung von Stallen und Scheunen neben benf. III. 616. ff.

Landarmen : Anftalten, toftenfreie Aufnahme beren Befanntmas chungen in die Amteblatter. II. 287. — beren Berbefferung in der Proving Sachfen. II. 500.

Landes ver meisungen, Aufbringung ber Roften fur beren Aus-fubrung. 11. 427. ff. - Berfahren bei beren Ubertretung.

<u>1</u>, <u>194</u>. f.

Banbliche Grundftude, beren Bereinigung mit bem flablischen Rommunalverbande. II. 392.

Landrathe, Berbaltniffe berf. ju ben Magiftraten bei Beauffichtis gung ber fabtifchen Polizeiverwaltung. I. 153, f. - 11. 380. beren Mitwirfung in landlichen Museinanderfegungen. L. 86. — beren Berhaltniffe als Reeis-Feuer-Sozietats-Diretto-ren. IV. 905.

Lanbratheamter, · Pofinumerando-Zahlung ber extraord. Bus reautoften Bufchuffe fur bief. 11. 278. - in der Dibeinproving, Bablbarfeit ju denf. durch funfjabrigen Grundbefig. L. 4.

Lanbrathsamts. Ranbidaten, Miteinreichung ber curricula vitae berf. II. 278.

Landrathemablen, Berfahren bei folden. III. 544. f. - Stimme recht der Mitbeliger von Rittergutern bei benf. und Bablbarteit berf. IV. 786. f.

Landrecht, Unwendung Der SS. 238. u. 460. Eit. 20. Ehl. II. bei Dienftvergeben. 111. 532.

Landftraffen, ficherheitspolizeiliche Beauflichtigung derf. und Berichtserstattungen über einzelne Borfalle auf benf. L. 187. — beren Unsicherheit ift von den Postbeborden ben Landratben anzuzeigen. 11. 352. - Strafen fur mangelhafte Beauffiche tigung des Fubrmerte auf benf. 1. 228.

Landfreicher, fiebe Bagabunden.

Landtagt. Abgeordnete (Deputirte), Diaten und Reifefoften bei beren Bablen fur Die Begirtemabler. IV. 865. - an beren Bablen tonnen judifche Stadtverordnete nicht Theil nehmen. IV. 866.

Landtage. Mbichiebe, funfter, fur bie Sachfifden Provingial Stande, vom 31. Degbr. 1838. IV. 496-510. - funfter, fur Die Befiphalischen Provinzial - Stande, v. 8. Juni 1839. 111. 738-758.

Landtage-Angelegenheiten, Rommunale, Abgabe ber Bable fimmen feitens ber Rittergutebefigerinnen und Bormunder von Minorennen in benf. IV. 865. Landwehr Begirtefeldwebel, beren Berbaltniffe und Berech-

tigungen. 11. 490. f. - baben auf Subrengeffellung feinen Unfpruch. II. 490. f.

Landwebre Ravallerie, Gestellung der übungepferde far diefelbe. 1. 258. - II. 491.

Landwehrfreug, deffen Biederverleihung. L. 164.

Landwebrmanner, Bollgiebung von Disgiplinarstrafen gegen bief. 1V. 933. - Strafverfahren wegen unterlaffener Ab. u. Anmeldung berf. II. 492. — Singebuhren bei Abbufung folder Strafen burch Gefangnif. II. 493. f.

Land mehr: Offigiere, jugleich Civilbeamte, Benachrichtigung ber Militairbeborben von beren Bergeben u. Entlaffung. I. 2. 97. Landwebrubungen, Stempelpflichtigfeit in Angel. wegen Befreiung

von denf. 11. 346. ff. Laudemien, beren Ablbfung. II. 504. - Berechnung ber Retardat.

Renten bei berf. III. 607-611.

Lebenbrettungen, Pramien der Medizinalperfonen fur folche. IV. 924 - 927.

Lebensverficherungs. Befellich aft, (Universal-Affefuranj-Rom. pagnie) in London, Zulassung von Agenturen fur dief. in ben diefeitigen Staaten. 11. 415.

Lebne, parzellirte, vormals Fulbaifche bauerliche, beren Allodifitation. 1. 16.

Lebnguter, Bermenbung ber Abfindungefapitalien fur folche bei Mbs Idfungen. L. 95. - III. 613.

Lehrer, fiebe Schullebrer. Lehrlinge, Aufnahme ausländischer Judenburschen als folche. IV. 872.

Leichname, aufgefundene, Aufbringung ber Beerdigungefoffen fur folche. III. 719. — Berfahren mit denf. im Ronigreiche Cachfen. 111. 763.

Prufung und Stempelung ber in bief. aufzu-Leibbibliotheten, nehmenden Bucher. II. 418. - III. 663. - Dichterhebung von Gebühren für folche. L. 162.

Lefeanftalten, offentliche, Stempelung der fur bief. bestimmten Bu. cher. 111. 663.

Lichtziehereien, beren Unlegung innerhalb ber Stabte. IV. 910. Limburg, Grafichaft, Musubung ber Sagbberechtigung in berf. I 36. Zindes iches pharmageutifdes Infitut, in Berlin, Ginriche tung beffelben. 11. 477-480.

Liturgifder Chorgefang, Mitmirtung ber Schullebrer. Semina.

rien zu beren Berbefferung. L 101.

Lobnfuhrmefen, Ronigl. Gachliche Berordn. über daffelbe. III. 764 -767.

Bondon, fiebe Lebeneverficherunge : Gefellichaft. Lottofpiel, unerlaubtes, Bestrafung beffelben. I. 166. Funeburg, Stadt, Einrichtung einer Meffe in berf. I. 75. Luftbarteiten, offentliche, beren Berfagung an ben, ernfter Zeier gewidmeten Tagen. III. 668.

\mathfrak{M} .

Magiftrate, Beauffichtigung bes formellen Gefchafteganges bei benf. burch die Regierungen. III. 634. - IV. 853. - Bollgiebung amtlicher Musfertigungen ic. in Polizeifachen feitens berf. IV. 873. — Kontrolle beren Bermaltung durch die Regierungen und Landrathe. II. 380. — besgl. burd. bie Stadtverordneten. 11. 381. - Berbaltniffe ber Landrange ju benf. bei Beauf. fichtigung ber ftabtifchen Polizeiverwaltung. L. 153. f.

Magift rate beamte, (Subalternen) Berbaltniffe der Stadtverordeneten rudfichtlich beren Babl. L. 115. — Gehaltsbewilliguns gen fur bief. unter Ronfurreng ber Stadtverordneten. L. 116. Berbangung von Untersuchungen und Amtssuspenfionen

gegen dief. IV. 856.

ż

Magiftrateperfonen (Mitglieder), Berfahren bei deren Babl. II. - Berudfichtigung verwandtichaftlicher Berbaltniffe bei berf. II. 385. - beren Babl mit Ausschließung der dabei perfonlich betheiligten Stadtverordneten. I. 115. — beren Wahl und Bestätigung auf Lebenszeit. IV. 846—849. — Stempel ju beren Befidtigungen. IV. 852. - benf. foll ferner fein Sportelgenug beigelegt werden. III. 635. - bei beren Penfionirung können willkarlich bewilligte Gratifikationen nicht bestrucklichtigt werden. III, 638, — Bergichtleiftung derf, auf Penfion. IV. 849. ff. — Berfolgung beren Anfpruche an die Kome munen im Rechtswege. III. 638. 642. — fiebe auch Burgermeifter .

Mabl fieuer, Benutung flabtifcher Lotale ju beren Erhebung und Rontrollirung. IV. 857. — von gewiffem Sanbelsbetriebe im außern Begirte einer mablfteuerpflichtigen Stadt. III, 584. beren Entrichtung von bem Dablgute ber Militair Berpfle-

gungebeborben. II. 342.

Maing, Bunbesfestung, amtliche Korrespondeng mit der bortigen Dreufifchen Militairbeborde. IV. 931. Maifch. Refervoirs, in ben Branntweinbrennereien, beren Ron-

trolle. I, 52. Manifestationseid, Bulaffigfeit beffelben bei Rommunal-Einfom.

mene und Bermogensffeuern. III. 656.

Mart, Grafichaft, Ausübung der Jagdberechtigung in derf. I. 36. Marttpreis- Labellen, Einstellung der monatlichen Einreichung derf. an die Ministerien. I. 159. — II. 312.

Maß, in Gemeindes und Inftituten Balbungen in der Rheinproving, beren Benugung. L. 29.

Matrofen, pagpolizeiliches Berfahren gegen dief. III. 672. - Stems pelpflichtigfeit der Paffe fur dief. III. 671. .

Maulfeuche, bei Schweinen und Schafen, Magregeln gegen bief. L 247.

Maufe, fiebe Ratten.

Mediatftadte, Ronigl., Gerichtsfiand berf. II. 382.

Debitamente, fiebe Argencien.

Mediginalperfomen, Dramien berf. fur Lebenbrettungeverfuche. IV. <u>924—927</u>.

Mebl, Befteuerung ber Musfuhr beffelben uber Gee. L 76.

Meldungen, (Une und Abmeldungen), bei den Orte Polizeibeberden, Borfchriften fur bief. L. 185-187. - von Referviften und Landwehrmannschaften, Strafverfahren wegen beren Unters laffung. II. 492, f. — Siggebubren bei Abbugung folder Strafen burch Gefangnift Al. 493. f.

Mertpfable, fiebe Bafferftand.

Deffen, Ausspielungen unbedeutender Gegenftanbe auf benfelben. III. 667. f. - beren Errichtung in Luneburg. 1. 75.

Meffingmaaren, Saufirhandel mit benf. 1. 225. f.

Miether, Musubung des Pfande und Burudbehaltungerechts gegen bief. unter polizeilichem Schute. III. 666.

Milbe Stiftungen, f. lest. und Boblibatigfeitsanftalten. Militair abgeichen, National:, deffen Bieberverleibung. 1. 164. Militair : Mushebungen, Beibehaltung der barüber ertheilten Inftruftionen. II. 501.

Militairbeamte, Befreiung berf. von Rommunallaften. II. 397. Militairdien ft, Berfahren mit den Untragen wegen Entlaffung aus bemf. L 250. ff. — III. 732-734. — Stempelfreiheit ber Atteffe bebufe ber Burudftellung von demf. L 257. - beegl. in Ungel. wegen Eintritts in benf. II. 486. ff. - Stempels pflichtigfeit in Ungel. wegen Austritts aus bemf. II. 346. ff. 487. - Portofreibeit ber amtlichen Rorrefpondent über Ent: laffungen aus bemf. II. 488. — Ableiftung beffelben feitens ber Geefchiffsmannichaften, III. 731. — einjabriger freiwillis ger, Berfahren mit den Gesuchen um Julaffung ju demf. u. um Musftand jum Eintritt in denf. L. 250. ff. - deffen Mb. leiftung feitens ber anftellungsfähigen Schulamts: Ranbibaten.

IV. 933. - f. auch Militair-Freiwillige u. Militairpflichtige. Militair: Dienftauszeichnungen, bieffeitige und fremde, beren

Biederverleihung. L. 164.

Militair-Erfasmannichaften, deren Borführung und Ausbe-bung. III. 730. — beurlaubte, Gefängnifftrafe bis ju 3 Mo. naten für dief., fatt Festungsstrafe ober Buchtbausarbeit. III. 735.

Militair=Familien, jurudgebliebene, holzvergutungen fur dief.

III. 735.

Militair. Freiwillige, wegen baudlicher Berbaltniffe entlaffen, beren fpatere Konfurreng bei ber Erfapaushebung. III. 729. - auf ein Sabr, deren perfonliche Bestellung vor die Departements Erfattommiffion. I. 256. — deren miffenschaftliche Prufung. III. 728. — ausgebliebene, jedoch als unbrauchbar erfannte, Berfahren gegen dief. I. 254 — 256. — siehe auch Militairdienft.

Militair: nabengehalt, bessen theilweise Fortgewahrung bei Unstellungen im Civil. II. 273. — in wie fern dabei eine freie Dienutseidung angurechnen ift. II. 273. f. — Berucksichs tigung beffelben bei fpaterer, nochmaliger Unftellung des In= validen. II. 276. - Bermirfung beffelben nach begangenen Berbrechen, welche die Musftogung aus dem Goldatenftande jur Folge gehabt baben murden. II. 276, - Entziehung bef felben

Militair. Onabengebalt, (Fortf.)

felben in fpateren Rommunalbienften. II. 277. - gerichtlicher Ausspruch uber beffen Berluft, II. 281. - Einziehung befs felben im Pofibienfte. II. 353.

Militair. Marich. Rommiffarien, Vorspanne und Reitpferdes Beftellung fur bief. II. 494.

Militair: Mufiter, fiebe Mufifanten.

Militair Denfionen, beren Berminberung ober Gintiebung bei erbobetem Civildiensteinkommen. II. 275. - III. 553.

Militairperfonen, Befreiung derf. von Rommunallaffen. II. 397.f. - aftibe, Armenpflege fur beren Ungeborige. II. 471. ff.

Militairpflichtige, Berfahren mit beren Gefuchen um Befreiung oder Burucfftellung von der Erfagausbebung. I. 250. ff. III. 733. - wegen Rorperfchmache dreimal guruckgeffellt, deren Berangiebung gur Referve. - II. 488. - IV. 932. mit sechmonatlichen Freiheitsstrasen belegt, deren nachträgliche Einstellung. II. 489. — aus den beutschen Bundesstaaten, der ren kostenfreie Aufforderung durch die diesseitigen Amtsblatter. II. 290. — s. auch Militairdienst.

Militair . Prediger, Mittheilting der Cirfulare uber firchliche und

pfarramtliche Bestimmungen an bief. IV. 833.

Militair. Ubung splate, temporair eingeraumte, Ermittelung ber Entichabigungen far bief. IV. 935.

Militair = Beroflegungsbeborben, fleuerliche Bebandlung beren Mablgute. II. 343.

Minderjahrige, Abgabe ber Babistimmen in Kommunal CandstagesUngel. fur dief. feitens beren Bormunber. IV. 865.

Ministerial. Reffort, in Gewerbe-Ronzeffions-Ungelegenheiten. L.

Mobiliar : Feuerverficherungs : Gefellichaften, Legitima. tion beren Ugenten bei ben Poligeibeporben. 1. 213. — fon-geffionirte, find auch ju Immobiliar- Berficherungen berechtigt. II. 436. - Berficherung von Baarenvorrathen bei benfelben. L. 214. - Bulaffung ber Leipziger Feuerverficherunge. Gefellschaft ju folden. L 214.

Mobilien, verficherte, polizeiliches Berfabren rudfichtlich ber angeb-

lichen Brandverlufte bei folden. IV. 906. ff. Dublen. Unlagen, neue, Berfahren mit den auf folche gerichteten Untragen, unter Feststellung des offentlichen Bedurfniffes. II. 437-441. - III. 701. - Erorterung der Bedurfniffrage bei denf. im Umfreife einer halben Meile. IV. 908. f. - auch bei denen fur bie Bereitung von Dauermehl. III. 701. - Berechnung der fur einen bestimmten Ort vorhandenen Dabl. fraft, I. 216. — Berudfichtigung ber altberechtigten Mah. Ien mit erheblichen Grundabgaben. II. 437. — Beranberuns gen mit denf., obne wiederholte Prufung des offentlichen Bedurfniffes. III. 703. - gerftorte oder unbrauchbar gewordene, beren Biederberftellung ohne neue Erorterung ber Bedurfnig. frage. II. 442. — alte eingegangene, deren Wiederaufbau. III. 703. — Berfahren bei erhobenem Widerspruch gegen dies. III. 702. — grundliche Abfassung ber Bescheibe über dies. III. 700. — Gestattung neuer Mablgange zum ausschließtis chen Gelbfigebrauche. II. 441. - Benugung von Schrotmub. Ien fur ben eigenen Bedarf feitens mablymangepflichtiger Einmobner. II. 442. f.

Mufitanten (Mufiter), umbergiebende, Gewerbefchein Ertheilung an nten (Muliter), umperziehene, Generbeigeinektieelung an bief, vor dem Wichtigen Lebenbalter. 1. 223. — polizeiliche Legitimationsscheine für dies. auf den zweimeiligen Umfreis ihres Wohnorts. IV. 912. — einzelne umberziehende, deren polizeiliche Beaufsichtigung. II. 451. f. — Mitführung von Kindern in deren Gesellschaften. III. 706. — IV. 911. — Ausbehnung der Gewerbescheine für dies. II. 453. — William Mufifer, beren Befugniffe innerhalb eines zweimeiligen Ume

freifes bee Garnifonorts. I. 224. Mufifmachen, fleuerfreies, innerbalb ber zweimgiligen Umgebung bes Wohnorts, im Umbergieben. III. 709. — auf vorgangige Bestellung bei Sochzeiten, Rindtaufen 2c. III. 709. - auf ben

Strafen, beffen Befchrantung. II. 452.

Dugigganger, arbeitefabig, aber durftia, find einer firengen polis geiliden Aufficht zu unterwerfen. IV. 895.

N.

Nachbrud und Nachbilbung, Berbaltniffe mit Sachfen . Beimar rudfichtlich berf. L. 161.

Machtmachtdienfte, deren Leiftung. III. 649.

Dachtmachter, Beitrage ju beren Unterhaltung bei Abbauten in Folge landlicher Auseinanderfegungen. II. 409. f.

Damen, nachgefuchte und allerbochft gestattete, Beranderungen derf. werden auf amtlichem Wege nicht publigirt. IV. 878. - in mie fern uneheliche Rinder den ihres Baters fubred durfen. II. 418. f.

Raffau, herzogthum, Austaufch der Schulprogramme mit den Gyms naffen in demf. L. 107.

Mational Rotarde, teren Bieberverleihung. I. 164.

Naturmiffenschaften, fechete Stelle fur die Prufungen in benf. bei ben miffenichaftlichen Prufunge Kommiffionen. H. 377.

Rebenamter (Rebendienfte), beren Abernahme und Berwaltung von Regierungsbeamten. IV. 773.

Meuchatel, Fürftenthum, Ausstellung von Wanderpaffen nach demf. L. 184.

Michtigfeitebefchwerden, unbegrundete, in landliden Museinanberfegungen, Guttumbengftrafen fur folche. L. 93.

Diederlande, Berfebr durch die Briefpoffen nach benf. III. 595. -Berfendung von Gelde und Gilberfachen nach benf. mit ber Doff. II. 352.

Riederlaffungen, arbeitefabiger Frauengimmer an andern Orten. I 242. — unbefderantte, erwerbefabiger, beftrafter Individuen. III. 677. - von Muslandern in den diesfeitigen Staa. ten. III 549. - f. auch Unfiedelungen.

Rubungen, burgerliche, fiche Burgernutungen, Einfaufegelber und

Gemeinderechte.

Dbbuftioneverbanblungen, Stempelpflichtigfeit berf. L 54. Dberlandesgerichte Affefforen, gur Berwaltung abertretenbe, deren Berbaltniffe. II. 271. — beren Beschaftigung bei ben General- Kommiffionen und ben landwirthschaftlichen Regie. runge-Albtheilungen. L. 82. ff.

Dberprafidenten, benfelben mird bie Entscheibung, refp. mit ben fommandirenden Generalen, uber verfpatete Gefuche um Bus laffung zum einjabrigen freiwilligen Militairdienfle, um Ent. laffung aus dem Militairdienfle ac. überlaffen. L. 250-254.

Dbfervangen, in den Landgemeinden, Grundfate fur beren Aufrechte baltung bei Regulirung ber Kommunal-Berbattniffe und Abr gaben. Girf. Reffr. v. 20. Juli 39. — I. 128-141. Obfibaume, beren Unterhaltung feitens ber Domainenpachter. IV.

Dfen, beren Inftanbhaltung in Dienftwohnungen. L 3. f.

Offiziere, als Militair- Marich Rommiffarien, Borfpanne und Reit. pferbe : Gefiellung fur dief. II. 494. - beren Unftellung im Civil erft nach swolffidbriger Militairdienfigeit. L. 1. - mit Denfion jur Disposition gestellt, deren Befreiung von Rome munal-Beitragen. IV. 861. - f. auch Candwebre Dffiziere.

Offizier. Butfordons, } beren Tragung gur Civil-Uniform. 1V. 776.

Stonomie-Rommiffarien, von den Regierungen und andern Bes borden temporair benutt, Diaten-Bergutung fur bief. IV. 821 -824.

Orden, gur Erledigung gefommene, jahrliche Nachweisungen von denf. IV. 785. — abertannte, Untrage auf beren Biederverleibung bleiben unftatthaft. I. 164.

Dronungefrafen, deren Unwendung. IV. 777. - f. auch Diegipli. narftrafen.

Driedronifen, beren Fubrung im Bergogthum Gachfen - Altenburg. II. 511. Orteverbannungen, Unordnungen über beren Musführung. L. 167. f. - Michtausführung berf. in einzelnen Fallen. II. 420. f.

Diterreich, Raiferstaat, neuer Extrapostgelb-Zarif in demf. III. 595.

Padhofe und deren Dieberlagen, Gicherung berf. vor Feuersgefabr. II. 341.

Papier, mit giftigen Stoffen gefarbt, beffen Gebrauch. III. 721. Pargellen, von Domainen oder Rittergutern in der Proving Sache

fen getrennt, deren Ginverleibung in ben Gemeinde Berband. L 150.

Pargellirungen (Dismembrationen), von Grundftaden, Strafe fur unterlaffene Angeige berf. 1. 94. — abgabenpflichtiger oder grund, und forsiberechtigter Grundstude, Berfahren bei benf. im Intereffe des Domainen, und Forft Fietus. IV. 800. von Bauergutern, Bertheilung ber Rommunallaffen bei fols

Passagier. Effesten, siebe Postreisende. Passagier. Effesten, siebe Postreisende. Passagier. Effesten. III. 591. f. — für Matrosen und Schiffsteut. III. 672. — Stempelpflichtigkeit derf. III. 674. — der ren Ertheilung an Aussander. Eirt. Restr. v. 10. Oktbr. 1839. I. 179-182. — IV. 882. — für auständische Juden und in-landische judische Sandelsleute. I. 181. 182. — Prolongation oder Erneuerung derfelben. (ebendaf.) - Ausftellung von Reis oder Erneuerung berjelben. (ebenval.) - Quapetannige ferouten fur bief., in Stelle verlorener Paffe. (ebendaf.) - Dannoveriche, Formular berfelben. L. 182. f. - nach ber

Paffe, (Fortf.)
Schweiz fur tatholifde Geiftliche. I. 184. f. — nach Gerbien, beren Biffrung burch die ofterreichische Gesandtschaft. IV. 789. — f. auch Auswanderungen.

Pafgebubren, deren Verwendung und Berrechnung. I. 175—178. — bei den Regierungs Sportelkassen gegen eine angemessene Santieme. I. 176. 177. f. — Anschaffung der Kormulare zu den Reiserouten (Zwangedassen) aus dens. III. 670.

Paffournale, Beglaffung des Signalements aus den Musjugen berf.

Pagtontrolle, gegen Schleichhandler, Unordnungen fur Diefelbe. L.

Nathen, Taufjeugen, Bestimmung der Zahl derfelben. III. 626. Patrimonial-Jurisdiktionen, Anzeige über Beränderungen in dens.

IV. 781, Patronatrechte, auf Konigl. Domainen, bei Auseinandersetungen, Ablosungen 20., Wahrnehmung berf. II. 358.

Penfionen, fur Magistratepersonen, beren Regulirung nach & 99. ber revid. Städteordnung und Strafbarkeit ber Umgehung bes lest. I. 118. — Bergichtleistung auf dies, seitens gewählter Burgermeister. IV. 849—852. — konnen interimissisch anges stellte und bemnachst ausgeschiedene Burgermeister nicht erhalten. 11. 386.

Penfionirungen, Berechnung ber Kriegebienstzeit bei benf. I. 3. — III. 539. — unfreiwillige, Berfahren gegen Beamte rucksichte ich berf. III. 538. — von Magistratspersonen, bei folchen fonnen willfurlich bewilligte Gratifikationen nicht berucksichtigt werden. III. 638.

Benfion 6. Abguge, fur Glaubiger, bleiben bei ber Kommunal. Einfommenfteuer unberudfichtigt. III. 650. f.

Penfione beitrage, beren Berechnung von dem Diensteinkommen ber Staatsbiener. III. 554. — ber in hohere Befoldungen einges ructen Unterbedienten. III. 557. — aus zeitweise unbesett bleibenden ober interimistisch verwalteten Beamtenstellen. I. 14. f. — 1/12 tel Abzug zum Pensionsfonds, dessen Berechsnung bei erhohetem Diensteinkommen neben der Militairpension. II. 275.

Penfions-Fonde, bei dem Chausseewesen, deffen Bermaltung und Bermendung. IV. 914. f.

Pfanbrecht, beffen Ausubung gegen Miether unter polizeil. Schute. III. 666.

Pfandungen, Reffort in folden in der Proving Preugen. II. 369. f. - von holzbieben und Forftfrevlern, deren Buldfligfeit. III. 563.

Pfarramter (Afarestellen), deren Berwaltung mabrend ihrer Bakang. IV. 833. — Prufung austanbifcher Kandidaten jur Erlangung berf. im Inlande. IV. 834. — Aufbringung von Progestoften für dies. I. 101.

Pfarrbauten, Beschaffung des bazu von dem Fistus berzugebenben holges. IV. 834. 842. ff. — Berabfolgung deffelben aus Konigl. Forften. IV. 804.

Pfarrgebaude, Aufführung von Stallen und Scheunen neben benf. für jugetheilte Landereien bei Gemeinheitstheilungen, Ablofungen 2c. III. 616. — Unterhaltung berfelben. III. 619. — Aufbringung der Feuer-Sozietats-Beiträge für dief. II. 435.

Pfarrymang, Befreiung von bemf. II. 374.

Pferde, Saufirbandel ber Auslander mit denf. I. 227. — Berbatung beren Berlufte bei der Gendarmerie. III. 657. — der Landmehr-Ravallerie, fiebe biefe.

Pharmageutifches Inflitut, Lindesfches in Berlin, Einrichtung beffelben. II. 477-480.

Philosophie, propadeutischer Unterricht in berf. auf Gymnasien. IV. 840.

Ronigreich, Auswanderung biebfeitiger Unterthanen dabin. IL. 293. — Ertheilung von Beimathicheinen nach demf. II. 294. Polen, zum zeitigen Aufenthalte in demf. find nur gultige Reis fepaffe erforderlich. II. 295. - Polnifche Juden, fiebe lett.

Polizeiaufficht, deren Musfuhrung gegen einzelne Perfonen in der Rheinproving. L. 193. - beren Ausubung gegen ichon be-

ftrafte Schleichbandler. L 60. 65.

Polizeibeamte, Inftruttion fur dief. gur Ermittelung begangener Berbrechen. I. 188-193. - Gebrauch von Schuftwaffen feis tens berf. III. 656. - beren gerichtliche Beftrafung wegen bes gangener Pflichtmidrigfeiten. III. 531. - fadtifche, beren Umts. fuspenfion. II. 413.

Polizeibeborden, beren Hirma follen Dominien und Magiftrate fich nicht bedienen. IV. 867. 873. — Borfchriften fur bief. zur Ermittelung begangener Berbrechen. L 188-193. — Schlichtung der Streiligfeiten swifchen Berrichaften und Sausoffis gianten durch dief. III. 664. — Ausubung des Pfande und Burudbehaltungerechts gegen Diether unter dem Schute berf. 111, 666,

Polizeibegirt, des Bobnorts, Gemerbebetrieb innerhalb beffelben im Umbergieben. L. 222, - fiebe auch Musitanten und Musit.

machen.

Polizeigerichtebarfeit, beren Bermaltung. IV. 781. - beren Mus.

ibung tann Gutsbesitzerinnen nicht gestattet werden. III. 659. Polizei Rontraventiones und Straffachen, Anordnungen gur Borbeugung ungleichmäßiger Bestrafungen in denf. 1. 156— Dolizeistrafgelber, deren Verwendung. II. 414. – für das Umsperlaufen ungefnüttelter Hunden. IV. 875. – f. auch Strafen.

wendung. IV. 898. f. - fur verbotenes Labadrauchen, besgl. IV. 900.

Polizeiffunde, Aufrechthaltung derf. in Schankwirthichaften. I. 218. Polizei. Berordnungen, Orts. (Lotale), beren Erlag in ber Rhein=

proving. I. 156.

Polizeiverwaltung, Aufbringung der Didten und Reifetoften bei außerordentlichen Bisitationen berf. L. 111. f. - beren Leis tung und Musubung in den Stadten. II. 411. ff. baltniffe ber Landrathe ju den Magistraten rudficitlich berf. 153. f. — in den zu den Stadten gehörigen Rammereidorfern. IV. 874. — beren Ausübung über einen zur Stadt nicht gehörigen Diftrift durch den Magistrat oder ben Bargermeister. I 154. — beren Ausübung tann Gutsbesigerine nen nicht gestattet werben. III. 659.

Polnifde Drudidriften, außerhalb ber preußifden Ctaaten erfchienen, Befanntmachung ber Debitberlaubnif fur Dief. III. 662.

Polnifche Sprache, beren Anwendung als Gefchaftsfprache in ber Proving Pofen. II. 283. — Ubertragung des dortigen Amts. blatte in Diefelbe. IV. 782.

Portoguegaben, deren Erleichterung fur nicht portofreie Berfügungen und Erlaffe. III. 540. f. — IV. 782.
Portofreibeit, Berfahren mit Behorden, wo solche zweifelhaft ers scheint. II. 352. — der amtlichen Korrespondenz über Entlaffungen aus bem Militair. II. 488. - in Steuerfachen gwifchen Preugen, Sannover und Braunfchweig. II. 351. in Reuer: Sozietats. Sachen in Dftpreugen, obne Dienftfiegel. I. 82. - Der Gebubren fur Saustrauunge-Rongeffionen, III.

590. - fur ben Runftverein in Coin. III, 589. Pofen, Proving, Unwendung ber polnifchen und deutschen Sprache in derf. als Befchaftesprache. Il. 283. - besgl. bei ben bortigen Umteblattern, IV. 782. — Regulirung des Schuldenwefens ber Synagogen, Gemeinden in derf. L 152.

Poftanftalten, Abholung ber Briefe und Geldfendungen fur Sand-lungshaufer von denf. IV. 820. Poft-Defraudationen und Kontraventionen, Bollziehung ber

in benf. ertannten Strafen. 1. 77.

Pofibien ?, Gymnafial-Abgangszeugniffe behufs des Eintritts in denf.
1. 109. Poften, Giderung berf. vor Beraubungen auf ben Landftragen. L 187.

Pofterpeditionen, mit Steuer-Bebeffellen fombinirt, deren Befegung und Berwaltung. III, 569, - IV. 818. Pofifreipaffe, Beforderung der auf folche reifenden Derfonen. II.

353. Poffreifende, beren Legitimation. III. 591. - Berfahren mit beren in

ben Poillotalien jurud gebliebenen Saden. 1. 81.
Dofifchreiber. Engagemente, beren Rundigung. III. 590.
Poppude (Badete und Gelber), unbestellbare, Berfahren mit benf.
1. 78. f. — vom Auslande, von den Abrestaten nicht angennemmen, Berfahren mit dens. III. 594.

Bratlufivfrift, an folde fonnen Befdwerben aber Berfugungen ber

Bermaltungsbehorden nicht gebunden werden. L 6.

Pramien, Befugnig der Regierungen ju deren Bewilligung. III. 557. - der Mediginalperfonen fur Lebenbrettungeverfuche. IV. 924 - 927. - beren Bewilligung fur Genbarmen. 111. 658. fur Schutentonige und Schutengilden, nach mirflicher Abbaltung bes Schiegens. I. 124.

Prediger (Pfarrer), Bernehmung ber Kirchengemeinen über die dazu vom Patron ausgemablten Subjette. I. 98. — evangelifche, Berfahren bei beren Emeritirung. IV. 831. - fiebe auch Dis

litair: Prediger.

Predigtamts. Kandidaten, deren Beauffichtigung bis zur Anftel-tung. 111. 622. f. — f. auch Kandidaten. Preufen, Proving, Reffort in Pfandungsfachen in derf. II. 369. Privatgebaude, deren Anfauf für dffentliche Swede. IV. 778. Progymnasien, deren Bedeutung. IV. 840.

Progeffe, Edition von Urfunden in denf. feitens der Bermaltungebes borden. II. 285. - IV. 783. - in folden fiebt beu UrmenProzeffe, (Forts.)
fasten, als solchen, die Stempels und Sportulfreibeit nicht zu.
L 239. — beren Anstrengung für Gemeinden. IV. 855. —
zu deren selbstittandiger Anstellung und Führung für die Kommunen sind die Stadtverordneten nicht befugt. III. 642. —
Vertretung der behinderten Magisträte in solchen. (ebendas.) —
deren Führung für katholische Kirchen, Stiftungen und
Institute. L. 102. f. — Ewils, siekalische, Worladungen der
Verwaltungsbehorden in der Rheinproving in dens. L 5.

Projeffosten, beren Aufbringung in Projessen einzelner Gemeindes mitglieder gegen die Gemeinde, III, 643. — übernahme berf. feitens des Gemeinderaths. IV. 855. — beren Aufbringung fur Pfarrstellen. I. 101.

Prufungen, zu Burgermeisterstellen. II. 383. — für ben Unterricht in einer neuern Sprache auf Gymnasien und Schulen. II. 378. — ausländischer Kandidaten der Theologie für inländis sche Pfarramter. 11. 373. — IV. 834.

Prafunge: Rommiffionen, wiffenschaftliche, Errichtung einer fecheten Stelle bei benf. zur bobern Prufung in ben Naturwifs fenschaften. 11. 377.

D

Queruliren, unbedeutsames, bei ben Minifterien und Provingialbeborben, Strafverfabren rudfichtlich beffelben. 111. 542.

Duittungen, beren Bollziehung bei ben haupt: 2011. und Steuers amtern. IV. 812. — über neue Besoldungen und Gehaltszus lagen, und über Gnadenbewilligungen für die hinterbliebenen verflorbener Beamten und Pensionairs, Stempel: Unwendung ju dens. III. 551. ff. — über unfixirte Diaten, Stempelfreis beit fur dief. IV. 816. f. — unter Kontraften, Stempel zu dens. III. 581.

$\mathfrak{R}.$

Rabbiner, judische, beren Berbaltniffe in Beziehung auf Aufgebote und Trauungen. IV. 836.

Radfelgen=Meffer, beren Gebrauch jur Kontrolle der Radfelgenbreite der Frachtfuhrwerke auf Chausseen. IV. 917. f.

Raff- und Lefebolg, beren Ginfammlung in Gemeindes und Inftis tuten-Balbungen in der Abeinproving. I. 29. Ratten (und Maufe), Mittel ju deren Bertilgung. II. 483.

Rechtefraft, findet in abministrativen Entscheidungen bei eingelegtem

Rechtsverfabren (gerichtliches Berfabren, Rechtsweg), findet gegen rein polizeiliche Magregeln nicht statt. 1. 237. — auf solches können Forderungen aus kommissarischen Aufträgen nicht verwiesen werden. 111. 636. — Zulässigseit desselben bei Verfoligung von Ansprüchen der Kommunalbeamten an die Kommusnen. 111. 638. — sindet über die Gesemäßigkeit und Zulässigseit von Kommunalseitern nicht statt. 1. 143. — in Streitigkeiten aber handelselnkosken. 114. 44. — in Streitigkeiten zwischen Vermiethern und Miethern. 111. 666. — in wie weit solches bei Regulirung des Schuldenwesens

Rechtsverfabren, (Fortf.)

der Synagogen-Bemeinden in der Proping Pofen ausgeschlof. fen bleibt. L. 153.

Referendarien, beren Titel ift als ein offentlicher Dienficharafter nicht angufeben, baber auch ftabtifche Burgermeifter benfelben nicht beibehalten fonnen. III. 635.

Regierungen, vollftandige und leferliche Bollgiebung ber amtlichen Musfertigungen berf. II. 285. - Rompetengverbaltniffe berf. ju den General-Rommiffionen bei Regulirungen von Rommunalverhaltnissen. I. 136. 142. — Rompetenz der General-Kom-missionen bei den fur die Regierungen zu bestätigenden Re-zesse. II. 357. — desal. bei Wahrnehmung der Patronatrechte Ronigl. Domainen. II. 358. — Berichteerstattungen derselben über beabfichtigte Jurisdiftions : Veranderungen. 1V. 780. merden pon der monatlichen Ginreichung der Marftpreis = Labellen entbunden. L. 159. - Berichterftattungen berf. uber Rebabififirungegefuche L 165. - bei beren Entscheidungen findet im Bege des Refurfes weder eine Rechtsfraft, noch ein Suspenfive Effett fatt: III. 542. - Ausfesung der Publifation ber von denf. in zweiter Inflang abgefaßten Strafrefolute feitens der Unterbeborden, III. 659. — Befugnif berf. gur jabrlichen Eroffnung und Schließung ber fleinen Jagb. III. 563. f. — tonnen die Fourage-Lieferungs-Kontrafte fur die Land. Gendarmerie felbsiftandig abimliegen. I. 159. — Bestugnig derf. jur Bewilligung von Pramien. III. 557. — Bes auflichtigung bes formellen Geschafteganges bei ben Dagie firdten burch bief. III. 634. — IV. 853. — Kontrolle ber flabtischen Berwaltung burch bief. II. 380. — follen ber Bermehrung fiddtifcher Schulden vorbeugen. II. 395. - Beneb. migung berf. ju Berauferungen von RommunaleGrunbftuden. III. 641. - in der Rheinproving, find jur Bermehrung ber Beigeordneten in den Gemeinden befugt. II. 389.

Regierung 6:20 ffefforen, deren Befchaftigung bei den General-Rome miffionen und ben landwirthichaftlichen Regierungs-Abtheilun-

gen. 1. 82. ff. Regierungs beamte, Ubernahme und Berwaltung von Nebenpoffen burch bies. 1V. 773.

Regierungs Sauptfaffen, beren Berfehr mit ben Saupt-Bolle u. Steueramtern. III, 551. - Erbebung von Santiemen bei denf. II. 296. ff.

Registraturen, Edition von Aften und Urfunden aus benf. in firei-tigen Rechtssachen. II. 285. — IV. 783. Regulirungen, siebe gutsberrliche zc. besgl. General-Rommissionen.

Rebabilitirungs.Antrage, ber mit Ehrenftrafen gerichtlich beleg. ten Berfonen, Berfabren mit denf. Cirt. Reffr. v. 28. Dai 1839. - I. 164. - Berichteerstattungen der Regierungen aber folde. L. 165.

Reinigungefoffen fur Transportaten, beren Aufbringung. IV. 892. Reifegelb, fur arme Reifende und fur die mit Zwangepaffen in Die Beimath verwiesenen Perfonen, eignet fich jur Erstattung nicht. 11, 474.

Reifetoffen, beren Bergutung neben bewilligten Remunerationen. 111. 530. - in wie fern folde den Domainene und Forfibeamten jufteben. II. 299. - fur Steuer-Untersuchungs-Richter. III.

Reifeloffen, (Forts.)

575. f. — für die Klassensteuer-Kommissarien. III. 653. —

IV. 811. — für Gymnasials und SchulsDirektoren und Lebrer. IV. 838. s. — für KreistagseAbgeordnete, III. 651. f.
— für die Bezirtswähler bei den Wahlen der LandtagseAbgeordneten. IV. 865. — der Justissommissarien im Ressort
der General-Kommissionen. III. 598. f. — bei außerordentlie
chen Bistationen der Kommunals oder Polizieirewaltung, deren Ausbringung. I. 111. f. — für Zeugen in administrativen
Untersuchungen. III. 537. — IV. 784. — Fuhrkosten der Apo-

theter bei Apotheten-Revisionen, 1V. 927. Reisende, fremde, Berpflichtung der Gaftwirthe zu deren Aufnahme. L. 216.

Reiferouten, beschrantte, fiebe 3mangepaffe.

Reitpferde, deren Gestellung fur Offiziere als Militair. Marfch-Kom. miffarien. 11. 494.

Reservisten, beren Bestrafung mit Gefangnis. 111. 735. — Strafe verfahren wegen unterlaffener ab. und Anmeldung ders. 11. 492.

Retabliffements Bauten, beren Befchleunigung auf verpachteten Ronigl. Domainen. IV. 798.

Regesse, über Auseinandersegungen bei den General Kommissionen, Kompetenz der lettern zu deren Bestätigung fur die Regierrungen und Provinzial-Schulfollegien. II. 357. — bypothekarifche Eintragungen aus benf. II. 360. — IV. 827 - 830. —
bestätigte, Bollitredung der Erekution aus benf. II. 361. —
siehe auch General-Kommissionen und Gemeinheitstheilungen.

Mheinproving, Wahlbarkeit zu Landrathsamtern in derf. durch funfjährigen Grundbesig. 1. 4. — Vorladungen der Nerwaltungsbeborden in siekalischen Eivilprozessen. 1. 5. — Revission der Gefängnisse und Strasanstalten in ders. 1. 203. — Vermehr rung der Beigeordneter als Stellvertreter der Burgermeister. II. 389. — Verwaltung der Gemeinder und Instituten. Waldungen in den Regierungsbezirken Coblenz und Trier. 1. 23 — 30. — Einsubrung feuerfester Bedachungen in ders. III. 1715. — Zuchtsier-Korordnung für dies. 11. 371.

Ritterguter, Etimmrecht deren Mitbesiger bei Landrathswablen und Wählbarkeit derf. IV. 786. f. — Abgabe der Wahlstimmen in Kommunal Landtags Angel. seitens der Besigerinnen derf. IV. 865. — in der Provinz Sachsen, Einverleibung der von dens. abgetrennten Grundfücke in den Gemeinde Berband. I. 150.

Rittergutebefiger, beren Siegel zu amtlichen Funktionen ohne Ronigl. Udler. III, 658,

Robrbacher, beren Abschaffung in ber Rheinproving. III. 715.

Rubeftorer, polizeiliche Beftrafung berf. 11. 419.

Ruralgefes, vom 6. Oftbr. 1791., Gerichtefoften von Rindern und Pflegebefohlenen zc. megen beffen übertretungen. Il. 368.

Rufland, Raiferreich, Auswanderungen diesseitiger Unterthanen dabin. 11. 293. — Ertheilung von heimathscheinen, in Stelle geitheriger Schutsscheine, nach dems. 11. 294. — zum zeitigen Aufenthalte in dems. reichen guttige Reisepasse aus. 11. 295. — Bersendung von Packereien nach dems. mit der Post. 11. 354. Sabeltrobbel, ale Muszeichnung fur ebemalige Unteroffiziere, beren Tragung gur Civil-Uniform. IV. 776.

Sach fen, Ronigreich, Regulirung ber Umtbeinfunfte ber Cuperintens benten in bemf. III. 770. — Cenfur ber firchlich religiblen Druckschriften in bemf. 1. 260. — Belebrung über ben Uberstritt zu einer andern driftlichen Konfession. 1. 262. — Schlies gung der Chebundniffe unter den Juden. L 263. - Inftrut. tion für die Apotheten, Revisionen. 1. 264. - Berichterflate tungen in polizeil. Untersuchungs-Gachen. L 268. - Angeis geberichte über außerordentliche Borfalle in demf. III. 759.
— Berfahren mit aufgefundenen Leichnamen. III. 763. — Berordnung über bas Lobnfuhrmefen in bemf. 111. 764. Mufentbaltegeflattung fur ine und auflandifche Juden in bemf. 111. **768.**

Sachfen, Proving, funfter Landtage-Abichied fur beren Stande, vom 31. Degbr. 1838. — 11. 496-510. — Einverleibung ber von Domainen und Ritterautern in berf. abgetrennten Grundfiude

in den Gemeindee Berband. 1. 150. Sachfen: Altenburg, Gerjogthum, Regulativ jur Fahrung von Ortechronifen in demf. 11. 511.

Sachfen. Beimar, Großbergogthum, Berbaltniffe mit bemf. gegen Nachdruck und Nachbildung. 1. 161.

Salgmarter, Rautionepflichtigfeit derfelben. 1. 41.

Sarge, deren Unwendung bei Beerdigungen verftorbener Urmen. III

Schaben berfat, bei Lbichung von Feuerebrunften. I. 211. Schafe, Magregeln gegen Die Maul- und Rlauenfeuche bei benf. L. 247. - Desgl. gegen die Podenfeuche berf. IV. 929.

Schantwirtbichaften, bedingte Rongeffionen durfen fur folde nicht ertheilt werben. II. 443. — feine Conderung verschiedenartis ger geistiger Getrante fur bief. 1. 217. — neue, beren Gestatung in Beziebung auf ausschließliche u. Realberechtigungen. 111. 704. f. — Betrieb. derf. in verschiedenen Lokalen. 1. 218. — beren Betrieb auf Jahrmarkten, Kirchweihfelten und bei ahnlichen Gelegenheiten. 1. 220. f. — Aufrechthaltung der Poslizeistunde in denf. 1. 218. — Entziehung der für dies. ertheils ten Konzessionen. 11. 444.

Schieffen, mit Feuergewehren, bei feierlichen Belegenheiten, beffen

Berbot. III. 686.

Schiefigemebr, beffen Bebrauch von Polizeibeamten. III. 656. Bewaffnung ber Auffeber und Nachtwachter in ben Straf-anftalten mit bemf. 1. 200. ff. — Begehung ber Stadtforften obne foldes. L 31.

Schiffe, Gebrauch von Dampfmaschinen auf denf. II. 466. - f. auch Strandungen.

Shiffegefaße, auf Fluffen, beren Bezeichnung und Bermeffung.

II. 461-466. Schiffsjournale, beren Ginrichtung und Fubrung. II. 467.

Schiffsleute, pappolizeiliches Berfahren gegen bief. III. 672. Stempelpflichtigteit ber Paffe fur dief. III. 671.

Schlachter, Bestrafung berf. als Theilnehmer an Schlachtsteuer:Defraudationen. 1. 51. f.

Sollacht fieuer, Benutung flabtifcher Botale zu beren Erhebung und Kontrollirung. IV. 857. - von gemiffem Sandelebetriebe im

außern Begirte einer follachtsteuerpflichtigen Stabt. III. 554. Schleichbandel, an ben Granzen, polizeiliche und fleuerantliche Magregeln jur Unterbruchung beffelben. I. 57-74. — Regus lativ v. 12. Janr. 1839. L 58 - 60. - Inftruftion v. 11. Mary 39. L 62 - 66.

Schleichhandler, icon bestrafte, beren polizeiliche Beaufsichtigung. 1. 60. 65. — pappflichtige, Strafverfahren gegen Dief. megen Steuervergeben. 1. 74.

Schlefien, Proving, Erfat, refp. Ablofung der fur die Universität in Breslau und die beiden Schulfonds refervirten Steuern von den chemal. geiftl. Butern. L. 104.

Schneiberhandwert, Dichtbetrieb beffelben im Umbergieben. IV.

Sobffen, Dienstentlaffung und Musichliegung berf. vom Gemeinderathe megen Feld: und Forfifrevel. III. 643. - f. auch Dorfe

fchoppen.

Schorn flein fegerg ewerbe, beffen Beauffichtigung gebort jum ausschließlichen Reffort bes Minifierii bes Innern. III. 690. geitiche Kontrolle der Ausübung deffelben. III. 690. — poli-geitiche Kontrolle der Ausübung desselben. III. 691. — der selbstständige Betrieb desselben ift peinlich bestraften Indivis-duen nicht zu gestatten. III. 691. — dessen Betrieb in der Abeinproving. IV. 903. f.

Schriftfeller, Berfebr berf. mit ihren eigenen Drudfdriften, obne

Saufirbandel. 1. 160. - IV. 876.

Soubmadermaaren, mit benf. barf fein Saufirbandel fattfinden. 111, 711,

Schulamte fan bibaten, beren Prufung fur ben Unterricht in neueren Sprachen. 11. 378. — Elementare, Stempelfreiheit fur beren Zeugniffe. IV. 845. — ansiellungefabige, Erfullung ber Militairdienstpflicht feitens berf. 1V. 933.

Soulbauten, Reffortverhaltniffe rudfictlich berf. III. 616. - Regulirung eines Interimifici fur dief. IV. 841. — Unterftugungen ju folden. I. 100. — Befchaffung des dazu von dem fisseus berzugebenden Holges. IV. 834. 841. ff. — Berabfolgung deffelben aus Königl. Forften. IV. 804. — Aufführung von Stallen und Scheunen bei den Schulbaufern. III. 616. ff.

Schulden, Provinzials, deren Radgablung und Berginfung. III. 757.
— flatifche, beren Bermehrung follen die Regierungen moglichft vorbeugen. 11. 395. — Belaftung ber Bauerbofe mit folchen. 111. 599. ff.

Schuletate, beren abschriftliche Ginfenbung an die Staatebuchhaltes rei. III. 630.

Schulf onde, fcllefifche, Erfat und refp. Ablbfung ber fur bief. refervirten Steuern von ben ehemaligen geiflichen Gutern. L.

5 du Igelb, Befreiungen von demf. auf Gymnafien. I. 108.

Schulfollegien, Provingiale, Rompeteng ber General-Rommiffionen bei ben fur erftere gu bestätigenben Rezessen. II. 357.

Schullebrer, Bewilligung von Reifer und Umjugetoffen fur Dief. IV. 838. f. - beren Befreiung von Rommunal-Beitragen. 11. 399. - Elementare, Urlaubsbewilligungen fur dief. 1. 110.

Schullebrer. Stellen, beren Dotation mit Land bei Bemeinbeitstheilungen zc. III. 606. 616. ff.

Schulprogramme, fiebe Gymnafien. Schulzen, fiebe Dorficulzen.

Schusblattern (Schuspoden), Gewinnung des urfprünglichen Impffoffe. fur bief. 11. 518-526.

Schutenfeste, Ausspielungen unbedeutender Gegenstände auf benf.
111. 667. f.
Schutengilben, Bereibung beren Beamte. 11. 390. — beren Co. nige durfen von burgerlichen Laften und Abgaben nicht befreit werden. II. 399. - Bewilligung von Pramien fur Dief., nach

wirklicher Abhaltung Des Schießens. I. 124. Schwangere, burfen als Strafgefangene in offentliche Unftalten

nicht aufgenommen werden. L. 205. - II. 431. ff.

Schwarg burg, Sonderebaufen, Furftenthum, Berordn. gegen bie Thierqualerei in demf. IV. 938. ff.

Schwarzwalder Ubren, Saufirbandel ber Muslander mit folden.

Schweben, Ronigreich, pafpolizeiliches Berfahren gegen die Schiffs. mannschaften und Schiffereifenden aus bemf. III. 672-674.

Schwefelather, fichere Mufbemahrung beffelben. L 209.

Schweine, Magregeln gegen die Maule und Rlauenseuche bei benf. 1. 247.

Schweig, Beimathicheine nach berfelben. III. 546. - Riederlaffungen preußischer Unterthanen in derf. III. 549. - Berbot bes Bans berns der Sandwertegefellen nach derf. II. 425 - Paffe fur Patholifche Beifiliche nach berf. L. 184.

Seereifenbe, pagrolizeiliches Berfahren gegen dief. in Dieffeitigen Safen. III. 672. f.

Seefdiffe: Mannichaften, Genugung ber Militairdienfipflicht feitens derf. III. 731. f.

Seidenbau, beffrn Beforderung. III. 746.

Seifenfiedereien, deren Unlegung innerhalb ber Stabte. IV. 910. Seiltanger, umberziehenbe, Gemerbeschein Ertheilung an dief. vor bem 30jabrigen Lebensalter. L. 223.

Gerbien, Furftentbum, Auswanderungen nach demf. durch die ofter-

reichischen Staaten. IV. 789.

Sicherheit, dffentliche, beren Sandhabung burch die Polizei. I. 188 -193. - auf Landstragen, Gorge fur biefelbe und Berichteerstattungen über beren Berlegung. L. 187. - II. 352. -Berfahren bei deren Biederherftellung burd nachtliche Revis fionen. III. 678.

Soldaten, attive, Armenpflege fur beren Angeborige. II. 471. ff. beurlaubte, beren Bestrafung mit Gefangnif. III, 735.

Sparkassen, Bereine, Private, deren Berbaltniffe und Beauflich, tigung. IV. 871. f. — Dieselben unterliegen den Bestimmungen des Regl. v. 12. Dezbr. 1838. nicht. III. 655.
Spediditions Gefchafte, Verfagung der Gewerbescheine zum

Betriebe berf. im Umbergieben. IV. 911.

Spielfarten, Berechtigung jum Sandel mit folden. II. 349.

Spinnschulen, beren Errichtung in der Proving Beftpbalen. IH. 745. Spinnfluben, fogenannte, Berhutung von Unsittlichkeiten bei ben Bufammentunften junger Leute beiberlei Gefchlechts in benf. IV. 881.

Sportelfreibeit, fieht ben Armentaffen, als folden, in Prozeffen nicht gu. L 239. — fur Eifenbahn-Unternehmungen, II. 348. f.

Sporteln, durfen Magistratspersonen nicht mehr als Dienstemolument beigelegt merben. III. 635. — f. auch Gebubren.

Sportuliren, darf feitens der Domainen und Forstbeamten nicht ftattfinden. II. 298. f. — ftebt den Distrifte-Kommissarien in der Proving Posen nicht zu. I. 155.

Sprachen, neuere, Prufungen fur ben Unterricht in benf. auf Gymnaften und Schulen. II. 378. — fiebe auch beutsche und polnische Sprache.

Staatsangeborigteit, ber im Auslande fich niederlaffenden preu-

filchen Unterthanen. III. 549. Stadtamter, die Entlaffung aus benf. tann eine vorläufige Freifprechung von angeschuldigten Berbrechen nicht gur Folge ba=

ben. I. 119.

Ståbte, Kontrolle deren Berwaltung durch die Regierungen u. Landratte, II. 380. — Beschützung deren Eigenthum gegen wis derrechtliche Besignahme desselben. I. 122. — Bereinigung landlicher Grundfücke mit dem Kommunalverbande ders. II. 392. — in Bestphalen, Ansiedelungen auf den ju deren Gebieten gehörigen Feldmarken. II. 394. — IV. 870. — deren in die Hypothekenbücher eingetragene Zines zc. Abgaben durfen nicht verschenft werden. II. 395. s.
Städte, Drbnung, alte, vom 19. Novbr. 1808., Anwendung der

Stadte, Ordnung, alte, vom 19. Novbr. 1808., Anwendung der §§. 15., 23. und 50. auf Burgerrechts Gewinnung und Gewerbebetrieb. L. 126. — desgl. der §§. 171. 179. u. 183. auf die Verwaltung milder Stiftungen und deren Kontrolle. L. 238. — Anwendung des §. 207. wegen Guspenston fladtis

fcher Beamten. II. 413.

Stabtes Ordnung, revidirte, vom 17. Marz 1831., Strafbarkeit der Umgehungen der §§. 98. und 99. ders. in Beziehung auf die Besoldungen und Penssonen der Magistratspersonen. L. 117. f. — Anwendung des §. 99. weaen Verzichtleistung gewählter Burgermeister auf Pensson. IV. 851. — deggl. des §. 109., die Polizeiverwaltung in den Stadten betreffend. II. 412. — desgl. der §§. 112. 114. u. 126., in Beziehung auf die Pflichten und Rechte der Stadtverordneten = Versammlungen ruchsichtlich der Verwaltung der siddtischen Fonds. L. 113.

Stadto erordnete, sind keine Beamte, sondern nur Vertreter der Gemeine. I. 118. f. — III. 640. — daber deren Ebrenkanskungen zur Kognition des Richters gehdren. I. 118. f. — Rüge des Ausbleidens bei deren Wadlen. II. 387. f. — Aussichtligung von der Mahlbarkeit zu solchen in Beziedzung auf kriminalgerichtliche Erkenntnisse. III. 639. — Stifts. Provisoren können, als Unterbeamte des Magistrats, nicht Stadtversordnete bleiben. III. 640. — Refursversahren in Strassachen gegen dies. IV. 854. — jübische, können an den Wahlen der Landtages Veputirten nicht theilnehmen. IV. 866.

Stadtverordneten=Berfammlungen, Saltung der Gefets-Sammlung und der Amteblatter fur dief. L. Z. — denfelben flebt das Recht zu, ihrem Borficher und Protofollfuhrer das Amt wieder abzunehmen. II. 389. — Rontrolle der Magifirate. Verwaltung durch dief. II. 381. — Pflichten und Rechte derf. rudfichtlich der flabtifchen, fur gewisse zwede bestimmten Stadtverordneten. Berfammlungen, (Fortf.) Fonds. I. 113. — Berbaltniffe berf. radfichtlich ber Babl ber Magiftratebeamten. I. 115. — Strafbarfeit berf. bei Um-gebungen ber §\$. 98. u. 99. der revid. Stadteord., die Befof. dungen und Penfionen gewählter Magiftrateperfonen betr. L. 117. f. - find nicht befugt, Prozesse fur Die Gerneinden felbifffanbig angustellen und zu fuhren. III. 642, - Theilnahme berf. an der Kontrolle der Verwaltung milder Sife tungen. L. 238. — Disziplinar, Strafverfahren gegen dief. Ill. 640. — Ruge der Ehrenfrankungen in benf. L. 118. f.

Stanbifche Infitute, Entlaffung und Dienftentfetung deren Be-amte. II. 391. — foftenfreie Aufnahme beren Befanntmachun-

gen in die Amtsblatter. II. 287.
Starte, Saufirhandel mit derf. II. 457.
Stein bedachung, deren Ausfahrung bei landlichen Bohn- und Wirthschaftsgebauden. II. 469. f. — in der Rheinproving. III. 715.

Steinfoblenflote, Anlegung von Gicherheitspfeilern beim Abbau

derf. II. 335.

Stempel, ju Quittungen über neue Befoldungen, Gehaltsgulagen und Gnadenbewilligungen. III. 551. ff. - ju Beflatigungen von Magistratspersonen. IV. 852. - ju ben land. rathlichen Bestätigungen von Sagbverpachtungevertragen. IV.

804. - ju Quittungen unter Kontraften. III. 581.

Stempelfreibeit, Strafe fur beren Migbrauch zu andern stem-pelpflichtigen Geschäften. IV. 814. f. — der Quittungen über unfizirte Didten. IV. 816. f. — sieht den Armenkassen, als solchen, in Prozessen nicht zu. I. 239. — für die Zeugnisse der Elementar: Schulamts: Randidaten und Afpiranten. IV. 845, f. - in Angelegenheiten wegen Gintritte in den Rriegebienft. II. 486. ff. — ber Uttefte bebufs der Zurudstellung vom Milistairdienfte. L 257. — in Baue, Deichbaus und BorflutheUns gel. II. 346. f. — besgl. in Beimathschein-Angel. II. 348. — für Eisenbahn-Unternehmungen. II. 348. — für Auszuge aus ben Ratostern, Flurbuchern ic. I. 53. — bei Sypothefen-Eintragungen im Bergogthume Westphalen. III. 754.

Stempelpflichtigfeit, ber Paffe fur Matrofen u. fonflige Schiffes leute. III. 671. — bes Werthe ber von ben Domainenpacis tern übernommenen Bauverbindlichfeiten. IV. 817. — ber Obbuftioneverhandlungen. I. 54. — in Angel. wegen Austritte aus dem Militair und Befreiung von den Landmebr-

übungen. II. 346. ff. 487.

Stempelsteuer, von Bermachtniffen fur Arme. 1. 240. - fur nicht abgefette Kalender, deren Reflitution. II 350.

Sterbetaffen. Bereine, Berbaltniffe und Befugniffe berf. 11.416. Sterbemonats-Betrage, fur bie hinterbliebenen fuspenbirt ge-wesener Beamten. L 3.

Steueramter, Saunts, Berfehr ber Regierungs Sauptfaffen mit benf. III. 551. — Bollziebung der Quittungen und Zahlunge.

Unweif. bei benf. IV. 812.

Steuerbeamte, Bestellung ber Umtefautionen von benf. L 40.41. Steuer gefalle, beren Berichtigung aus dem Erlofe eingeschwarzter und in Befchlag genommener Baaren. L. 74.

Steuer-Bebeftellen, mit Pofferpeditionen tombinirt, beren BefeBung und Bermaltung. III. 569. - IV. 818.

Steuer. Rontravenienten, verhaftete, Berfahren gegen bief. III. 577-581.

Steuer-Unterfuchunge: Richter, Didten und Reifetoffen berf. III. 575. f.

Steuer-Untersuchungsfachen, Aufbringung ber Roffen in benf. L 41. f.

Steuervergeben, fofort eingeraumte, Abfurjung bes Unterfuchungs. und Strafverfahrens rudfichtlich berf. I. 55.

Steuervermaltung, indirette, Unstellung und Ausbildung von Gupernumerarien bei derf. III. 571.

Stiftungen, milbe, beren Bermaltung in den Stadten. I. 238. — Bermachtniffe an Dief. uber 1000 Rthir. IV. 922. — Deren Proviforen tonnen, als Unterbeamte des Magifirats, nicht Stadtverordnete bleiben. III. 640.

Stimmfabigfeit, ber Burger, Ausschließung von berf. megen erlittener Strafe fur begangene Berbrechen. I. 125.

Stipendien, Familien =, ju folden bedarf es der allerhochften Genehmigung nicht. IV. 923.

Stolgebubren, beren Aufbringung bei Beerdigungen verfiorbener Urmen. III. 717.

Straf= (und Befferunges) Un ftalten, Unftellung ber Sausvater in benf. IV. 895. - Bewaffnung der Auffeber und Rachtmache ter in benf. mit Schiefgewebren. I. 200. ff. - Bebandlung ber bei benf. etatsmäßig ausgefesten Baufonds. II. 430. Pflege bes jubifden Ruftus in benf. fur bie bemf. angeberisgen Individuen. III. 684. — in ber Rheinproving, beren Bistitation durch die Jufigleborden. 1. 203.

Strafen, ungleichmäßige, in Polizeisachen, deren Berhutung. I. 156.

—158. — Gelde oder Gefangniße, deren alternative Bollgies bung. I. 77. — fur Beamte wegen begangener Pflichtwidrige feiten. III. 531. — für Sprenfrankungen in amtlicher Wirts famteit. III. 532-536. — ber Orteverbannung, beren Aus-fübrung. I. 167. f. — für unterlaffene Anzeige von Grund-flucks Parzellirungen. I. 94. — für eigenmachtiges Fallen und Abfabren des Berechtigungeholges IV. 807. - fur unbefuates Bargicharren. IV. 808. - für die Entwendung von Bald. produtten in der Ribeinproving. II. 319. f. - fur Auflodes rung bes Grabenrandes an Chausteen. I. 230. - fur man= gelhafte Beauffichtigung ber Fubrwerte auf Chauffeen und Landftragen, I. 228. — fur Beschädigung offentlicher Wege burch hemmen der Fubrwerte anf benf, II. 458. - fur uns befugte Schmalerung offentlicher Bege. IV, 919. — fur Schlachtsteuer: Defraudationen. I. 51. f. — fur Schleichband. Ier. 1. 58. ff. 74. — fur ben Digbrauch ber Stempelfreibeit. IV. 814. f. - fur unerlaubtes Lottofpiel. L. 166. - fur Sundefteuer. Defraudationen. III. 688. f. - fur unterlaffene Straffenreinigung. I. 173. — für unterlaffene Anzeigen aus gebrochener Viehseuchen. III. 725. f. — für unterlaffene Abe und Anmeldung ber Reserviften und Landwehrmanner. II. 492. ff. — für Winfelschriftstellerei in Berwaltungs Angel. I. 9. 163. - fur unbedeutsames Queruliren. III. 542. für Rubefforer und Erzebenten. II. 419. - fur bettelnde und fich umbertreibende Rnaben. L 169. - fur Strafene u. Binfelburerei. II. 423. - f. auch Teftunge, Gefängnige und Buchthaueftrafe.

Strafgelber, fiebe Gelbstrafen und Bolizei. Strafgelber. Straflinge (Strafgefangene), beren Aufnahme nach ibrer forper-lichen Beschaffenheit in öffentliche Unstalten ober Ausschließung berf, von lettern. II. 431-433. - beren Trennung nach Ge-fchlecht und Ulter. IV. 896. - beren Uberlaffung gu Bandarbeiten außerhalb ber Strafanstalten. 1, 206. - Bermen. dung eines Ebeile der Überverdienstgelber derf. gur Anschafe fung erlaubter Rebenartifel. 1. 207. - 11. 434. - fpatere Die position uber die denf. mitgegebenen Rleidungeftude. III. 685. Legitimation ber Angeborigen berf. bebufe ber Reifen gu benf. III. 682. f. - unentgeleliche Musftellung argtlicher Attefte fur dief. L 200. - temporaire Entlaffung berf. 1. 208. - Biebereinziehung berf. III. 684. - rudfallige, in Begies bung auf Straf. und Rorrettions. Unffalten. II. 433. - weib. liche, durfen mit ihren Rindern nicht in offentliche Strafanftalten aufgenommen werden. III. 680. - weibliche, fcmangere, Berfahren mit benf. 1. 205. - II. 431. ff.

Strafrefolute, in zweiter Instang abgeanbert, Mussehung beren Publikation von ben Unterbeborden. III. 659.

Strafgeit, deren Berechnung bei ben in die Strafanstalten abgelies ferten Berbrechern. 111. 682.

Strandungen, preufischer Schiffe, Konftatirung berf. durch die biesfeitigen Konfularbeamte. II. 295.

Strafen, Abtretung von Grund und Boden jur Erweiterung berf. IV. 920. — beren Benugung gum Abladegeschafte ber Fracht-fubrleute und Kaufleute. I. 172. — nach folden binaus durfen an Baufern feine Binden und abnliche Borrichtungen angebracht merden. IV. 921.

Strafen. Erleuchtung, deren Ausführung in den Stadten. L.

171. f.

Straßenburerei, Magregeln ju beren Unterdruckung und Bestra-fung. II. 421. ff. Straßenraub, Magregeln zur Berhutung und Ermittelung beffel-ben. L. 187, 189.

Straffenreinigung, unterlaffene, beren Bestrafung. L 173.

Strobbacher, beren Abichaffung. II. 469. f. - desgl. in ber Rhein. proving. III. 715.

Strobbiemen, deren Mufflellung. 111. 692.

Studirende, Meldung berf. zu ben atademifchen Borlefungen und Bejablung des honorars fur dief. III. 630. ff. - Liften aber beren Schuld . Projeffachen. IV. 838. - f. auch Univerfis tåten.

Subbafationspatente, in der Rheinproving, Entrichtung ber Umteblatte Infertionstoften fur Dief. 11. 289.

Suffumbengftrafen, bei unbegrundeten Richtigfeitebefchwerden in

landlichen Auseinanderfegungen. 1. 93. Superintendenten, Berabfolgung eines Freieremplare bes Umte-blatte an dief. II. 287. — in der Rurmart, Gebubren berf. bei Rirden-Bifitationen. I. 29. f. — Konigl. Sachfifche Bers ordn. über beren Umtbeinfunfte. III. 770.

Supernumerare, fiebe Civil. Supernumerare.

Synagogen, fiebe Juben.

Tabadrauchen, feuergefährliches, Kriterien desselben. IV. 901. — Strafbarkeit desselben in Forsten und Saiden. IV. 902. — auf den die Forsten und Saiden durchschneidenden Landstras geu und Chausteen, fann nicht als feuergefährlich angesehen werden. IV. 903. — Denungianten-Antheil an den Strafgels dern für dasselbe. IV. 900. — fällt von denen für nicht feuergefährliches fort. IV. 900.

Zantieme, (Raffen,) von Rolleftengelbern fur die Regierungs Saupte faffen. 11. 296. f. - finder fur die ju gemeinnutigen Zwet-ten bestimmte Gewinnhalfte ber Achener u. Munchener Feuerverficherungs-Befellichaft nicht fatt. 11. 297. - ber Forfitaffen , Hendanten, deren Berechnung als Diensteinfommen. IV. 790. - findet von Baubolg-Raufgelbern bei Domainen- und Forfibauten nicht fatt. 111. 562.

Zanglufibarfeiten, beren Berfagung an ben, ernfter Feier gemib, meten Sagen. III. 668.

Laubftumme, find vom Banbern als Sandwertegefellen nicht ausaufchließen. IV. 885.

Laubfiummen: Unftalt, in Berlin, Aufnahme in bief. 11. 379.

Laubftummen. Schulen, beren Ginrichtung und Unterhaltung bei ben Geminarien. 11. 502.

Laufen, Bestimmung ber Babl der Pathen (Beugen) bei folchen. IH. 626. - Erbebung von Beitragen bei folden fur die Bebame men: Inflitute. 111, 625.

Telegraphen. Beamte, deren Befreiung von Kommunal-Abgaben. II. 398.

Thaler fit de, Ginfechstel, ungeranderte, beren Gingiebung und Um-pragung. L. 12. — Huspragung von Zweithalerfinden. L. 13.

Ehierarite, erfter und zweiter Rlaffe, beren Berhaltniffe. III. 724. Thierfubrer, umbergiebende, Befdrantung der Gewerbefdein-Ertheis

lung an dief. IV. 913. Thierquaterei, Schwarzburg-Sondershaufenfche Berordnung gegen bief. 1V. 938. ff.

Tifchteppiche, Saufirbandel ber Auslander mit benf. III. 713.

Lodtengraber. Stellen, fladtifche, beren Befegung burch verfor-gungeberechtigte Militair-Invaliden. 1. 122. - IV. 855.

Tobten icheine, beren toftenfreie Ausfertigung gur Berichtigung ber Militair=Ausbebungeliften. 11. 485. Torfgrabereien, Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in benf. 111.

Erain, Bestrafung der ju demf. geborigen Perfonen mit Gefangnif. 111 735.

Transportaten, Aufbringung der Reinigungefoften fur bief. IV.

Eransportfoften, fur Bogabunden, Bettler und Berbrecher zc., be: ren Aufbringung. IV. 886-891. - besgl. bei beren Trans. porten ju Bagen. 1. 199. - beren Aufbringung fur die, ofe fentlichen Arbeitsanftalten jugeführten Individuen. III. 679. – bei Landesverweisungen, beren Aufbringung. II. 427. ff.

Erauungen, beren Bolliebung gwifden Auslandern und Inlandern. II. 290, 375. - III, 625. - Erhebung von Beitragen bei 11

Trauungen, (Fortf.)

folden fur Die Bebammen . Inflitute. III. 625. - jubifche. burch Rabbiner, IV. 836.

Triefter Berficherungsgefellschaft, far bie unterweges bes findlichen Guter, Bulaffung berf. in die bieffeitigen Staaten. 111, 688,

Erdbler, beren Befchranfung auf eine bestimmte Babl ift nicht vorgefchrieben. IV. 909. — firenge Prufung beren Perfonlichteit und Sabigfeit. IV. 909. f.

U.

Uhren, Stadt, und Boff, Sorge fur beren übereinstimmung. III. 591. — fiebe auch holzuhren.

Umgugefoffen, fur Gymnaffal. und Schul-Direftoren und Lebrer.
1V. 838. f.
Untform, Civile, Eragung ber Militair-Uniform neben ber erffern und Anlegung militairischer Abzeichen zu solcher. IV. 775. f. — freie, (Dienstelleidung) beren Unrechnung bei theilweiser Fortgewährung bes Militair: Gnabengehalts im Civil. 11.

274. - fur Grangauffeber. L 39. f. Univerfal= Uffeturang. Rompagnie, in London, fiebe Lebens.

perficherungs. Befellichaft.

Universitäten, Regelung der Borlesungen auf dens. zu derselben Lageszeit. L. 103. — Besuch ders. obne Ammatrikulation und obne Zeugniß beim Abgarge. L. 104. — Immatrikulation und Zulassung der Doktoren der Medizin zum ferneren Bessuch der Borlesungen auf dens, III. 633. — zu Brestau, Erfat, refp. Ablofung ber fur Diefelbe refervirten Steuern von ben ebemaligen geiftlichen Gutern in Schleffen. I. 104. f. ber Jalle, Berwaltung des Magdeburger Freitisch-Fonds bei berf. II. 500. — ju Konigsberg, Meldung der Studirenden zu den Borlesungen auf derf. III. 630. ff. — s. anch Studirende.

11 nterbeborden, andern Refforts, Gefchaftsflyl gegen bief. L. 6. — Musfegung ber Publikation ber in zweiter Instanz abgeandere ten Strafresolute feitens berf. III. 659.

Untero ffiziere, beren Unstellung und weitere Beforberung in Gi-pilamtern. II. 271. - IV. 774. f. - ale Polizeibeamte. II.

273. — beren Unstellung in ber Gendarmerie. IV. 875. Untersuchungen, polizeiliche, Konigl. Sachfische Berordnung über Die Berichterstattungen in benf. L 268. — f. auch Dieziplie nareUntersuchungen, Dienftvergeben, Ehrenfrantungen ac.

Untersuchungegefangene, frante, fonnen erft nach erfolgter Deis lung in Strafanftalten abgeliefert merben. II. 432. f.

Unterft bungen, beren Bewilligung aus dem Bobltbatigfeits. Bonds

bei ben Regierungen. 111. 557.

Unguchtiges Dreiben, Magregeln ju beffen Unterbrudung und Beffrafung. II. 421. ff. - polizeiliches Berfahren gegen bie demfelben nachgebenden Beibeperfonen in ber Rheinproving. I. 171.

Urlaubebewilligungen, fur Elementar-Schullehrer. 1. 110. Urfunden, deren Ebition feitens der Berwaltungs-Beborben in ftreistigen Rechtsfachen. II. 285. — IV. 783. — ftempelfreie, Bes

Urfunden, (Fortf.) ftrafung beren Digbrauchs ju andern flempelpflichtigen Gesichaften. IV. 814. f.

Bagabunden (Banbftreicher), find einer ftrengen polizeilichen Auf-ficht zu unterwerfen. IV. 895. — Aufbringung ber Roften fur deren Aufgreifung, Transport und Ginfperrung. IV. 886 -890. - in öffentlichen Unftalten betinirt, beren fiberlaffung au Brivatbienften. L 206, f. - frembe, bes Landes vermies fene, Berfahren gegen bief. L. 194-197.

Berauferungen, von Kommunal Grundftuden, Genehmigung gu folden. III. 641.

Berbrechen, begangene, polizeiliches Berfahren zu beren Ermittelung. L. 188-193. — Ausschließung von der Stimmfabigleit und

bem Burgerrechte megen berf. L. 125.

Berbrecher, beren Bestrafung mit Deportation ift gur Beit nicht ausführbar. IV. 894. f. - unvermogende, Mufbringung ber Transports und Detentionstoften fur Dief. IV. 890. f. - ere frankte, deren Eransport ju Bagen und Bergutung Der Roften für folche. I. 199. — jugendliche, deren Beauffichtie gung und Bermerke darüber in den Nachweifungen. IV. 881.

— beren Behandlung in öffentlichen Anstalten. IV. 897. — bestrafte, beren polizeiliche Beaufsichtigung. IV. 894. f. Berbachtige Perfonen, polizeiliche Beaufsichtigung berf. L 188 — 193. — IV. 894. f. — beegl. in der Abeinproving. I. 193. - Berfahren gegen bief. bei nachtlichen Revisionen. III. 678.

Bereibungen, ber Rreisverordneten fur Angelegenheiten ber Benes ral-Rommiffionen. 1V. 824. f. - von Beamten ber Schufen-gilben und Rorporationen. 11, 390. f.

Berfugungen, ber Beborden, beren vollständige und leferliche Bolls giebung. II. 285. - abministrative, bei folden findet meder eine Rechtetraft, noch ein Suspenfiv. Effett im Bege bes Re-turfes fatt. 111. 542. — an Privatpersonen, fur ben Oruck bestimmt, beren Censur. II. 284.

Bermachtniffe, an milbe Unftalten, über 1000 Rthtr., landesberre liche Genehmigung gu benf. IV. 922. - fur Arme, Steme

pelfteuer von folden. I. 240. Bermaltungsbeborben, Befcmerben über bief. fonnen an feine Pratlufivfrift gebunden werden. L 6. - in ber Reinproving. beren Borladung in fiefalifchen Civilprozeffen. L. 5.

Bieb. Revifion s. Gebuhren, beren Gestattung fur auslandisches Bieb bei Biebleuchen. II. 483.

Biebfeuchen, ausgebrochene, Strafverfahren megen unterlaffener Unzeige berf. III. 725.

Diebverficherung b. Gefellichaft, Gothafche, beren Bulaffung jum Gefchaftsvertebr in den dieffeitigen Staaten. L 246.

Bolfetalender, beren Berausgabe. 11. 418.

Bollmachten, beren Musstellung fur die Stellvertreter bes Domainen-Fistus. 1V. 798.

Borbaue, an den Saufern, deren Berbot. L 237.

Borfluth: Angelegenheiten, Stempelfreibeit in benf. IL. 346. f.

Borladungen, der Bermaltungebeborben in ber Rheinpropint, in fistalifchen Civilprozeffen. 1. 5.

Borlefungen, atademifche, fiche Universitaten.

Bormunber, beren Autorisation in Auseinandersetzungefachen bei ben General-Kommiffionen. IV. 826.

Borfpann, deffen Gestellung fur Offiziere als Militair-Marich-Roms miffarien. 11. 494.

Baaren, eingefchwarzte und in Befchlag genommene, Berichtigung ber Gefalle aus dem Erlofe derfelben. 1. 74.

Baarenbestellungen, Bewerbescheine jum Suchen berf. im Ume bergieben. III. 708. f.

Bagen, deren Abe und Beladung auf den Straffen. L. 172. f. -

får Transportaten, fiebe Transportfoffen. Baffen, beren Gebrauch von Poligeis und Grangauffichtebeamten. III. 656.

Bald : Infetten, fiebe Forft. Infetten.

Baldprodufte, Untersuchung und Bestrafung beren Entwendung in ber Rheinproving. 11. 319. f.

Baldungen, Rommunale und Private, Bestrafung des eigenmachtis gen Kallens und Abfahrens von Berechtigungsholz aus denf. IV. 807. — Gemeinder und Instituten, in den Regierungs. begirten Cobleng und Erier, beren Berwaltung. L 23-30. — Private, deren Begebung ohne Jagdgewehre. II. 316 f. Bander bucher, Bannoversche, Bestempelung derf. L 182. f.

Bandern, ber Sandwertegefellen, von demfelben find Laubstum-me nicht auszuschließen. IV. 885. — auslandischer judischer im Inlande. IV. 886. — Berbot besselben nach der Schweiz-11, 425.

Banberpaffe, beren Ertheilung feitens ber beimatblichen Dolizeibes borde. III. 674. f. - besgl. über das 30fte Lebenejabr binaus. IV. 884. — burfen an Raufleute und handlungebiener nicht ertheilt werden. II. 427. — nach dem Furfienthume Reuchas tel. L 184. - nach den beutschen Bundesftaaten und ben aufer benf. belegenen Provingen u. Landestheilen biefer Staa. ten. III. 675. f. - preuß., Berfahren mit denf. im Ronige reiche Sannover. 1. 267.

Barnungstafeln, polizeiliche und Private, beren Aufflellung vor Grundfluden. 111. 667.

Bafferftand, beffen Regulirung mit Gegung von Mertpfablen. II. 468. - Reffort der damit beauftragten Rommiffarien. 11. 468.

öffentliche, Bestrafung der unbefugten Schmalerung berf. IV. 919. — Strafen fur Beschädigung berf. Durch hemmen der Auhrwerke auf dens. II. 458. — Beibehaltung von Fußsteis gen im öffentlichen Interesse. IV. 920. — sicherheitspolizeiliche Bege, Beauffichtigung berf. 1. 187. — neue, in Folge von Gifene

bahnen angelegt, Grundsteuer-Freiheit fur bief. II. 338. Beibspersonen, ber offentlichen Ungucht nachgebend, polizeiliches Berfahren gegen bief. II. 421. ff. -- desgl. in der Rheinpro-

ving. L. 171.

Beibe, in Gemeindes und Inflituten : Balbungen, in der Rheinproving, beren Benutung. 1. 29.

Bein, beffen Bertauf auf der Stelle feitens ber Beinproduzenten. 1, 221,

Beffphalen, Proving, funfter ganbtage thichieb fur beren Stanbe, vom 8. Juni 1839. — III. 738-758 — Befchrantung neuer Unfiedelungen auf dem gande in berf. IV. 870. - Unfiede. lungen auf ben bu ben Stadtgebieten geborigen Felbmarten in berf. 11. 394.

Bilbprett, Berrechnung beffelben in den abministrirten Sagben. I.
32. - unlegitimirtes, Straf. und Refureverfahren wegen befe fen Einbringung in die Stadte. L. 31. - 11. 325. - tonfishirtes, Denungianten-Antheil von bem Erlofe aus bemf. II. 326. ff.

Bilbichaben, Abwendung und Bergutung berf. 1.33. - beren Bebandlung in den ebemal. Großberjogl. Beffifchen Landestheis len der Proving Beftphalen. III. 567. f.

Binden, deren Abichaffung an den Saufern nach ber Strafe binaus. IV. 921.

Bintelburerei, Magregeln ju beren Unterbrudung und Beftra-fung. II. 421. ff. — besgl. in der Rheinproving. 1. 171. Bintelichriftftellerei, in Berwaltungs-Ungel., beren Bestrafung.

<u>I. 9. 163</u>

Bittmentaffe, allgemeine, Beitritt Ronigl. Forffer gu berf. L. 20. Bochenmartts. Metitel, Sandel u. Berfebr mit benf. 111. 707. f. - bie Fabrifate ber handwerter find in der Regel als folche nicht angufeben. III, 710. - grobe bolgerne Baaren als folche. III. 714.

Bobltbatigfeits, Unstalten, in ber Rheinproving, Ministerials Genehmigung zu ben bief. betreffenden Administrations: Aften.

Boblthatigfeite: Fonde, bei ben Regierungen, Bewilligung von Unternubungen aus bemf. III. 557.

Bobnfis (Domigil), deffen Babl von befcholtenen Individuen. II. 429. - Berbaltniffe ber Ronfubinen rudfictl. beff. L. 170.

Bolfsjagben, Anordnung und Ausführung berf. 1V. 810. 2B arfelfpiel, Musspielungen, von unbedeutenden Gegenftanben auf

Meffen, Sahrmartten, Schutenfesten zc. burch baffelbe. III. 667. f.

Burttemberg, Konigreich, Berfahren gegen auszuweisende Muslander in bemf. II. 517. - Gewinnung Des ursprunglichen Schuppoden-Impfftoffe in bemf. II. 518-526.

3ablungs: Un weifungen, beren Bollziehung bei den haupte 3oll-und Steueramtern. IV. 812. — auf flabtifche Rammerei Raffen. 111. 637.

Babnbeiltunde, deren Musubung. L 246. Beitschriften, Beranderung beren Litel mit Ministerial. Genehmisgung. III. 660. — auslandische, Druck berf. im Inlande. III. 661.

Beugengebubren, Feffegung und Anweifung berf. in abministratis ven Diegiplinar-Untersuchungen. III. 537. - IV. 784. - bes

ren Bewährung in Steuer-Ungel. II. 502. Beugniffe, fur Elementar - Schulamte . Randidaten und Afpiranten, ... Stempelfreiheit berf. IV. 845. f.

9:4

Biegelbacher, beren Ginfuhrung. II. 469. f. - besgl. in ber Mbeinproving. III. 715.

Biegeleien, gutsberrliche, beren Beranschlagung bei Auseinanberfetungen. 11. 368.

Biegelofen, Felde, deren Unlegung. IV. 921.

Biegenhuten, Regulirung beffelben burch brtliche Regulative. IV. 830. Binsabgaben, flabtifche, burfen von Ortebeborden nicht verfchenkt werden. II. 395. f.

Bollamter, Saupt, Berfehr ber Regierunge Sauptkaffen mit bent. III. 551. - Bollgiebung ber Quittungen und Zahlunge Unmeifungen bei benf. IV. 812.

Bollamts-Etabliffements, auf Konigl. Forfigrunde erbaut, spater aber entbebrlich geworben, beren Unfauf. L. 17. f. 38.
Bollgewicht, bessen Anwendung. IV. 813.
Bollvereins-Staaten, Sausirbandel der Unterthanen aus denf. III.

712. - Legitimations. Zeugniffe fur Freigewerbescheine in benf. III. 712. f.

Bollvergeben, fofort eingeraumte, Abfurjung des Untersuchungs, und

Strafverfahrens rudfichtlich berf. I. 55.

Buchtbaufer, fiebe Strafanftalten.

Buchtbausffrafe, unter feche Monaten, beren Bollftredung in Ges fangniffen. 111. 680. — bis ju 3 Monaten, gegen beurlaubte Solbaten, Landwehrmanner ic., fatt berf. ift nur auf Bes fångnifftrafe ju erfennen. III. 735.

Buchtster, Korordnung, fur die Rheinproving. II. 371. 3 mang spaffe, (Reiferouten, befchrantte,) Anschaffung ber Formulare zu benf. aus ben Paggebubren. III. 670. — Richterstattung Des bei folden gemabrten Reifegeldes. 11. 474. - fur umbergiebende Sandelsjuden, behufe beren Burudweifung in Die Beimath. I. 181. 182. 3 weith alerftude, beren Auspragung. I. 13.

III.

Literatur.

- Munther, Rechnungerath, in Berlin, Die landwirthschaftliche Buchbaltung in einfacher flaatswirthschaftlicher Form. 1839. — 11, 527.
- Riedel, Dr., hofrath und Professor in Berlin, Novus Codex diplomaticus Brandenburgensis, 2c. 1839. II, 527.
- Rothe, M., ber Landmann wie er fein follte, ober Frang nomad. Glogau, 1839. II. 528.

Anzeige.

Nach der Bestimmung des herrn herausgebers der Annalen der Preußischen innern Staatsverwaltung ich ließen folche mit

Diefem Jahrgange 1839.

Bei bem Werthe, welchen bieselben in ihrer Bollftanbigfeit für die Behörden und Geschäftsmänner behalten, indem die aus denselben gebildeten kompilatorischen Werke jene selbst nicht erseben können, wie Erfahrung und Gebrauch lehren mögen, hat der Herr Herausgeber angeordnet, daß solche durch Erganzung einzelner vergriffener Hefte fernerhin komplet erhalten werden sollen, daher denn auch vor Aurzem das dritte und vierte Beft bes Jahrg. 1821. in zweiter Aussage erschienen ist.

Um nun angehenden und minder bemittelten Staatsbeamten ben Unfauf bes Berts gu erleichtern, hat ber Bert Berausgeber

bereits im vorigen Jahre genehmigt, baß

1) bie Jahrg, von 1817. bis incl. 1826. nebft erftem zehnjahrigen Sauptregifter für 10 Rthfr.,

2) Die Jahrg. von 1827. bis incl. 1839. nebst zweitem Saupt= register und breien Jahresregistern fur 13 Rthlr.,

3) Gingelne Jahrgange und Sefte fur ben zeitherigen Pranumerationepreis.

überlaffen werben follen.

Bestellungen barauf wolle man gefälligst unter ber Bezeiche nung: "Annalen ber Preugischen innern Staatsverwaltung bestreffend" hieher an ben Unterzeichneten richten.

Berlin, am 1. Geptember 1843.

Schmidt,

Geheimer Registratur : Rath, im Königl. Ministerium bes Innern.

Berlin, gebrudt bei Johann Friedrich Starde.





